

Gesellschaftsbild und Selbstverständnis westdeutscher Gewerkschaften

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der Philosophischen Fakultät
der Universität Gießen

vorgelegt von
Hans - Peter Marchal
aus Beuster

Baden - Baden 1970

Digitized by the Internet Archive
in 2026

Gesellschaftsbild und Selbstverständnis westdeutscher Gewerkschaften

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der Philosophischen Fakultät
der Universität Gießen



vorgelegt von
Hans - Peter Marchal
aus Beuster

Baden - Baden 1970

Dekan: Prof.Odo Marquard

1.Berichterstatter: Prof.Helge Pross

2.Berichterstatter: Prof.Heinz-Josef Varain

Tag der mündlichen Prüfung: 24.April 1970



Inhaltsverzeichnis

Seite

I. Die Funktion der Theorie für die Praxis der deutschen Gewerkschaften. Begriff, Aufgaben und Notwendigkeit gewerkschaftlicher Theorie	
a) Vorbemerkungen	1
b) Begriff und Aufgaben der "Gewerkschaftstheorie"	5
c) Das Problem der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Theorie	16
d) Prozesse gewerkschaftlicher Theoriebildung	23
II. Momente und Beziehungen des kollektiven Sozialbewußtseins. Der Ansatz zur Analyse von gewerkschaftlichem Gesellschafts- und Selbstverständnis	
a) Vorbemerkungen	30
b) Ansätze zur Analyse von Sozialbewußtsein	
1. Soziales Bewußtsein als "Mentalität"	33
2. Soziales Bewußtsein als "soziales Image"	36
3. Soziales Bewußtsein als "Gesellschaftsbild"	39
c) Gewerkschaftliches Gesellschafts- und Selbstverständnis: Der begriffliche Ansatz zu seiner Analyse	46
III. Methodologische Probleme der Analyse westdeutscher Gewerkschaften	
a) Vorbemerkungen	51
b) Die Notwendigkeit der Beschränkung auf ausgewählte Gewerkschaften	51
c) Auswahlkriterien	52
1. Zur Struktur der westdeutschen Gewerkschaften	53
2. Die westdeutschen Gewerkschaften im Urteil der Öffentlichkeit	56
d) Die Auswahl	62
e) Die Bestimmung des Quellenmaterials	64
f) Inhaltliche Komponenten des gewerkschaftlichen Gesellschaftsbildes	68

IV. Gesellschaftsbilder westdeutscher Gewerkschaften

- a) Grundzüge gewerkschaftlicher Gesellschaftsbilder
 - 1. Monistische, pluralistische und antagonistische Strukturmuster gewerkschaftlicher Gesellschaftsbilder 73
 - 2. Sozialer Wandel und sozialer Konflikt in gewerkschaftlichen Gesellschaftsbildern 101
- b) Die gewerkschaftliche Deutung der ökonomischen und politischen Strukturen der BRD
 - 1. Funktionen des Privateigentums 113
 - 2. Funktionen des Profitmotivs 119
 - 3. Struktur und gesellschaftliche Rolle des Betriebes 125
 - 4. Politische Demokratie und Staat 148
 - 5. Die Bedeutung der Sozial- und Machtstruktur für die politische Willensbildung 176

V. Das Selbstverständnis westdeutscher Gewerkschaften

- a) Inhalt, Umfang und Interessenorientierung gewerkschaftlichen Handelns
 - 1. Gewerkschaftsbegriff und gewerkschaftliches Selbstverständnis 191
 - 2. Das politische Mandat der Gewerkschaften 211
 - 3. "Gemeinwohl", Arbeitnehmer- und Mitgliederinteresse 230
- b) Gesellschaftlicher Status und gesamtgesellschaftliche Funktion der Gewerkschaften
 - 1. Tarifautonomie, Sozialautonomie und Sozialpartnerschaft 245
 - 2. Arbeitskampf und Zusammenarbeit als Wege zur Wahrnehmung von Arbeitnehmerinteressen 264
 - 3. Pragmatisches und theoretisch fundiertes Gewerkschaftshandeln 278
 - 4. Gesamtgesellschaftliche Funktionen der Gewerkschaften 287

VI. Gewerkschaftliche Bewußtseinsbildung. Ergebnisse und Probleme	
a) Gewerkschaftliches Gesellschaftsbild und Selbstverständnis im geschichtlichen Zusammenhang	296
b) Die traditionellen "Leitbilder" der deutschen Gewerkschaften	298
c) Die "Leitbilder" der westdeutschen Gewerkschaften im wissenschaftlichen Urteil	301
d) Schlußfolgerungen	314
1. Das Fortbestehen ständisch-elitären Bewußtseins	316
2. Das Vordringen von Pluralismus-Vorstellungen	318
3. Die Verfestigung und Auflösung systemkritisch-sozialreformerischen Bewußtseins	322
Literaturverzeichnis	328

I. Die Funktion der Theorie für die Praxis der deutschen Gewerkschaften. Begriff, Aufgaben und Notwendigkeit gewerkschaftlicher Theorie

a) Vorbemerkungen

Die Ziele, die sich nach 1945 der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) in seinem Münchener (1949) und Düsseldorfer Grundsatzprogramm (1963) gab - und damit die Mehrheit der westdeutschen Gewerkschaften -, haben die Frage nach ihrer Vermittlung mit dem Gewerkschaftshandeln aufgeworfen. Die weit hinter den gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Forderungen des DGB zurückbleibende Realität der westdeutschen Gesellschaft muß als Ausgangspunkt der Diskussion über die Bedingungen und Maximen erfolgreichen Gewerkschaftshandelns dienen. Die Gewerkschaften haben stets über ein Bild der bestehenden sozialen Realität zu verfügen, soll die Ernsthaftigkeit ihrer Absichten zweifelsfrei bleiben. Das gilt umso eher, je mehr ihre Ziele strukturelle Veränderungen der Gesellschaft proklamieren ¹⁾. In dieser Hinsicht unterscheiden sich Gewerkschaften nicht von anderen öffentlichen Verbänden, doch gibt es außer ihnen in der Bundesrepublik Deutschland kaum solche, die eine so weitreichende und umfassende Zielsetzung bewahrt haben und öffentlich vertreten. Das ist ihnen erst kürzlich wieder bestätigt worden ²⁾. Die bis heute nicht widerrufenen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Ziele des DGB dürfen der Diagnose der westdeutschen Gesellschaft nicht diametral entgegenstehen. Das Gebot der Realitätsgerechtigkeit aber heißt, daß der Übergang von der bestehenden zur projektierten künftigen Verfassung der Gesellschaft und ihrer Teilbereiche notwendig und möglich erscheint.

Die deutschen Gewerkschaften haben zwar nach 1945 offen und

1) Vgl. U.Lohmar, Gewerkschaftseinheit als Ideologie oder Wirklichkeit?, Gewerkschaftliche Monatshefte (künftig abgekürzt als "GM"), 7 (1956), 84.

2) Vgl. J.Hirsch, Die öffentlichen Funktionen der Gewerkschaften, Frankfurt/M 1966, 40.

nachdrücklich ihre grundlegenden Ziele verkündet und sich auch von Fall zu Fall auf vielfältige Weise in die Diskussion wichtiger gesellschaftlicher Probleme eingeschaltet, jedoch haben sie ihre Einstellungen niemals als "Theorie" deklariert. Demgegenüber ist es in der inner- wie außergewerkschaftlichen Literatur immer üblich gewesen, von "gewerkschaftlicher Theorie" beziehungsweise "Gewerkschaftstheorie" zu sprechen, wenn man "Theorien" meinte, auf die sich die Gewerkschaften beriefen (a) oder die aus der wissenschaftlichen Analyse der Gewerkschaften, ihrer Geschichte und gegenwärtigen Probleme hervorgingen (b). Diese beiden Begriffsbestimmungen von "Gewerkschaftstheorie" gilt es stets voneinander zu unterscheiden. Dies wird immer dann nicht beachtet, wenn - absichtlich oder nicht - ein Autor versucht, seine eigenen Theoreme als für die Gewerkschaften verbindliche auszugeben. Dann wird eine sekundäre "Theorie" vom Typ (b) mit einer primären vom Typ (a) gleichgesetzt. Häufig geschieht dies, um den Prozeß innergewerkschaftlicher Kommunikation wirkungsvoll zu beeinflussen. Eine Gewerkschaftstheorie vom Typ (a) kann sich auf Vorstellungen von der bestehenden sozialen Realität beschränken, darüberhinaus auch gewerkschaftspolitische Ziele und ihnen dienende Verhaltensanweisungen formulieren oder sich auf ihre Urheber, die Gewerkschaften, richten. "Theorie" ist für die Gewerkschaften Produkt eigener Bewußtseinsbildung und Instrument ihrer Praxis. Im Unterschied zu wissenschaftlicher Theorie herkömmlicher Art, die sich als zweckfrei und "rein" versteht, hat für die Gewerkschaften niemals Zweifel daran bestanden, daß ihre eigenen "Theorien" auf ihre Arbeit bezogen sein müssen. Außer analytischen sollten sie auch normative und programmatische Bestandteile enthalten. Unbeschadet dessen sollten sie "wissenschaftlichen" Charakter tragen.

Die Diskussion gewerkschaftstheoretischer Fragen ist leider von Anfang an durch die Annahme belastet worden, es gebe einen gleichsam "natürlichen" Gegensatz - auch in der theoretischen Diskussion - zwischen "Theoretikern" und "Praktikern" der Gewerkschaftspolitik. Die unstreitig vorhandenen Probleme,

die die notwendige Arbeitsteilung auch in den Gewerkschaftsorganisationen aufwirft, werden so sehr akzentuiert, als wären sie de facto wichtiger als inhaltliche Differenzen, die die Ziele, Mittel und sozioökonomischen Bedingungen der Gewerkschaftsarbeit betreffen. Den "Theoretikern" wird dogmatische Erstarrung unterstellt, den "Praktikern" Prinzipienlosigkeit. Beide werden zu polemischen Figuren stilisiert. Die Einsicht, daß "Theorie" und "Praxis" Kehrseiten derselben kollektiven Anstrengung zu sein hätten, zerfällt. Der dadurch bedingte Stillstand in der Diskussion verdeckt die Tatsache, daß die konträren Einstellungen in gewerkschaftstheoretischen Fragen keinesfalls abgeklärt und in sich widerspruchsfrei sind. Umso notwendiger scheint es, auf die Zentralprobleme gewerkschaftlicher Theorienbildung selbst zu rekurrieren. Es handelt sich dabei um folgende Probleme: Setzt ihr Streben nach Erfolg bei den Gewerkschaften Aufgeschlossenheit gegenüber "Theorien" überhaupt voraus - wenn nicht gar die "theoretische" Vertiefung ihres eigenen Sozial- und Selbstbewußtseins; welche Aufgaben hat eine innergewerkschaftlich und autonom konzipierte "Theorie" gegenüber der Gewerkschaftspraxis und wie läßt sie sich mit ihr zu einer Einheit von Reflexion und Handeln vermitteln; wie muß eine "Theorie" beschaffen sein, die das zu leisten vermag ?

Bevor darauf eingegangen wird, muß einleitend auf eine Erscheinung hingewiesen werden, die symptomatisch für die Erwartungen ist, die von außen an die deutschen Gewerkschaften nach 1945 gerichtet worden sind und aus denen sich die polemische Färbung gewerkschaftstheoretischer Kontroversen erklärt.

Das Ausmaß an Übereinstimmung ist überraschend, mit dem Autoren, die gegensätzliche Gewerkschaftskonzeptionen vertreten, nach dem zweiten Weltkrieg den Stand gewerkschaftsinterner Theorienbildung beziehungsweise das Verhältnis der Gewerkschaften zur "Theorie" beurteilt haben. Nahezu einhellig wird in neueren Publikationen über die deutschen Gewerkschaften das "theoretische" Niveau ihres Bewußtseins als ungenügend ange-

sehen ³⁾. Es wurde sogar die Ansicht vertreten, die deutschen Gewerkschaften seien eines der "theoriefeindlichsten sozialen Gebilde" ⁴⁾. Als Urteilskriterium diente dabei teils die gewerkschaftliche und gesellschaftliche Realität, die es "theoretisch" zu reflektieren galt, teils der Begriff von "Gewerkschaftstheorie" des jeweiligen Autors. Der Sinn dieser Kritik war uneinheitlich. Meinten die einen, die innergewerkschaftliche Willensbildung verkenne den Nutzen jeglicher "Theorie" gegenüber den Gewerkschaftsinteressen und ihrer Realisierung, so leiteten die anderen ihre Kritik aus einem Begriff von "Gewerkschaftstheorie" ab, der sie ebenso unter dem Autonomie- wie Verwertungsaspekt definierte. Ebensowenig implizierte diese übereinstimmende Kritik Einigkeit darin, ob sich in den Gewerkschaften überhaupt eine spezifisch "gewerkschaftliche" "Theorie" etablieren solle. - Klagen über das Fehlen oder das niedrige Entwicklungsniveau gewerkschaftlicher Theorienbildung wurden bereits vor 1933 laut. Zum Teil beschränkte man sich damals darauf, diesen Tatbestand zu registrieren. Cassau stellte fest, die deutschen Gewerkschaften hätten weder eine "Theorie" ihrer selbst entwickelt noch seien sie an "theoretischen" Streitfragen interessiert ⁵⁾. Diese Abstinenz erklärte er daraus, daß die deutschen Gewerkschaften ihre Arbeit nicht mit "theoretischen" Diskussionen belasten wollten, die Sache der SPD seien ⁶⁾. H.de Man führte diese Abneigung auf Überdruß gegenüber jeder "Ideologie" und auf die Bevorzugung der Diskussion gesamtgesellschaftlich irrelevanter Einzelfragen zurück ⁷⁾. Doch trotz dieser Kritik war die Literatur

- 3) H.G.Trummel, Die Geschichte der Gewerkschaftstheorie. Von den Webbs bis in die Gegenwart, Diss., Köln 1956, 115; H.Wickel, Auf der Suche nach einer Gewerkschaftstheorie, GM, 4 (1953), 152; F.Fricke, Konstruktive Gewerkschaftspolitik, GM, 6 (1955), 329 ff.; G.Triesch, Die Macht der Funktionäre. Macht und Verantwortung der Gewerkschaften, Düsseldorf 1956, 75.
- 4) V.Agartz, Zur Soziologie der Gewerkschaften, Wiso-Korrespondenz für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 6 (1961), 488.
- 5) T.Cassau, Die Gewerkschaftsbewegung. Ihre Soziologie und ihr Kampf, Halberstadt 1925, 288 u. 343.
- 6) Ebenda, 289.
- 7) H.de Man, Zur Psychologie des Sozialismus, Jena 1927, 348.

über gewerkschaftstheoretische Fragen, auch die im Umkreis der Gewerkschaften entstandene, bereits vor 1933 beträchtlich angewachsen, wenn auch nicht annähernd so stark wie die über allgemeine Gewerkschaftsfragen ⁸⁾. Daraus darf geschlossen werden, daß immerhin außerhalb der deutschen Gewerkschaften bis heute die Diskussion gewerkschaftlicher Fragen unter "theoretischem" Aspekt in Gang geblieben ist, mögen ihre Resultate auch nicht befriedigen.

b) Begriff und Aufgaben der "Gewerkschaftstheorie"

Wenn es um die Frage geht, was sich hinter dem eingeschliffenen Ausdruck "Grundsätze der Gewerkschaftspolitik" verbirgt - ein konsistentes System von Sätzen über gesellschaftliche und gewerkschaftliche Sachverhalte (beziehungsweise ein entsprechendes Kategorienschema) oder ein Konzept, das Normen und Ziele des Gewerkschaftshandelns definiert - , so ist eine Antwort zunächst schwierig. Es ist notwendig, dies a priori einzukalkulieren und den Schein der inner- und außergewerkschaftlichen Übereinstimmung zu meiden ⁹⁾. Einschränkend ist weiterhin anzumerken, daß die dem Begriff der "Gewerkschaftstheorie" zugeschriebenen Bestimmungen häufig unzureichend sind. So erklärt es sich, daß in einer neueren Untersuchung über "Gewerkschaftstheorien" das Wort "Theorie" vorsichtshalber in Anführungszeichen gesetzt wird ¹⁰⁾ und daß man heute meist andere Bezeichnungen bevorzugt, wie etwa "Gewerkschaftsprinzip", "(Ursprungs-) Leitbild", "Gesamtkonzeption", "Weltanschauung", "Gewerkschaftsphilosophie" oder "-idee", schließlich auch "Ideologie" ¹¹⁾. Je mehr sie mit anderen und vagen

8) H.Streithofen hat kürzlich eine ca. 2000 Titel umfassende Bibliographie vorgelegt, vgl. H.Streithofen, Wertmaßstäbe der Gewerkschaftspolitik. Ein Beitrag zur Theorie der Gewerkschaft, Heidelberg/Löwen 1967.

9) Vgl.H.G.Trummel, Die Geschichte der Gewerkschaftstheorie, a.a.O., 136; A.Christmann, Gewerkschaftsbewegung und Gewerkschaftstheorie. Ausgangsleitbilder, Theorien und Wandlung der Gewerkschaftsbewegung, Köln 1963, 2.

10) A.Christmann, Gewerkschaftsbewegung und Gewerkschaftstheorie, a.a.O., 2 u.a.

11) Auf die Problematik dieses Begriffs wird weiter unten in Kapitel II hingewiesen.

Bezeichnungen umschrieben werden, desto eher verlieren die Begriffe "Theorie" und "Ideologie" ihren präzisen Sinn. Teils ist ihr Inhalt, teils ihre Funktion gegenüber der Gewerk - schaftspraxis oder ihr Ursprung maßgeblich für die ihnen bei - gemessene Bedeutung. Bei aller terminologischen Konfusion ist jedoch der Ausdruck "Theorie" außerhalb der Gewerkschaften ge - bräuchlich geblieben, wenn man die Substanz gewerkschaftlichen Bewußtseins bezeichnen wollte. Es hat sich noch kein Autor gefunden, der diesen Begriff als überflüssig abgelehnt hätte, es sei denn, er negierte die theoretische Fundierung der Ge - werkschaftspolitik. Daß der Begriff "Gewerkschaftstheorie" als unverändert sinnvoll betrachtet wird, geht auch aus den bereits erwähnten Arbeiten hervor ¹²⁾.

Christmann hat auf ein Paradox in der Geschichte der "Gewerk - schaftstheorie" verwiesen. Obwohl hervorgegangen aus dem "Ver - sagen der liberalen Arbeitsverfassung" gegenüber den Arbeit - nehmern, wählten die Gewerkschaften statt einer gemeinsamen "theoretischen" Grundlage unterschiedliche "Leitbilder", näm - lich das sozialistische, christliche und liberale ¹³⁾. Dieses Paradox von Ursprungsmotivation und gewerkschaftlichen "Leit - bildern" spiegelt sich in unterschiedlichen Begriffen von "Ge - werkschaftstheorie". Diesen Begriff gebrauchten um die Jahr - hundertwende bereits Bernstein ¹⁴⁾ und Sombart ¹⁵⁾, also zu einer Zeit, als die "freien Gewerkschaften" noch bedingungs - los die politische und "theoretische" Vorherrschaft der SPD anerkannten, mit der sie verbündet waren. Damals konnte, ge - naugenommen, von einer spezifisch gewerkschaftlichen "Theo - rie" noch nicht die Rede sein. In den zwanziger Jahren gerie - ten die deutschen Gewerkschaften mehr und mehr in den Themen - kreis sozialwissenschaftlicher Forschung. Ökonomische und so -

12) Vgl. die Titel der Darstellungen von Christmann bzw. Trummel.

13) A.Christmann, Gewerkschaftsbewegung und Gewerkschafts - theorie, a.a.O., 9.

14) E.Bernstein, Vorfragen einer sozialistischen Theorie der Gewerkschaftsbewegung, Sozialistische Monatshefte, 10 (1906).

15) W.Sombart, Dennoch. Aus Theorie und Praxis der gewerk - schaftlichen Bewegung, Jena 1900.

ziologische Analysen über die Gewerkschaften entstanden und traten neben das zunehmende gewerkschaftliche Bemühen um die Definition eines eigenen "theoretischen" Standorts. Die "Arbeit", herausgegeben vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB), richtete eine Rubrik "Soziologie der Gewerkschaftsbewegung" ein. Briefs schrieb seinen vielzitierten Artikel "Gewerkschaftstheorie" und unternahm darin den Versuch, die nach öffentlichen Funktionen und innerer Stabilität zunehmend erstarkten deutschen Gewerkschaften systematisch-begrifflich zu erfassen ¹⁶⁾. Der ADGB beabsichtigte 1928 in seiner Konzeption der "Wirtschaftsdemokratie", ein eigenes gesellschaftspolitisches Programm zu formulieren und durchzusetzen. Es breitete sich die Einsicht aus, daß die geforderte soziale Neuordnung eine geistige Überlegenheit der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen gegenüber der herrschenden bürgerlichen Klasse voraussetze ¹⁷⁾. Gewerkschaften alten Stils, die sich auf die Wahrnehmung lohn- und sozialpolitischer Arbeitnehmerinteressen beschränkten, hatten damit noch den Gedanken verbinden können, mit diesem Programm das Interesse des einzelnen Arbeitnehmers an der Besserung seiner materiellen Lage unmittelbar anzusprechen. Das aber konnte bei einer gesellschaftspolitischen Zielsetzung nicht mit Sicherheit erwartet werden, die die Gewerkschaften im fortgeschrittenen Stadium ihrer Entwicklung sich zusätzlich aneigneten und die in der "Ebenbürtigkeit der Gesamtarbeit in der Gesamtwirtschaft" gipfelte ¹⁸⁾.

Im Laufe dieses Prozesses, in dem innerhalb wie außerhalb der deutschen Gewerkschaften die besondere Problematik der "Gewerkschaftstheorie" erkannt wurde, entwickelten sich Ansätze zur Definition dieses Begriffs, die vor allem in der Frage der Funktion von "Gewerkschaftstheorie" divergierten. Zwing defi-

16) G.Briefs, Gewerkschaftstheorie, in: Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, Berlin 1931, Bd.1, 694 ff.

17) Vgl. K.Zwing, Soziologie der Gewerkschaftsbewegung, 1. Teil: Gewerkschaften und Wirtschaft, Jena 1927, 19; G. Lukács, Geschichte und Klassenbewußtsein, Berlin 1923, 64.

18) K.Zwing, Soziologie der Gewerkschaftsbewegung, a.a.O., 121 f.

nierte "Gewerkschaftstheorie" so:

"Theorie soll darstellen, wie die Praxis läuft oder doch laufen sollte. Theorie ist richtig aus- oder vorgedachte Praxis" 19).

Ähnlich bestimmen neuere Definitionen das Verhältnis von Gewerkschaftstheorie und -praxis ²⁰⁾. Nach diesem Verständnis soll gewerkschaftliche "Theorie" vor allem sozialpolitisch-ökonomische Orientierung ermöglichen ²¹⁾. Sie soll nicht Pläne zur Wirtschafts- und Gesellschaftsreform entwerfen und "sich auf solche Art vielleicht gar in Utopien verlieren" ²²⁾. Die Funktion von "Gewerkschaftstheorie" ist es, den gewerkschaftlichen Entscheidungsprozeß mit den Daten der sozialen und gewerkschaftlichen Realität zu versorgen, um so das Risiko einer "unrealistischen" Politik zu mindern. Ihre Notwendigkeit resultiert also allein aus ihrer praktischen Verwertbarkeit. Die Reflexion gewerkschaftlicher Zielsetzungen oder ihre Ableitung aus einer Analyse der bestehenden sozialen Realität würde diesen engen Rahmen sprengen. Der "Gewerkschaftstheorie" wird hier ausschließlich instrumentale Bedeutung eingeräumt. - Ausgehend von der amerikanischen Gewerkschaftstradition suchte Perlman Zwings Konzeption der Praxis-Theorie-Beziehung zu konkretisieren. Er schloß sich Zwings instrumentalen Theoriebegriff an und hob hervor, daß Zwings "Gewerkschaftstheorie" ihre "Wurzeln im täglichen Leben der Arbeiter" habe ²³⁾. Dabei nahm Perlman an, daß dem Arbeitsplatz für die Politik und Bewußtseinsbildung der Gewerkschaften zentrale Bedeutung zukomme, weil sich das Arbeiterbewußtsein vor allem dort bilde. Er forderte, "Theorie" habe sich in den Gewerkschaften auf "urwüchsige" Weise zu entfalten, nicht aber im Wege der Übernahme intellektuell erarbeiteter "Theorie", also durch Schulung.

19) K.Zwing, Soziologie der Gewerkschaftsbewegung, a.a.O., 17.

20) Vgl. z.B. H.Wickel, Aufgaben einer Theorie der Gewerkschaftspraxis, GM, 5 (1954), 9 ff.

21) K.Zwing, Soziologie der Gewerkschaftsbewegung, a.a.O., 15.

22) Ebenda, 131.

23) S.Perlman, Eine Theorie der Gewerkschaftsbewegung, Berlin 1952 (New York 1928), 202.

Die so begriffene "urwüchsige Gewerkschaftsphilosophie" ²⁴⁾ solle "eine Theorie der Psychologie des arbeitenden Mannes" einschließen ²⁵⁾. "Gewerkschaftstheorie" beschränkt sich dann - inhaltlich - nahezu ganz auf das, was der namenlose Arbeiter am Fließband vorgeblich fühlt und denkt. In diesem Ansatz ist die Prämisse enthalten, die Diskrepanz zwischen Bewußtsein und Interesse von Gewerkschaftsmitglied und -apparat sei aufhebbar. Es ist fraglich, ob eine derartige Identifizierung der "Gewerkschaftstheorie" mit dem am Arbeitsplatz haftenden Mitgliedsbewußtsein, d.h. die Negation aller Bürokratisierungs- und Entfremdungstendenzen, realistisch ist. Dasselbe läßt sich gegen die Annahme einwenden, daß eine "dogmatische antikapitalistische Theorie", mithin jegliches Klassenbewußtsein, stets von außen durch "Intellektuelle" in die Gewerkschaften hineingetragen werde ²⁶⁾. Perlman bleibt die Antwort darauf schuldig, wie sich aus dem Arbeitsplatzbewußtsein eine gewerkschaftliche "Theorie" entwickeln kann, ohne daß auf eine Analyse nicht unmittelbar zugänglicher, allgemeingültiger Sachverhalte zurückgegriffen würde.

Nach 1945 hat es in Deutschland keinen derart simplifizierenden Versuch gegeben, den Ursprung der "Gewerkschaftstheorie" zu bestimmen. Die Einsicht gewann an Boden, daß die umfassenden Ziele - verglichen mit denen der amerikanischen Gewerkschaften - und der Macht- und Funktionsgewinn der deutschen Gewerkschaften einen derart engen Ansatz nicht zuließen. Für die Praxis war ein gewerkschaftspolitisches Konzept notwendig, dessen "Grundsätze" nur eine "Gewerkschaftstheorie" bereitstellen kann, welche auch die soziale, ökonomische und politische Wirklichkeit strukturell erfaßte und sich nicht allein auf die individuellen und gewerkschaftlichen Erfahrungen stützte:

"Eine Gewerkschaftstheorie, die wirklich Wegweiser für die Gewerkschaftsarbeit sein will, wird sich mit allen Gebieten

24) S. Perlman, Eine Theorie der Gewerkschaftsbewegung, a.a.O., 204.

25) Ebenda, 159.

26) Ebenda, 204.

der Gewerkschaftspolitik beschäftigen und damit auch Werturteile abgeben müssen" 27).

Dieser Gedanke war zwar in den ersten Nachkriegsjahren unumstritten, führte aber auch bei manchen Autoren zu der Befürchtung, eine so begriffene "Gewerkschaftstheorie" könnte sich gegenüber ihrem Auftrag verselbständigen, statt der Praxis rigoros untergeordnet zu bleiben. Ihr Auftrag beschränke sie, so hieß es, auf die Diagnose der von der gewerkschaftlichen Aktivität betroffenen konkreten sozialen Realität und verwehre ihr die Reflexion "gesamtgesellschaftlicher und weltanschaulicher Probleme" - es sei denn, solche Fragen würden das unmittelbare gewerkschaftliche Interesse berühren. Ganz im Sinne von Zwings Mißtrauen gegenüber allzu emanzipierter "Gewerkschaftstheorie" - weniger gebundene "Theorie" könnte sich ja in eine gegenüber dem eingefahrenen Gewerkschaftshandeln kritische verwandeln - befürchtet Trummel eine Umkehrung des Abhängigkeitsverhältnisses. Eine derartig konzipierte "Gewerkschaftstheorie" könnte, so meint er, zur Folge haben, daß "die Gewerkschaften dann in Hinsicht auf ihre Eignung zur Mit Hilfe an der Verwirklichung dieser (im "theoretischen" Bemühen entworfenen neuen - d.Verf.) Ordnung untersucht werden". Damit wird die Absicht verfolgt, alles das von den Gewerkschaften fernzuhalten, "was ihrem Wesen widerspricht oder sie überfordert" 28). Gewerkschaftliche "Theorie", so heißt es, könne sich als eine Zwangsjacke erweisen, "die die Gewerkschaften von notwendigen Aufgaben abhalten will, nur weil diese in das herkömmliche Schema der Theorie nicht passen" 29). Nach Wickel dürfen Gewerkschaften eine "Ideologie oder politische Doktrin" nicht über ihren "speziellen sozialen Auftrag" stellen, der sich auf die Vertretung lohn- und sozialpolitischer Arbeitnehmerinteressen beschränke; andernfalls würden sie Gefahr laufen, sich anderen Interessen auszuliefern und damit ihre Selbständigkeit zu verlieren 30). Die Arbeitnehmerinteressen dürften

27) H.G.Trummel, Die Geschichte der Gewerkschaftstheorie, a.a.O., 195.

28) Ebenda, 199.

29) Ebenda, 192.

30) H.Wickel, Gewerkschaftlicher Realismus, GM, 3 (1952), 526.

nicht "einem Traum von einer alleinseigmachenden Wirtschafts- und Sozialordnung" geopfert werden ³¹⁾. Damit wird unterstellt, daß sich selbst Strukturprobleme der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft im Interesse der Arbeitnehmerschaft jenseits "weltanschaulicher" Kontroversen lösen ließen ³²⁾.

Eine derart konzipierte "Gewerkschaftstheorie" hat die Rationalisierung des Gewerkschaftshandelns durch Methodenkritik und unter Zweckmäßigkeitaspekten zu besorgen. Probleme, die nicht unter Zweck-Mittel-Erwägungen fallen, wie etwa die Neuformulierung der eigenen Ziele, hat sie geflissentlich zu übergehen ³³⁾. Was aber hat "Theorie" zu reflektieren, wenn nicht auch jene Fragen, die erst in Zukunft akut werden mögen und die von Trummel als "gesamtgesellschaftliche und weltanschauliche Probleme" abqualifiziert werden - als könnte man sie ungestraft vernachlässigen? Fehlt es an innergewerkschaftlicher Diskussion solcher Fragen, so droht sie sich zum Schaden der Gewerkschaften nach außen zu verlagern ³⁴⁾.

Jene oben wiedergegebenen, teils praktizistischen und konkretistischen (Zwing und Perlman), teils inkonsequenten Auffassungen von der "Gewerkschaftstheorie" (Trummel) drohen heute in Kollision mit der Tatsache zu geraten, daß noch immer der Hauptteil der westdeutschen Gewerkschaften zumindest verbal und offiziell eine ökonomische und soziale Neuordnung fordert. Die Ziele des DGB-Grundsatzprogramms sind von so allgemein-gesellschaftlicher Relevanz, daß sie eine andere "Gewerkschaftstheorie" bedingen, die solche Merkmale nicht besitzt. Die De-

31) H.Wickel, Sicherung der Gewerkschaftseinheit, GM, 4 (1953), 581.

32) Ebenda, 580.

33) H.Wickel, Aufgaben einer Theorie der Gewerkschaftspraxis, a.a.O., 9 f.; T.W.Adorno hat in Zusammenhang mit dem Verfall der Arbeiterbewegung die Überempfindlichkeit der Arbeiterbewegung gegenüber Kritik konstatiert: "Jeder macht sich verdächtig, der mit der Kritik am Kapitalismus die am Proletariat verbindet, das mehr und mehr die kapitalistischen Entwicklungstendenzen selber bloß reflektiert", Minima Moralia, Frankfurt/M 1964, 146.

34) Vgl. H.T.Risse, Notwendige Richtungsdiskussion im DGB, Frankfurter Hefte, 14 (1959), 620; U.Lohmar, Gewerk - schaftseinheit als Ideologie oder Wirklichkeit?, a.a.O., 84.

nunziation eines solchen Ansatzes als "Utopie" oder "Weltanschauung", die Beschwörung der Gefahr, "sich in Utopien zu verlieren" und die Gewerkschaften zu überfordern - alles das sind weniger rationale Argumente als Unterstellungen und Verdächtigungen, die der Sache selbst kaum dienlich und wenig originell sind. Das Problem, wie eine Diskrepanz von Gewerkschaftshandeln und -"theorie" vermieden werden kann, wird zwar erkannt, doch vermag die angebotene Lösung nicht zu überzeugen³⁵⁾. Fraglich ist vor allem, ob dem, was hier unter "Gewerkschaftstheorie" verstanden wird, überhaupt der Begriff "Theorie" adäquat ist, wird ihr doch einzig die Funktion übertragen, Expertenwissen bereitzustellen - etwa in Tarifpolitik und Arbeitsrecht - und daraus optimale Verhaltensweisen der Gewerkschaften und ihrer leitenden Organe abzuleiten. Dabei knüpft man an die Wertungen und Prämissen an, die der Pragmatismus aufgestellt hat:

"Abstrakte Aussagen über Grundsätzliches seien lebensfern; sie führten zu unfruchtbaren Auseinandersetzungen und könnten im übrigen, soweit sie in Wertungen und Forderungen bestehen, nur die subjektive Meinung der Beteiligten wiedergeben" 36).

Wickel, der diese gewerkschaftstheoretische Position in den fünfziger Jahren besonders kompromißlos und beharrlich vertreten hat, hält es denn auch für präziser, den Ausdruck "Gewerkschaftstheorie" durch "Theorie der gewerkschaftlichen Praxis" zu ersetzen³⁷⁾.

In seiner Polemik gegen den "Nur-Praktizismus" hat Agartz, unter Hinweis auf zweifellos vorhandene Bürokratisierungstendenzen innerhalb der westdeutschen Gewerkschaften, diesen Begriff von "Gewerkschaftstheorie" als Deformationserscheinung scharf verurteilt. Das Bewußtsein des Gewerkschaftsbürokraten verenge sich, so meint er, auf Grund der Spezialisierung seiner Arbeits-

35) Zum Verlauf der gewerkschaftstheoretischen Diskussion nach 1945 vgl. im einzelnen die Jahrgänge 1951 ff. der Gewerkschaftlichen Monatshefte.

36) G.Weisser, Grundsatzprogramm und Pragmatismus-Renaissance, in: K.Nemitz u. R.Becker (Hg.), Gewerkschaft, Wirtschaft, Gesellschaft, Köln 1963, 327 f.

37) H.Wickel, Aufgaben einer Theorie der Gewerkschaftspraxis, a.a.O., 10 ff.

aufgaben und seiner intimen Verbindung mit dem "kapitalistischen Milieu" zu einem reformistischen. Allgemeine Zusammenhänge, die "eigentliche Zielsetzung der Gewerkschaftsbewegung" gerieten ihm aus dem Blick. Daher entzogen sich die politischen Implikationen seiner "manageriellen Funktion" seinem Bewußtsein, das bestrebt sei, die als "utopisch" empfundene "Theorie" der kapitalistischen Wirklichkeit anzupassen³⁸⁾. Diese Kritik verwendet das Modell einer Gewerkschaft, die als "Klassenorganisation" die soziale Emanzipation der Arbeitnehmerschaft betreibt. Dem entspricht ein Verständnis von gewerkschaftlicher "Theorie", das ihr die Kraft der "materiellen Gewalt" attestiert. Ein solcher Typ von "Gewerkschaftstheorie" liefert nicht, in einer Art Momentaufnahme, Daten über die aktuelle ökonomische, soziale und politische Lage, etwa über die konjunkturelle und Arbeitsmarktsituation, sondern zeigt gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge analytisch auf. Nach Laski hat die "Gewerkschaftstheorie" gegenüber dem Gewerkschaftshandeln eine "aktive" Rolle zu übernehmen, indem sie um das "Ganze der sozialen Umwelt" zentriert wird, die auch diejenige ist, "in der die Arbeiter leben"³⁹⁾. Dieser Begriff von "Gewerkschaftstheorie", der sich deutlich von dem oben entwickelten abhebt⁴⁰⁾, wird vor allem von jenen vertreten, die die Gewerkschaftsaufgaben gegenüber Arbeitnehmern und der Gesellschaft und ihrem Strukturwandel extensiv definieren. So verstandene "Gewerkschaftstheorie" hat bei der "Bildung eines Bewußtseins der politischen und gesellschaftlichen Abhängigkeiten" zu helfen und "Wissen um die Position der Gewerkschaften und ihre sich aus der konkreten Situation ergebenden Möglichkeiten innerhalb der gesellschaftlichen Auseinandersetzung" zu vermitteln⁴¹⁾. Sie soll nicht als Instrument der Gewerk-

38) V.Agartz, Zur Soziologie der Gewerkschaften, a.a.O., 488.

39) H.J.Laski, Die Gewerkschaften in der neuen Gesellschaft, Köln 1952, 37.

40) Vgl.H.Wickel, Auf der Suche nach einer Gewerkschaftstheorie, a.a.O., 152 ff. und die dort entwickelten beiden Typen von "Gewerkschaftstheorie".

41) J.Seifert, Anmerkungen zu Theo Pirkers Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland, GM, 12 (1961), 93.

schaftspolitik im Sinne eines Datenlieferanten von Gewerkschaftsvorständen fungieren, sondern als kritisches Bewußtsein der sozialen Situation von Arbeitnehmern und Gewerkschaften einen Ausgangspunkt des Gewerkschaftshandelns bilden, der es von "ideologischer" Bevormundung oder Beeinflussung befreit.

Der Vergleich dieser beiden Begriffe von "Gewerkschaftstheorie" - von Nuancierungen wird hier abstrahiert - lehrt, daß die Frage, ob gewerkschaftliche "Theorie" praxisbezogen sein sollte oder nicht, im Grunde unwesentlich ist. Beide Auffassungen erwarten von ihr Praxisnähe, weil "Gewerkschaftstheorie" zweckgerichtet ist. Das Postulat der Praktikizierbarkeit von "Theorie" scheint von denen, die es so hervorheben, eher vorgeschoben; wirklich kontrovers ist allein der Praxisbegriff, d.h. die Definition der gewerkschaftlichen Aufgaben, zu denen nur jene Autoren die Bildung eines kritischen Sozialbewußtseins und Selbstverständnisses der Gewerkschaften zählen, welche keinen statischen Begriff von "Theorie" und "Praxis" - und ihrer Beziehung - verwenden. Welche Funktion die "Gewerkschaftstheorie" haben soll, hängt von dieser Ausgangsentscheidung ab. Sollen in die gewerkschaftliche Praxis gleichermaßen die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer u n d die Beseitigung der gesellschaftlichen Ursachen sozialer Ungerechtigkeit und Abhängigkeit treten, dann ändern sich auch die Anforderungen, die an die "Gewerkschaftstheorie" gestellt werden müssen. "Gewerkschaftstheorie" hat nach Seifert die konkrete Verknüpfung beider Aufgabenbereiche zu ermöglichen ⁴²⁾. Ohne die energische Wahrnehmung der unmittelbar-materiellen Interessen ihrer Mitglieder gefährdet die Gewerkschaft langfristig ihren Bestand. Denn das Einverständnis der organisierten Arbeitnehmer mit der Politik ihrer Interessenvertretung schlägt sich in ihrer Beitragsehrlichkeit nieder, das der Arbeitnehmerschaft insgesamt in ihrem Organisationsgrad. Damit begründet Fricke seine These, daß die "Gewerk -

42) J.Seifert, Anmerkungen zu Theo Pirker's Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland, a.a.O., 99.

schaftstheorie" die Verbindung von gewerkschaftlicher Aktion und der Unterstützung durch die Mitgliedschaft zu zerstören drohe, falls sie sich dadurch vom Bewußtseinsstand und der Interessenlage der Mitglieder isoliere, daß sie ein "gesellschaftliches Ordnungsbild" oder eine "Ideologie" konstruiere 43). Diese Argumentation gleicht der von Perlman bereits vor 1933 entwickelten. Mit ihr ist eine bestimmte Vorstellung von der Zuordnung von "Gewerkschaftstheorie" und -"praxis", wie sich weiter oben gezeigt hat, verknüpft, die "Theorie" und "Praxis" als zwei separate Prozesse bestimmt. Dagegen begreift die Gegenseite "Gewerkschaftstheorie" als Moment der Praxis, das, die gewerkschaftlichen Entscheidungsprozesse begleitend, die Grundfragen der Gewerkschaften angesichts des Wandels der ökonomischen und politischen Strukturen, des technischen Fortschritts und der sich verändernden Verfassung der Gewerk-schaften zu reinterpretieren hat. Dieser Begriff von "Gewerk-schaftstheorie" verzichtet auf eine fragwürdige Entgegenset-zung von Sachverstand und utopischem Denken, das von der Ge-genseite als weltfremd, als das Gegenteil von "Sachlichkeit" und "Nüchternheit" abgewertet wird 44). Wickel und andere Ver-treter dieser Konzeption sind allenfalls bereit, zu konzegie-ren, daß eine Gewerkschaft während ihrer Gründungs- und Wachs-tumsphase, quasi naturgesetzlich, dazu tendiere, ihr Handeln an "Ideologien" und "Utopien" zu orientieren. Dieser Zustand gilt nurmehr als Durchgangsstadium zu jenem, in dem die ge-werkschaftliche Organisation "befestigt" ist und ihrem End-ziel näher steht. Erst dann, so meint Wickel, sei eine "reine Gewerkschaftstheorie" möglich und notwendig 45).

43) F.Fricke, Gewerkschaftspolitik und Gewerkschaftseinheit, GM, 7 (1956), 267.

44) Vgl. die Polemik von H.Wickel, Gewerkschaften als Gesell-schaft, GM, 6 (1955), 715 f.

45) H.Wickel, Aufgaben einer Theorie der Gewerkschaftspraxis, a.a.O., 9.

c) Das Problem der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Theorie

Es ließe sich eine Gewerkschaftspolitik denken, die, in Analogie zum Verhalten eines kapitalistischen Unternehmers, bestrebt ist, für die von ihr vertretenen Arbeitnehmer als Gegenwert ihrer Mitgliedsbeiträge auf dem Arbeitsmarkt ein Maximum an Gegenleistungen zu realisieren. Dieses Modell ist zwar für die deutschen Verhältnisse atypisch geblieben, hat jedoch immerhin insofern Bedeutung, als auch in Deutschland nach 1945 die Ansicht vertreten worden ist, Gewerkschaften sollten auf eine besondere, spezifisch theoretische ⁴⁶⁾ Begründung ihrer Politik verzichten. Hier geht es nicht darum, auf welche Weise oder in welchem Ausmaß die Gewerkschaften ihre Politik theoretisch fundieren können, sondern darum, ob sie überhaupt eine Theorie sich zu eigen machen sollten, d.h. ob eine Notwendigkeit für sie besteht, sich im Rahmen einer eigenen Theorie zu ökonomischen, sozialen und politischen Strukturfragen zu äußern. Das Recht dazu wird ihnen aus drei Gründen bestritten: eine Festlegung auf bestimmte theoretische Sätze verstößt gegen das Prinzip der Einheitsgewerkschaft (1); es widerspricht dem "Wesen" einer Gewerkschaft, sich in zentralen gesellschaftlichen, politischen und moralischen Fragen selbständig zu engagieren (2); der Anspruch auf eine von den Gewerkschaften autonom erarbeitete Theorie sozialer Zusammenhänge und gewerkschaftlichen Handelns ist insofern absurd, als sie letztlich mit wissenschaftlicher Theorie konvergiert und daher nicht gewerkschaftsspezifisch sein kann. Ein durch gesellschaftliche Interessengegensätze bedingter Theorien-Pluralismus ist mit Wissenschaftlichkeit unvereinbar (3).

Ad (1): "Je schmaler die gemeinsame weltanschauliche Basis...", so definiert Nell-Breuning das "Dilemma" der Einheitsgewerk-

46) Der Begriff der "Gewerkschaftstheorie" wird im folgenden in seiner inhaltlich und funktional allgemeinsten Form verwendet. Das ist umso eher berechtigt - abgesehen von den weiter oben vorgebrachten Argumenten - , als die Gegner jeglicher Gewerkschaftstheorie vor allem von diesem Begriff ausgehen.

schaft, "um so mehr ist die Gewerkschaft genötigt, sich auf die Vertretung bloß materieller Interessen zu beschränken". Nell-Breuning kritisiert, daß sich die deutschen Einheitsgewerkschaften zu sehr auf "Übereinstimmung im Vordergründigen", d.h. auf ein bloß taktisches Bündnis verlassen hätte, das zwischen den in ihnen vereinten Gewerkschaftstraditionen geschlossen worden sei. Sie hätten sich zu wenig über ihre gemeinsamen "geistigen Grundlagen" verständigt. Gleichwohl sei es sicher, daß die deutschen Gewerkschaften hinsichtlich der "Grundwerte" einig seien, die sie von den kommunistischen Gewerkschaften trennten. Zusammengenommen bildeten diese "Grundwerte" eine gemeinsame antikommunistische "Weltanschauung" ⁴⁷⁾. Nell-Breuning legt also die Wirklichkeit des Einheitsgewerkschaftsprinzips im Sinne eines "weltanschaulichen" Pluralismus aus, der die Gewerkschaftsaufgaben auf solche beschränkt, die keiner "weltanschaulichen Basis" bedürfen - mithin die lohn- und sozialpolitischen. Würde eine Einheitsgewerkschaft ihre Aufgaben um gesellschaftspolitische erweitern, so geriete sie in Widerspruch zu ihrer Satzung. Die gewerkschaftliche Theorienbildung bleibt auf die von den Prinzipien der "weltanschaulichen" Neutralität und parteipolitischen Unabhängigkeit definierten Grenzen verwiesen; sie kommt über das Stadium des Konsensus gegenüber den "Grundwerten" der westlichen "freien Gesellschaft" nicht hinaus und vermag keine - in dem hier verwendeten Sinn - "Gewerkschaftstheorie" hervorzubringen. Nell-Breuning macht auf diese Selbstbeschränkung der westdeutschen Einheitsgewerkschaften aufmerksam, ohne doch einen Ausweg aus diesem "Dilemma" aufzuzeigen. Das Festhalten am Prinzip der Einheitsgewerkschaft - tatsächlich handelt es sich bei Nell-Breunings Interpretation dieses Prinzips keineswegs um die einzig mögliche, wie die spätere Analyse des gewerkschaftlichen Selbstverständnisses beweist - würde dann beispielsweise den Verzicht auf ein politisches Engagement der Gewerkschaften bedeuten. Dazu aber hat sich, ebenso wie für den Bereich der

47) O.v.Nell-Breuning, Wirtschaft und Gesellschaft, Bd.3, Freiburg 1960, 137.

Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik - die DGB-Grundsatzprogramme sind ein Beweis dafür - die Mehrheit der DGB-Gewerkschaften nicht bereitgefunden.

Ad (2): In seinem Ansatz hat Tannenbaum, ähnlich Nell-Breuning, den Gewerkschaften die Aufgabe übertragen, ethische Werte, wie "Sicherheit, Gerechtigkeit, Freiheit und Glauben", zu erhalten und so die Gültigkeit eines traditionell-konservativen Wertsystems zu sichern. Für ihn steht diese Funktion der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber nicht mit dem Verzicht der Gewerkschaften auf eine "allgemeine Theorie oder Ideologie" und auf "einen bestimmten Richtungssinn" in Widerspruch ⁴⁸⁾. Ähnlich hat auch Tönnies schon, auf der Grundlage seines Gewerkschaftsbegriffs, die Theorielosigkeit gewerkschaftlichen Handelns gefordert. Er wandte sich gegen eine das Gewerkschaftshandeln anleitende Theorie, "die über die politischen Elemente einer Weltanschauung" hinausginge; sie hätte "für die Gewerkschaft als solche keinen Wert, weil deren Betätigung mit ihrem Wesen sich nicht vereinigen" ließe ⁴⁹⁾. - Beide Autoren gehen in ihrer Kritik autonomer gewerkschaftlicher Theorienbildung willkürlich vor. Vor allem Tannenbaum bestimmt die gewerkschaftlichen Aufgaben von vornherein so, daß für die Frage nach der Notwendigkeit der Gewerkschaftstheorie nur eine negative Antwort übrigbleibt. Tönnies behauptet die Unvereinbarkeit von Gewerkschaft und Gewerkschaftstheorie, ohne zu sagen, wie eine "klassische" oder weitergehende Aufgabenstellung ohne Theorie realisiert werden kann, inwiefern die Rezeption herrschender Werte oder "Weltanschauungen" der Spezifik gewerkschaftlicher Aktivität angemessen ist. Die deutschen Gewerkschaften waren bereits in den zwanziger Jahren ihrem Ursprungszustand längst entwachsen; selbst wenn sie sich auf Lohn- und Sozialpolitik beschränken würden, bliebe es fraglich, ob sie zum Beispiel die wirtschaftswissenschaftliche Diskussion vollständig ignorieren, also ihr Handeln allein

48) F.Tannenbaum, Eine Philosophie der Arbeit, Nürnberg 1954, 17.

49) F.Tönnies, Die Gewerkschaften in soziologischer Ansicht, Die Arbeit, 2 (1925), 199.

nach Wert- beziehungsweise Opportunitätsaspekten einrichten könnten. Die innergewerkschaftliche Selbstverständigung muß sich dann auf einem Niveau bewegen, das nicht hinter dem außerhalb erreichten Erkenntnisstand zurückbleibt. Eine andere Frage ist, ob die Theorien rezipiert oder aber autonom produziert werden.

Ad (3): Eine solche, spezifisch gewerkschaftlichen Bedürfnissen entsprechende Theorie kann es nach Waldrapp neben wissenschaftlicher Theorie nicht geben. Diese These sucht er mit einer eigenwilligen Definition des Theoriebegriffs zu begründen. Zielstrebige und rationale Praxis von Individuen oder Kollektiva sei ohne den Gebrauch einer Theorie undenkbar, die zweckgerichtet, aber nicht zielbezogen sei: "Theorien können nur Wege zum Ziel zeigen, nicht das Ziel selbst", das stets "absolut" sei ⁵⁰⁾. Soweit Gewerkschaften Theorie dieses Typs brauchten, könnten sie, wie andere Organisationen auch, auf die Ergebnisse der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften zurückgreifen ⁵¹⁾. Denn:

"Der Maßstab von Logik und Vernunft läßt nur eine einzige Wissenschaft zu. Ihre Theorien können zwar auseinandergehen, aber nur einen sachlichen Bezug haben. Daran können wir den allgemeingültigen Maßstab anlegen. Deshalb kann es keine Gewerkschaftstheorie geben" ⁵²⁾.

Waldrapp verwendet in seiner Argumentation mehrere Prämissen, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann. Zum einen impliziert er, daß zwar ein Pluralismus der Theorien der sozialen Wirklichkeit, nicht aber, bei Anwendung von "Logik und Vernunft", ein Pluralismus der Forschungsergebnisse möglich sei. Zum andern nimmt er, und dadurch gerät er in Widerspruch zu der von ihm beschworenen "Wissenschaftlichkeit", die Analyse der Zielsetzungen sozialen Handelns aus der Zuständigkeit der Wissenschaft heraus und bestreitet damit die Notwendigkeit, auch Zielsetzungen kritisch-empirisch zu überprüfen. Wissenschaftliche Theoriebildung scheint sich ihm jenseits sozialer

50) F. Waldrapp, Brauchen wir eine Gewerkschaftstheorie, GM, 4 (1953), 364.

51) Ebenda, 366.

52) Ebenda, 368.

Interessenkonstellationen und -konflikte zu vollziehen. Die Reinterpretation der Ziele anhand sozialwissenschaftlicher Analyse aber böte die Möglichkeit zur Verwissenschaftlichung des Handelns sozialer Verbände. Auch ihre Vorstellungen von der sozialen Realität ließen sich auf diese Weise verifizieren oder falsifizieren. Indem die Ziele verabsolutiert werden, entsteht der Anschein, daß die Einzelinteressen zu einem scheinbar "objektiven" Gesamtinteresse gebündelt werden könnten, das sich "sachlich" realisieren ließe unter Verwendung des wissenschaftlich erarbeiteten Wissens über die soziale Realität ⁵³⁾. Unter diesen Bedingungen aber muß die "Einseitigkeit" spezifisch gewerkschaftlicher Theorienbildung als erwiesen gelten - und damit auch ihre Unmöglichkeit.

Aus diesen drei Argumentationen wird klar, daß nur ein Teil der Gegner der Notwendigkeit von Gewerkschaftstheorie sich gegen die Orientierung der Gewerkschaftspolitik an Theorien jeglichen Typs ausspricht, während der andere Teil den Gebrauch von Theorie zwar für notwendig hält, nicht aber die Entwicklung einer spezifischen Gewerkschaftstheorie. Bei den Befürwortern der Gewerkschaftstheorie herrscht Einigkeit darüber, daß sich die Daseinsberechtigung einer gewerkschaftsintern entwickelten, auf spezifisch gewerkschaftliche Bedürfnisse abgestellten Theorie aus zwei Gründen ergibt: Zielstrebiges gewerkschaftliches Handeln erfordert ein selbständig erarbeitetes Bild der vorliegenden sozialen Situation und ihrer Strukturzusammenhänge und Entwicklungstendenzen; ohne dieses Bild wäre die Gewerkschaftspolitik fremden "ideologischen" Einflüssen ausgeliefert (1); die umfassenden gesellschaftlichen Aufgaben der Gewerkschaften erfordern eine fundierte und eindeutige Stellungnahme zu allen wesentlichen gesellschaftlichen Problemen, die das Interesse der Arbeitnehmer tangieren (2).

Ad (1): "Hier zeigt sich", schreibt Seifert zur Diskussion über den 1962 von der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden

53) Vgl. J.Hirsch, Die öffentlichen Funktionen der Gewerkschaften, a.a.O., 41.

propagierten "Solidaritätsbeitrag" der nichtorganisierten Arbeitnehmer,

"daß die Preisgabe der traditionellen Gewerkschaftstheorie und die damit verbundene Ziellosigkeit einzelner Gewerkschaften sowie die Ideologie der Ideologielosigkeit (die unter dem Namen der 'Entideologisierung' von den Gegnern der Arbeiterbewegung bewußt betrieben wird) dazu führen kann, daß pragmatische Gewerkschafter unmerklich Theorien verfallen, die aus dem Umkreis der Gesellschaftspolitischen Kommentare stammen" 54).

Diese Befürchtung läßt sich durch das Beispiel des amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL-CIO bestätigen. Die darin vereinigten Gewerkschaften geben vor, eine "pragmatische" Gewerkschaftspolitik zu betreiben und halten eine Gewerkschaftstheorie, gestützt auf die Konzeption der Geschäftsgewerkschaft, für überflüssig, ja für schädlich. De facto sind sie zwar frei von spezifisch gewerkschaftlicher "Ideologie", nicht aber von "Ideologie" überhaupt, denn sie machen sich "Ideologien" der Unternehmerschaft (etwa die der "Partnerschaft") oder der herrschenden öffentlichen und politischen Meinung (Antikommunismus) zu eigen. Die Notwendigkeit, die öffentliche Meinung mit gewerkschaftlichen Argumenten vertraut zu machen, spricht dafür, daß unabhängige Gewerkschaften in ihrer Bewußtseinsbildung selbständig bleiben. Ihre Millionen zählenden Mitglieder, die sie über die Gewerkschaftspresse zu erreichen suchen, sind, wenn die Gewerkschaften sich auf "Ideologie"-losigkeit verpflichten, allein außergewerkschaftlichem publizistischen Einfluß und damit auch dem der Arbeitgeberpropaganda ausgesetzt.

Ad (2): Das zweite, zugunsten der Notwendigkeit von Gewerkschaftstheorie vorgebrachte Argument baut auf das klassische Konzept der sozialdemokratischen "freien Gewerkschaften" auf. Danach verstehen sich Gewerkschaften als Teil der allgemeinen

54) J. Seifert, Die Situation der Gewerkschaften im Spiegel der Theorie, GM, 13 (1962), 17. - In der Zeitschrift "Gesellschaftspolitische Kommentare" kommen extrem konservative Vertreter der katholischen Soziallehre zu Wort, die sich noch heute beispielsweise gegen das Prinzip der Überkonfessionalität der Gewerkschaftsarbeit wenden und christliche Gewerkschaften ständischen Typs reinstallieren möchten.

Emanzipationsbewegung des Proletariats, nämlich als deren ökonomisch-sozialpolitischer Zweig. Aber auch an der kulturellen Emanzipation des Proletariats vom Bürgertum haben sie Anteil; sie sind dafür um so eher prädestiniert, als sie unmittelbaren Kontakt mit dem Leben der Arbeiter haben ⁵⁵⁾. Der Gedanke liegt dann nahe, daß Gewerkschaften, sobald sie ihre Aufgaben so verstehen, neben einem umfassenden ökonomischen und sozialpolitischen (Fach-) Wissen auch über ein fundiertes Handlungskonzept verfügen müßten, das wiederum nur durch gewerkschaftliche theoretische Selbstverständigung erarbeitet werden könnte. Die Entwicklung des sozialen und politischen Bewußtseins der Gewerkschaften hat dem Wandel der Gewerkschaften von machtlosen und organisatorisch ungefestigten Assoziationen einzelner Arbeiter zu einflußreichen und - darauf kommt es hier an - wirtschafts- und gesellschaftspolitisch selbständig agierenden Großorganisationen zu folgen. Mit dieser Veränderung der Aufgaben und gesellschaftlichen Funktion der Gewerkschaften hat die Qualität des Gewerkschaftsbewußtseins Schritt zu halten, was nur durch die Entwicklung seines theoretischen Elements möglich ist. Kommt es nicht dazu, so befürchtet Christmann, so laufen die Gewerkschaften Gefahr, traditionelle Formen ihres Selbstverständnisses zu konservieren,

"ohne die gegenüber der ersten Phase des Industrialismus total veränderte politische und sozialökonomische Umwelt und den dadurch z.T. bedingten Wandel der Gewerkschaftsfunktionen zu beachten" ⁵⁶⁾.

Die beiden Postulate dieses Ansatzes - Flexibilität der Bewußtseinsbildung gegenüber dem sozialen Wandel im allgemeinen wie auch gegenüber dem Wandel der Aufgaben und gesellschaftlichen Funktion der Gewerkschaften - wird freilich niemand mehr bestreiten. Der entscheidende Punkt, der Befürworter und Gegner autonomer gewerkschaftlicher Theorienbildung trennt, liegt in dem Problem, ob Gewerkschaften die Prinzipien ihres Handelns

55) Th.Cassau, Die Gewerkschaftsbewegung, a.a.O., 144.

56) A.Christmann, Die Gewerkschaften in der industriellen Gesellschaft. Versuch einer Standortbestimmung, Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 5 (1960), 126.

der wechselnden eigenen und gesellschaftlichen Realität einfach anzupassen haben oder aber Selbständigkeit bewahren sollen, die sie unter Umständen dem Vorwurf aussetzt, sich an "weltfremden" Modellen zu orientieren. Die folgenden Überlegungen suchen die Bedingungen einer gewerkschaftlichen Bewußtseinsbildung zu bestimmen, die diesen Anforderungen genügt.

d) Prozesse gewerkschaftlicher Theorienbildung

In diesem Abschnitt geht es um die Frage, auf welche Weise Gewerkschaftstheorien entstehen können ⁵⁷⁾. Gewerkschaftstheorie manifestiert sich einerseits im Bewußtsein der Gewerkschaftsmitglieder und -funktionäre - bei Gewerkschaftstagen zum Beispiel - , das über die weitgehend institutionalisierte innergewerkschaftliche Kommunikation und Willensbildung die öffentlichen Gewerkschaftsäußerungen mitformt (1), andererseits in jenem Bewußtsein, das durch Rezeption außergewerkschaftlich entstandener Theorien in das offizielle Gewerkschaftsbewußtsein einfließt (2). Die Differenzierung von endogener und exogener Theorienbildung ist freilich eher klassifikatorisch denn real, läßt sich doch eine Gewerkschaft nicht als soziale "Insel" begreifen, die ihr Handeln und ihr Bewußtsein isoliert von ihrer Umwelt bestimmt. Immerhin hat sich jedoch weiter oben gezeigt, wie wesentlich diese Unterscheidung für das Problem ist, welche Funktion die Gewerkschaftstheorie gegenüber dem Gewerkschaftshandeln erhält. Als Faktoren, die die gewerkschaftliche Theorienbildung beeinflussen, nennt Trummel außer der Veränderung des gewerkschaftlichen Aufgabenbereichs den Fortschritt wissenschaftlicher Erkenntnis und - drittens - "politische Ereignisse, sozialpolitische Maßnahmen, wirtschaftspolitische Grund- und Einzelerscheinungen, die Haltung der Öffentlichkeit zu den Gewerkschaften, kurz: die jeweiligen Zeitumstände und Zeiterscheinungen im öffentlichen Leben" ⁵⁸⁾. Einschränkend hebt Trummel hervor,

57) Welche Faktoren die grundlegenden Strukturen des Gewerkschaftsbewußtseins beeinflussen, kann hier nur hypothetisch und formal beantwortet werden.

58) H.G.Trummel, Die Geschichte der Gewerkschaftstheorie, a.a.O., 189 f.

nicht jeder Wandel gewerkschaftlicher Aktivität führe einen Wandel der Gewerkschaftstheorie herbei ⁵⁹⁾. Bemerkenswert ist, daß hier Bewußtseinsstand und -entwicklung der Mitgliedschaft nicht erwähnt werden; das ist umso erstaunlicher, als die Gewerkschaften beanspruchen, demokratische Vereinigungen par excellence zu sein. Diesem Umstand trägt Wickel Rechnung, wenn er den Wandel der Gewerkschaftstheorie auch auf den Wandel der Mitgliederstruktur bezieht, der durch den Beitritt bisher vernachlässigter oder schwer organisierbarer Arbeitnehmergruppen (Frauen, Angestellte, Beamte) entsteht. Nach Wickel ist erst durch "ursprüngliche, spontane Organisationstendenzen der Arbeiterschaft" die Stagnation der Theorienbildung "bisher" vermieden worden ⁶⁰⁾.

Die gewerkschaftliche Theorienbildung läßt sich also auf die folgenden Faktoren zurückführen:

1. Die (gesellschafts-) politischen und ökonomischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse der Gesellschaft und ihre Resultate;
2. Bewußtseinsstand und -entwicklung der Mitglieder und Funktionäre;
3. Wissenschaftliche Erkenntnis;
4. Die Ansprüche des Gewerkschaftsapparates an die Gewerkschaftstheorie, die sich mit der Aufgabenerweiterung oder -verlagerung der Gewerkschaften verändern;
5. (als ein Sonderfall des Faktors 1.) Der durch die traditionell enge Beziehung der deutschen Gewerkschaften zur SPD bedingte Einfluß, den deren Programmatik auf die gewerkschaftliche Theorienbildung ausübt.

Im folgenden wird diskutiert, wie diese fünf Faktoren auf die gewerkschaftliche Theorienbildung einwirken beziehungsweise einwirken sollten. Dabei wird noch einmal deutlich, wie unterschiedlich von den einzelnen Autoren die "Gewerkschaftstheorie"

59) H.G.Trummel, Die Geschichte der Gewerkschaftstheorie, a.a.O., 192.

60) H.Wickel, Auf der Suche nach einer Gewerkschaftstheorie, a.a.O., 152.

konzipiert wird. Der Faktor (1.) wird allerdings vernachlässigt, weil seine Wirkungsweise so allgemein ist, daß sie sich ^{hier} näher bestimmen läßt 61).

Ad (2): In älteren Untersuchungen wird das Moment der bei der Gewerkschaftsarbeit von Mitgliedern und Funktionären gewonnenen Erfahrung **emphatisch** hervorgehoben und als **Ansatzpunkt** gewerkschaftlicher Theorienbildung gedeutet:

"Je größer das aufgestapelte Vermögen von Praxis, desto tragfähiger kann eine theoretische Grundlage aufgebaut werden. Die Gewerkschaften bergen einen gewaltigen Fonds an Praxis in sich und geben damit ein solides Fundament zur Entwicklung einer fruchtbaren Theorie" 62).

Theorie wird als Destillat akkumulierter Erfahrung verstanden; sie gilt als umso fortgeschrittener, je mehr Erfahrungen gewonnen worden sind. Daß Erfahrung nicht notwendig in Erkenntnis übergeht, wird übersehen. H.de Man sprach von der "proletarischen Erfahrung" als dem beherrschenden Faktor des Gewerkschaftsbewußtseins. Im Gegensatz zur marxistischen Intelligenz sei das,

"was die Gewerkschaftler denken und schreiben, der Niederschlag einer proletarischen Erfahrung, die in einer Tätigkeit gesammelt wurde, welche ihrer Natur nach in der unmittelbarsten Beziehung zu den Interessen und der Lebensweise der Arbeiterschaft steht" 63).

Perlmans These, die Gewerkschaftstheorie solle aus dem Arbeitsplatzbewußtsein des einzelnen Arbeitnehmers hervorgehen 64), ist die konsequente Fortführung dieser Tendenz, die Gewerkschaftstheorie als Produkt der gewerkschaftlichen Erfahrung - der Organisation im Ganzen und der Mitglieder - zu definieren.

Ad (3): Das Postulat, die gewerkschaftliche Theorienbildung habe sich am Fortschritt der wissenschaftlichen Erkenntnis zu orientieren, ist heute bei den meisten Gewerkschaften allge-

61) Vgl. die Definition dieses Faktors bei H.G.Trummel, Die Geschichte der Gewerkschaftstheorie, a.a.O., 189 f.

62) K.Zwing, Soziologie der Gewerkschaftsbewegung, a.a.O., 17.

63) H.de Man, Zur Psychologie des Sozialismus, a.a.O., 348.

64) Vgl. hier Kapitel I, b.

mein anerkannt. Diese Haltung wird durch die Einsicht motiviert, gewerkschaftliches Handeln erfordere mit zunehmender Komplexität gesellschaftlicher Zusammenhänge mehr und mehr Sachverstand ⁶⁵⁾, und durch die Befürchtung, man könnte hinter dem Fortschritt der Wissenschaften zurückbleiben und schließlich mit ihm in Widerspruch geraten. Solcher Anspruch auf "Wissenschaftlichkeit" der eigenen Ansichten ist sicher nicht nur bei den Gewerkschaften zu finden; er beherrscht heute die öffentliche Diskussion, insbesondere die der Tarifpartner. Von der Gewerkschaftstheorie wird erwartet, daß sie mit dem Fortschritt vor allem der Wirtschaftswissenschaften Schritt hält ⁶⁶⁾. Als Medien, die zwischen Wissenschaft und Gewerkschaft vermitteln, dienen in der BRD die mit Akademikern besetzten Stabsabteilungen der westdeutschen Gewerkschaften und das Wirtschaftswissenschaftliche Institut des DGB (WWI); es soll den im DGB vereinten Gewerkschaften wissenschaftliche Erkenntnis zugänglich machen, daneben aber selbst Forschung betreiben. Nach Lohmar hat das WWI die Aufgabe, den "leitenden Gremien der Gewerkschaften ständig ein genaues Bild von der Situation innerhalb der Arbeitnehmerschaft zur Verfügung" zu stellen, und zwar mit Hilfe "einer Tatbestandsanalyse, die es ihnen gestattet, jeweils die Mittel und Wege zu bestimmen, die sich für die Verwirklichung gewerkschaftlicher Ziele als zweckmäßig und gangbar erweisen". Die Gewerkschaften hätten von der "Verwendung von Ideologie und Wissenschaft" keinen Nutzen, denn "sie läßt nur die Aufgaben und die Verantwortung unklar werden und begünstigt die Tendenzen zu einer organisatorischen Erstarrung der gewerkschaftlichen Arbeit" ⁶⁷⁾. Lohmar begründet diese unterschiedliche Bewertung von "Tatbestandsanalyse" einerseits und "Ideologie und Wissenschaft" andererseits nicht. Seine Formulierungen zeugen von jenem Widerwillen gegenüber Verhaltensmaximen und

65) Vgl. A.Grosser, in: Sachverstand und Politik in der Demokratie, 10.Europäisches Gespräch, Köln 1962, 206 f.

66) Vgl.H.G.Trummel, Die Geschichte der Gewerkschaftstheorie, a.a.O., 189.

67) U.Lohmar, Gewerkschaftseinheit als Ideologie oder Wirklichkeit ?, a.a.O., 84 f.

"Ideologien", die den Gewerkschaften - so wird angenommen - von außen nahegelegt oder gar aufgezwungen werden sollen ⁶⁸⁾. Oder man fühlt sich "überfordert", wenn den Gewerkschaften "von hoher intellektueller Warte aus...Aufgaben gestellt und Verantwortungen zugeschoben werden, die deren Rahmen letzten Endes sprengen müssen" ⁶⁹⁾. Eher noch wird eine interdisziplinäre Zusammenarbeit von Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlern i n n e r h a l b der Gewerkschaften akzeptiert, um so die Prinzipien der Gewerkschaftspolitik "verwissen - schaftlichen" zu können ⁷⁰⁾. Auf diese Weise könnte man die Wissenschaft in die innergewerkschaftliche Arbeitsteilung integrieren, die auf der Trennung von "Praktikern" und "Theoretikern" beruht ⁷¹⁾.

Das Verhältnis der "Praktiker" zu den "Theoretikern" ist nicht immer unproblematisch gewesen. Der Feldzug, der 1905 von der Generalkommission der Freien Gewerkschaften im Zusammenhang mit der Massenstreikdebatte gegen die "weltfremden" Intellektuellen geführt wurde, blieb keine Einzelercheinung ⁷²⁾. Im gleichen Tenor veröffentlichte 1919 das "Correspondenzblatt", das Organ des ADGB, einen Artikel gegen die Intellektuellen. Das darin geäußerte Mißtrauen ist exemplarisch auch bei Perlman zu finden ⁷³⁾. Angriffe gegen die Arbeit von Intellektuellen und Akademikern in den Gewerkschaften oder gegen ihren Einfluß auf die innergewerkschaftliche Willensbildung überhaupt sind häufig als Kampf gegen "Ideologien" deklariert worden, die den Gewerkschaften von außen aufgedrängt würden ⁷⁴⁾. Sehr

68) Vgl. auch H.Wickel, Gewerkschaften als Gesellschaft, a.a.O., 721.

69) H.Wickel, Gewerkschaftlicher Realismus, a.a.O., 525.

70) F.Fricke, Konstruktive Gewerkschaftspolitik, a.a.O., 339.

71) T.Cassau, Die Gewerkschaftsbewegung, a.a.O., 142.

72) Vgl. A.Enderle, H.Schreiner, J.Walcher, E.Weckerle, Das rote Gewerkschaftsbuch, Berlin 1932, 99; vgl. auch H.J. Varain, Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat. Die Politik der Generalkommission unter der Führung Carl Legiens (1890-1920), Düsseldorf 1956.

73) S.Perlman, Eine Theorie der Gewerkschaftsbewegung, a.a.O., 204 u.a.

74) Vgl. dazu die Aufsätze von H.Wickel in den Gewerkschaftlichen Monatsheften.

prägnant wird dieses antiintellektuelle Moment in folgenden, 1952 entstandenen Formulierungen:

"Zu den Funktionären ... gehörten schon vor und nach dem ersten Weltkrieg eine große Anzahl von Akademikern, die sich aus Idealismus der Arbeiterbewegung angeschlossen hatten und ihr bis zum heutigen Tag treu gedient haben. Wenn heute das Angebot von Akademikern an die Gewerkschaften größer als je zuvor ist, so kann und muß sogar berücksichtigt werden, daß sich innerhalb des akademischen Nachwuchses ein Wandel zu neuen Ufern vollzieht, daß diese Menschen nicht auf Grund ihres Spezialistentums zur gewerkschaftlichen Arbeit drängen, sondern aus bewußter Überwindung eines akademischen Ständedünkels heraus, der für unsere Vergangenheit verhängnisvoll war ... Unbestritten ist, daß es eine Reihe von Gewerkschaftern gibt, die sehr leicht dem Sirenenengesang der akademischen Dialektik erliegen. Meistens aber wurden die durch Eroberung des Vertrauens führender Gewerkschafter eingesickerten, charakterlich nicht festen Spezialisten sehr schnell entlarvt" 75).

Ad (5): Das klassische Konzept, wonach die Gewerkschaften der ökonomische, die SPD der politische Teil der Arbeiterbewegung darstellen, legt es nahe, der Arbeiterpartei die Hegemonie in "weltanschaulichen" Fragen zu überlassen. Lenins These, daß die Arbeiterschaft zwar zur Bildung eines "trade-unionistischen" und vopolitischen, nicht aber zur Bildung eines Klassenbewußtseins fähig sei und die Arbeiterpartei von außen her Klassenbewußtsein in die Arbeiterschaft hineinbringen müsse, hat, so meint Seifert, "damit zugleich zur Anerkennung des Vorrangs der Partei gegenüber der Gewerkschaftsbewegung geführt" 76). H.de Man nahm in den zwanziger Jahren an, daß sich die Gewerkschaften, bei aller Abhängigkeit von der SPD, in einer "ganz anderen geistigen Welt" befänden - d.h. der des Unternehmertums, mit dem sie Vertrautheit mit den Fragen des kapitalistischen Alltags teilten 77). Dagegen meinte auch Wickel, Seifert bestätigend, es gäbe einen "ideologischen Druck, der von der Partei über die auch in den Gewerkschaften tätigen Funktionäre" ausginge. Im Gegensatz zu Lenin aber forderte Wickel die Gewerkschaften auf, sich von der Partei-"ideologie" zu lösen und

75) P.Mühlbach, Bewegung - kein Apparat, GM, 3 (1952), 277.

76) J.Seifert, Die Situation der Gewerkschaften, a.a.O., 11.

77) H.de Man, Zur Psychologie des Sozialismus, a.a.O., 348; vgl.auch V.Agartz, Zur Soziologie der Gewerkschaften, a.a.O., 488.

die Zusammenarbeit mit der SPD aufzugeben 78). - Der nach 1945 vollzogene Übergang zum Prinzip der parteipolitischen Unabhängigkeit war ein erster Schritt dahin, hat aber das, wogegen Wickel sich wandte, nicht verhindern können, nämlich eine rege praktische Zusammenarbeit zwischen beiden Organisationen, die durch die Personalunion von Partei- und Gewerkschaftsamt ermöglicht worden ist. Eine gewisse Modifikation hat das Verhältnis SPD-Gewerkschaften erst seit dem Godesberger Programm von 1959 erfahren. Seitdem läßt sich eine gewerkschaftliche Kritik an der Politik der SPD und ihrem Programm beobachten. Das mag als ein Zeichen dafür gewertet werden, daß sich die historische Abhängigkeit der deutschen Gewerkschaften in bezug auf ihre Theorienbildung teilweise verringert hat. Je mehr sich die SPD zur "Volkspartei" entwickelt, so folgert Risse, "umso mehr wären die Gewerkschaften in der Lage und veranlaßt, mit einem klaren, auf ihrem eigenen Boden erarbeiteten Programm aufzutreten und ihr Ordnungsbild von Gesellschaft und Wirtschaft dem Pragmatismus der Parteipolitik immer wieder entgegenzusetzen" 79).

Ob aber diese Erwartung von den westdeutschen Gewerkschaften erfüllt worden ist, kann erst die Auseinandersetzung mit ihrem Bewußtsein selbst zeigen.

78) H.Wickel, Sicherung der Gewerkschaftseinheit, a.a.O., 579.

79) H.T.Risse, Notwendige Richtungsdiskussion im DGB, a.a.O., 620.

II. Momente und Beziehungen des kollektiven Sozialbewußtseins. Der Ansatz zur Analyse von gewerkschaftlichem Gesellschafts- und Selbstverständnis

a) Vorbemerkungen

Die Frage, inwieweit die westdeutschen Gewerkschaften in den zwei Jahrzehnten, die seit ihrer Neugründung vergangen sind, eine Gewerkschaftstheorie zu entwickeln vermochten, in deren Rahmen sie ihrer eigenen Probleme bewußt werden und befriedigende Lösungsmöglichkeiten finden konnten, läßt sich nur durch einen begrifflichen Ansatz beantworten, der gewerkschaftliche Probleme zugleich als gesellschaftliche behandelt. In der jüngsten Gewerkschaftsgeschichte spiegelt sich ein Stück westdeutscher Sozialgeschichte, in die die Gewerkschaften als öffentliche Verbände und Massenorganisationen verflochten sind. Das Bewußtsein, das die Gewerkschaften von ihren eigenen Problemen, ihren Aufgaben und ihrer Geschichte besitzen, ist um das Bewußtsein zu ergänzen, das sie von ihrer gesellschaftlichen Position und letztlich von der Gesellschaft insgesamt hervorgebracht haben. Der Begriff des Gesellschafts- und Selbstverständnisses (beziehungsweise -bewußtseins) dient im folgenden solange als terminus technicus, wie ein hinreichend klarer begrifflicher Ansatz noch fehlt. Würde man sich a priori auf einen bestimmten Begriff festlegen, so wären damit Ergebnisse vorweggenommen, die erst in einer späteren Phase dieser Untersuchung gewonnen werden können. Unter Gesellschafts- und Selbstverständnis wird hier ein Komplex von Vorstellungen über gesellschaftliche Sachverhalte, einschließlich der eigenen sozialen Position, verstanden.

Neuere Arbeiten mit vergleichbarer Intention bevorzugen einen Ansatz, der seinen Gegenstand als "Interessenverband" und unter dem Aspekt seiner "Ideologie" analysiert. Häufig wird darauf verzichtet, die Berechtigung beider Begriffe im Einzelfall, vor allem aber die verschiedenen Definitionen von "Interessen-

verband" und "Ideologie" zu erörtern. Das trifft sowohl für die Untersuchung Hondrichs ¹⁾ als auch für die des Vereins für Socialpolitik zu ²⁾. Dieser Gefahr entgeht Hirsch, indem er die Frage, ob die Gewerkschaften "Interessenverbände" darstellen oder nicht, eigens diskutiert ³⁾. Im Zentrum der Analyse des gewerkschaftlichen Selbstverständnisses steht, worin die Gewerkschaften die spezifischen Merkmale einer "Gewerkschaft" sehen. Da für den Ansatz dieser Arbeit der "Gewerkschafts"-begriff selbst irrelevant ist und erst in der Materialanalyse zur Sprache kommen kann, scheint es berechtigt, ihn vorerst zu vernachlässigen. Anders verhält es sich mit dem "Ideologie"-begriff.

Was Mannheim die "Außenbetrachtung" "geistiger Gebilde" nennt, wäre, auf diese Arbeit übertragen, die Gegenüberstellung des gewerkschaftlichen Gesellschafts- und Selbstverständnisses und des historischen Auftretens der deutschen Gewerkschaften nach dem zweiten Weltkrieg ⁴⁾. Dann würde man das Gewerkschaftsbewußtsein als "Ideologie", nicht als "Idee" - im Sinne Mannheims - betrachten. Denn für Mannheim erschließt sich allein eine "Idee", d.h. ein "geistiges Gebilde", dem "immanenten" Vorgehen, das in der Abstraktion vom "sozialen Sein" bestehe ⁵⁾. Gewerkschaftliches Bewußtsein unter dem "Ideologie"-aspekt zu analysieren, hieße, seiner "Seinsgebundenheit" nachzugehen, es also auf seine realen Existenz- und Entwicklungsbedingungen hin zu "funktionalisieren" ⁶⁾.

1) Vgl. K.O.Hondrich, Die Ideologien von Interessenverbänden. Eine strukturell-funktionale Analyse öffentlicher Äußerungen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin 1963.

2) Vgl. G.Schmölders (wissenschaftliche Leitung), Das Selbstbild der Verbände, Berlin 1965.

3) J.Hirsch, Die öffentlichen Funktionen der Gewerkschaften, a.a.O., 33 f.

4) K.Mannheim, Ideologische und soziologische Interpretation der geistigen Gebilde, in: K.Mannheim, Wissenssoziologie, Auswahl aus dem Werk, hrsg. v.K.H.Wolff, Berlin/Neuwied 1964, 390 ff.

5) Ebenda, 388.

6) Ebenda, 395.

Die Erforschung der realen Prozesse der innergewerkschaftlichen Kommunikation und Willensbildung würde zum einen nur im Rahmen einer überaus umfangreichen Untersuchung befriedigende Ergebnisse zeitigen, zum andern steht ihr das Problem entgegen, überhaupt Daten über solche internen Vorgänge zu erhalten. Das Fehlen entsprechender Untersuchungen scheint dafür symptomatisch. Geben öffentliche Verbände Datenmaterial frei, so meistens nur unvollständig oder unter der Bedingung, die Forschungsergebnisse nicht zu publizieren. Aus diesem Grunde hat Reitzenstein den Versuch aufgegeben, die Entwicklung des Gewerkschaftsdenkens empirisch zu erforschen ⁷⁾. Wie die Gewerkschaftsentscheidungen zu -äußerungen zustandekommen, ist zwar teilweise transparent, weil die höchsten Entscheidungsorgane der westdeutschen Gewerkschaften, laut Satzung ihre Gewerkschaftstage, durchweg öffentlich stattfinden; in der Zeitperiode jedoch, die dazwischen liegt und in der ausschließlich von den Beiräten und Vorständen entschieden wird, ist man fast nur auf Pressemitteilungen angewiesen ⁸⁾. Günstiger ist die Situation im angelsächsischen Bereich, wo mehrmals die innergewerkschaftliche Demokratie und Willensbildung gründlich untersucht werden konnte ⁹⁾.

Auch eine als "Konfrontation der Ideologie mit ihrer eigenen Wahrheit" ¹⁰⁾ verstandene Ideologiekritik kann hier nicht ge-

7) I.v.Reitzenstein, Solidarität und Gleichheit. Ordnungsvorstellungen im deutschen Gewerkschaftsdenken nach 1945, Berlin 1961, 28; vgl. auch Th.Pirker, Die Gewerkschaften als Versicherungsbetrieb, in: A.Horné (Hg.), Zwischen Stillstand und Bewegung. Eine kritische Untersuchung über die Gewerkschaften in der modernen Industriegesellschaft, Frankfurt/M 1965, 7.

8) Vgl. H.Schellhoss, Apathie und Legitimität. Das Problem der modernen Gewerkschaft, München 1966; K.H.Sohn, Berufsverband und Industriegewerkschaft. Organisationsprinzipien der deutschen Gewerkschaften, Köln 1964.

9) Vgl. S.M.Lipset, M.Trow, J.Coleman, Union democracy. The internal politics of the International Typographical Union, Glencoe/Ill., 1956; J.Goldstein, The government of British trade unions. A study of apathy and the democratic process in the Transport and General Workers Union, London 1952.

10) Soziologische Exkurse, Frankfurter Beiträge zur Soziologie, 4, hrsg.v.Th.W.Adorno u.W.Dirks, Frankfurt/M 1956, 169.

leistet werden. Dazu wäre eine Gesamtanalyse der westdeutschen Gewerkschaften, aufbauend auf ökonomischen und soziologischen Einzelanalysen, notwendig. Es versteht sich von selbst, daß eine solche Aufgabe nur interdisziplinär und nach längeren Vorarbeiten gelöst werden könnte; sie steht bis heute noch aus.

Nachdem sich herausgestellt hat, daß der Ideologiebegriff keinen dem Untersuchungsziel dieser Arbeit adäquaten Ansatz liefern kann, gilt es nun, andere Wege zu diskutieren. Die Soziologie kennt außer dem Begriff der "Ideologie" den der "sozialen Mentalität", des "sozialen Image" und des "Gesellschaftsbildes", mit deren Hilfe man versucht hat, Sozialbewußtsein zu analysieren. Diese drei Begriffe sind in jeweils anderen Zusammenhängen und mit unterschiedlichen Prämissen und Intentionen entwickelt worden. Deshalb sollen sie zunächst einzeln diskutiert und erst dann einander gegenübergestellt werden.

b) Ansätze zur Analyse von Sozialbewußtsein

1. Soziales Bewußtsein als "Mentalität": Ein Mentalitätsbegriff im streng soziologischen Sinn ist erstmals von Geiger konzipiert worden. Schumpeter dagegen benutzte, fast zur gleichen Zeit, diesen Begriff recht unbestimmt als Synonym von "Volksgeist". Immerhin aber bleibt "Mentalität" bei Schumpeter nicht "freischwebendes Bewußtsein", sondern wird als sozial vermittelt betrachtet: Der Wandel von Einstellungen wird aus dem sozialen Wandel erklärt. Schumpeter sucht das Ausbleiben revolutionärer Situationen im entwickelten Kapitalismus auf die Verzögerungen der ökonomischen Konzentration und auf den stetigen Zustrom bäuerlicher Bevölkerung in die Industriegebiete zurückzuführen - d.h. auf Erscheinungen, die viel dazu beitragen, "vorhandene Mentalitäten zu konservieren" 11). An anderer Stelle spricht er von der Verdrängung der tra-

11) J.A.Schumpeter, Das soziale Antlitz des deutschen Reiches, Bonner Mitteilungen, Nr.1 (1929), neuerschienen in: J.A.Schumpeter, Aufsätze zur Soziologie, Tübingen 1953, 220.

ditionellen "tüchtigen Bürgergesinnung" durch die "Mentalität" von modernen Großindustriellen, deren "soziales Credo" nicht mehr einzig im "Arbeiten und Sparen unter eigener Verantwortung, Familienhaus und Privateigentum" bestünde ¹²⁾. Schumpeter unterscheidet "Mentalität" und "Volksgeist" noch nicht präzise voneinander; er spricht sowohl von der "Arbeiter-" als auch von der "Volksmentalität" ¹³⁾ und erwartete, daß die Arbeiter-, Angestellten- und Beamten- "mentalität" in Zukunft "vereinheitlicht" und schließlich zu einem "deutschen Geist" verschmelzen würde, der einerseits durch die "Mentalität" des Gehaltsempfängers, andererseits durch die des spezialisierten Fachmanns geprägt wäre ¹⁴⁾. Schumpeter erkennt also zwar die Vermittlung der "Mentalität" mit der Sozialstruktur und ihrem Wandel, beachtet sie dennoch aber nicht konsequent, indem er das Entstehen eines "deutschen Geistes" prognostiziert, den er aus jeglichem sozialen Zusammenhang herausnimmt.

Über diesen Mentalitätsbegriff ist Geiger hinausgelangt, auch wenn bei ihm so dubiose Ausdrücke wie "Lebensrichtung" nicht fehlen ¹⁵⁾. Geiger versteht unter "Mentalität" eine "geistig-seelische Disposition", die "unmittelbare Prägung des Menschen durch seine soziale Lebenswelt und die von ihr ausstrahlenden, an ihr gemachten Lebenserfahrungen" ¹⁶⁾. Seinen Mentalitätsbegriff entwickelt Geiger in Kontrast zu seinem Ideologiebegriff: "Mentalität" ist für ihn "subjektiver", "Ideologie" dagegen "objektiver" Geist. Sein Mentalitätsbegriff enthält, in Hinblick auf den Träger einer solchen "Disposition", ein aktives und ein passives Moment: "Mentalität" entsteht als Reaktion auf die "soziale Lebenswelt", im Prozeß der subjektiven gesellschaftlichen Erfahrung. Die "soziale Lebenswelt"

12) J.A.Schumpeter, Das soziale Antlitz des deutschen Reiches, a.a.O., 222.

13) Ebenda, 223.

14) Ebenda, 224.

15) Th.Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, Stuttgart 1932, neuerschienen Stuttgart 1967, 78.

16) Ebenda, 77. - K.Lenk nennt "Mentalität" ein "Medium, in dem der Umsetzungsprozeß von sozialem Sein in das menschliche Bewußtsein erfolgt", vgl.K.Lenk, Gesellschaft und Ideologie, Jahrbuch für Sozialwissenschaft, 15 (1964), 62.

prägt aber zugleich den Menschen "unmittelbar". Die Verarbeitung der persönlichen Erfahrung ist nach Geiger letztlich unreflektiert; insofern kann "Mentalität" weder "richtig" noch auch "falsch" sein. Auf die Konsequenzen dieser These hat Lenk hingewiesen:

"Die hinter den einzelnen, als ideologisch bestimmten Urteilen existierende Intention des Erkennenden selbst bleibt jenseits der positivistischen Ideologiekritik: Sie wird als 'Mentalität' aus dem engeren Zusammenhang einer soziologischen Kritik des Denkens ausgeklammert. Aus der Mentalität gehen zwar Ideologien hervor; sie selbst aber ist nach Geiger ebenso wie die gesellschaftliche Wirklichkeit wahrheitsfalschheits-indifferent" 17).

Die Bildung von "Mentalität" im individuellen Bewußtsein hat neben der subjektiven auch eine objektive Seite: "Mentalität" ist, wie Geiger ausführt, "Kollektivegeist", der in subjektiver Form auftritt. Im Unterschied dazu sei "Ideologie" als "spätere", abgeleitete, nicht unmittelbare Bewußtseinsform entsubjektivierter "geistiger Gehalt", der besonderen Entwicklungsgesetzen unterliege¹⁸⁾. Als objektivierter Geist könne "Ideologie" durch Indoktrination vermittelt werden, "Mentalität" nicht¹⁹⁾. Auf die Bildung von "Mentalität" basiere die der "Ideologie", denn ohne "Mentalität" fehle die subjektive Disposition zur "Ideologie"²⁰⁾.

In Anwendung dieser Definitionen auf das empirisch greifbare Sozialbewußtsein fand Geiger heraus, daß Angestellte im Wege einer Imitation von Beamtenbewußtsein eine "ständische Mentalität" entwickeln, deren "Anklänge" dann in den Angestellten-gewerkschaften wiederkehren²¹⁾. Überhaupt sei der neue Mittelstand "in seiner standorttypischen Mentalität noch unsicher und uneinheitlich" und daher das "gegebene Einzugsfeld 'falscher Ideologien'" - zum Beispiel von "Akademikerhochmut, dem keine bevorzugte soziale Rangstellung des Akademikers mehr

17) K.Lenk, Ideologie. Ideologiekritik und Wissenssoziologie, Neuwied 1961, 49.

18) Th.Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, a.a.O., 78.

19) Ebenda, 77.

20) Ebenda, 78.

21) Ebenda, 104.

entspricht" 22). Geiger, der erstmals soziales Bewußtsein auf die soziale Schichtung bezog, bestimmt dieses Bewußtsein mit Hilfe seines Mentalitätsbegriffs als eindeutig kollektive Erscheinung, als schichtenspezifischen "Kollektivgeist", der aus der sozialen Lage resultiert, aber durch "Ideologien" überlagert werden und damit sich von der sozialen Lage, den unmittelbaren materiellen Verhältnissen emanzipieren kann. - Schumpeters und Geigers Begriff der "sozialen Mentalität" ist in neuerer Zeit nicht wieder aufgegriffen worden. Eine Ausnahme macht Rüschemeyer, der sich eng an Geigers Mentalitätsbegriff anlehnt 23).

2. Soziales Bewußtsein als "soziales Image": Unter einem "Image" verstehen Moore und Kleinig einen "psychischen Gehalt", d.h. ein Bündel mehr oder weniger heterogener Vorstellungen, die rational oder emotional, bewußt oder unbewußt sein können. Solche Vorstellungen eines Individuums, die sich sowohl auf unmittelbar erfahrbare als auch auf abstrakte Sachverhalte erstrecken können, bilden ein Ganzes. Sie haben ihren Ursprung in "sozialen Beurteilungsschemata", die in der Psyche fest verankert sind. Solche Schemata sind

"im wesentlichen für die klar geschnittenen und als allgemein verbindlich angesehenen Vorstellungen vom sozialen Aufbau im ganzen verantwortlich und ebenso für die stereotypen Formen der Beurteilung der jeweils eigenen und der übrigen sozialen Schichten" 24).

Eine besondere Form des "sozialen Image" ist das "Selbst-Image," das aus der "sozialen Eigenbewertung" hervorgeht 25).

22) Th. Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, a.a.O., 105.

23) Vgl. D.Rüschemeyer, Mentalität und Ideologie, in: Fischer-Lexikon, Bd. "Soziologie", hrsg. v.R.König, Frankfurt/M 1958, 180 ff.

24) H.Moore u.G.Kleinig, Das soziale Selbstbild der Gesellschaftsschichten in Deutschland, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 12 (1960), 87.

25) Ebenda, 87. Davon leiten die Autoren ihr "Prinzip der sozialen Selbsteinstufung" ab. Nach dieser Methode haben die Befragten ihre Schichtzugehörigkeit selbst anzugeben. Das Resultat wird dann durch Vergleich mit der sozialen Fremdeinstufung der Befragten "validiert", vgl. ebenda, 87 ff.

Bei Moore und Kleining hat das "Image" drei Funktionen: Die "Abbildung von Realität", modifiziert durch persönliche und soziale Faktoren; die Interpretation der Realität, die dazu tendiert, sich zu einer Interpretationsweise zu verfestigen ²⁶⁾; endlich die Verhaltenssteuerung, zu der das "Image" dadurch fähig ist, daß es "allgemein vorgeformte Verhaltensschemen, gespeicherte Anweisungen gewissermaßen", bereitstellt, "die sich dann in reales Verhalten umsetzen können" ²⁷⁾. Wie aber werden "soziale Beurteilungsschemen" dem Individuum vermittelt? "Man kann sagen", schreibt Kleining,

"daß ein Image oder ein Bild durch die Auseinandersetzung des Subjektes mit seiner Umwelt entsteht und definieren: ein Image ist das Ergebnis der Projektion psychischer Energie auf einen gegebenen Reiz, oder es ist die Art, wie eine Gegebenheit dadurch einem Subjekt erscheint" ²⁸⁾.

Diese verallgemeinernde Erklärung für das Zustandekommen eines sozialen Bewußtsein von der Art eines "Image" führt nicht weit. Der von Popitz et al. angewandte Begriff der "Verortung" ist, wie sich zeigt, viel genauer und ergiebiger. Bei Kleining wird das Problem der Vermittlung von Person und "Image" auf die psychologische Ebene verlagert: Der Inhalt des "Image" wird zu einer Funktion ausschließlich der Persönlichkeitsstruktur des Einzelnen und damit dieser Begriff seiner soziologischen Relevanz entkleidet: "Verschiedene Personen haben verschiedene Vorstellungsbilder von ein und derselben Sache und ihre jeweiligen Images sind verschiedene, weil sie selbst verschiedene Menschen sind, die mit der Realität auf ihre Weise umgehen" ²⁹⁾. - Kleining unterscheidet zwischen individuellen und Gruppen- oder Kollektivimages. Unter diesem zweiten Imagetyp seien solche "Aspekte von Images" zu verstehen, "die bei allen Mitgliedern einer sozialen Gruppe in gleicher Weise vorhanden sind". Ein Gruppenimage stelle

"gewissermaßen den kleinsten gemeinsamen Nenner aller Einzelimages dar" und sei "von persönlichen Interpretationen

26) G.Kleining, Über soziale Images, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 5 (1961), 147.

27) Ebenda, 150.

28) Ebenda, 146.

29) Ebenda, 146.

gewissermaßen gereinigt... Bei richtiger Anlage der Untersuchung" sei es "kennzeichnend ... für die Ansichten eines Kollektivs" 30).

Auf die deutschen Gewerkschaften übertragen würde dies bedeuten, daß sich die gewerkschaftlichen Äußerungen als kleinster gemeinsamer Nenner aller gewerkschaftlichen Einzelimages qualifizieren ließen. Das gewerkschaftliche Kollektivimage wäre dann die Summe der rationalen oder emotionalen, bewußten oder unbewußten Vorstellungen, die die Mitglieder von der sozialen Realität besitzen, vermindert um die ihnen nicht gemeinsamen Vorstellungen. Diese Hypothese ist auf den ersten Blick nicht ganz abwegig, erscheinen doch die öffentlichen Äußerungen der Gewerkschaften als Resultante der in ihnen vertretenen Einzelansichten, was ja übrigens auch dem Selbstverständnis einer demokratischen Organisation entspricht. Eine solche Organisation beansprucht, daß sich die Interessen ihrer Mitglieder und ihrer leitenden Organe decken, daß also im Laufe ihrer Willenstildung keine Entfremdung von Mitgliederwillen und Vorstandsinteressen stattfindet. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß Kleinings Hypothese mit der Realität der innergewerkschaftlichen Willensbildungsprozesse nicht übereinstimmt. Selbst wenn die innere Demokratie verwirklicht wäre, ist diese Hypothese nicht verifizierbar. Denn sie wäre nur dann realistisch, wenn heute unmittelbare Demokratie innerhalb einer Massenorganisation bestünde oder möglich wäre. Das Mehrheitsprinzip jedoch, nach dem gewerkschaftliche Entscheidungen der Satzung nach von der lokalen Geschäftsstelle bis hinauf zum Bundesvorstand gefällt werden, impliziert eine stufenweise Eliminierung des Minderheitenwillens. D.h. es werden nur solche Ansichten in die zentralen Äußerungen der Gewerkschaften eingehen, die sich jeweils eine Mehrheit zu eigen macht. Diesem Umstand aber wird Kleinings Hypothese nicht gerecht. Als idealtypische Definition des kollektiven Sozialbewußtseins, die sicher der Wirklichkeit nicht standhält, kann sie aber immerhin als Ausgangspunkt der weiteren Begriffsklärung dienen.

30) G.Kleining, Über soziale Images, a.a.O., 147.

3. Soziales Bewußtsein als "Gesellschaftsbild": Den Begriff des "Gesellschaftsbildes" hat man bisher ausschließlich auf individuelles Bewußtsein und seine Äußerungen angewandt und dann die so ermittelten empirischen Befunde zu dem für eine bestimmte soziale Gruppe oder Schicht typischen "Gesellschaftsbild" zusammengefügt. Auf diese Weise wurde versucht, das soziale Bewußtsein von Arbeitern ³¹⁾, von Studenten ³²⁾ oder der Gesamtbevölkerung zu erforschen ³³⁾. "Gesellschaftsbild" wird entweder nach genetischen oder nach funktionalen Aspekten definiert, d.h. sowohl in Hinblick auf die Entwicklung des individuellen Sozialbewußtseins als auch in Hinblick auf seine Bedeutung für die kulturelle Integration der Gesellschaft. Während Popitz et al. versucht haben, die durch Befragung ermittelten "Gesellschaftsbilder" von Hüttenarbeitern aus deren Arbeitserlebnissen zu motivieren und so eine Theorie ihres Entstehens aufzustellen, ist Lepsius' Ansatz von der strukturell-funktionalen Theorie inspiriert: "Gesellschaftsbild" wird in der Wertordnung der Gesellschaft angesiedelt und auf seine funktionale beziehungsweise dysfunktionale Rolle für die Sozialstruktur interpretiert.

Der g e n e t i s c h - e m p i r i s c h e Ansatz: Das "Gesellschaftsbild" hat nach Popitz et al. für das Individuum die Funktion der

"Interpretation und Bewertung...gesellschaftlicher Erfahrungen. Dieses Gesellschaftsbild muß zwar nicht ein für alle Mal festliegen, es muß auch nicht zu einer systematischen und reflektierten Konzeption werden, - aber es muß doch, um seine Funktion erfüllen zu können, den Charakter des Dauerhaften haben, eine gewisse Stimmigkeit einzelner Vorstellungen innerhalb eines Ganzen besitzen und jeweils ein 'Mehr' gegenüber dem unmittelbar Erfahrenen enthalten" ³⁴⁾.

- 31) Vgl. H.Popitz, H.P.Bahrdt, E.A.Jüres, H.Kesting, Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie, Tübingen 1957.
- 32) Vgl. J.Habermas, L.v.Friedeburg, C.Oehler, F.Weltz, Student und Politik. Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewußtsein Frankfurter Studenten, Neuwied 1961.
- 33) Vgl. A.Willener, Images de la Société et Classes Sociales. Une Etude de la Perception et des Représentations des Différences Sociales, Bern 1957.
- 34) H.Popitz et al., Das Gesellschaftsbild des Arbeiters, a.a.O., 8 f.

Inhaltlicher definiert Habermas:

"Unterm Gesichtspunkt eines normativen Entwurfs der Zustände, wie sie 'eigentlich' sind oder zu sein haben, fügt sich unanschaulich gegebene Mannigfaltigkeit der Sachverhalte zur plausiblen, aber dogmatisch vorgegebenen Einheit des Ganzen" 35).

Zusätzlich zu ihrer Definition haben Popitz et al. versucht, das Vorhandensein von "Gesellschaftsbildern" im individuellen Bewußtsein aus dem Prozeß der "Verortung" zu erklären:

"Das Wort 'Verortung' ist zunächst möglichst wörtlich zu nehmen: Der Mensch schafft sich einen 'Ort', indem er die ihm zugängliche Gegebenheit einer natürlichen oder gestalteten Objektwelt in eine Rangordnung des für ihn Relevanten bringt. Mit dem Wechsel dieser Rangordnung wechselt auch seine Verortung" 36).

Ob der einzelne Mensch eine solche Rangordnung in seinem Bewußtsein herstellt, steht freilich nicht in seinem Belieben. Er unterliegt dem Zwang,

"sich Vorstellungen von Ereignissen zu bilden, die ... Tun und Lassen bestimmen, ohne stets die Möglichkeit zu haben, den Realitätsgehalt dieser Vorstellungen kontrollieren zu können" 37).

Diesem Zwang nachzukommen, wird ihm durch seine Neigung zum "Teilverzicht auf Urteilsbildung" nahegelegt, der in der Verwendung "pseudorationaler Hilfskonstruktionen" besteht 38). Aus diesen entstehen durch den Prozeß der "gesellschaftlichen Verortung" im individuellen Bewußtsein "Gesellschaftsbilder"; dieser zweite Vorgang verläuft analog zu dem der "Verortung" und erklärt die unterschiedliche Struktur der "Gesellschaftsbilder". Er betrifft nicht das Verhältnis von Individuum und

35) J.Habermas, Das Gesellschaftsbild, in: J.Habermas et al., Student und Politik, a.a.O., 152.

36) H.Popitz et al., Das Gesellschaftsbild des Arbeiters, a.a.O., 7. - Im Zusammenhang mit der Fähigkeit zur Nutzung der Freizeit weist Popitz darauf hin, daß "diese Fähigkeit wiederum ... sich normalerweise nur entwickeln" kann, "wenn der Einzelne über ein bestimmtes Maß gesellschaftlicher Orientierung verfügt, aus der er eine Übersicht und Sicherheit dem gegenüber gewinnt, was er tun kann. Er muß sich also in der Gesellschaft 'orten' können", vgl. H.Popitz, in: Individuum und Organisation, Darmstädter Gespräch, Darmstadt 1954, 128.

37) H.Popitz et al., Das Gesellschaftsbild des Arbeiters, a.a.O., 1.

38) Ebenda, 4.

der unmittelbar erfahrenen Objektwelt, sondern die Beziehung des Individuums zur Gesellschaft. Im Wege "perspektivischer Verlängerungen" unmittelbarer Erfahrungen wird der Übergang zum "Gesellschaftsbild" vollzogen.³⁹⁾ Auf diesen Vorgang wies bereits Topitsch hin⁴⁰⁾. Besitzt das Individuum ein "Gesellschaftsbild", so hat es die Vorstellung einer Rangordnung gesellschaftlicher Tatbestände, die es ihm erlaubt, nicht nur sich selbst, sondern auch andere Individuen auf ihr anzuordnen, und zwar im Sinne einer hierarchischen oder einer dichotomischen Ordnung, um nur die beiden Haupttypen von "Gesellschaftsbildern" zu nennen. Das "Gesellschaftsbild" erlaubt es dem Einzelnen, sich in seinem Bewußtsein von anderen Individuen oder sozialen Gruppen zu distanzieren.

"Was sich in den dichotomischen Gesellschaftsbildern der Ruhrarbeiter spiegelt: eine zuverlässige Erfahrung und ein deutliches Bewußtsein davon, welchen 'Ort' sie in der Gesellschaft einnehmen; zumal ihr Wissen, daß sie Teil eines Kollektivs sind, eins mit der Gruppe, die sich nach 'außen', auch nach 'oben' oder 'unten' klar begrenzt - das ist wohl eine der wichtigsten Voraussetzungen, damit sich überhaupt ein festes Gesellschaftsbild entwickeln kann" 41).

Andere Voraussetzungen treten hinzu: Das "Bewußtsein eines festen gesellschaftlichen Standortes", eine "durchsichtige Interessenlage" sowie "Erfahrungen, die sich auf gesamtgesellschaftliche Sachverhalte 'verlängern' ließen" 42). In diesem Gesellschaftsbildbegriff sind deutlich zwei Momente enthalten: einerseits gibt er Antwort auf die Frage, welche Art von Vorstellungen sich das Individuum von der Gesellschaft macht und wie sie in ihm entstehen; andererseits geht er von der Verknüpfung von Gesellschaftsvorstellung und Selbsteinordnung aus: Das Individuum entwirft ein "Gesellschaftsbild", um sich sozial lokalisieren zu können. Der eine Vorgang bedingt den anderen:

"Die Begriffe 'Verortung' und 'Gesellschaftsbild' setzen sich also wechselseitig voraus. Als Moment eines Gesell-

39) H.Popitz et al., Das Gesellschaftsbild des Arbeiters, a.a.O., 184 ff.

40) Vgl.K.Lenk, Ideologie, a.a.O., 30 f.

41) J.Habermas, Das Gesellschaftsbild, a.a.O., 203.

42) Ebenda, 206.

schaftsbildes werden nur Vorstellungen bezeichnet, aus denen eine bestimmte gesellschaftliche Verortung ersichtlich ist. Umgekehrt wird die eigene Verortung mit Hilfe eines Gesellschaftsbildes vollzogen - aber auch in Form eines Gesellschaftsbildes übernommen" 43).

In dem von Popitz et al. gebrauchten Sinn kann ein "Gesellschaftsbild" neben wahren zugleich irrealen, neben reflektierten zugleich unreflektierten Vorstellungen von der Gesellschaft enthalten, die sich allerdings - nur insoweit wird von "Gesellschaftsbild" gesprochen - zu einem "Ganzen" zusammenfügen müssen. Derart heterogene Bestandteile hat auch das "soziale Image" bei Moore und Kleining, auch sie nehmen es als ein Ganzes an. Das "Gesellschaftsbild" muß eine ausreichende Konsistenz besitzen, damit es seiner Orientierungsfunktion nachkommen kann. Weil es nur sehr bedingt "Abbild" der sozialen Realität ist, läßt das empirisch ermittelte "Gesellschaftsbild" kaum einen Rückschluß auf die tatsächlich vorhandene soziale Wirklichkeit zu.

Popitz et al. definieren "Gesellschaftsbild" - ein Begriff, der von Lepsius als immer noch schillernd betrachtet wird ⁴⁴⁾ - relativ eng. Das Abgrenzungsproblem, das dieser Begriff stellt, wird besonders deutlich, wenn ein vorliegendes Material auf das in ihm enthaltene "Gesellschaftsbild" hin interpretiert werden soll; dann gilt es, diesen Begriff weit genug zu fassen, um dem empirischen Befund keine Gewalt antun zu müssen, und zugleich doch so zu präzisieren, daß immer entschieden werden kann, ob es sich noch um ein "Gesellschaftsbild" oder bereits um das Bild eines anderen Sachverhalts handelt.

Der funktionalistische Ansatz: Lepsius hat in seinem funktionalistischen Ansatz die Beziehungen zwischen nebeneinander bestehenden "Gesellschaftsbildern" zu erfassen versucht; er fragt nicht, welche Funktion das "Gesellschaftsbild" dem Individuum gegenüber hat und wie es sich entfaltet,

43) H. Popitz et al., Das Gesellschaftsbild des Arbeiters, a.a.O., 9.

44) R.M. Lepsius, Zum Wandel der Gesellschaftsbilder in der Gegenwart, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 14 (1962), 449.

sondern nach der gesellschaftlichen Funktion der "Gesellschaftsbilder" überhaupt. Diese sind für Lepsius,

"soweit sie - wie in einer differenzierten Gesellschaft regelmäßig - im Plural auftreten, stets Subkulturen oder Gegenkulturen, d.h. Wertsysteme, die, zu Gesinnungen internalisiert, eine Deutung der Erfahrung erlauben und Verhaltensweisen enthalten, und zwar hinsichtlich einer spezifischen Stellung in der Gesellschaft. Wenn wir die Gesamtkultur als ein System von gegenseitig anerkannten und untereinander verschränkten Teilkulturen auffassen, so wären Subkulturen Wertsysteme, die relative Autonomie genießen, nicht allgemein anerkannt sind und eine Deutung der Gesellschaft erlauben. Sie mögen die dominanten Wertvorstellungen modifizieren, von ihnen abweichen, sie dürfen jedoch nicht (im Gegensatz zu den Gegenkulturen - d.Verf.) der bestehenden Gesellschaftsordnung eine neue gedachte Ordnung entgegenstellen, deren Konsequenz die Aufhebung der gegenwärtigen Ordnung wäre" 45).

Aus diesen Definitionen geht hervor, daß Lepsius seinen Gesellschaftsbildbegriff primär nach den Funktionen der individuellen und kollektiven "Gesellschaftsbilder" für die Aufrechterhaltung der Stabilität der Sozialstruktur bestimmt. Notwendigerweise kommt er so zu einer Unterscheidung zweier Typen von "Gesellschaftsbildern", d.h. von Subkultur und Gegenkultur, die beide für ihn Wertsysteme, mit funktionaler beziehungsweise dysfunktionaler Bedeutung gegenüber der sozialen Integration, darstellen. Wenn "Wert" nach Parsons ein normatives Muster ist, das das wünschbare Verhalten einer sozialen Einheit in bezug auf das Verhalten anderer sozialer Einheiten definiert 46), so wird der Sinn von Lepsius' Gesellschaftsbildbegriff deutlich: "Gesellschaftsbilder" dienen dem Individuum dazu, seine soziale Position zu lokalisieren, der Gesellschaft aber sind sie Integrationsinstrumente. Sie steu-

45) R.M.Lepsius, Zum Wandel der Gesellschaftsbilder in der Gegenwart, a.a.O., 453. - Jaeggi und Wiedemann haben diesen Begriff des "Gesellschaftsbildes" übernommen und auf das Sozialbewußtsein sozialer Gruppen bezogen. Nach ihrer Definition regulieren "Gesellschaftsbilder" das Gruppenhandeln, "erleichtern der Gruppe das Selbstverständnis" und geben ihr die Möglichkeit, andere Gruppen in ihr Bewußtsein einzuordnen, vgl. U.Jaeggi u.H.Wiedemann, Der Angestellte in der Industriegesellschaft, Stuttgart 1966, 142.

46) T.Parsons, A functional theory of change, in: A.and E. Etzioni (ed.), Social change, New York/London 1964, 86.

ern das intersubjektive Handeln so, daß die Integration der individuellen Entscheidungen durch Wertorientierung gelingt und die Stabilität des sozialen Systems erhalten bleibt. Das "Gesellschaftsbild", scheinbar der subjektiven Verfügung überlassen, ist in Wirklichkeit Agent der Gesellschaft. Es wird zwar vom Individuum durch seine Internalisierung angenommen und ist insofern eine subjektive Bewußtseinserscheinung; als Bestandteil eines Wertsystems jedoch hat es objektiv-gesellschaftliche Bedeutung.

Subkulturen fügen sich nach Lepsius der Integrationstendenz, Gegenkulturen nicht. Die ihnen entsprechenden beiden Typen von "Gesellschaftsbildern" unterscheiden sich nach seiner Ansicht ebenso. Subkulturen werden hier als verhältnismäßig autonome, nicht immer allgemein anerkannte Wertsysteme bestimmt⁴⁷⁾. Sie transzendieren nicht die gesellschaftlich herrschenden Werte, weil sie nicht Vorstellungen von einer "neuen gedachten Ordnung" enthalten, "deren Konsequenz die Aufhebung der gegenwärtigen Ordnung wäre" ⁴⁸⁾. Gegenkulturen aber entwerfen ein solches Bild. Beide Typen von "Gesellschaftsbildern" können ineinander übergehen. Werden subkulturelle "Gesellschaftsbilder" nicht ständig durch Reinterpretation dem sozialen Wandel angepaßt und reaktiviert, so büßen sie nach Lepsius "Deutungskraft" ein und verlieren die Fähigkeit, die in ihnen enthaltenen Verhaltensnormen "an das tatsächliche Verhalten der potentiellen Anhänger" anzupassen ⁴⁹⁾. Ihre Transformation in Gegenkulturen ist gleichbedeutend mit Funktionsverlust: sie sind nun nicht mehr Teil des herrschenden, allgemein anerkannten Wertsystems. Ursache dieser Verwandlung in Gegenkultur ist das "Fehlen intermediärer Gruppen und damit der Chance der Verwirklichung von abweichenden Wertvorstellungen" ⁵⁰⁾.

Der umgekehrte Vorgang wird ähnlich begründet. Aus Gegenkulturen werden Subkulturen durch die "Institutionalisierung von

47) R.M.Lepsius, Zum Wandel der Gesellschaftsbilder in der Gegenwart, a.a.O., 453.

48) Ebenda, 453.

49) Ebenda, 455.

50) Ebenda, 456.

Konflikten" ⁵¹⁾, die die Anpassung an die herrschende Wertordnung nahelegt, also den Verzicht auf radikale Infragestellung ihrer Werte. An die Stelle des Bewußtseins einer "neuen gedachten Ordnung" tritt die "kleine Illusion des dauernden Fortschritts" ⁵²⁾. Teilziele ersetzen den Anspruch auf totale soziale Neuordnung ⁵³⁾. Diesem Strukturwandel von "Gesellschaftsbildern" folgt ihre Legitimierung durch die Allgemeinheit ⁵⁴⁾. Lepsius expliziert diesen Übergang in Subkulturen an der Entwicklung des "demokratischen Sozialismus" aus dem klassischen Marxismus und am Wandel des Sozialbewußtseins der Arbeiterschaft. Das Klassenbewußtsein, das frühere Arbeitergenerationen besaßen, wurde, so führt er aus, auf Grund der Auflösung der Klassenstruktur selber vom heute vorherrschenden dichotomischen "Gesellschaftsbild" des Arbeiters verdrängt. Dieses "Gesellschaftsbild" stellt die allgemein anerkannten und dominanten Werte nicht mehr radikal in Frage, wendet sich aber immerhin, indem es die herrschenden Werte mit der sozialen Realität vergleicht, gegen systemimmanente Widersprüche. Lepsius macht das am Wert der Gleichheit klar:

"Immer dann, wenn ihr (d.h. der pluralistischen Gesellschaft - d.Verf.) zentraler Wert der Gleichberechtigung nicht erfüllt wird oder strukturell nicht erfüllt werden kann, ist die Ausbildung von spezifischen Deutungssystemen notwendig, die diesen Widerspruch mit dem zentralen Gleichheitspostulat versöhnen" ⁵⁵⁾.

Lepsius zufolge haben "Gesellschaftsbilder" die Funktion, die Antinomie von Wertpostulaten und sozialer Realität im Arbeiterbewußtsein zu verschleiern. Es liegt nahe, an die gewerkschaftlichen "Gesellschaftsbilder" und ihre Funktion zu denken, wenn derartige Deutungsarbeiten "relativ autonomen intermediären Gruppen" übertragen werden, die, in das "gesamtgesellschaftliche Herrschaftssystem einbezogen", zwar das Entstehen von Subkulturen nicht verhindern, jedoch gewährleisten können, daß das Gesamtsystem nicht durch Gegenkulturen gefährdet ist ⁵⁶⁾.

51) R.M.Lepsius, Zum Wandel der Gesellschaftsbilder in der Gegenwart, a.a.O., 456.

52) Ebenda, 457.

53) Ebenda, 453.

54) Ebenda, 455.

55) Ebenda, 457.

56) Ebenda, 457.

c) Gewerkschaftliches Gesellschafts- und Selbstverständnis:
Der begriffliche Ansatz zu seiner Analyse

Es gilt nun, die Begriffe "soziale Mentalität", "soziales Image" und "Gesellschaftsbild" auf ihre Brauchbarkeit für die Analyse von gewerkschaftlichem Gesellschafts- und Selbstverständnis zu überprüfen. Sie beziehen sich zwar alle auf soziales Bewußtsein, ihre Bestimmungen aber weichen, wie sich zeigte, voneinander ab. Alle drei Begriffe enthalten Momente, die das Gewerkschaftsbewußtsein kennzeichnen. Hier geht es darum, einen Ansatz zu finden, der dieses Bewußtsein in seinen wesentlichen Zügen trifft. Ob das Gewerkschaftsbewußtsein zudem die Kriterien einer "Theorie" zu erfüllen vermag, läßt sich erst nach seiner Darstellung und Interpretation entscheiden. Berücksichtigt man seine realen Entwicklungsbedingungen und Funktionen, so ergibt sich:

1. Formallogisch betrachtet, besteht das in gewerkschaftlichen Äußerungen enthaltene Sozial- und Selbstverständnis aus drei Elementen: Aus Urteilen über gegenwärtige oder historische, für die Zukunft erwartete oder erwünschte gesellschaftliche Sachverhalte. Durch diese Urteile werden einzelne gesellschaftliche Sachverhalte so zu einem Gesamtbild der sozialen Wirklichkeit kombiniert, daß aus ihnen eine bestimmte Rangfolge entstehen kann (a) ⁵⁷⁾; in diesen Urteilen sind bestimmte Interpretationsmuster wiederzuerkennen, nach denen sich die Urteilsbildung vollzieht und die sich zu stereotyp wiederkehrenden Schemata verfestigen (b) ⁵⁸⁾; aus Axiomen, die, als unumstößliche "letzte" Wahrheiten und Werte, nicht näher expliziert werden und potentiell Glaubenssätze darstellen (c).
2. Gewerkschaftliches Sozial- und Selbstverständnis schlägt sich in kollektiv geprägten und institutionell legitimier-

57) Vgl. dazu den Begriff der "gesellschaftlichen Verortung" bei Popitz et al., vgl. hier S.40.

58) Vgl. dazu den Begriff des "sozialen Beurteilungsschemas" bei H.Moore und G.Kleining, vgl. hier S.36.

ten Äußerungen von Gewerkschaftsorganisationen und deren Repräsentanten nieder. Bei Einhaltung der Satzungsnormen gelten diese Äußerungen als hinreichend legitimiert, um als Gesamtmeinung des Verbandes anerkannt zu werden. Die an der innergewerkschaftlichen Willensbildung beteiligten Mitglieder werden zwar in ihrer Rolle als Arbeitnehmer ständig von unmittelbaren gesellschaftlichen Erfahrungen in ihrem Urteil beeinflusst, umgekehrt kann aber das Gesellschafts- und Selbstverständnis einer Gewerkschaft nicht als der "kleinste gemeinsame Nenner aller Einzelimages" gelten, worin Kleining das Charakteristikum des "Kollektivimage" sieht ⁵⁹⁾. Vielmehr handelt es sich um ein qualitativ von dem individuellen verschiedenen Bewußtsein, da es durch kollektive (Mehrheits-) Entscheidung zustandekommt und legitimiert ist.

3. Das Gesellschafts- und Selbstverständnis der Gewerkschaften erscheint in Äußerungen, die an die Öffentlichkeit, an Regierung und Parlament einerseits und an die eigene Mitgliedschaft andererseits adressiert sind. An die Öffentlichkeit wendet man sich, um ihre Meinungsbildung zu beeinflussen, an Regierung und Parlament, um auf deren Entscheidungsprozesse einzuwirken. Man fordert die eigenen Mitglieder zu einem bestimmten Verhalten gegenüber ihrer Gewerkschaft und untereinander, zu den Nichtorganisierten, konkurrierenden Gewerkschaften oder den Arbeitgebern auf. Jede gewerkschaftliche Äußerung hat insofern intentionalen Charakter ⁶⁰⁾.
4. Gewerkschaftliches Gesellschafts- und Selbstverständnis ist mehr als ein Abbild der sozialen Wirklichkeit - es deutet sie auch. Es ist kein bloßer Reflex der sozialen Lage der Gewerkschaftsmitglieder und tendiert dazu, sich gegenüber deren Bewußtsein zu verselbständigen. Das Mitgliederbewußtsein geht zwar als ein wichtiger Faktor in das Ent-

⁵⁹⁾ G.Kleining, Über soziale Images, a.a.O., 147 f.

⁶⁰⁾ Über die Funktion der Verhaltensanweisung, die Kleining und Lepsius dem "sozialen Image" beziehungsweise "Gesellschaftsbild" geben, vgl. hier S.37 u. 43.

scheidungskalkül von Gewerkschaftsapparat und -funktionären ein, es kann sogar gewerkschaftliche Entscheidungen determinieren (Streikbereitschaft), doch wird es stets auf die Interessen der Organisation und ihrer leitenden Gremien hin relativiert. Das Gewerkschaftsbewußtsein kann deshalb nicht als "Mentalität" im Sinne Geigers begriffen werden. Auch unter dem Aspekt seiner Struktur entspricht es nicht der "Mentalität", die nach Geiger "formlos-fließend" ist ⁶¹⁾.

Dieses Merkmal mag zwar manchen Abschnitten in Gewerkschaftsprogrammen eigen sein; daß sie gewisse Konturen aufweisen, steht jedoch außer Frage. Gewerkschaftliches Bewußtsein ist nicht allein Funktion der sozialen Lage des einzelnen Mitglieds - soweit es individuelles Bewußtsein ist. Es kann auch von Intellektuellen übernommen werden, deren soziale Lage von der der Gewerkschaftsmitglieder abweicht. Überdies kann es durch Indoktrination verstärkt werden. Bei Geiger wird diese Möglichkeit der "Ideologie" zugesprochen, der "Mentalität" hingegen ausdrücklich nicht. Sein Ideologiebegriff erfüllt die Voraussetzungen eines Ansatzes zur Analyse gewerkschaftlichen Gesellschafts- und Selbstverständnisses weit mehr als der der "Mentalität", muß aber hier ausgeschlossen werden ⁶²⁾.

Eher als der Begriff der "sozialen Mentalität" bietet der des "sozialen Image" analytische Ansatzpunkte. Gewerkschaftliches Bewußtsein wird durch die Mechanismen der innergewerkschaftlichen Willensbildung abgeklärt, bevor es an die Öffentlichkeit gelangen kann. Daß es nur selten spontan geäußert wird, erklärt sich schon aus dem Umstand, daß es der Öffentlichkeit - und damit potentiell dem öffentlichen Mißverständnis - ausgesetzt ist. Der Inhalt einzelner öffentlicher Gewerkschaftsäußerungen bildet daher tendenziell ein "Ganzes", ist nicht diffus, so groß die darin verborgenen Widersprüche auch sein mögen. Alle von Moore

61) Th. Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, a.a.O., 78.

62) Vgl. hier S.31 ff.

und Kleining genannten Funktionen des "sozialen Image" treten hier wieder in Erscheinung: Das Gewerkschaftsbewußtsein nimmt gegenüber der Gewerkschaftsorganisation die Funktion wahr, ein Abbild der sozialen Realität und ein Schema zu liefern, nach dem es interpretiert werden kann. Ebenso steuert Gewerkschaftsbewußtsein Verhalten. Moore und Kleining haben Funktion und Entstehungsweise des "sozialen Image" sehr genau spezifiziert, nicht jedoch seine Struktur. Ihr Begriff des "Kollektivimage" ist nichts anderes als der kleinste gemeinsame Nenner aller individuellen "Images" und kann hier daher nicht verwendet werden ⁶³⁾.

Es zeigt sich, daß der Ansatz des Gesellschaftsbildbegriffs hier noch am brauchbarsten ist. Die Bedeutung von "Gesellschaftsbildern" für die Sozialstruktur und ihre Erhaltung wird von Lepsius, seine Bedeutung für das Individuum und dessen soziale Integration von Popitz et al. betont. Die Unterscheidung von sub- und gegenkulturellen "Gesellschaftsbildern", die der von "Ideologie" und "Utopie" bei Mannheim ähnelt, vermag dem typologischen Vergleich unterschiedlichen Gewerkschaftsbewußtseins zu dienen, nicht aber als analytischer Ansatz. Träger von "Gesellschaftsbildern" sind nach Lepsius nicht nur Individuen. Die Funktionen, die das "Gesellschaftsbild" seinem Träger gegenüber erfüllt, gleichen denen, die Moore und Kleining dem "sozialen Image" zugeschrieben haben. Da diese Arbeit keine Analyse der Funktionen des gewerkschaftlichen Gesellschafts- und Selbstverständnisses intendiert, sondern die Grundstrukturen des Bewußtseins westdeutscher Gewerkschaften bloßlegen will, ist ihr ein Ansatz angemessen, der, im Unterschied zu dem bei Lepsius entwickelten, auf Strukturvergleich zielt. Diese Intention verfolgten auch Popitz et al. in ihrem "Gesellschaftsbild des Arbeiters". Zwar entwickelt sich gewerkschaftliches Gesellschafts- und Selbstverständnis ganz anders als das dort untersuchte individuelle, doch ist es in seiner Struktur mit dem der Arbeiter vergleichbar. Aus diesem Grund-

63) Vgl. hier S.37.

de wird hier ein Ansatz benutzt, der dem von Popitz et al. entwickelten im wesentlichen folgt. Demnach dient das gewerkschaftliche Gesellschaftsbild

"zur Interpretation und Bewertung ... gesellschaftlicher Erfahrungen. Dieses Gesellschaftsbild muß zwar nicht ein für alle Mal festliegen, es muß auch nicht zu einer systematischen und reflektierten Konzeption werden, - aber es muß doch, um seine Funktion erfüllen zu können, den Charakter des Dauerhaften haben, eine gewisse Stimmigkeit einzelner Vorstellungen innerhalb eines Ganzen besitzen und jeweils ein 'Mehr' gegenüber dem unmittelbar Erfahrenen enthalten" 64).

Gewerkschaftliches Selbstverständnis wird demgegenüber im Prozeß der "sozialen Eigenbewertung" gewonnen 65) und ist die Definition nicht nur des gesellschaftlichen "Ortes" der Gewerkschaften, sondern auch ihrer Funktion der Gesamtgesellschaft gegenüber. Zwischen Selbstverständnis und Gesellschaftsbild besteht ein dialektisches Verhältnis 66). Das gewerkschaftliche Selbstverständnis bildet einen Bestandteil des gewerkschaftlichen Gesellschaftsbildes 67). Hypothetisch läßt sich annehmen, daß Gewerkschaften, die sich innerhalb der bestehenden Sozialstruktur einen festumrissenen "Ort" zuweisen, bereit sind, eben diese Gesellschaft als invariable Rahmenbedingung ihres Handelns zu akzeptieren. Und umgekehrt: Daß Gewerkschaften, die außer dem Bild der bestehenden Gesellschaft auch den Entwurf einer "besseren" besitzen, die vorhandene Sozialstruktur selbst als Objekt ihres Handelns definieren, also - ihrem Selbstverständnis nach - deren Veränderung anstreben.

64) H.Popitz et al., Das Gesellschaftsbild des Arbeiters, a.a.O., 8 f.

65) Vgl. H.Moore u. G.Kleining, Das soziale Selbstbild der Gesellschaftsschichten in Deutschland, a.a.O., 31.

66) H.Popitz et al., Das Gesellschaftsbild des Arbeiters, a.a.O., 50.

67) Vgl. J.Habermas, Das Gesellschaftsbild, a.a.O., 202 f.

III. Methodologische Probleme der Analyse westdeutscher Gewerkschaften

a) Vorbemerkungen

Das Gesellschaftsbild und Selbstverständnis der westdeutschen Gewerkschaften läßt sich im Rahmen einer Total- oder aber einer Partialanalyse ermitteln. Entweder stützt sich die Analyse auf alle erreichbaren Äußerungen aller westdeutschen Gewerkschaften oder aber sie beschränkt sich auf ausgewähltes Material einzelner Gewerkschaften. Welcher Weg hier vorzuziehen ist, hängt davon ab, welches Quellenmaterial für das gewerkschaftliche Gesellschaftsbild und Selbstverständnis überhaupt relevant und in welchem Umfang es konkret zugänglich ist. - Außerdem ist bisher offengeblieben, welche Inhalte gewerkschaftlichen Bewußtseins für das gewerkschaftliche Gesellschaftsbild und Selbstverständnis relevant sind und welche nicht. An welchen Problemen wird es evident, wo liegen jene neuralgischen Punkte, an denen die Bewußtseinsbildung der Gewerkschaften divergiert? Wenn das gewerkschaftliche Gesellschaftsbild die Resultante einzelner gesellschaftlich bezogener Einstellungen ist, so ist nach den Komponenten dieses komplexen Bewußtseins zu fragen. Wie sich eine Gewerkschaft dem von ihr entworfenen Gesellschaftsbild einordnet, läßt sich nicht ohne weiteres nach jenem Gliederungsschema analysieren, mit dem man bisher die grundlegenden Positionen einzelner Gewerkschaften darzustellen suchte. Das gewerkschaftliche Gesellschaftsbild und Selbstverständnis muß mit konkret bezogenen Topoi, an denen sich die gewerkschaftlichen Positionen manifestieren, so vermittelt werden, daß sie stets als - wenn auch nicht unbedingt widerspruchsfreies - "Ganzes" erscheinen.

b) Die Notwendigkeit der Beschränkung auf ausgewählte Gewerkschaften

Wollte man alle westdeutschen Gewerkschaften in die Analyse

miteinbeziehen, so würden ihre Resultate erlauben, das ganze Spektrum gewerkschaftlicher Einstellungen darzustellen. Dieses Vorgehen erscheint jedoch aus mehreren Gründen nicht sinnvoll. Erstens würde sich dieser Aufwand nur unter der Voraussetzung lohnen, daß sowohl jede der sechzehn Einzelgewerkschaften des DGB als auch alle übrigen westdeutschen Gewerkschaften ein besonderes, unverwechselbares Gesellschaftsbild und Selbstverständnis besäßen. Die Beobachtung der westdeutschen Gewerkschaften und das Studium des Quellenmaterials aber zeigen, daß diese Annahme falsch ist. - Zweitens spricht dagegen, daß in der deutschen Gewerkschaftsgeschichte jeweils mehr Gewerkschaften selbständig auftraten, als sich unterschiedliche Einstellungen zu den Fragen herausbildeten, die hier unter "Gesellschaftsbild und Selbstverständnis" subsumiert werden. Es gab in Deutschland, zumindest bis 1933, nur drei Gewerkschafts-"richtungen", d.h. die sozialistische, liberale und christliche. Die Aufhebung der "Richtungsgewerkschaften" in der nach 1945 in der BRD dominierenden überkonfessionellen und überparteilichen "Einheitsgewerkschaft" legt die Vermutung nahe, daß die Anzahl gewerkschaftlicher Grundpositionen geringer geworden ist. - Drittens spricht für eine solche Beschränkung das Ziel dieser Untersuchung, durch den Aufweis von Typen gewerkschaftlichen Gesellschaftsbildes und Selbstverständnisses einen Beitrag zur Klärung alternativer strategischer Modelle heutiger Gewerkschaftspolitik zu liefern. Das bedäutet in diesem Zusammenhang: Ziel ist nicht primär die Darstellung aller Äußerungen des gewerkschaftlichen Gesellschaftsbildes und Selbstverständnisses, sondern die Klärung der wichtigsten Strukturen dieses Bewußtseins. Derartige Grundpositionen, die sich nicht ohne weiteres mit den vor 1933 bestehenden traditionellen Gewerkschafts-"richtungen" identifizieren lassen, haben die neueste deutsche Gewerkschaftsgeschichte, ihre Antinomien und Besonderheiten, wesentlich mitbestimmt.

c) Auswahlkriterien

Von der Intention dieser Untersuchung her ergibt sich die Be-

schränkung auf das Typische im gewerkschaftlichen Bewußtsein und die Vernachlässigung weniger prägnanter Bewußtseinserscheinungen. In die Auswahl gelangen solche Gewerkschaften, die eine eigene Position zu den hier relevanten Fragen formuliert haben. Ohne Zweifel fällt es schwer, dieses "Eigene" vom "Fremden", Übernommenen zu unterscheiden, also nachzuprüfen, wie der Prozeß der Bewußtseinsbildung bei jeder einzelnen Gewerkschaft verlaufen ist und inwieweit seine Resultate Originalität besitzen ¹⁾. Es läßt sich vermuten, daß eine Gewerkschaft - sofern sie sich überhaupt darum bemüht - desto eher zu selbständiger Bewußtseinsbildung fähig ist, je eher sie die Verpflichtung zur Unabhängigkeit gegenüber der Bewußtseinsbildung von Öffentlichkeit, Staat oder anderen Verbänden und Gewerkschaften realisieren kann. Es ist wahrscheinlich, daß außer für die individuelle auch für die gewerkschaftliche Bewußtseinsbildung das Phänomen des "opinion-leader"-Effekts charakteristisch ist. Dabei zeigt die jüngste Entwicklung, daß durchaus nicht nur diejenigen Gewerkschaften die "opinion-leader"-Rolle innehaben, die über einen relativ hohen Mitgliederbestand und entsprechende finanzielle Mittel und gewerkschaftspolitischen Einfluß verfügen. In der Regel aber wird eine Gewerkschaft dann "opinion-leader"-Funktion haben, wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, d.h. wenn sie sowohl in bezug auf die übrigen Gewerkschaften als auch unter objektiv-gesellschaftlichem Aspekt einflußreich sind.

1. Zur Struktur der westdeutschen Gewerkschaften: Das Größenverhältnis der einzelnen Gewerkschaften ist vorab an ihren Mitgliederzahlen ablesbar. Die Gesamtzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer hat sich seit den frühen fünfziger Jahren kaum verändert, jedoch ist, bedingt durch die Stagnation der Mitgliederzahlen bei gleichzeitiger Vermehrung der Zahl der unselbständig Beschäftigten, der Organisationsgrad durchweg gesunken. ²⁾. Ordnet man die westdeutschen Gewerk-

1) Vgl. weiter oben S.32.

2) Vgl. dazu die Geschäftsberichte der Gewerkschaften.

schaften nach ihrer Mitgliederstärke an, so ergibt sich folgendes Größenverhältnis ³⁾:

			davon	
	<u>Stichtag</u>	<u>Mitglieder</u>	<u>Arbeiter</u>	<u>Angestellte</u>
IG Metall	31.12.66.	2.023.891	1.832.857	191.034
Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Trans- port und Ver- kehr (ÖTV)	31.12.66.	978.078	583.416	297.139
Deutscher Beam- tenbund	1966	710.183	-	-
IG Chemie, Pa- pier, Keramik	31.12.66.	537.434	474.907	62.527
IG Bau, Steine, Erden	31.12.66.	514.360	491.685	22.671
Deutsche Ange- stellten-Ge- werkschaft (DAG)	30. 9.66.	477.982	-	-
Deutsches Beam- tenkartell	30. 9.66.	136.087	-	-
Deutscher Han- dels- und Indu- strieangestell- tenverband (DHV)	30. 9.66.	62.871	-	-

Alle übrigen Gewerkschaften und Gewerkschaftsverbände haben weniger Mitglieder. Diese Tabelle zeigt, daß, mit Ausnahme des Deutschen Beamtenbundes und der DAG, alle größeren Gewerkschaften dem DGB angehören. Insgesamt waren im DGB 1966 sechzehn Einzelgewerkschaften mit 6.537.160 Arbeitnehmern organisiert, davon 5.084.552 Arbeiter, 861.160 Angestellte und 591.448 Beamte ⁴⁾. Fast alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sind in DGB-Gewerkschaften vereinigt, ebenso die Mehrheit der organisierten Angestellten und annähernd die Hälfte der Beamten, die Gewerkschaftsmitglieder sind. Damit hat sich faktisch das Industrieverbandsprinzip ("Ein Betrieb - eine Gewerkschaft") gegenüber dem Berufsverbandsprinzip, das

3) nach: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, 1967.

4) Ebenda.

DAG und Deutscher Beamtenbund vertreten, nach 1945 in der BRD durchgesetzt⁵⁾. Ihrer Struktur nach sind die westdeutschen Gewerkschaften auch unter einem zweiten Aspekt voneinander unterschieden: Nebeneinander bestehen sowohl Richtungs- als auch Einheitsgewerkschaften fort. Alle DGB-Gewerkschaften und auch die DAG sind als Einheitsgewerkschaften organisiert, d.h. sie haben sich in ihrer Satzung zu - freilich verschiedenen interpretierter - parteipolitischer Unabhängigkeit und weltanschaulich-religiöser Neutralität verpflichtet. Rein konfessionelle Arbeitnehmervereinigungen bestehen nur rudimentär fort und haben sich nach dem zweiten Weltkrieg nicht mehr so etablieren können wie vor 1933. Der Versuch, die christliche Gewerkschaftstradition im 1955 gegründeten Christlichen Gewerkschaftsbund (CGB) wiederzubeleben, kann angesichts seiner geringen Mitgliederzahl als gescheitert betrachtet werden.⁶⁾

Das Industrieverbandsprinzip erlaubt es den sechzehn Einzelgewerkschaften des DGB, ihre Tätigkeitsbereiche so voneinander abzugrenzen, daß keine Konkurrenz mehrerer DGB-Gewerkschaften um die Arbeitnehmer eines bestimmten Wirtschaftszweiges und Betriebes möglich ist. Gleichwohl ist es in den vergangenen Jahren zwischen ihnen immer wieder zu Konflikten darüber gekommen. Trotz dieser gelegentlichen "Grenzstreitigkeiten" läßt sich sagen, daß heute das Industrieverbandsprinzip von den DGB-Gewerkschaften eingehalten wird. Teilweise sehr heftige Konflikte um die Organisation der Angestellten entstehen zwischen ihnen und der DAG, die beansprucht, als "Nur-Angestellte-Gewerkschaft" wirkungsvoller arbeiten zu können. Diese Konkurrenz spitzt sich stets von neuem bei den Betriebsratswahlen zu, aber auch bei der Wahl der Selbstverwaltungsorgane der Sozialversicherungen.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß sich das Berufsverbandsprinzip, im Gegensatz zum Richtungsgewerkschaftsprinzip, durch-

5) Vgl. dazu ausführlich K.H.Sohn, Berufsverband und Industriegewerkschaft, a.a.O.

6) Vgl. G.Hartfiel, Angestellte und Angestelltengewerkschaften in Deutschland. Entwicklung und gegenwärtige Situation von beruflicher Tätigkeit, sozialer Stellung und Verbandswesen der Angestellten in der gewerblichen Wirtschaft, Berlin 1960, 197.

aus am Leben erhalten hat. Die Tatsache, daß alle Versuche, die DAG mit den DGB-Gewerkschaften zu vereinen, bis heute gescheitert sind, läßt vermuten, daß hier zwei konträre Antworten auf die Frage vorliegen, in welcher Organisationsform und mit welcher Gewerkschaftspolitik heute Arbeitnehmerinteressen vertreten werden sollten.

Die Beziehungen der DGB-Gewerkschaften untereinander sind in der Satzung des DGB formalisiert. In dieser Satzung werden Kompetenzen sowie Zusammensetzung der führenden DGB-Organen (DGB-Bundeskongreß, -Vorstand und -Bundesausschuß) festgelegt. Je nach ihrer Mitgliederstärke sind die Mitgliedsgewerkschaften durch Delegierte bei den DGB-Bundeskongressen vertreten; zugleich sind die Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften gleichberechtigt im Vorstand vertreten. Die Selbstständigkeit der einzelnen, ungleich großen Mitgliedsverbände ist formal gewahrt. Das bedeutet nicht notwendig, daß diese Satzungenormen auch de facto Berücksichtigung finden. Es ist möglich, daß die mitgliedsstarken Einzelgewerkschaften, an ihrer Spitze die IG Metall, die mitgliedsschwachen auf den Bundeskongressen majorisieren und an Beschlüsse binden, die deren Politik widersprechen. Daß mehrere, annähernd gleich große Gewerkschaften im DGB nebeneinanderbestehen, die durchaus unterschiedlich orientiert sein können, mag als ausgleichendes Moment wirken. In der Tat ist es einzelnen DGB-Gewerkschaften gelungen, ein eigenes Profil in der Öffentlichkeit zu schaffen, mit dem sie sich - positiv oder negativ - von den anderen Mitgliedsgewerkschaften abheben.

2. Die westdeutschen Gewerkschaften im Urteil der Öffentlichkeit: Im wesentlichen ist die Diskussion über die Politik der einzelnen westdeutschen Gewerkschaften, ihre Ziele und Konzeptionen auf Zeitungen und Zeitschriften konzentriert ⁷⁾. Aus-

7) Zu Fragen der gewerkschaftlichen Öffentlichkeitsarbeit vgl. P.Märtesheimer, Publizistik und gewerkschaftliche Aktion, in: Schriftenreihe des Dortmunder Instituts für Zeitungsforschung, o.J.; W.Thönessen, Zur Öffentlichkeitsarbeit der Gewerkschaften. Gewerkschaftliche Öffentlichkeitsarbeit in der pluralistischen Gesellschaft, GM, 16 (1965), 321 ff.

sagen über die Konzeptionen der einzelnen Gewerkschaften sind dagegen kaum in umfangreicheren wissenschaftlichen Publikationen enthalten. Welches Verhältnis einzelne Gewerkschaften prinzipiell zur westdeutschen Gesellschaft, ihrem politischen und ökonomischen System haben, wie sie auf dem Spektrum heute relevanter gewerkschaftlicher Grundpositionen einzuordnen sind, ist nur aus wenigen solchen Publikationen zu erfahren. Ohne nähere Begründung weist Dahrendorf dem früheren Vorsitzenden der IG Bau, Steine, Erden, Georg Leber, und dem Vorsitzenden der IG Metall, Otto Brenner, divergierende Grundpositionen zu:

"Noch immer erscheint Unternehmern wie Arbeitern der utopische Autoritarismus von Gewerkschaftsführern wie Georg Leber sympathischer als der radikale Liberalismus von Otto Brenner" 8).

Schmölders hat die IG Metall und die IG Bau, Steine, Erden deshalb in die von ihm geleitete Studie des Vereins für Sozialpolitik einbezogen, weil man, wie er schreibt, beide Gewerkschaften "als besonders typisch für die gegensätzlichen Strömungen innerhalb der DGB-Gewerkschaften ansehen kann" 9). Inhaltlicher, wenngleich ebenfalls ohne Belege, bedient sich Grebing dieser Gegenüberstellung:

"Brenner versuchte seit 1956, die Möglichkeit einer sinnvollen Gewerkschaftspolitik zwischen den Extremen einer unbegrenzten Anpassung und einer ohnmächtigen Resignation zu praktizieren, wobei er mit seinen Forderungen jeweils an die Grenze des Erreichbaren ging: also das Konzept eines gewerkschaftlichen Maximalismus auf dem Hintergrund der vollzogenen gesellschaftlichen und politischen Integration". Es könne "kaum eine Täuschung darüber bestehen, daß auch Brenners gewerkschaftlicher Maximalismus keine ideologische Renaissance brachte, allenfalls ist er ein Ansatz zu einer gewerkschaftlichen Theorie des politischen Handelns". Demgegenüber betreibe Georg Leber einen "Prozeß der Anpassung an die kapitalistische Wirtschafts- und Sozialstruktur" 10).

Weitaus typischer für das Urteil der Öffentlichkeit aber ist die wenig differenzierende Terminologie, auf die Zentner zu-

8) R.Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965, 207.

9) G.Schmölders (wissenschaftliche Leitung), Das Selbstbild der Verbände, a.a.O., 5 (Fußnote).

10) H.Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Ein Überblick, München 1966, 276 f.

rückgreift, der unterscheidet zwischen

"den 'linken' Gewerkschaften bzw. Traditionalisten, deren Leitgedanke in der Charakterisierung der bestehenden Gesellschaftsordnung als Zweiklassengesellschaft" bestehe und der "Gruppe der Reformer, deren Leitgedanke in einer ideologiefreien Anpassung an das bestehende Wirtschaftssystem besteht und die im allgemeinen geneigt sind, den theoretischen Überlegungen der SPD zu folgen". Außerdem gebe es die "Gruppe der nicht eindeutig diesen beiden Gruppen zuzuordnenden Gewerkschaften" 11).

Die Gegenüberstellung von "Traditionalisten" und "Reformern", "linken" und "rechten" Gewerkschaften ist in der Tages- und Wochenpresse üblich, die relativ oft und ausführlich die Gegensätze zwischen den Gewerkschaften reflektiert 12). Der größte Teil der Presse verwendet stereotype Einteilungsschemata, wie sie sich in der politischen Publizistik eingebürgert haben. Man teilt die Einzelgewerkschaften des DGB in einen "rechten" und einen "linken Flügel" ein. Dem ehemaligen Gewerkschaftsvorsitzenden Georg Leber wurde eine "rechte" Position innerhalb dieses Dachverbandes zugeschrieben 13); er galt als Repräsentant des "rechten Flügels" des DGB 14). Dagegen wird beispielsweise die IG Chemie, Papier, Keramik auf dem "linken Flügel" des DGB lokalisiert 15). Solchen Zuordnungen ist gemeinsam, daß sie als a priori wahr gelten, ohne daß auf ihre Rechtfertigung durch die Fakten noch Mühe verwendet würde. Ihre Funktion liegt offenbar darin, nicht in erster Linie den Leser zu informieren, sondern es ihm zu erleichtern, Informationen über die Gewerkschaften gleichsam topographisch in sein politisches Bewußtsein einzubauen. Dazu eignen sich gerade Metaphern, wie zum Beispiel die, Otto Brenner, der Vorsitzende der IG Metall, betrachte seine Gewerkschaft "stets als Speerspitze der gesamten Gewerkschaftsbewegung" 16); offenbar soll das heißen, die IG Metall definiere ihr Selbstverständnis

11) C.Zentner, Das Verhalten von Georg Leber, analysiert unter dem Aspekt seiner machtpolitischen Bedeutung für die deutsche Gewerkschaftsbewegung und die SPD, Mainz 1966, 109 f.

12) Die hier verwerteten Urteile datieren von 1966 und 1967.

13) Der Volkswirt v.8.7.1966.

14) Der Industriekurier v.16.2.1967.

15) Frankfurter Allgemeine Zeitung v.6.9.1966.

16) Rheinischer Merkur v.27.10.1967.

im Sinne einer gewerkschaftspolitischen Avantgarde, der die Aufgabe zufalle, den Widerstand der Arbeitgeber und ihrer Verbände gegenüber gewerkschaftlichen Forderungen zu durchbrechen.

Zu unterscheiden ist zwischen Pressestimmen, die einzelne Gewerkschaften ohne nähere Begründung auf eine Rechts-Links-Skala gewerkschaftlicher Grundpositionen anordnen, und anderen, die darüberhinaus die Berechtigung derartiger Wertungen durch den Hinweis auf Einstellungen nachzuweisen suchen, die einzelne Gewerkschaften zu aktuellen politischen, wirtschafts-, sozial- und gewerkschaftspolitischen Problemen artikuliert haben. So wurde beispielsweise Georg Leber als "Hauptsprecher" derjenigen Gewerkschaften bezeichnet, die eine Notstandsgesetzgebung befürworteten ¹⁷⁾. Ebenso wie in der Ansicht, die IG Metall fungiere als "Speerspitze" der Gewerkschaften, so kommt auch hierin zum Ausdruck, es gebe unter den Gewerkschaften führende und geführte, "opinion-leader" und Mitläufer. Teils unterstellt man, daß dieser Effekt auf der unterschiedlichen organisatorischen Stärke der einzelnen Gewerkschaften beruht, mit der sie ihren Ansichten Geltung verschaffen können, teils führt man ihn auf die "extreme" Position einzelner Gewerkschaften, wie etwa der IG Metall, zurück, die einen "ideologischen" Sog auf andere auszuüben vermöge. Wie groß auch die - hier nicht nachprüfbare - Realitätsgerechtigkeit der "opinion-leader"-Vorstellung ist - mit diesem Stereotyp sucht die Öffentlichkeit ihre Meinungsbildung zu erleichtern. In ihrem Urteil sind für die westdeutschen Gewerkschaften, vor allem aber für die DGB-Gewerkschaften, tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten charakteristisch, die von zwei sich gegenüberstehenden Gewerkschaftsgruppen ausgetragen werden, an deren Spitze die IG Metall und IG Bau, Steine, Erden als Exponenten der Gewerkschafts-"flügel" stehen. Eine dritte gewerkschaftspolitische Konzeption scheint es demnach nicht zu geben. Solche Deutungen werden noch auf andere Weise verbalisiert, und zwar als Gegenüberstellung von "Radikalen" und "Reformern" ¹⁸⁾.

17) Frankfurter Rundschau v.17.5.1966.

18) Der Industriekurier v.18.11.1966.

Die beiden "Flügel" ¹⁹⁾ beziehungsweise "konträren Flügel" des DGB ²⁰⁾ werden, so meint man, nur mühsam durch einen ohnmächtigen DGB-Vorsitzenden daran gehindert, ganz auseinanderzuallen ²¹⁾. Den sechzehn Vorsitzenden der Einheitsgewerkschaften - auch "Stammesherzöge" genannt - steht, so ist immer wieder zu hören, kein DGB-Vorsitzender gegenüber, der kraft Hausmacht und durch straffe Führung fähig wäre, die partikularen Interessen und divergierenden gewerkschaftspolitischen Konzeptionen der "Stammesherzöge" auf einen Nenner zu bringen. Im Gegenteil: Nach der Gründung des DGB im Jahre 1949 hätte die Autonomie der Mitgliedsverbände immer mehr zugenommen und sei der DGB-Bundesvorstand zunehmend entmachtet worden ²²⁾. Auf solche Feststellungen pflegt der Hinweis zu folgen, eine Krise, eine Spaltung des DGB stehe bevor.

Die Gewohnheit, den DGB und seine Gewerkschaften in zwei Antipoden aufzuteilen, ist auch bei Gewerkschaftern anzutreffen. Der frühere DGB-Vorsitzende Ludwig Rosenberg sprach von einer "Leber"- und einer "Brenner"-Gruppe, von einer "Linken" und einer "Rechten" unter den DGB-Gewerkschaften ²³⁾. Freilich prognostizierte er nicht anschließend, wie die Presse, eine Spaltung des Gewerkschaftsbundes, sondern meinte, die internen gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen könnten nicht den Zusammenhalt der Mitgliedsverbände schwächen ²⁴⁾; diese Erwartung motivierte Rosenberg mit dem gemeinsamen Standpunkt der Einzelgewerkschaften, eine neuerliche Gewerkschaftsspaltung wäre ebenso verhängnisvoll wie jene, die zu dem Versagen der deutschen Gewerkschaften vor 1933 bei der Bekämpfung des Faschismus geführt hätte, und unter allen Umständen vermieden werden müsse ²⁵⁾.

Die Übereinstimmung, mit der von politisch unterschiedlich orientierten Zeitungen und Zeitschriften der überwiegende Teil

19) Der Spiegel v.20.3.1967.

20) Frankfurter Allgemeine Zeitung v.23.2.1967.

21) Der Industriekurier v.16.2.1967.

22) Ebenda.

23) Der Spiegel v.20.3.1967.

24) Christ und Welt v.3.2.1967.

25) Der Spiegel v.20.3.1967.

der westdeutschen Gewerkschaften beurteilt wird - d.h. im Sinne einer polaren Struktur - , und der Umstand, daß selbst die Gewerkschaften sich diese Vorstellung aneigneten, legt die Überprüfung von Äußerungen der IG Metall und IG Bau, Steine, Erden nahe. Es fragt sich, inwieweit das Urteil der Öffentlichkeit von den Ergebnissen bestätigt wird, die eine Analyse des Gesellschaftsbildes und Selbstverständnisses beider Gewerkschaften zu liefern vermag. Es wäre auch zu überprüfen, ob in der Tat beide Gewerkschaftskonzeptionen so kontrastieren, wie es die Öffentlichkeit behauptet.

Mit Hilfe dieses Überblicks über die Struktur der westdeutschen Gewerkschaften und ihre öffentliche Resonanz lassen sich nun die Kriterien präzisieren, die bei der Auswahl solcher Gewerkschaften anzuwenden sind, die für die Analyse des Gesellschaftsbildes und Selbstverständnisses der Gewerkschaften in Frage kommen. Das erste Kriterium ist die Organisationsstärke einer Gewerkschaft, die sich an ihrer Mitgliederzahl ablesen läßt, ohne sich aber darin zu erschöpfen. Für die "Größe" einer Gewerkschaft ist auch ihr Organisationsgrad und ihre innere Verfassung maßgeblich. Je mehr Mitglieder eine Gewerkschaft hat, desto eher ist sie einer Breitenwirkung innerhalb der Arbeitnehmerschaft fähig, die ihr Bedeutung über ihren unmittelbaren Organisationsbereich hinaus zukommen läßt. Über hohe Mitgliederzahlen kann eine Gewerkschaft auf das Votum der Wähler Einfluß erhalten, über die durch hohe Mitgliederzahl (und eine hohe "Beitragsehrlichkeit" der Mitglieder) bedingte günstige finanzielle Lage sich eine starke Verhandlungsposition gegenüber den Arbeitgeberverbänden sichern. Mit der Eigenmacht einer Gewerkschaft - und darauf kommt es hier insbesondere an - nimmt ihre Chance zu, sich gegenüber anderen Gewerkschaften mit einer eigenen gewerkschaftspolitischen Konzeption im Verlauf der Willensbildung des DGB durchzusetzen ²⁶⁾.

26) Das wird durch die Abstimmungsergebnisse von DGB-Kongressen veranschaulicht, vgl. die Protokolle dieser Kongresse.

Das zweite Auswahlkriterium - ob und in welchem Umfang eine Gewerkschaft eine "opinion-leader"-Rolle gegenüber anderen Gewerkschaften innehat, eine eigene gewerkschaftspolitische Konzeption entwickelt und artikuliert hat - wird offenbar, wie das Urteil der Öffentlichkeit erweist, von den westdeutschen Gewerkschaften unterschiedlich erfüllt. Die Resonanz der IG Metall sowie der IG Bau, Steine, Erden in der Öffentlichkeit ist bedeutend größer als die anderer Gewerkschaften gewesen. Es ist bekannt, daß beide Gewerkschaften intensive Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Die Diskussion innerhalb der DGB-Gewerkschaften wird, wie die Zeitungen und Zeitschriften des DGB zeigen, von beiden wesentlich beeinflußt und belebt. Dazu sind sie schon deshalb fähig, weil sie mit einer überdurchschnittlichen gewerkschaftspolitischen Aktivität im allgemeinen und mit eigenen Initiativen auf lohn-, sozial- oder gesellschaftspolitischem Gebiet (man denke nur an die Vermögensbildungspläne der IG Bau, Steine Erden oder an den Kampf der IG Metall um die Vierzig-Stunden-Woche) hervortreten. Von einer Gewerkschaft aber, die sich als "Avantgarde" versteht, erwarten die organisierten Arbeitnehmer und die Öffentlichkeit Argumente, die zugunsten ihrer Gewerkschaftspolitik sprechen - allgemeiner: dezidierte Einstellungen zur lohn-, sozial- und gesellschaftspolitischen Situation. Ein solches Deutungssystem und die aus ihm abgeleiteten Handlungsmaximen können mehr oder minder profiliert sein, im Falle der IG Metall und IG Bau, Steine, Erden so sehr, daß sich die Öffentlichkeit ein relativ festumrissenes Bild von beiden Gewerkschaften machen konnte. Das gilt zumindest für die Jahre 1966 und 1967, denen die weiter oben referierten Pressestimmen entstammen.

d) Die Auswahl

Die bisherigen Überlegungen haben konkret folgende Anhaltspunkte für die Auswahl hier relevanter Gewerkschaften ergeben: Die ausgewählten Gewerkschaften müssen ihrer Größe nach vergleichbar sein (1). Zum andern sollten solche Gewerkschaften ausgewählt werden, deren "Image" in der öffentlichen Meinung

hinreichend profiliert ist und sie als konträr, in ihrem Gesellschaftsbild wie Selbstverständnis, ausweist (2). Diese Kriterien erfüllen sowohl die IG Metall als auch die IG Bau, Steine, Erden. Denn sie stehen ihrer Mitgliederstärke nach an erster beziehungsweise fünfter Stelle unter den westdeutschen Gewerkschaften ²⁷⁾. Die Bedeutung der IG Metall wird auch dadurch unterstrichen, daß in der Metallwirtschaft - vom Stahlwerk bis zur Automobilfabrik - die ihrer Kapitalausstattung wie volkswirtschaftlichen Bedeutung nach größten westdeutschen Unternehmen konzentriert sind. D.h. sie organisiert Arbeitnehmer in Schlüsselindustrien. Die IG Bau, Steine, Erden ihrerseits organisiert Arbeitnehmer in einem Wirtschaftszweig, der von Klein- und mittleren Unternehmen beherrscht wird; die Produktionsweise der Bauwirtschaft ist fast ausschließlich handwerklich, doch gerade in den Jahren des Wiederaufbaus zerstörter Städte erwies sich dieser Umstand nicht als Nachteil für das gewerkschaftliche Handeln. Die IG Bau, Steine, Erden entwickelte sich zu einer der mitgliederstärksten und im öffentlichen Bewußtsein profiliertesten Gewerkschaften; dazu trug seit der Mitte der fünfziger Jahre wesentlich ihr früherer Vorsitzender Georg Leber bei, unter dessen Leitung neuartige gewerkschaftspolitische Vorstöße, etwa auf dem Gebiet der Vermögensbildung der Arbeitnehmer, unternommen worden sind. Ihrer Größe wie ihrem Einfluß nach sind IG Metall und IG Bau, Steine, Erden miteinander vergleichbar. Zudem sind beide nach dem Einheitsgewerkschaftsprinzip organisiert und sind in einem Dachverband, dem DGB, vereint, dessen Mitgliedsverbände beanspruchen, im DGB-Grundsatz- und Aktionsprogramm eine gemeinsame Basis ihres Handelns zu besitzen. Das hat allerdings, vertraut man dem Urteil der Öffentlichkeit, nicht zu einem einheitlichen Verständnis der Ziele, Aufgaben und Instrumente der Gewerkschaften geführt.

Neben dem heute in der BRD vorherrschenden Industrieverbandsprinzip existiert jedoch das Berufsverbandsprinzip weiter. Nicht alle Gewerkschaften lehnen die im Arbeits- und Versicherungs-

27) Vgl. die Tabelle auf S.54.

recht tradierte Unterscheidung zweier Arbeitnehmerkategorien - der Angestellten und Arbeiter - ab. Außerdem ist die heutige Mitgliedsstärke der einst dominierenden, nach dem Berufsverbandsprinzip organisierten Gewerkschaften, wie sich weiter oben herausgestellt hat ²⁸⁾, nicht so gering, als daß sie ausser acht gelassen werden dürfte. Die DAG hat mit den DGB-Gewerkschaften, auch wenn sie das Berufsverbandsprinzip verkörpert, gemein, ihrer Satzung nach weder parteipolitisch noch weltanschaulich-religiös fixiert zu sein. Insofern erfüllt die DAG die Bedingung, nur ihrer Struktur nach vergleichbare Gewerkschaften zu berücksichtigen. Bei der DAG einerseits und den DGB-Gewerkschaften andererseits handelt es sich um konkurrierende Arbeitnehmerorganisationen, weil sich beide um die gewerkschaftliche Vertretung der Angestellten bemühen. Die Struktur der westdeutschen Gewerkschaften, wie sie sich in den beiden vergangenen Jahrzehnten herausgebildet und konsolidiert hat, und die auf das gewerkschaftliche Gesellschaftsbild und Selbstverständnis und seine Analyse direkt bezogenen Kriterien seiner Dauerhaftigkeit, relativen Homogenität und Reflektiertheit ²⁹⁾ lassen damit die Beschränkung auf drei westdeutsche Gewerkschaften - IG Metall, IG Bau, Steine, Erden und DAG - legitim und sinnvoll erscheinen. Damit sind sowohl die DGB-Gewerkschaften als auch die übrigen Gewerkschaften - die DGB-Gewerkschaften repräsentieren mehr als drei Viertel der Gewerkschaftsmitglieder - ausreichend berücksichtigt.

e) Die Bestimmung des Quellenmaterials

Angesichts der Vielzahl gewerkschaftlicher Publikationen ist zu überlegen, auf welche Weise das Quellenmaterial der Analyse des gewerkschaftlichen Gesellschaftsbildes und Selbstverständnisses begrenzt werden kann. Eine erste Begrenzung besteht in der Beschränkung auf öffentlich zugängliche Äußerungen. Interne Materialien, etwa Protokolle von Vorstands- und

28) Vgl. die Tabelle auf S.54.

29) Vgl. weiter oben S.50.

Beiratssitzungen, sind selten oder nur unvollständig erreichbar - ein Umstand, unter dem die gesamte Verbandsforschung leidet ³⁰⁾. - Eine zweite Begrenzung betrifft die gewerkschaftliche Organisationsstruktur und ist nicht ohne weiteres einsichtig. Gewerkschaften publizieren ihren Standpunkt zu den sie betreffenden Fragen von unterschiedlichen organisatorischen Ebenen aus. Gewerkschaften arbeiten, was ihren vertikalen Aufbau anlangt, auf Orts-, Kreis-, Bezirks- und Bundesebene. Als zentral geleitete Arbeitnehmervereinigungen zeichnen sie sich dadurch aus, daß ihre leitenden Gremien (Vorstand, Beirat, Bundesausschuß) durchweg sehr weitreichende Kompetenzen besitzen gegenüber untergeordneten Organen, d.h. Weisungs- und Kontrollbefugnisse beispielsweise im Streikfall. Eine Ausnahme bildet der Deutsche Beamtenbund, dessen Bundesvorstand den Status einer zentralen Arbeitsgemeinschaft regionaler und relativ selbständiger Beamtenvereinigungen hat, darin dem DGB und seinem Partikularismus nicht unähnlich. Zum anderen stehen untergeordnete gewerkschaftliche Organisationseinheiten der praktischen Gewerkschaftsarbeit, wie etwa der Aufgabe der Mitgliederbetreuung und -werbung, näher als der jeweilige Bundesvorstand oder geschäftsführende Bundesvorstand. Die örtliche Verwaltungsstellen gebrauchen in ihrer Arbeit vor allem sozialpolitischen und ökonomischen Sachverstand, der den einzelnen Funktionären durch Schulung vermittelt wird. Was sie oder die Kreis- oder Bezirksorganisationen etwa zu politischen Fragen publizieren, kann nur für einen Teilbereich der Gesamtorganisation gültig und repräsentativ sein. Das schließt nicht die Möglichkeit aus, daß gelegentlich, und in Zeiten verschärfter sozialer und politischer Auseinandersetzungen vor allem, die regionale gewerkschaftliche Willensbildung die der Leitungsbürokratie beeinflusst - formalisiert in den Urabstimmungen, in der Willensbildung der Gewerkschaftstage oder aber spontan in der Opposition gegenüber Vorstandsentscheidungen, wie beispielsweise bei "wilden" Streiks. Die in mehrjährigem Abstand stattfindenden Gewerkschaftstage

30) Vgl. die Bemerkungen weiter oben S.32.

spiegeln den Grad der Abweichung einerseits des Mitgliederbewußtseins gegenüber dem des Vorstands und andererseits die Vielfalt der Ansichten unter den regionalen und lokalen Gewerkschaftsorganisationen wider. Im Idealfall läßt sich aus den Entschlüssen und den Abstimmungsergebnissen der Gewerkschaftstage punktuell das Meinungsspektrum einer Gewerkschaft ermitteln; dann nämlich, wenn die satzungsmäßige Verpflichtung zu innergewerkschaftlicher Demokratie auch realiter eingehalten wird. Der Bundesvorstand hat dann die von den Delegierten repräsentierte Mitgliedermeinung zu respektieren, ohne ihr jedoch vollends ausgeliefert zu sein. Die konstitutive Privilegierung des Vorstands gegenüber den Delegierten eines Gewerkschaftstages, also den gewählten Vertretern der Mitglieder, läßt prinzipiell die Möglichkeit der Manipulation der Willensbildung eines Gewerkschaftstages offen; diese Gefahr wird in Darstellungen der jüngsten Gewerkschaftsgeschichte immer wieder erwähnt ³¹⁾. Die Muster, nach denen ein Gewerkschaftstag abläuft, bringen es mit sich, daß bei der Umsetzung von Anträgen in für die Gesamtorganisation verbindliche Beschlüsse bestimmte Einstellungsmuster verstärkt, andere aber abgeschwächt zur Geltung kommen. Das Studium der Protokolle von Gewerkschaftstagen verdeutlicht, daß der Vorstand einer Gewerkschaft beziehungsweise das Tagungspräsidium im ganzen gesehen sowohl über mehr Sachverstand als auch über die rhetorisch besseren Sprecher verfügen und deshalb eine relativ hohe Chance besitzen, ihren Willen durchzusetzen. Der Vorstand vertritt die Gesamtorganisation nach außen, also auch gegenüber der Öffentlichkeit, und hat ein Interesse daran, den Eindruck innergewerkschaftlicher Meinungsgegensätze zu vermeiden. Den Delegier-

31) Vgl. Th. Pirker, Die blinde Macht. Die Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland, Bd. 1 und 2, München 1960; W. Hirsch-Weber, Gewerkschaften in der Politik. Von der Massenstreikdebatte zum Kampf um das Mitbestimmungsrecht, Köln/Opladen 1959; H. Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O. - Auf autoritäre Strukturen innerhalb der Gewerkschaften weisen hin J. Hirsch, Die öffentlichen Funktionen der Gewerkschaften, a.a.C., 126 ff. sowie K.H. Sohn, Berufsverband und Industriegewerkschaft, a.a.O., 4.

ten gegenüber appelliert er deshalb an ihre Verpflichtung zur Solidarität untereinander wie gegenüber dem Vorstand. Er hat dafür Sorge zu tragen, daß die Entschließungen des Gewerkschaftstages nach Möglichkeit breite Mehrheiten finden; das wird ihm schon durch seine meistens bessere Kenntnis der Geschäftsordnung erleichtert.

Jedoch finden Gewerkschaftstage periodisch statt und können deshalb nur einen beschränkten Einblick in das Bewußtsein der Gesamtmitgliedschaft geben. Der Ablauf eines Gewerkschaftstages bietet nicht die Gewähr dafür, daß Beschlüsse eines solchen "Parlaments der Arbeit" immer und unbedingt die dominierende Mitgliedermeinung wiedergeben. In der Zeit zwischen Gewerkschaftstagen werden die Einstellungen der Gesamtorganisation ohnehin nur als die von Vorstand und Beirat manifest. Gerade in der Zwischenzeit wird es Gewerkschaftsvorsitzenden möglich, das Bild der Öffentlichkeit vom Gesellschaftsbild und Selbstverständnis ihrer Organisation mitzuformen, also das, was in der öffentlichen Meinung gern der "Stil" einer Gewerkschaft genannt wird.

Wenn die Grundorientierung und -haltung einer Gewerkschaft in den Beschlüssen ihrer höchsten Organe "gebündelt" sind, so mag es legitim sein, bei der Analyse gewerkschaftlichen Bewußtseins die übrigen, d.h. die der übrigen Organe, die Gewerkschaftstag, Vorstand und Beirat beziehungsweise Bundesausschuß nachgeordnet sind, zu übergehen. Die jeweilige Grundorientierung einer Gewerkschaft kann man sinnvoll nur als die ihrer Gesamtorganisation definieren. Betrachtet man die Mechanismen innergewerkschaftlicher Willensbildung näher, so wird klar, daß Einstellungen einer Gewerkschafts o r g a n i s a t i o n nicht notwendig mit dem Durchschnittsbewußtsein der Mitglieder übereinstimmen, wie es im Auftrag der Gewerkschaftsleitungen demoskopisch ermittelt wird. Im folgenden werden nur solche Einstellungsmuster der Mitgliedschaft berücksichtigt, die den institutionalisierten Prozeß innergewerkschaftlicher Willensbildung erfolgreich durchlaufen haben. Das bedeutet umgekehrt: Einstellungen einer Minorität zu übergehen. Insgesamt bedeutet

die Begrenzung des Quellenmaterials auf das auf Bundesebene publizierte, daß die Resultate seiner Analyse nicht für das Gesellschaftsbild und Selbstverständnis aller Organisationseinheiten repräsentativ sein können. Der Gegenstand der Analyse ist eine "entsubjektivierte" ³²⁾, von innergewerkschaftlicher Meinungsvielfalt bereinigte Form gewerkschaftlichen Bewußtseins, insofern nur das für die Gesamtorganisation verbindliche berücksichtigt und von lokalen und regionalen Besonderheiten abstrahiert wird. Subjektives Bewußtsein geht dennoch in einem gewissen Ausmaß darin ein, weil die Prozesse innergewerkschaftlicher Willensbildung durch einzelne leitende Gewerkschaftsfunktionäre überproportional beeinflußt werden, die kraft "Persönlichkeit" oder Machtposition dazu fähig sind.

f) Inhaltliche Komponenten des gewerkschaftlichen Gesellschaftsbildes

Entsprechend einer vorherrschenden wissenschaftlichen Gewohnheit ³³⁾ ist hier bisher von drei inhaltlichen Komponenten des gewerkschaftlichen Gesellschaftsbildes ausgegangen worden: von der Einstellung zum ökonomischen, politischen und kulturellen System der (westdeutschen) Gesellschaft. Es ist nun zu fragen, ob diese Prämisse dem gewerkschaftlichen Gesellschaftsbild und seiner Analyse adäquat ist oder nicht.

Gewerkschaftliches Sozialbewußtsein kristallisiert sich an Einzelproblemen heraus, mit denen eine Gewerkschaftsleitung oder -tag in der sozialen Auseinandersetzung konfrontiert wird. Ihre eigenen Ziele wie die ihrer Kontrahenten - der privaten und öffentlichen Arbeitgeber - weichen in mehr oder minder hohem Maße voneinander ab. Gewerkschaften sind genötigt, in Konfliktsituationen zumal ihre Ziele und Interessen, vor allem aber ihr Handeln durch Argumente zu rechtfertigen, die in der Öffentlichkeit und eventuell auch bei den Tarifpartnern Ver-

32) Vgl. H. Schelsky, Ortsbestimmung der deutschen Soziologie, Düsseldorf/Köln 1959, 74 ff.

33) Vgl. die Gliederungen zahlreicher Bücher über Entstehung, Organisation und Aufgaben der Gewerkschaften.

ständnis, wenn nicht Zustimmung zu erhalten versprechen. Eine Gewerkschaftsleitung muß auch deshalb sich um eine überzeugende Argumentation bemühen, weil sie nicht permanent gegen den Willen ihrer Mitglieder agieren kann, ohne ihren eigenen Einfluß auf die Mitglieder und ihre demokratische Legitimation auf die Dauer in Frage zu stellen. Außerdem würde eine Gewerkschaftsleitung, die ihre Politik und deren Ziele nicht ständig den Mitgliedern erklären würde, die Bewußtseinsbildung der Mitgliedschaft den Massenmedien, die überwiegend als nicht "gewerkschaftsfreundlich" gelten ³⁴⁾, sowie der Unternehmerpropaganda vollkommen ausliefern, der die Arbeitnehmer tagtäglich bei der Lektüre von Werkzeitleitungen und anderen Medien der Indoktrination ausgesetzt sind. Die jüngste Gewerkschaftsgeschichte zeigt, daß der Konsensus zwischen den Tarifpartnern in der BRD nicht so groß ist, als daß sie darauf verzichten könnten, zu jeder sie berührenden Frage mit unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Antworten hervorzutreten, unabhängig von ihrer Bereitschaft zur "sozialen Befriedung" und "Zusammenarbeit".

Die Thematik dieser öffentlichen (und nicht öffentlichen) Kontroversen - darauf kommt es in diesem Zusammenhang vor allem an - läßt sich nicht mechanisch in eine politische, ökonomische und kulturelle Komponente zergliedern. Und doch zielt die Frage nach dem Gesellschaftsbild auch auf das, was die Gewerkschaften gewöhnlich als ihre "Grundsätze" bezeichnen und selbst nach diesem Schema unterteilen ³⁵⁾. Das ökonomische wie das

34) Vgl. dazu ausführliche Belege bei F.Vilmar, Die IG Metall und das System der Sprachregelung, GM, 12 (1961), 536 ff; P.v.Schubert, Antigewerkschaftliches Denken in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M 1967. - Auf die Abhängigkeit der Gewerkschaftspolitik und ihrer Erfolge von der öffentlichen Meinung hat Alfred Weber verwiesen, vgl. A.Weber, Staat und gewerkschaftliche Aktion, Köln-Deutz o.J., 15 (gekürzt GM, 3 (1952), 478 ff.).

35) Das erste Grundsatzprogramm des DGB, beschlossen 1949 in München auf seinem Gründungskongreß, enthält die Abschnitte "Wirtschaftspolitische" u. "Sozialpolitische Grundsätze". Das neue DGB-Grundsatzprogramm von 1963 folgt diesem Schema, umfaßt allerdings außer diesen beiden noch einen dritten Abschnitt, die "Kulturpolitischen Grundsätze". Die

politische System der westdeutschen Gesellschaft wird darin unmittelbar thematisch, wird beurteilt, bejaht und kritisiert. Das bedeutet allerdings nicht, daß die Vermittlung dieser allgemeinen Urteile mit den in der alltäglichen sozialen Auseinandersetzung und öffentlichen Polemik verwendeten Argumenten von allen Gewerkschaften in gleicher Weise vollzogen würde. D.h. wieweit die einmal festgelegten "Grundsätze" der Gewerkschaftspolitik dann auch tatsächlich in der aktuellen Argumentation Verwendung finden, also wieweit sie die Gewerkschaftspolitik realiter orientieren - und nicht stattdessen die Funktion nicht ernst genommener Leerformeln haben. Entscheidend wird für diese Frage sein, wie die einzelne Gewerkschaft die Funktion ihrer "Grundsätze" gegenüber ihrer Praxis definiert. Daß dieses Problem in der Sekundärliteratur kontrovers behandelt wird, ist weiter oben bei der Diskussion gewerkschaftstheoretischer Fragen deutlich geworden ³⁶⁾.

Mit anderen Worten: Erfordert der hier zugrundegelegte Begriff des "Gesellschaftsbildes", angewandt auf das gewerkschaftliche Bewußtsein, nicht eine andere inhaltliche Differenzierung als die, welche mit der Einteilung in politische, ökonomische und kulturelle Themenkomplexe vorgenommen wird? Denn wenn "Gesellschaftsbild", im hier verwendeten Sinn, ein relativ dauerhafter, in sich weitgehend konsistenter Komplex von Vorstellungen über "Gesellschaft" ist ³⁷⁾, dann fragt sich, ob eine solche Einteilungsweise dem gerecht werden kann. Darstellungen gewerkschaftlicher "Grundsätze" folgen meistens dem Schema, nach dem Gewerkschaften selber die Inhalte ihres Bewußtseins anordnen ³⁸⁾. Wie aber kann nach einer solchen Differenzierung der Zusammenhang der Einzelkomplexe noch sichtbar bleiben und so die Bestimmung des Gesellschaftsbildbegriffs erfüllt werden, daß sich die Einzelvorstellungen zu einem "Ganzen" zusammenfügen, ohne doch notwendig zu einer "systematischen und

DAG hat ihr noch heute gültiges und 1953 beschlossenes Grundsatzprogramm ebenfalls in einen sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Teil gegliedert.

36) Vgl. weiter oben Kapitel I.

37) Vgl. weiter oben S.50.

38) Vgl. Kapitel III, Fußnote (33).

reflektierten Konzeption" 39), vergleichbar einer Gesellschaftstheorie, zu verschmelzen. Das läßt die Frage nicht irrelevant werden, ob und wie die Gewerkschaften selber die Vermittlung der einzelnen inhaltlichen Komponenten ihrer "Grundsätze" in einem Bild des gesellschaftlichen Gesamtzusammenhangs leisten. Die Analyse des gewerkschaftlichen Gesellschaftsbildes hat die Komplexität ihres Gegenstandes zu beachten, ohne seine Konsistenz, den Zusammenhang seiner Einzelkomponenten größer erscheinen zu lassen, als er tatsächlich ist.

Das zunächst naheliegende Verfahren, erst Einzelanalysen des gewerkschaftlichen Gesellschaftsbildes anzufertigen, um dann aus ihren Ergebnissen ein Gesamtbild der Gesellschaft zu synthetisieren, muß also auf erhebliche Einwände stoßen. Systembezogene Äußerungen, etwa zum System der "Sozialen Marktwirtschaft" oder der parlamentarischen Demokratie, verdienen bei der Gesellschaftsbildanalyse Vorrang. Ebenso wichtig aber ist es, daß derart zentrale Inhalte häufig indirekt angesprochen werden, wie zum Beispiel bei der Forderung nach Ausweitung der Mitbestimmung, nach Vermögensbildung der Arbeitnehmer oder bei Themen wie Notstandsgesetzgebung und politischer Streik oder in der Kritik des "Totalitarismus". Sosehr Gewerkschaften ihre Position zu gewerkschaftspolitischen Fragen - häufig der öffentlichen Meinung zuliebe, von der wesentlich ihr "Image" abhängt - sozusagen "pragmatisch", mit Hilfe von Statistiken handfest-"unideologisch" zu begründen pflegen - so richtig ist es doch auch, daß die gewerkschaftliche Argumentation mit "Grundsätzen" unterlegt ist, ohne daß deren Gültigkeit stets nachgewiesen würde. Bei der Durchsicht gewerkschaftlicher Publikationen wird klar, daß für das gewerkschaftliche Selbst- und Sozialverständnis relevante Argumente häufig in die Form scheinbar rein "tagespolitischer" Begründung gekleidet werden, daß sie unbeabsichtigt und unkontrolliert in einzelne Reden und Diskussionsbeiträge führender Gewerkschafter einfließen und auch dann noch aufschlußreich sind und verwer-

39) H. Povitiz et al., Das Gesellschaftsbild des Arbeiters, a.a.O., 8 f.

tet werden können. Zugleich sind solche "tagespolitischen" Argumente meistens unsystematisch eineinandergereiht, haben rein rhetorischen Stellenwert, schweifen vom Thema ab oder gleiten unversehens zwischen ökonomischen, sozialpolitischen, pseudo-philosophischen und politischen Themenpunkten hin und her. Legt man dieses für die Reden führender Gewerkschaftsfunktionäre typische Raisonement ebenso der Analyse zugrunde wie Entschlüsse und Grundsatzprogramme, die deutlich durch Kompromiß und gründliche Überarbeitung charakterisiert sind, so verspricht das doppelten Gewinn: Zum einen setzt die Analyse bei relativ reichhaltig vorhandenem Ausgangsmaterial an und vermeidet es, "Grundsätze" isoliert von ihrer Konkretion in "tagespolitischen" Einstellungsmustern darzustellen und zu interpretieren. Zum andern wird damit nicht nur die Theorie-Praxis-Relation erfaßt, sondern auch das gewerkschaftliche Gesellschaftsbild entlang einer Thematik analysiert, die die - hypothetisch möglichen - konträren Einstellungen von Gewerkschaften zum gesellschaftlichen status quo und seiner Veränderung bloßlegen kann. Denn die Diskussion und Auseinandersetzung zwischen den westdeutschen Gewerkschaften bewegt sich ebenso um die abstrakte Frage nach ihrem Verhältnis zur bestehenden Sozial- und Wirtschaftsordnung und zum Staat wie um neuralgische gewerkschaftspolitische Fragen, wie sie sich nach dem zweiten Weltkrieg herausgebildet haben und das Bild einer geschlossen handelnden, in ihrem Gesellschaftsbild und Selbstverständnis einheitlichen westdeutschen "Gewerkschaftsbewegung" in Frage stellen.

IV. Gesellschaftsbilder westdeutscher Gewerkschaften

a) Grundzüge gewerkschaftlicher Gesellschaftsbilder

1. Monistische, pluralistische und antagonistische Strukturmuster gewerkschaftlicher Gesellschafts- bilder

Die DAG geht davon aus, "daß Gesellschaft zunächst einmal Ordnung ist; 'Ordnung unter den Menschen, die die Gesellschaft bilden' ¹⁾. "Gesellschaft" bilde ein "Ganzes" ²⁾, genauer: ein "gegliedertes Ganzes" ³⁾. Die DAG begriff "Gesellschaft" als statische Erscheinung. In ihren Vorstellungen über die "Gesellschaft" und deren innere Zusammenhänge dominiert das Moment der "Ordnung": "Gesellschaft" gilt als stabiles System, das das Zusammenleben der Menschen ordnet und drohendes Chaos verhindert. Die gesellschaftliche "Ordnung" bedarf keiner weiteren Begründung, denn sie allein erlaubt den Zusammenhalt des "Ganzen" und seiner Teile. "Gesellschaft" bedeutet hier etwas Objektives, dem intentionalen Handeln des einzelnen Menschen oder Kollektivs Entzogenes: "Man kann die Gesellschaft nicht am Reißbrett konstruieren" ⁴⁾. Sie wird als gewachsener Organismus, als etwas Übermenschliches verstanden, das sich aus den einzelnen zwischenmenschlichen Beziehungen als deren Summe zusammensetzt und noch im sozialen Mikrokosmos, in der Familie wie im Staat, gegenwärtig ist. Sie "lebt" gleich einem Organismus, dessen "Ordnung" auf der Funktionsfähigkeit seiner einzelnen Organe beruht: "Das Ganze kann nur gesund sein und funktionieren, wenn seine Teile gesund und funktionsfähig sind" ⁵⁾. Die Relation des "Ganzen" zu seinen "Gliedern" und umgekehrt der "Glieder" zum "Ganzen" sieht die DAG so:

- 1) DAG, Gesellschaft und Beruf. Angestellte in der Leistungsgesellschaft, 1967, 7.
- 2) Rolf Spaethen, Tagungsbericht des 8. Gewerkschaftstages der DAG 1963, 101 (Tagungsbericht wird künftig abgekürzt mit "Tb.>").
- 3) DAG, Gesellschaft und Beruf, 7.
- 4) R. Spaethen, Tb. DAG 1963, 96.
- 5) DAG, Gesellschaft und Beruf, 5.

"Ordnung bedeutet nichts als Gliederung...Ordnung in der Gesellschaft setzt voraus, daß in Gruppen zusammengefügt ist, was zusammengehört, und weiter, daß diese Gruppen in einem möglichst sinnvollen Verhältnis zueinander stehen" 6).

Die DAG ist fixiert an

"einer gegliederten sozialen Ordnung, die sich orientiert an den Funktionen, die die einzelnen Arbeitnehmergruppen in Wirtschaft und Verwaltung ausüben, und an ihrer gesellschaftlichen Stellung" 7).

Einheit in der Vielfalt - das ist hier das allgegenwärtige Prinzip: Die "Glieder" der Gesellschaft - d.h. die einzelnen Individuen und sozialen Gruppen - unterscheiden sich voneinander in ihrer sozialen Lage, in ihren Interessen und Funktionen dem "Ganzen" gegenüber; gleichwohl aber vereinen sie sich zu einer einzigen Gesellschaft, einem einzigen gesellschaftlichen "Ganzen", das die gesellschaftliche Vielfalt relativiert. Die bekannte Metapher vom Organismus und seinen Gliedmaßen kehrt bei der DAG in dem Axiom wieder, "Gesellschaft" sei ein naturwüchsiger Lebenszusammenhang, dessen Bestandteile bei Strafe ihres Untergangs aufeinander angewiesen sind. Das Bewußtsein der Interdependenz schafft Kooperationsbereitschaft. Denn die "natürliche Gliederung unserer Gesellschaftsordnung", so meint die DAG ⁸⁾, bedarf zu ihrem Funktionieren der "Ordnung", die das gesellschaftliche "Ganze" zusammenhält und die sich über die Bereitschaft der einzelnen "Glieder" zu einer als Unterordnung unter die Interessen des gesellschaftlichen "Ganzen" verstandenen Integration ihrer Interessen und ihres Handelns herstellt.

Als drittes, ihre Gesellschaftskonzeption konstituierendes Moment nennt die DAG das "Gefüge": "Ist Gesellschaft aber sowohl Ordnung als auch Gliederung, dann ist sie zum dritten schließlich ein Gefüge", d.h. eine "Struktur". Mit anderen Worten: "Gesellschaft" bedeutet, "daß Teile miteinander in Verbindung stehen", daß zwischen den "Gliedern" der Gesellschaft "Fugen",

6) DAG, Gesellschaft und Beruf, 8.

7) Fritz Rettig, in: Die Stellung der Angestellten in der modernen Gesellschaft, Kundgebung der DAG in Bad Godesberg 1958, 30.

8) Ders., ebenda, 15.

"Schichtgrenzen" bestehen ⁹⁾. So "natürlich" der Zusammenhang dieser drei Momente "Ordnung", "Gliederung" und "Gefüge" auch ist in der Sicht der DAG - sie begreift "Gesellschaft" zugleich auch als ein "vom Bewußtsein der Menschen abhängiges Ganzes" ¹⁰⁾. Das soll nicht Machbarkeit der "Gesellschaft" heißen, sondern im Gegenteil: "Gesellschaft" soll sich, als naturwüchsiger Lebenszusammenhang, in "Freiheit" entfalten, und das bedeutet hier: ohne diktatorischen Eingriff von außen, gleichsam spontan von unten her. Sie resultiert, als "Ordnung", aus den von den Individuen selbst gestalteten zwischenmenschlichen Beziehungen. Der Eindruck, hier werde "Gesellschaft" als "höhere Ordnung" verstanden, könnte ja mit dem zentralen Wert der "Freiheit" in Konflikt geraten. Dennoch stellt sich "Gesellschaft" für die DAG nicht nur "organisch" her, sondern auch durch Zwang, d.h. durch Herrschaft. Dieser Widerspruch von naiv-organizistischem Denken und Furcht vor dem "Chaos" im Gesellschaftsbild der DAG wird durch den Rückgriff auf den fatalen Begriff der "(Volks-) Gemeinschaft" nicht entschärft, sondern eher noch verstärkt.

"Wo aber Ordnung herrschen soll, muß Disziplin verlangt werden, im Staat, in Betrieben, in den Gewerkschaften, überall" ¹¹⁾.

"Man muß die Freiheit...abgrenzen, wenn nicht eingrenzen, weil eine schrankenlose Freiheit dem Chaos gleicht...Die freiwillige Bescheidung, die Selbstkontrolle ist daher das notwendige Korrelat der Freiheit" ¹²⁾.

Den Begriff der "Gemeinschaft" verwendet die DAG ebenso als Synonym für "Gesellschaft" wie den Staatsbegriff. Zumindest in den ersten Jahren nach ihrer Gründung sind bei der DAG noch Elemente völkischer Terminologie anzutreffen, die dann, mit dem Generationswechsel an ihrer Spitze, an Bedeutung verloren. Was unter "Gemeinschaft" genau zu verstehen sei, läßt die DAG offen. "Gemeinschaft" wird als Wert gesetzt, der sich rationaler Begründung entzieht. "Gemeinschaft" ist für die DAG we-

9) DAG, Gesellschaft und Beruf, 9.

10) Ebenda, 12.

11) R.Spaethen, Bildung, Ausbildung und Gewerkschaften, 1962, 14.

12) Ders., in: Der Angestellte, hrsg.v.d.DAG, Nr.1 (1963), 3.

sentlich "Leistungsgemeinschaft", insofern ihre "Glieder" an der Sicherung und Entwicklung des "Ganzen" durch ihre individuelle "Mitarbeit" teilhaben: Der "Einzelne" erbringt für die "Gemeinschaft" eine Leistung¹³⁾. Seine Interessen fallen mit denen des gesellschaftlichen "Ganzen" zusammen, weil individuelles Wohlergehen vom Geschick der "Gemeinschaft" abhängt. Der Beitrag des einzelnen Individuums für das Glück der "Gemeinschaft" vergegenständlicht sich im Beruf als dem "Dienst, den der einzelne der Gesellschaft leistet"¹⁴⁾. Berufliche Tüchtigkeit läßt ihn zum "wertvollen Glied der Gesellschaft" werden. "Es kommt nicht nur auf das Verdienen, sondern gleichermaßen auch auf das Dienen an"¹⁵⁾. Und:

"Deutschlands wirtschaftlicher Aufstieg vor und nach den beiden Weltkriegen war in erster Linie das Ergebnis seiner Qualitätsarbeit"¹⁶⁾.

In ihrem Gesellschaftsbild charakterisiert die DAG die Beziehung von Individuum und Gesellschaft, indem sie das Wohlergehen der Gesamtgesellschaft, also der "Gemeinschaft" aller, von individueller Leistung und deren Wert abhängig macht - und umgekehrt individuelles Glück von dem des gesellschaftlichen "Ganzen". Individuum und Gesellschaft erscheinen unmittelbar miteinander verbunden, ohne der Vermittlung gesellschaftlicher Gruppen, Organisationen oder Institutionen zu bedürfen. Soweit hier das Verhältnis sozialer Gruppen zur Gesamtgesellschaft überhaupt reflektiert wird, behandelt die DAG es wie das von Individuum und "Gemeinschaft". Die Bildung sozialer Gruppen und deren gesellschaftliche Integration erklärt die DAG aus denselben Prinzipien, die auch für die "Verortung" der Individuen maßgeblich sind. Im Bild der Gesellschaft als eines naturwüchsigen Lebenszusammenhangs erscheint die soziale Gruppe nicht eine eigenständige Qualität. Soziale Gruppen stellen hier ebenso "Glieder" des gesellschaftlichen "Ganzen" dar wie die Individuen, sie vermögen sich ebensowenig des gesellschaft-

13) Hans Katzbach, Tb.DAG 1967, 103.

14) Ders., ebenda, 111.

15) R.Spaethen, Der Angestellte, Nr.12 (1962), 4.

16) DAG, Staat, Wirtschaft, Gewerkschaft. Forderungen der DAG zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, 1955, 61.

lichen "Ganzen" zu bemächtigen oder darauf einzuwirken wie die Einzelnen. Das wird im folgenden deutlich.

Die Notwendigkeit des gesellschaftlichen "Gefüges", also im Sinne der DAG der "Schichtgrenzen", soll aus den Unterschieden individueller Leistung resultieren. Gesellschaftliche Vielfalt erklärt die DAG nicht aus gesellschaftlichen Mechanismen, sondern aus unterschiedlicher Fähigkeit und Bereitschaft der Individuen, die Funktionsfähigkeit des gesellschaftlichen "Ganzen" und seiner "Ordnung" zu sichern; danach bemißt sich im Einzelfall der Umfang sozialer Gratifikation. Die Beziehungen der Individuen zueinander bestimmt die DAG unter den beiden Kategorien "Gemeinschaft" und "Leistung" so:

"Es gibt keine Gesellschaft, die ungegliedert wäre. Das einzige Merkmal der Gliederung aber, das in einer freien Gesellschaft Bestand haben und allgemeine Anerkennung finden kann, ist das Merkmal der Leistung" 17).

Die "Leistungsgesellschaft" wird definiert als ein

"System der Kooperation..., das in der Leistung aller für alle - und damit des einzelnen für die Gesellschaft - besteht und gerade durch dieses Zusammenwirken existiert. Leistungsgesellschaft ist damit ein Ordnungsprinzip, das jeden, soweit das möglich ist, bei gleichen Startchancen nach seinem Können, nach seiner Leistungsfähigkeit und Leistungswilligkeit an den ihm gemäßen Platz stellt und ihn dort entsprechend seiner Leistung ideell und materiell bewertet und wertet" 18).

Das Modell der "freien Gesellschaft", wie es die DAG konzipiert, basiert auf dem "Leistungsgrundsatz", der für das Individuum die Bereitschaft zu einem "gewissen persönlichen Risiko" involviert, es aber andererseits ermöglicht, daß durch individuelles "Leistungsstreben" eine "schöpferische Initiative" wirksam werden kann 19). Die DAG fragt nicht, wodurch das Maß individueller Leistung und Leistungsbereitschaft bedingt ist. Das individuelle Glück überläßt sie zum einen dem bloßen Willen zur "Leistung", zum andern den "natürlichen" Unterschieden individueller Leistungsfähigkeit. Was der Einzelne leistet, ist für sie in der "freien Gesellschaft" unabhängig von sozialen

17) Bildung und Beruf, Rahmenplan der DAG zur Bildungspolitik, 1965, 4; vgl. auch R.Spaethen, Tb.DAG 1963, 96.

18) DAG, Gesellschaft und Beruf, 26.

19) R.Spaethen, Der Angestellte, Nr.12 (1961), 3.

Strukturen, ist nicht gesellschaftlich vermittelt. Dahinter steht letztlich die Annahme individueller Chancengleichheit und "funktional", aus den Bedürfnissen des gesellschaftlichen "Ganzen" notwendiger gesellschaftlicher Vielfalt.

Aus Unterschieden individueller Leistung aber resultiert für die DAG mit Notwendigkeit die "Ungleichheit des sozialen Status", die ein "Grundmerkmal jeder Gesellschaft" sei ²⁰⁾. Dementsprechend stellen für die DAG soziale Gruppen primär Leistungsgruppen dar, deren "Nivellierung" sie als "Gleichmacherei" verurteilt:

"Eine solche Gleichmacherei würde alles außer acht lassen, was uns in der Gesellschaft von heute erstrebenswert scheint, vor allem Freiheit, Gerechtigkeit und Leistungsbezogenheit" ²¹⁾.

Die Kausalität von Leistungs- und Statusdifferenzierung, aus der hier soziale Ungleichheit erklärt und gerechtfertigt wird, bildet eines der wesentlichen Axiome im Gesellschaftsbild der DAG und läßt sich nur aus ihrer Orientierung an den - fiktiven oder realen - Angestellteninteressen voll verstehen; darauf wird im Zusammenhang mit dem Selbstverständnis der DAG noch einzugehen sein.

Die DAG insistiert nicht nur auf der Notwendigkeit und "Natürlichkeit" sozialer Ungleichheit, die sie, wie sich herausstellt, auch als qualitative versteht, sondern auch auf der von Herrschaft. Die Fetischisierung des Leistungsprinzip mündet in die Deutung und Rechtfertigung von Eliteherrschaft ein. Wenn in der Gesellschaft "Ordnung" nur durch Disziplin und Selbstbescheidung gesichert werden kann, ist außer der Statusdifferenzierung auch ein System der Über- und Unterordnung notwendig, das die Beziehungen der Individuen zueinander regelt, - d.h. das "soziologische Erfordernis einer gediegenen Führungsschicht" ²²⁾.

Daß aber im Gesellschaftsbild der DAG dem Interesse der "Gemeinschaft" das Primat gegenüber dem des an der "Gemeinschaft" teilhabenden Individuums zugewiesen wird, es sich dabei eher

20) DAG, Gesellschaft und Beruf, 17.

21) Ebenda, 17.

22) F.Rettig, Tb.DAG 1957, 40.

um eine Unterordnung des Individuums unter das "Ganze" als um eine wirkliche Interdependenz beider handelt, zeigt die Verklärung von "Gemeinschaft" zu einem Wert an sich, zur "Volksgemeinschaft". Gesellschaftliche Stabilität - und das ist das Grundmotiv im Gesellschaftsbild der DAG - wird getragen von der "Gemeinschaft"; sie bildet ein Gegengewicht zur Leistungsdifferenzierung dadurch, daß jede individuelle Leistung als "Mitarbeit" zugunsten eines vagen "Ganzen" verstanden wird. Persönliches und gesellschaftliches Interesse verschmelzen so zu einem "Allgemeininteresse", daß die Gefahr eines Gegensatzes, ja überhaupt die Möglichkeit sozialen Konflikts a priori nicht bestehen kann.

"In der gegenwärtigen Zeit der Zerrissenheit und Zersplitterung ist das Hinführen zur echten Gemeinschaft ebenso wichtig wie die Formung der persönlichen Art jedes Mitglieds der Gemeinschaft" 23).

Die Kategorie "Gemeinschaft" nimmt im Gesellschaftsbild der DAG den Charakter einer Universalkategorie an. Ihre spezifischen Bestimmungen und ihr Bezug auf die bestehende Gesellschaft gehen vollkommen verloren.

Der Begriff der "Gemeinschaft" vermag so, wie die DAG ihn gebraucht, kaum noch bei der Interpretation der westdeutschen Gesellschaft und ihrer Strukturen zu helfen. Dasselbe gilt für die Kategorie der "Volksgemeinschaft". So erklärte die DAG 1954 die Bereitschaft der Angestellten zur "Mitarbeit in der großen Gemeinschaft des Volkes" 24), bürdete aber, umgekehrt, dem ganzen Volk die Verantwortung für die Angestellten auf:

"Die soziale und wirtschaftliche Lage der Angestellten wird ...zu einer Frage für die gesamte Volksgemeinschaft" 25).

Freilich wendet die DAG heute in ihren offiziellen Äußerungen den Terminus "Volksgemeinschaft" nicht mehr an, so sehr sie auch an der "Gemeinschaft" als irreduziblen Wert und als Kon-

23) DAG, Staat, Wirtschaft, Gewerkschaft, 62.

24) F.Rettig, in: Der Angestellte in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Grußbotschaft, Ansprachen und Reden des 5. Gewerkschaftstages der DAG Hannover 1954 (künftig zitiert als Tb.DAG 1954), 20.

25) Ders., ebenda, 27.

stituens von "Gesellschaft" festhält. Als konkreter Ausdruck von "Gemeinschaft" erscheint der DAG die Tatsache, daß die Angestellten zusammen mit anderen sozialen Gruppen den Wiederaufbau nach 1945 vollzogen haben ²⁶⁾. Überhaupt stellt die Wiederaufbauphase eine Art "Urerlebnis" dar, das gewerkschaftliche Gesellschaftsbilder geprägt hat. Die DAG hat ihre Konzeption der "freien Gesellschaft" weitgehend mit der Realität der westdeutschen Gesellschaft identifiziert. Ihre Deutung dieser Gesellschaft weicht nur geringfügig von ihrer Gesellschaftskonzeption ab.

Erste Hinweise für die Richtigkeit dieser Behauptung liefert die Tatsache, daß die DAG die westdeutsche Gesellschaft, angesichts der wachsenden Zahl von Angestellten, als "Dienstleistungsgesellschaft" bezeichnet ²⁷⁾. Die bestehende Gesellschaft ist in ihrer Sicht eine "Dienstleistungsgesellschaft", weil sie "nicht mehr ausschließlich oder überwiegend durch die direkt an der Güterproduktion Beteiligten" charakterisiert sei, sondern durch das Dominieren der Angestelltenfunktionen; dies nicht nur quantitativ, sondern auch nach der "funktionalen Bedeutung dieser Schicht" ²⁸⁾. Da die Angestellten "eine leistungsbetonte Schicht" bildeten, die sich durch überdurchschnittliche berufliche Qualifikation vor den Arbeitern auszeichne - "Angestellte leisten mehr!" ²⁹⁾ - werden sie von der DAG in der bestehenden Gesellschaft als "funktional" höherwertig betrachtet. Mit dem Begriff der "Leistungsgesellschaft" verbindet die DAG die Vorstellung von einer Leistungspyramide, deren Sockel von den Arbeitern - sie sind in der Mehrzahl - und deren Spitze von der gehobenen "Leistungsschicht" der Angestellten besetzt sind. Denn: "'Leistung' ist das entscheidende Kriterium unserer Gesellschaft. So ist es oder so sollte es sein" ³⁰⁾. Und in dieser "Leistungsgesellschaft" sind die Angestellten die "funktionalen Träger der Gesamtleistung" ³¹⁾,

26) DAG, Tätigkeitsbericht 1963-67 (Tätigkeitsbericht künftig abgekürzt mit Táb.), 7.

27) DAG, ebenda, 10; vgl. auch ebenda, 126.

28) R.Spaethen, Der Angestellte, Nr.10 (1961), 2.

29) Günter Apel, Der Angestellte, Nr.10 (1964), 2.

30) Ders., ebenda, 2.

31) DAG, Táb.1957-60, 37!

weshalb sie auch eine besondere Stellung in der Arbeitnehmer-schaft, allgemeiner: in der "Gemeinschaft" beanspruchen können.

Schon in den eben referierten Äußerungen sind Zweifel an der Wirklichkeitsnähe des Konzepts der "Leistungsgesellschaft" enthalten. Daß die DAG zwar das Leistungsprinzip als weitgehend, aber doch nicht vollkommen verwirklicht erachtet, ja sogar durch sozialen Wandel bedroht sieht dort, wo es bereits realisiert ist, zeigen die folgenden Äußerungen. So stellt die DAG rückblickend fest, daß die Bildung privaten Reichtums nach 1945 sich nicht immer aus überdurchschnittlicher persönlicher Tüchtigkeit ergeben habe ³²⁾. Zwar tendiere die gesellschaftliche Entwicklung zur vollen Verwirklichung der "Leistungsgesellschaft", doch gebe es Versuche "des Gleichmachens und des Einebnens unleugbarer Verschiedenartigkeiten" ³³⁾. Der westdeutschen Gesellschaft drohe, so sehr sie auch eine "gegliederte Sozialordnung" darstelle, "Vermassung", d.h. die "Nivellierung, die Angleichung aller an alle, der Verlust der fixierten Stellung der Menschen in der Gesellschaft und der persönlichen Prägung", falls das bestehende System der Rentenversicherung (die Trennung von Arbeiter- und Angestelltenrentenversicherung) aufgehoben werde ³⁴⁾. Um das Entstehen eines "bindungslosen Kapitalismus" zu verhindern, habe die DAG die "Führungsaufgabe", die "Eliten zu suchen und zu ihnen zu stoßen" ³⁵⁾. Ihr Einverständnis mit der westdeutschen Gesellschaft und deren "Ordnung" erklärt die DAG in dem Bewußtsein, daß die "Führungspositionen" dieser Gesellschaft auch ihren eigenen Mitgliedern und Funktionären zufallen (oder zumindest zufallen sollten), und begründet diese Ansicht damit,

"daß die Angestellten eine besondere soziologische Ausleseschicht" seien, "deren Werte im kulturellen und gesellschaft-

32) R.Spaethen, in: E.W.Mänken u.H.Mundorf, Gespräch mit R. Spaethen, Düsseldorf 1966, 33.

33) Neujahrsgedanke des DAG-Bundesvorstandes, Der Angestellte, Nr.1 (1965), 6.

34) H.Katzbach, Der Angestellte, Nr.6 (1964), 7.

35) DAG, Tüb.1963-67, 24.

lichen Leben unseres Volkes zur Auswirkung kommen" 36). Diesen Anspruch konfrontiert die DAG mit der sozialen Realität, die ihm, so meint sie, nur unvollkommen entspreche. Die Furcht vor sozialem Chaos, das sie aus sozialer Entwurzelung der Massen erwartet, gibt ihrem Gesellschaftsbild einen defensiven Zug: Es zielt in erster Linie auf Bewahrung des gegenwärtigen Angestelltenstatus, die nur im Rahmen der bestehenden Sozialordnung möglich ist. Dabei vertraut die DAG dem langfristigen Wandel der Berufsstruktur, der sich aus der Verlagerung des ökonomischen Schwerpunkts von der Produktions- in die Distributionssphäre ergibt. Sie sieht ihre Konzeption der nach dem Leistungskriterium differenzierten Gesellschaft durch die soziale Realität bestätigt, die dem Tüchtigen, bei weitgehend realisierter Chancengleichheit, die Mittel zum sozialen Aufstieg bereithält. Abweichungen zwischen Gesellschaftskonzeption und -deutung sind im Falle der DAG auf das Minimum latenter Unzufriedenheit mit einer Gesellschaft reduziert, die im Prinzip bejaht wird, in Teilbereichen jedoch den Erwartungen nicht entspricht, und zwar dort, wo "Leistung für die Gesellschaft und Honorierung dieser Leistungen nicht in Übereinstimmung stehen" 37).

Die bisherige Interpretation des monistischen, weil auf die Alleingültigkeit des Leistungsprinzips basierenden Gesellschaftsbildes der DAG läßt sich so resümieren: "Gesellschaft wird stets als ein "Ganzes", als ein in sich statischer Gesamtzusammenhang von Individuen, sozialen Gruppen und Schichten reflektiert, die zusammengenommen eine naturwüchsige "Gemeinschaft" bilden. Die Ordnungsprinzipien dieses homogenen gesellschaftlichen "Ganzen" weisen den einzelnen Individuen und Kollektiva eine fixe Position in der sozialen Hierarchie nach Maßgabe ihrer Leistung und "funktionalen" Bedeutung für die Perpetuierung bestehender Sozialstrukturen zu. Die soziale Hierarchie, bestehend aus hierarchisch angeordneten sozialen Positionen, stellt eine Art Pyramide dar. Zum Funktionieren

36) F.Rettig, Tb.DAG 1957, 41.

37) DAG, Gesellschaft und Beruf, 26.

der Gesellschaft ist außer der Unterordnung des Einzelnen unter die "Gemeinschaft" und deren übergeordnete Interessen auch eine durch Leistung legitimierte Herrschaft notwendig, die die gesellschaftliche "Ordnung" sichert, - vor allem aber: ein sakrosanktes "Ganzes", das in der Wertskala der DAG Vorrang genießt, in dem der Sinn individueller und kollektiver Existenz kulminiert und das ahistorisch über der gesellschaftlichen Vielfalt schwebt, hypostasiert zu einem organischen Lebenszusammenhang aller. Nichts führt eine solche Gesellschaft über sich selbst hinaus - es sei denn, ihre Struktur werde dadurch von innen her bedroht, daß die durch "Vermassung" und "Nivellierung" permanent gefährdete Leistungs- und Statusdifferenzierung tatsächlich verschwinden würde. Der dann eintretende Zustand kann nur in das "Chaos" einmünden.

Diese Strukturmuster des Gesellschaftsbildes der DAG sind so eindeutig, daß Äußerungen, die eine entgegengesetzte Interpretation nahelegen, dahinter zurücktreten. So bezeichnet die DAG gelegentlich die westdeutsche Gesellschaft als "pluralistische"³⁸⁾ oder "offene pluralistische Gesellschaft"³⁹⁾. Ihre "Buntheit und Vielfalt" seien "Grundlage unserer Freiheit und das, was uns vom brutalen Kollektivdenken des Kommunismus unterscheidet"⁴⁰⁾. Wenn die DAG erklärt, "eine Leistungsgesellschaft muß pluralistisch sein"⁴¹⁾, dann versteht sie unter Pluralität individuelle "Vielfalt" und davon abgeleitete soziale Differenzierung, nicht aber das Bestehen divergierender sozialer Interessen oder sozialer "Kräfte", wie etwa den Gegensatz von "Arbeit" und "Kapital".

An der Peripherie des Gesellschaftsbildes der DAG befinden sich Relikte eines anderen, das Leistungsprinzip durchkreuzenden Ordnungsprinzips, das die moderne kapitalistische Gesellschaft nach ihren Herrschafts- und Eigentumsverhältnissen in die beiden sozialen Schichten der Arbeitgeber und Lohnab-

38) DAG, Tüb.1963-67, 24.

39) G.Apel, Der Angestellte, Nr.4 (1968), 7.

40) R.Spaethen, Tb.DAG 1963, 96.

41) DAG, Gesellschaft und Beruf, 27.

hängigen differenziert. Der Widerstand der DAG gegen eine, sei es auch partielle, Aufgabe der Vorstellung einer allumfassenden "Volks" oder "Leistungsgemeinschaft" ist in den folgenden Äußerungen evident:

"Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den letzten 100 Jahren hat bei der großen Masse der Arbeitnehmerschaft das Gefühl erweckt, lediglich das Objekt anderer Kräftegruppen zu sein und auf die Gestaltung des eigenen Schicksals keinerlei Einfluß zu haben. Das Bewußtsein mangelnder Sinnerfüllung des Daseins wirkte besonders niederdrückend und war der Anlaß des Entstehens bzw. des Aufreisens scheinbar unüberbrückbarer Gegensätze" 42).

Während hier zunächst der durch die Industrialisierung hervorgerufene Wandel traditioneller Produktionsverhältnisse als Ursache eines besonderen Arbeitnehmerbewußtseins erscheint, wird dieses Kausalverhältnis sodann umgekehrt: Ursache wird nun das - offenbar als falsch angenommene - Bewußtsein der Arbeitnehmer von ihrer Abhängigkeit, Folge wird das "Aufreißen scheinbar unüberbrückbarer Gegensätze":

"Wenn sich naturgemäß auch unsere Interessenlage von der eines Arbeitgebers unterscheidet, so ähneln sich doch Verhaltensweise und Vorgehen sehr stark" 43).

Der Gegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern verwandelt sich unter der Hand zu dem ihrer Interessenlage. Er läßt sich durch bloßen Einstellungswandel, durch Veränderung der Beziehungen zwischen den "Sozialpartnern" entschärfen oder gar eliminieren. Über diesen Umweg sucht die DAG ihre "Gemeinschafts"-Vorstellung mit ihrem Bewußtsein vom Bestehen sozialer Gegensätze, eines gesellschaftlichen Pluralismus, der über bloße "Vielfalt" hinausgeht, zu versöhnen. Wenn das "Wesen unseres auf einer sozialpartnerischen Ordnung des Arbeitgeber-/Arbeitnehmerverhältnisses gerichteten Systems" 44) in eine "Leistungsgemeinschaft" einmündet, so schrumpft der "Klassengegensatz" zu dem "Gegensatz unterschiedlich gelagerter Interessen" 45). Die konkurrierenden Interessen und Meinungen

42) DAG, Staat, Wirtschaft, Gewerkschaft, 16.

43) Johannes Terhaardt, Tb.DAG 1967, 69.

44) Miteigentum, DAG-Plan zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer, 1965, 32.

45) R.Spaethen, in: E.W.Mänken u.H.Mundorf, Gespräch mit R. Spaethen, 14.

erscheinen als ihrem Legitimitätsgrad nach gleichwertige und lassen sich daher stets, bei Wahrung allgemein anerkannter und staatlich sanktionierter Spielregeln, zugunsten sozialer Harmonie und des allgemeinen Wohls ausgleichen:

"Die sogenannte pluralistische Gesellschaft basiert darauf, daß es eine Reihe von Interessen gibt und daß die Vertretung dieser Interessen in einem gewissen Gleichgewicht erfolgt" (46).

Der gesamtgesellschaftliche Konsensus gewährleistet Stabilität und Funktionstüchtigkeit des gesellschaftlichen "Ganzen", an dem alle gleichermaßen partizipieren, dem sie dienen und auf das sie angewiesen sind. Durch den Ausgleich unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen ist die drohende Polarisierung der Gesellschaft in eine herrschende Minorität und eine beherrschte Majorität suspendiert: Das gesellschaftliche "Ganze" bleibt vor dem Zerfall in "Klassen" bewahrt.

Diese Vorstellungen, die bei der DAG erst rudimentär vorhanden sind, mithin keinesfalls typisch für ihr Gesellschaftsbild, deuten die bestehende Gesellschaft als pluralistische. Sie charakterisieren, in erweiterter und verfeinerter Form, das Gesellschaftsbild der IG Bau, Steine, Erden (hier kurz, ihrer eigenen Gewohnheit entsprechend, BSE genannt). Aus diesem Grund muß das, was beide Gewerkschaften "freie Gesellschaft" nennen, verschieden sein. Wie für die DAG, so dient auch für die BSE dieser Begriff als Orientierungskategorie, mit deren Hilfe die soziale Realität gedeutet und bewertet werden kann. Während sich für die DAG die "freie Gesellschaft" durch eine Freiheit auszeichnet, die als individuelle realisiert und gegen "Gleichmacherei" und "Kollektivismus" geschützt werden soll, beruht für die BSE die "freie Gesellschaft" auf einer Freiheit, die als individuelle u n d soziale verstanden wird: als die Freiheit zum Austragen der Interessengegensätze unter Wahrung allseits anerkannter Spielregeln und Normen. Die BSE geht davon aus,

46) R.Spaethen, in: E.W.Mänken u.H.Mundorf, Gespräch mit R. Spaethen, 15.

"daß es in der Gesellschaft nicht nur unterschiedliche Auffassungen und Gesinnungen, sondern daß es auch unterschiedliche Interessen gibt" 47).

Diese Interessenvielfalt wird primär von der Unternehmer- und Arbeitnehmerschaft als den "großen, das gesellschaftliche Leben tragenden Gruppen" repräsentiert 48). Die "freie Gesellschaft" bestimmt die BSE aus ihrer "Vielfalt", der jede "gleichförmige Formation" widerspreche 49). Erst die "Freiheitlichkeit" der Gesellschaftsordnung bietet die Voraussetzung für die gesellschaftliche Dynamik als einem permanenten Prozeß gesellschaftlicher Selbsterneuerung und Fortentwicklung. Ihre Substanz besteht in der vom Staat unreglementierten freien Auseinandersetzung zwischen den gesellschaftlichen "Kräften":

"Wer die Freiheit bejaht, muß auch ja sagen zur freiheitlichen Regung und zur freiheitlichen Gestaltung. Da, wo Freiheit ist, gibt es das Ringen der Kräfte um die Form und den Inhalt des Lebens und seine Ordnung" 50).

Die BSE impliziert, daß die beiden großen sozialen Gruppen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zwischen denen hauptsächlich Interessengegensätze ausgetragen werden, sich in einem Machtgleichgewicht zueinander befinden, denn andernfalls wäre gesellschaftliche Stabilität kaum denkbar. Beide müssen eine gleich große Chance besitzen, ihre Interessen im gesellschaftlichen Prozeß zu realisieren; das setzt auch ihre paritätische Beteiligung an der gesellschaftlichen Macht voraus. Die Hegemonie eines der beiden Kontrahenten wäre gleichbedeutend mit der Beseitigung gesellschaftlicher Pluralität und mit gesellschaftlicher Uniformierung. Außer der "Freiheit" und - implizite - des Machtgleichgewichts von "Kapital" und "Arbeit" ist weiterhin die Bereitschaft der "Sozialpartner", sich gegenseitig anzuerkennen und bestimmte "Spielregeln" und Verhaltensnormen einzuhalten, notwendig, damit die "freie Gesellschaft" funktionieren und soziale Konflikte auf ein systemkonformes

47) Georg Leber, Protokoll des 6. ordentlichen Gewerkschaftstages der BSE 1963 (Protokoll künftig abgekürzt mit Prot.) 257.

48) Ders., ebenda, 257.

49) Ders., Prot. BSE 1966, 314.

50) Ders., Prot. BSE 1960, 224 f.

Maß begrenzt werden können. Ziel ist der friedliche Ausgleich der "natürlichen" Interessengegensätze der Gesellschaft. Darüberhinaus fällt dem ständigen begrenzten sozialen Konflikt die Funktion zu, die Erstarrung sozialer Strukturen zu verhindern:

"Wir wollen die Bewegung, weil wir wissen, daß die freie Gesellschaft nicht statisch, sondern daß sie dynamisch ist" 51).

Freilich soll sich die innere Dynamik der "freien Gesellschaft", so will es die BSE, in den Grenzen halten, die das Interesse an der Perpetuierung der "freiheitlichen Ordnung" und ihrer Existenzbedingungen (freie Konfliktbewältigung, Tabuierung der gesellschaftlichen Machtverteilung und "Sozialpartnerschaft") setzt. Arbeitgeber wie Arbeitnehmer tragen Konflikte untereinander in der erklärten Absicht aus, damit nicht die bestehende Ordnung des gesellschaftlichen "Ganzen" zu gefährden. Beide eint das Interesse am Wohle der Gesamtgesellschaft, das sie neben ihrem partikularen verfolgen:

"Die immerwährende Leistung, die von ihm (d.h. dem menschlichen Geist - d.Verf.) ausgeht, die Leistung all der Millionen, die in einer Gemeinschaft zusammenleben und schaffen, schafft ständig neue Bedingungen" 52).

Die Steigerung des Sozialprodukts ist für die BSE Sinnbild der "Leistung der Gemeinschaft unseres Volkes" 53). Im Zentrum ihrer Zielsetzung steht denn auch die Absicht,

"jeden Menschen am Wachstum des Sozialprodukts und der Wirtschaft teilhaben" zu lassen, "weil das mit unser aller Hände und Köpfe geleistet wird" 54).

Zwar wird eine konträre Interessenlage der Arbeitgeber und Arbeitnehmer unterstellt, doch sollen sich beide ihrer Funktion bewußt sein, den "sozialen Frieden" zu erhalten und so den Bestand der "freien Gesellschaft" zu garantieren.

An diesem Punkt stimmen die Gesellschaftsbilder von DAG und BSE überein: Wenn sich für das p l u r a l i s t i s c h e Strukturmuster des Gesellschaftsbildes der BSE die Gesell-

51) G.Leber, Prot.BSE 1966, 540.

52) Ders., Prot.BSE 1960, 225.

53) Ders., ebenda, 228.

54) Ders., Prot.BSE 1966, 383.

schaft auch nicht, wie bei der DAG, nach dem Kriterium individueller Leistung und ihrer "funktionalen" Bedeutung für das gesellschaftliche "Ganze" gliedert; wenn auch die BSE die sozialen Gruppen und Schichten nicht nach Maßgabe ihres Leistungsniveaus, sondern als tendenziell gleichwertig einstuft, so beruht doch auch für die BSE die "freie Gesellschaft" auf der Unantastbarkeit ihrer Grundlagen. Der soziale Pluralismus ist für sie nur dann funktionsfähig, indem er etwa einen kontinuierlichen Anstieg des Sozialprodukts gewährleistet, wenn die "Sozialpartner" gewisse Bedingungen ihrer Auseinandersetzung respektieren. Wie die DAG, so identifiziert auch die BSE ihre Konzeption der "freien Gesellschaft" weitgehend mit der sozialen Realität der BRD. In Bezeichnungen wie "unsere moderne Industriegesellschaft" ⁵⁵⁾ oder "unsere pluralistische Gesellschaft" ⁵⁶⁾ manifestiert sich das Streben nach uneingeschränkter Bejahung der westdeutschen Sozialordnung. Die Existenz eines gesellschaftlichen Pluralismus in der BRD gründet für die BSE im "Kampf zweier Gesellschaftsschichten" ⁵⁷⁾. Während aber dieser "Kampf" früher in dem Konflikt zweier sich unversöhnlich gegenüberstehender "Klassen" bestand, wird er heute als "Kampf" von Gleichrangigen ausgetragen:

"Während damals (d.h. zu Beginn der Industrialisierung - d. Verf.) der Arbeiter nahezu rechtlos war, läßt unsere rechtsstaatliche und demokratische Verfassung heute keinen Unterschied mehr zu zwischen den Arbeitnehmern und den Bürgern anderer gesellschaftlicher Gruppen ...Während seinerzeit die Arbeiter gesellschaftlich mißachtet waren, ist heute ein Arbeitnehmer von Angehörigen anderer Schichten nicht mehr zu unterscheiden". Die "für den Arbeiter geradezu unüberwindlichen Klassenschranken von einst" seien nicht mehr vorhanden ⁵⁸⁾.

Einschränkend heißt es dann an anderer Stelle:

"Die Gewerkschaften konnten durch ihre aktive Lohnpolitik den Arbeitnehmern zwar einen steigenden Konsumwohlstand sichern, doch von der Verfügungsgewalt über Produktionsmittel blieben die Arbeiter und Angestellten weiterhin ausgeschlossen" ⁵⁹⁾.

55) G.Leber, Prot.BSE 1966, 310.

56) Geschäftsbericht der BSE 1963-65 (Geschäftsbericht künftig abgekürzt mit Gb.), 65.

57) BSE, Gb.1953-54, 108.

58) G.Leber, Prot.BSE 1963, 227-229.

59) BSE, Gb.1963-65, 21 f.

Gleichwohl ist für die BSE die Emanzipation der Arbeitnehmer und ihre Integration in die bestehende bürgerliche Gesellschaft prinzipiell bereits erreicht. Die beiden, gleichsam als tragende "Säulen" des "gesellschaftlichen Lebens" gedachten einflußreichsten sozialen Gruppen stehen sich heute nicht mehr antagonistisch und unversöhnlich gegenüber. Ihre sozialen Positionen unterscheiden sich, in der bestehenden "freien Gesellschaft", nicht mehr absolut voneinander, und das, was den Arbeitnehmer

"heute von anderen Gesellschaftsschichten unterscheidet, ist nicht ein Diskriminiertsein, ein Außenseitersein, sondern ist die Tatsache, daß ungleiche Einkommensverhältnisse vorliegen...Die Tatsache, daß er nicht über genügend Geld verfügt, versperrt ihm den Zugang zu bestimmten Einrichtungen in unserer Gesellschaft" 60).

Für die BSE sind nach der Ablösung der kapitalistischen durch eine nachkapitalistische, "freie" Gesellschaft zwar die ungerechte Verteilung der Einkommen und Vermögen, aber keine der für den einstigen Kapitalismus charakteristischen Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnisse bestehen geblieben. Für den "sogenannten Kapitalismus" der BRD sei der Umstand typisch, daß "es freie Unternehmer und freie, selbstbewußte Arbeitnehmer gibt" 61). Die BSE beschränkt sich auf die Kritik der herrschen Verteilung des Sozialprodukts und der Undurchlässigkeit der Schichtgrenzen; solche negativen Erscheinungen gelten nicht als sozialstrukturell bedingt und können deshalb, wie die BSE annimmt, ohne Korrektur der Strukturprinzipien der "freien Gesellschaft" überwunden werden. Die Realisierung sozialer Gleichheit stellt nicht mehr ein Problem der Gesellschaft im Ganzen dar, sondern eines, das sich im Wege friedlicher Auseinandersetzung zwischen "Sozialpartnern" lösen läßt.

Für die DAG wie für die BSE bedeutet "freie Gesellschaft" eine Gesellschaft, deren innere Widersprüche sie nicht über sich selbst hinaustreiben, sofern sie überhaupt noch reflektiert werden. Während die DAG eine absolute soziale Harmonie

60) G.Leber, Prot.DGB 1963, 35.

61) Ders., Prot.BSE 1966, 317.

als schlechthin bestehend betrachtet und nur gelegentlich einräumt, daß die Verfassung und Entwicklung der westdeutschen Gesellschaft ihrer eigenen Konzeption gesellschaftlicher "Vielfalt" und "Freiheit" teilweise entgegengesetzt sind, wertet die BSE sozialen Konflikt positiv, sofern er sich im Wege institutionalisierten Interessenausgleichs zügeln läßt. Schon vom Ansatz her orientiert die DAG ihr eigenes, die Gesellschaft als Hierarchie deutendes Sozialbewußtsein an der Widerspruchslosigkeit von "Gesellschaft" - bei aller individuellen "Vielfalt" - und an "Gesellschaft" als festgefügtter "Ordnung". Dagegen stellt sich für die BSE soziale Harmonie erst als Resultat sozialer Auseinandersetzung ein. Die BSE bleibt eine überzeugende Erklärung für das Bestehen sozialer Gegensätze schuldig, erklärt, wie die DAG individuelle Statusunterschiede, soziale Gegensätze zu Naturtatsachen. Das monistische Strukturmuster des Gesellschaftsbildes der DAG läßt, weil gesellschaftliche "Vielfalt" naturwüchsig aus individuellen oder kollektiven Leistungsunterschieden resultieren soll, für sozialen Wandel keinen Raum. Dagegen spricht das pluralistische Strukturmuster des Gesellschaftsbildes der BSE gesellschaftlichen Veränderungen die Funktion gesellschaftlicher Selbsterneuerung zu. Beide Konzeptionen von "freier Gesellschaft" versprechen soziale Stabilität und individuelles Glück, sehen aber verschiedene Wege zur Realisierung dieser Ziele vor.

Die Grundzüge des Gesellschaftsbildes der IG Metall (im folgenden abgekürzt mit IGM) weichen von denen des Gesellschaftsbildes der DAG und BSE sowohl begrifflich als auch unter dem Aspekt der Realitätsdeutung radikal ab. Im Gesellschaftsbild der IGM findet sich weder die Orientierungskategorie der "freien Gesellschaft" noch auch eine vergleichbare andere, so sehr gerade Gesellschaftskritik und Zielvorstellungen der IGM über die bestehende Gesellschaftsordnung hinausweisen. Zweifellos orientiert sich die IGM an Gesellschaftsverhältnissen, die Freiheit, Chancengleichheit und Menschenwürde verheißen, jedoch nicht explizit an dem "Ideal" einer sozialistischen oder gar

klassenlosen Gesellschaft. Bestenfalls könnte man in den Äußerungen der IGM implizite ein Emanzipationskonzept ausmachen, das eine bestimmte Entwicklungsrichtung der bestehenden Gesellschaft definiert und postuliert, nicht aber deren Endzustand. Stattdessen gewinnt die IGM ihre Kategorien aus der kritischen Deutung der bestehenden Sozialstruktur, mit deren Wandel in der Gegenwart sie bestimmte Zukunftserwartungen verbindet.

Dem fixen Bezugssystem, das die DAG als "freie Gesellschaft" konzipiert, ist das der IGM absolut entgegengesetzt. Für die IGM bedeutet "Gesellschaft" ein historisch vermitteltes, dem intentionalen Handeln innerhalb gewisser objektiver historischer Gesetzmäßigkeiten zugängliches Phänomen. "Die bewußte Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse im Geiste sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit", erklärt sie, sei "vordringlich" 62). Die IGM fordert:

"Die Menschen müssen durch die Erweiterung der Demokratie auf sozialem und wirtschaftlichen Gebiet in die Lage versetzt werden, in demokratischer Eigenverantwortung und Selbstverwaltung den gesamten gesellschaftlichen Prozeß zu steuern" 63).

Unter ökonomischem Aspekt deutet die IGM den gesellschaftlichen Prozeß in gleicher Weise, wie die folgende Polemik beweist:

"Wir fassen das wirtschaftliche Geschehen nicht als unabwendbares Schicksal mit naturgesetzlichen Notwendigkeiten, als eine von Gott gewollte Ordnung auf, sondern wir wollen es gestalten ! Wir wollen freie Menschen sein in einer freien Welt" 64).

Die Gesellschaft wird hier als machbar interpretiert, nicht als ein naturwüchsiger Organismus. Sie soll nicht als bloßes Faktum hingenommen, als eine unumstößliche "Ordnung" sanktioniert werden, sondern nach vorgegebenen Zielen bewußt "gestaltet" sein. Diese Grundeinstellung gegenüber der "Gesellschaft" verstärkt die Bereitschaft zur Kritik an der sozialen Realität, ja macht diese Kritik erst möglich.

62) IGM, Gb.1958-59, 33.

63) Otto Brenner, Gewerkschaftliche Dynamik in unserer Zeit, Frankfurt/M 1966, 64.

64) Ders., Prot.DGB 1956, 358.

Für die IGM steht fest, daß die Kontinuität des Kapitalismus durch Faschismus und Nachkriegsentwicklung nicht unterbrochen worden ist. Dasselbe nimmt sie von der Sozialstruktur der westdeutschen Gesellschaft an. "In der Gesellschaft, in der wir leben, sind Kapitalismus und Klassen geblieben" 65). Diese "Klassengesellschaft" 66) besitzt "Klassencharakter" 67), insofern sie durch die Herrschaft von Menschen über Menschen und eine einseitige Verteilung des gesellschaftlich produzierten Reichtums und der gesellschaftlichen Macht bestimmt ist:

"Geblieben ist die Klassengesellschaft mit ihren sozialen Gegensätzen und Ungerechtigkeiten, dem Luxus und der Macht der wenigen auf der einen, der bescheidenen Existenz und der Abhängigkeit der vielen auf der anderen Seite" 68).

Diese Gesellschaft kennzeichnet eine "soziale Kluft", ein "krasser" "Gegensatz zwischen arm und reich" 69). Die Herrschaft einer Minorität der Bevölkerung über ihre Majorität erstreckt sich in dieser Zwei-Klassen-Gesellschaft über die Produktionsverhältnisse hinaus auf das politische Leben, das unter dem Einfluß der vorherrschenden ökonomischen Interessen steht:

"Wir leben leider immer noch in einer Gesellschaft, in der das politische Handeln nicht von moralischen Werten bestimmt ist, sondern von den sozialen Gegensätzen, vor allem zwischen der großen Masse der Arbeitnehmer und einer kleinen Anzahl machtvoller Interessengruppen, die das Wirtschaftsleben beherrschen" 70).

Vom gesellschaftlichen Antagonismus wird also neben dem sozio-ökonomischen auch der politische Bereich, der Staat, determiniert. Herrschaft und Unterdrückung sind für die IGM gesamtgesellschaftlich relevante Charakteristika der sozialen Beziehungen, die Freiheit, Glück und Würde der Individuen in Frage stellen. Von diesen Werten her kritisiert die IGM die bestehende Gesellschaft, an denen sie den Stand der gesellschaftlichen Entwicklung konkret mißt. Die Dominanz der Unternehmerinteressen spart keinen gesellschaftlichen Teilbereich

65) O.Brenner, Prot.DGB 1956, 359.

66) IGM, Gb. 1958-59, 10.

67) IGM, Prot.1960, angenommener Antrag, 423.

68) O.Brenner, Prot.IGM 1958, 204.

69) Georg Benz, Prot.IGM 1965, 134.

70) O.Brenner, Prot.DGB 1959, 287.

aus, auch nicht die individuelle Bewußtseinsbildung und die der Öffentlichkeit. Das politische Leben wird systematisch durch Lobbies und Meinungsmanipulation korrumpiert. Unternehmer und Unternehmerverbände "finanzieren Abgeordnete und ganze Parteien und durchdringen das ganze öffentliche Leben mit der Ideologie des 'schöpferischen' Unternehmertums" 71). Das Bild einer allgegenwärtigen "Klassengesellschaft", das die IGM entwirft, ist gleichbedeutend mit ihrer Weigerung, das Bestehen gesamtgesellschaftlicher Harmonie anzunehmen. Die Negation des "Klassencharakters" der westdeutschen Gesellschaft hat für die IGM Verschleiерungsfunktion. Angesichts des Fortbestehens des gesellschaftlichen Antagonismus erscheint ihr der Versuch "ideologisch", die westdeutsche Gesellschaft als "Gemeinschaft" zu interpretieren. Die "Ideologie der 'sozialen Harmonie'" sei "wirklichkeitsfremd" 72), mehr noch: Wesensmerkmal dieser Gesellschaft sei der "Gegensatz zwischen Kapitalismus und Arbeiterschaft" 73).

Dieses Bild einer antagonistischen "Klassengesellschaft" geht auf die - nicht eben neue - These zurück, der Besitz und die Verwertung der Produktionsmittel seien einer Minorität der Bevölkerung - der Unternehmerschaft - vorbehalten, der die "Klasse" der allein über ihre Arbeitskraft verfügenden Arbeitnehmer gegenüberstehe. Durch die Restauration der kapitalistischen Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse nach 1945 sieht sich die IGM in ihrer Ansicht bestätigt, daß die wesentlichen Ziele der Arbeiterbewegung bislang nicht realisiert sind:

"Geblieben ist nicht nur die abhängige Lage der Arbeitnehmer, ihr bescheidener Anteil am Sozialprodukt, ihre allgemeine Existenzunsicherheit. Geblieben und gewachsen sind vor allem Macht und Einfluß der Unternehmer, die Riesengewinne der Wirtschaft, ihre Finanzierung und Ausdehnung auf Kosten der Verbraucher und der arbeitenden Schichten...Es ist unbestreitbar, daß die erneute Zusammenballung von Besitz und Macht in der Bundesrepublik nach 1948 die soziale Ungleichheit verstärkt hat" 74).

71) IGM, Gb.1954-55, 35; vgl. auch O.Brenner, Gewerkschaftliche Dynamik, a.a.O., 166-168.

72) IGM, Gb.1954-55, 192; vgl. auch Fritz Strothmann, Prot. DGB 1956, 450 f.

73) F.Strothmann, Prot.IGM 1958, 103.

74) O.Brenner, Prot.IGM 1958, 204.

"Trotz aller Wandlungen" bestehe "der große Gegensatz zwischen denen, die in abhängiger Arbeit stehen, und denen, die im Besitz der gesellschaftlichen Produktionsmittel sind und wirtschaftliche Macht ausüben", fort 75).

Damit wird das Kriterium der Verfügung/Nichtverfügung über Produktionsmittel zur Hauptursache sozialer Ungleichheit erhoben. Für die IGM liegt der Hauptwiderspruch der westdeutschen Gesellschaft in der Tatsache, daß eine Mehrheit der Bevölkerung, die wesentlich an der Bildung gesellschaftlichen Reichtums teilhat, von der Verfügung über die Produktionsmittel und ihre Verwertung ausgeschlossen ist. Ausdrücklich distanziert sie sich von der Ansicht, daß wegen des Massenwohlstands die "Klassengesellschaft" aufgehört habe zu bestehen. Für die IGM wird der Klassenantagonismus nicht durch das bloße Wachstum der Produktivkräfte und des Lebensstandards der Arbeitnehmer aufgehoben. Diejenigen, die die Parole von der "klassenlosen Mittelstandsgesellschaft" verträten, übersähen,

"daß mit einer Erweiterung des Verbrauchs allein sich an der sozialen Schichtung selbst nichts Entscheidendes geändert hat", und "daß selbst eine Steigerung des Verbrauchs über die Klassenverhältnisse noch gar nichts aussagt. Denn selbst ein gleicher äußerer Lebensstil ist kein Beweis für die soziale Gleichheit der Menschen. Die Wurzel der Ungleichheit liegt vielmehr im einseitigen Besitz der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel" 76).

Was sie darunter versteht, spezifiziert die IGM so:

"Wir meinen...natürlich nicht nur persönliche Abhängigkeiten des einzelnen, sondern die sozialen Abhängigkeitsverhältnisse überhaupt" 77).

Die IGM insistiert damit auf der strukturellen Bedeutung der Klassenteilung. Sie unterscheidet die Bewegungsgesetze dieser Gesellschaft strikt von den Normen individuellen Handelns. Sie begreift diese Bewegungsgesetze nicht vermöge "perspektivischer Verlängerung" subjektiver Verhaltensweisen, sondern attestiert ihnen Eigengesetzlichkeit, die nur durch gesamtgesellschaftlichen Strukturwandel verändert werden könne.⁷⁸⁾

75) O.Brenner, Gewerkschaftliche Dynamik, a.a.O., 151.

76) Ders., Prot.IGM 1958, 206 f.

77) Ders., Prot.IGM 1962, 226.

78) Vgl.dazu O.Brenner, Gewerkschaftliche Dynamik, a.a.O., 9 f.u. 66; ders., in: Der Gewerkschafter, hrsg.v.d.IGM, Nr.12 (1959), 16.

Das für das Gesellschaftsbild der IGM typische antagonistisch-strukturmuster hebt sich damit deutlich von den Strukturmustern der beiden anderen Gesellschaftsbilder ab. Die bestehende, von der IGM durch zwei qualitativ differierende, miteinander unvereinbare soziale "Klassen" charakterisierte Gesellschaft wird sowohl in ihrem Erscheinungsbild - der Dichotomie - als auch in ihrer sozioökonomischen Struktur - der Konzentration der Produktionsmittel und damit von ökonomischer und gesellschaftlicher Herrschaft bei einer Minorität - diametral anders begriffen als von den beiden anderen Gewerkschaften. Doch die Konsistenz, die das Gesellschaftsbild der IGM zu haben scheint, stellt sie selbst in Frage. Einzelne Äußerungen, die die IGM seit Beginn der sechziger Jahre abgegeben hat, lassen die Übereinstimmung mit einer am Marx'schen Begriffssystem orientierten Gesellschaftstheorie fraglich werden. Das antagonistische Strukturmuster wird dabei keineswegs vollkommen revidiert, immerhin aber ergänzt durch Momente des pluralistischen.

Charakteristisch für diesen Bewußtseinswandel der IGM ist ihre Ungewißheit gegenüber der Struktur der westdeutschen Gesellschaft, für die sie zunächst eine anscheinend gesicherte Deutung bereithielt:

"Leben wir in einer Industriegesellschaft, in einer pluralistischen Demokratie, einem Monopolkapitalismus, in einer egalitären Mittelstandsgesellschaft oder in einem Wohlfahrtsstaat? Alle diese Definitionen enthalten einen Teil Wahrheit, deshalb können wir uns auf keine ausschließlich festlegen" 79).

Dem, was die IGM bisher entschieden verwarf - den Begriff der "klassenlosen Mittelstandsgesellschaft" - sprach sie nun "einen Teil Wahrheit" zu. Zwar hatte die IGM das Bild einer "pluralistischen Gesellschaft" nie so nachdrücklich abgelehnt wie die Formel von der "klassenlosen Mittelstandsgesellschaft", doch versagte sie es sich bis dahin, dieses Bild eigens zu übernehmen. Indes kündigte sich dieser Bewußtseinswandel der IGM schon vor 1960 dadurch an, daß ihre Terminologie nicht konsequent

79) O.Brenner, Prot.IGM 1962, 226.

ihrer These vom "Klassencharakter" der westdeutschen Gesellschaft entsprach. Terminologische Unsicherheit wird am Nebeneinander von Bezeichnungen wie "moderne Industriegesellschaft" ⁸⁰⁾, "hochindustrialisierte Massengesellschaft" ⁸¹⁾, "pluralistische Gesellschaft" ⁸²⁾ oder "Klassengesellschaft" im Sprachgebrauch der IGM manifest. Diese Beobachtung wäre nur von philologischem Wert, würde sich darin nicht auch eine inhaltliche Diskrepanz verbergen. Durch den Bewußtseinswandel der IGM hat das Bezugssystem, mit dessen Hilfe sie traditionell die bestehende Gesellschaft deutet und wertet, an Durchsichtigkeit und Konsistenz eingebüßt. Neue Kategorien treten den herkömmlichen zur Seite, ersetzen sie und verändern ihren Kontext, wenn es heißt:

"Das sogenannte allgemeine Interesse, das hier (d.h. vom Staat - d.Verf.) gewahrt werden soll, ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen immer noch im wesentlichen das Interesse der Schichten und Klassen, die politische Macht ausüben, weil sie wirtschaftliche Macht besitzen" ⁸³⁾.

Das Zwei-Klassen-Bild wird durch das einer Mehrzahl von "Schichten und Klassen" ersetzt. Die IGM äußert Zweifel an der Realitätsgerechtigkeit der für sie bis dahin verbindlichen Vorstellung vom "Klassencharakter" der westdeutschen Gesellschaft:

"Bei der Bestimmung des Charakters unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zeigt sich jedoch vielfach ein hoher Grad von Unsicherheit. Haben wir es noch mit dem Kapitalismus zu tun, gegen den die Gewerkschaften einst angetreten sind ? Gibt es noch Klassen und Klassengegensätze ?" ⁸⁴⁾.

Diesen vorsichtigen Versuch zur Neubestimmung der Struktur der westdeutschen Gesellschaft motiviert die IGM mit dem Wandel der sozialen Lage der Arbeitnehmer nach 1945. Die Effizienz gewerkschaftlicher Tätigkeit geht nun als neuer, gesellschaftsverändernder Faktor in das Bewußtsein der IGM ein. Dank ihrer Organisation in freien Gewerkschaften sind die Arbeitnehmer nicht mehr hilflos dem "Kapitalismus" als ein ihnen im Grunde fremdes sozioökonomisches System ausgeliefert; sie vermögen den

80) O.Brenner, Prot.IGM 1958, 196.

81) Ders., Gewerkschaftliche Dynamik, a.a.O., 83.

82) Ders., Prot.IGM 1965, 225.

83) Ders., Prot.IGM 1958, 197.

84) Ders., Prot.IGM 1965, 227.

Unternehmern sogar wesentliche Zugeständnisse abzutrotzen. Hier offenbart sich das Bewußtsein, den Arbeitnehmern Gegenmacht-Positionen in einer prinzipiell unveränderten Gesellschaft erkämpfen zu haben. Zwar nimmt nach Ansicht der IGM die Abhängigkeit der Arbeitnehmer außer im Arbeitsprozeß auch gegenüber Staat und Massenmedien weiterhin zu ⁸⁵⁾, und die kapitalistische Organisation der Produktion ist für sie im Prinzip erhalten ⁸⁶⁾, doch habe sich die soziale Lage der Arbeitnehmer, nicht nur die materielle, gebessert:

"Früher lebte der Arbeitnehmer in ständiger Unsicherheit. Er wußte nicht, wie lange er seinen Arbeitsplatz behalten konnte. Er wußte nicht, wie lange ihm sein Verdienst sicher war. Er konnte es nicht wagen, seine Interessen gegenüber dem Arbeitgeber zu vertreten...Heute ist das Bild schon anders. Daß es sich geändert hat, ist das Verdienst der Gewerkschaften! Ihr Wirken für den sozialen Fortschritt hat die gesellschaftliche Lage der Arbeitnehmer erheblich verbessert" 87).

Der Kapitalismus als herrschendes sozioökonomisches System, innerhalb dessen sich die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer gebessert haben, erscheint als im Abstieg begriffen. So wertet die IGM die Restauration "kapitalistischer Produktionsverhältnisse" in der BRD als gleichbedeutend mit der Restauration einer

"überlebten sozialen Ordnung, um Machtstellungen und Privilegien aufrechtzuerhalten, die sich auf die Dauer doch nicht verteidigen lassen" 88).

Die IGM modifiziert ihr Gesellschaftsbild, ohne doch wie die BSE durch die These, es habe eine Angleichung des sozialen Status der Arbeitnehmer an den der Arbeitgeber stattgefunden, die bestehende Gesellschaftsordnung als nachkapitalistische, "freie" zu qualifizieren. Immerhin aber deutet sie die gesellschaftlichen Machtverhältnisse und sozialen Gegensätze nicht mehr nach demselben Muster wie die Produktions- und Eigentumsverhältnisse, das heißt im Sinne eines Antagonismus:

"Die soziale Lage der arbeitenden Menschen hat sich - zumindest in den fortgeschrittenen Industrieländern - erheblich

85) O.Brenner, Gewerkschaftliche Dynamik, a.a.O., 10.

86) Ders., ebenda, 66; vgl. auch F.Strothmann, Prot.IGM 1960, 129; ders., Prot.DGB 1962, 180; ders., Prot.IGM 1962, 115.

87) O.Brenner, Prot.IGM 1965, 226 f.

88) Ders., Prot.IGM 1958, 206.

gewandelt...Der Begriff der 'pluralistischen Demokratie', mit dem man heute vielfach unsere Staats- und Gesellschaftsordnung umschreibt, drückt im Grunde nichts anderes aus, als daß wir nach wie vor in einer Klassengesellschaft leben, in der sich prinzipiell verschiedene soziale Schichten gegenüberstehen und ihre oft sehr gegensätzlichen Interessen in demokratischer Form durchzusetzen suchen" 89).

Unversehens verändert sich hier die These vom Fortbestehen der "Klassengesellschaft" in eine Gesellschaftsdeutung nach pluralistischen Muster: Das alte Bild von dem unversöhnlichen Klassenantagonismus wird verdrängt durch das vom Gegeneinander "sozialer Schichten" und Interessen. Aus der bis an die "Wurzeln" der Gesellschaft reichenden Polarisierung in zwei soziale "Klassen" wird eine soziale "Verschiedenheit". Die Stellung der Individuen im Produktionsprozeß konstituiert nicht mehr allein den sozialen Gegensatz, die Interessenlage und den Besitz/Nichtbesitz von Herrschafts- und Machtpositionen, vielmehr wirken noch andere Ursachen sozialer Ungleichheit auf den gesellschaftlichen Prozeß ein. Aus der Vorstellung, die westdeutsche Gesellschaft sei antagonistisch strukturiert, lasse sich in zwei klar voneinander abgrenzbare soziale "Klassen" scheiden, entwickelt sich, unter Hinweis auf gesellschaftliche Veränderungen, die das Verdienst der Gewerkschaften seien, das Bild einer Pluralität "sozialer Schichten", die ihre jeweiligen Interessen organisiert zum Ausdruck bringen und zu realisieren suchen. Es stehen sich nicht mehr einzig zwei soziale "Klassen" unversöhnlich gegenüber, zwischen denen "Klassenkampf" stattfindet; "Klassenkampf" ist durch eine Vielzahl einzelner Konflikte ersetzt, die in allen gesellschaftlichen Bereichen ausgetragen werden und deren Ursachen sich nicht mehr genau bestimmen lassen:

"Diese Konflikte ergeben sich zwangsläufig in vielen Positionen unserer pluralistischen Gesellschaft. Ihr Kennzeichen ist gerade, daß Macht und Einfluß nicht von wenigen monopolisiert sind, sondern durch ein Netz von Verbänden, Gruppen, Vereinen kanalisiert und kontrolliert werden" 90).

Ausgeschlossen vom Besitz an Produktionsmitteln, bleiben die Arbeitnehmer eine abhängige Schicht; sie vermögen jedoch durch

89) O.Brenner, Gewerkschaftliche Dynamik, a.a.O., 158.

90) Ders., Prot.IGM 1965, 225.

solidarisches kollektives Handeln den Grad ihrer Abhängigkeit zu verringern, zumal sie in der bestehenden politischen Demokratie, so wenig diese auch durch eine Wirtschaftsdemokratie vervollständigt worden ist, die gleichen Rechte haben wie andere soziale Schichten. Die Arbeitnehmer haben das Macht- und Einflußmonopol der Unternehmer gebrochen und besitzen nun eine Chance, wenn auch keine gleich große, ihre Interessen in der sozialen Auseinandersetzung zu realisieren. Der Bewußtseinswandel der IGM wird offenbar, wenn man diese Einstellung mit einer Äußerung von 1960 vergleicht:

"Nach wie vor verfügt eine Handvoll Manager und Eigentümer über die entscheidenden gesellschaftlichen Produktionsmittel" (91).

Diese Widersprüche im Gesellschaftsbild der IGM bedeuten mehr als eine Modifikation ihrer traditionellen Einstellungen. Sie weisen auf eine Abwendung von der bei ihr bis zu Beginn der sechziger Jahre dominierenden Charakterisierung der westdeutschen Gesellschaft als einer "Klassengesellschaft", eines sozialen Antagonismus und auf die Hinwendung zum pluralistischen Strukturmuster hin, wie es sich bei der BSE findet. Dessen "Gemeinschafts"-Komponente, d.h. die an einem gesamtgesellschaftlichen "Wir"-Bewußtsein orientierte Vorstellung von der relativen Interessenidentität von "Kapital" und "Arbeit", fehlt jedoch noch, und die Voraussetzung zur vollständigen Anpassung an das pluralistische Strukturmuster, die Aufgabe der These von der systembedingten sozialen, nicht nur subjektiven, "natürlichen", Ungleichheit ist auch in den neueren Äußerungen der IGM nicht enthalten. Die Intention, die aus der Gesellschaftsdeutung der IGM spricht, bleibt kritisch, denn die bestehende kapitalistische Gesellschaft wird nicht mit den eigenen Vorstellungen von einer Gesellschaft freier Bürger identifiziert. Das affirmative Moment in den Gesellschaftsbildern der DAG und BSE ist, hinsichtlich der Deutung und Wertung der Gesamtgesellschaft, in dem der IGM nicht vorhanden. Das bleibt an dieser Stelle als Zwischenergebnis festzuhalten.

91) O.Brenner, Gewerkschaftliche Dynamik, a.a.O., 66.

2. Sozialer Wandel und sozialer Konflikt in gewerkschaftlichen Gesellschaftsbildern

Die Forderung nach "sozialem Fortschritt" einerseits und die Furcht vor "sozialer Unruhe", vor der Bedrohung des "sozialen Friedens" andererseits stellen zwei Stereotype gewerkschaftlicher Motivation dar. Zu dem Wunsch nach Veränderung des sozialen status quo, gemeinhin als typisch für die gewerkschaftliche Programmatik angesehen, gesellt sich heute das Interesse an einer Erhaltung des sozialen Besitzstandes der eigenen Mitglieder und nach Bewahrung und Konsolidierung der Sozial- und Wirtschaftsordnung der BRD. Diese Divergenz bleibt freilich unsichtbar, solange man allgemein nach dem gewerkschaftlichen Bewußtsein sozialen Wandels fragt. Die folgenden Äußerungen der IGM, BSE und DAG beweisen - scheinbar - ein erstaunliches Maß an Übereinstimmung:

"Unsere Gesellschaft befindet sich in einem schnellen, unaufhörlichen Wandel. Wir erleben ihn täglich und beinahe stündlich, ob es sich dabei um die Erforschung des Weltraums handelt oder um andere umwälzende Taten des menschlichen Geistes. Das alles bleibt nicht ohne Einfluß auf unser gesellschaftliches Leben" 92).

"Die Zeit steht nicht still. Der forschende menschliche Geist und sein schöpferischer Genius schaffen ständig neue Bedingungen. Es ist alles immerwährend in Fluß" 93).

"Ein Blick in die Geschichte liefert auch den Beweis dafür, daß eine Gesellschaft nicht statisch ist, sondern sich in einer ständigen dynamischen Bewegung befindet" 94).

"Die Gesellschaft ist ständig in Bewegung. Diese Dynamik, ohne die es keine Entwicklung, keinen Fortschritt und damit auch keine der von uns angestrebten Veränderungen und Verbesserungen geben könnte..." 95).

Bei allen drei Gewerkschaften gilt "Wandel" als etwas Zeitloses, als ein Positivum, ohne das eine Besserung bestehender Verhältnisse undenkbar ist. "Dynamik", "Wandel", "Bewegung" werden zu Universalkategorien erhoben, die überall und jederzeit gültig seien. Sobald man indes präziser fragt und auf

92) O.Brenner, Prot.IGM 1965, 206.

93) G.Leber, Prot.BSE 1960, 11.

94) Ders., Prot.BSE 1966, 309.

95) DAG, Gesellschaft und Beruf, 7.

soziale Veränderungen innerhalb der BRD abstellt, wird klar, daß diese Übereinstimmung rein rhetorischer Art ist. Diese Korrektur erweist sich insbesondere dann als notwendig, wenn man weniger allgemein gehaltene Äußerungen der DAG einerseits und der BSE und IGM andererseits heranzieht.

So warnt die DAG vor einer Überbewertung sozialen Wandels gegenüber sozialer Statik, also gegenüber bestimmten "Konstanten" die jeder Gesellschaftsordnung, etwa als "Ordnung", eigen seien ⁹⁶⁾, und meint:

"Es ist ein weit verbreiteter Brauch bei uns, ...daß wir immer wieder und viel zu häufig von 'tiefgreifenden strukturellen Veränderungen' hören, die sich angeblich am laufenden Band in der Industrie, in der Landwirtschaft oder aber in der heutigen Gesellschaft vollziehen. Manchmal kann man den Eindruck haben, als ob sich in diesen Bereichen ein ständiges Hin- und Hergewoge der Kräfte und Massen abspiele. Auch hier scheint es geboten, mit Nüchternheit und Verantwortungsgefühl festzustellen, was sich in Wirklichkeit tut" ⁹⁷⁾.

Die zweispältige Beziehung der DAG zum sozialen Wandel wird desto deutlicher, je konkreter sie sich zu strukturellen Veränderungen der bestehenden Gesellschaft äußert. Zwar glaubt sie, daß sich die "reine Industriegesellschaft früherer Jahrzehnte" in die "Dienstleistungsgesellschaft" verwandelt hat - ein Prozeß, den sie durchaus bejaht und den sie als noch nicht abgeschlossen betrachtet ⁹⁸⁾. Trotzdem erscheinen ihr die sozialen Folgen technischen Fortschritts problematisch und gefährlich:

"Wirtschaft und Sozialpolitik müssen künftig davon ausgehen, daß durch die Automation eine wesentliche, wenn nicht sogar völlige Umgestaltung von Industrie und Verwaltung eintritt, die infolge der Kettenreaktion tiefgreifende Auswirkungen auf unsere Wirtschafts- und Sozialordnung haben wird" ⁹⁹⁾.

Die für die DAG typische Furcht vor "Vermassung", "Entpersönlichung" und "Nivellierung" ist auch für ihre ambivalente Einstellung zum sozialen Wandel verantwortlich. Diese Furcht macht

⁹⁶⁾ DAG, Gesellschaft und Beruf, 7.

⁹⁷⁾ F.Rettig, in: Die Stellung der Angestellten in der modernen Gesellschaft, 15.

⁹⁸⁾ n.Spoethen, Bildung, Ausbildung und Gewerkschaften, 28.

⁹⁹⁾ DAG, Automation, ein Diskussionsbeitrag der DAG, 1965, 6; vgl. auch ebenda, 4.

ihre Warnung vor einer Überbewertung struktureller Veränderungen verständlich: Sie bedrohen, wie die DAG meint, die soziale Lage, die Rechte und Privilegien der Angestelltenschaft. "Uns interessieren hier nur die Unruhe, die Bewegung und die Wandlungen im Bereich der Angestellten" ¹⁰⁰⁾, die "keineswegs nur ein Objekt des gesellschaftlichen Lebens" seien, vielmehr "Subjekt des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses" ¹⁰¹⁾. Bei dem Versuch, diesen Anspruch in die Realität der westdeutschen Gesellschaft zu übertragen, gerät die DAG in Konflikt mit ihrer Einsicht in die Unaufhaltsamkeit des technischen Fortschritts und seiner Wirkungen auf die Angestelltenarbeit und ihre wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen.

Die beiden anderen Gewerkschaften hingegen beurteilen sozialen Wandel teils als gesamtgesellschaftliches Problem auf dem Hintergrund der Alternative von "Reaktion" und "Fortschritt", teils sehen sie sich durch ökonomische Konzentration und technischen Fortschritt mit neuartigen sozialpolitischen und innerbetrieblichen Problemen konfrontiert. Daß im einen Fall sozialer Wandel primär als partieller, innerbetrieblicher, "industrieller" reflektiert wird, im anderen Fall dagegen als struktureller Wandel der westdeutschen Gesellschaft und ihrer politischen und sozioökonomischen Subsysteme, verweist auf gravierende Unterschiede im gewerkschaftlichen Gesellschaftsbild überhaupt. Der folgende Vergleich von Äußerungen der IGM und BSE läßt diesen Gegensatz evident werden.

Für die IGM kann sozialer Wandel "positive oder negative Züge tragen. Das hängt vor allem von uns selbst ab" ¹⁰²⁾. Sie intendiert die "Sicherung und Mehrung des gesellschaftlichen Fortschritts" ¹⁰³⁾, der außer an technischen Fortschritt auch an "gesellschaftlichen Voraussetzungen", d.h. die Substitution des Prinzips der Profitmaximierung durch Wirtschaftsdemokratie und -planung, gebunden sei ¹⁰⁴⁾. De facto aber habe nach 1945

100) F.Rettig, in: Die Stellung der Angestellten in der modernen Gesellschaft, 15.

101) DAG, Grundsatzprogramm, 1953, 23.

102) O.Brenner, Prot.IGM 1965, 206.

103) F.Strothmann, Prot.IGM 1962, 112.

104) IGM, Gb.1954-55, 39.

eine "Restauration aller Besitz- und Machtverhältnisse in der Bundesrepublik" stattgefunden ¹⁰⁵⁾. Als Ursache dafür nennt die IGM den Umstand, daß sich nicht alle für die "stetige Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse" eingesetzt hätten ¹⁰⁶⁾; vielmehr sei die Politik der Arbeitgeber und der Bundesregierung "reaktionär" gewesen ¹⁰⁷⁾, sodaß sich die in den ersten Nachkriegsjahren vorhandenen progressiven Tendenzen nicht hätten durchsetzen können.

In der Tat stellte sich die IGM weitreichende Ziele. Umso weniger entsprach dann die reale gesellschaftliche Entwicklung ihrer Zukunftserwartung. So forderte die IGM noch Mitte der fünfziger Jahre, "die wirtschaftliche und politische Unternehmervormacht durch eine umwälzende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu brechen" ¹⁰⁸⁾. Aus ihrer Annahme, daß sich der gesellschaftliche Prozeß nicht nur als Notwendigkeit begreifen lasse, sondern "gestaltet" und "gelenkt" werden könne, und aus ihrer These von der "Restauration aller Besitz- und Machtverhältnisse" nach 1945 ergab sich für die IGM ein Dilemma, das sie durch Orientierung ihres Bewußtseins auf die gesellschaftliche Zukunft, durch die Trennung von gewerkschaftlichen Nah- und Fernzielen aufzulösen suchte:

"Ein Abbau dieser Klassengesellschaft ist nur in mühsamer und langer Auseinandersetzung mit den herrschenden Schichten möglich. Die Gewerkschaften müssen sich davor hüten, in ihrem täglichen Kampf mit dem Unternehmertum die wirtschafts-demokratische Zielsetzung aus den Augen zu verlieren, auch wenn durch die Stabilisierung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung das Problem struktureller gesellschaftlicher Veränderungen vorübergehend in den Hintergrund getreten ist" ¹⁰⁹⁾.

Dagegen stimmt für die BSE ihre Konzeption der "freien Gesellschaft" mit der sozialen Realität der BRD prinzipiell überein. Sozialer Wandel besteht in ihrer Sicht in einer kontinuierlichen "Aufwärtsentwicklung" von Wirtschaft und Gesellschaft. Sie vertraut auf das "Alles fließt", als wäre es nur im Sinne

105) Entschliebung, Prot.IGM 1960, 342.

106) O.Brenner, Prot.IGM 1965, 207.

107) IGM, Gb.1956-57, 11.

108) IGM, ebenda, 27.

109) IGM, Gb.1958-59, 10.

von "Fortschritt" und "Verbesserung" möglich. Weniger unproblematisch als die Entwicklung der Gesamtgesellschaft ist für die BSE die Bewältigung des Wandels innerhalb einzelner gesellschaftlicher Teilbereiche. Sie geht von der Prämisse aus, daß die gegenwärtige Ordnung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft prinzipiell eine invariable Rahmenbedingung bildet, deren konkrete Verfassung veränderbar ist und verändert werden muß:

"Das große Problem, dem wir uns stellen müssen, das sind die industriellen Wandlungen mit ihren veränderten Wirkungen auf Mensch, Gesellschaft, Raum und Politik. Verflochten damit ist die Frage der Demokratisierung unserer modernen Industriegesellschaft...Die soziale Frage ist...auch das Problem der menschlichen Beziehungen in der Industriegesellschaft. Wir wollen diese Frage dadurch lösen, daß der Arbeitnehmer zur freien, selbstbewußten Persönlichkeit in dieser Gesellschaft und in diesem demokratischen Staat wird" 110).

Die Bejahung der bestehenden Gesellschaftsordnung und ihrer wesentlichen Teilstrukturen korrespondiert der Bereitschaft zu verantwortungsbewußter "Mitarbeit":

"Die Dynamik (d.h. der "freien Gesellschaft" - d.Verf.) aber entsteht dadurch, daß die Menschen, die in ihr sind, sie wollen und sie bewußt in Bewegung halten. Wir wollen dieser Motor sein" 111).

Noch ist die "Persönlichkeit" des einzelnen Arbeitnehmers nicht hinreichend entwickelt, noch entsprechen seine "menschlichen Beziehungen" und sein Selbstbewußtsein nicht dem Status eines gleichberechtigten Antipoden seines Arbeitgebers, mit dem er die Verantwortung für die "freie Gesellschaft", ihre Erhaltung und Vollendung teilt. Nach der Befreiung der Wirtschaftsordnung von ihren kapitalistischen Meliken, nach der sozialen Emanzipation der Arbeitnehmer ist nur noch dafür zu sorgen, daß die "Persönlichkeit" des einzelnen Arbeitnehmers der Notwendigkeit zu ständiger "Zusammenarbeit" mit dem Unternehmer entspricht.

Den Spielraum sozialen Wandels engt die BSE auf die Anpassung "industrieller Wandlungen" an die bestehende "freie Gesellschaft" ein. Sozialer Wandel bedeutet für sie die Beseitigung

110) G.Leber, Prot.BSE 1966, 310.

111) Ders., ebenda, 540.

von Disproportionen, etwa des Gegensatzes von realer sozialer Emanzipation und zurückgebliebener Persönlichkeitsbildung der Arbeitnehmer, nicht die Überwindung systemimmanenter Widersprüche. Was die BSE derart als "sozialen Fortschritt" konzipiert, beruht auf einer Zielvorstellung, die von der der IGM verschieden ist. Ihr Ziel ist sozialer "Ausgleich" - ebenso wie das der DAG - , während die IGM primär Wandel wesentlicher gesellschaftlicher Strukturen anstrebt, wie etwa die Eliminierung des Profitmotivs zugunsten nichtkapitalistischer Regulative und Ziele des Wirtschaftssystems.

In bezug auf die Verlaufsform sozialen Wandels formulieren westdeutsche Gewerkschaften jedoch verwandte Standpunkte. Bei der Frage, wie die divergierenden, gleichmaßen mit dem Motto "sozialer Fortschritt" versehenen Ziele und Zielzustände erreicht werden können und dürfen, herrscht weitgehend Einigkeit. Die Wahl der Mittel und Wege, zu denen Gewerkschaften in der BRD legitimiert und die für sie erfolgversprechend sind, allgemeiner: die Definition der Form sozialen Wandels reflektieren die Gewerkschaften auf dem Hintergrund der Alternative von "Evolution" und "Revolution", des kontinuierlich-friedlichen und des diskontinuierlich-gewaltsamen sozialen Wandels. Sowohl BSE als auch IGM verstehen unter "Evolution" die schrittweise Realisierung ihrer Ziele, sei es im Arbeitskampf, sei es in Verhandlungen mit den Tarifkontrahenten. Sie wollen ihre unterschiedlich weit gesteckten strategischen Ziele etappenweise verfolgen, weil sie nicht an die Möglichkeit glauben, sie abrupt verwirklichen zu können:

"Wir möchten in einer kontinuierlichen Entwicklung durch einen entsprechenden Ausgleich eine Lösung herbeiführen" (112).

Die Arbeitnehmervertreter sollten fähig sein, "an einer ständigen evolutionären Fortentwicklung unserer heutigen Wirtschafts- und Sozialverfassung mitzugestalten" (113).

Denn nur so kann nach Ansicht der BSE verhindert werden,

112) G. Leber, Prot. BSE 1963, 244.

113) Ders., Prot. BSE 1957, 484; vgl. auch ders., Prot. BSE 1966, 383.

"daß die bestehenden Ungleichgewichte, die sich bei zunehmender Technisierung und Automatisierung noch verstärken, eines Tages zu einer revolutionären Entladung führen, bei der die Freiheit mit verlorengehen kann" 114).

Für die BSE beschwört das Fortbestehen partieller Disproportionen die Gefahr einer revolutionären "Entladung" angestauter Konflikte, von sozialer Unzufriedenheit herauf; kontinuierlicher sozialer Wandel hat daher außer einer Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer auch die Funktion eines Ventils, hat Befriedigungsfunktion. Diesem gewerkschaftspolitischen Konzept folgt die IGM in ihrem Selbstverständnis nur sehr bedingt: Für gesellschaftspolitische Entscheidungen sind ihrer Ansicht nach die gesellschaftlichen Machtverhältnisse ausschlaggebend, nicht Sachzwang oder Kompromißbereitschaft. Dennoch distanziert sich auch die IGM von einer revolutionären, d.h. gewaltsamen und abrupten Lösung sozialer Konflikte, die ihr angesichts der herrschenden Machtverhältnisse wirklichkeitsfremd scheint; gleichwohl hält sie ihre Forderung nach tiefgreifender gesellschaftlicher Umwälzung aufrecht:

"Ich meine, wir sollten nicht dem Traum nachhängen, daß eine schlagartige Veränderung unserer Gesellschaft möglich sei. Möglich ist nur die langsame, schrittweise Veränderung, die zunächst einmal die Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit verwirklicht" 115).

Ebenso illusionär aber ist für die IGM die Annahme der Möglichkeit eines friedlichen "Hineinwachsens" in eine "bessere" Gesellschaft:

"Entscheidende Fortschritte wird es nur dann geben, wenn wir unsere ganze Kraft dafür einsetzen. Wer glaubt, wir würden eines Tages kampflos in die Wirtschaftsdemokratie hineinwachsen, der irrt" 116).

Selbst gewerkschaftliche Nahziele müssen also "erkämpft" werden, weil wesentliche Veränderungen der sozialen Lage der Arbeitnehmer und der gesellschaftlichen Machtverteilung mit dem Interesse der Arbeitgeber an der Erhaltung ihrer Rechte und ihrer Machtpositionen kollidieren. "Evolution" begreifen BSE

114) G. Leber, Prot. BSE 1966, 312.

115) O. Brenner, Prot. IGM 1958, 267.

116) Ders., Prot. IGM 1962, 247.

und IGM zwar übereinstimmend als einzig gangbaren Weg zur Realisierung ihrer Ziele, jedoch aus unterschiedlichen Gründen. Während die BSE sozialen Wandel nur unter Beibehaltung kapitalistischer Strukturprinzipien (d.h. von "Freiheit" und "Eigentum") und folglich als limitierten intendiert und "Evolution" als eigenständiges Prinzip zur Überwindung der "bestehenden Ungleichgewichte" versteht, fordert die IGM qualitativen sozialen Wandel der Sozialstruktur selber, der in ihrem Bewußtsein jedoch wegen der die Arbeitgeber begünstigenden gesellschaftlichen Machtverteilung nur kontinuierlich, durch beharrlichen Kampf um gesellschaftliche Machtpositionen in Wirtschaft und Politik herbeigeführt werden kann.

Korreliert man das gewerkschaftliche Bewußtsein sozialen Wandels, seiner gesellschaftlichen Relevanz, Richtung und seines Verlaufs mit dem des sozialen Konflikts, so offenbaren sich analoge Einstellungsmuster. Erscheint die Gesellschaft als festgefügte, unantastbare "Ordnung", als eine statische Größe, so wird auch der soziale Konflikt dort, wo er auftritt, negativ akzentuiert, als "Störung" oder Abweichung vom fiktiven Normalzustand der Gesellschaft, in dem das Individuum sich in einer durch seine Leistung und deren Bedeutung für die Aufrechterhaltung der "Ordnung" definierten, festumrissenen sozialen Position befindet. Wird hingegen sozialer Wandel als Charakteristikum jeder Gesellschaft betrachtet, so gilt sozialer Konflikt als "natürliche" Erscheinung.

Wenn die DAG vor der Gefahr des "Wiederentstehens eines harten Klassenkampfes" ¹¹⁷⁾ warnt, so würden ihr die beiden anderen Gewerkschaften kaum widersprechen. Anders verhält es sich mit der Beurteilung sozialen Konflikts im allgemeinen, die die DAG grundlegend anders vornimmt als IGM und BSE:

"Gesellschaftspolitische Konflikte stellen eine zentrifugale Kraft und damit eine Störung der Gesellschaft dar" ¹¹⁸⁾.

Folgerichtig definiert die DAG die Aufgabe der Gesellschaftspolitik so:

117) R.Spaethen, Tb.DAG 1951, 166.

118) Ders., Tb.DAG 1963, 96.

"Gesellschaftspolitik fragt nach dem Wesen der gesellschaftlichen Ordnung und sucht ihre Spannungen, Krankheitserscheinungen und Gefahren zu beseitigen" 119), d.h. "das soziale Spannungsfeld zu verringern" 120).

Die Metapher vom Organismus "Gesellschaft" präformiert die Einstellung der DAG zum sozialen Konflikt: Wo die Beziehung zwischen den einzelnen Gesellschafts-"gliedern" disharmonisch zu werden droht, ist auch die "Friedlichkeit" des gesellschaftlichen "Ganzen" in Gefahr. "Ordnung" ist der Normalzustand der Gesellschaft, jede Abweichung davon eine Zerfallerscheinung.- Diese negative Wertung sozialen Konflikts hat die DAG jedoch nicht immer durchgehalten. In anderen Äußerungen distanziert sie sich davon und nähert sich der Position der BSE, die sozialen Konflikt, innerhalb bestimmter Grenzen, als "funktional" und als notwendig zur Stabilisierung des Sozialsystems erachtet. Immer dann, wenn die DAG die Kategorien "Arbeit" und "Kapital" gebraucht und sich damit von ihrer eigenen monistischen Gesellschaftsdeutung abkehrt, scheint ihr das "gesellschaftspolitische Spannungsfeld" von "Kapital und Arbeit, Beruf und Wirtschaft" 121) nicht mehr unbedingt eine Gefährdung des gesellschaftlichen "Ganzen" und seiner "Ordnung" zu sein:

"Wenn man einmal nachforscht, worin eigentlich Klassengegensatz besteht, nämlich im Gegensatz unterschiedlich gelagerter Interessen, so sind solche unterschiedlich gelagerten Interessen natürlich auch heute noch da. Und diese unterschiedlich gelagerten Interessen, die sollen auch ausgetragen werden. Alle Vernebelungs- und Verniedlichungsmethoden bringen uns keinen Schritt weiter. Im Gegenteil, ich halte den Interessengegensatz und seine Austragung durchaus für ein Stimulans des Fortschritts. Das Problem besteht lediglich darin: in welcher Form wird der Interessengegensatz ausgetragen ?" 122).

Noch deutlicher heißt es an anderer Stelle:

"Wir bekennen uns zu dem die Gesellschaft gestaltenden Konflikt" 123).

Die BSE faßt sozialen Konflikt als ein "natürliches" Phänomen und als "natürliche" Bedingung der "freiheitlichen Ordnung"¹²⁴⁾

119) R.Spaethen, Tb.DAG 1963, 96.

120) DAG, Tüb.1954-57, 5.

121) DAG, Grundsatzprogramm, 8.

122) R.Spaethen, in: E.W.Mänken u.H.Mundorf, Gespräch mit R.Spaethen, 14 f.

123) H.Katzbach, Tb.DAG 1967, 115.

124) G.Leber, Prot.BSE 1960, 224 f.

"Solange der Mensch sich seiner menschlichen Sendung bewußt ist und sein Sinnen und Trachten darauf richtet, sich selbst und die Bedingungen und die Ordnung, in der er lebt, in friedlicher Weise zu vervollkommen und fortzuentwickeln, so lange wird um den Inhalt der bestmöglichen Ordnung, über Begriffe wie Gerechtigkeit und die Anerkennung der verschiedensten Interessen gerungen werden" 125).

Indem die Existenz und der Konflikt unterschiedlicher Interessen als Ausdruck allgemein-menschlicher Naturkonstanten interpretiert wird, wird der Konfliktbegriff zu einer Leerformel entwertet. Die Notwendigkeit von Interessenkonflikten soll auf die "menschliche Natur" zurückgehen, deren Ziel angeblich seit je die Verwirklichung der "bestmöglichen Ordnung" ist.

Diesem Deutungsmuster, das sozialen Konflikt, ebenso wie den "sozialen Fortschritt", anthropologisch begründet, folgt die IGM insofern nicht, als sie beide Erscheinungen auf eine bestimmte, historische Verfassung der Gesellschaft hin relativiert. Zwar sei der Gegensatz von "Kapital" und "Arbeit" ein "natürlicher" 126), und:

"Die Auseinandersetzung zwischen Gewerkschaften und Unternehmern wird...nicht aufhören. Sie ist der Motor des sozialen Fortschritts und die demokratische Form für den Ausgleich bestehender Gegensätze" 127).

Doch stellt die IGM stets klar, daß der soziale Konflikt tatsächlich s o z i a l e Ursachen hat. Denn es gebe

"in unserer Gesellschaft notwendige, strukturell bedingte soziale Interessengegensätze..., die man erkennen muß und nicht verschleiern darf" 128).

Der Interessengegensatz von "Arbeit" und "Kapital" wird von der IGM nicht, wie von der BSE, als Merkmal der "Natur" von Mensch und Gesellschaft verstanden, sondern aus den die kapitalistische "Klassengesellschaft" konstituierenden Widersprüchen erklärt. Daher ist sozialer Konflikt eine "objektive" Tatsache und Notwendigkeit, solange diese Widersprüche fortbestehen. Seine Austragung hat nur dann soziale Stabilität zur Folge, stimuliert nur dann den "sozialen Fortschritt", wenn die

125) G.Leber, Prot.BSE 1960, 225.

126) O.Brenner, Prot.DGB 1963, 43.

127) IGM, Gb.1962-64, 6; vgl. auch Metall. Nr.10 (1964), 2.

128) O.Brenner, Gewerkschaftliche Dynamik, a.a.O., 18.

Ursachen seines Entstehens, die in den Grundlagen der bestehenden Gesellschaft liegen, gleichzeitig abgebaut werden. Es zeigt sich, von welcher entscheidenden Bedeutung das Bewußtsein beziehungsweise die Negation gesamtgesellschaftlicher Widersprüche sind.

Freilich nimmt die IGM die Unvermeidbarkeit einer Verschärfung sozialer Konflikte zum "Klassenkampf" nicht an, in Übereinstimmung mit ihrer eigenen evolutorischen Konzeption "sozialen Fortschritts", wonach sozialer Wandel unter den gegenwärtig herrschenden gesellschaftlichen Bedingungen nur als kontinuierlicher und langsamer denkbar ist, ohne doch notwendig friedlich zu verlaufen. Die Zuspitzung der sozialen Auseinandersetzung zum "Klassenkampf" erwartet die IGM nur für den Fall, daß sie bewußt in Kauf genommen oder gar angestrebt wird:

"Es scheint...immer noch Kräfte zu geben, denen offenbar eine vernünftige Zusammenarbeit mit der IG Metall und damit mit der Arbeitnehmerschaft nicht gefällt, sondern die ein besseres Wohlbefinden an der Führung eines Klassenkampfes von oben zu haben scheinen. Wenn es so ist, nun gut, wir sind bereit" (129).

"Klassenkampf" bildet im Bewußtsein der IGM kein Instrument derjenigen "Klasse", die um ihre Befreiung von Abhängigkeit und Ausbeutung kämpft, sondern der Unternehmerschaft:

"Der Klassenkampf von oben ist heute schärfer und spürbarer denn je, er wird zum Teil noch mit alten, überwiegend aber mit neuen und raffinierteren Methoden geführt. Daher sind starke Gewerkschaften zur Verteidigung der Rechte der Arbeitnehmer und zum Angriff auf die herrschenden Machtgruppierungen der Unternehmer nötiger denn je" (130).

Darin äußert sich wiederum eine ambivalente Deutung der Nachkriegsgeschichte, die im Bewußtsein der IGM sowohl Momente "sozialen Fortschritts" als auch Momente "sozialer Reaktion" gezeigt hat. In der Kategorie des "Klassenkampfes von oben" schlägt sich die Erfahrung der eigenen defensiven Rolle seit Beginn der fünfziger Jahre, der relativen Machtlosigkeit der westdeutschen Gewerkschaften gegenüber der Unternehmerschaft nieder. Aus dem beharrlichen Widerstand des "Kapitals" gegen-

129) Heinrich Sträter, Prot.IGM 1956, 113.

130) F.Strothmann, Prot.IGM 1958, 98.

über einer wirklich entscheidenden Verbesserung der sozialen Lage der Arbeitnehmer schließt die IGM, "daß der soziale Fortschritt nicht von selbst aus dem enormen wirtschaftlichen Fortschritt resultiert" 131).

Es stellt sich damit heraus, daß der gewerkschaftliche Konsensus über die "Natürlichkeit" von sozialem Wandel und sozialem Konflikt nur oberflächlicher Art ist. Denn die gegensätzlichen Muster, mit deren Hilfe DAG, BSE und IGM die westdeutsche Gesellschaft interpretieren und die hier als monistische, pluralistische und antagonistische Strukturmuster bezeichnet werden, sind auch unter dem Aspekt sozialen Wandels und sozialen Konflikts wiederzuerkennen. Im einen Fall gelten diese Erscheinungen als eine latente Gefährdung der bestehenden Gesellschaftsordnung (DAG), im anderen Fall - positiv - als eine Chance zu ihrer Aufrechterhaltung (BSE) beziehungsweise zu ihrer Überwindung (IGM). In einem Gesellschaftsbild, für das Ungleichheit nur als bloße subjektive "Vielfalt" besteht, nicht als die von sozialen Schichten oder Klassen, können sozialer Wandel und sozialer Konflikt nur dysfunktionale Bedeutung besitzen. Aber auch das pluralistische Strukturmuster gewerkschaftlicher Gesellschaftsbilder sanktioniert die herrschende Sozialstruktur als eine Konstante, in deren Rahmen soziale Konflikte nicht zu einer Bedrohung des Gesamtsystems werden dürfen und sozialer Wandel der Systemerhaltung dient. Demgegenüber mißt ein Gesellschaftsbild, das von dem Bestehen eines "Klassengegensatzes" ausgeht, den es aus der Konzentration von Produktionsmittelbesitz und -verwertung bei einer Minderheit herleitet, dem sozialen Konflikt Systemnotwendigkeit bei und dem sozialen Wandel die Funktion der Überwindung bestehender sozialer Ungleichheit durch die - wenn auch kontinuierliche - Beseitigung ihrer sozioökonomischen Ursachen.

Dieses vorläufige Resümee läßt sich jedoch nicht in eine Typologie gewerkschaftlicher Gesellschaftsbilder überführen. Innere Widersprüche und Wandlungen gewerkschaftlicher Gesellschafts-

131) C.Brenner, Gewerkschaftliche Dynamik, a.a.O., 18.

bilder erlauben einen solchen Schritt nicht. Pluralistische Deutungsmuster lassen sich bei allen drei Gewerkschaften ausmachen; das monistische findet sich freilich nur bei der DAG, das antagonistische nur bei der IGM. Im folgenden wird versucht, an Hand einzelner Topoi die Analyse gewerkschaftlicher Gesellschaftsbilder zu vertiefen, um so zu verbindlicheren Resultaten zu gelangen, als es bisher möglich gewesen ist.

b) Die gewerkschaftliche Deutung der ökonomischen und politischen Strukturen der BRD

1. Funktionen des Privateigentums

Bereits das, was westdeutsche Gewerkschaften unter "Eigentum" verstehen, ist verschieden, ganz abgesehen von der gesellschaftlichen Funktion, die sie ihm heute oder zukünftig beimessen. Die IGM unterscheidet zwischen fungierendem und nicht-fungierendem Eigentum, die BSE jedoch nicht oder nicht konsequent. Die IGM fordert eine Vermehrung des "Verbrauchseigentums der Arbeitnehmer, d.h. ihren Besitz an langlebigen Verbrauchsgütern" ¹³²⁾, nicht aber die Unverletzlichkeit des bestehenden Privateigentums an Produktionsmitteln:

"Das Eigentum ist - besonders in den letzten fünfzehn Jahren - erneut von einer starken Ideologie umwoben und mit einem Schimmer verklärt worden. Damit ist jenes angeblich geheiligte und unveräußerliche Recht auf Privateigentum gemeint, das in gleicher Weise für den Besitzer einer Waschmaschine oder eines Einfamilienhauses wie für den Großaktionär eines Weltkonzerns oder den Inhaber einer Familienfirma mit Hunderttausenden von Beschäftigten gelten soll" ¹³³⁾.

Soweit sich die IGM für eine Sozialisierung von Eigentum einsetzte, wollte sie sie auf das Privateigentum an Produktionsmitteln beschränkt wissen ¹³⁴⁾. Diese unterschiedliche Behandlung der beiden Eigentumsarten rechtfertigt die IGM damit, daß Eigentum zu einer Herrschaft über Menschen bedeutet oder ermöglicht, zum andern aber, als Herrschaft über Sachen, der Si-

132) O.Brenner, Prot.IGM 1958, 210.

133) Ders., Gewerkschaftliche Dynamik, a.a.O., 27.

134) Ders., Prot.DGB 1956, 464.

cherung und Steigerung des individuellen Lebensstandards dient. Geht aus Privateigentum soziale Ungleichheit hervor, lehnt es die IGM ab; ist es sozialpolitisch wertvoll, d.h. zur Sicherung und Steigerung des materiellen Status des einzelnen Arbeitnehmers, so wird es von ihr gutgeheißen. Darüberhinaus billigt die IGM dem Privateigentum keine weitere positive Funktion zu.

Eine positive gesellschaftliche Funktion sehen die BSE und DAG, ausgehend von einem ganz anderen Eigentumsbegriff, für das Eigentum vor. Die BSE verzichtet auf jegliche Differenzierung und verwendet stattdessen Sammelbegriffe wie den des "Vermögens" und des "Eigentums" ¹³⁵⁾, worunter sie sowohl Sach- als auch Kapitalvermögen subsumiert. Das nach 1945 in der BkD akkumulierte Kapital bezeichnet sie als "Vermögenssubstanzen" der "Allgemeinheit" ¹³⁶⁾. Für die DAG ihrerseits ist das "Privateigentum" die Basis der bestehenden Wirtschaftsordnung ¹³⁷⁾, doch weist sie gleichwohl auf die unterschiedliche soziale Stellung von Produktionsmittelbesitzern (Unternehmern) und am Produktionsmittelbesitz Unbeteiligten (Arbeitnehmern) hin ¹³⁸⁾. Dort, wo die BSE explizit mit "Eigentum" "Kapital" meint, also Eigentum an Produktionsmitteln, ist es für sie ein allgemeines Erfordernis der "Industriegesellschaft":

"Es gibt ja nicht nur Kapitalismus im Sinne von Privatkapitalismus. Da, wo kein Privatkapitalismus ist, ist ja auch Kapital; das ist Staatskapital. Ich möchte den Kollegen, die hier den Privatkapitalismus kritisieren oder das Kapital, das in privatem Besitz ist - ich hoffe, eines Tages zu einem großen Teil auch im Besitz von Kollegen, die hier als Delegierte sind - , sagen, daß, wenn das Kapital nicht im privaten Besitz ist, es sich dann im Besitz des Staates oder der Allgemeinheit befindet" ¹³⁹⁾.

"Kapital" verkörpert hier nicht ein gesellschaftliches Verhältnis - nämlich die Abhängigkeit der Lohnempfänger von den Kapitalbesitzern - , sondern wird auf sozial irrelevantes Eigentum reduziert, das sich vom Gebrauchseigentum qualitativ

135) Vgl. BSE, Gb. 1963-65, 22.

136) G. Leber, Prot. BSE 1960, 233.

137) DAG, Grundsatzprogramm, 18.

138) DAG, Gb. 1967, 13; vgl. auch H. Katzbach, Tb. DAG 1967, 105.

139) G. Leber, Prot. BSE 1966, 382.

nicht unterscheidet. Damit wird die von der BSE angenommene Polarisierung der Gesellschaft in "Kapital" und "Arbeit" als "natürlicher" Tatsache problematisch; sie ist es schon deshalb, weil eine solche Differenzierung nicht mit der These von der Aufhebung sozialer Ungleichheit vereinbar scheint. Ein seiner gesellschaftlichen Relevanz entkleidetes "Kapital" wäre nicht mehr die Unternehmerschaft schlechthin, sondern ein rein technisch-ökonomisches Erfordernis industrieller Produktionsweise, das unabhängig von der jeweiligen Eigentumsordnung ist. Diese Konsequenz aber zieht die BSE nicht. Bei näherer Betrachtung ergibt sich, daß für sie "Eigentum" nicht als bloße "Sache" besteht, sondern eminente gesellschaftspolitische Bedeutung hat. Privateigentum an Produktionsmitteln stellt hiernicht, wie bei der IGM, die wesentliche Ursache sozialen Gegensatzes dar, sondern, ganz im Gegenteil, die Bedingung individueller Freiheit, der "freiheitlichen Gesellschaftsordnung" überhaupt:

"Privates Eigentum und individuelles Vermögen zählen aber zu den wesentlichsten Elementen einer freien Rechts- und Wirtschaftsordnung" 140).

"Freiheit und Eigentum sind Grundelemente, auf denen unsere Lebensordnung beruht" 141).

Wenn die "freie Gesellschaft" vor allem von Arbeitnehmern und Arbeitgebern getragen wird, wie die BSE meint, dann dürfen die Arbeiter und Angestellten nicht vom Privateigentum, sei es Sach- oder Kapitalvermögen, ausgeschlossen bleiben. Denn:

"Im westlichen Ordnungsbild sind das Freiheitsideal und der Eigentumsbegriff wichtige Elemente. Wenn diese beiden Begriffe unserer Ideenwelt nicht rein und sauber und moralisch unanfechtbar gehalten werden können, dann ist es schlimm bestellt um die Sache des Westens...Wenn die Menschen spüren, daß das Eigentum...in moralisch anfechtbarer Weise zustandekommt, dann werden sie keinen Respekt mehr vor auf solche Weise entarteten und mißbrauchten Begriffen haben können...dann wird der Kommunismus ernten, wo das Verantwortungsbewußtsein, das sich unserer Freiheit und unserer Art zu leben verpflichtet fühlen müßte, versagt hat" 142).

In ähnlicher Weise charakterisiert die DAG die gesamtgesellschaftliche Bedeutung des Privateigentums, indem sie die Ver-

140) BSE, Gb.1963-65, 22.

141) G.Leber, Prot.BSE 1963, 244; vgl. auch ders., in: Unser Weg, hrsg.v.d.BSE, Nr.3 (1966), 2.

142) Ders., Prot.BSE 1969, 233 f.

Vermögensbildung der Arbeitnehmer auf die Existenz konkurrierender gesellschaftlicher Systeme in Ost und West bezieht. Vermögensbildung sei

"in erster Linie ein Politikum in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus", weil man damit versuche, einen "entscheidenden Schlag...gegen das kollektive, anonyme Eigentum des Ostens" zu führen 143).

Auch für die DAG konstituieren erst "Freiheit und Eigentum" die "freie Gesellschaft". Denn ohne eigenes Vermögen bleibe der einzelne Arbeitnehmer an seiner persönlichen Entfaltung gehindert, sei seine "Freiheit" unvollständig. Solange die Arbeitnehmer nicht auch über Privateigentum verfügten, seien sie wirtschaftlich abhängig. Privateigentum besteht für die DAG vor allem in "Kapitalvermögen", an dem die Arbeitnehmer zu beteiligen seien 144). Das Prinzip der freien privaten Verfügung über Produktionsmittel als solches stellt die DAG nicht in Frage; sie kritisiert jedoch den Ausschluß der Arbeitnehmer von der "unternehmerischen Freiheit" 145).

Die gesellschaftspolitischen Postulate, die sich aus einem solchen Eigentumsbegriff ergeben, stehen allerdings mit der realen Eigentumsverteilung in Widerspruch. Die integrierende und stabilisierende Funktion des Privateigentums, zumal des Arbeitnehmereigentums, bleibt an die Voraussetzung breiter Eigentumsstreuung gebunden. Was für die IGM Ausdruck des kapitalistischen "Systems" ist, d.h. die Konzentration des "Kapitals" und damit sozialer Herrschaft bei einer Minderheit, erscheint anderen Gewerkschaften als unvollständige Realisierung eines an sich richtigen Prinzips der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung: Das Privateigentum als notwendiges Korrelat individueller und gesellschaftlicher "Freiheit". Die DAG bejaht die Bildung privaten Kapitaleigentums als notwendige Bedingung für den Wiederaufbau der westdeutschen Wirtschaft nach 1945, moniert jedoch, daß die "jahrelan-

143) R.Spaethen, in: E.W.Mänken u.H.Mundorf, Gespräch mit R.Spaethen, 39.

144) DAG, Staat, Wirtschaft, Gewerkschaft, 35.

145) R.Spaethen, in: E.W.Mänken u.H.Mundorf, Gespräch mit R.Spaethen, 29.

ge Unterbezahlung der Arbeiter und Angestellten", das "Zwangs-sparen der Verbraucher oder der Arbeitnehmer über den Preis bzw. über Lohnverzicht" kein Äquivalent in einer Beteiligung der Arbeitnehmer am Kapitalvermögen oder an seinem Zuwachs gefunden habe ¹⁴⁶⁾. "Eigentumslosigkeit" bedeutet ihrer Ansicht nach nicht absoluten Nichtbesitz an Eigentum, sondern den Ausschluß von der "Teilhabe an bestimmten Kategorien des Eigentums", d.h. am "Kapitalvermögen" ¹⁴⁷⁾. - Ähnlich motiviert die BSE, rückblickend, ihre eigentumspolitische Konzeption:

"Das Unternehmertum war so mutig und war frei genug, sich bei der Allgemeinheit und bei der Arbeitnehmerschaft im besonderen in eine außerordentliche moralische Verschuldung zu setzen, indem es in den Jahren der Not entgegengenommen hat, was die Allgemeinheit erarbeitet und an Werten geschaffen hat...Dieses gleiche Unternehmertum sollte in diesem Zeitpunkt bereit sein, einen Ausgleich zu finden, und zu normalisieren, was normalisiert werden muß, und der Allgemeinheit, und vor allen Dingen dem Arbeitnehmer, zukommen zu lassen, worauf er kraft seiner Leistung Anspruch hat" ¹⁴⁸⁾.

Bestehende Eigentumsrechte werden von der BSE als solche anerkannt; die Entstehung von Eigentum aber wird unter Gerechtigkeitsaspekten betrachtet und auf diese Weise moralisch gewertet. Genaubesehen ist für sie "Eigentum" nur als Leistungseigentum legitim. Wenn aber die "Allgemeinheit", d.h. wenn die "arbeitenden Menschen" die neuen "Vermögenssubstanzen", die ungeheure Anhäufung von gesellschaftlichem Reichtum durch ihre Arbeitsleistung ermöglicht haben, dann muß eine einseitige Eigentums- und Vermögensverteilung ungerecht erscheinen:

"Wir sind...der Auffassung, daß ein Eigentum, das nicht durch eigene Leistung, sondern durch Entbehrungen und Verzicht a n d e r e r Menschen zustande gekommen ist, nicht als moralisch begründetes Eigentum anerkannt werden kann" ¹⁴⁹⁾.

"Wir alle...haben gearbeitet, und eine kleine Schicht unseres Volkes hat unter dem Zwang der Verhältnisse in Besitz genommen, was wir alle zusammen erwirtschaftet und-erübrigt haben, und sie bezeichnet es heute als ihr legitimes Eigentum" ¹⁵⁰⁾.

¹⁴⁶⁾ DAG, Miteigentum, 5.

¹⁴⁷⁾ DAG, Staat, Wirtschaft, Gewerkschaft, 35.

¹⁴⁸⁾ G.Leber, Prot.BSE 1959, 102.

¹⁴⁹⁾ Ders., Prot.BSE 1960, 233.

¹⁵⁰⁾ Ders., ebenda, 229.

Indem diese Widersprüche, namentlich der zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Wiederaufbauleistung und der heutigen Eigentumsverteilung, als notwendige gerechtfertigt und als nachträglich reparabel interpretiert werden, gelten sie nicht als Folge der bestehenden Eigentumsordnung, sondern vielmehr als Mängel der Distributionssphäre. Nicht das "freie Unternehmertum" wird von der BSE kritisiert, sondern die Disproportionalität der Leistungshonorierung. Die Kritik der BSE wendet sich nicht etwa gegen den Unternehmer-, sondern gegen den Spekulationsgewinn¹⁵¹⁾. Private Verfügung über Produktionsmittel wird mit der über Sachvermögen identifiziert; ebenso verhält es sich mit ihrer Verwertung. Unter dem Oberbegriff "Eigentum" beziehungsweise "Vermögen" werden beide Eigentumsarten als konstitutive Elemente der "freien Gesellschaft" bestimmt.

Demgegenüber erklärt die IGM die bestehende Eigentumsverteilung aus einem Systemzwang, der so lange wirksam bleibt, wie die herrschende Wirtschafts- und Eigentumsordnung nicht modifiziert oder überwunden ist. Sie wendet sich gegen die "bestehende Regelung der Einkommens- und Besitzverhältnisse"¹⁵²⁾, nicht nur gegen den Schlüssel, nach dem in der BRD Einkommen und Besitz auf Arbeitnehmer und Unternehmer verteilt sind. Eines der Strukturprinzipien der westdeutschen Gesellschaft, das zu ihrer "einseitigen Vermögensverteilung" geführt hat, ist für sie die Institution des Privateigentums an Produktionsmitteln. Nicht "Freiheit und Eigentum", sondern "privates Eigentum an Produktionsmitteln und die Orientierung am Profit" seien Fundament des ökonomischen Systems der BRD¹⁵³⁾. Dieses ökonomische System enthält den Arbeitnehmern die ihnen zustehende (Mit-) Verfügung über die Produktionsmittel und deren Verwertung vor und überläßt die Existenz der Arbeitnehmer allein ihrer Arbeitskraft¹⁵⁴⁾; denn Arbeit ist, so die These der IGM, die "einzige Einkommensquelle der Arbeitnehmer"¹⁵⁵⁾,

151) Vgl. G. Leber, Prot. BSE 1960, 233.

152) O. Brenner, Metall, Nr. 17 (1958), 2.

153) Ders., Prot. IGM 1965, 214.

154) IGM, Gb. 1956-57, 21.

155) O. Brenner, Prot. IGM 1968, 210; vgl. auch ders., Prot. IGM 1960, 230.

auch unter den heutigen ökonomischen Bedingungen.

So wird klar: In der Kritik der IGM wird nicht, wie bei der BSE und DAG, die bestehende Verteilung von Einkommen und Vermögen mit einem Idealzustand verglichen, in dem beides gleichmäßig nach dem Leistungsprinzip auf Arbeitnehmer- und Arbeitgebererschaft verteilt ist - also der "freien Gesellschaft" - , vielmehr stellt die IGM das Prinzip des Privateigentums an Produktionsmitteln als solches in Frage. Die Emanzipation der Arbeitnehmer vollzieht sich für sie nicht als Angleichung ihres materiellen Status an den der Unternehmer, sondern durch ihre Partizipation an den unternehmerischen Entscheidungsprozessen. Die IGM sucht das "Ordnungsbild" von der auf dem "Eigentum" basierenden "freien" westlichen Gesellschaft angesichts der bestehenden Einseitigkeit der Einkommens- und Vermögensverteilung als "ideologisch" zu entschleiern. Für sie resultiert individuelle Freiheit nicht schon aus dem Recht zu freier Verfügung über Privateigentum, vielmehr setzt ihre Verwirklichung einen Wandel der bestehenden Eigentumsordnung selbst voraus.

2. Funktionen des Profitmotivs

Wie in der Frage der Deutung der bestehenden Eigentumsordnung und ihrer Funktion sind die gewerkschaftlichen Standpunkte auch bei der Frage kontrovers, auf welche Zwecke die Verfügung über Eigentum an Produktionsmitteln gerichtet sei oder gerichtet sein solle, d.h. bei der Frage der unternehmerischen Freiheit und Verhaltensorientierung. Die Anerkennung privaten Produktionsmittelbesitzes schließt notwendig die des "freien Unternehmertums" ein, auch wenn die Eigentumslosigkeit der Arbeitnehmer beklagt wird. Bleibt diese Anerkennung aus, so erscheint auch das "freie Unternehmertum" fragwürdig. Diese Alternative wird allerdings von der BSE und DAG bei der Beurteilung des Profitmotivs nicht konsequent eingehalten. Zwar anerkennen beide explizit die "freie Unternehmerwirtschaft" ¹⁵⁶⁾ oder weisen

156) G. Leber, Prot. BSE 1957, 486; vgl. auch ders., Prot. BSE 1966, 380.

auf die Notwendigkeit des "freien Unternehmers" als Voraussetzung einer "freien Wirtschaft" hin ¹⁵⁷⁾. Beide Gewerkschaften betrachten das unternehmerische Profitstreben als Funktionsbedingung der Volkswirtschaft.

"In einer Marktwirtschaft, wie wir sie haben, ist der Gewinn die Antriebskraft unternehmerischer Betätigung. Daran führt kein Weg vorbei". Wenn der Unternehmer "nicht nach dem Gewinn strebt, wird er auch als Unternehmer nicht erfolgreich sein. Er ist für uns auch nicht nützlich; denn wenn er keinen Erfolg hat, können wir nicht an dem Erfolg teilhaben" ¹⁵⁸⁾.

"Der legitime Anspruch der Eigentümer bzw. der Unternehmer auf eine angemessene Teilhabe am Gewinn kann und darf nicht bestritten werden, wenn überhaupt die Möglichkeit der Kapitalbildung über den Kapitalmarkt usw. sinnvoll bleiben und aufrechterhalten werden soll" ¹⁵⁹⁾.

Stellt man das Problem, welche Bedeutung dem "freien Unternehmer" und seiner Verhaltensorientierung in der Wirtschaft zuzukommen hat, allgemeiner und fragt nach den Entscheidungskriterien ökonomischen Handelns überhaupt, dann wird deutlich, daß BSE und DAG eine Priorität des Ziels der Gewinnmaximierung gegenüber dem "Allgemeinwohl" ablehnen. Beide gehen davon aus, daß die durch Gewinnerwartung stimulierte Unternehmerinitiative eine wesentliche Funktion in der bestehenden, von ihnen im Grundsatz bejahten Wirtschafts- und Eigentumsordnung hat; und zwar insofern, als beide Gewerkschaften der unternehmerischen Freiheit eine Art ökonomische Schlüsselrolle konzедieren. Das kommt in der DAG-Forderung zum Ausdruck nach Beibehaltung "privatkapitalistischer Grundsätze", d.h. von "privatwirtschaftlichen Kriterien, wie Eigentum, Vertragsfreiheit, Rentabilität, Wettbewerb, Unternehmerinitiative" ¹⁶⁰⁾. In ihrer Miteigentums-Konzeption sieht die DAG vor,

"daß die Regelungen wirtschaftsgemäß sind, damit ihre Anwendung nicht von vornherein als den Unternehmensinteressen zuwiderlaufend angesehen wird" ¹⁶¹⁾.

157) R.Spaethen, in: E.W.Mänken u.H.Mundorf, Gespräch mit R. Spaethen, 29.

158) G.Leber, Prot.BSE 1966, 381.

159) DAG, Staat, Wirtschaft, Gewerkschaft, 37.

160) DAG, ebenda, 16.

161) Eigentumsbildungspolitik ohne Miteigentum ? , Tagung der DAG 1959 in München, Tagungsbericht, 32.

Weil das "freie Unternehmertum" notwendiger Bestandteil der westdeutschen und als solche anerkannten Wirtschafts- und Sozialordnung ist, müssen seine Interessen als legitime respektiert werden - d.h. die der "Wirtschaft" schlechthin, denen die "sozialen" der übrigen Bevölkerungsschichten gegenübergestellt werden. Die Interessen der Gesellschaft verwirklichen sich nur über die der Privatwirtschaft. Tatsächlich aber werden sie von vielen Unternehmern als zweitrangig angesehen:

"Im Mittelpunkt des unternehmerischen Handelns steht heute wie vor 50 Jahren der unternehmerische Profit. Der arbeitende Mensch und seine Sorgen und Hoffnungen auf Fortschritt sind auch heute nur für wenige Unternehmer, die allerdings echte Ausnahmen sind, ein wirklich eigenes soziales Anliegen. Die große Zahl der Unternehmer ist für Verbesserungen und soziale Fortschritte in der Regel nur dann zu haben, wenn sehr greifbare wirtschaftliche Vorteile oder verbesserte Rentabilitätsverhältnisse auch für den Unternehmer damit verbunden sind" 162).

Das Profitstreben erscheint der BSE einerseits als notwendiges Stimulans der Ökonomie, andererseits aber als ein vorgegebenes, unabänderliches Faktum, das die Gewerkschaften und Arbeitnehmer bei ihrem Bemühen um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen in Kauf zu nehmen haben. In der konkreten unternehmerischen Entscheidungssituation gelten beide Ziele, Profitmaximierung und "soziales Anliegen", als miteinander vereinbar, sofern nur die Unternehmer dazu bereit sind.

Dieses Vertrauen in die unternehmerische Entscheidungsfreiheit und Einsicht teilt die IGM nicht. Für sie resultiert die abschließliche Orientierung unternehmerischen Handelns am Profit aus strukturellen Notwendigkeiten.

"Die kapitalistische Marktwirtschaft beruht auf dem Prinzip des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Dieses Prinzip schließt zwingend ein, daß der Unternehmer allein über Umfang und Zielrichtung der Produktion und der Investitionen, über den Preis seiner Produkte, über die Anwendung oder Nichtanwendung technischer Neuerungen, über seine Absatzpolitik usw. entscheidet" 163).

Im Gegensatz zu der gesamtwirtschaftlichen Relevanz seiner Entscheidungen orientiert der Unternehmer sein Verhalten pri-

162) G.Leber, Prot.BSE 1957, 481.

163) O.Brenner, Prot.DGB 1956, 357.

mär an seinen partikularen, auf Profitmaximierung gerichteten Interessen. So kommt es zur "Übermacht der Profitinteressen" über die der Gesamtgesellschaft, vor allem aber der Arbeitnehmerschaft¹⁶⁴⁾. Die IGM leugnet nicht, daß der Kapitalismus im Laufe seiner Entwicklung Wandlungen erfahren hat, hält aber auch unter den gegenwärtigen Bedingungen an der volkswirtschaftlichen Bedeutung des Profitmotivs und des Privateigentums an den Produktionsmitteln fest. Ihre These, der Kapitalismus habe seine Struktur prinzipiell bewahrt, sucht die IGM unter Hinweis auf die Trennung von Eigentum und Verfügung und auf permanente staatliche Intervention in den Wirtschaftsprozess aufrechtzuerhalten.

"Man übersieht dabei die Tatsache, daß auch die Unternehmenspolitik der Manager in erster Linie bestimmt ist durch die Institution des Privateigentums. Der Manager ebenso wie der Eigentümer verfügt über die gesellschaftlichen Produktionsmittel so, wie das seiner auf die Erzielung eines höchstmöglichen Gewinns gerichteten Funktion entspricht. Auch die Tatsache, daß der Staat in einem früher nicht gekannten Ausmaß lenkend und regulierend in den Wirtschafts- und Sozialprozeß eingreifen kann und das auch tut, ändert an dieser Feststellung im Grunde nichts. Wenn also heute davon gesprochen wird, daß die Bedeutung des Privateigentums in der Wirtschaft ständig abnehme, so können wir diesen Standpunkt keineswegs teilen...Weder die teilweise Trennung von Eigentum und Verfügungsgewalt in der Produktion noch das Eingreifen des Staates hat bisher an der wirtschaftlichen Orientierung etwas geändert, die nach wie vor vom Privateigentümer ausgeht und auf seine Bedürfnisse abgestellt ist" ¹⁶⁵⁾.

Die Motivation unternehmerischer Entscheidung wie auch die immanenten Ziele des bestehenden Wirtschaftssystems sind damit für das Bewußtsein der IGM unverändert. Beides summiert sich für sie zu einer dem "Allgemeinwohl" zuwiderlaufenden Orientierung der Volkswirtschaft insgesamt.

Allerdings ist das Einverständnis der beiden anderen Gewerkschafter mit dem ökonomischen status quo nicht bedingungslos. Für die DAG und ECE gilt die Profitorientierung unternehmerischen Handelns als ein Datum, das sie ihrem eigenen Zielsystem zugrundelegen. Andererseits aber nehmen sie eine Relativierung

164) Antrag der IGM, Prot.DGB 1962, 945.

165) O.Branner, Gewerkschaftliche Dynamik, a.a.O., 28; vgl. auch ders., Prot.IGM 1960, 229 f.

des Profitmotivs - nicht des Privateigentums - vor. Priorität soll im ökonomischen Zielkatalog auch für die BSE und DAG stets das "Allgemeinwohl" genießen, so sehr auch von der Unternehmerfreiheit wirtschaftliche Initiative ausgeht. "Über dem persönlichen Wohl steht das Wohl und die Freiheit der Gesamtheit" 166). "Wirtschaften ist nicht Selbstzweck, sondern Sache der Gemeinschaft" 167). - Obwohl sich alle drei Gewerkschaften auf das "Allgemeinwohl" als primärem Ziel des Wirtschaftens berufen, gelangen sie zu einer unterschiedlichen Bewertung des Profitmotivs. Profitmotiv und Privateigentum an Produktionsmitteln gelten bei der IGM als fragwürdige, bei der BSE und DAG hingegen als notwendige Bestandteile des bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Die Funktion des Profitmotivs als "Motor" der Wirtschaft und ihrer Fortentwicklung soll erhalten bleiben, so intendieren BSE und DAG, ohne daß seine sozial schädlichen Wirkungen - von dieser Möglichkeit gehen sie implizit aus - weiterhin bestehen. Die DAG ist der Ansicht, daß der "Freiheit wirtschaftlicher Entscheidungen nicht der gleiche Rang zukomme wie der persönlichen, politischen, Glaubens- und Gewissensfreiheit, Presse- und Koalitionsfreiheit" 168). Die Ausübung legitimer Eigentümerrechte schließe nicht das "Recht auf schrankenlose Verfügungsgewalt über Eigentum" ein 169). Die DAG fordert stattdessen ein "Privateigentum...in sozialer Ausgestaltung" 170), indem die "Kategorie des Sozialen" mit dem individuellen Recht auf freie Konsum- und Arbeitsplatzwahl einerseits und der "Freiheit der selbstverantwortlichen Unternehmerentscheidung" andererseits verknüpft wird 171). Der Kapitalismus soll, wie bei der BSE, "sozial" gewendet werden. Ihre Vorstellungen konkretisiert die DAG an der Automation, die nicht "unter ausschließlich privatwirtschaftlicher Gewinnmaximierung" und der "Maximierung des Sozialprodukts" betrachtet werden dürfe, sondern auch der Verbesserung der Arbeits-

166) G.Leber, Prot.BSE 1963, 244.

167) F.Rettig, Tb.DAG 1954, 26.

168) R.Spaethen, Tb.DAG 1951, 169.

169) DAG, Grundsatzprogramm, 15.

170) R.Spaethen, Tb.DAG 1951, 170.

171) EntschlieBung, Tb.DAG 1967, 329.

und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer zugutekommen müsse¹⁷²⁾.
- Bei der BSE manifestiert sich der Gegensatz von privatem Verwertungsinteresse und gesellschaftlichem Interesse an "sozialer Gerechtigkeit" in der Differenzierung zweier Varianten unternehmerischen Verhaltens. "Konservative" Unternehmer handelten ausschließlich ihrem Eigennutz entsprechend, "fortschrittliche" außerdem noch in "sozialer Verantwortung" und unter Berücksichtigung legitimer Arbeitnehmerinteressen. Das erweise sich in einer unterschiedlichen Behandlung der Betriebsangehörigen: die Unternehmer des ersten Typs betrachteten die Arbeitnehmer zwar verbal als "Mitarbeiter", faktisch jedoch "als ein Produktionselement, das man bezahlt, wie es vorgeschrieben ist, zu dem keine besonderen Bindungen bestehen, die über das juristisch Verpflichtende des Arbeitsvertrages hinausgehen"¹⁷³⁾. Der zweite Unternehmertyp aber vermöge "verantwortlich in die Zukunft zu denken" und beachte außer den eigenen auch die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung¹⁷⁴⁾. Diesem zweiten Typ gibt die BSE - als Verhandlungspartner der Gewerkschaften - den Vorzug vor dem ersten, der sich uneinsichtig gegenüber dem Interesse der Arbeitnehmer an einer friedlichen, evolutionären Veränderung der Besitzverhältnisse zu ihren Gunsten zeigt.

Unternehmerisches Handeln orientiert sich also im Gesellschaftsbild der BSE nicht mit Systemzwang an der Maximierung privaten Gewinns oder an seiner Priorität. Es vermag, so nimmt sie an, aus subjektiver Einsicht, ohne Veränderung der Eigentumsstrukturen und Herrschaftsverhältnisse in Betrieb und Gesellschaft, "kapitalistische" Prinzipien in hohem Maße zu ignorieren, ohne das "freie Unternehmertum" selbst anzutasten. Im Gegensatz zur IGM, so wird klar, betrachten BSE und auch DAG Profit- und Allgemeinwohl-Orientierung nicht als einander ausschließende Ziele unternehmerischer Entscheidungen, sondern gehen von ihrer Vereinbarkeit aus. Sie intendieren, den Gewinn

172) DAG, Automation, 9.

173) G.Leber, Prot.BSE 1957, 481.

174) Ders., Prot.BSE 1966, 383.

als "Antriebskraft" des ökonomischen Systems beizubehalten, gleichzeitig aber die Gültigkeit "sozialer Gerechtigkeit" zu sichern, und das heißt für sie: die Arbeitnehmer an dem Zuwachs des gesellschaftlichen Reichtums zu beteiligen. Die kapitalistischen Prinzipien privater Verfügung und Verwertung sollen in der - als bereits existent angenommenen - nachkapitalistischen Wirtschaftsordnung der BRD wirksam bleiben, die Ziele unternehmerischen Handelns selbst aber modifiziert werden.

3. Struktur und gesellschaftliche Rolle des Betriebes

Im gewerkschaftlichen Gesellschaftsbild kommt erwartungsgemäß dem Arbeitsprozeß und seiner Institutionalisierung im einzelnen Betrieb und Unternehmen zentrale Bedeutung zu¹⁷⁵⁾. Dieser enge Bezug äußert sich in einer hohen Korrelation der Strukturmuster gewerkschaftlicher Gesellschaftsbilder und ihrer Konkretisierung an der Thematik "Betrieb". Dabei stellt sich diese Thematik, wie die folgende Interpretation zeigt, zugleich mehr als eine bloße Verlängerung allgemeiner Strukturmuster gewerkschaftlicher Gesellschaftsbilder, mehr als ihre Konkretisierung dar. Indem sich die Gewerkschaften zu konkreten, erfahrbaren Sachverhalten äußern, "bricht" sich ihre Realitätsdeutung gleichsam und wird der nicht immer gewerkschaftlichen Konzeptionen gemäßen, bestimmten sozialen Realität ausgesetzt.

Die DAG begreift als "idealen" Betrieb zum einen eine "Leistungseinheit", zum andern einen "Organismus" oder eine "Familie":

"Angestellte und Arbeiter bilden in ihren pyramidenförmig gestuften Funktionen des modernen Großbetriebes, angefangen beim Hilfsarbeiter bis zur Kontrolltätigkeit des Meisters und der schöpferischen Leistung des Ingenieurs sowie der einfachsten, genormten Büroarbeit bis zur qualifiziertesten Geschäftsdisposition, die betriebliche Leistungseinheit" 176).

Die DAG sieht die Betriebsstruktur als ein verkleinertes Abbild

175) Soziale Strukturen des Betriebes sind bei der FGB kaum oder selten thematisch geworden. Eine mögliche Erklärung dafür geben die besonderen betrieblichen und Arbeitsbedingungen in der Bauwirtschaft.

176) DAG, Grundsatzprogramm, 8.

der Gesellschaft und als deren "Zelle" an. Die Betriebsstruktur setzt sich aus einzelnen beruflichen Funktionen zusammen, die, wie die des gesellschaftlichen "Ganzen", pyramidenartig nach dem Leistungskriterium angeordnet sind und "organisch" kooperieren. Der Betriebszweck, d.h. die gemeinsame "Leistung", verbindet ausführende und Leitungsfunktionen zu einer "Einheit", vor der die funktionale Differenzierung, etwa die zwischen Angestellten und Arbeitern, zwischen "schöpferischer" und reiner Routinearbeit, zweitrangig ist. Die hierarchische Betriebsstruktur erhält ihre Legitimation durch individuelle Leistungsdifferenzierung und funktionale Notwendigkeit. Daß sich alle Einzelpositionen zu einer "Einheit" ergänzen, wird unterstellt, "gesetzt", nicht aus Erfahrung abgeleitet.

So, wie die DAG Arbeiter und Angestellte gesellschaftlich "verortet", ordnet sie sie auch innerbetrieblich an. Nach ihrer funktionalen Bedeutung und beruflichen Leistung und Qualifikation sind für die DAG die Angestellten ranghöher als die Arbeiter. Zwar bestreitet sie immer wieder, den betrieblichen Status der Angestellten höher zu bewerten als den der Arbeiter, doch liegen eindeutige Äußerungen der DAG vor, die nur eine solche Auslegung gestatten. So erklärt die DAG zwar:

"Wir haben auch deutlich gemacht, daß wir die Arbeitnehmergruppen...nicht im Sinne einer vertikalen Hierarchie, also etwa die Beamten oben, die Angestellten in der Mitte und die Arbeiter unten, sehen, sondern im Sinne einer horizontalen Nebeneinanderordnung" 177).

Dagegen behauptet die DAG an anderer Stelle:

"In der Leistungsgesellschaft rangieren nicht nur die Angestellten vor den Arbeitern. Auch die weiblichen Angestellten leisten mehr als die Arbeiterinnen" 178).

"Die Träger dieser 'Leistung' sind (in der 'Leistungsgesellschaft' - d.Verf.) im Bereich der Unselbständigen vorwiegend die Angestellten...Jede Arbeit ist wertvoll. Jede Arbeit verdient Anerkennung und gerechte Wertung. Hier aber geht es nicht um Werturteile über den Menschen, sondern um die gesellschaftliche Qualifikation seiner Leistung. Die Angestellten sind eine leistungsbetonte Schicht. Das ist kein Dünkel, das ist Tatsache" 179).

177) R.Spaethen, Der Angestellte, Nr.11 (1961), 3.

178) DAG, Der Angestellte, Nr.1 (1965), 12.

179) G.Apel, Der Angestellte, Nr.10 (1964), 2; vgl. auch DAG, TAb.1957-60, 39.

Womit die DAG diese Zuordnung von Angestellten- und Arbeiterstatus im einzelnen rechtfertigt, verdient Aufmerksamkeit. Nach Ansicht der DAG sind die Angestellten "die tragenden technisch-konstruktiven Kräfte" ¹⁸⁰⁾ und "beispielhaft" in "ihren Leistungen und ihrem Verantwortungsbewußtsein" ¹⁸¹⁾. Aber sie fungieren nicht nur als Auslese unter den Arbeitnehmern, die besondere funktionale - und das heißt hier: für den Arbeitsprozeß zentrale - Bedeutung hat, sondern verrichten jene Tätigkeiten, die nicht rein ausführenden Charakter haben. Die Position der Arbeiter wird definiert allein durch unselbständige, manuelle, die der Angestellten allein durch selbständige, "geistige" Arbeitsaufgaben:

"Die Tätigkeit eines Arbeiters ist überhaupt erst möglich, nachdem eine schöpferische oder doch geistig-intellektuelle Vorleistung vorangegangen ist. Die aber wird im Arbeitsbereich der Angestellten erbracht" ¹⁸²⁾.

Dieses modellhafte Konzept des Betriebes, das die DAG nicht zuletzt ihren eigenen Verbandsinteressen gemäß entwickelt hat, basiert einzig auf dem Leistungsprinzip und der Annahme seiner Gültigkeit. Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse sind für die funktionale Organisation des Betriebes, so wird unterstellt, bedeutungslos. Der Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Gegensatz ist durch eine Stufenordnung ersetzt, die eine qualitativ-soziale Differenzierung der betrieblichen Sozialstruktur nicht mehr kennt. Wie sich jedoch später herausstellt, ist dieses Bild für die DAG nicht mit der betrieblichen Realität identisch.

Außerdem reflektiert die DAG den Betrieb auch von seiner Beziehung zur Gesellschaft her und bestimmt ihn als einen heute vorherrschenden "Organismus", der mit älteren Formen menschlichen Zusammenlebens konkurriert, soweit diese noch erhalten sind. Während die IGM die Arbeitswelt zu einem "Fremdkörper in der Gesellschaft, die sich frei und demokratisch nennt" ¹⁸³⁾ erklärt und damit einen Gegensatz zwischen Betriebs- und So-

180) DAG, Grundsatzprogramm, 19.

181) Entschliebung, Tb.DAG 1954, 72.

182) R.Spaethen, Der Angestellte, Nr.10 (1961), 2.

183) O.Brenner, Gewerkschaftliche Dynamik, 128.

zialstruktur behauptet, geht die DAG von einem Gegensatz zwischen traditionellen Sozialstrukturen und der des Industriebetriebes aus:

"Es ist mehr und mehr klar geworden, daß der Betrieb sich als ein neuer soziologischer Körper eigenständiger Art entwickelt hat, der für weite Bevölkerungskreise die herkömmlichen Organisationsformen, wie Staat, Land, Gemeinde, eines Teiles ihres Inhaltes entkleidet hat, ja der selbst bis in die Familien hinzuwirken begonnen hat und der seine Dynamik entfaltet" - eine "nicht unbedenkliche Entwicklung" 184).

Überraschend erhebt hier die DAG Bedenken gegen ein Phänomen, das sie doch ganz im Sinne ihres monistischen Gesellschaftsbildes deuten zu können glaubt. Was sie eben noch als "Gemeinschaft" interpretiert, vertet sie nun als negative Entwicklung, als Folge einer Entwertung älterer Formen von "Gemeinschaft" zugunsten solcher, die infolge der Industrialisierung entstanden sind: Der Industriebetrieb erscheint als eine die "Gemeinschaft" bis in deren Grundlagen bedrohende Gefahr.

Das individualistische "Menschenbild" der DAG ist auf die Werte der "Persönlichkeit" einerseits und auf die Gegenüberstellung von Elite und Masse andererseits zentriert. Gewerkschaften hätten nicht "Gleichmacherei" zu betreiben, sondern "in der Würdigung der individuellen Leistung und dem Schutz der Persönlichkeitsentfaltung das unveräußerliche Gut jeder dynamischen Wirtschaft" zu sehen 185). Auch in der industriellen Gesellschaft bleibt für die DAG die "hohe sittliche Kraft der Arbeit im Leben der Nation und in der Aufwärtsentwicklung der Menschheit" gültig 186). Die "Persönlichkeit" soll in der industriellen Arbeitswelt erhalten werden, indem für sie trotz Technisierung des Arbeitsablaufs, trotz der Unselbstständigkeit der Arbeit in Betrieb und Büro ein Bereich autonomer Entscheidung reserviert bleibt. Der Arbeitsalltag soll nur bedingt die Person des einzelnen Arbeitnehmers formen, Arbeitserlebnis und Persönlichkeitsbildung sollen streng voneinander abgegrenzt bleiben. Arbeit betrachtet die DAG als moralischen Wert, nicht als Aus-

184) DAG, Staat, Wirtschaft, Gewerkschaft, 35.

185) DAG, Grundsatzprogramm, 8.

186) DAG, ebenda, 8.

tauschverhältnis, das sich für sie aufs Materielle und daher Äußerliche reduzieren würde. Vielmehr stellt für sie Arbeit einen "Dienst" dar.

"Wer den Beruf nur als einen Gelderwerb auffaßt, wem er nur ein sogenannter Job ist, der geht fehl, und wer nur eine angenehme Beschäftigung sucht..., der kann wohl zeitweilig gut verdienen, aber er wird nie ein Spitzenmann und ein wertvolles Glied der Gesellschaft...Es kommt nicht nur auf das Verdienen, sondern gleichermaßen auch auf das Dienen an" 187).

Die DAG insistiert damit auf der Gültigkeit des frühbürgerlich-puritanischen Arbeitsethos trotz ihrer Einsicht, daß sich der Charakter der Arbeit selbst seit Beginn der Industrialisierung radikal gewandelt hat. Vorindustrielle Merkmale menschlicher Arbeit fungieren im Gesellschaftsbild der DAG als Maßstab ihrer Sozialkritik. So verurteilt die DAG alle jene Erscheinungen und Entwicklungen der Betriebsstruktur, die die Persönlichkeitsentfaltung - wie sie die DAG versteht - und den strukturellen Gegensatz von Elite und Lasse ignorieren oder in Frage stellen. Die Einbeziehung von immer mehr Menschen in den Status der sozialen Abhängigkeit - der "abhängigen Arbeit" - läuft der Wertorientierung der DAG entgegen:

"Der Angestellte wäre in der Gefahr, zur Masse zu werden, wenn wir das Kernproblem, die Erhaltung der Persönlichkeit, übersehen oder nicht den Versuch machen würden, sie zu entwickeln und zu festigen. Es ist nur zu leicht verständlich, daß im Triumph der Maschine die Materie gefeiert wird und der Mensch zu kurz kommt. Die typischen Merkmale des Massenmenschen, wie das Fehlen selbständigen Denkens, die Oberflächlichkeit, die Betriebsamkeit, sie alle stellen uns in Bildungs- und Kulturfragen vor eine neue Situation" 188).

Was die DAG nur widerwillig hinnimmt, das ist der Verlust von Unabhängigkeit und beruflicher Selbständigkeit, die früher einmal, wie sie meint, den Angestelltenstatus auszeichneten. Kulturelle Werte sieht sie durch materielle, Persönlichkeit durch Technik gefährdet und verdrängt. Nicht die kapitalistische Eigentumsordnung ist es, die die DAG für diese Auflösungserscheinungen und -gefahren verantwortlich macht, sondern die Industrialisierung überhaupt, aus der der Wandel der Arbeitsanforderungen und Berufsbilder hervorgegangen ist. Das zeigt sich

187) R.Spaethen, Der Angestellte, Nr.12 (1962), 4.

188) DAG, Staat, Wirtschaft, Gewerkschaft, 58.

an einer Dämonisierung der Technik, die im Bewußtsein der DAG zur sozialen Abhängigkeit der Arbeitnehmerschaft geführt hat und noch verbliebene Persönlichkeitswerte bedroht.

Die Orientierung der DAG an vorindustriellen Normen der Arbeitswelt und an frühbürgerliche Persönlichkeitswerte macht ihre Einstellung zur heutigen Sozialstruktur des Betriebes verständlich. Die Erfahrung der abhängigen Arbeit und die Fixierung am Wert der individuellen Autonomie stehen im Gesellschaftsbild der DAG einander konträr gegenüber. Weder sieht sie ihre Forderung nach leistungsgerechter Plazierung des einzelnen Angestellten - oder Arbeitnehmers überhaupt - in der Betriebs-"pyramide" erfüllt noch ist sie sich der Kontinuität der innerbetrieblichen Sozialpositionen und damit der Realitätsgerechtigkeit ihres Bildes von der hierarchischen Betriebs-"gemeinschaft" sicher.

Das Bild hingegen, das die IGM von der betrieblichen Sozialstruktur, wie sie in der BRD typisch ist, entwickelt hat, baut auf dem Antagonismus von "Arbeit" und "Kapital" auf, personifiziert im Status- und Interessengegensatz von Belegschaft und Unternehmer. Die sozialen Gegensätze der bestehenden Gesellschaft kommen für die IGM im Arbeitsprozeß am unmittelbarsten und sichtbarsten zum Ausdruck. Für sie stellt der Betrieb das Erfahrungsmaterial zur Bewußtseinsbildung der Arbeitnehmer und zu ihrer eigenen ideologiekritischen Intention bereit. Das Betriebsbild der IGM ist ebenso Wirklichkeitsdeutung wie der Versuch, falsches Bewußtsein bei Unternehmern und auch Arbeitnehmern zu entlarven. Zugleich besteht für sie ein Widerspruch zwischen autokratischer Betriebsverfassung und gesamtgesellschaftlichem Wandel. Die heute dominierenden Betriebsstrukturen mißt die IGM nicht, wie die DAG, an einer den Betrieb als "Einheit", als "Gemeinschaft" postulierenden Konzeption, sondern an ihren Emanzipationserwartungen.

Für die IGM bildet die "Arbeitswelt" in der hochentwickelten Industriegesellschaft "die Grundlage unserer gesellschaftlichen Existenz", deren Bedeutung in der Öffentlichkeit weithin ver-

kannt werde¹⁸⁹⁾. Die IGM verfügt über ein Gesellschaftsbild, das durch ihr Bild der betrieblichen Sozialstruktur antizipiert wird. Betrieb und Gesamtgesellschaft erscheinen unmittelbar aufeinander bezogen - ökonomisch, aber auch politisch und ideologisch. Vorwiegend aber beurteilt sie den kapitalistischen Betrieb unter dem Aspekt der sozialen Ungleichheit, die er hervorbringt.

Die Struktur des typischen westdeutschen Betriebes und Unternehmens charakterisiert die IGM durch eine "monarchische Verfassung"¹⁹⁰⁾. Diese bestehe in einer militärähnlichen Organisation, in einer hierarchischen Ordnung, in der entfremdeten Arbeit und in der Diskriminierung der Arbeitnehmer.

"Noch immer herrscht die monarchische Betriebsverfassung. Merkmale dafür sind: die militärähnliche Disziplin, die den Tagesablauf bestimmt und den Arbeitnehmer zum Objekt der betrieblichen Führung degradiert; die unübersehbare Pyramide der Vorgesetzten, die den Ton bestimmt und eine menschliche Entfaltung unmöglich macht; die Tatsache, daß trotz Humanrelations noch heute die wenigsten aus der Spitze der betrieblichen Hierarchie den Arbeitnehmer als gleichberechtigtes Glied der Gesellschaft anerkennen"¹⁹¹⁾.

Die Objektrolle des Arbeitnehmers, die seine "menschliche Entfaltung" unmöglich macht, ist systembedingt, nicht Konsequenz individueller Leistungsschwäche; das steht in Widerspruch zu der Prämisse der DAG, individuelle Leistung könne ohne Wandel der herrschenden Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse adäquat honoriert werden. Die IGM-Kritik wendet sich gegen die vorherrschende betriebliche Sozialstruktur, nicht gegen "Verfassung" als Folge fehlender Beachtung unterschiedlicher individueller Leistungsniveaus.

"In der Politik haben wir dem Führerprinzip der Vergangenheit abgeschworen. Wie aber steht es mit der Wirtschaft? Hier tummeln sich noch immer die Autokraten, und hier findet man noch immer die patriarchalisch-hierarchische Ordnung des neunzehnten Jahrhunderts"¹⁹²⁾.

Diese autokratischen Herrschaftsverhältnisse des Betriebes hat die Mitbestimmungspraxis nur unwesentlich oder garnicht aufzu-

189) O.Brenner, Gewerkschaftliche Dynamik, a.a.O., 128 f.

190) Ders., Prot.IGM 1962, 227.

191) Ders., Gewerkschaftliche Dynamik, a.a.O., 126.

192) Ders., ebenda, 127.

heben vermocht. Die Institution des Betriebsrates habe die Machtfülle des Arbeitgebers nur ungenügend verringern können, weil

"der Mitbestimmung des Betriebsrates...sehr enge Grenzen gesetzt" seien. "Die soziale und wirtschaftliche Position für den Betriebsrat ist ungleich schwächer als die des Arbeitgebers. Es ist also nur in bescheidenem Umfange eine Gewaltenteilung im Betrieb eingetreten...Die Unternehmer haben sich mittlerweile an 'ihre' Betriebsräte gewöhnt...Durch das Betriebsverfassungsgesetz ist eine demokratische Verzierung des Betriebes bei absoluter Beibehaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln erreicht. Mehr nicht !" 193).

Neben der relativen Machtlosigkeit des Betriebsrates gegenüber dem Unternehmer kritisiert die IGM auch seine im Betriebsverfassungsgesetz vorgesehene Funktion, innerbetriebliche Interessengegensätze zu harmonisieren, d.h. seine Friedenspflicht 194). - Im Gegensatz dazu plädiert die IGM für eine Beibehaltung der heutigen Formen der Mitbestimmung und stellt inner- und überbetriebliche Mitbestimmung als bewährte Instrumente zur Vertretung der Arbeitnehmerinteressen hin 195). Die "Alleinherrschaft des Arbeitgebers im Betrieb" sei durch die Einführung der Betriebsräte "eingeschränkt" 196) beziehungsweise "gemildert" worden 197).

Der Emphase, mit der die DAG ihren Arbeitsbegriff außerökonomisch fundiert - d.h. auf Leistungsprinzip und Persönlichkeitswerten - , stellt die IGM einen Aspekt entgegen, der auf die Alternative von Fremd- und Selbstbestimmung des Arbeitnehmers abgestellt ist und der bewußt den Wandel des Charakters menschlicher Arbeit infolge von Veränderungen der Produktionsweise berücksichtigt und als Voraussetzung der gesellschaftlichen Emanzipation der Arbeitnehmerschaft bestimmt. Für die IGM besteht eine hohe Korrelation von gesellschaftlichem Struktur-

193) F.Strothmann, Prot.IGM 1956, 138; vgl. auch Entschliesung, Prot.IGM 1960, 321 ff.; F.Strothmann, Prot.IGM 1962, 115; Antrag der IGM, Prot.DGB 1959, 939 f.; O. Brenner, Gewerkschaftliche Dynamik, a.a.O., 19.

194) Vgl.F.Strothmann, Prot.IGM 1956, 142 f.; vgl. auch ders., Prot.IGM 1965, 86 f.

195) Vgl.O.Brenner, Gewerkschaftliche Dynamik, a.a.O., 118 u. 122; ders., Prot.IGM 1956, 241.

196) F.Strothmann, Prot.IGM 1956, 138.

197) O.Brenner, Prot.IGM 1962, 227.

wandel und einer Veränderung der Produktionsverhältnisse. Sie vergleicht die konkreten Arbeitsbedingungen mit Kriterien, die sie ihrer Vorstellung "einer Wirtschaftsordnung, die der Würde freier Menschen entspricht" ¹⁹⁸⁾, entnimmt und gelangt so zu ihrer These, die Situation der westdeutschen Arbeitnehmer sei noch immer durch Entfremdung und Ausbeutung bestimmt.

"Die moderne Industriegesellschaft hat den Charakter der Arbeit in einer ganz bestimmten Weise geprägt. Die Verfeinerung der Arbeitsteilung..., die Mechanisierung und schließlich die Automatisierung der Produktion haben dazu geführt, daß der Mensch sich mit seiner Arbeit nicht mehr identifizieren kann. Es droht eine neue Form der Ausbeutung und der seelenlosen Fron" ¹⁹⁹⁾.

Arbeit wird also von der IGM, unter heutigen Bedingungen, a priori als industrielle begriffen. Dieser Umstand hebt ihr Betriebsbild von der statischen und werthypostasierenden Sicht der DAG deutlich ab. Nur oberflächlich deckt sich die Entfremdungskritik der IGM mit dem Rekurs der DAG auf frühbürgerliche Normen und Werte, wie Tüchtigkeit, Individualität und Leistung. Die von der DAG angestrebte "Persönlichkeitsentfaltung" setzt zwingend den nach Leistungsniveau und funktionaler Bedeutung hierarchisch gegliederten Betrieb voraus, während die IGM eine solche betriebliche Sozialstruktur nicht als erstrebenswert erachtet, weil auch sie die Ursachen der Entfremdung des Arbeitnehmers gegenüber seiner Arbeit nicht beseitigt. - Trotzdem deuten beide Gewerkschaften die tatsächliche soziale und materielle Lage der Arbeitnehmer in der BRD keineswegs immer verschieden. Wie die IGM ²⁰⁰⁾, so entdeckt auch die DAG, sobald sie ihre Realitätsdeutung präzisiert und von manchen fragwürdigen Stereotypen befreit, daß auch unter heutigen Bedingungen wesentliche Statusunterschiede zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern fortbestehen:

"Gleich allen Arbeitnehmern kann auch der Gehaltsempfänger seine menschliche Existenz nur von der Verwertung seiner Arbeitskraft bestreiten, über deren Annahme oder Ablehnung der Unternehmer verfügt. Die Angestellten können auch bei höch-

198) O.Brenner, Gewerkschaftliche Dynamik, a.a.O., 129.

199) Ders., Prot.IGM 1960, 230.

200) Vgl. ders., ebenda, 230; vgl. auch F.Strothmann, Prot. IGM 1956, 138.

ster beruflicher Qualifikation lediglich nach Arbeit fragen, während die Unternehmer...das Arbeitsangebot bestimmen und damit den Arbeitsmarkt beherrschen" 201).

Was die DAG unter "Beruf" versteht - ein von der "Persönlichkeit" Mensch einem gleichsam höheren gesellschaftlichen "Ganzen" erwiesener "Dienst", der, losgelöst von der Notwendigkeit der Reproduktion der Arbeitskraft, zugleich der individuellen Persönlichkeitsentfaltung dient - wird durch die soziale Realität der Gegenwart in ihrem Bewußtsein nicht bestätigt. Statt einer "selbstverantwortlichen" Tätigkeit nachzugehen, ist der Arbeitnehmer, wie sie erkennt, einer äußerlich vorgegebenen Arbeitsordnung unterworfen, die sich dem Zugriff der Arbeitnehmer-"persönlichkeit" weitgehend entzieht. Die reale soziale Lage des Arbeitnehmers besteht auch für die DAG in seiner Abhängigkeit von den Besitzern der Produktionsmittel.

"Der arbeitende Mensch steht auch heute noch in einer...grossen Abhängigkeit vom Kapital, von den Produktionsmitteln" 202).

Hier ist die DAG der Ansicht, daß abhängige Arbeit schlechthin, nicht nur die der Angestellten, nicht leistungsgerecht bezahlt sei, auch wenn das jetzige ökonomische System für sie nicht mehr "kapitalistischen" Charakter besitzt.

"Das derzeitige Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit geht von der Fiktion aus, daß die Arbeit dann als gerecht abgefunden sei, wenn die Arbeitnehmer die vereinbarten Löhne auch tatsächlich erhalten haben, während der gesamte übrige Ertrag allein den Unternehmern zusteht, die davon nach Belieben Gebrauch machen können" 203).

Auch bei der DAG sind also, auch wenn sie nicht mehr ihr Gesellschaftsbild insgesamt strukturieren, Reste einer materialistischen Kritik von Lohnabhängigkeit und Ausbeutung vorhanden: Das heutige Verhältnis der Arbeiter und Angestellten zu den Eigentümern und Managern der Betriebe ist nicht ein partnerschaftliches, vielmehr ist auch heute der Status beider am Arbeitsprozeß Beteiligten, hinsichtlich der Macht-, Eigentums-

201) DAG, Grundsatzprogramm, 18; vgl. auch DAG, ebenda, 10.

202) H.Katzbach, Der Angestellte, Nr.9 (1967), 10; vgl. auch ders., Tb.DAG 1967, 105.

203) DAG, Staat, Wirtschaft, Gewerkschaft, 36.

und Einkommensverteilung, grundverschieden.

Wie aber will die DAG ihre erklärte Bereitschaft zur Anerkennung der bestehenden Wirtschafts- und Sozialordnung mit eben dieser Deutung des Arbeitnehmer- und Arbeitgeberstatus vereinbaren ?

Als "idealen" Betrieb bestimmt die DAG die Betriebs-"familie" und "Leistungsgemeinschaft" unterschiedslos aller, die verschiedenwertige, aus technisch-ökonomischer Notwendigkeit erforderliche und nach dem Leistungskriterium verteilte Funktionen innehaben. Diese einzelnen, hierarchisch angeordneten Funktionen werden mit dem Ziel ökonomischer Wertschöpfung zu einer "Einheit" integriert. Ob diese Erwartungen von der betrieblichen Realität eingelöst werden, beantwortet die DAG, wie sich eben gezeigt hat, widersprüchlich. Erst wenn man das Urteil der DAG über die Arbeitssituation der Arbeitnehmerschaft insgesamt von ihrem Urteil über die Stellung der Angestellten im Betrieb trennt, lösen sich diese Widersprüche teilweise auf.

Im Bewußtsein der DAG ist Angestellten und Arbeitern ihre Eigentumslosigkeit gemeinsam. Ihre soziale Position im Betrieb, ihre Tätigkeitsmerkmale und ihre Bewußtseinslage aber unterscheiden sich wesentlich. In der funktionalen Organisation des Betriebes nehmen die Angestellten eine besondere Position ein ²⁰⁴⁾, die sich ihrerseits aus dem besonderen Charakter der Arbeit, der Wertorientierung und der Bewußtseinslage der Angestellten ergibt. Die Angestellten gelten in ihrer Gesamtheit als "geistig Schaffende", für die ihr Beruf nicht, wie bei den Arbeitern, "seine Kraft als gruppenbildendes Element" verloren hat, sondern Ausgangspunkt ihres Zusammenhalts bleibt. Die Tätigkeit des Arbeiters ist sinnentleert, der Angestellte aber hat zu seiner Arbeit noch eine persönliche Beziehung ²⁰⁵⁾. Die Angestellten werden als "die geistig tragende Schicht unseres Volkes" verstanden ²⁰⁶⁾, die für die "Führung" des Volkes prä-

204) Vgl. weiter oben S.125 ff.

205) DAG, Staat, Wirtschaft, Gewerkschaft, 12 ff.

206) F.Rettig, in: Die Stellung der Angestellten in der modernen Gesellschaft, 10.

destiniert sei. Im Gegensatz dazu heißt es an anderer Stelle:

"Es wäre verfehlt, in der Begriffsdefinition des Angestellten und der Beziehung zum Arbeiter von 'Kopf- und Handarbeitern' zu sprechen. Im modernen Wirtschaftsbetrieb gibt es schlechterdings keine menschliche Arbeit, die ohne intellektuelle Anforderung geleistet werden kann" 207).

Allgemeiner definiert die DAG die Merkmale der Angestelltenarbeit unter dem Aspekt der "beruflichen Qualifikation", durch deren Niveau sich die Angestellten vor den Arbeitern auszeichnen 208). Für die DAG besteht die Besonderheit der Angestellten in der Unteilbarkeit ihrer Tätigkeit, die sich gegenüber der Tendenz zu immer feinerer Arbeitsteilung behauptet habe; ebenso wenig seien die Merkmale der Angestelltenarbeit von der Mechanisierung der Arbeit tangiert worden 209). Nicht der technische Fortschritt als solcher, der auch das Büro erfasse, gefährde den besonderen beruflichen Status der Angestellten, sondern vielmehr der Versuch einzelner Betriebsleitungen und Industriegewerkschaften, die einzelnen Arbeitnehmergruppen zu nivellieren, indem man sie insgesamt als Arbeiter einstufte²¹⁰⁾. Einen ähnlichen Verstoß gegen angeblich unveränderbare Rangunterschiede stellen, der DAG zufolge, alle Versuche dar, die "komplexe" Arbeit der Angestellten durch Messung zu quantifizieren. Denn Angestelltenarbeit sei per se eine "individuelle Leistung" 211). Gleichwohl unterscheidet die DAG selbst zwischen "einfachen" und "leitenden" Angestelltentätigkeiten 212) - Tätigkeiten, die sie auch angesichts der gegenwärtig vorherrschenden Betriebsstruktur als Derivat der Unternehmerfunktion ansieht 213), ohne doch beide miteinander zu identifizieren: Die Angestellten seien nach wie vor von den Unternehmern ökonomisch abhängig 214). Die "Entfaltungsmöglichkeiten" der

207) DAG, Tüb.1957-60, 37.

208) R.Spaethen, Der Angestellte, Nr.10 (1961), 2; vgl. auch Der Angestellte, Nr.2 (1968), 5.

209) DAG, Tüb.1957-60, 37.

210) F.Rettig, in: Die Stellung der Angestellten in der modernen Gesellschaft, 20 f.

211) EntschlieBung, Tb.DAG 1954, 70 f.

212) DAG, Tüb.1957-60, 39.

213) DAG, ebenda, 57; vgl. auch F.Rettig, in: Die Stellung der Angestellten in der modernen Gesellschaft, 22.

214) DAG, Grundsatzprogramm, 18.

Angestellten sieht die DAG durch die Manager bedroht²¹⁵⁾. Sie charakterisiert den Status der Angestellten gegenüber dem des Unternehmers und Managers durch ökonomische Abhängigkeit und Teilhabe an den Leitungsfunktionen der Betriebe.

"Die Angestellten sind, unbeschadet ihrer betrieblichen Funktion, sozial gesehen Arbeitnehmer, die ihre Arbeitskraft gegen Entgelt dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen. Aber das Abhängigkeitsverhältnis des Angestellten als Arbeitnehmer wird überlagert von dem Bewußtsein, daß jede Arbeit eines Angestellten in ihrer Ausführung wieder auf den Auftraggeber zurückfällt; denn die Funktion des Angestellten ist von Zweck und Ziel des Betriebes in keinem Stadium ihrer Ausführung zu trennen" 216).

Die Angestellten werden damit, hinsichtlich ihrer Tätigkeitsmerkmale und Funktionen, einerseits von den Arbeitern scharf abgegrenzt, andererseits wird ihr sozialer Status deutlich von dem des Eigentümers und Managers unterschieden. Weitere Unterschiede zwischen Angestellten und Arbeitern sieht die DAG in der beruflichen Qualifikation und in dem Bildungswillen der Angestellten, die ihnen größere Aufstiegschancen böten. Die Angestellten bildeten, obwohl ebenfalls lebenslänglich zu abhängiger Arbeit verurteilt²¹⁷⁾,

"innerhalb der großen Klasse der abhängig Beschäftigten... eine durchaus eigenständige Schicht... mit eigenen Bewußtseinsinhalten, Wert- und Umweltvorstellungen. Diese Eigenständigkeit der Angestellten gründet sich auf einen ihnen eigentümlichen Bildungsgang auf der Grundlage einer mehrjährigen geschlossenen Berufsausbildung und auf einen gerade bei den Angestellten stets wachen Fortbildungstrieb" 218).

Der Angestellte besitzt die Chance, sich zu Spitzenpositionen innerhalb der betrieblichen Hierarchie emporzuarbeiten. Während Angehörige der einen Arbeitnehmergruppe ein Leben führen - und zwar durch eigene Schuld, wie unterstellt wird -, das eine wesentliche Besserung ihres beruflichen Status nicht erlaubt, und in ihrer funktionalen Position innerhalb der Arbeitsorganisation fixiert sind, stellt für Angehörige der anderen Arbeitnehmergruppe ihr Beruf eine "dynamische" Größe, ein Mittel zum sozialen und beruflichen Aufstieg dar²¹⁹⁾, das

215) DAG, Tüb.1957-60, 15; vgl. auch Entschließung, Tb.DAG 1957, 370.

216) DAG, Tüb.1957-60, 38.

217) DAG, Grundsatzprogramm, 8 f.

218) DAG, Staat, Wirtschaft, Gewerkschaft, 13.

219) DAG, Tüb.1957-60, 39.

sie zu "einer aufstrebenden Arbeitnehmergruppe" werden läßt 220).

Dieses Urteil über die betriebliche Position der Angestellten und ihre Tätigkeitsmerkmale kann in drei Momenten zusammengefaßt werden, die die Angestellten, wie die DAG meint, von den Arbeitern unterscheiden: in der Bewußtseinslage, in der Funktion im Arbeitsprozeß und im Qualifikationsniveau der Angestellten 221). In der Sicht der DAG erwachsen aus diesen gruppenspezifischen Besonderheiten die Sonderinteressen der Angestellten 222), die einer eigenen gewerkschaftlichen Interessenvertretung bedürften.

Bis in die Gegenwart hinein hat die DAG die bei ihr übliche und typische Unterscheidung der Angestellten von den Arbeitern weder abgeschwächt noch aufgegeben, so sehr diese Einstellung auch Zweifeln - zumal der Industriegewerkschaften - ausgesetzt sein mußte. Die DAG hat den besonderen arbeits- und versicherungsrechtlichen Status der Angestellten immer wieder hartnäckig verteidigt und überdies mit dem Argument zu rechtfertigen versucht, daß gesellschaftspolitisch eine "Vermassung" drohe, falls die Schranken zwischen den beiden Arbeitnehmergruppen fallen würden. Die von der DAG beschworene Gefahr einer "Nivellierung" der beiden Arbeitnehmerkategorien 223), in der sich ihre Furcht vor einer "Nivellierung" der Gesamtgesellschaft konkretisiert, hat die Möglichkeit einer Gleichstellung der Angestellten mit den Arbeitern in ihrem Sozialprestige, in ihrer Berufsposition und ihrem juristischen Status zur Substanz. Ihre Haltung dazu kleidet die DAG stets in die Form des Bestrebens, einmal errungene Sonderrechte und Privilegien der Angestellten einer Majorität von Arbeitern gegenüber zu behaupten, die gewerkschaftlich besser organisiert ist. Die Einstel-

220) DAG, Tüb.1957-60, 57.

221) Vgl.DAG, ebenda, 13; R.Spaethen, Der Angestellte, Nr.10 (1961), 2; Der Angestellte, Nr.2 (1968), 5.

222) DAG, Tüb.1954-57, 126.

223) Vgl.F.Rettig, Tb.DAG 1951, 42; Tüb.DAG 1957-60, 18; DAG, Staat, Wirtschaft, Gewerkschaft, 63; F.Rettig, in: Die Stellung der Angestellten in der modernen Gesellschaft, 9 f.; vgl. auch weiter oben S.82.

lung der DAG zu den Arbeitern ist von Furcht vor einer Majorisierung und "Bevormundung" der Angestellten durch die Arbeiter getragen ²²⁴). Vor allem nimmt die DAG Anstoß an der heute gültigen Fassung des Betriebsverfassungsgesetzes, das den Angestellten kein eigenes Gruppenrecht einräumt. Daraus erklärt sich, warum die DAG immer wieder die "funktionale" gegenüber der zahlenmäßigen Bedeutung der Angestellten hervorhebt ²²⁵). Aber nicht nur die besondere funktionale Bedeutung der Angestellten in Betrieb und Wirtschaftsordnung allgemein soll gewahrt bleiben ²²⁶), es soll auch die bevorzugte Position der Angestellten in der betrieblichen und gesellschaftlichen Leistungs-"pyramide" durch einen fühlbaren Abstand in der Entlohnung beider Arbeitnehmergruppen materiell abgesichert werden. Dabei geht die DAG von einer angeblichen "Unterbeurteilung" der Arbeitsleistung der Angestellten aus. Zum Vergleich zieht sie die Lohnhöhe und die Daseinssicherung der Arbeiterschaft, nicht etwa das materielle Lebensniveau der Unternehmer und Manager, heran ²²⁷).

Die IGM vertritt, ebenso stereotyp wie die DAG dies bestreitet, die These von der Homogenität der Arbeitnehmerschaft. Für die IGM stellen die Angestellten ein spezifisch gewerkschaftliches Organisationsproblem dar, insofern der schnelle Anstieg der Zahl der Angestellten nach 1945 nicht zu dem erwarteten Zuwachs an gewerkschaftlich organisierten Angestellten geführt hat ²²⁸). Während die DAG die soziale Position der Angestellten meistens nur in Hinblick auf die Eigentumsverteilung mit der Arbeiterschaft gleichsetzt, im übrigen aber stets von der Sonderrolle und den Sonderinteressen der Angestellten innerhalb der Arbeitnehmerschaft ausgeht, kommt die IGM zum entgegenge-

224) Vgl. R. Spaethen, Tb.DAG 1963, 93 f.; H. Katzbach, Tb.DAG 1967, 105 f.

225) Vgl. DAG, Automation, 5 u.a.

226) DAG, TAb.1957-60, 39.

227) Vgl. dazu DAG, TAb.1954-57, 42 u.46; DAG, TAb.1957-60, 15 u.39; DAG, Tb.1954, Entschließung, 68 u.72 f.; DAG, Grundsatzprogramm, 19 u.22; F. Rettig, in: Die Stellung der Angestellten in der modernen Gesellschaft, 9 f.

228) Vgl. dazu Zahlenmaterial in den Geschäftsberichten und Protokollen der IGM.

setzten Resultat: Sie rückt nicht die Besonderheiten der Angestellten, sondern deren Zugehörigkeit zur Arbeitnehmerschaft in den Vordergrund.

"Die Angestellten sind...weder ein einheitlicher 'Stand' noch eine neue 'mittelständische Schicht' zwischen Unternehmern und Arbeitern oder eine neue besondere soziale Klasse. Die Angestellten sind vielmehr eine Gruppe innerhalb der Arbeitnehmerschaft. Ihre Interessen decken sich im wesentlichen mit denen der Arbeiter" 229).

Auch behandelt die IGM, im Gegensatz zur DAG, die Angestellten nicht als homogene Gruppe, die ausführende und leitende Angestelltenfunktionen umfaßt, sondern als überaus heterogen strukturierte Arbeitnehmergruppe 230). Daher entgeht die IGM einem Dilemma, mit dem sich die DAG immer wieder konfrontiert sieht: zu begründen, inwiefern und mit welchem Recht noch heute Arbeiter und Angestellte als wesensverschiedene soziale Gruppen gelten können, und nachzuweisen, daß eine andere Einteilung der Arbeitnehmerschaft, etwa nach dem Kriterium der beruflichen Qualifikation, den heutigen innerbetrieblichen Verhältnissen nicht eher gemäß wäre als die starre Einteilung nach den von der DAG verwendeten Kriterien. Die DAG bleibt den Nachweis ihrer These schuldig, Büromechanisierung und verfeinerte Arbeitsteilung würden den beruflichen Status der Angestellten - auch nicht der unteren Angestelltengruppen - unverändert lassen.

Die divergierende gewerkschaftliche Deutung der Angestellten-schaft und ihres Standorts innerhalb der Arbeitnehmerschaft basiert eher auf einer Divergenz der dabei verwendeten Aspekte als auf einer unterschiedlichen Beurteilung der elementaren Sachverhalte, wie etwa des steigenden Anteils der Angestellten an der Gesamtzahl der Arbeitnehmer oder der Unterschiede in den Tätigkeitsmerkmalen beider Arbeitnehmergruppen. So erkennt auch die IGM an, daß es, abgesehen von der Differenzierung männlicher und weiblicher, jugendlicher und älterer Arbeitnehmer, verschiedene Arbeitnehmergruppen gebe,

229) Angenommener Antrag, Prot.IGM 1962, 580; vgl. auch O. Brenner, Prot.IGM 1960, 241.

230) Heinz Dürrbeck, Prot.IGM 1956, 148.

"die sich nach ihren fachlichen und betrieblichen Funktionen voneinander unterscheiden und die deshalb auch - im Rahmen der allgemeinen Arbeitnehmerinteressen - ganz reale Gruppeninteressen zu vertreten haben" 231).

Jedoch warnt die IGM davor, "neue künstliche Schranken innerhalb der Arbeitnehmerschaft aufzurichten" 232). Die IGM spricht von einem fließenden Übergang zwischen beiden Arbeitnehmergruppen 233), von einer Angleichung, die durch den Strukturwandel der Büros und Produktionsstätten bedingt sei:

"Der Arbeiter kann nicht mehr dadurch gekennzeichnet werden, daß er vorwiegend Muskelkraft verausgabt, und der Angestellte ist nur noch selten Unternehmiergehilfe...Eine auf überholten Privilegien und Standesbegriffen aufgebaute Sonderorganisation läßt sich auf die Dauer garnicht aufrechterhalten. Die Arbeitsbedingungen in der industriellen Gesellschaft gleichen sich immer mehr an" 234).

Diesen Angleichungsprozeß von Arbeitern und Angestellten verzögert jedoch, nach Ansicht der IGM, das Bewußtsein der Angestellten selber, die

"sich in ihrer Mehrheit stets als Mittelstand - losgelöst von der übrigen Arbeitnehmerschaft - betrachten und ein dementsprechendes Standesbewußtsein kultivieren" 235).

Das Angestelltenbewußtsein, insbesondere das gewerkschaftliche, sei hinter der Veränderung der realen Lage der Angestellten in der "technisierten Arbeitswelt" zurückgeblieben. Die Mehrheit der Angestellten halte auch heute an "Vorrechtsansprüchen und Illusionen" fest und habe ihre "soziale Situation und ihre Lage als Arbeitnehmer" noch immer nicht erkannt 236).

Außer an der Frage nach der Struktur der Arbeitnehmerschaft lassen sich auch bei der Frage nach der betrieblichen Sozialpolitik und ihren Wirkungen auf die Betriebsstruktur - zentrale Bedeutung hat dabei das Schlagwort von der "Betriebsfamilie" - qualitative Unterschiede in den Einstellungen von DAG und IGM nachweisen. Die Vorstellungen der IGM dazu sind, ebenso wie die

231) IGM, Gb.1962-64, 212; vgl. auch angenommener Antrag, Prot. IGM 1962, 580 f.; H.Dürrbeck, Prot.IGM 1965, 92.

232) H.Dürrbeck, Prot.IGM 1960, 123.

233) Vgl.ders., Prot.IGM 1965, 92.

234) O.Brenner, Prot.IGM 1960, 241 f.; vgl.auch H.Dürrbeck, Prot.IGM 1958, 113.

235) O.Brenner, Prot.IGM 1960, 241.

236) H.Dürrbeck, Prot.IGM 1962, 110 f.; vgl.auch ders., Prot. IGM 1965, 93; ders., Prot.IGM 1956, 148 ff.

zum Arbeiter-Angestellten-Verhältnis und zum Betrieb als solchem sowohl kritisch gegenüber den innerbetrieblichen Sozialverhältnissen als auch gegenüber "Ideologien", die sie rechtfertigen oder verschleiern helfen. Die IGM stützt sich dabei auf die Erfahrung, daß für die Arbeitnehmer der Gesamtzusammenhang "Betrieb" wegen der massiven Bewußtseinsbeeinflussung durch Massenmedien und Unternehmerschaft, aber auch aus eigener Schuld, nicht mehr voll transparent ist. Der Betrieb erscheint den Arbeitnehmern nicht mehr ohne weiteres so, wie er wirklich ist; ihnen wird ihre Objektrolle und ihre Abhängigkeit von den Inhabern der betrieblichen Herrschaftspositionen nicht oder kaum noch bewußt.

Auch heute besteht nach Ansicht der IGM "hinter der glänzenden Außenseite der modernen Fabriken und an den hochmechanisierten Arbeitsplätzen" die "Ausbeutung" fort, sosehr auch diese Tatsache den Arbeitnehmern durch ein "weitverbreitetes Wohlstandsbewußtsein" verdeckt sei ²³⁷⁾. Wie so oft, hält die IGM auch in diesem Punkt ihre eigene kritische Intention nicht durch und verfällt der Versuchung, auf traditionelle Stereotype ihres Gesellschaftsbildes zurückzugreifen und mit ihrer Hilfe soziale Zusammenhänge verkürzt zu interpretieren. Die innerbetrieblichen Machtstrukturen treten, so behauptet die IGM andererseits, auch heute noch so offen zutage, daß sie im Bewußtsein der Arbeiter und Angestellten als solche durchsichtig bleiben. Die Arbeitnehmer spürten "in den Betrieben unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise täglich ihre Abhängigkeit und Fremdbestimmtheit" und seien daher fähig, ihre wahren Interessen und ihre soziale Lage zu erkennen und entsprechend ihr Verhalten einzurichten ²³⁸⁾. Im Betrieb kristallisierten sich die - objektiven und subjektiven-Interessen der Arbeitnehmer als einer sozialen Klasse heraus. Der Betrieb wird von der IGM als gleichsam pars pro toto des "kapitalistischen" Wirtschafts- und Gesellschaftssystems und seiner Antagonismen verstanden, nicht als "soziale Oase" oder als Ort der Befriedigung "menschlicher Interessen" ²³⁹⁾. Das Arbeits-

237) O.Brenner, Prot.IGM 1960, 300.

238) F.Strothmann, Prot.IGM 1965, 86.

239) Ders., Prot.IGM 1956, 138.

erlebnis und die dabei gewonnenen Erfahrungen durchbrechen auch unter gegenwärtigen Bedingungen - Massenwohlstand, Human Relations und Meinungsmanipulation - den ideologischen Schleier, der über dem Betrieb als gesellschaftlicher Basis liegt.

"Die Ideologie von der harmonischen Gesellschaft, der freien Wirtschaft, der innerbetrieblichen Demokratie und Partnerschaft wird nirgends so deutlich widerlegt wie in der Wirklichkeit des Betriebs. Die Gegensätze zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern treten hier noch unverhüllt in Erscheinung" 240).

Einschränkend heißt es an anderer Stelle:

"In der Praxis des betrieblichen Lebens gibt es eine solche Partnerschaft nicht. Immer wieder wird in Konfliktsituationen die Macht- und Rechtsungleichheit deutlich" 241).

Ohne fremdes Zutun wirkt das Arbeitserlebnis, so die Prämisse der IGM, stets von neuem einer "ideologischen" Desorientierung der Arbeitnehmer entgegen. Das gelte insbesondere für die "Betriebliche Sozialpolitik" der Arbeitgeber, die den Interessenkonflikt von Kapital und Arbeit nicht aufzuheben vermöge 242). Das Arbeitgeberverhalten der Belegschaft gegenüber sei so eindeutig von den Normen der Profitmaximierung "objektiv" determiniert, daß ein davon abweichendes Verhalten nur "ideologisch", nur Oberflächenphänomen sein könne. Oder aber es gelingt den Arbeitnehmern und ihren Vertretern, von der Betriebsleitung Zugeständnisse, wie etwa die "Soziale Betriebsgestaltung", zu erzwingen 243). Daß sich solche Zugeständnisse auch in Instrumente unternehmerischer Betriebspolitik verwandeln können, ist der IGM durchaus klar. Die "angebliche Harmonie zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer" 244), die von Unternehmerseite propagiert werde, und "alles Gerede von Partnerschaft, Betriebsgemeinschaft, alle Mitarbeiterideologie" könnten

"nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Arbeitnehmer im Regelfall Objekt eines hierarchischen Systems ist...Zu den allgemeinen Abhängigkeiten kommen im modernen Industriebetrieb noch spezielle. Sie greifen zum Teil tief in das Privatleben

240) G.Benz, Friede durch eine bessere Gesellschaft, Referat auf der 7.Jugendkonferenz der IG Metall am 6./7.Mai 1965 in Hamburg (Broschüre), 10.

241) F.Strothmann, Prot.IGM 1965, 87.

242) Ders., Prot.IGM 1956, 139.

243) O.Brenner, Prot.DGB 1956, 355.

244) Entschliebung, Prot.IGM 1960, 322.

des einzelnen Arbeitnehmers ein. Ich denke dabei nur an Dinge wie Werkwohnungen, den Werkshandel, die Werkspension, das Treuegeld. Alles das führt zu lebenslangen Bindungen, die im Einzugsgebiet der Großbetriebe besonders stark zutage treten" 245).

Hinter solchem Entgegenkommen der Arbeitgeber vermutet die IGM handfeste Interessen und wirtschaftliche Notwendigkeiten:

"In vielen Betrieben hat zwar ein neuer, freundlicherer Ton die gewohnte Härte und Unpersönlichkeit abgelöst. - 'Warum auch die Henne töten, die goldene Eier legt?' Daraus aber auf eine grundsätzliche Wandlung der Prinzipien des Kapitalismus und seiner Beziehungen zum Faktor 'menschliche Arbeitskraft' schließen zu wollen, ist lächerlich. Die 'weiche Welle' in den Betrieben ist in der Hauptsache auf die im Zuge der Konjunkturentwicklung eingetretene Verknappung der Arbeitskräfte zurückzuführen" 246).

Die IGM kritisiert das Betriebsverfassungsgesetz, weil es von der Annahme ausgehe, daß "die Interessenharmonie zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer der natürliche Zustand der Dinge" sei 247). Immer wieder konfrontiert die IGM Schlagworte wie die von der "Betriebsgemeinschaft" mit der betrieblichen Realität, deren Widersprüche, ihrer Ansicht nach, nicht durch Befriedungstechniken und Propaganda verhüllt werden können. Interessenkonflikte und soziale Antagonismen zwischen Kapital und Arbeit beherrschen die betriebliche Realität so sehr, daß nur ein grundlegender Wandel des Arbeitnehmerstatus einen Wandel der Betriebsstruktur selbst herbeiführen kann. Solange der "arbeitende Mensch" nicht die Chance erhalte, "sein Schicksal, seine Arbeitswelt selbst mitzubestimmen", also "mündig" werde, bleibe die Parole vom "sozialen Kapitalismus" und vom Ende des Kapitalismus bloße Ideologie 248).

Ihre kritische Deutung der Betriebsverfassung, die sie stets in den Gesamtzusammenhang ihrer Gesellschaftskritik stellt, entwickelt die IGM als eine militante Polemik gegen alle jene Anschauungen, die die innerbetrieblichen Gegensätze hinter der Vorstellung des Betriebs als einer "Gemeinschaft" partnerschaft

245) O.Brenner, Gewerkschaftliche Dynamik, a.a.O., 127.

246) F.Strothmann, Prot.IGM 1960, 129.

247) O.Brenner, Prot.IGM 1962, 244.

248) Ders., Gewerkschaftliche Dynamik, a.a.O., 127.

249) F.Strothmann, Prot.IGM 1956, 138.

lich aufeinander bezogener Produzenten zurücktreten lassen. Der Wandel der Arbeitsorganisation und der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer entwertet für die IGM nicht die Vorstellung des mündigen Arbeitnehmers und einer seine Freiheit und seine Interessen wahren Wirtschafts- und Sozialordnung. Was die IGM als Lösung der bestehenden sozialen Gegensätze der Formel von der "sozialen Befriedung" entgegenstellt, muß als Kritik auch der Betriebspolitik anderer Gewerkschaften, namentlich der DAG, verstanden werden. So wendet sich die IGM gegen

"die Ideologie des sozialen Aufstiegs, den angeblich jeder schaffen kann, wenn er nur recht tüchtig ist und wenn er nur den Unternehmern vertraut" 250).

Daß die DAG ihrem Gesellschaftsbild das Leistungsprinzip und einen vorindustriellen Arbeitsbegriff zugrundelegt, läßt diesen Vorwurf berechtigt erscheinen. Erst neuerdings hat sie sich dagegen gewandt, sich den Betrieb als "Familie" vorzustellen ²⁵¹), allerdings ohne sich von ihrer Konzeption des Betriebes als einer hierarchisch gegliederten "Leistungsgemeinschaft" zu distanzieren. Innerbetrieblicher Konflikt besitzt für sie - auch nicht als kanalisierter - keinerlei Relevanz, wohl aber dann, wenn sie sich konkret mit der realen Arbeitnehmersituation befaßt. Die DAG kritisiert, ebenso wie die IGM, wenn auch aus anderen Gründen, die freiwilligen Sozialleistungen der Unternehmer.

"Wir sind nach wie vor energische Gegner aller Bestrebungen, den Angestellten auch außerhalb der Arbeitszeit so an den Betrieb zu ketten, daß dieser das Privatleben mehr und mehr überwehrt. Wir wünschen nicht die Betriebsfamilie und das Züchten einer vom Betrieb her bestimmten Einbahnstraßengesinnung...Wir wollen weder den totalen Staat noch den totalen Betrieb" 252).

Ebenso wie für die IGM dient auch für die DAG die "Betriebliche Sozialpolitik" der Arbeitgeber dem Zweck, die Arbeitnehmer in zusätzliche Abhängigkeiten zu bringen. Diese Intention

250) G.Benz, Friede durch eine bessere Gesellschaft, 10.

251) Vgl. R.Spaethen, in: E.W.Mänken u.H.Mundorf, Gespräch mit R.Spaethen, 31.

252) Ders., Der Angestellte, Nr.6/7 (1961), 3.

greift die DAG freilich nicht als Verschleierungs- und Manipulationsmanöver der Arbeitgeber an, sondern im Rahmen ihrer Kritik industrieller Arbeit überhaupt. Ihre Kritik an der "Betrieblichen Sozialpolitik" basiert die DAG wiederum auf der Prämisse, Privat- und Arbeitssphäre ließen sich auch unter den Bedingungen industrieller Produktionsweise scharf voneinander trennen.

"Die Grenzen der betrieblichen Sozialpolitik liegen...da, wo die Persönlichkeit des einzelnen über das Wesen der Arbeit hinaus in den Dienst des Unternehmens gestellt wird" (253).

Wenn schon der einzelne nicht mehr wie einst seine Arbeitsbedingungen selber festzulegen vermag, so soll sich doch seine "Persönlichkeit" außerhalb der Arbeitszeit frei entfalten können. Was zunächst als radikale Kritik an den heute typischen Betriebsstrukturen erscheint - die angesichts der Eigentumslosigkeit der Arbeitnehmer von der DAG erhobene Forderung nach Verwirklichung des Leistungsprinzips als einzigem Kriterium sozialer Differenzierung - , das erweist sich nun als weit weniger tiefgreifend: als Kritik an der absoluten ökonomischen Abhängigkeit der Arbeitnehmer vom Betrieb. Der einzelne Arbeitnehmer soll nicht vollkommen in der Betriebs-"gemeinschaft" aufgehen; er soll weiterhin über einen eigenen Freiheitsraum, über eine Privatsphäre verfügen können. Mehr noch: Auch der "Beruf" des Angestellten gilt der DAG als eine nicht rein sozioökonomisch determinierte Größe, sondern als ein noch heute intakter Ausdruck individueller Persönlichkeit und ihrer Entfaltung. Wesentlich ist für die DAG der "Beruf" des einzelnen Arbeitnehmers, nicht die Aufhebung seines abhängigen, entfremdeten Status.

"In der Zukunft wird der Beruf, mehr noch als früher, zu dem entscheidenden gesellschaftspolitischen Zentrum" (254).

Dennoch ist in dem, was die DAG als die von Arbeitgeber, Arbeitern und Angestellten gebildete "betriebliche Leistungsein-

253) DAG, Staat, Wirtschaft, Gewerkschaft, 38; vgl. auch R. Spaethen, in: E.W.Mänken u.H.Mundorf, Gespräch mit R. Spaethen, 30 f.

254) H.Katzbach, Tb.DAG 1967, 111.

heit" und als "sozialen Organismus" begreift, das "Gemeinschafts"-Moment insofern vorrangig gegenüber dem "Beruf", als die DAG den Beruf als "Dienst" an der "Gemeinschaft" versteht. Die hierarchische Gliederung des Betriebes bedingt in ihrem Bewußtsein das Bestehen einer umfassenden Totalität "Betrieb".

Es zeigt sich im Gesellschaftsbild der DAG ein unübersehbarer Widerspruch zwischen ihren Ausgangspostulaten, die ein fest-umrissenes Vorstellungssyndrom vom Betrieb "an sich" bilden, und ihrer Bereitschaft zur Hinnahme bestehender Eigentums-, Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse, deren Mängel, soweit sie sich ihrer überhaupt bewußt wird, sie durch Trennung von Arbeitnehmerrolle und "Persönlichkeit" zu begegnen sucht. Ihre mit der der IGM veithin übereinstimmende Deutung der ökonomischen Lage der Arbeitnehmer harmoniert nicht mit den Konsequenzen, die sie daraus, in Anlehnung an ihre Vorstellung vom Betrieb als "Leistungsgemeinschaft" und "Organismus", als Postulate für die Veränderung der bestehenden Betriebsverfassung zieht. Statt das zu tun, was angesichts ihres Hauptziels - die Realisierung des Leistungsprinzips - folgerichtig wäre, d.h. die Forderung nach einer grundlegenden Veränderung des Arbeitnehmerstatus zu stellen, sucht die DAG die "Persönlichkeit" zu retten. Die Anerkennung des status quo der Wirtschafts- und Sozialordnung, die Fixierung an Vorstellungen von sozialer Harmonie und Statik und ihre vorindustriellen Arbeits- und Wertvorstellungen, die eine persönliche Beziehung des Arbeitnehmers zum Arbeitgeber implizieren, hindern die DAG an einem solchen Schritt.

Ebenso wie die betriebliche Sozialstruktur wird auch die Beziehung von Betrieb und Gesellschaft, d.h. die ökonomische und gesellschaftliche Rolle des Betriebes, von der DAG nicht unterm Konfliktaspekt verstanden, sondern organizistisch: Betriebliche bringen nicht gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse hervor. Der Betrieb ist nicht Ausgangspunkt und Ursache sozialer Konflikte, vielmehr fügt er sich wert- und "gemeinschafts"-bildend in die hierarchisch konzipierte Gesamtgesellschaft ein.

Der industrielle Charakter der Produktionsweise wie auch die Konzentration von Eigentum und Verfügung über Produktionsmittel bei einer Minorität führen im Bewußtsein der DAG nicht zu permanentem innerbetrieblichen Konflikt und Interessengegensatz. Durch Verlagerung der für die bestehende Wirtschafts- und Betriebsverfassung charakteristischen Bedingungen auf die Wertebene sucht die DAG ihre Idealvorstellungen von Betrieb und Gesellschaft mit der sozialen Realität zu vermitteln. Auf diese Weise werden Abhängigkeitsverhältnisse als Abweichungen von Werten interpretiert, die, gleichsam als "Ideale", der unvollkommenen betrieblichen Realität entgegengehalten werden, ohne sie doch grundlegend in Frage zu stellen. Dagegen sucht die IGM aus dem, was sie, übereinstimmend mit der DAG, als abhängige Arbeit und Ausbeutung begreift, eine generelle Kritik der bestehenden sozioökonomischen Strukturen und die Forderung nach ihrer Veränderung zu entwickeln.

4. Politische Demokratie und Staat

Von der BSE, DAG und IGM werden die Kategorien "politische Demokratie" und "Staat" teils synonym verwendet, teils aber auch deutlich voneinander unterschieden; entweder wird "Staat" der "politischen Demokratie" übergeordnet, oder aber, umgekehrt, "politische Demokratie" als umfassendere Kategorie verstanden, die das Bestehen eines Staates voraussetzt, nicht aber mit ihm identisch ist. Wenn im folgenden erst das Demokratie- und dann das Staatsverständnis der Gewerkschaften expliziert wird, so bedeutet diese Reihenfolge keine Vorwegnahme der Ergebnisse der Analyse. Beide Kategorien gehören in den Kontext der Frage, durch welche Ziele und Prinzipien das politische System der BRD definiert werden kann oder - normativ - an welchen Zielen und Prinzipien es ausgerichtet sein sollte. Daher lassen sich beide Kategorien nur in unmittelbarem Bezug aufeinander behandeln.

In engem Zusammenhang mit dem pluralistischen Strukturmuster im gewerkschaftlichen Gesellschaftsbild steht die Vorstellung,

politische Demokratie funktioniere wie eine Art Kräfteparallelogramm, an dem unterschiedliche soziale Interessen beteiligt sind, aus denen im Wege des Kompromisses, des "freien Spiels der Kräfte", die optimale Entscheidung - "optimal" in Hinblick auf das "Gemeinwohl" und die Partikularinteressen - als Resultante hervorgeht. Dieses Demokratieverständnis wird konstituiert einerseits durch die Prämisse, es gebe in der bestehenden Gesellschaft unterschiedliche - allerdings nicht antagonistische - Interessen, die auch im Prozeß der politischen Willensbildung wirksam werden, und andererseits durch die Funktionsbedingung, daß bei allen an der politischen Auseinandersetzung Beteiligten die Bereitschaft zur Einhaltung bestimmter formaler Regeln, wie sie im Grundgesetz der BRD festgelegt sind, und zur gegenseitigen Tolerierung besteht. - Davon zu unterscheiden ist ein gewerkschaftliches Demokratieverständnis, das, ausgehend von der Vorstellung, die bestehende Gesellschaft sei durch antagonistische Klassen- und Interessengegensätze geprägt, den sozialen Antagonismus ins politische System der Gesellschaft überträgt, das als Ausdruck gesellschaftlicher Machtverhältnisse begriffen und im Gegensatz stehend zu einer politischen Demokratie gesehen wird, die die objektiven Interessen der Bevölkerungsmehrheit realisiert; dieses Demokratieverständnis verwirft die Annahme, mit der formalen Einhaltung demokratischer Prinzipien sei notwendig die Realisierung des Gemeinwohls, was immer darunter zu verstehen ist, gegeben.

Im Spannungsfeld dieser beiden Varianten gewerkschaftlichen Demokratieverständnisses sollen nun die Einstellungen der drei Gewerkschaften dazu untersucht werden. Beide, hier idealtypisch definierte, Begriffe entsprechen den beiden Begriffen "formale" und "reale" Demokratie, die für die politische Bewußtseinsbildung der westdeutschen Gewerkschaften wesentlich sind. Ausserhalb dieser Alternative liegt ein Verständnis des politischen Systems, das primär auf den "Staat" als umfassenden Ausdruck der Gesellschaft zurückgreift, während die Frage nach dem Charakter der gleichsam "idealen" und der bestehenden Ver-

fassung der politischen Demokratie nur sekundäre Bedeutung erhält.

Das Gesellschaftsbild der BSE enthält einen auf das pluralistische Verständnis von politischer Demokratie verweisenden Begriff politischer Willensbildung²⁵⁵⁾. Es knüpft dabei unmittelbar an ihre Deutung des bestehenden sozialen Systems im Sinne des pluralistischen Strukturmusters an. Die BSE geht davon aus,

"daß es in der Gesellschaft nicht nur unterschiedliche Auffassungen und Gesinnungen, sondern daß es auch unterschiedliche Interessen gibt und erkennt an, daß in einer demokratischen Ordnung immer der die Macht im Staat ausübt, der über die Mehrheit verfügt, die aus einer freien Wahl hervorgegangen ist" 256).

"Freie Wahlen" sollen ein adäquates Mittel zur Integration konkurrierender Einzelinteressen und -meinungen zu einem Gesamtwillen aller Bürger sein, indem sich das Mehrheitsvotum mit ihrer Hilfe durchsetzt. Voraussetzung für "freie Wahlen" ist die Existenz divergierender sozialer Interessen, die sich bruchlos in politische umsetzen lassen. Das Demokratieverständnis der BSE wird von der Annahme bestimmt, politische Demokratie sei in der "Massengesellschaft" von heute nur als repräsentative möglich, in der der politische Wille der Bürger in einmaligen, periodischen Wahlakten in das politische System der Gesellschaft transferiert wird; das bedeutet - negativ - die Ablehnung eines Demokratieverständnisses, für das politische Willensbildung auf kontinuierlicher Partizipation der Bevölkerung am politischen Entscheidungs- und Willensbildungsprozeß basiert. Die BSE versteht politische Demokratie als diskontinuierlichen und auf dem Delegationsprinzip beruhenden Prozeß, mit dessen Hilfe der politische Wille jedes einzelnen Bürgers Eingang in das politische System findet, um dann von Volksvertretung und Regierung repräsentiert zu werden.

255) Daß im folgenden fast ausschließlich auf Äußerungen des früheren BSE-Vorsitzenden Georg Leber rekuriert wird, erklärt sich daraus, daß andere Äußerungen der BSE kaum oder überhaupt nicht politische Themen behandeln; das gilt vor allem für die Entschlüsse ihrer Gewerkschaftstage.

256) G.Leber, Prot.BSE 1963, 257.

"Jeder Bürger in diesem Lande, auch der Arbeitnehmer, muß sich daran gewöhnen, daß er vier Jahre lang so regiert wird, wie er am Wahltag selber entschieden hat" 257).

Während der Legislaturperiode, nach Abschluß der Legitimierung der Volksvertretung durch das souverän entscheidende Volk, ist der Bürger am Prozeß politischer Entscheidung unbeteiligt und fällt wieder in eine Objektkontrolle zurück. Die Möglichkeit der permanenten Bestätigung und Kontrolle der politischen Entscheidungsinstanzen durch das Volk ist in diesem Konzept überaus gering. Es impliziert, daß Parlament und Regierung während der Legislaturperiode jenem Auftrag gemäß handeln und handeln können, der ihnen im Wahlakt aufgegeben worden ist; das Problem der Entfremdung von Volksvertretung - und damit politischer Macht überhaupt - und Volk besteht für die BSE, im Unterschied zu den beiden anderen Gewerkschaften, nicht.

Ebenso wie die BSE scheint die IGM davon auszugehen, daß nicht nur auf gesellschaftlicher, sondern auch auf politischer Ebene das Austragen von Interessen- und Meinungsgegensätzen die notwendige Bedingung einer freiheitlichen Gesellschaft ist.

"Wir sind die letzten, die sich darüber aufhalten würden, daß in einer demokratischen Ordnung Kompromisse geschlossen werden. Denn schließlich beruht die ganze Ordnung in einer Demokratie auf einem Kompromiß zwischen widerstreitenden gesellschaftlichen Interessen und Kräften" 258).

Andere Äußerungen der IGM lassen Zweifel daran aufkommen, daß sie, wie die BSE, politische Demokratie als pluralistische begreift. Selbst die BSE ist sich ihres Vertrauens in das konsequent demokratische und dem Wählervotum gemäß Handeln von Parlament und Regierung nicht immer sicher. Die politische Demokratie müsse, fordert sie, "auf dem Willen der Bürger" beruhen 259) und dürfe nicht als "Einbahnstraße" funktionieren 260). Weder dürfe der Bürger durch "bürokratische Techniken" "reglementiert" und "entpersönlicht" werden, noch sich selbst der Verantwortung gegenüber dem Staat entziehen 261). Trotz dieser

257) G. Leber, Prot.BSE 1966, 319.

258) O. Brenner, Metall, Nr.23 (1961), 2.

259) G. Leber, Prot.BSE 1963, 257.

260) Ders., Prot.BSE 1966, 314.

261) Ders., ebenda, 314.

Postulate aber hält die BSE daran fest, daß das Delegationsprinzip, verbunden mit periodischen Wahlakten, die Identität des souveränen Volkes und seiner Interessen mit den Trägern der politischen Entscheidungsgewalt und ihren Interessen gewährleisten könne.

Auch die IGM meint, politische Demokratie dürfe keine "Einbahnstraße" sein, weil

"das Volk nicht nur einmal in vier Jahren sich über die politischen Fragen und zwischen den verschiedenen Parteien entscheiden soll, sondern ununterbrochen die Regierung kontrollieren muß" 262).

Während aber die BSE den Wahlakt und damit die demokratische Partizipation des Volkes an den politischen Entscheidungsprozessen als periodische, einmalige Handlung definiert, bedeutet für die IGM Demokratie "ununterbrochene" Kontrolle der Gewählten durch die Wählenden.

"Eine funktionierende Demokratie besteht also im Wechselspiel zwischen Wählern und Gewählten, zwischen Übertragung von Verantwortung an die Exekutive und Rechtfertigung der Tätigkeit der Exekutive vor den Wählern. Nur in diesem Sinn ist Demokratie keine Einbahnstraße" 263).

Deutlicher noch formuliert die IGM ihre Kritik an der "Formaldemokratie", wenn sie in der BRD die Tendenz

"zur Beschränkung der Teilnahme am politischen Leben auf einige wenige Wahlen und zur politischen Passivität der Staatsbürger während der übrigen Zeit" 264)

zu erkennen glaubt. Funktionierende und reale politische Demokratie begreift die IGM als "demokratische Teilhabe aller an jeder Phase des Gemeinschaftslebens", die aber die Mündigkeit des Bürgers und Wählers, also auch sein entwickeltes gesellschaftliches Bewußtsein, voraussetze²⁶⁵⁾. Eher als die Vorstellungen vom formalen Ablauf des demokratischen Prozesses sind die Akzente, die die BSE und IGM setzen, für ihre Einstellungsunterschiede relevant. Bei der BSE liegt der Akzent auf der Trennung des Bereichs politischer Entscheidung von dem Bereich, in dem das Volk politisch handelt, die nur periodisch

262) O. Brenner, Prot. IGM 1958, 265 f.

263) Ders., ebenda, 266.

264) Ders., Prot. IGM 1962, 227.

265) Ders., Gewerkschaftliche Dynamik, a.a.O., 80.

überbrückt wird, bei der IGM hingegen auf der Wechselwirkung beider Bereiche. Im ersten Fall gelten die Institutionen der politischen Demokratie, sosehr sie letztlich der Legitimierung durch den Volkswillen bedürfen, als relativ autonom, im zweiten Fall dagegen bleiben sie ständig der Kontrolle durch das Volk und seinem politischen Willen ausgesetzt. Beide Gewerkschaften gehen von der Notwendigkeit des Delegationsprinzips aus. Aber nur die IGM bezieht die Willensbildungsprozesse der Gesellschaft mit ein, die außerhalb der politischen Parteien, d.h. in (öffentlichen) Verbänden und anderen Zusammenschlüssen von Bürgern ablaufen. Politische Demokratie wird von der IGM denkbar weit gefaßt: Sie soll sich nicht auf eine "rein repräsentative Demokratie" ²⁶⁶⁾ beschränken.

Konkret äußert sich diese Divergenz im Demokratieverständnis von BSE und IGM in der Bewertung der politischen Praxis der BRD. Die BSE sieht ihr eigenes Demokratieverständnis durch die politische Realität erfüllt und versteht sich, wie übrigens auch die DAG, als Bejägerin "unseres demokratischen Staates" ²⁶⁷⁾. Für die IGM jedoch, die sich ebenfalls zur Verfassungsordnung des Grundgesetzes bekennt (darauf ist später noch genauer einzugehen), entspricht die politische Praxis der BRD nicht oder nur ungenügend "demokratischen" Prinzipien. Der Demokratiebegriff und die gesellschaftspolitischen Erwartungen, die die IGM dieser Kritik zugrundelegt, widersprechen ihrem Bekenntnis zum politischen Kompromiß als notwendiger Bedingung politischer Willensbildung.

"Verwirklichung einer Gesellschaft freier und gleichberechtigter Menschen, Ersetzung des Prinzips der Konkurrenz, des gesellschaftlichen Ringens der sozialen Gruppen um Macht und Einfluß durch das Prinzip der Solidarität, des gemeinschaftlichen Miteinanderwirkens aller arbeitenden Menschen. Nur wenn es gelingt, eine wahrhaft demokratische Ordnung zu schaffen, wird die Freiheit des einzelnen wie die Freiheit der Gemeinschaft gesichert sein" ²⁶⁸⁾.

Dagegen intendiert die BSE in ihrem Demokratieverständnis primär soziale und politische Stabilität. Das erweist sich daran,

²⁶⁶⁾ O.Brenner, Prot.IGM 1960, 215.

²⁶⁷⁾ G.Leber, Prot.BSE 1966, 314.

²⁶⁸⁾ Abgelehnter Antrag der IGM, Prot.DGB 1963, 281.

wie sie die für sie zentrale Kategorie des "Konflikts" auf die politische Demokratie anwendet. Da im Parlament heterogene gesellschaftliche Interessen repräsentiert sind, wie die BSE annimmt, muß es dort notwendig zu einem permanenten Widerstreit politischer Haltungen und Ziele kommen.

"Donnergrollen gehört zu den Wesensmerkmalen der Demokratie ...Es ist jedenfalls besser, es donnert beim Austragen verschiedenartiger Interessen in der freien Gesellschaft, als daß das Donnergrollen der Gesellschaft sich gegen den Staat richtet" 269).

Dem Staat, von der BSE verstanden als die für alle verbindliche politische Grundordnung der res publica, ist ein vorpolitischer Raum vorgelagert, in dem divergierende gesellschaftliche Interessen aufeinandertreffen und durch allgemein anerkannte Regeln für das Auffinden von Kompromissen und durch Institutionalisierung kanalisiert werden, bis schließlich ein Kompromiß erzielt worden ist. Dadurch bleibt der Staat, gleichsam als "ruhender Pol", außerhalb des sozialen Konflikts und kann ungestört seine Aufgabe erfüllen, die Integration der gegensätzlichen Einzel- und Gruppeninteressen zu einem Gesamtwillen der Gesellschaft zu garantieren. Die politische Willensbildung soll den politischen Institutionen (Parteien, Parlament, Regierung) vorbehalten bleiben, während die Aufgabe, die bestehende demokratische Grundordnung zu erhalten und zu schützen, auch den im vorstaatlichen Raum agierenden sozialen Gruppen zufällt 270).

Das Demokratieverständnis der BSE kristallisiert sich auch an der Frage nach der Funktion und Bedeutung der politischen Opposition heraus. Während die IGM die unbeschränkte "Möglichkeit der Kritik" als "eines der wesentlichsten Merkmale..., das demokratische vom diktatorischen System zu unterscheiden", betrachtet 271), kritisiert die BSE, aus dem Habitus der "Staatsbejahung" und Bereitschaft zu "positiver Mitarbeit" heraus, die

269) G.Leber, Prot.BSE 1966, 315.

270) Ders., Prot.DGB 1966, 292; vgl. auch ders., Prot.BSE 1966, 319.

271) O.Brenner, Prot.IGM 1965, 414.

"Bestrebung, Mißtrauen gegen die staatliche Ordnung zu säen, in der wir sind. Da wird nicht getrennt zwischen der Regierung, die man kritisieren darf, und dem Gemeinwesen, in dem wir sind, dem Staat. Kollegen, ich warne vor einer solchen Haltung" 272).

In der gegensätzlichen Definition dessen, wogegen opponiert werden darf und wogegen nicht, spiegelt sich ein gegensätzliches Verständnis politischer Demokratie im allgemeinen wider. Gerade diese Differenz begründet Unterschiede im gewerkschaftlichen Selbstverständnis.

Das Demokratieverständnis der DAG ist nur zum Teil mit dem der BSE und IGM vergleichbar. Ein wesentliches Element ihres politischen Bewußtseins - es fehlt bei den beiden anderen Gewerkschaften vollkommen - bildet ihr elitäres Bewußtseinspotential. Von der Zuordnung der Bürger zu "Elite" und "Masse" muß notwendig die Definition ihrer politischen Rolle abhängen. Das Demokratieverständnis der DAG scheint zunächst primär am Individuum und seinem Wohl einerseits und an der Aufrechterhaltung von "Ordnung" im Gemeinwesen andererseits fixiert zu sein. Weder beschränkt sich für sie Demokratie auf die "formale", noch sucht sie die beiden Bereiche der Legitimation und der Ausübung politischer Herrschaft konsequent im Rahmen einer radikaldemokratischen Konzeption politischer Demokratie wieder zusammenzuführen.

Vorab aber teilt die DAG mit den beiden anderen Gewerkschaften ein gewisses politisches Grundverständnis. Wie sie, betont auch die DAG die Notwendigkeit repräsentativer Demokratie in der "Massengesellschaft" 273). Abgesehen davon aber weichen ihre Vorstellungen von politischer Demokratie von denen der beiden anderen Gewerkschaften deutlich ab. Bei der DAG soll politische Demokratie vor allem der Verwirklichung, Sicherung und Maximierung individuellen Wohls dienen. Mit Hilfe der "demokratischen Lebens- und Gesellschaftsform" soll "allen Menschen Freiheit, wirtschaftliche Sicherheit und soziale Gerech-

272) G.Leber, Prot.BSE 1966, 390.

273) Vgl.H.Spaethen, Tb.DAG 1951, 167; vgl. auch DAG, Staat, Wirtschaft, Gewerkschaft, 8.

tigkeit" gewährleistet werden ²⁷⁴⁾. Das aber bedeute gleichzeitig,

"jedem Staatsbürger ohne Rücksicht auf seine Herkunft jene Mindestchance zu geben, die erforderlich ist, um ihn zur Entfaltung seiner Persönlichkeit kommen zu lassen" ²⁷⁵⁾.

Politische Diktatur versteht die DAG nicht als Herrschaft einer Minderheit über eine Mehrheit, sondern als Herrschaft der "Masse" über Individuen. "Wo Diktatur herrscht, gedeiht die Masse und die Macht des Primitiven" ²⁷⁶⁾. Das aber muß jede Chance zur Persönlichkeitsentfaltung zunichtemachen, in der für die DAG der Sinn von Demokratie letztlich besteht. Demokratie hat, in ihrer umfassenden Bedeutung, den Zweck, dem Individuum die Möglichkeit zu geben, seine Interessen so frei wie möglich geltend zu machen; daran aber würde es durch eine Diktatur gehindert. Zugleich erlaubt die Demokratie eine Kontrolle der Volksvertretung und Regierung durch die Bürgerschaft. Eine Regierung, die den "Willen breiter Volkskreise" mißachtet, erhalte

"bei einer Neuwahl die Quittung. Das ist das großartige Ventil der Demokratie und der entscheidende Unterschied zu jeder Art von Gewaltherrschaft" ²⁷⁷⁾.

Mit anderen Worten: Politische Demokratie soll nicht nur den Willen der einzelnen Bürger realisieren und zu einem Gesamtwillen integrieren, sondern auch die "Masseninstinkte" zügeln, indem sie sie in die vorgegebenen Bahnen der verfassungsmäßigen Ordnung leitet; dadurch soll zugleich die Abhängigkeit der politischen Institutionen vom Volk gesichert sein. Politische Demokratie trägt, als "Vollzugsinstrument und Ordnungsfaktor" ²⁷⁸⁾, zur Stabilität des "Ganzen" bei.

Die DAG sieht also in der durch demokratische Legitimation und Kontrolle gegebenen Identität von Volk und "Staatsführung" das wichtigste Merkmal politischer Demokratie, durch die sich das subjektive Interesse jedes einzelnen wie auch des gesell -

274) F.Rettig, Tb.DAG 1954, 27.

275) DAG, Staat, Wirtschaft, Gewerkschaft, 35.

276) F.Rettig, Tb.DAG 1954, 24.

277) DAG, Staat, Wirtschaft, Gewerkschaft, 72; vgl. auch R. Spaethen, Bildung, Ausbildung und Gewerkschaften, 14.

278) DAG, Staat, Wirtschaft, Gewerkschaft, 35.

schaftlichen "Ganzen" verwirklicht. Der periodisch vollzogene Wahlakt hat die Funktion, diese Identität herzustellen. Die politischen Verhältnisse in der BRD entsprechen im Bewußtsein der DAG nahezu ganz ihren eigenen Erwartungen:

"Heute sind wir...dem Ziel der demokratischen Ordnung erheblich nähergerückt; eine unabhängige Rechtsprechung wacht über die Einhaltung der Grundrechte des Volkes, über die Verfassungsmäßigkeit der Gesetze. Die Verwaltung begreift sich in zunehmendem Maße als Erfüllungsgehilfe primär des Volkes u n d der von ihr abhängigen Regierung" 279).

Doch äußert die DAG auch Unbehagen an manchen, ihrem Demokratieverständnis entgegengesetzten Erscheinungen in der BRD. Politische Demokratie beurteilt sie von den politischen Grundrechten her, die jedem Bürger in einem solchen System zustehen. Politische Demokratie, die das maximale Glück aller Bürger und den Zusammenhalt ihrer "Gemeinschaft" gewährleistet, bedingt die aktive Teilnahme jedes einzelnen an der Sicherung und Weiterentwicklung des Gemeinwesens. Demokratie ist für die DAG ein allgemein-gesellschaftliches Prinzip, weniger eine Regierungsform als ein "Lebensstil, der sowohl den persönlichen Bereich wie das öffentliche Leben prägen muß" 280). Sie verurteilt ein "lediglich politisch-institutionelles" Verständnis von Demokratie 281). Basis der Demokratie ist der in seinem Handeln am eigenen wie am Allgemeinwohl orientierte Bürger. Er hat "verantwortungs- und pflichtbewußt" zu sein, damit "für alle soziale Sicherheit, Freiheit und kulturelle Höherentwicklung" möglich werden 282). Das entspricht dem Bild des Demokraten, das die BSE entwirft: Nicht auf das kritische Bewußtsein gesellschaftlicher Verhältnisse, wie für die IGM, sondern auf die Wertgebundenheit des einzelnen kommt es an 283). Zur Basis politischer Demokratie gehört aber auch die "Selbstverwaltung" der Bürger überall dort, wo sie ihre eigenen Interessen unter Ausschluß des Staates wahrnehmen können 284). Im Be-

279) R.Spaethen, Bildung, Ausbildung und Gewerkschaften, 31.

280) Ders., ebenda, 32.

281) Ders., Tb.DAG 1963, 93.

282) F.Rettig, Tb.DAG 1954, 24.

283) Vgl.R.Spaethen, Tb.DAG 1963, 104.

284) H.Katzbach, Tb.DAG 1967, 111.

wußtsein der DAG gehört zur Demokratie notwendig Meinungs- und Pressefreiheit als ihr wesentliches Stimulans, das sie am Leben erhält - bis in alle "Gliederungen" der Gesellschaft hinein 285). Die DAG orientiert sich am "mitdenkenden, mitarbeitenden und mitbestimmenden Bürger" - am freien Bürger also, nicht am Untertan. Darin sieht sie "Sinn und Zweck der politischen Ordnung, die wir Demokratie nennen" 286).

Diese politische Ordnung aber ist im Bewußtsein der DAG in der heutigen Gesellschaft gefährdet. Die Freiheitsrechte des Bürgers werden in der sozialen Realität von der Entfremdung der politischen Institutionen und ihrer Amtsträger von den Bürgern, zu der das Entstehen der "Massengesellschaft" und des "perfekten Verwaltungsstaats" führt, außer Funktion gesetzt. Die Entmündigung des Bürgers durch Staat und Staatsbürokratien stellt die Identität von Volksvertretung und Volk in Frage.

"Das ursprüngliche Recht des Bürgers, seine mitbestimmende Rolle im politischen Geschehen auszuüben, wird immer mehr eingeengt. Die Gefahr, die daraus resultiert, besteht darin, daß unsere Staatsordnung zu einer 'Grünlicht-Demokratie' wird, d.h. zu einem System, in dem nur noch wenige von Politik etwas verstehen und im politischen Bereich handeln, während die notwendige Mitverantwortung der Mehrheit ersetzt wird durch bloße Ausübung des aktiven Wahlrechts". Die Demokratie "bleibt blutleer und mehr eine Fassade, denn eine wirkende innere Verfassung des Volkes, wenn die Anteilnahme am politischen Geschehen sich nur auf Wahlen beschränkt, aber die Übernahme eigener Verantwortung und eigenes Engagement unterbleiben. Der Staatsbürger muß mit seiner Demokratie und in seiner Demokratie leben; nur dann können die Demokratie vom Geist des Volkes erfüllt und die demokratischen Institutionen vom Volk getragen sein" 287).

In dem Ansatz ihres Demokratieverständnisses stellt die DAG einen unmittelbaren Bezug von öffentlich-politischen Angelegenheiten und privatem Interesse, zwischen demokratisch verfaßter Gesellschaft, politischer Willensbildung und den Entscheidungsprozessen einerseits und dem Individuum andererseits her. Der einzelne Bürger soll im Rahmen der repräsentativen Demokratie unmittelbaren Zugang zur politischen Willensbildung,

285) R.Spaethen, Tb.DAG 1963, 85.

286) Ders., Der Angestellte, Nr.4 (1962), 3.

287) Ders., Tb.DAG 1963, 84.

ohne Einschaltung vermittelnder Zwischenglieder, haben. Er stellt eine sozial und wirtschaftlich unabhängige, gebildete und wertgebundene "Persönlichkeit" dar. Ein qualitativer Unterschied zwischen politischer Demokratie auf kommunaler und gesamtstaatlicher Ebene wird verneint: Die Demokratie durchdringt, als allgemeingültiges Prinzip, alle Bereiche und Ebenen der Gesellschaft. Ihren Ausgangspunkt und Sinn konstituieren die Interessen und Bedürfnisse des Individuums.

Jedoch bilden für die DAG in der demokratisch verfaßten Gesellschaft - und darin liegt ein eklatanter Widerspruch ihres Demokratieverständnisses - die einzelnen Bürger keine solidarische Gemeinschaft prinzipiell Gleicher, sondern nurmehr Gleichberechtigter. Sosehr Demokratie allen Bürgern dienen soll und die Miterbeit und Mitverantwortung aller erfordert - sie soll doch zugleich auch verknüpft sein mit der Scheidung in die "Masse" und in eine Minorität überdurchschnittlich befähigter und "tüchtiger" Bürger. Das elitäre Moment im Demokratieverständnis der DAG verdeutlicht, daß es falsch wäre, ihr Insistieren auf individueller Selbst- und Mitbestimmung mit einem radikaldemokratischen Ansatz gleichzusetzen. Entscheidende Funktion für die "demokratische Ordnung" soll nur die "Persönlichkeit", nicht aber die "Masse" haben. Demokratische Wahlen und Grundrechtskatalog sollen nicht nur die Wahrung aller Einzelinteressen und ihre Integration zu einem Gesamtwillen der Bürger und "optimalen" Konsensus erlauben, sondern auch die Auslese solcher Staatsbürger, die zur Übernahme politischer Ämter bereit und fähig sind. Die Notwendigkeit "aristokratischer Elemente", der "Herrschaft der Besten" erwächst für die DAG - erstens - aus der "Massendemokratie" und deren Gefahren ²⁸⁸⁾. Zweitens resultiert die Herrschaft einer "Elite" gleichsam "natürlich" aus der Anwendung des Leistungsprinzips auf die einzelnen Bürger. Vorrangig ist nicht etwa die Ermittlung und Realisierung des Mehrheitswillens der Bevölkerung, sondern eine leistungsfähige und stabile "Führung" des Staates, die durch "Führungsauslese" rekrutiert werden soll.

288) DAG, Staat, Wirtschaft, Gewerkschaft, 8.

"Die unmittelbare Volksentscheidung kann...nicht mehr primär und ausschließlich das Instrument moderner Demokratie sein, sondern auch hier spielt die Frage der Führung und der Führungsauslese eine entscheidende Rolle...Auch die Demokratie muß sich der Bildung einer Elite widmen, wobei es aber wesentlich ist, zu betonen, daß die Elitebildung, die uns vorschwebt, nicht gestützt ist auf Monopole des Besitzes und andere Privilegien, sondern daß das einzige Vorrecht dieser Elite darin besteht, mehr und besser zu arbeiten als andere Menschen" 289).

In dem Postulat, daß eine Leistungselite die wichtigsten politischen Ämter zu besetzen habe, kommt das Bestreben zum Ausdruck, die Entscheidungsprozesse des modernen Staates dem Votum der "Masse" und damit der Mehrheit des Volkes zu entziehen und einer "mindestens funktionalen Elite" ²⁹⁰⁾ zu übertragen, die sich aus überdurchschnittlich leistungsfähigen "Persönlichkeiten" zusammensetzt und zu "rationalen" und "optimalen" Entscheidungen zugunsten des Einzel- und Allgemeinwohls fähig ist. Die ganze Tragweite dieser elitären Vorstellungen wird erst dann sichtbar, wenn man sie mit denen der IGM vergleicht, die das Entwicklungsniveau politischer Demokratie an dem Umfang mißt,

"in dem die demokratischen Massenorganisationen der Arbeitnehmer, also vor allem die Gewerkschaften, ihren Einfluß in dieser Ordnung geltend machen" 291).

Obwohl die DAG an sich von einer graduellen, weil leistungsbedingten sozialen Differenzierung ausgeht, intendiert sie politisch eine Zerteilung der Bevölkerung in "Masse" und "Elite", also das genaue Gegenteil einer hierarchischen, stufenweisen Gliederung der Gesellschaft: Die "Masse" wird überragt von einer Minorität, die qua "Leistung", nicht sozialer Herkunft, zur Verfügung über die politische Macht prädestiniert ist. Ihr soll ein von politischer Herrschaft ausgeschlossener Bevölkerungsteil gegenüberstehen, der zum Beherrschtwerden verurteilt ist. Daß die DAG dabei Durchlässigkeit der zwischen "Elite" und "Masse" bestehenden Barrieren vorsieht, spricht gegen diese Interpretation nicht, ist sie es doch selbst, die

289) R.Spaethen, Tb.DAG 1951, 167.

290) DAG, Staat, Wirtschaft, Gewerkschaft, 8.

291) O.Brenner, Gewerkschaftliche Dynamik, a.a.O., 80.

einer Mehrheit der Individuen, und namentlich den Arbeitern, verhältnismäßig fixe Positionen in der sozialen Hierarchie zuweist.

Die DAG individualisiert das Demokratieproblem zu der Frage, nach welchen Kriterien die leitenden Positionen im Staat - unter Vernachlässigung der Ziele und Werte, an denen sich die politische Willensbildung ihrer Ansicht nach zu orientieren hat (etwa am Aspekt der "sozialen Gerechtigkeit") - zu besetzen seien. Politische Herrschaft soll rationalisiert werden, indem die - vermeintliche - Willkür und Barbarei einer Herrschaft der "primitiven Masse" durch die einer nach Leistung rekrutierten, verantwortungsbewußten "Elite" ersetzt wird. Daß die DAG außerdem aus der Entwicklung zur "Massendemokratie" - sie soll durch Elitebildung aufgehalten werden - die Notwendigkeit von politischen "Eliten" ableitet, legt den Gedanken nahe, daß für sie erst auf diese Weise gesellschaftliche und politische Stabilität realisierbar ist, also die "Ordnung" des gesellschaftlichen "Ganzen". Insofern sind Gesellschaftskritik und individualistisch-elitäres Demokratieverständnis der DAG zwei sich gegenseitig bedingende Momente ihres Bewußtseins: Die Herrschaft der Leistungselite soll die Realisierung einer statisch-hierarchischen Gesellschaft ermöglichen, indem sie die Zerstörung "natürlicher" sozialer Differenzierung infolge von "Vermassung" verhindert. Die Konkurrenz gegensätzlicher politischer Anschauungen und sozialer Interessen, die das pluralistische Strukturmuster intendiert und die notwendig mit permanentem, wenn auch begrenztem, Konflikt verbunden ist, soll durch eine risikolose und "optimale" Form politischer Herrschaft und Beherrschung ersetzt werden. Das Auffinden eines politischen Konsensus soll nicht in mühevoller Auseinandersetzung der politisch-sozialen "Kräfte" geschehen, sondern allein einer "Führungselite" überlassen sein.

Trotz der eingangs aufgezeigten Prämissen und Zielvorstellungen, die die DAG ihrem Demokratieverständnis zugrundelegt, besteht darin in letzter Konsequenz der Kern ihres politischen Bewußtseins. Das gilt insbesondere für die von ihr postulierte

Identität von Volk und politischer Macht und deren Zielen. Dieses Moment wird durch die Elite-Vorstellung der DAG durch - kreuzt, weil fraglich bleibt, auf welchem Wege die Interessen-identität von Herrschenden und Beherrschten garantiert werden kann - wenn nicht durch eine Gegenmacht auf Seiten der "Masse", die die herrschende "Elite" in ihre Schranken verweisen kann. Ein konsequent weitergeführtes Verständnis von politischer Demokratie, das ebenfalls auf Glück und Entfaltung des einzelnen zentriert wäre, erscheint mit einem auf dem Elite-Masse-Schema basierenden politischen Bewußtsein unvereinbar.

Die Kategorie "Staat" ist, neben der der "politischen Demokratie", ein weiterer Kristallisationspunkt des politischen Bewußtseins westdeutscher Gewerkschaften. Vor allem betrifft dies die Beziehung von Staat und Gesellschaft. Die im Bonner Grundgesetz verankerte Ordnung des freiheitlichen (beziehungsweise demokratischen) und sozialen Rechtsstaates wird von allen drei Gewerkschaften, die sich als Mitschöpfer dieses Staates betrachten, uneingeschränkt bejaht ²⁹²⁾. Dieses Bekenntnis wird allerdings auf verschiedene Weise vollzogen: als Bekenntnis zum "demokratischen und sozialen Rechtsstaat" und damit zur Verfassungsordnung des Grundgesetzes (IGM) oder aber als Bekenntnis zum bestehenden Staat als "freiheitlichen und sozialen Rechtsstaat" (BSE und DAG). Im ersten Fall gilt das Bekenntnis nur dem Grundgesetz und der in ihm vorgesehenen politischen Ordnung, im zweiten Fall global dem westdeutschen Staat. Beide Bekenntnisvarianten differieren im Allgemeinheitsgrad ihres Gehalts. Die Bejahung der im Grundgesetz verankerten politischen Ordnung durch die IGM schließt nicht notwendig die Annahme einer

292) Vgl. IGM: O.Brenner, Prot.IGM 1956, 234; ders., Prot.IGM 1958, 209; ders., Prot.IGM 1962, 115 u.229; Entschliesung, Prot.IGM 1962, 651; O.Brenner, Prot.IGM 1965, 231; ders., Gewerkschaftliche Dynamik, a.a.O., 24 f. u.148. - BSE: Jakob KnöB, Prot.BSE 1951, 336; G.Leber, Prot.BSE 1953, 333; ders., Prot.BSE 1955, 324; ders., Prot.BSE 1960, 227; ders., Prot.BSE 1966, 319. - DAG: Tab.DAG 1954-57, 14; Tab.DAG 1957-60, 18; F.Rettig, Tb.DAG 1954, 23; Georg Schneider, Tb.DAG 1960, 54; R.Spaethen, Tb.DAG 1963, 105; J.Terhaardt, ebenda, 336.

Kongruenz von Verfassungsauftrag und -wirklichkeit ein; in der Tat differenziert die IGM, wie sich herausstellt, sehr klar zwischen beiden Aspekten und leitet von hier aus ihre immanente, weil stets vom Grundgesetz und den in ihm niedergelegten sozialstaatlichen Normen her argumentierende Kritik der bestehenden politischen Strukturen ab, die für sie in der Restauration früherer Besitz- und Machtverhältnisse kulminieren. Auf der anderen Seite bezieht sich das Bekenntnis der BSE und DAG zur bestehenden politischen Grundordnung sowohl auf die formal-verfassungsmäßige Ordnung als auch auf ihre Wirklichkeit. Ein weiterer Unterschied liegt in der Interpretation des Grundgesetzes, der teilweise diese Divergenz des politischen Bewußtseins westdeutscher Gewerkschaften verständlich macht. Es muß vorweg noch einmal betont werden: So groß diese Differenzen zwischen westdeutschen Gewerkschaften auch sind - , es läßt sich eine Übereinstimmende, loyale Grundeinstellung zu den Prinzipien des politischen Systems der BRD konstatieren. Diese Feststellung wird durch die Übereinstimmung in der, hier nicht näher zu behandelnden, Kritik "totalitärer" Staats- und Gesellschaftsordnungen bestätigt.

Analog zu den eben analysierten Mustern gewerkschaftlichen Demokratieverständnisses gibt es auch solche ihrer Einstellung zum Staat. Die Reduktion politischer Mit- und Selbstbestimmung der Bürger auf periodisch stattfindende Wahlakte und der Wunsch nach einer Konzentration politischer Entscheidungsgewalt bei einer "Führungselite" bedingen ein Staatsverständnis, das den "Staat" zu einem der Gesellschaft vorgeordneten (BSE) oder übergeordneten Phänomen (DAG) verabsolutiert. Im ersten Fall umschließt der Staat die Gesellschaft, im zweiten überlagert er sie. "Staat" wird in beiden Fällen zum primären, "Demokratie" zum sekundären Begriff. Politische Demokratie, verstanden als permanenter Prozeß der umfassenden Partizipation mündiger Bürger am Prozeß politischer Willensbildung, geht einher - entsprechend - mit einem Staatsverständnis, das die Organe des Staates als von der Gesellschaft eingesetzte und legitimierte, ihr unterworfenen Instrumente zur Realisierung des

Mehrheitswillens und "Allgemeinwohls" begreift. Bei BSE und DAG erscheint der Staat als von der Gesellschaft losgelöster "Ordnungsfaktor", bei der IGM dagegen wird er als Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse betrachtet, aus denen heraus, und nur aus ihnen, seine Funktionen abgeleitet sind. Diese Diskrepanz äußert sich darin, daß Gewerkschaften entweder den Staat schlechthin "bejahen" oder aber sich zu seiner Verfassungsordnung bekennen, die zudem noch unterschiedlich ausgelegt werden kann.

Die DAG proklamiert die Bereitschaft ihrer Mitglieder, "diesem Staat treue und loyale Bürger zu sein" ²⁹³⁾, und spricht allgemein von der "staatserhaltenden Funktion" der Gewerkschaften in der "Demokratie" ²⁹⁴⁾. Es sei für sie "selbstverständlich", "von Anfang an gegenüber dem Staat und den ihn tragenden Kräften" eine "positive Einstellung" gehabt zu haben ²⁹⁵⁾. An anderer Stelle differenziert die DAG, einschränkend, zwischen blinder Staatstreue und "Treue zum demokratischen Staat" ²⁹⁶⁾. - Bereitschaft zu solcher "Staatstreue" ist auch der BSE eigen. Bei aller Kritik an der Regierungspolitik sei "dieser demokratische Staat mit seiner freiheitlichen Verfassung in unseren Augen unser Staat" ²⁹⁷⁾. Bereits bald nach ihrer Gründung erklärte die BSE, der neugeschaffene westdeutsche Staat müsse von allen Arbeitnehmern in ihrem eigenen Interesse,

"solange er die sozialen Anliegen und das, was wir fordern, mit uns bereit ist zu verhandeln und in tragbare Bahnen zu leiten",

bejaht werden. Das Desinteresse der Arbeitnehmer an der Weimarer Republik dürfe keine Fortsetzung in einer Feindschaft gegenüber der Bundesrepublik Deutschland finden ²⁹⁸⁾. "Staatsbejahung" versteht die BSE nicht als blindes Gehorsam - im obrigkeitsstaatlichen Sinn also - , sondern als konstruktive Teilnahme der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften am politischen

293) R.Spaethen, Tb.DAG 1963, 105.

294) DAG, Staat, Wirtschaft, Gewerkschaft, 71.

295) DAG, TAb.1957-60, 18.

296) R.Spaethen, Bildung, Ausbildung und Gewerkschaften, 31.

297) G.Leber, Prot.BSE 1960, 227.

298) J.Knöß, Prot.BSE 1951, 336.

Willensbildungsprozeß und als Verantwortungsbewußtsein und Bereitschaft des Bürgers zur "Mitarbeit". Wiederum, wie schon in ihrem Demokratieverständnis, begrenzt die BSE die politische Aktivität der Bürger auf die Teilnahme am Wahlakt und auf den vorstaatlichen Raum, wenn sie meint, es gebe "Dinge, die eben nur der Staat entscheiden kann" und die ihm von den Arbeitnehmern und ihren Organisationen nicht streitig gemacht werden dürften ²⁹⁹⁾. Parlamentsbeschlüsse zugunsten der Wiederaufrüstung ³⁰⁰⁾ oder der Einführung der Wehrpflicht ³⁰¹⁾ erscheinen der BSE als unumstößliche Daten, die die Staatsbürger und ihre Interessenvertretungen zu respektieren haben.

Die IGM strebt die Realisierung des Verfassungsauftrags als vorrangiges Ziel an, nicht aber, wie BSE und DAG, die Erhaltung und Stabilität des bestehenden Staates und seiner Ordnung. Das Ziel "Staatserhaltung" kann sowohl die Erhaltung der jeweiligen Verfassungswirklichkeit als auch die der Verfassungsordnung bedeuten. Diese Unterscheidung nimmt die IGM wahr, indem sie sich nicht global zum "Staat" bekennt, sondern nur zu dessen Verfassungsgrundlagen. Diese Unterscheidung ist zwar in der von Regierung und Staat, wie sie die BSE unternimmt, angelegt, aber nicht konsequent vollendet; mit der Tabuierung des Staates bleibt auch dessen realer Zustand, zumindest tendenziell, der Kritik entzogen. Auch die IGM mißbilligt "die Identifizierung einer Regierungspolitik, sei sie, wie sie wolle, mit dem Staatsinteresse" ³⁰²⁾. Auch sie verpflichtet sich, die Entscheidungen der Bundestagsmehrheit zu respektieren, soweit nicht "unabdingbare Freiheiten und Grundrechte unserer Verfassung" bedroht seien ³⁰³⁾. Diese Verpflichtung ist also auf das verfassungskonforme Verhalten des Parlaments beschränkt, bezieht nicht den Staat als solchen mit ein: "Wir sind nicht so sehr die Anpreiser der Demokratie als vielmehr ihr soziales Gewissen" ³⁰⁴⁾. Die IGM will den "demokratischen Staat" "stärken

299) G. Leber, Prot. BSE 1955, 324.

300) Herbert Scholling, ebenda, 554.

301) Ders., Prot. BSE 1957, 451.

302) O. Brenner, Gewerkschaftliche Dynamik, a.a.O., 150.

303) Ders., Prot. IGM 1962, 434.

304) F. Strothmann, Prot. IGM 1958, 103.

und ausbauen" ³⁰⁵⁾ mit dem Ziel der Realisierung des Verfassungsauftrags und damit des "demokratischen Sozialstaats" ³⁰⁶⁾. Der Zustand, in dem sich der westdeutsche Staat befindet, gilt ihr als nur partiell verfassungskonform und daher reformbedürftig. Die Kritik der IGM an den herrschenden politischen Verhältnissen orientiert sich an ihrem Bild der "wahrhaft sozialen demokratischen Ordnung" ³⁰⁷⁾, die so strukturiert wäre, daß der Wille und die objektiven Interessen der Bevölkerungsmehrheit und Arbeitnehmerschaft realisiert werden. Gerade weil die IGM die Fortentwicklung von Staat und Gesellschaft im Sinne ihrer Emanzipationsvorstellungen anstrebt, ist sie an der Veränderbarkeit der realen Verhältnisse interessiert und lehnt deshalb - durchaus auch im "totalitären" Sinne interpretierbare - Bekenntnisse zum Staat als ein "über den gesellschaftlichen Klassen schwebendes Gebilde, also einer Art 'Staat an sich'" ab ³⁰⁸⁾. Sie wendet sich gegen eine ahistorische Betrachtung des Staates, gegen die vorbehaltlose Staatsbejahung und damit Fixierung am politischen status quo. Die Definition des Staates als eines außerhalb gesellschaftlicher Machtstrukturen und Interessenkonstellationen befindlichen Abstraktums würde den gesellschaftspolitischen Intentionen der IGM widersprechen.

Die Gegensätze im Staatsverständnis von DAG, BSE und IGM betreffen auch die Funktionen des Staates und seine Beziehung zur Gesellschaft. Wie schon in ihrem Begriff von "Gesellschaft" und deren Struktur und Wandel hat die DAG auch bei der Frage nach der Struktur und den Funktionen des Staates ein abstraktes, apodiktisches Bewußtsein entwickelt. Ähnlich wie "Gesellschaft" und "Betrieb" definiert sie "Staat" organizistisch. So setzt sie sich für ein "gesundes Staatsleben" ³⁰⁹⁾ und einen "organischen Staatsaufbau von der kleineren Einheit zur grös-

³⁰⁵⁾ O.Brenner, Prot.IGM 1965, 231.

³⁰⁶⁾ Ders., Gewerkschaftliche Dynamik, a.a.O., 150.

³⁰⁷⁾ Ders., ebenda, 150.

³⁰⁸⁾ Ders., ebenda, 8.

³⁰⁹⁾ F.Rettig, Tb.DAG 1954, 27.

seren, von der Kommune über das Land zum Bund" ein ³¹⁰⁾;

"Ein demokratischer Staat kann nur dann gedeihen, wenn alle für das Ganze tätig sind und in gerechter Weise an dem Ergebnis beteiligt werden" ³¹¹⁾.

Der Staat "lebt" dann, wenn alle seine "Glieder" und ihre Beziehungen zueinander "gesund" sind; umgekehrt ist er dann von Zerstörung bedroht, wenn einzelne "Glieder" dieses Lebenszusammenhangs "Staat" nicht gedeihen. Der Staat ist eine "Einrichtung, deren oberste Pflicht die Sorge für die Wohlfahrt aller Bürger ist" ³¹²⁾. Den "sozialen Volksstaat" ³¹³⁾ definiert die DAG folgendermaßen:

"Der Staat hat zu lenken, auszugleichen und für Gerechtigkeit zu sorgen. Er hat die Minderheit zu schützen und muß das Übergewicht der Mächtigeren brechen. Er muß eingreifen, wenn Macht zu Mißbrauch führt oder auch nur führen könnte" ³¹⁴⁾.

Der Staat hat zu intervenieren, wenn sich im ökonomischen Wettbewerb "Gruppenegoismus" zeigt ³¹⁵⁾. - Damit werden dem Staat Aufgaben abverlangt, die sich in den beiden Funktionen des "Ordnungsfaktors" und des Wahrers und Förderers des "Allgemeinwohls" zusammenfassen lassen. Beides vermag der Staat allerdings nur dann zu leisten, wenn er autonom gegenüber der Gesellschaft, ihren Partikularinteressen und ihrem Wandel ist. In ihm ist soziale Harmonie verkörpert; wäre er den Gruppeninteressen ausgesetzt, so würde ihn auch der Konflikt widerstreitender Interessen tangieren und ihn nicht mehr als unparteiischen Makler, als Gewissen der Gesellschaft erscheinen lassen. Unberührt vom gesellschaftlichen Konflikt und Wandel behält der Staat seine Lebensfähigkeit und vermag die ihm zugeschriebenen Funktionen zu erfüllen; indes erschöpft sich darin, wie die DAG annimmt, seine Bedeutung keineswegs.

Folgerichtig gelangt die DAG von der Definition des Staates als "Staat an sich" zu der These, er müsse der Gesellschaft

310) R.Spaethen, Bildung, Ausbildung und Gewerkschaften, 15.

311) F.Rettig, Tb.DAG 1954, 26.

312) Angenommener Antrag, Tb.DAG 1963, 293.

313) F.Rettig, Tb.DAG 1954, 30; vgl. auch Entschließung, ebenda, 66.

314) F.Rettig, Tb.DAG 1954, 22.

315) Ders., ebenda, 26.

übergeordnet sein. Nicht nur die "Bundesrepublik Deutschland", sondern auch die Bundesregierung definiert sie als eine "Autorität", die bei einer Gefährdung des "Gemeinwohls" zu intervenieren hat und "ohne die eine demokratische Gemeinschaft nicht lebensfähig ist", wenngleich nicht als "Staatsgewalt eines Obrigkeitsstaates" ³¹⁶⁾. Damit spricht die DAG nicht eine Trivialität aus, sondern äußert ihr Staatsverständnis: Die als "Gemeinschaft" konzipierte Gesellschaft bedarf einer ordnenden "Autorität", die selbst unangefochten bleiben muß. Als "im Staat organisierte" ³¹⁷⁾ stellt die Gesellschaft einen Teil des Staates dar, der nicht nur "sozialpolitische" Bedeutung hat, sondern "allumfassend" ist ³¹⁸⁾. Der Staat ist nicht nur ein Derivat gesellschaftlicher Notwendigkeit, nicht nur Funktion von "Gesellschaft", sondern die "Ordnung" der "Gemeinschaft" und Repräsentant ihres Wertsystems. Zweifellos bedeutet, in der Sicht der DAG, die Hegemonie des Staates gegenüber der Gesellschaft nicht dessen Unabhängigkeit ihr gegenüber, wie auch die "Elite" der Legitimierung durch die Bürger bedarf. Der Staat ist für die DAG insofern durch die Gesellschaft bedingt, als seine Organe gewählt werden müssen. Das ist gemeint, wenn sich die DAG von einem obrigkeitsstaatlichen Staatsverständnis, d.h. vom "omnipotenten..., zu jeder Willkür ermächtigten Staat" distanziert ³¹⁹⁾. Doch ist ihrem Bewußtsein die Tendenz immanent, den Staat als von der Gesellschaft und ihren Konflikten emanzipiertes Phänomen zu definieren.

Überhaupt besteht im Staatsverständnis der DAG noch liberales, auf die Rechte und Freiheiten des einzelnen Bürgers abgestelltes und sich gegen den "starken" Staat wendendes Bewußtsein fort, nicht zuletzt aus der Erfahrung von Faschismus und Kommunismus heraus. Sie begreift "Staat" einerseits als die Gesellschaft dominierend, andererseits aber als gesellschaftlich bezogen. Der Staat soll, so läßt dieses zweite Moment erkennen,

316) F.Rettig, Tb.DAG 1954, 28.

317) DAG, Staat, Wirtschaft, Gewerkschaft, 35.

318) G.Schneider, Tb.DAG 1960, 54.

319) DAG, Staat, Wirtschaft, Gewerkschaft, 7.

in seinen Funktionen beschränkt sein, um ihn nicht übermächtig werden zu lassen. Scheinbar übereinstimmend mit der IGM, die den Staat als "Gesamtorganisation der Gesellschaft" versteht ³²⁰⁾, nennt die DAG ihn eine "organisatorische Ausdrucksform" der Gesellschaft ³²¹⁾. Der Staat sei die "politische Ausdrucksform der Gesellschaft" und "eine Art Clearing-Stelle", die, um funktionieren zu können, weder von Arbeitgebern noch Gewerkschaften beherrscht sein dürfe ³²²⁾. Konkret äußert sich dieses Moment in einer Kritik des "Wohlfahrts-" und "Versorgungsstaats" und in der Verurteilung des "totalitären" Staates faschistischer oder kommunistischer Prägung ³²³⁾.

"Versteht man unter 'Wohlfahrtsstaat' eine Ordnung, in der dem Bürger praktisch jedes Risiko abgenommen und auf staatliche oder quasistaatliche Organe verlagert wird, meint man mit dieser Bezeichnung ein Gemeinwesen, das auch in alle jene Bereiche des Lebens, mindestens des gesellschaftlichen Lebens, regulierend eingreift, die der einzelne ebenso gut oder besser in eigener ausschließlicher Zuständigkeit und Verantwortung für sich und die seinen regeln kann, ...so wäre das ein Versorgungsstaat und freilich von Übel. Über kurz oder lang müßte er zu einem Menschentyp, der geradezu zum 'Gegängeltwerden' prädestiniert ist, und damit zu einem Absterben der Demokratie von unten führen. Er würde das Leistungsstreben des einzelnen abtöten und dadurch jede schöpferische Initiative ersticken" ³²⁴⁾.

In der "freien Welt" drohe das Entstehen eines "Wohlfahrts"- und "Versorgungsstaats", der in den kommunistischen Ländern bereits existiere:

"Überall regiert der Staat, selbst in privaten und intimen Bereichen. Er denkt für den einzelnen, er handelt für den einzelnen. Der einzelne hat praktisch nichts, über das er frei und nach eigenem Ermessen verfügen kann. Der einzelne ist niemandem verantwortlich, nur dem Staat bzw. der Partei, jener seelenlosen allmächtigen Maschine, die jeden Funken Persönlichkeit absorbiert und den Menschen nur hinsichtlich seiner 'Verwertbarkeit', nicht aber hinsichtlich seines Wertes als Mensch beurteilt und ihm auch keinen Raum zum eigentlichen Menschsein läßt" ³²⁵⁾.

320) O.Brenner, Prot.IGM 1965, 2o7.

321) DAG, Staat, Wirtschaft, Gewerkschaft, 7.

322) R.Spaethen, in: E.W.Mänken u.H.Mundorf, Gespräch mit R. Spaethen, 15.

323) Vgl. DAG, Staat, Wirtschaft, Gewerkschaft, 71.

324) R.Spaethen, Was hat der Westen dem Kommunismus entgegensetzen ?, 1962, 24; vgl. auch ders., Tb.DAG 1963, 99; DAG, Tüb.1960-63, 73.

325) R.Spaethen, Was hat der Westen, 25.

Die DAG bestimmt hier den Staat nicht als allgegenwärtige, alles gesellschaftliche Leben sich unterordnende Gewalt, sondern als Einrichtung, die ergänzend neben die sich selbst bestimmende, freie Bürgerschaft tritt; Aufgaben, welche sich nicht mehr mit den Mitteln der Selbstverwaltung und freien Bürgerinitiative lösen lassen, sind dem Staat übertragen. Die staatlichen Befugnisse sind auf die Sicherung der "Ordnung" des Gemeinwesens beschränkt, damit in der Gesellschaft individuelle "Vielfalt" und Freiheit gewahrt bleiben können. Der Wunsch nach "Ordnung", vergegenständlicht in der Forderung nach bedingungsloser Anerkennung des Staates und der Notwendigkeit einer "Führungselite", gerät in Kollision mit dem Bild des "freien Bürgers" als Grundfigur im Demokratieverständnis der DAG. Diesen Widerspruch sucht sie, einer Vorstellung der BSE folgend, durch die Unterscheidung von staatsfreiem und staatlichem Raum aufzulösen. Die Angestellten, fordert die DAG, sollten ihre eigenen Probleme selber in die Hand nehmen, soweit dabei nicht der "staatsfreie" Raum überschritten werde ³²⁶). Ziel sei die "Synthese" zwischen der "betonten Zurückhaltung" des klassischen liberalen Staates und dem "totalitären" Staat, der gleich einem Moloch die sozialen Beziehungen der Individuen kontrolliert. Ihr Ziel ist die gleichzeitige Wahrung von Gemeinwohl und "Würde und Freiheit des Menschen" ³²⁷). Der Staat als allumfassender Organismus ist nicht mehr mit diesem Verständnis, das seine Funktionen als Restfunktionen versteht, die die Gesellschaft selbst nicht zu übernehmen vermag, vereinbar. Die Zwei-Räume-Vorstellung hat für das Staatsverständnis der BSE zentrale Bedeutung; was sich bei der DAG nur andeutungsweise findet, ist hier ausgeführt.

"Der demokratische Staat selbst verzichtet wohlweislich darauf, alle Lebensbereiche seiner Bürger zu reglementieren und sich in alle Einzelheiten ihres gesellschaftlichen Lebens einzuschalten. Er überläßt es den Institutionen der Gesellschaft, gewissermaßen im staatsfreien Raum, diejenige Ordnung zu gestalten, die dieser Gesellschaft gemäß ist und die in Freiheit in ihr gefunden und gewonnen wird" ³²⁸).

326) H.Katzbach, Der Angestellte, Nr.1 (1962), 2.

327) DAG, Staat, Wirtschaft, Gewerkschaft, 7.

328) G.Leber, Prot.BSE 1960, 254.

Die BSE wendet sich dagegen, den Staat als eine "Autorität über den Gruppen, den Interessen", als "objektive Zusammenordnung aller Gruppen zu verstehen". Ein solches Staatsverständnis entspreche einer "formierten, nicht aber einer volljährig und mündig gewordenen demokratischen Gesellschaft" 329). Tatsächlich aber wird die BSE in ihrem eigenen Staatsverständnis diesem Postulat nicht gerecht. Das läßt sich zum einen an ihrem Bekenntnis zum bestehenden Staat beweisen, das die Staats-treue der Bürger und ihrer Interessenvertretungen a priori als eigenständigen Wert ausgibt. Zum andern zeigt sich ihre Inkonsistenz bei genauerer Betrachtung ihrer Zwei-Räume-Vorstellung.

Indem der Einflußbereich des Staates auf einen bestimmten Bereich der Gesellschaft eingeengt wird, soll die Gesellschaft weiterhin fähig bleiben, ihre eigenen Konflikte - und sie gehören nach dem Gesellschaftsbild der BSE notwendig zur "freien Gesellschaft" dazu - "frei", und das heißt auch frei von staatlicher Intervention, auszutragen. Wie die DAG, teilt die BSE dem Staat Funktionen zu, die die der Gesellschaft nurmehr ergänzen:

"Wir haben zuerst die Aufgabe, in der freien Auseinandersetzung mit den Unternehmern die Ordnung zu gestalten, um die es geht. Erst dann, wenn eine Lösung im Rahmen der sozialen Autonomie sich als nicht möglich erweist, weil ihre Grenzen überschritten würden, oder weil es an Möglichkeiten fehlt, sollten wir den Staat und seine Organe einschalten" 330).

Der Staat kann nur dann die Rolle des gegenüber Kapital und Arbeit neutralen Mittlers einnehmen, wenn gesellschaftliche Interessen und Machtgruppen nur über die allen offenstehenden Wege politischer Willensbildung Zugang zu den Trägern staatlicher Entscheidungen finden und eine Überspielung des jeweiligen Mehrheitswillens der Bürger ihnen unmöglich ist. Der Staat ist für die BSE Sache aller Bürger, der gesellschaftliche Raum dagegen nur, soweit es um die Grundlagen der Gesellschaft und um die gesetzlichen oder ungeschriebenen Normen der Konfliktbewältigung und Interessenrealisierung geht, denen sich alle

329) G.Leber, Prot.BSE 1966, 314.

330) Ders., ebenda, 315.

zu unterwerfen haben. Der "staatsfreie" Raum läßt Konflikte zu, soll aber gleichwohl gemäß den Grundlagen der Gesellschaft geordnet sein. Durch die Prinzipien der "freien" Gesellschaft - "Eigentum und Freiheit" - ist der Aktionsspielraum der Bürger, der sozialen Gruppen und Institutionen definiert. Bei Überschreitung dieser Grenzen hat der Staat als "Wahrer des "Allgemeinwohls" und des "sozialen Friedens" einzugreifen. Hier scheint das Kriterium zu liegen, mit dessen Hilfe die BSE die Bereiche explizit politischer Entscheidungen und des "freien Spiels der Kräfte" voneinander trennt. Bindung an den Staat und die Bereitschaft aller zu autonomer, eigennütziger Entscheidung im "staatsfreien" Raum verhalten sich komplementär zueinander. Diese Trennung zweier Bereiche läßt sich nur dann aufrechterhalten, wenn der Staat seine Aktivität nicht auf alle gesellschaftlichen Bereiche ausdehnt und sich die in der Gesellschaft wirkenden Einzelinteressen den staatlichen Entscheidungen freiwillig unterwerfen. Der Zweck einer solchen Trennung von Staat und Gesellschaft und ihren Kompetenzen, von konfliktlosem und Konfliktbereich ist zweifach: Erstens soll die Stabilität des gesellschaftlichen Systems dadurch gewährleistet werden, daß als gesellschaftlich notwendige anerkannte Konflikte kanalisiert im nichtstaatlichen Raum ausgetragen werden können, soweit dies die staatlich geschützte Grundordnung der Gesellschaft nicht antastet. Und zweitens verleiht die Fernhaltung gesellschaftlicher Konflikte von dem als Rahmenordnung der "freien Gesellschaft" fungierenden Staat ihm absolute Integrität, die es verbietet, ihn als solchen noch in Frage zu stellen.

Die Polarität von Staatsbereich und "staatsfreiem" Raum ist für die BSE Inbegriff der "freien Gesellschaft". Die Forderung nach freier, staatlich unreglementierter Konfliktbewältigung ist ein Derivat der für die BSE wesentlichen Vorstellung von der Freiheit des Individuums als dem Konstituens der "freien Gesellschaft". Dem Interesse des einzelnen erkennt sie denselben Rang zu wie dem des Staates ³³¹⁾. Inhaltlich spie-

331) G.Leber, Prot.BSE 1966, 314.

gelt sich die Polarität von Staat und Gesellschaft in den Kategorien Gemeinnutz und Eigennutz beziehungsweise Staatsräson und autonome Bürgerinitiative wider.

Die Frage, wie beide Interessenarten gleichrangig realisiert werden können, beantwortet die BSE damit, daß sie einerseits will,

"daß der Staat die Vielfalt, die in ihm ist, respektiert, ihr die Möglichkeit zu einer gestaltenden und mitgestaltenden Verantwortung überläßt, und daß er diesen Raum obendrein sogar noch sehr ernsthaft schützt" 332).

Damit bleibt der Staat - andererseits - vor dem Zugriff gesellschaftlicher und damit partikularer Interessen bewahrt:

"Wenn die Bürger den Staat in erster Linie zum Lastesel ihrer Interessen machen, dem sie alles aufbürden, dann machen sie ihn auch gleichzeitig zum Prügelknaben für all ihren Unmut, und sie werden am Ende von ihm vermachet und seiner Bürokratie hilflos ausgeliefert sein...Richtig verstandene soziale Autonomie stärkt den Staat und festigt ihn" 333).

Vor allem "Kapital" und "Arbeit", organisiert in Unternehmerverbänden und Gewerkschaften, treten dabei als "staatstragende Kräfte" hervor:

"In dem Augenblick, in dem sich die Arbeiterschaft dem Gedanken der Demokratie zuwandte (d.h. als sie sich von dem Gedanken der "Diktatur des Proletariats" löste - d.Verf.), wandte sie sich in Wirklichkeit von der Idee ab, den Staat allein zu beherrschen und alle anderen Kräfte in ihm ausschließen zu wollen, so wie sie selber ausgeschaltet und ausgeschlossen war" 334).

Am Staat als "freiheitlich-demokratischer Grundordnung" haben alle Bürger und Interessengruppen Anteil, während die "Macht im Staat" die jeweilige Parlamentsmehrheit und Regierung innehaben 335). Insofern wird die Implikation, daß Legislative und Exekutive des demokratischen Staates jeweils von einer bestimmten Meinungs- und Interessenkonstellation beherrscht sind, nicht als Herrschaft eines partikularen Interesses, des "Kapitals" oder der "Arbeit" zum Beispiel, über den Staat verstanden. Der Staat selbst bleibt von den wechselnden Mehrheitsverhältnissen im Parlament unberührt. - Diese Unterscheidung der BSE bleibt

332) G.Leber, Prot.BSE 1966, 314 f.

333) Ders., ebenda, 315 f.

334) Ders., Prot.BSE 1963, 257.

335) Ders., ebenda, 257.

abstrakt und wird erst unter der Voraussetzung plausibel, daß der Prozeß der Transformation des politischen Willens der einzelnen Bürger in die Mehrheitsverhältnisse des Parlaments tatsächlich funktioniert. Die einzelnen Akte politischer Willensbildung müßten demokratischen Normen gerecht werden, die Möglichkeit zur direkten Beeinflussung der Staatsorgane durch organisierte Partikularinteressen und damit zur Ausschaltung der Volksvertretung muß ausgeschlossen sein.

Ebensowenig wie die BSE betrachtet die IGM den Staat als der Gesellschaft übergeordnete "Autorität", geht jedoch nicht von der Prämisse aus, die Funktionen von Staat und Gesellschaft ließen sich scharf voneinander abgrenzen. Die doppelte Bedeutung, die die BSE dem Staat zuschreibt - im Dienste der Gesellschaft und ihres Wohls zu stehen und gleichzeitig als sakrosankte Verkörperung gesellschaftlicher Ordnungsprinzipien zu fungieren - , besteht für die IGM nicht. Für sie verselbständigt sich der Staat nicht gegenüber der Gesellschaft. Erst recht hat das Verständnis der IGM von der Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft nichts gemein mit der Vorstellung der DAG vom Staat als einem ahistorischen Absolutum, das gleichsam "väterlich" über die Gesellschaft und ihre Geschicke wacht.

Für die IGM ist der Staat die "Gesamtorganisation der Gesellschaft". Er wirkt als "ein Mittel der demokratischen Integration aller" und als "ein Organ zur Verwirklichung der vollen staatsbürgerlichen und sozialen Gleichberechtigung" ³³⁶⁾. Seinen Daseinszweck erhält der Staat allein durch die Gesellschaft und die Aufgaben, die sie ihm stellt. Beide Funktionen - die demokratisch vollzogene soziale Integration und die Verwirklichung des Verfassungsauftrags, also des "Sozialstaats" - erfüllt der Staat innerhalb, nicht, wie die DAG es sich vorstellt, oberhalb der Gesellschaft und ihrer Strukturen. Durch die politische Willensbildung entsteht der für das Wohl der Gesellschaft notwendige Konsensus aller Einzelinteressen und -meinungen. Die innere Stabilität der Gesellschaft, die auf diese

336) O.Brenner, Prot.IGM 1965, 207.

Weise möglich wird, ist nicht als solche schon sinnvoll, sondern nur dann, wenn sie dem Übergang zu einer Gesellschaft der Zukunft nicht im Wege steht, in der die Arbeitnehmer de facto von sozialer Abhängigkeit und Ausbeutung befreit sind. Bei der Realisierung einer "wahrhaft sozialen demokratischen Ordnung" 337) übernimmt der Staat die Aufgabe, dem Willen der Bevölkerungsmehrheit und dem "Allgemeininteresse" (wie es die IGM versteht) Geltung zu verschaffen und so selbst gesellschaftsverändernd zu wirken. "Demokratische Integration" heißt hier nicht Ausgleich widerstreitender Partikularinteressen oder bloße Anpassung des gesellschaftlichen Status der Arbeitnehmer an den der Unternehmer. Nicht die Wahrung bereits realisierter gesellschaftlicher Strukturprinzipien, sondern die Vollendung der im politischen System prinzipiell bereits realisierten "sozialen demokratischen Ordnung" hat der Staat zu leisten.

Den Zustand, in dem sich der westdeutsche Staat befindet, deutet die IGM allenfalls als Annäherung an den ihrer Ansicht nach im Grundgesetz antizipierten "freiheitlichen, wirklich demokratischen und sozial verpflichteten Staat" 338). Die IGM entwickelt ihr Staatsverständnis nicht nur, wie DAG und BSE, im Kontrast zum "totalitären Staat" 339), sondern auch auf dem Hintergrund der, wie sie meint, "erschütternden Kluft zwischen dem Verfassungstext und...der Verfassungswirklichkeit" 340). Die IGM lehnt eine naive Identifizierung der Regierungspolitik mit der "Verwirklichung des sozialen Rechtsstaates" ab 341). Eine weitere Kritik der IGM richtet sich, wie bei den beiden anderen Gewerkschaften, auf die Usurpation gesellschaftlicher Macht durch den Staat. Auch die IGM beklagt, daß der Staat der BRD "gegenwärtig immer mehr Funktionen erhält". Damit sei das Problem "der Integration der Staatsgewalt und ihrer Kontrolle in einer modernen demokratischen Gesellschaft" aufgeworfen 342).

337) O.Brenner, Gewerkschaftliche Dynamik, a.a.O., 150.

338) Ders., Prot.IGM 1965, 207; vgl. auch ders., Prot.IGM 1960, 215.

339) Vgl.ders., Prot.IGM 1965, 207.

340) Ders., Gewerkschaftliche Dynamik, a.a.O., 11 f.

341) Ders., Prot.IGM 1962, 257.

342) Ders., Prot.IGM 1965, 207.

Diese Kritik geht weit über die der DAG und BSE an Bürokratisierung des Staates und an der "Vermachtung" des Bürgers hinaus. Denn die IGM reflektiert diese beiden Erscheinungen nicht als gesellschaftlich isolierte, sondern bringt sie mit der Sozial- und Machtstruktur der BRD in Zusammenhang. In beiden Fällen verwendet die IGM Urteilkriterien, die dem Bild eines "Sozialstaats" der Zukunft entnommen sind. Der Begriff des "Sozialstaats" stellt im politischen Bewußtsein der IGM eine, wenn auch nicht totale, Alternative zur bestehenden politischen Realität dar und bildet die Grundlage ihrer Forderung nach Vollen-
dung der "Demokratisierung der politischen Sphäre...durch die Demokratisierung der anderen gesellschaftlichen Bereiche, vor allem auch der Wirtschaft" ³⁴³). Staat und Gesellschaft sollen nicht nur locker durch institutionalisierte demokratische Willensbildung der Bürger miteinander verbunden sein, sondern zu einer Einheit integriert werden, der eine Aufteilung in zwei separate Bereiche, "staatsfreiem" und staatlichem Raum, diametral widerspräche.

5. Die Bedeutung der Sozial- und Machtstruktur für die politische Willensbildung

Bis in die fünfziger Jahre hinein erschien der BSE, DAG und IGM die parlamentarische Demokratie der BRD übereinstimmend als noch nicht fest etabliertes politisches System. Später jedoch verlief die gewerkschaftliche Bewußtseinsbildung gegensätzlich. Während BSE und DAG die neuentstandene politische Demokratie als stabil, weil weitgehend verwirklicht werten, behält die IGM heute ihre Kritik des konkreten Erscheinungsbildes dieses politischen Systems in vollem Umfang bei.

Die "junge Demokratie" der BRD steht nach Ansicht der IGM "immer noch auf schwachen Füßen" ³⁴⁴), ist eine noch "sehr junge und zarte Pflanze". Daher dürfe man sich nicht mit der "bloßen Existenz parlamentarischer Einrichtungen" zufriedengeben, die

343) O.Brenner, Prot.IGM 1960, 216.

344) Ders., Prot.IGM 1965, 67.

keinen ausreichenden Schutz gegen "autoritäre Tendenzen" biete 345). Jedoch habe eine "echte demokratische Gesinnung Wurzel geschlagen", und die "demokratische Lebensform" sei in der BRD "heimisch geworden" 346). Wirklich gesichert aber sei die Demokratie in diesem Lande angesichts der restaurierten sozio-ökonomischen Strukturen nicht. Diese Restauration, wenige Jahre nach Kriegsende einsetzend, habe sich als "wirtschaftliche und politische" vollzogen, halte den "sozialen Fortschritt" auf und habe die Konzentration "wirtschaftlicher Macht in wenigen Händen", die Bedrohung und Einschränkung der "sozialpolitischen Errungenschaften" der Arbeitnehmer sowie das Wiederaufleben nazistischer Organisationen und Ideologien und ihr Eindringen in den Staatsapparat herbeigeführt 347). In der Sicht der IGM verhinderte dieser Restaurationsprozeß die volle Entfaltung und damit die endgültige Konsolidierung der gerade erst errichteten politischen Demokratie. Er führte zu einer Tendenz zu "obrigkeitsstaatlicher Einschränkung" 348), die die IGM beispielsweise in der Notstandsgesetzgebung zu erkennen glaubt 349). - Ähnlich kritisierte auch die DAG zunächst in einer Zeit, als ein antifaschistisches Potential noch allgemein verbreitet war, autoritäre und neonazistische Symptome in der BRD, die auch ihr von gravierender Bedeutung für die politischen Strukturen dieses Landes erschienen. Jahrelang hielt sie eine Wiederbelebung des Faschismus für möglich. Die restaurative Entwicklung des politischen Lebens, offenbar geworden an der Besetzung leitender politischer Ämter durch Personen mit faschistischer Vergangenheit, war es, die die DAG zu einer reservierten Haltung der Verfassungswirklichkeit gegenüber veranlaßte. Sie machte auf das "Eindringen von nachweislich verfassungsfeindlichen Persönlichkeiten in maßgebliche Positionen der öffentlichen Verwaltung" aufmerksam und konstatierte die Existenz

345) Alois Wöhrle, Prot.IGM 1962, 17.

346) Ders., Prot.IGM 1965, 14.

347) Angenommener Antrag der IGM, Prot.DGB 1959, 309 ff; vgl. auch O.Brenner, Prot.IGM 1958, 197; ders., Prot.IGM 1962, 252.

348) O.Brenner, Prot.IGM 1958, 197.

349) Vgl.u.a.F.Strothmann, Prot.DGB 1966, 318.

"restaurativer Kräfte, die unter Mißbrauch der demokratischen Freiheiten am Werke sind, den neuen sozialen Volksstaat auszuhöhlen und seine Organe in Exekutive und Legislative zu unterwandern" 350).

Im ganzen gesehen aber begreift die DAG, ebenso wie die BSE, die Entwicklung des politischen Systems der BRD als kontinuierlichen Prozeß seines Auf- und Ausbaus, aus dem inzwischen eine Verfassungswirklichkeit hervorgegangen ist, mit der - und damit dem politischen System schlechthin - eine uneingeschränkte Identifikation möglich ist.

Allen drei Gewerkschaften ist ein anti-"totalitäres" Bewußtsein eigen. Einhellig haben sie stets den "Totalitarismus" des Dritten Reiches wie den im sowjetischen Einflußbereich verurteilt. Jedoch tendieren BSE und DAG etwa seit Mitte der fünfziger Jahre dazu, das bestehende politische System nurmehr durch kommunistische Unterwanderung und Agitation, die sich aufgestaute Unzufriedenheit der Arbeitnehmer zunutze macht, nicht aber weiterhin durch Neofaschismus und Restauration autoritärer politischer Strukturen bedroht zu sehen. Der gewerkschaftliche Anti-"Totalitarismus" setzte sich innenpolitisch in der strikten Ablehnung "links"- und "rechtsradikaler" Bestrebungen fort; als systembedrohend wurde jedoch nur von der IGM die neofaschistische Gefahr empfunden.

Noch 1951 glaubte die DAG das

"System der politisch-parlamentarischen Demokratie...in einer schweren Krise...Das Aufkommen autoritärer Herrschaftsformen, sei es mit roten, sei es mit braunen Vorzeichen, erfolgte nicht von ungefähr. Diese Systeme wurden auch den Völkern keineswegs immer mit Gewalt aufgezwungen, sondern wurden mindestens in den Anfängen von den Massen, wenn auch in Unkenntnis der Entwicklungstendenzen, willig akzeptiert" 351).

Damit grenzte sich die DAG von beiden Varianten des "Totalitarismus" ab und lokalisierte überdies deren Ursachen im Handeln und in der Bewußtseinslage der "Massen" selbst. Daraus schloß sie, "politischer Radikalismus" könne nicht durch Wahlrechtsänderungen erfolgreich bekämpft werden, sondern allein durch Verbesserung der materiellen Lage der "Hilfsbedürftigen und un-

350) Entschließung, Tb.DAG 1954, 66.

351) R.Spaethen, Tb.DAG 1951, 166.

zureichend Versorgten", um ihren Glauben an die Demokratie zu erhalten ³⁵²⁾. Die durch ihre materielle Benachteiligung hervorgerufene Gleichgültigkeit und Feindschaft der "Massen" gegenüber dem neugegründeten Staat stellte für die DAG noch 1954 eine Gefahr dar, die den "demokratischen Staat...zum zweitenmal verderben" könnte ³⁵³⁾. Soweit die DAG den "Totalitarismus" überhaupt auf endogene Ursachen zurückführte, wurzelte er für sie allein in materiell bedingter Unzufriedenheit der "Masse" und ihrer Ausnutzung durch "radikale" Demagogie. Ihre besondere Aufmerksamkeit und Sorge aber widmete sie den Angestellten und ihrer Anfälligkeit gegenüber dem "Totalitarismus".

"Wir sehen in der Unterbewertung der geistigen Arbeit und damit in der Nivellierung der Angestelltengehälter eine nicht zu unterschätzende Gefahr für Staat und Wirtschaft...Zur Lösung dieser für die Demokratie wichtigen Frage ist es bisher nicht gekommen" ³⁵⁴⁾.

Die Hervorhebung der Angestellten aus der "Masse" mit Hilfe einer konsequenten Verwirklichung des Leistungsprinzips soll sie vor "totalitärer" Verführung gefeit machen, in Übereinstimmung mit der These der DAG, daß politische Herrschaft der "Masse" eine Diktatur, die "Führung" des Staates durch eine "Leistungselite" aber eine Demokratie darstelle. Die "Masse" charakterisiert die DAG durch ihre fehlende "Bindung" an den Staat und den ihn tragenden "Werten"; zugleich erkennt sie das Recht der "Masse" und der "Schaffenden" auf einen sie befriedigenden materiellen Status an, der politische Stabilität verspricht ³⁵⁵⁾.

Die Beschwörung der Gefahr eines neuen "Totalitarismus", die für die DAG nur von der "Masse" ausgehen kann, geht einher mit der Befürchtung,

"daß Reiche und Neureiche den sozialen Volksstaat bewußt verhindern und die Entwicklung zur plutokratischen Republik erstreben" ³⁵⁶⁾.

Die Kritik "totalitärer" Gefahren und Entwicklungstendenzen in der BRD wird so auf die Kritik an der unzureichenden Partizipa-

352) R.Spaethen, Tb.DAG 1954, 44.

353) F.Rettig, ebenda, 24 f.

354) Ders., ebenda, 28.

355) Ders., ebenda, 24.

356) Ders., ebenda, 30.

tion der Arbeitnehmer, vor allem aber der Angestellten, am gesellschaftlichen Reichtum verkürzt.

Indes ist dieser antiplutokratische Affront nicht nur bei der DAG anzutreffen. Auch die BSE beschwört die politischen "Gefahren einer Plutokratie" und einer "Macht des Geldes", die die Freiheit des einzelnen und damit die "Demokratie" überhaupt beeinträchtigt³⁵⁷⁾. Was jedoch die DAG, primär mit Hilfe ihres Massenbegriffs und der These von der Verführbarkeit der "Masse", als "Totalitarismus" deutet und bis in die Mitte der fünfziger Jahre als zumindest latente Gefährdung der politischen Demokratie in der RKD wertete, scheint die BSE als Folge der Konzentration und politischen Macht des "Kapitals" zu betrachten. Der Anti-Kapitalismus der IGM fehlt zwar heute bei der BSE vollkommen, dennoch aber nimmt sie an, daß die einseitige Eigentumsverteilung und Machtkonzentration in der Wirtschaft den westdeutschen Staat und seine demokratische Willensbildung, falls sie nicht im Sinne der Zielsetzungen der BSE modifiziert werden, bedrohen können:

"Es ist auf der einen Seite der Machtanspruch und die tatsächliche Macht, die sich aus der Konzentration des Besitzes von Produktionsmitteln ergibt. Diese Konzentration von Macht kann zur Gefahr für den demokratischen Staat und damit auch für die Freiheit und die demokratischen Rechte der arbeitenden Bevölkerung werden. Wir wollen eine Demokratie, die auf dem Willen der Bürger und nicht auf die Einflüsse konzentrierten Kapitals gegründet ist" 358).

Die BSE sieht damit die Konzentration ökonomischer Macht als erwiesen an; doch läßt sich aus dieser Äußerung nicht stringent eine bestimmte Einstellung zum Problem der Umsetzung ökonomischer Macht in politische extrapolieren. Denn die BSE nennt nicht die Bedingungen, unter denen die verfassungsmäßigen Formen politischer Willensbildung durch konzentrierte ökonomische Macht und deren Umsetzung in politische unterhöhlt werden können. Prinzipiell aber läßt die BSE die Möglichkeit dazu offen, während die DAG das bestehende politische System nur im Fall der Unzufriedenheit der "Masse" mit ihrem materiel-

357) G. Leber, Prot. BSE 1957, 486.

358) Ders., Prot. BSE 1963, 257.

len Status bedroht sieht. Die BSE hält es für möglich, daß

"von der ungeheuren Konzentration von Kapital und wirtschaftlicher Kraft eine nicht zu übersehende Beeinflussung und Vermachtung unseres gesamten sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens ausgeht" und daß "sich die Macht des Geldes in ungeheurer Konzentration über den Willen des Staatsbürgers erheben und hinwegsetzen kann" 359).

"Bestimmte Kräfte" - d.h. "die Industrie" - üben auf die Bundesregierung massive Pressionen aus, sobald diese es wage, die "Industrie" zu kritisieren 360).

Derartige Vermutungen sind freilich für das Bewußtsein der BSE eher atypisch. Denn die Behauptung der BSE, die unternehmerische "Macht im Staat" sei "nicht unbegrenzt" 361), legt es nahe, bei ihr eher die Vorstellung eines Machtgleichgewichts von "Kapital" und "Arbeit" als einer Hegemonie der Unternehmer im Staat anzunehmen. Diese Interpretation wird durch die positive Wertung gestützt, die die realen Prozesse politischer Willensbildung im Bewußtsein der BSE erfahren. Zweifel, die die BSE gelegentlich selber an ihrer These äußert, daß in der BRD realiter ein solcher Gleichgewichtszustand herrsche und daß sich die politische Willensbildung demokratisch vollziehe, vermögen sie in ihrem Bemühen um Identifikation mit der politischen Realität nicht zu beirren. Für die BSE gehen vom ökonomischen System und seiner Machtstruktur nur dann die politische Demokratie gefährdende Wirkungen aus, wenn das Großkapital - nicht etwa die Unternehmerschaft insgesamt - seine Macht zu politischen Zwecken mißbraucht. In der Regel jedoch unterliegen nach ihrer Ansicht politische Entscheidungen keiner Determinierung oder Beeinflussung durch ökonomische Interessen und Machtpositionen.

Was die BSE als Sonderfall wertet, dabei an die Einsicht des "Kapitals" appellierend, dem ebensowenig wie ihr selbst an einer Verschärfung gesellschaftlicher Konflikte gelegen sein kann, verallgemeinert die IGM zur These von der systembedingten Determination politischer Entscheidungen durch ökonomische und

359) G. Leber, Prot. BSE 1957, 486.

360) Ders., Prot. BSE 1960, 227.

361) Ders., Prot. BSE 1966, 382.

damit Klasseninteressen. Die IGM interpretiert die realen politischen Verhältnisse als Machtverhältnisse; politische Entscheidungen sind Ausdruck der herrschenden Machtverteilung und kommen nicht durch bloße Einsicht, rationale Argumentation und gemeinsames Interesse der Entscheidungsträger am "Allgemeinwohl" zustande. Der im Grundgesetz vorgesehene institutionelle Rahmen politischer Willensbildung ist zwar formal vorhanden und allgemein anerkannt, wird jedoch in seiner Bedeutung herabgesetzt durch die einseitige gesellschaftliche Machtverteilung und ihre Konsequenzen für die Entscheidungsorientierung der politischen Organe. Der "formellen" Wahrung der Verfassung steht, der IGM zufolge, eine nach 1949 einsetzende Verschiebung der "politischen Gewichte" zugunsten des "Kapitals" und zuungunsten der Arbeitnehmer gegenüber ³⁶²⁾, wodurch die Realisierung gewerkschaftlicher Ziele erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht worden sei ³⁶³⁾. Nur gelegentlich führt die IGM das Ausbleiben einer "Änderung der sozialen Struktur der Bundesrepublik" nicht auf die Restauration und das Primat der Unternehmerinteressen in Ökonomie und Politik zurück, sondern auf die "mangelnde Stärkung des politischen Selbstbewußtseins der Arbeitnehmer" ³⁶⁴⁾. Dies zielt jedoch nicht auf eine Kritik der Bindungslosigkeit der "Masse", wie bei der DAG, sondern auf die Unmündigkeit, in der die Arbeitnehmer gehalten werden. Durch Verwirklichung des Verfassungsauftrags, d.h. des "Sozialstaats", soll neben realer Gleichheit aller an der politischen Willensbildung Beteiligten auch die Mündigkeit der "Massen" hergestellt werden. Die IGM fordert über die Einhaltung rechtsstaatlicher Normen hinaus die Fortentwicklung der bestehenden politischen Ordnung in Richtung auf den "Sozialstaat" ³⁶⁵⁾. Das sei gleichbedeutend damit, die demokratischen Verfassungsnormen durch Aufhebung "aller sozialen Schranken, Privilegien und Abhängigkeiten, die ihrer Verwirklichung im Wege stehen", gesellschaftlich zu veran-

362) O.Brenner, Prot.IGM 1958, 197.

363) Vgl. ders., Kein Fortschritt ohne Gewerkschaften, keine Freiheit ohne Kampf, Referat anlässlich der 3.Bundes-Betriebsräte- und Vertrauensleute-Konferenz der IG Metall am 4.Dez.1959 in Augsburg (Broschüre), 6.

364) IGM, Gb.1956-57. 9.

365) O.Brenner, Metall, Nr.6 (1961). 2.

kern. Auf diese Weise soll neben die politische die wirtschaftliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer treten, statt die politische Demokratie sich selbst und damit den gegenwärtig dominierenden "Mächten" der Gesellschaft zu überlassen 366).

"In der modernen Industriegesellschaft genügen die formalen parlamentarisch-demokratischen Rechte und Institutionen nicht, um die gesellschaftlichen Probleme zu lösen. Die Menschen müssen durch die Erweiterung der Demokratie auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet in die Lage versetzt werden, in demokratischer Eigenverantwortung und Selbstverwaltung den gesamten gesellschaftlichen Prozeß zu steuern" 367).

Denn:

"Nur durch ständigen sozialen Fortschritt und durch die Ausschaltung unkontrollierter Einflüsse auf das wirtschaftliche und politische Leben kann die Demokratie erhalten und gefestigt werden" 368).

Leitmotiv im Demokratieverständnis der IGM ist der allseits - politisch, ökonomisch und in seinem gesellschaftlichen Bewußtsein - mündige Bürger. Es bildet das Hauptkriterium für die Beurteilung der sozialen Realität. Diese Merkmale des mündigen Bürgers und ihre Verwirklichung bedingen ihrerseits das Bestehen einer Gesellschaft, in der das politische und ökonomische System einander adäquat sind. Die IGM geht dabei von der Prämisse aus, daß "Wirtschaft und Politik" in der "modernen Industriegesellschaft" nicht mehr beziehungslos nebeneinander existieren 369). In ihrem Gesellschaftsbild konkretisiert sich diese Prämisse an der These, daß "wirtschaftliche Macht" zugleich "politische Macht" bedeute 370). Beide Teilstrukturen der Gesellschaft sind für die IGM gegenwärtig so einander zugeordnet, daß tendenziell die Grundrechte der Verfassung nur von einer Minderheit, den Produktionsmittelbesitzern, voll ausgeschöpft werden können. Durch das Hineinwirken ökonomischer Interessen in die Organe der politischen Willensbildung sind die Interessen der Bevölkerungsmehrheit politisch unterrepräsentiert. Über die politische Relevanz ökonomischer Entschei-

366) O.Brenner, Prot.IGM 1962, 229.

367) Ders., Gewerkschaftliche Dynamik, a.a.O., 64.

368) Angenommener Antrag der IGM, Prot.DGB 1959, 952.

369) O.Brenner, Prot.IGM 1958, 196.

370) Ders., Prot.DGB 1956, 358.

dungen hinaus besteht konkret eine Abhängigkeit der Parlaments- und Regierungsentscheidungen von den Interessen einzelner Pressure-Groups in Industrie, Handel und Hochfinanz. Nach Ansicht der IGM verschleierte die Identifizierung des "Allgemeininteresses" mit dem des Staates, daß die Entscheidungen seiner Organe zunehmend beeinflußt werden durch

"außerparlamentarische, nicht demokratisch legitimierte Interessen der Industrie- und Wirtschaftsverbände, der Lobbies, Organisationen der 'Grünen Front', des Handels und anderer", also von "Kräften, die weitgehend die undemokratischen Erfahrungen und Traditionen des Dritten Reiches verkörpern" 371).

Die "Verfälschung" des "Staatsapparates" mit "wirtschaftlichen Machtgruppen" lasse den "wachsenden Einfluß des Staates, die fortschreitende Bürokratisierung und die damit verbundene Gefahr der autoritären Aushöhlung demokratischer Institutionen" erkennen 372). Komprimiert bringt die IGM ihre Deutung der Interessenorientierung des Staates und seiner Entscheidungen in der Vorstellung von der "engen Interessenverbindung zwischen Bundesregierung, Finanz und Großindustrie" zum Ausdruck 373). Was allenfalls außer für die IGM noch für die BSE problematisch ist, d.h. die Relation der ökonomischen Macht- und Interessenkonstellation zum Verhalten der Staatsorgane, fügt die IGM in einen Vorstellungskomplex zusammen, in dem die Bürokratisierung des Staatsapparates und dessen Funktionsgewinn gegenüber dem selbstverantwortlichen "freien Bürger" als Anzeichen eines gesellschaftlichen Strukturwandels erscheinen. Der demokratische Gehalt der bestehenden Gesellschaft wird, neben dem des politischen Systems, durch das als Kartell verstandene Bündnis von Ökonomie und Politik in Frage gestellt. Antidemokratische, den Mehrheitswillen ausschaltende Entscheidungsformen sind im Zuge der Restauration der kapitalistischen Sozialstruktur wiedererstandenen und lassen die Wiederbelebung eines faschistischen "Totalitarismus" als möglich erscheinen. Die Gefahr einer direkten Transformation ökonomischer Partikularinteressen in das politische Entscheidungssystem besteht fort. Daher, so meint die

371) O.Brenner, Prot.IGM 1958, 197.

372) Ders., ebenda, 197.

373) IGM, Gb.1956-57, 9.

IGM, müsse mit der "Kumpanei der Ehemaligen...reiner Tisch" gemacht werden. Erst dann sei die Etablierung eines "sozialen Systems" möglich, "das dem östlichen Überlegen ist" 374).

Die Vorstellung von einer latenten oder manifesten Interessensolidarität zwischen Bundesregierung und Arbeitgebern, insbesondere der Großunternehmen, ist ein stetig wiederkehrendes Element im politischen Bewußtsein der IGM 375). Die mitbestimmungsfeindliche Haltung von Bundestagsmehrheit und Bundesregierung sowie die Wahlhilfe, die die Unternehmerschaft beiden gewährte, ließen diese Deutung für die IGM zur Gewißheit werden 376). Die Bereitschaft der IGM zur wirtschaftspolitischen Kooperation mit der "Großen Koalition" und ihre Hinwendung zur Deutung der westdeutschen Gesellschaft im Sinne von Pluralismus-Vorstellungen legen es jedoch nahe, die heutige Gültigkeit dieses Befundes anzuzweifeln. Vor allem fragt sich, inwieweit und ob überhaupt die IGM ihre These, daß kapitalistische Eigentumsstrukturen und Profitorientierung die westdeutsche Gesellschaft von der Ökonomie her konstituieren, konsequent beibehält.

Damit geriete auch die Allgemeingültigkeit der traditionellen IGM-These in Zweifel, daß für die Jahre nach der Gründung der BRD die westdeutsche Innenpolitik durch eine "arbeitnehmer - feindliche koalition von Bundesregierung und Unternehmertum" bestimmt worden sei, sodaß

"politische Erfolge auf dem Gebiet der Sozialgesetzgebung fast unmöglich geworden sind...Es wird immer deutlicher, daß die Innenpolitik der Regierung auf ein systematisches Zurückdrängen des gewerkschaftlichen Einflusses und der Belange der Arbeitnehmer gerichtet ist" 377).

Denn für die IGM war das Bündnis von Wirtschaft und Staat stets Folge der Restauration kapitalistischer Besitz- und Machtverhältnisse gewesen und daher objektiv-gesellschaftlich bedingt. Die Konzentration ökonomischer Macht war für sie das erste Glied

374) O.Brenner, Prot.IGM 1962, 252.

375) Vgl. ders., Prot.IGM 1956, 228; ders., Prot.IGM 1958, 71; ders., ebenda, 197; IGM, Gb.1958-59, 9.

376) F.Strothmann, Prot.IGM 1962, 115.

377) IGM, Gb.1958-59, 9.

einer Kausalkette, an deren Ende die politische Herrschaft unternehmerischer und damit partikularer Interessen über das "Allgemeininteresse" stand, die die politische Selbstbestimmung der lohnabhängigen "Massen" zur formaldemokratischen Fassade werden ließ. An dieser Grundvorstellung der IGM änderte sich auch angesichts der Wirksamkeit "organisierter" Interessen - einer nahezu einheitlichen gewerkschaftlichen Organisation der Arbeitnehmerinteressen - nichts, denn auch so vermochten die Arbeitnehmer kein Gleichgewicht, wie die IGM meinte, der Machtverteilung von "Kapital" und "Arbeit" zu erreichen. Die "harte Wirklichkeit" des "Klassenstaates" ³⁷⁸⁾ signalisierte der IGM die Richtigkeit ihres Gesellschaftsbildes und vor allem ihrer kritischen Deutung der bestehenden politischen Verhältnisse. Aus der "Klassengesellschaft" ging für die IGM fast unmittelbar der bestehende Staat hervor, dessen Wirklichkeit in ihrer Sicht dem Verfassungsauftrag nicht entsprach. Die westdeutsche Gesellschaft behielt ihren "Klassencharakter" bei, Staat und Wirtschaft blieben unter dem Primat des "Kapitals" ³⁷⁹⁾.

Die unterschiedliche Beurteilung, die der Entwicklungsstand der politischen Demokratie der BRD im politischen Bewußtsein der Gewerkschaften erfährt, geht, abgesehen von unterschiedlichen Ausgangsbegriffen, Prämissen und Zielvorstellungen des gewerkschaftlichen Demokratie- und Staatsverständnisses, auf eine divergierende Deutung der gesellschaftlichen Rolle der Macht und ihrer Verteilung zurück. Für die IGM sind die im ökonomischen System wurzelnden Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse - wenn auch, seitdem eine formaldemokratische politische Willensbildung Realität ist, nicht mehr ausschließlich - für die Verteilung der politischen Machtpositionen bestimmend. Die Machtverteilung ist nicht nur für den Ausgang von Tarifkonflikten entscheidend, sondern auch im politischen Leben: "Verfassungsfragen sind Machtfragen" ³⁸⁰⁾. Die IGM weist auf die "Un-

378) O.Brenner, Prot.IGM 1958, 216.

379) Vgl.ders., Prot.IGM 1965, 226.

380) Ders., Prot.IGM 1956, 222.

ersättlichkeit und die Machtgier bestimmter Kreise in der Bundesrepublik" hin ³⁸¹⁾. Die These, Machtrelationen bildeten in der BRD den Hauptfaktor für Verlauf und Resultat sozialer Konflikte und politischer Entscheidungsprozesse, erhält so ein dämonisierendes Moment: Jene Personen, die in Wirtschaft und Politik Schlüsselpositionen innehaben, erscheinen als finstere Mächte, als eine verschworene Gemeinschaft, die, unter Umgehung der Verfassung, mit allen Mitteln ihre Vorherrschaft verteidigt, um weiterhin kapitalistischen Partikularinteressen nachgehen zu können.

Im Gegensatz dazu bleibt "Macht" im Gesellschaftsbild der BSE und DAG fast vollkommen irrelevant, sosehr gerade die DAG "Ordnung", "Disziplin" und "Autorität" in Betrieb und Staat als zentrale Elemente ihres Wert- und Kategoriensystems verwendet. "Macht" wird bei der BSE, außer in vagen Hinweisen auf unkontrollierte "Kräfte" der Wirtschaft, die die Staatsorgane unterminieren könnten, allenfalls in Zusammenhang mit sozialen Konflikten, namentlich zwischen den "Sozialpartnern", thematisiert. Die als sozial emanzipiert geltenden Arbeitnehmer haben an der gesellschaftlichen Macht prinzipiell genauso wie die Arbeitgeber teil; erst unter dieser Voraussetzung läßt sich ihre Chancengleichheit behaupten. Das Bewußtsein, zu den machtlosen, weil vom Produktionsmittelbesitz ausgeschlossenen Bevölkerungsteil zu gehören, ist bei der BSE durch das Bewußtsein verdrängt, gesellschaftlich anerkannt und in den sozialen und politischen Entscheidungsprozeß integriert zu sein. Allenfalls warnt die BSE die Unternehmer vor einem Mißbrauch ihrer ökonomischen Vormacht, weil dadurch die Arbeitnehmer radikalisiert werden könnten. Da für die BSE die Verfügung über Machtpositionen stets durch Eigentumstitel oder Wählerwillen legitimiert ist, werden "Macht" und Machtverteilung - sosehr die BSE auch vorgibt, "die Macht und die Machtverhältnisse in unserem Staat" in ihr Handlungskalkül einzubeziehen ³⁸²⁾ - als solche problemlos.

381) G.Benz, Prot.IGM 1965, 134.

382) G.Leber, Prot.BSE 1960, 227.

Bei der BSE ist "Macht" ein Mittel zur Verwirklichung von Gruppeninteressen, bei der DAG hingegen ein Privileg des Staates und seiner Organe. Sie sei sich der Tatsache bewußt,

"daß auch in der Demokratie immer Machtgruppen vorhanden sein werden, deren Bestrebungen sich zum Nachteil der Schwächeren auswirken" 383).

Der spürbar fatalistische Zug in dieser Äußerung steht keinesfalls in Widerspruch zur positiven Bewertung von "Autorität" bei der DAG. Denn prinzipiell versteht sie politische "Macht" als legitimiert durch den Mehrheitswillen und als Mittel zu dessen Realisierung. Sie bestreitet, daß die Bundesregierung die "Vertretung einer Mächtigkeitsgruppe" sei 384). Der Staat monopolisiert die gesellschaftliche Macht und ihren Gebrauch zugunsten der Aufrechterhaltung der "Ordnung" und damit zum Nutzen des gesellschaftlichen "Ganzen". Für die DAG ist keine soziale Gruppe dazu berechtigt, ihre Machtstellung gegenüber einer anderen auszunutzen.

Infolge der unterschiedlichen Bedeutung, die BSE und DAG einerseits und IGM andererseits der "Macht" beimessen, differiert auch ihre Deutung der realen Machtverteilung in der westdeutschen Gesellschaft und vor allem ihres politischen Systems. Während die BSE implizite die Existenz eines Machtgleichgewichts der einzelnen, miteinander konkurrierenden gesellschaftlichen und politischen "Kräfte" voraussetzt, lokalisiert die DAG das Phänomen "Macht" außerhalb des gesellschaftlichen Prozesses und sieht die bestehende Gesellschaft nicht durch Machtverhältnisse charakterisiert. In dieser Differenz spiegelt sich das Vorherrschen pluralistischer beziehungsweise monistischer Strukturmuster. Für die IGM schließlich sind die Machtverhältnisse der LdD notwendiger Ausdruck der antagonistischen Struktur dieser Gesellschaft. Die Restauration des Kapitalismus erweist sich für die IGM an der Ohnmacht der Arbeitnehmer und an der Vorherrschaft der Unternehmer, die sich über die Ökonomie hinaus ins politische System fortsetzt. Als entscheidende Ursache dafür nennt sie die Wiederbelebung des Kapitalismus. Die "Un-

383) F.Rettig, Tb.DAG 1954, 27.

384) Ders., ebenda, 28.

gleichheit unter den Menschen hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht" bestehe fort ³⁸⁵⁾. Aber auch hier ist es wiederum die IGM selbst, die die Deutung der bestehenden Gesellschaft im Sinne einer antagonistischen in Frage stellt, ohne es recht zu merken. Für "unsere pluralistische Gesellschaft" sei es kennzeichnend,

"daß Macht und Einfluß nicht von wenigen monopolisiert sind, sondern durch ein Netz von Verbänden, Gruppen, Vereinen kanalisiert und kontrolliert werden. Wer diesen Zusammenhang leugnet, leugnet die Realität und wendet sich damit auch gegen das Prinzip der Machtverteilung und der demokratischen Machtkontrolle" ³⁸⁶⁾.

Auch wäre es falsch, anzunehmen, die IGM würde die Einseitigkeit der Verteilung politischer Macht aus der parlamentarischen Demokratie als solcher ableiten. Vielmehr betrachtet sie die demokratische Verfassungsordnung und den sozialen Antagonismus als Gegensätze, ohne die bestehende Staatsform unter den Bedingungen kapitalistischer Ökonomie notwendig als Instrument der "herrschenden Klasse" zu definieren.

Der Vergleich gewerkschaftlicher Äußerungen über die Bedeutung der Macht- und Sozialstruktur der BRD für ihre politische Willensbildung läßt folgendes erkennen: Entweder wird die eigene Konzeption von politischer Demokratie, unter Ausschluß der Möglichkeit von Rückwirkungen der Sozialstruktur auf den Staat, so sehr mit der politischen Realität identifiziert, daß Kritik nur noch an Randerscheinungen, nicht mehr an politischen Strukturen, möglich ist. Oder aber die eigenen Vorstellungen von "wahrer" Demokratie werden dieser Realität in kritischer Intention entgegengehalten: Die politische Wirklichkeit als solche erscheint fragwürdig. Politische Willensbildung vollzieht sich für die DAG und BSE heute prinzipiell verfassungskonform, für die IGM nur formal. In diesem Gegensatz verbirgt sich, über ein divergierendes Demokratie- und Staatsverständnis hinaus, eine unterschiedliche Interpretation des Bonner Grundgesetzes und seiner Normen, die im einen Fall das rechts-, im anderen

³⁸⁵⁾ O. Brenner, Kein Fortschritt ohne Gewerkschaften, 7.

³⁸⁶⁾ Ders., Prot. IGM 1965, 225.

Fall das sozialstaatliche Moment betont. Der in ihrer Reichweite unterschiedlichen Kritik der Gewerkschaften an den herrschenden politischen Verhältnissen entsprechen die programmatischen Ziele, die aus ihr abgeleitet werden. Wird bei der DAG und BSE primär die Stabilisierung des Staates und die Etablierung einer politischen "Mitte" im Sinne der "Volkspartei"-Konzeption angestrebt, um auf diese Weise die Überreste der "Klassengesellschaft" und sozialer Instabilität zu tilgen, so fordert im Gegensatz dazu die IGM eine Veränderung dieses politischen Systems selbst, d.h. die konsequente Verwirklichung des "Sozialstaats" und seiner gesellschaftlichen Voraussetzungen. Dadurch will die IGM Widersprüche aufheben, die ihr im politischen System selbst und in seiner Beziehung zur Sozial- und Machtstruktur zu liegen scheinen. Das Gesellschaftsbild der IGM entwirft eine Perspektive zukünftiger politisch-gesellschaftlicher Entwicklung, die zu "sozialer Integration" und zu einer nachkapitalistischen, nichtantagonistischen Gesellschaft hinführt. Im Bewußtsein der DAG und BSE hingegen dominieren die retrospektive Betrachtungsweise und mit ihr das Interesse an der Stabilisierung des herrschenden politischen und gesellschaftlichen Systems. Die Gesellschaftsbilder der IGM einerseits und der DAG und BSE andererseits unterscheiden sich daher nicht nur begrifflich, sondern auch und vor allem in bezug auf die ihnen zugrundeliegenden gesellschaftspolitischen Intentionen. Die scheinbar akademische Frage nach dem gewerkschaftlichen Verständnis der westdeutschen Gesellschaft, ihrer Strukturen und ihres Wandels wird so zu einer praktisch-gewerkschaftspolitischen.

V. Das Selbstverständnis westdeutscher Gewerkschaften

a) Inhalt, Umfang und Interessenorientierung gewerkschaftlichen Handelns

1. Gewerkschaftsbegriff und gewerkschaftliches Selbstverständnis

Gewerkschaften sehen sich täglich mit dem Problem konfrontiert, welche Aufgaben sie heute in Wirtschaft und Betrieb, gegenüber Staat und Gesellschaft im Interesse ihrer Mitglieder wahrzunehmen haben und erfolgreich realisieren können. Je nach ihrem Selbstverständnis können sie sich auf gewerkschaftliche Aufgaben im engeren Sinn, d.h. auf Lohn- und Sozialpolitik, beschränken oder aber außer solchen Interessen ihrer Mitglieder, die deren materiellen Status unmittelbar betreffen, auch solche wahrnehmen, die gewöhnlich nicht zu den speziell gewerkschaftlichen gezählt werden, d.h. Bildungs-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Daran schließt sich die Frage an, welcher dieser beiden Aufgabenbereiche Vorrang genießen soll. Zumindest für die deutschen Gewerkschaften sind ihre bildungs-, wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Aufgaben niemals vorrangig gegenüber ihren ursprünglichen gewesen. Ihr historischer Ursprung, der in der Assoziation von Arbeitnehmern zur Linderung ihrer materiellen Not bestanden hatte, wirkte auch in den Zeiten noch nach, als sie längst allseits anerkannt und innerlich gefestigt waren. Nach 1945 standen die deutschen Gewerkschaften erneut vor der Frage, ob jenes klassische Modell der in ihrer Aktivität begrenzten Arbeiterassoziation angesichts des Koalitions-, Tarif- und Streiksrechts, das sie nun besaßen, und angesichts des Einflusses, den sie durch betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung und in öffentlichen Einrichtungen verschiedenster Art erlangt hatten, weiterhin für sie gültig blieb. Die Gewerkschaften waren über den Rahmen von Selbsthilfeorganisationen ausgebeuteter und unterdrückter Arbeiter hinausgewachsen und hatten aktiv am Wiederaufbau von

Staat und Wirtschaft der BRD teil. Ihre tatsächliche gesellschaftliche Bedeutung legte eine - zumindest partielle - Revision ihres traditionellen Selbstverständnisses nahe. Künftig mußten sie ihr Selbstverständnis unter zwei verschiedenen Aspekten reflektieren: Inhalt und Form gewerkschaftlicher Vertretung von Arbeitnehmerinteressen und Bedeutung gewerkschaftlichen Handelns für die bestehende Gesellschaftsordnung und ihren Wandel.

Die Doppelrolle, die nun den Gewerkschaften gegenüber ihren Mitgliedern und gegenüber der westdeutschen Gesellschaft und ihren Teilstrukturen zufiel, manifestiert sich bereits in den gewerkschaftlichen Antworten auf die Frage, was eine "Gewerkschaft" sei. In bezug auf die Arbeitnehmer bezeichnet die IGM die Gewerkschaft als eine "solidarische Selbsthilfeorganisation zur Überwindung der Abhängigkeit des arbeitenden Menschen" ¹⁾, in bezug auf die bestehende Gesellschaft als das "soziale Gewissen" der Demokratie ²⁾. Als Interessensvertretung der "großen Masse der Arbeitnehmer" und damit "von mehr als drei Vierteln unserer Bevölkerung" ³⁾ haben die Gewerkschaften "allein schon durch ihre Existenz ein politisches Gewicht in unserer Gesellschaft" ⁴⁾. Gewerkschaften sind für die IGM sowohl "demokratische Massenorganisationen" ⁵⁾, insofern sie an der gesellschaftlichen Basis und vorbildlich demokratisch Interessen der Bevölkerungsmehrheit organisieren und vertreten, als auch "wesentliche Elemente demokratischer Gesellschaftsentwicklung" ⁶⁾, weil von ihnen die entscheidenden Impulse gesellschaftlichen Fortschritts ausgehen und ausgegangen sind. Die gesellschaftliche Entwicklung in der BRD wäre anders verlaufen, hätte es die Gewerkschaften, als ein "untrennbarer Bestandteil unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung" ⁷⁾,

1) O.Brenner, Prot.IGM 1962, 228.

2) F.Strothmann, Prot.IGM 1958, 103.

3) O.Brenner, Prot.IGM 1962, 227.

4) F.Strothmann, Prot.IGM 1958, 103.

5) O.Brenner, Prot.IGM 1960, 81.

6) Ders., Gewerkschaftliche Dynamik, a.a.O., 68.

7) A.Wöhrle, Prot.IGM 1965, 17; vgl. auch O.Brenner, ebenda, 72.

nicht gegeben. Dieses Verdienst, das die IGM für die Gewerkschaften in Anspruch nimmt, heißt für sie gleichwohl nicht, daß die Gewerkschaften an den ökonomischen, gesellschaftlichen und auch politischen Entscheidungen angemessen beteiligt worden wären.

Die IGM hat damit ein Verständnis ihrer selbst wie der Gewerkschaft überhaupt entwickelt, dem sowohl die traditionelle Formel von der Gewerkschaft als "solidarischer Gemeinschaft" von Arbeitnehmern zum Schutze ihrer Rechte gegenüber den Unternehmern und zur Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen als auch die Vorstellung zugrundeliegt, Gewerkschaften seien selbst Bewegung des "sozialen Fortschritts". Beides sucht die IGM zu einem in sich schlüssigen gewerkschaftlichen Selbstverständnis zu verschmelzen.

Auch die BSE und DAG definieren die "Gewerkschaft" unter dem Aspekt ihrer Rolle gegenüber Arbeitnehmern und Gesamtgesellschaft, wenn sie auch Inhalt und Bezug beider Rollen anders als die IGM bestimmen. Die BSE versteht sich als "Interessengemeinschaft schaffender Menschen" ⁸⁾ und als "tätiges Glied in einer guten, im Kampf um Menschlichkeit, Kultur und Freiheit erfolgreichen geschichtlichen Bewegung" ⁹⁾. Zugleich bezeichnet sie sich als "gestaltende Kraft und ordnende Gewalt in der Gesellschaft" ¹⁰⁾ im Sinne eines "Motors", der die bestehende "freie Gesellschaft" in Bewegung hält ¹¹⁾. Dadurch, daß die Gewerkschaften diese Gesellschaft sowohl "ordnen" als auch "gestalten", sowohl zur Erhaltung ihrer Ordnung als auch zu ihrer Fortentwicklung beitragen, werden sie zu einem "unabdingbaren Bestandteil unserer demokratischen Grundordnung" ¹²⁾. Die BSE erkennt den Gewerkschaften also, im Unterschied zur IGM, außer der Wahrnehmung von Arbeitnehmerinteressen und gesellschaftsverändernde Funktion im Sinne von "sozialem Fortschritt" auch Ordnungsfunktionen innerhalb der Gesellschaft zu.

8) BSE, Gb.1955-56, 45.

9) G.Leber, Prot.BSE 1960, 11.

10) Ders., Prot.BSE 1960, 11.

11) Ders., Prot.BSE 1966, 540.

12) Angenommener Antrag, ebenda, 606.

Die Bedeutung der Gewerkschaften gegenüber der Gesellschaft zerfällt für sie in zwei Momente, die sich aus ihrem historischen Ursprung als einer "Bewegung" des "sozialen Fortschritts" und aus den ihnen in der westdeutschen Gesellschaft zugewachsenen öffentlichen Funktionen herleiten. - Die DAG, die das vor 1933 in Deutschland dominierende Berufsverbandsprinzip beibehalten hat, bestimmt "Gewerkschaft" ebenfalls unter zwei Aspekten. Als "Interessengemeinschaft von Arbeitnehmern" ¹³⁾ sucht die Gewerkschaft die soziale und ökonomische Benachteiligung der Arbeitnehmer durch ihr kollektives Auftreten gegenüber den Arbeitgebern zu kompensieren ¹⁴⁾. Zum andern fungieren für die DAG Gewerkschaften als ein "integrierender Bestandteil jeder demokratischen Ordnung" ¹⁵⁾ und

"bei uns wie in der übrigen westlichen Welt" als "demokratische Institutionen und Ordnungskräfte...mit dem legitimen Anspruch auf Beteiligung und Mitwirkung am sozialen, kulturellen und allgemeinpolitischen Leben im Staat" ¹⁶⁾.

Der Rekurs auf den Charakter der Gewerkschaft als "Massenorganisation" fehlt bei der DAG ebenso wie das Bewußtsein, daß das gewerkschaftliche Handeln im Rahmen einer historischen "Bewegung" der Arbeitnehmerschaft Emanzipationsfunktion besitze. Die Gewerkschaften sollen disziplinierend auf die "Massen" einwirken und so ihre Beherrschbarkeit durch die "Führungselite" vergrößern:

"Die Durchorganisation der Massen und ihrer verschiedenartigen, oft gegensätzlichen Interessen erleichtert den Verantwortungsträgern den Überblick und die mit dem notwendigen Ausgleich der Interessen verbundene Arbeit" ¹⁷⁾.

Die Gewerkschaft soll nicht nur auf der Ebene des pluralistischen Interessenausgleichs konkurrierender sozialer Gruppen agieren, nicht nur ein "Verband" sein. Die DAG gibt "dem Willen der Angestellten Ausdruck und vertritt ihre berechtigten Belange" ¹⁸⁾ - das soll nicht heißen: Sie stellt die Interes-

13) DAG, Tüb.1951-54, 5.

14) Vgl.DAG, Grundsatzprogramm, 18.

15) R.Spaethen, Tb.DAG 1963, 8o.

16) DAG, Tüb.1957-60, 18; vgl. auch DAG, Tüb.1954-57, 8 f.

17) G.Schneider, Der Angestellte, Nr.1 (1960), 1.

18) H.Katzbach, Der Angestellte, Nr.1 (1962), 2.

sen ihrer Mitglieder über die des Staates und gesellschaftlichen "Ganzen". Daß die westdeutsche Gesellschaft zu ihrem Funktionieren der Gewerkschaften und ihrer "Mitarbeit" bedarf, habe die Gewerkschaften "über die Stufe eines bloßen Interessenverbandes und einer pressure-group hinaus" ¹⁹⁾. Sie sollen als "demokratische Institutionen und Ordnungskräfte" fest in das gesellschaftliche "Gefüge" eingebaut sein, sie erfüllen nicht nur in ihrem eigenen Organisationsbereich bestimmte gesellschaftlich notwendige Funktionen, sondern haben unmittelbar Anteil am "Staatsleben".

Der Eindruck, hier werde "Mitarbeit" als vorrangiger, "höherer", "Interessenvertretung" als zweitrangiger Gewerkschaftszweck gewertet, ist freilich falsch. Indem die DAG erklärt, die Gewerkschaft sei "an sich eine zweckrationale Einrichtung, eine Interessenorganisation" ²⁰⁾, spricht sie selbst dem Gewerkschaftshandeln den Charakter eines der "Gemeinschaft" des Volkes gewidmeten "Dienstes" ab.

"Eine Gewerkschaft ist in erster Linie ein Interessenverband. In ihr schließen sich solche Erwerbstätigen zusammen,...deren soziale Situation...die gleiche ist. Andere Bevölkerungsgruppen tun vergleichsweise dasselbe...Organisiert gehen die berechtigten Interessen des einzelnen und seiner Gruppe nicht unter" ²¹⁾.

Die DAG sieht sich dem Vorwurf des Gruppenegoismus ausgesetzt, weil sie darauf besteht, daß die Angestellteninteressen nur im Rahmen einer selbständig operierenden Angestelltengewerkschaft effizient und adäquat dem Sonderstatus der Angestellten vertreten werden können. Dieses Rechtfertigungsbedürfnis haben die IGM und BSE nicht. Für beide ist die Gewerkschaft nur als Industriegewerkschaft, nicht als Vertretung einzelner Berufsgruppen zeitgemäß und deshalb "mehr" als ein "Interessenverband", weil ihr Handeln im Kontext der Arbeiterbewegung, ihrer Geschichte und humanitären Ziele gesehen werden müsse.

Das Bild, das westdeutsche Gewerkschaften ihren Mitgliedern und Nichtorganisierten gegenüber als Selbstbild präsentieren, ist

19) R.Spaethen, Bildung, Ausbildung und Gewerkschaften, 26; vgl. auch H.Katzbach, Tb.DAG 1967, 115; DAG, Grundsatzprogramm, 8.

20) R.Spaethen, Tb.DAG 1960, 92.

21) G.Schneider, Der Angestellte, Nr.1 (1960), 1.

eine klischeehafte, verbrämende Idealisierung des "Wesens" der eigenen Organisation und ihres inneren Zusammenhalts. Rechtfertigungsbedürfnisse und der Versuch, als selbstbewußte, auf die eigenen Erfolge stolze und als erfahrene Lebens- und Kampf-gemeinschaft zu erscheinen, gehen dabei Hand in Hand. Diese Gemeinsamkeiten in der Selbstdarstellung von BSE, IGM und DAG sind, trotz aller sonstigen Unterschiede, deutlich in ihren Äußerungen erkennbar. Nur selten trifft man bei ihnen auf Formulierungen, die dem jeweiligen gewerkschaftlichen Selbstverständnis präzisieren und verbindlichen Ausdruck geben.

Die BSE bestimmt "Gewerkschaft" als eine "Gemeinschaft" sozial, ökonomisch und ihrer Bewußtseinslage nach Gleicher, der die Arbeitnehmer nicht allein aus eigennützigen Motiven beitreten. Sie will sich "im Laufe der Zeit von der Organisation zur echten Bewegung entwickeln" ²²⁾, um mehr zu sein als eine "bloße Organisation" ²³⁾. Die BSE versteht sich als "Gemeinschaft von Menschen" ²⁴⁾, "die einig ist, die weiß, was sie will, die entschlossen und wohlgeordnet ist" ²⁵⁾ und den "bauschaffenden Menschen" eine "Heimat" bietet ²⁶⁾. Was dem Arbeitnehmer in Betrieb und Büro vorenthalten wird, soll ihm seine Gewerkschaft geben: das Gefühl, einer "Gemeinschaft" anzugehören, auf die er sich verlassen kann, wenn er in Not gerät. Das, was im Selbstverständnis der BSE die Gewerkschaft von einer "bloßen Organisation" unterscheidet, ist die Solidarität ihrer Mitglieder, die sich nicht nur auf den Beitragsgroschen erstreckt. Die Arbeitnehmer schließen sich nicht in einem ad-hoc-Bündnis und vorübergehend zusammen, sondern in einer "Bewegung", die dauerhaft ist und ihre Lebensverhältnisse insgesamt zu verbessern verspricht. Die Intention der Frühphase der Arbeiterbewegung, der schlechten kapitalistischen Realität eine bessere gegenüberzustellen, in der das solidarische Handeln der Unterdrückten und Ausgebeuteten so etwas wie Selbstbestimmung erlaubt, ist

22) G.Leber, Prot.BSE 1955, 492.

23) Totenehrung, Prot.BSE 1960, nach 21.

24) G.Leber, Prot.BSE 1957, 618.

25) Ders., Prot.BSE 1960, 251.

26) J.Knöß, Prot.BSE 1955, 626.

in dieser Selbstdarstellung der BSE rudimentär enthalten, ist verblaßt zu der Absicht, den Verlust an Gemeinschaftsbindung, den die Arbeitnehmer durch ihre Proletarisierung erlitten haben, gewerkschaftlich wettzumachen.

Dieses Selbstbild soll fraglos dazu dienen, den organisatorischen Zusammenhalt der Gewerkschaft zu festigen. Das wird dann deutlich, wenn bei Gewerkschaftsveranstaltungen Kritik an den Unorganisierten, den "Trittbrettfahrern" geübt wird, die die Vorteile der "Gemeinschaft", die für höhere Löhne und bessere Sozialleistungen sorgt, in Anspruch nehmen, ohne indes gewerkschaftliche Solidarität zu üben ²⁷⁾.

Für die IGM ist die Gewerkschaft weniger "Lebensgemeinschaft" denn "soziale Bewegung". Sie gibt vor, "nicht im Dienste der Organisation" zu handeln,

"sondern im Dienste der schaffenden Menschen und der Gestaltung der Zukunft. Die Organisation ist für uns nie Selbstzweck, sondern Mittel zum guten Zweck" ²⁸⁾.

Die Notwendigkeit der Gewerkschaft soll sich aus ihrem "guten Zweck" herleiten, nicht aus Herrschaftsansprüchen ihrer Funktionäre. Der Zweck wird desto eher erreicht, je größer die Solidarität der Mitglieder untereinander und gegenüber der Gewerkschaftsspitze ist, weil die Erfolgsaussichten der Gesamtorganisation sich proportional der Funktionstüchtigkeit ihrer einzelnen Einheiten verhalten. Von der "Kleinarbeit" jedes Mitglieds, von dem "Gefühl des Füreinander-Einstehens, der Zusammengehörigkeit" hängt nach Ansicht der IGM die "Stoßkraft" der Gewerkschaft ab ²⁹⁾. Alle Arbeitnehmer, die "abseits stehen", verletzen das Solidaritätsgebot ³⁰⁾. Unorganisierte Arbeitnehmer stehen isoliert außerhalb der gewerkschaftlichen "Kampf"-Front. Gleichwohl soll die Unorganisierten nicht allein der Gedanke an unmittelbar-materielle Vorteile zum Beitritt motivieren, die gegen den Mitgliedsbeitrag eingetauscht würden. Die IGM distanziert sich davon, als "Produktionsunternehmen" oder

27) J.Knöß, Prot.BSE 1955, 255.

28) F.Strothmann, Prot.IGM 1958, 103; vgl. auch H.Dürrbeck, Prot.IGM 1965, 94.

29) O.Brenner, Prot.IGM 1956, 244 f.

30) Ders., Prot.DGB 1956, 465.

als Lieferant von "Dienstleistungen" angesehen zu werden, denn Gewerkschaften seien "humanitäre Organisationen, in denen sich die Arbeiter freiwillig und zur Kooperation zusammengeschlossen haben" ³¹⁾. Die Gewerkschaft gilt also nicht nur deshalb als qualitativ verschieden von jeder beliebigen anderen Organisation, weil sie eine "solidarische Gemeinschaft" ist ³²⁾, sondern auch deshalb, weil der Gewerkschaftsbeitritt nicht primär aus eigennützigen Motiven erfolgt, sondern in der Erkenntnis, daß die Verbesserung der eigenen materiellen und gesellschaftlichen Lage nur in Zusammenhang mit der einer ganzen sozialen Schicht oder Klasse möglich ist. Die IGM will "Kampforganisation" und "Unterstützungsverein" in einer "gesunden Mischung" sein ³³⁾. Ihr genügt es nicht, über die gewerkschaftliche Kontrolle des Arbeitskräfteangebots höhere Löhne und Sozialleistungen zu erreichen oder durch ein System von Unterstützungsleistungen die soziale Sicherheit der eigenen Mitglieder zu erhöhen. Sie erkennt die Gefahr, daß solche Zielsetzungen zwar der Mitgliederwerbung dienlich sein können, andererseits aber, wenn sie die gewerkschaftliche Aktivität allzuschr absorbieren, mit den gesellschaftspolitischen Aufgaben der Gewerkschaften in Kollision geraten.

Zwischen der Selbstdarstellung der BSE und IGM einerseits und der der DAG bestehen weitgehende Ähnlichkeiten. Die DAG vertritt dort eine abweichende Einstellung, wo ihre Neigung, sich als "Interessenorganisation" zu verstehen, und ihr Festhalten an der besonderen Qualität von Angestelltenstatus und -persönlichkeit wirksam werden. Das Verhältnis von Gewerkschaftsorganisation und -mitglied ist für die DAG nicht allein eine Tauschbeziehung, so sehr sich diese Gewerkschaft als Einrichtung zur möglichst effizienten Wahrnehmung von Angestellteninteressen versteht. Das Gewerkschaftshandeln soll dadurch von dem Makel des "Interessenverbandes" befreit werden, daß es auf das "Ge-

31) A.Wöhrle, Der Gewerkschafter, Nr.5 (1966), 164; vgl. auch Albert Kern, Prot.IGM 1956, 88; Ernst Striefler, Prot.IGM 1962, 89.

32) O.Brenner, Prot.IGM 1965, 228.

33) E.Striefler, Prot.IGM 1960, 96.

meinwohl" und die "Persönlichkeit" des einzelnen Mitglieds bezogen wird. Den Zweck der Gewerkschaft - "das Erreichte zu wahren und sich zu bemühen, den höchstmöglichen Anteil am Ergebnis der Volkswirtschaft zu erstreiten" ³⁴⁾ - umgibt die DAG mit dem Anspruch, daß zwischen den Mitgliedern und zwischen Mitgliedschaft und Gewerkschaftsleitung "schicksalhafte" Bindungen bestünden. Um die auf höhere Einkommens- und Vermögensbildung gerichteten Interessen der Angestellten adäquat vertreten zu können, muß die Gewerkschaftsleitung mit einem Minimum an Solidarität ihrer Mitglieder rechnen können. Die DAG, die friedliche Verständigung mit der Unternehmerschaft anstrebt, fordert von ihren Mitgliedern wie von den Angestellten insgesamt militante Solidarität. Sie sollen mehr "Kampfgeist" beweisen, und die DAG selbst soll "noch mehr als bisher den Charakter einer Kampfgemeinschaft" erhalten ³⁵⁾:

"Es ist an der Zeit, heute die noch abseitsstehenden Hunderttausende von Unorganisierten an ihre soziale, nationale und moralische Pflicht zur gewerkschaftlichen Integration zu erinnern. Wer nur Nutznießer der durch die Gewerkschaften erkämpften Errungenschaften bleibt, ohne in Keim und Glied der großen Schicksalsgemeinschaft mitzumachen, der schwächt seine Berufsgewerkschaft" ³⁶⁾.

Hier erscheint die Gewerkschaft nicht als Einrichtung, in der sich einzelne Individuen zusammenschließen, um ihre subjektiven Interessen wirksamer vertreten zu können - und nur zu diesem Zweck - , sondern als "Schicksalsgemeinschaft", die als solche, auch wenn in ihr nur eine Minderheit organisiert ist, stets schon a priori besteht. Die DAG beansprucht, "Willenszentrum" ³⁷⁾ beziehungsweise "Sammelbecken" aller Angestellten zu sein ³⁸⁾. Als "Berufsgewerkschaft" will sie die Angestellten nicht in ihrer Eigenschaft als "Arbeitnehmer" organisieren, sondern nach Berufsgruppen. Diese Entscheidung begründet die DAG mit der, wie sie annimmt, besonderen Bedeutung

34) A.Spaethen, Tb.DAG 1960, 87.

35) F.Rettig, Tb.DAG 1951, 63 f.

36) DAG, Grundsatzprogramm, 22.

37) DAG, ebenda, 18; vgl. auch F.Rettig, in: Die Stellung der Angestellten in der modernen Gesellschaft, 7.

38) A.Spaethen, Tb.DAG 1963, 105; vgl. auch DAG, Der Angestellte, Nr.9 (1963), 3.

von "Beruf" und "Leistung" für die Angestellten. Wie die individuelle Leistung für das Wohlergehen der Gesellschaft, so ist der Beruf des einzelnen Mitglieds von entscheidender Bedeutung für den organisatorischen Zusammenhalt und für die Erfolgchancen der "Berufsgewerkschaft".

"Die Gewerkschaften ziehen ihre organisatorische Kraft aus der handwerklichen und geistigen Leistung ihrer einzelnen Mitglieder in der Gütererzeugung und in der Güterverteilung, das heißt, daß berufliche Fertigkeit und berufliches Wissen als ein kostbares und unveräußerliches Gut gewerkschaftlich geschützt und gefördert werden müssen" 39).

Die Solidarität der Mitglieder einer Berufsgewerkschaft ist umfassender als die eines "bloßen Interessenverbandes", weil sie, zusammengenommen, über ein Zweckbündnis hinaus zu einer "Gemeinschaft" integriert sind, ohne doch ihre Individualität zu verlieren. Der innere Zusammenhalt der Berufsgewerkschaft beruht vor allem auf der Gemeinsamkeit beruflicher Interessen und, so wird suggeriert, auf relativ großem Leistungswillen der Mitglieder. Dahinter tritt die gewerkschaftliche Motivation zurück, die aus der Gemeinsamkeit der sozialen und ökonomischen Lage und aus dem Interesse an ihrer Verbesserung herrührt. Ziel der DAG ist es gleichwohl, den Angestellten das Bewußtsein zu vermitteln, daß sie alle demselben "Stand" angehören. Als nach dem Berufsverbandsprinzip strukturierte Gewerkschaft versteht sich die DAG nicht als Teil einer solidarischen und arbeitsteilig organisierten "Gewerkschaftsbewegung", sondern als Repräsentant berufsständischer Interessen der Angestellten und des "Gemeinwohls".

Im ganzen gesehen erweist sich aber, daß die Gemeinsamkeiten in der Selbstdarstellung von IGM, BSE und DAG, trotz ihrer unterschiedlichen Ausgangspunkte, überwiegen: in ihrem Anspruch, nicht ein "Interessenverband" zu sein, sondern eine "Gemeinschaft"; in der Bedeutung, die sie der Solidarität der Mitglieder zuschreiben; und in der Abstempelung der Nichtorganisierten als Parasiten.

Nicht zu übersehen aber sind die Unterschiede in der Selbstdarstellung der drei Gewerkschaften, die aus einem unterschied-

39) DAG, Grundsatzprogramm, 5.

lichen Gewerkschaftsbegriff hervorgehen. Diese Differenzen lassen sich in folgenden Definitionen zusammenfassen:

- Die Gewerkschaft als Emanzipations- und Massenbewegung (IGM)
- Die Gewerkschaft als Arbeitnehmergemeinschaft (BSE)
- Die Gewerkschaft als berufsständische Interessenorganisation (DAG)

Das Selbstverständnis der einzelnen Gewerkschaft substantiiert sich an dem Aufgabenkatalog, den sie sich gibt und in dem sie inhaltlich diejenigen Interessen festlegt, die sie wahrzunehmen gedenkt. Außer den Teilbereichen der Gesellschaft, in denen Arbeitnehmerinteressen wahrgenommen werden sollen, ist für das gewerkschaftliche Selbstverständnis auch die Bedeutungsrelation relevant, in der die einzelnen Gewerkschaftsaufgaben zueinander stehen sollen. Die beiden Bezugspunkte Gesellschaft und Arbeitnehmerschaft, auf die hin die Gewerkschaften unter heutigen Bedingungen ihr Selbstverständnis definieren müssen, sind auch für die Frage nach den Gewerkschaftsaufgaben wichtig. Sie bilden einen Rahmen für die detaillierte Definition dieser Aufgaben und bedeuten eine Ergänzung der traditionellen um neue Aktionsbereiche der Gewerkschaften.

In fast wörtlicher Übereinstimmung formulieren IGM, BSE und DAG in ihren Satzungen, welche gesellschaftlichen Teilbereiche sie in ihr Handeln einbeziehen wollen. Die IGM sieht es als ihre Aufgabe an, die "wirtschaftlichen, sozialen, beruflichen und kulturellen Interessen der Mitglieder zu fördern" ⁴⁰⁾. Eine Dreiteilung ihrer Aufgaben nehmen auch die BSE ⁴¹⁾ und die DAG ⁴²⁾ vor: die Sicherung und Verbesserung der ökonomischen, sozialen und kulturellen Situation ihrer Mitglieder. Vorrang soll die Vertretung ökonomisch-sozialer Interessen genießen, während

40) Satzung der IGM von 1966, § 2; sinngemäß stimmen damit alle früheren Satzungen der IGM überein.

41) Vgl. Satzung der BSE von 1966, § 2; sinngemäß stimmen damit alle früheren Satzungen der BSE überein.

42) Vgl. Satzungen der DAG von 1951, 1957, 1960 und 1963, § 4.

die kulturellen Interessen der Mitglieder als weniger wichtig gelten. Diese verbale Übereinstimmung darf jedoch nicht zu dem Schluß verleiten, damit sei auch eine inhaltliche Übereinstimmung gegeben. Die folgenden Interpretationen zeigen, daß die Gewerkschaften den Rang ihrer einzelnen Aufgaben unterschiedlich akzentuieren, insbesondere über den Inhalt und Umfang ihrer gesellschaftlichen Aufgaben verschieden bestimmen. Überdies macht der weiter unten folgende Abschnitt über die Einstellung der einzelnen Gewerkschaften zur Frage ihres politischen Mandats klar, wie sehr sie ihre Aufgaben, trotz nahezu wörtlich übereinstimmender Festlegungen ihrer Satzungen, in bezug auf die politische Willensbildung kontrovers definieren.

Einen extremen Standpunkt in der Frage, welche Aufgaben Gewerkschaften unter heutigen Bedingungen wahrzunehmen hätten, nahm lange Jahre die DAG ein. Sie erklärte Gewerkschaften zu "Wirtschaftsorganisationen" ⁴³⁾ und oekannte sich dazu, "nichts anderes als eine Wirtschaftsorganisation" zu sein ⁴⁴⁾. Ähnlich einseitig leitete sie später ihren Daseinszweck aus ihrem "sozialpolitischen Wollen" ab ⁴⁵⁾. Sie wollte allein "soziale Aufgaben" erfüllen ⁴⁶⁾, worunter sie sozialpolitische verstand. Von den drei Aufgaben, die sie sich in ihren Satzungen gegeben hatte, blieben nur zwei übrig: Wahrnehmung der unmittelbar-materiellen Interessen der Mitglieder in Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die DAG stellte sich als "Pflegestätte der Berufsinteressen ihrer Mitglieder" ⁴⁷⁾ und als "das Willenszentrum der deutschen Angestellten für die Steigerung des Lebensstandards" ⁴⁸⁾ dar. Ihre Interessenlage charakterisierte sie in ihren offiziellen Äußerungen anders als in ihrer Satzung. Über eine Betonung der unmittelbar-materiellen Interessen der Mitglieder und Angestellten hinaus reduzierte die DAG damit die Gewerkschaftsaufgaben auf die historisch ursprünglichen. Bildung und

43) Wilhelm Dörr, Protokoll des 2. außerordentlichen Gewerkschaftstages der DAG in Bielefeld, 1948, 7.

44) Ders., ebenda, 28.

45) DAG, Tüb. 1957-60, 17.

46) DAG, ebenda, 8.

47) DAG, Jahresbericht 1949, 53.

48) DAG, Grundsatzprogramm, 18.

Aufstiegsstreben der Angestellten und damit zwei für die DAG wesentliche Statusmerkmale der Angestellten wurden so nicht nur vernachlässigt, sondern geradezu ignoriert ⁴⁹⁾. Zur gleichen Zeit formulierten und verfochten andere westdeutsche Gewerkschaften, in ihrer Forderung nach Wirtschaftsdemokratie und sozialer und ökonomischer Neuordnung, gesellschafts- und wirtschaftspolitische Ziele. Diese Reduktion gewerkschaftlicher Aufgaben begründete die DAG mit den Erwartungen ihrer Mitglieder und der Angestellten im allgemeinen.

"Es ist nur zu natürlich, daß die Mitglieder die Attraktion und Leistungsfähigkeit ihrer Gewerkschaft in erster Linie nach den tarifpolitischen Erfolgen werten" ⁵⁰⁾.

was der eigenen Attraktivität nicht oder nur wenig zugute kam, sollte vernachlässigt werden ⁵¹⁾. Das Verhältnis von Gewerkschaft und Mitglied wurde so nach dem Schema von Leistung und Gegenleistung bestimmt. Die DAG blieb ihrer Absicht treu, sich als "Interessenorganisation" zu präsentieren, mochte sie auch beteuern, "mehr" als das zu sein.

Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung und der Konsolidierung der kapitalistischen Eigentums- und Wirtschaftsverhältnisse, die auch dem Arbeitnehmer höheren Lebensstandard und mehr soziale Sicherheit brachten, verlagerte die DAG ihr Interesse. Außer den Gewerkschaften, die die DAG nun als "gleichberechtigte Partner im Wirtschafts- und Sozialleben" ⁵²⁾ betrachtete, wandelten sich für sie auch die Interessen der Angestellten. Was die DGB-Gewerkschaften mit dem Bekenntnis zum Industrieverbandsprinzip und dem Anspruch auf ein Mitspracherecht in wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Fragen schon längst vollzogen hatten, suchte die DAG nun auf ihre Weise nachzuholen. Sie gewann die Überzeugung,

"daß die Gewerkschaften sich in ihrer Tätigkeit nicht mehr auf das klassische Feld der Tarif- und Sozialpolitik beschränken können, sondern sich in zunehmendem Maße in das wirtschaftliche Geschehen ihres Landes einschalten" ⁵³⁾.

49) Vgl.dazu R.Spaethen, Tb.DAG 1963, 105; DAG, Der Angestellte, Nr.9 (1963), 3.

50) R.Spaethen, Tb.DAG 1954, 35.

51) Vgl.DAG, TAb.1963-67, 8.

52) DAG, TAb.1960-63, 57; vgl.auch DAG, TAb.1963-67, 9.

53) DAG, TAb.1960-63, 57.

Entgegen ihrer ursprünglichen Intention gab sich die DAG nun die Aufgabe, "Fragen der Bildung und Ausbildung in den Vordergrund ihrer Politik" zu stellen ⁵⁴⁾. Sie dehnte - scheinbar - außerdem die Aufgaben der Gewerkschaften auf alle die Interessen der Arbeitnehmer berührenden Probleme, einschließlich der ihres sozialen Status, aus. Das war in ihrem Bewußtsein zugleich ein Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Probleme im Sinne eines Ausgleichs von sozialen Spannungen und damit zur Stabilisierung der "freien Gesellschaft" ⁵⁵⁾. Das Mitspracherecht, das die DAG in allen die Arbeitnehmerinteressen berührenden Fragen für die Gewerkschaften reklamierte, verband sie mit der Begrenzung ihrer Ziele auf Angestellteninteressen. Auch in dieser zweiten Phase ihrer Bewußtseinsentwicklung nennt sie ihren "primären Auftrag" "soziale Sicherheit und wirtschaftlichen Aufstieg der Angestellten" ⁵⁶⁾ - Ziele, die, dem Gesellschaftsbild der DAG gemäß, in der Abwehr von "Nivellierung" und "Vermassung" der Arbeitnehmerschaft und, positiv, in der Realisierung des "Leistungsprinzips" bestehen ⁵⁷⁾. Die eigenen Ziele sollen zuallererst das Sicherheitsbedürfnis der Angestellten befriedigen helfen. Eine Veränderung der sozioökonomischen Lage der Angestellten war seit der Errichtung der "Sozialpartnerschaft" als einer neuen Qualität sozialer Beziehungen, wie die DAG meinte, kaum noch akut. Die Wahrung des sozialen Besitzstandes der Angestellten und ihre "gerechte" Teilhabe an der volkswirtschaftlichen Vermögens- und Einkommensbildung standen nun für die DAG im Vordergrund. Gesellschaftliche Aufgaben fallen nun, im Selbstverständnis dieser Gewerkschaft, den Gewerkschaften hauptsächlich in Form von "Ordnungs"-Aufgaben zu, die keine eigene gesellschaftspolitische Konzeption der Gewerkschaften erfordern.

54) DAG, Tüb.1963-67, 121.

55) Vgl.DAG, ebenda, 10; vgl.auch DAG, ebenda, 7; DAG, Tüb. 1954-57, 5.

56) DAG, Bildung und Beruf, 6; vgl.auch Entschließung, Tb.DAG 1954, 70.

57) Vgl.DAG, Tüb.1957-60, 8; F.Rettig, in: Die Stellung der Angestellten in der modernen Gesellschaft, 8; G.Schneider, Der Angestellte, Nr.1 (1960), 1; Mai-Aufruf der DAG, Der Angestellte, Nr.5 (1960), 2; H.Katzbach, Der Angestellte, Nr. 1 (1962), 2.

Ähnlich wie die DAG, wenn auch weniger ausgeprägt, orientierte die BSE in den ersten Nachkriegsjahren ihre Aufgaben am Lebensstandard der eigenen Mitglieder. Sie sah sich nicht als berufsständische Interessenvertretung an, sondern als Glied einer, wenn auch Geschichte gewordenen, Arbeiterbewegung. Das hinderte sie daran, die Gewerkschaftsaufgaben als ausschließlich ökonomische zu betrachten. Immerhin aber zentrierte sie ihre Tätigkeit auf die Verbesserung und Sicherung des Lebensstandards ihrer Mitglieder.

"An der Spitze aller unserer Bestrebungen steht, die Daseinsbedingungen unserer Kollegen vom familiären Standpunkt aus zu gestalten, d.h. ihr Lebensstandard ist und muß für uns als Gewerkschaft das höchste Ziel sein" 58).

Indes nahm die BSE, im Unterschied zur DAG, diese Intention nicht zum Anlaß, sich als "Wirtschaftsorganisation" zu verstehen. Neben dem primären Interesse der Arbeitnehmer an einer Überwindung ihres materiellen Elends sollte auch ihr gesellschaftliches Interesse an einer neuen, nachkapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert werden, die die Ursachen dieses Elends zu beseitigen versprach. Als Teil des DGB bejahte die BSE, zumindest in den ersten Jahren, die Grundsätze des Münchener Programms und die in ihnen enthaltene Zweigleisigkeit lohn- und sozialpolitischer und wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Forderungen. Bald aber interpretierte die BSE jene gesellschaftspolitischen Ziele in von der sozialen Lage der Arbeitnehmer abgelöste "Werte" um. Sie erklärte, Gewerkschaften seien nicht nur zur Befriedigung "materieller Bedürfnisse" der Arbeitnehmer da, sondern hätten auch eine "kulturelle Sendung" 59). Nicht die Bildung eines kritischen gesellschaftlichen Bewußtseins der jungen Arbeitnehmer sei der Zweck der Jugendarbeit der BSE, sondern der, "die jungen Menschen zur Gemeinschaft und zu den Werten, die von Anfang an die Fundamente der Arbeiterbewegung waren, zu erziehen" 60). Gewerkschaften sollten nicht Ausgangspunkt gesellschaftlicher Veränderungen sein, sondern "ein Hort für freineitliche und

58) J.Knöß, Prot.BSE 1951, 120.

59) G.Leber, Prot.BSE 1960, 11; vgl.auch ders.,Prot.BSE 1960, 309.

60) BSE, Gb.1957-59, 193.

friedliche Denkungsweise" ⁶¹⁾. So, wie die BSE dem Verdacht des "Materialismus" begegnet, indem sie ihr Handeln nun nicht mehr auf den Lebensstandard der Mitglieder und seine Verbesserung konzentriert, nimmt sie auch der gewerkschaftlichen Lohn- und Sozialpolitik den bloß fordernden Charakter. Sie will, indem sie an der Lösung wirtschaftlicher Probleme "im Interesse der Arbeitnehmer und der Allgemeinheit" arbeitet, "aus dem nur sozialpolitisch-tarifpolitischen Bereich in das Feld wirtschaftlicher Gestaltung und Mitgestaltung" heraustreten ⁶²⁾. Das Spezifikum der westdeutschen Gewerkschaften soll sein, daß zu ihren Aufgaben neben den "klassischen" auch die "Wertbildung" und "Werterhaltung" einerseits und die direkte Beteiligung an der Lösung wirtschaftlicher Aufgaben - welche immer das sein mögen - zählen. Ihr Aufgabengebiet ist nun nicht mehr auf den Interessenhorizont der Arbeitnehmer beschränkt. Ihre den Rahmen der "klassischen" sprengenden zusätzlichen Aufgaben erfüllen sie nicht allein im Namen der Arbeitnehmerschaft, sondern des Gemeinwesens überhaupt. Was über Lohn- und Sozialpolitik hinausgeht, fällt aber ebenso sehr in die Kompetenz der Unternehmerschaft wie der Gewerkschaften. Als "Sozialpartei" und "Verbände" ordnen Gewerkschaften und Unternehmer gemeinsam die "staatsfreien" Teilbereiche der Gesellschaft ⁶³⁾. Die gesellschaftliche Aufgabe des "Ordners" ist losgelöst von der spezifischen der Wahrnehmung von Arbeitnehmerinteressen. Die Ordnungsfunktion besteht nicht in der Realisierung einer Politik, die die gesellschaftlichen Bedürfnisse und Erwartungen der Arbeitnehmer - und nur ihre - im Wege innergewerkschaftlicher Willensbildung aufgreift, reflektiert und in eine gesellschaftspolitische Konzeption überführt, sondern darin, unmittelbar materielle Interessen der Arbeitnehmer so zu befriedigen, daß außerdem Stabilität und Wachstum einer ganzen Wirtschaftsbranche gewährleistet sind.

Eine Gewerkschaft löst sich aus dem beschränkten Rahmen traditioneller lohn- und sozialpolitischer Aktivität, sobald sie

61) BSE, Gb.1955-56, 45.

62) G.Leber, Prot.BSE 1957, 492.

63) Ders., Prot.BSE 1953, 332.

sich nicht mehr damit zufriedengibt, auf der Ebene der Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen zu operieren, d.h. wenn sie öffentliche Funktionen übernimmt: im vorparlamentarischen Raum, in Beiräten, Sachverständigengremien, Selbstverwaltungsorganen und auch als Unternehmer. Dadurch, daß die Gewerkschaften öffentliche Funktionen übernehmen, erweitert sich ihre Interessenlage über ihre ursprüngliche hinaus und kompliziert sich.

Nur die IGM sieht sich mit dem Problem der Vereinbarkeit von ursprünglichen, spezifisch gewerkschaftlichen und öffentlichen Aufgaben konfrontiert. Während DAG und BSE sich nun als "Ordnungsfaktoren" der, wie sie meinen, nachkapitalistisch-klasselosen westdeutschen Gesellschaft verstehen, haben im Selbstverständnis der IGM die Gewerkschaften ihre traditionellen Aufgaben auf die Realisierung des "Klasseninteresses" der Arbeitnehmer hin zu relativieren. Der Schwierigkeitsgrad dieses Problems spiegelt sich in dem Bemühen der IGM, irgendeine dauerhaft gültige Formel zu finden, die gewerkschaftliche Nah- und Fernziele, materielle und gesellschaftliche Interessen der Arbeitnehmer vermittelt. Im folgenden zeigt sich, daß die IGM in ihren Äußerungen - ihre Praxis muß hier außer Betracht bleiben - diesen Ziel- und Interessenkonflikt zwar als solchen erkennt, eine überzeugende Lösung aber nicht anzugeben oder gar nur anzudeuten vermag.

Gewerkschaftliches Handeln soll für die IGM gleichermaßen auf die Realisierung der materiell-kurzfristigen und der gesellschaftlich-langfristigen Interessen der Arbeitnehmer gerichtet sein, die sich beide wechselseitig bedingen.

"Die Gewerkschaft steht täglich und stündlich vor einer doppelten Aufgabe: Sie führt einen ständigen Kampf um den Schutz und die Verbesserung der Lage der Arbeitnehmer in materieller und kultureller Hinsicht. Sie macht aber auch mit jedem Erfolg einen Schritt auf dem Wege zur sozialen Sicherheit und zur Überwindung der Klassengesellschaft...Trotzdem müssen wir uns dessen bewußt sein, daß die Aufgabe der Gewerkschaften vor allem darin besteht, die heutige Lage der arbeitenden Menschen zu verbessern und umzugestalten. Die Gewerkschaften können es sich nicht leisten, nur Zukunftsmusik

zu machen. Sie müssen auch den Weg bereiten, auf dem die großen Ziele erreicht werden können" 64).

Die gewerkschaftlich erkämpfte Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer fungiert hier sowohl als eigenständiges Ziel als auch als Mittel beziehungsweise Voraussetzung zur Realisierung der langfristigen Gewerkschaftsziele. Diese bestehen im Bewußtsein der IGM in der allseitigen - kulturellen, politischen und gesellschaftlichen - Emanzipation der Arbeitnehmer, die auch heute noch ausstehe⁶⁵⁾. Die IGM sucht die Realität der bestehenden Machtverhältnisse, die die Erfolgsaussichten des Emanzipationszieles erheblich herabsetzen, und die empirische Motivation der Arbeitnehmer, deren Vernachlässigung die Gewerkschaft in ihrer Existenz gefährden würde, mit dem perspektivischen Ziel einer Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft in einem konsistenten Handlungskalkül zu vereinigen. Die Gewerkschaftspolitik hat bei den realen Arbeits- und Lebensverhältnissen ihrer Mitglieder wie der Arbeitnehmer überhaupt anzusetzen⁶⁶⁾ und an Hand der sozialen Realität nach Möglichkeiten zu ihrer Veränderung zu suchen. Diese Realität soll zugleich "verbessert" und "umgestaltet" werden. Darin liegt die neue Qualität der - im Sinne der IGM "modernen" - Gewerkschaftspolitik.

"Man vergißt allzu leicht, daß die Aufgabe der Gewerkschaften eben eine gesellschaftliche ist und nicht nur eine lohn- oder tarifpolitische" 67).

"So ist auch die Zielsetzung der Gewerkschaft nicht auf den Tag abgestellt - so bedeutungsvoll die Tagesarbeit als Lebenselement realistischer Gewerkschaftspolitik auch ist" 68).

Ihre "gesellschaftliche" Aufgabe, die sie nicht neben ihren "klassischen" Aufgaben erfüllt, sondern auf die ihre Gesamttätigkeit gerichtet sein soll, unterscheidet nach Ansicht der IGM die "moderne" von der Gewerkschaft der Frühphase. Kurzfri-

64) O.Brenner, Prot.IGM 1958, 220; vgl. auch ders., Prot.DGB 1959, 286; ders., Prot.IGM 1962, 256; angenommener Antrag, Prot.IGM 1960, 423.

65) Vgl.O.Brenner, Prot.IGM 1962, 77.

66) Vgl.ders., Prot.IGM 1958, 199 f.

67) Ders., Gewerkschaftliche Dynamik, a.a.O., 76; vgl.auch F.Strothmann, Prot.DGB 1952, 128.

68) F.Strothmann, Prot.IGM 1958, 103.

stig sollen die "klassischen", langfristig aber die "gesell - schaftlichen" Aufgaben Vorrang genießen. Die IGM erkennt den "Tagesaufgaben" im Gewerkschaftshandeln ein Primat zu ⁶⁹⁾, bezeichnet aber als "Grundlage" der Gewerkschaftspolitik "die Vertretung der sozialen Interessen der Arbeitnehmer" ⁷⁰⁾. "Grundsätzlich" haben die Gewerkschaften gesellschaftsverändernd zu wirken, unter aktuellem Aspekt aber in erster Linie die Arbeits- und Lebensbedingungen jedes einzelnen Arbeitnehmers mit tarifvertraglichen Mitteln und spürbar zu verbessern. Die IGM wendet sich daher gegen den Vorwurf, sie vernachlässige die "unmittelbaren gewerkschaftlichen Aufgaben" und sei zu sehr mit "politischen Themen" beschäftigt ⁷¹⁾.

Die IGM wollte mit den Forderungen des Münchener Programms des DGB nach einer Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft Ernst machen, von deren Richtigkeit sie überzeugt blieb, und suchte in einem neuen Gewerkschaftskonzept die gewerkschaftlichen Aufgaben gegenüber Arbeitnehmerschaft und Gesellschaft miteinander zu verbinden. Die Aufgabe der Gewerkschaften gegenüber der Gesellschaft sollte nicht in der Wahrung der bestehenden Eigentums- und Produktionsverhältnisse, in der Lösung allgemein-wirtschaftspolitischer Probleme und in der Förderung der Funktionstüchtigkeit des Kapitalismus bestehen, wie es die BSE intendierte. Auch sollten sie nicht den bestehenden materiellen und sozialen Status einer einzigen Arbeitnehmergruppe zementieren oder gar im Namen einer "Führungselite" die Beherrschbarkeit der "Massen" ermöglichen. - Auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Restauration, die bald nach der Währungsreform in der BRD einsetzte, hat die IGM mit einer Revision solcher Ziele und Intentionen reagiert. Das Münchener Grundsatzprogramm des DGB, so stellte sie nun rückblickend fest, sei nicht mehr praktikabel, weil es nicht mehr den "neuen Bedingungen" entspreche. Der Frage, ob nicht auch ein Zusammenhang zwischen der Restauration und der Gewerkschaftspolitik der ersten Nachkriegsjahre bestanden habe,

69) Vgl. F. Strothmann, Prot. IGM 1962, 112.

70) O. Brenner, Prot. IGM 1960, 222.

71) Ders., Prot. IGM 1962, 435.

wich sie allerdings aus.

"Die Gewerkschaften erkannten, daß sie diesen Übergang von einer grundsätzlichen zu einer tagespolitischen Orientierung ihrer praktischen Arbeit vollziehen mußten. Heute können wir sagen: Der Übergang ist ihnen gelungen. Ja, er ist ihnen vielleicht manchmal zu gut gelungen. Das heißt, es besteht die Gefahr, das Fernziel aus den Augen zu verlieren und in den Tagesaufgaben aufzugehen" 72).

Die IGM kam nun zu dem Schluß, daß eine "unmittelbare Verwirklichung" der Neuordnungsbestrebungen der westdeutschen Gewerkschaften solange unmöglich sei, wie die herrschenden Machtverhältnisse unverändert blieben. Im Unterschied zum Aktionsprogramm des DGB von 1955, das für die Gewerkschaftspraxis verbindlich sei, komme seinem Münchener Grundsatzprogramm geringere praktische Bedeutung zu 73). Der Verzicht auf die Gleichzeitigkeit in der Wahrnehmung der "unmittelbaren" und der gesellschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer bedingt die Lokalisierung strategischer Ziele in der Zukunft und der sozialstrukturell irrelevanten Ziele in der Gegenwart. Ihre eigene Maxime, daß sich die wirtschaftlichen, sozialpolitischen und kulturellen Interessen der Arbeitnehmer nur im Rahmen der "Verwirklichung einer demokratischen und sozialen Gesellschaftsordnung" adäquat realisieren lassen 74), ignoriert die IGM damit. Angesichts einer als übermächtig erscheinenden sozialen Realität verblaßt dieses Gegenbild einer emanzipierten Gesellschaft immer mehr zu einer Hoffnung. Im selben Maße sieht sich die IGM auf die gewerkschaftliche "Kleinarbeit" zurückverwiesen, die sich unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen bewältigen läßt.

Die Bewußtseinsentwicklung der DAG und BSE einerseits und der IGM andererseits ist damit genau entgegengesetzt verlaufen. Während sich für die DAG und BSE mit der Verwirklichung der "freien Gesellschaft" in der BRD den westdeutschen Gewerkschaft-

72) O.Brenner, Prot.IGM 1960, 243; vgl.auch ders., Prot.DGB 1956, 348.

73) Vgl. ders., Der Gewerkschafter, Nr.1 (1961), 1.

74) Vgl. abgelehnter Antrag der IGM, Prot.DGB 1963, 263; vgl. auch O.Brenner, Prot.IGM 1965, 232; ders., Der Gewerkschafter, Nr.10 (1963), 361.

ten neue Aufgabengebiete erschlossen - neu in bezug auf Aufgaben, die die deutschen Gewerkschaften vor 1933 wahrgenommen hatten - , blieb für die IGM die in den ersten Nachkriegsjahren sich abzeichnende Aufgabenerweiterung der Gewerkschaften unvollendet, sodaß ihre strategischen Ziele und ihre Erfolgsaussichten miteinander in Widerspruch gerieten. Diesen Konflikt suchte die IGM durch Anpassung der weitreichenden gewerkschaftlichen Ziele an die systembedingten Grenzen ihrer Aktivität zu lösen. Sie entwarf von Anfang an ein Gewerkschaftskonzept, das eine Interessenvertretung in allen die Arbeitnehmer berührenden Fragen vorsah. Das bedeutete für sie die gewerkschaftliche Teilhabe an allen dafür relevanten Entscheidungsprozessen. Gewerkschaftliches Handeln im Interesse der Arbeitnehmer hieß für die IGM, die überkommene Bereitschaft der deutschen Gewerkschaften zur Selbstbeschränkung auf die Verteilungssphäre aufzugeben und in den bisher den Unternehmern überlassenen Bereich einzel- und gesamtwirtschaftlicher Entscheidungen einzudringen. Dazu waren die Gewerkschaften als "Massenorganisationen" legitimiert.

2. Das politische Mandat der Gewerkschaften

Zunächst ist davon auszugehen, daß sich IGM, BSE und DAG als Einheitsgewerkschaften verstehen. In ihrem Bewußtsein schränkt dieser organisatorische Status ihre eigenen Möglichkeiten zu politischer Willensbildung und damit zu politischem Handeln ein. Ob und in welchem Umfang den Gewerkschaften dennoch ein politisches Mandat zukommt, ist für die Einheitsgewerkschaften untrennbar mit der Frage verbunden, wie sie ihr Verhältnis zum politischen System der BRD und seinen Institutionen definieren.

Die DAG wollte zunächst den "Ausschluß parteipolitischer und religiöser Zielsetzungen" ⁷⁵⁾, modifizierte jedoch später ihre Einstellung, indem sie sich nun auf Unabhängigkeit "vor Staat, von den Arbeitgebern, den politischen Parteien, den Religionsgemeinschaften und von anderen außerhalb der DAG stehenden In-

75) Satzungen der DAG von 1951, 1957 und 1960, § 3.

stitutionen" festlegte ⁷⁶⁾. Der vielen Mißverständnissen ausgesetzte Begriff der "parteipolitischen Neutralität" wurde in den Satzungen der IGM und BSE im Laufe der Zeit durch den der "parteipolitischen Unabhängigkeit" ersetzt ⁷⁷⁾. Die "parteipolitische Unabhängigkeit" beziehungsweise Unabhängigkeit von den politischen Parteien und Institutionen sind heute in den Satzungen aller drei Einheitsgewerkschaften verankert. Es zeigt sich aber, daß diese Verpflichtung unterschiedliche Interpretationen zuläßt. Als erstes ist daher zu fragen, wie die einzelnen Gewerkschaften diese Satzungsbestimmung auslegen. Das Hauptproblem, um das es den Gewerkschaften dabei geht, ist, welche Rolle sie gegenüber dem politischen Entscheidungsprozeß innehaben. Im Rahmen eines unterschiedlichen Selbstverständnisses bestimmen IGM, BSE und DAG Legitimität, Umfang und Funktion ihres politischen Mandats gegensätzlich.

"Unter parteipolitischer Neutralität", heißt es bei der IGM, sei zu verstehen,

"daß die IGM keine Weisungen von irgendwelchen politischen Parteien" oder von "anderen außerhalb der Gewerkschaftsbewegung stehenden politischen oder politisch gefärbten Stellen oder Vereinigungen" entgegennehme. "Die IGM ist unabhängig und bei der Durchführung ihrer Aufgaben nur den Beschlüssen ihrer Organe unterworfen. Die Betonung der politischen Neutralität darf aber keineswegs einer Fernhaltung vom politischen Geschehen gleichgesetzt oder gar als Verzicht auf politische Stellungnahme oder politisches Wirken gedeutet werden. Jede im gesellschaftlichen Ganzen wirkende Organisation wird sich der politischen Kräfte bedienen, auf diese einwirken und sie wird auch ferner mit politischen Mitteln arbeiten" ⁷⁸⁾.

Politische Unabhängigkeit der Gewerkschaften ist der negative Ausdruck des Anspruchs auf eigene politische Willensbildung und Entscheidung, den die IGM für sich anmeldet. Diese Unabhängigkeit bildet eine Voraussetzung für die Chance der Gewerkschaften, die Arbeitnehmerinteressen auch auf politischer Ebene geltend zu machen. Weder die enge Bindung an eine politische

76) Satzung der DAG von 1963, § 3.

77) Vgl. Satzung der IGM von 1954, § 2 und Satzungen der IGM seit 1956, § 2; Satzung der BSE von 1955, § 2 und Satzungen der BSE seit 1957, § 2.

78) Erläuterungen zur Satzung der IG Metall, hrg.v. Vorstand der IGM, Frankfurt/M 1955, 14.

Partei, wie sie zwischen Labour-Party und Trade Union Congress (TUC) in England besteht, noch die totale Abhängigkeit der Gewerkschaften vom Staat oder von der Staatspartei nach sowjetischem Muster erfüllen diese Voraussetzung. Warum Unabhängigkeit und Recht der Gewerkschaften auf politische Stellungnahme Bedingung jeder Gewerkschaftspolitik sein sollten ⁷⁹⁾, begründet die IGM so:

"Es gibt für die Gewerkschaften keine politische Enthaltensamkeit. Wir sind verpflichtet, zu den großen politischen Fragen unserer Zeit Stellung zu beziehen. Wir sind und bleiben unabhängig. Aber politische Neutralität kann es für die Gewerkschaften nicht geben..., das verträgt sich nun einmal nicht mit unserer gesellschaftlichen Aufgabe" ⁸⁰⁾.

Das Ziel der IGM - die Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft - und die gesellschaftliche Rolle, die die westdeutschen Gewerkschaften als "demokratische Massenorganisationen" heute innehaben, erfordern ihr bewußtes politisches Handeln. Gewerkschaftliche Aktivität greift in das politische System der Gesellschaft über und verläßt damit den vorpolitischen Raum. Der Aktionsbereich der Gewerkschaften ist nur durch ihre Bereitschaft zur Anerkennung demokratisch legitimierter Entscheidungen von Parlament und Regierung sowie durch ihren einheitsgewerkschaftlichen Status beschränkt.

"Nach wie vor haben in unserer Organisation Mitglieder und Anhänger aller demokratischen Parteien...die gleichen Rechte und Wirkungsmöglichkeiten" ⁸¹⁾.

Ihre Organisationsform zwingt die IGM also nicht dazu, sich gleichsam selbst zu neutralisieren, so heterogen auch die politischen Standorte der Mitglieder sein können. Nur: Die Festlegung auf eine bestimmte parteipolitische Linie soll ihr verschlossen bleiben. Der Zweck, der mit der Verpflichtung auf "parteipolitische Unabhängigkeit" verfolgt wird, ist offenbar der, die eigenen, politisch relevanten Intentionen so effektiv wie möglich in den Prozeß der parlamentarischen Willensbindung zu transferieren. Die Gewerkschaften, selbst nicht unmittelbar

79) Vgl. O. Brenner, Prot. IGM 1958, 199.

80) Ders., Prot. IGM 1965, 228; vgl. auch ders., Prot. DGB 1956, 462 f.; ders., Metall, Nr. 18 (1967), 2.

81) O. Brenner, Prot. IGM 1960, 86.

in den Prozeß zentraler politischer Entscheidungen integriert, stehen institutionell außerhalb des politischen Systems, sollen aber das uneingeschränkte Recht auf politische Meinungsbildung und auf politisches Handeln im Rahmen der rechtstaatlichen Ordnung besitzen.

Die DAG interpretiert "parteipolitische Unabhängigkeit" nicht, wie die IGM, extensiv, sondern restriktiv. Ihrem Demokratie- und Staatsverständnis entsprechend erkennt sie den Gewerkschaften die Gesellschaft, den politischen Parteien aber das politische System als Aktionsfeld zu. Beide stehen nicht in Wechselwirkung zueinander, sondern sind funktional voneinander unterschieden. Die DAG nimmt heute, wie die IGM, ein allgemeines, nicht näher spezifiziertes Recht auf die Artikulation einer eigenen gewerkschaftlichen Meinung zu politischen Fragen für sich in Anspruch.

"Das Recht, zu Fragen der Politik eine Meinung zu bilden und sie prononciert zu äußern, ist tatsächlich nicht teilbar. Wenn es für selbstverständlich gehalten wird, daß Unternehmer und ihre Verbände ihren Standpunkt zur Politik beziehen, wird man sich daran gewöhnen müssen, daß auch die DAG nicht schweigt" 82).

Die DAG versteht sich als

"ein politischer Faktor, d.h. eine Kraft, die die Politik in einem Lande nicht nur beeinflussen kann, sondern bewußt beeinflussen will" 83).

Der Anspruch auf politische Mitwirkung wird von der DAG mit dem politischen Engagement der Arbeitgeber und ihrer Verbände begründet, nicht auch, wie von der IGM, mit den spezifischen gesellschaftlichen Aufgaben und Zielen der Gewerkschaften. Die Teilnahme an der Bildung einer öffentlichen Meinung soll je - doch, wie sich weiter unten zeigt, auf ausgewählte, mit der vorherrschenden politischen Richtung konforme Stellungnahmen begrenzt bleiben. Die DAG sieht sich durch die reale politische Willensbildung, in die die Arbeitgeber intervenieren, zu eigener politischer Aktivität gedrängt, um so das Gleichgewicht der politischen Willensbildung wiederherzustellen. Mit diesem Be -

82) DAG, TAb.1963-67, 7.

83) R.Spaethen, Tb.DAG 1963, 80.

wußtsein der DAG korreliert im übrigen ihr Selbstverständnis als eines "Interessenverbandes" der Angestellten mit mehr oder minder unpolitischer Interessenlage. Um ihres Erfolges willen haben Gewerkschaften an der politischen Öffentlichkeit zu partizipieren und das Recht, in den Willensbildungsprozessen, die den Entscheidungen der Staatsorgane vorangehen, berücksichtigt zu werden.

Am wenigsten hat sich die BSE als politisch handelnde Gewerkschaft verstanden. Gewerkschaften sind für sie "weder Untertanen von Regierungen noch Handlanger politischer Parteien" ⁸⁴⁾. Ihre Bejahung politischer Unabhängigkeit verknüpft sie jedoch nicht, wie die IGM, mit dem Anspruch auf ein politisches Mandat. In ihren Publikationen sucht die BSE den Anspruch auf ein politisches Mandat der Gewerkschaften zurückzuweisen. Allenfalls erklärt sie ihre Bereitschaft, "unser politisches Leben mit den Ansichten und den Auffassungen, die wir haben, etwas zu befruchten" ⁸⁵⁾. Äußerungen, wie sie bei der IGM und DAG zu finden sind und in denen Gewerkschaften politische Aufgaben übertragen werden, fehlen bei ihr. Gewerkschaften repräsentieren im Selbstverständnis der BSE nur unpolitische Interessen der Arbeitnehmer. Die politische Willensbildung ist nicht nur ein Privileg der politischen Parteien, sondern wird von ihnen monopolisiert - entsprechend dem Verständnis, das die BSE von politischer Demokratie hat.

Unabhängig davon aber verstehen sich alle drei Gewerkschaften zu politischer Verantwortung, die für sie in dem Interesse an der Erhaltung der demokratischen politischen Grundordnung besteht. Die Aufgabe, die demokratische und rechtstaatliche Ordnung der BRD zu schützen, läßt sich im gewerkschaftlichen Selbstverständnis mit der parteipolitischen Unabhängigkeit der Einheitsgewerkschaft vereinbaren. Die parlamentarische Demokratie des Grundgesetzes und "freie" Gewerkschaften bedingen sich wechselseitig. Weil die Tätigkeit der Gewerkschaften allein in-

84) Angenommener Antrag, Prot.BSE 1966, 607; vgl. auch ESE, Gb.1955-56, 35.

85) G.Leber, Prot.BSE 1966, 380.

nerhalb dieser Ordnung "frei" ist, ist es die Aufgabe der Gewerkschaften, diese Ordnung, sobald sie von innen oder außen gefährdet wird, zu verteidigen⁸⁶⁾. Die Gewerkschaften sind zur Verteidigung der demokratischen Grundordnung um so eher bereit, als sie sich selbst teils als "Schulen der Demokratie" verstehen, gleichsam als Wegbereiter demokratischer Mit- und Selbstbestimmung der Bürger, teils als "gemeinschafts"-bildende Organisationen. Nach Ansicht der IGM erziehen die Gewerkschaften, als ein "unerschütterliches Fundament demokratischer Willensbildung"⁸⁷⁾, die Massen zur Demokratie. Im Unterschied dazu deutet die DAG die Gewerkschaftsarbeit als "gute Vorschule", in der man lerne, "im Geist der Gemeinschaft zu denken und zu entscheiden" und so "dem staatspolitischen Fortschritt zu dienen"⁸⁸⁾.

Da die DAG, BSE und IGM die reale Verfassung des politischen Systems der BRD kontrovers werten, muß politische Verantwortung für sie letztlich etwas Verschiedenes bedeuten. Bei vorbehaltlosem Einverständnis mit Verfassungsordnung und -wirklichkeit dieses Staates kann sich die Schutzfunktion der Gewerkschaften nur auf den Extremfall der Existenzgefährdung des Staates beziehen. Gilt die politische Realität aber allenfalls als formal-partielle Einlösung der im Grundgesetz kodifizierten sozial- und rechtstaatlichen Normen, so wird nicht nur die bloße Erhaltung der staatlichen Ordnung, sondern auch ihre permanente Vervollkommnung notwendig, bis sie schließlich als dauerhaft gesichert gelten kann. Solange die politische Demokratie kein sozialstaatliches Fundament besitzt, bleibt sie widersprüchlich und gegenüber autoritären Tendenzen anfällig. Dann beschränkt sich die politische Funktion der Gewerkschaft-

86) Vgl. DAG: R.Spaethen, Tb.DAG 1951, 159; ders., Bildung, Ausbildung und Gewerkschaften, 26; ders., Tb.DAG 1963, 80; DAG, Die wirtschaftlichen Auswirkungen eines Verteilungsbeitrages und Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität, 1952, 5; DAG, Der Angestellte, Nr.5 (1964), 6. - IGM: O.Brenner, Prot.DGB 1959, 289; ders., Prot.DGB 1962, 225; A.Wöhrle, Prot.IGM 1965, 14. - BSE: Entschließung, Prot.BSE 1955, 684; G.Leber, Prot.BSE 1960, 227 u.254; ders., Prot.BSE 1963, 271 f.

87) A. Wöhrle, Prot.IGM 1962, 17.

88) F.Rettig, Tb.DAG 1954, 20.

ten nicht auf den Kampf gegen "extreme Kräfte", gegen äußere und innere Feinde, sondern schließt die Realisierung des Verfassungsauftrags ein.

Beide Positionen lassen sich im Selbstverständnis einzelner Gewerkschaften nachweisen. Bei der BSE dominiert das Interesse an einer Steigerung der Funktionstüchtigkeit der bestehenden politischen Institutionen.

"Es ist aber...selbstverständlich, daß wir entschlossen sind, die demokratische Ordnung, wie sie in der Verfassung festgelegt ist, zu verteidigen. Diese Aufgabe obliegt uns aber nicht allein, sondern allen demokratischen Kräften unseres Volkes...Eine Situation, wie sie 1932 entstand, darf sich nicht wiederholen, aber gleichzeitig müssen wir alles unterlassen, was das Funktionieren unserer parlamentarischen demokratischen Ordnung untergraben kann, und wir dürfen den Staat von heute nicht für das Versagen von gestern verantwortlich machen" 89).

Außer den Gewerkschaften haben alle Staatsbürger und alle verfassungsmäßigen politischen Parteien, Verbände und Vereinigungen die bestehende politische Grundordnung zu schützen. Weder wird den Gewerkschaften dabei besonderes Gewicht beigemessen, noch wird aus ihrer Schutzverpflichtung ein Recht zu politischer Mitwirkung abgeleitet. Vielmehr bleiben sie auf den "staatsfreien" Raum eines pluralistischen Systems konkurrierender Interessen verwiesen. - Unverhüllter als die BSE bezieht die DAG ihr Handeln auf die, wie sie meint, übergeordneten Bedürfnisse der Staats-"autorität". Gewerkschaften sollen nicht nur zum ungestörten Funktionieren dieser "Autorität" und ihrer Organe beitragen, sondern "immer dem Ganzen dienen" 90). Die DAG will "im Bewußtsein unserer Verantwortung gegenüber Staat und Volk" 91) Gewerkschaftsarbeit leisten. - Demgegenüber stellt die IGM das Verhältnis von Gewerkschaft und politischer Grundordnung in den Zusammenhang historischer und gesellschaftlicher Erfahrungen der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung. Aus der Prämisse, daß freie Gewerkschaften einer freiheitlich-demo-

89) G.Lebér, Prot.BSE 1966, 319.

90) H.Katzbach, Tb.DAG 1967, 115.

91) F.Rettig, in: Die Stellung der Angestellten in der modernen Gesellschaft, 31; vgl. auch DAG, Tüb.1963-67, 5; DAG, Gesellschaft und Beruf, 5.

kratischen politischen Grundordnung bedürfen, leitet sie nicht allein die Verpflichtung der Gewerkschaften zum Schutz dieser Ordnung ab, sondern auch ihr Recht, von sich aus, nicht allein im staatlichen Auftrag, politisch zu handeln.

"Die Erhaltung der politischen Demokratie und ihr Ausbau ist Vorbedingung für Existenz und Wirken unabhängiger Arbeitnehmerorganisationen. Darum müssen die Gewerkschaften...entschlossen jeden Angriff gegen ihr Recht auf politische Aktivität abwehren" 92).

Das gewerkschaftliche Recht auf eigenverantwortliches politisches Handeln ergibt sich für die IGM aus der Notwendigkeit eines "Ausbaus" der bestehenden politischen Demokratie mit Hilfe der Wirtschaftsdemokratie. Die Gewerkschaften sollen das politische System nicht nur im Falle seiner direkten Gefährdung durch einen neuen "linken" oder "rechten" Totalitarismus verteidigen, sondern bereits unter den Bedingungen einer konsolidierten politischen Ordnung deren Verfassungskonformität überwachen beziehungsweise erst herstellen.

Bei näherer Überprüfung stellt sich also die übereinstimmende Bejahung einer politischen Verantwortung der Gewerkschaften bei BSE, IGM und DAG als vordergründig heraus. Tatsächlich wird diese Verantwortung teils als aktive, teils als passive interpretiert. Teils ist sie allein am status quo des politischen Systems fixiert, teils schließt sie auch dessen Fortentwicklung ein. Dieser Befund läßt sich vertiefen, wenn man, ebenso wie die Gewerkschaften, das Problem ihres politischen Mandats unter dem Aspekt der Unterscheidung von Partei und Gewerkschaft betrachtet. Ebenso einig wie in der Bejahung ihrer eigenen politischen Verantwortung sind die BSE, IGM und DAG in der Forderung nach klarer Abgrenzung ihrer eigenen Aufgaben von denen der politischen Parteien. Den politischen Parteien, die vom Grundgesetz mit der politischen Willensbildung beauftragt sind, ist im Selbstverständnis westdeutscher Gewerkschaften eine Reihe von Aufgaben vorbehalten, deren Usurpation die Gewerkschaften mit dem Verlust ihrer politischen Unabhängigkeit erkaufen müßten:

92) O.Brenner, Prot.IGM 1958, 197 f.

"Die politische Repräsentanz auch der Arbeitnehmer wie die aller anderen Bürger unseres Staates liegt bei den politischen Parteien und nirgendwo anders. Die Gewerkschaften können weder eine Ersatzpartei sein, noch können sie neben oder über den Parteien stehen wollen" 93).

"Für uns als Gewerkschafter gibt es keinen anderen Weg, den Gefahren der Wiederaufrüstung zu begegnen, als alle Mittel und Möglichkeiten des demokratischen und parlamentarischen Staates auszunutzen. Die Entscheidung der Bundestagsmehrheit für die Bundeswehr auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht ist gegen die Meinung und gegen den Willen des größten Teiles unserer Mitglieder gefallen...Wir sind aber keine Partei und können und wollen auch kein Parteiersatz werden" 94).

"In einem demokratisch regierten Staat sind grundlegende politische Fragen in erster Linie von den Trägern der politischen Demokratie, den politischen Parteien und dem Parlament zu treffen" 95).

Für die IGM und mit Einschränkung auch für die DAG bedeutet die Absage an einen "Ersatzpartei"-Status nur, daß die politische Willensbildung primär den politischen Parteien und dem Parlament vorbehalten sein soll, daß sie sich aber nicht generell außerhalb gewerkschaftlicher Kompetenz vollzieht. Demgegenüber spricht sich die BSE prinzipiell gegen jede politische Aktivität der Gewerkschaften aus, die jenseits ihrer Verantwortung für die Erhaltung der politischen Grundordnung liegt. In ihrem Bewußtsein fehlt ein Aspekt, unter dem sich die DAG und IGM gegen politische Abstinenz wenden:

"Gewerkschaften werden in immer stärkeren Maße zum Salz der Demokratie, sie übernehmen zwangsläufig oftmals die Rolle, die eigentlich den politischen Parteien zufällt, die diese aber in immer geringerem Maße wahrnehmen. Der Grund dafür ist die Tendenz unserer Parteien, sich zu Volksparteien zu entwickeln, d.h. alle Gruppen zu erfassen" 96).

Dieser Wandel des westdeutschen Parteiensystems, der für die DAG den "bisher gewohnten Rahmen der Interessenvertretung durch eine Gewerkschaft" sprengt 97), stellt für die IGM die gewohn-

93) G.Leber, Prot.BSE 1966, 319.

94) O.Brenner, Prot.IGM 1956, 237; vgl. auch ders., Prot.IGM 1958, 199; ders., Prot.IGM 1960, 86.

95) DAG, Die wirtschaftlichen Auswirkungen eines Verteidigungsbeitrages, 5; vgl. auch DAG, TAb.1954-57, 6; DAG, TAb.1963-67, 8.

96) R.Spaethen, Bildung, Ausbildung und Gewerkschafter, 26.

97) F.Rettig, Tb.DAG 1954, 27.

te Arbeitsteilung von Arbeiterpartei und Gewerkschaft in Frage. Der Wandel der SPD von der "klassischen Arbeiterpartei" zur "Volkspartei" und damit ihr Anspruch, "das ganze Volk", nicht "nur eine bestimmte Schicht der Bevölkerung" zu vertreten, führe zu einer "stärkeren Betonung der politischen Aufgaben der Gewerkschaften" ⁹⁸⁾. Diese Entwicklung, die spezifische Konsequenzen für das tradierte Bild der "Arbeiterbewegung" haben muß, läßt die DAG und IGM befürchten, daß Arbeiter- und Angestellteninteressen im politischen Bereich zu wenig oder überhaupt nicht repräsentiert sein könnten. Dieser Gefahr soll durch eine stärkere Beteiligung der Gewerkschaften an der politischen Willensbildung der Parteien und im vorparlamentarischen Raum begegnet werden. Die DAG rekurriert dabei auf die spezifischen, nicht notwendig im engeren Sinne "politischen" Interessen der Angestellten als sozialer Gruppe, die IGM auf die "Klasseninteressen" der Arbeitnehmerschaft, die gegen die des "Kapitals" behauptet werden sollen.

Die Willensbildung auf Gewerkschaftstagen realisiert sich nie isoliert von der der politischen Parteien und der Öffentlichkeit. Gewerkschaftstage sind freilich nicht nur in ihrer Bedeutung, sondern auch in bezug auf ihre Thematik mehr oder minder "politische" Ereignisse. Immer dann, wenn sich eine Gewerkschaft als nichtpolitische Organisation, die Parteien aber als politische Institutionen versteht, muß sie entscheiden, welche Tagesordnungspunkte und Anträge "politisch" sind und welche nicht. Versteht sich aber eine Gewerkschaft a priori als auch-politische, so braucht sie eine solche Trennung nicht vorzunehmen. - Tatsächlich läßt sich nachweisen, daß diese Vorentscheidungen zwar gefällt worden sind, jedoch willkürlich und unlogisch. Ihre Erkenntnis, daß sich Gewerkschaften nicht "politisch neutral" verhalten können, haben DAG und BSE ignoriert. Das zeigen die Argumente, mit denen ihre Vorstände die innergewerkschaftliche Diskussion so zentraler politischer Themen wie Wiederaufrüstung, Notstandsgesetzgebung und Wiedervereinigung ablehnten beziehungsweise befürworteten. Ihre

98) O.Brenner, Prot.IGM 1965, 228 f.

Weigerung, zum Problem der Wiederaufrüstung Stellung zu beziehen, begründete die DAG so:

"Der Hauptvorstand hatte sich auf den Standpunkt gestellt, daß die politischen Fragen um den Verteidigungsbeitrag nicht in den Kompetenzbereich einer Gewerkschaft gehören, sondern ihre Entscheidung den verfassungsmäßig berufenen Instanzen obliege. Unsere gewerkschaftliche Aufgabe beginnt bei der Frage der Verteilung der Lasten und den wirtschaftlichen Auswirkungen solcher politischen bzw. militärischen Maßnahmen" (99).

Gewerkschaften sollen sich demnach allein mit den sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen politischer Entscheidungen befassen, nicht aber selbst politische Entscheidungen treffen. Indes beansprucht auch die IGM nicht ein solches Recht für sich, wohl aber das zu freier, unabhängiger und demokratischer Willensbildung zu allen die Arbeitnehmer betreffenden Fragen. Diese Maxime stellte auch die DAG auf. Ihre "politische Zielsetzung", so erklärte sie, unterscheide die Gewerkschaft vom "Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit" und mache sie zu "einem staatserhaltenden, einem staatstragenden Element in der Demokratie" (100). Dieser Widerspruch im Selbstverständnis der DAG läßt sich nur dann auflösen, wenn "politische Zielsetzung" der Gewerkschaft nichts anderes heißt als die Bereitschaft, sich das Interesse von Parlamentsmehrheit und Regierung zu eigen zu machen, nicht aber die Intention, eigene gewerkschaftliche Ziele von politischer Relevanz zu formulieren. Gewerkschaften erscheinen hier wieder als unpolitische Zweckbündnisse mit ausschließlich unmittelbar-materiellen Interessen, die die Anordnungen der "Staatsführung" unwidersprochen entgegenzunehmen haben. Was den Gebrauch seiner staatsbürgerlichen Rechte anlangt, so überläßt die DAG den einzelnen Arbeitnehmer ganz sich selbst:

"Die DAG kann nur die geistigen Waffen für die (politische - d. Verf.) Auseinandersetzung liefern; Kämpfer müssen die DAG-Mitglieder sein" (101).

Die Einstellung der DAG zum politischen Mandat der Gewerkschaften ist ambivalent. Sie will "politischer Faktor" sein und "Ver-

99) DAG, Tüb.1951-54, 50.

100) R.Spaethen, Tb.DAG 1960, 92.

101) F.Rettig, Tb.DAG 1954, 21.

antwortung gegenüber Staat und Volk" tragen. Sie will, wie die Unternehmer, ihre politischen Ansichten den mit Entscheidungsgewalt ausgestatteten Einrichtungen der parlamentarischen Demokratie präsentieren. Gegenüber dem politischen System tritt sie politisch auf, nicht aber in ihrem eigenen Organisationsbereich. Dort fordert sie von sich strikte politische Neutralität. Bevor Gewerkschaften ihren politischen Willen Parlament und Regierung präsentieren, müssen sie ihn jedoch erst einmal bilden. Sollen politische Probleme nicht innergewerkschaftlich diskutiert werden, so wären die leitenden Gewerkschaftsorgane überhaupt nicht dazu fähig, es sei denn, die politische Willensbildung vollzöge sich nicht demokratisch auf und zwischen allen Organisationsebenen, sondern nur auf der obersten, und das kann nur heißen: auf Vorstandsebene. Dann würde der Vorstand politische Einstellungen ohne demokratische Legitimation artikulieren. Dieser Schluß ist auch dann nicht zu umgehen, wenn das eigene politische Verhalten auf bestimmte Prinzipien festgelegt wird, die rückwirkend die innergewerkschaftliche Willensbildung im Sinne permanenter "Staatstreue" determinieren. Nach Ansicht der DAG dürfen Gewerkschaften, im Gegensatz zu politischen Parteien,

"zu einer demokratisch gewählten Regierung nie eine generell oppositionelle Haltung einnehmen. Das schlosse jede Verhandlungsmöglichkeit aus. Sie kann mit einer Regierung...über große und kleine Fragen streiten. Ihr Ziel ist jedoch nicht Machtergreifung; sie bleibt Gegenspieler anderer Gruppen und hat im Rahmen des jeweils Möglichen alle Chancen im Interesse ihrer Mitglieder auszunutzen. Die Politik einer Gewerkschaft ist aus dieser Eigengesetzlichkeit heraus pragmatisch-reformistisch, das heißt auf gegebene Tatsachen fußend" 102).

Denn eine solche Einengung des Spielraums innergewerkschaftlicher politischer Willensbildung müßte ihrerseits demokratisch legitimiert sein. Von Fall zu Fall hätte nicht nur die Verbandsleitung, sondern auch die Mitgliedschaft darüber zu befinden, in welchen Fragen sich die Gewerkschaft der Regierungsmeinung entgegenstellen darf oder nicht. Vor allem müßten eindeutige Kriterien dafür entwickelt werden, welche Fragen expli-

102) R.Späthen, Tb.DAG 1960, 92; vgl. auch ders., Tb.DAG 1954, 42; DAG, Staat, Wirtschaft, Gewerkschaft, 72.

zit politischer Natur sind und allein die Willensbildung der politischen Parteien betreffen und welche Fragen, die die Regierung zu entscheiden hat, auch in die Verantwortung der Interessengruppen fallen.

Die Absicht, die Kompetenzen von Gewerkschaft und politischer Partei - und damit die Gegenstände ihrer Willensbildung - voneinander abzugrenzen, ist auch für das Selbstverständnis der BSE bestimmend. Sie scheiterte daran ebenso wie die DAG. Auch der BSE-Vorstand lehnte eine innergewerkschaftliche Diskussion über die Wiederbewaffnung und die Einführung der Wehrpflicht ab. Beides wertete er als "rein politische Angelegenheiten" 103). Ein Antrag zur Nostandsgesetzgebung wurde mit dem Argument abgewiesen, diese Frage gehöre "nicht primär zu dem Entscheidungsbereich der Gewerkschaften" 104). Auch hier wird unterstellt, daß die Diskussion über ein solches politisches Thema bereits die Entscheidungsbefugnis des Parlaments tangiere. Wie der Verlauf der Gewerkschaftstage der BSE zeigt, diente das Argument, jede eindeutige politische Stellungnahme einer Einheitsgewerkschaft verstoße sowohl gegen ihren Status (ihre parteipolitische Unabhängigkeit) als auch gegen die Aufgabenteilung von Gewerkschaft und Partei, der Taktik, durch Grundsatzserklärungen die innergewerkschaftliche, gegen Wiederaufrüstung und Notstandsgesetze gerichtete Opposition zu entmachten. Gewerkschaftstage sollten sich auf die Diskussion und Entscheidung der "eigentlichen" Gewerkschaftsaufgaben beschränken und nicht als "Podium" zum Austragen "politischer", die Gewerkschaftseinheit bedrohender Gegensätze mißbraucht werden 105).

"Wenn wir...in Fragen, die uns als Gewerkschaften nicht primär und erstlinig aufgegeben sind, allzusehr in den politischen Bereich hineinwirken wollten, könnten wir in mancherlei Hinsicht auf eine schiefe Ebene geraten" und "unsere innere Geschlossenheit gefährden, weil wir uns nicht nur aus Mitgliedern einer politischen Überzeugung zusammensetzen" 106).

103) H.Scholling, Prot.BSE 1953, 448; vgl. auch J.Knß, ebenda, 481; G.Leber, Prot.BSE 1955, 489.

104) G.Leber, Prot.BSE 1966, 229.

105) Ders., Prot.BSE 1955, 489.

106) Ders., Prot.BSE 1966, 319.

Die - taktisch sicher sehr wirkungsvolle - Beschwörung eines drohenden Zerfalls der eigenen Organisation infolge einer Politisierung ihrer Willensbildung setzt eine denkbar enge Auslegung des einheitsgewerkschaftlichen Gebots zu politischer Pluralität voraus. Das Prinzip, Arbeitnehmer unabhängig von ihrer Weltanschauung und politischen Überzeugung einheitlich zu organisieren, wird als Verbot der Bildung ihres politischen Mehrheitswillens verstanden. In der Tat ist es bei Gewerkschaften, die sich eine gegenteilige Interpretation zu eigen gemacht haben, nicht zur Abspaltung politischer Minderheiten oder zur Aufhebung der innergewerkschaftlichen Meinungsfreiheit und Chancengleichheit aller politischen Gruppierungen gekommen.

Es läßt sich nachweisen, daß eine derartige politische Enthaltsamkeit auch von ihren Befürwortern nicht geübt worden ist. Wie die IGM, so haben auch die DAG und BSE auf ihren Gewerkschaftstagen wiederholt Entschlüsseungen zur Frage der Wiedervereinigung gefaßt. Auch die Entschlüsseungen ihrer Gewerkschaftstage und die Reden ihrer Vorsitzenden zur Notstandsgesetzgebung dokumentieren die Inkonsistenz im politischen Bewußtsein von DAG und BSE. Langfristig läßt sich der Versuch, den eigenen politischen Willen nur dann zu äußern, wenn er nicht in Widerspruch zu dem der Parlamentsmehrheit und Regierung steht, als Entpolitisierungsstrategie werten. Die IGM, deren Einstellung zum Problem des politischen Mandats der Gewerkschaften sich in wesentlichen Punkten von der der DAG und BSE unterscheidet, hat die Forderung nach "politischer Neutralität" der Gewerkschaften, die, wie sie meint, von Unternehmer- und Regierungsseite aufgestellt worden sei, als "Gleichschaltungsbestrebungen" bezeichnet ¹⁰⁷⁾. Die Bereitschaft, gleich den Arbeitgebern in Öffentlichkeit und vorparlamentarischem Raum die politische Willensbildung zu beeinflussen, ist für die Motivation der IGM typisch. Der politische Wille der Mitglieder darf in politischen Entschlüsseungen der Gewerkschaftstage Eingang finden und manifest werden. Im Auftrag der Mit -

107) O.Brenner, Prot.IGM 1958, 66.

gliedschaft macht der Vorstand den politischen Willen der Gewerkschaft gegenüber den politischen Institutionen geltend.

"Unsere Aufgabe besteht darin, den demokratischen Parteien zu sagen, was die Arbeitnehmer von ihnen erwarten" 108).

Zwischen den politischen Parteien und den Gewerkschaften besteht eine "gesellschaftlich bedingte Aufgabenteilung"; Parteien vertreten "vielschichtigere Interessen" als die Gewerkschaften, weil sie ihr Handeln nicht allein an den Interessen von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerorganisationen orientieren 109).

"Die Parteien kämpfen um die politische Macht im Staat. Die Gewerkschaften dagegen, als die große Interessenvertretung der Arbeitnehmer, sehen ihre Aufgabe darin, die politischen Mächte und Gruppen für ihre Ziele zu gewinnen. Der unmittelbare Kampf um die Macht im Staate ist nicht ihre Aufgabe, wohl aber die entschiedene Vertretung der Arbeitnehmerinteressen in allen gesellschaftspolitischen Bereichen" 110).

Gewerkschaften nehmen vor- und außerparlamentarisch, Parteien innerhalb des bestehenden politischen Systems an der politischen Willensbildung teil. Diese Abgrenzung ist ausschließlich institutionell zu verstehen, denn diese Aufgabenteilung reserviert den politischen Parteien nicht bestimmte Gegenstände politischer Willensbildung. Die Gewerkschaften selbst bleiben am politischen Entscheidungsprozeß unbeteiligt. Sie verfügen über keine politischen Machtpositionen und können keine politischen Machtmittel einsetzen. In jedem Falle haben sie Mehrheitsentscheidungen der Volksvertretung, auch wenn sie ihrem eigenen politischen Willen zuwiderlaufen, zu "respektieren" 111). Die Gewerkschaften haben nicht das Recht, Parteifunktionen zu übernehmen - auch dann nicht, wenn das Handeln der Parteien nicht den Interessen der Arbeitnehmerschaft entspricht 112). Ihre Kritik der Verfassungswirklichkeit der BRD, vor allem der Überfremdung der staatlichen Willensbildung durch unkontrollierte und demokratisch nicht legitimierte "Kapital"-

108) O.Brenner, Prot.IGM 1965, 230.

109) Vgl. ders., Prot.IGM 1960, 585.

110) Ders., Metall, Nr.6 (1961), 2.

111) Ders., Prot.IGM 1965, 70.

112) Vgl.ders., Prot.IGM 1958, 202.

Interesse, nimmt die IGM nicht zum Anlaß, ein gewerkschaftliches Interventionsrecht zu statuieren, jedenfalls solange nicht, wie die formaldemokratischen Normen von den politischen Institutionen eingehalten werden.

Wie die DAG, behält auch die IGM die Verfügung über politische Macht und ihren Gebrauch ausdrücklich den politischen Parteien vor. Die Teilnahme der Gewerkschaften an der außer- und vorparlamentarischen Willensbildung hat für die IGM vorab den Zweck, den politischen Einfluß der Unternehmerschaft - vor allem des Großkapitals - so weit wie möglich zu kompensieren ¹¹³⁾. Wenn die Gewerkschaften als Interessengruppen die staatliche Willensbildung von außen her ihrer Interessenlage entsprechend beeinflussen, so bedeutet das für die DAG die Anpassung ihres Verhaltens an das anderer sozialer Gruppen, die gegenüber den "Volksparteien" ihre jeweiligen Partikularinteressen "optimal" geltend machen wollen. Was bei der DAG eine Frage der Effektivierung gewerkschaftlichen Handelns ist, geschieht für die IGM auch im Interesse der Weiterentwicklung der politischen Demokratie. Das politische Handeln der Gewerkschaften erschöpft sich für die IGM nicht in einer Art Kompensationsaufgabe, sondern zielt auch auf eine Verbreiterung des Fundaments politischer Demokratie, auf die Demokratisierung der Wirtschaft und auf die Ausschaltung ökonomischer Machtgruppen aus der politischen Willensbildung. Als "Massenorganisationen" und "Schulen der Demokratie" sind die Gewerkschaften dazu legitimiert. Ihr politisches Mandat ist also Teil ihres gesellschaftlichen, das sich aus dem Emanzipationsinteresse der Bevölkerungsmehrheit herleitet, deren politischer Wille durch Wahrnehmung ihrer staatsbürgerlichen Rechte allein nicht adäquat realisiert werden kann. Die Gewerkschaften tragen nicht Gruppen-, sondern Mehrheitsinteressen an die politischen Parteien heran und praktizieren so bereits unter heutigen Bedingungen gesellschaftliche Demokratie. Objektiv tragen sie damit zur Demokratisierung der Verfassungswirklichkeit bei, ohne sich selbst politische Entscheidungsbefugnis anzumaßen.

113) Vgl. O.Brenner, Prot.IGM 1965, 228.

Gewerkschaften übernehmen damit eine aktive Rolle dem politischen System gegenüber. Sie greifen nicht nach der Staatsmacht, bescheiden sich freilich auch nicht mit ihrer bloßen Erhaltung oder mit der Sicherung und Verbesserung der Funktionstüchtigkeit der politischen Institutionen, auch nicht mit einer möglichst effizienten Präsentation ihrer Eigeninteressen im vorparlamentarischen Raum. - Doch auch den Schutz der parlamentarischen Demokratie vor "totalitärer" Gefahr, zu dem sich die Gewerkschaften verpflichten, beurteilt die IGM, was die dafür erforderlichen Mittel betrifft, anders als die BSE und DAG. Wenn politisches Mandat der Gewerkschaften ihr Recht auf eigene politische Willensbildung und die unabhängige Präsentation ihres politischen Willens gegenüber Öffentlichkeit und politischen Institutionen bedeutet, so sind für die IGM die Gewerkschaften unter bestimmten Bedingungen auch zum politischen Streik berechtigt. Die historische Begründung dieses Rechts sind die Niederschlagung des Kapp-Putsches 1920 mit Hilfe des Generalstreiks und die verhängnisvolle Passivität der deutschen Gewerkschaften vor und nach der legalen Machtübernahme durch die Nazis. Die Gewerkschaften, erklärt die IGM, seien heute

"fest entschlossen, unsere Demokratie gegen alle Angriffe - von rechts wie von links - zu schützen, so wie das 1920 beim Niederschlagen des Kapp-Putsches geschehen ist, als sie gezeigt haben, wie die Demokratie in einer derartigen Situation verteidigt werden muß, wenn sie bedroht ist" 114).

Die Schutzbedürftigkeit der parlamentarischen Demokratie erlaubt den Gewerkschaften den Gebrauch von politischer Macht, die sie durch den politischen Streik erhalten und nur zum Schutz der Verfassungsordnung einsetzen dürfen. Die Gegensätzlichkeit, mit der westdeutsche Gewerkschaften die Frage ihres politischen Mandats beantworten, offenbart sich zumal am Problem des politischen Streiks. Für die IGM ist die Arbeitsniederlegung, als "die letzte und stärkste Waffe in unserem gewerkschaftlichen Arsenal", ein Mittel zur Verteidigung der Demokra-

114) O.Brenner, Prot.DGB 1966, 274; vgl. auch G.Benz, Friede durch eine bessere Gesellschaft, 7.

tie 115); es darf, ihrer Ansicht nach, auch dann nicht gegen legal zustandegekommene parlamentarische Entscheidungen eingesetzt werden, wenn diese den Interessen der Arbeitnehmer entgegenstehen 116). Die Souveränität des legal gewählten Parlaments beschränkt den Gebrauch des politischen Streiks auf den Fall einer Bedrohung des parlamentarischen Systems selbst. Politischer Streik darf nur zugunsten, nicht gegen dieses System angewandt werden. Aber selbst für den Fall einer direkten Bedrohung der parlamentarischen Demokratie lehnen die beiden anderen Gewerkschaften den politischen Streik ab. Sie negieren sowohl die grundsätzliche Notwendigkeit eines politischen Streiks zur Abwendung solcher Gefahren als auch die Kompetenz der Gewerkschaften, von sich aus stellvertretend für das Gemeinwesen seine demokratischen Errungenschaften zu sichern. BSE und DAG sehen im politischen Streik eine Gefährdung des Staates, nicht eine Sicherung seiner demokratischen Verfassung. Politischer Streik ist in ihrem Bewußtsein mit dem Odium der Staatsgefährdung, eines Rückfalls in das Chaos der Weimarer Republik behaftet. Sie setzen ihn mit totaler Opposition dem Staat gegenüber gleich:

"Mit der Empfehlung der Antragskommission wird vorgeschlagen, jedweder Notstandsregelung ein Nein der Gewerkschaften entgegenzusetzen. Dieses totale Nein soll aber nicht durch entschlossene Maßnahmen politisch durchgesetzt werden...Es fehlt in der Tat nach unserer Rechtsordnung auch die Voraussetzung dazu, ein solches totales Nein notwendigenfalls kämpferisch durchzusetzen...Ein solches totales Nein ohne Recht und ohne die Bereitschaft, es in der Auseinandersetzung zu behaupten, würde uns daher nicht an ein so festgelegtes Ziel bringen...Jemand, der eine Sache im Prinzip verneint, hat kein gutes formales und auch kein moralisches Recht, mit gutem Standort über den Inhalt einer solchen Regelung mitzu-sprechen und mitzubestimmen" 117).

Tatsächlich aber hat die IGM nie das Mittel des Streiks gegen eine Verabschiedung der Notstandsgesetze anwenden wollen; insofern ist diese indirekte Kritik an der IGM verfehlt. Die IGM gibt dem politischen Streik keine offensive Funktion, sieht ihn

115) O.Brenner, Prot.IGM 1958, 198; vgl. auch ders., Gewerkschaftliche Dynamik, a.a.O., 12 f.

116) Ders., Prot.IGM 1962, 346; vgl. auch ders., ebenda, 434.

117) G.Leber, Prot.DGB 1962, 205.

nicht als "Massenstreik" zur Überwindung der etablierten staatlichen Ordnung an; offensiv und im engeren Sinne "politisch" haben Gewerkschaften allein beim Ausbau der bestehenden politischen Grundordnung mit dem Ziel der Festigung der politischen Demokratie zu handeln. Die politischen Funktionen, die die IGM den Gewerkschaften zuspricht, zielen also nicht auf einen "Gewerkschaftsstaat", auf eine direkte Aneignung politischer Machtpositionen durch die Gewerkschaften, sondern auf die Erhaltung der bestehenden politischen Institutionen bei gleichzeitiger Demokratisierung ihrer Willensbildung. Auf dieses Ziel hin legt die IGM das politische Mandat der Gewerkschaften fest, das sie dadurch ausüben, daß sie die sozial-, wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Interessen ihrer Mitglieder wie der Arbeitnehmer überhaupt den politischen Parteien gegenüber geltend machen. Da sich die Gewerkschaften, als Emanzipations- und Massenbewegung, nicht eines Gruppeninteresses, sondern der Interessen einer Bevölkerungsmehrheit annehmen, agieren sie politisch nicht als Pressure-Group zugunsten eines Partikularinteresses, sondern als Medien - nicht Vollstrecker - eines Gesamtinteresses. Um diese politische Aufgabe so bewältigen zu können, daß die Parlaments- und Regierungsentscheidungen realiter den Interessen der Bevölkerungsmehrheit gerecht werden, ist jedoch erforderlich, daß der Mißbrauch ökonomischer Macht bereits unmöglich geworden ist. Die Gewerkschaften können nur dann politisch erfolgreich sein, wenn durch die Wirtschaftsdemokratie diese Gefahr gebannt ist. Über die Wirtschaftsdemokratie entscheidet jedoch wiederum, unter den gegenwärtigen Bedingungen, die gesetzgebende Körperschaft, so daß also die IGM als Resultat wertet, was letztlich Voraussetzung der Realisierung ihrer gesellschaftspolitischen Ziele ist. Darin liegt die Fragwürdigkeit der - an sich sehr viel überzeugenderen, verglichen mit den beiden anderen Gewerkschaften - Einstellung der IGM zum politischen Mandat der Gewerkschaften.

3. "Gemeinwohl", Arbeitnehmer- und Mitgliederinteresse

Die Unterschiede in der Einstellung zum politischen Mandat der Gewerkschaften sind auf Unterschiede in der Definition des Adressaten gewerkschaftlichen Handelns zurückzuführen. Die Befürwortung des politischen Mandats scheint die Annahme eines durch die Gewerkschaften wahrzunehmenden allgemeinen "gesellschaftlichen Interesses" zu implizieren, umgekehrt seine Verneinung die Orientierung gewerkschaftlichen Handelns an einem branchen- oder gruppenspezifischen Einzelinteresse. Von den Aufgaben, die Gewerkschaften gegenüber ihren Mitgliedern und gegenüber der Gesellschaft und ihren Teilstrukturen erfüllen, sind die von ihnen vertretenen sozialen Gruppen zu unterscheiden, die sie repräsentieren und von denen sie ihre Legitimation empfangen. In wessen Namen und in wessen Auftrag also sollen Gewerkschaften ihre Arbeit leisten ? Auch hier scheinen die von der BSE, IGM und DAG gegebenen Antworten, zieht man einzig ihre Satzungen als Interpretationsmaterial heran, unproblematisch zu sein. Jede der drei Gewerkschaften beruft sich auf ihre Mitglieder, deren Interessen gewerkschaftlich vertreten werden sollen, die dafür Beiträge zahlen und gewerkschaftliche "Kleinarbeit" leisten ¹¹⁸⁾. Aber schon in den Satzungen wird ein zweiter Auftraggeber genannt. Während Gewerkschaften fraglos den Interessen ihrer Mitglieder zu dienen haben, ist es nicht selbstverständlich, daß sie darüberhinaus auch die Unorganisierten ihres Wirkungskreises vertreten. In diesem Fall handelt es sich um einen Anspruch, im ersten Fall jedoch um eine Bedingung jeder Gewerkschaftsarbeit. Durch die Erweiterung ihres Zuständigkeitsbereiches über ihre Mitgliedschaft hinaus - bei der IGM und BSE auf alle Arbeitnehmer der Metall- beziehungsweise Bauwirtschaft, bei der DAG auf alle Angestellten in Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung ¹¹⁹⁾ - heben sie sich von reinen Mitgliederorganisationen und Vereinen

118) Vgl. alle Satzungen der IGM bzw. BSE, § 2, und alle Satzungen der DAG, § 4.

119) Vgl. alle Satzungen der IGM bzw. BSE, § 2, und alle Satzungen der DAG, § 3.

ab. Indem Gewerkschaften aber beanspruchen, außerdem eine ganze soziale Schicht oder Klasse - "d i e arbeitenden Menschen", "d i e Arbeitnehmer" - und deren Interessen zu repräsentieren, erweitert sich ihr Zuständigkeitsbereich ein weiteres Mal, so daß für sie die eigene Mitgliedschaft als primärer, die Unorganisierten ihres Organisationsbereichs als sekundärer und die Arbeitnehmerschaft als tertiärer Auftraggeber ihres Handelns fungieren. Dieses Stufenschema gewerkschaftlicher Interessenorientierung ist im Prinzip im Selbstverständnis aller drei Gewerkschaften wiederzuerkennen; indessen hat es für die einen nurmehr periphere, für die anderen aber noch heute zentrale Bedeutung.

Am einfachsten scheint das Selbstverständnis der DAG aufgebaut zu sein. Diese Gewerkschaft stellt es zwar Arbeitern und Beamten frei, ihr beizutreten ¹²⁰⁾, versteht sich aber dennoch als reine Angestelltengewerkschaft ¹²¹⁾. Die Erwartungen der Angestellten sollen in einer gesonderten "Angestelltenpolitik" Ausdruck finden ¹²²⁾. Es soll ihr als Gewerkschaft nur um die "Sache der Angestellten", und um nichts sonst, gehen ¹²³⁾. In ihrer Selbstdarstellung rückt die DAG mehr und mehr von ihrer Satzung ab, in der nur von den Interessen der Mitglieder die Rede ist. Die Angestelltenschaft insgesamt bildet für sie ein organisatorisches Potential, das sie realiter zwar, wie der Organisationsgrad der Angestellten beweist, kaum zu mobilisieren vermocht hat, als dessen "Repräsentant" und "in einem weiteren Sinne als Sprecher" sie sich aber dennoch betrachtet ¹²⁴⁾. Die Ableitung der eigenen Existenzberechtigung und Politik aus den Mitgliederinteressen und -bedürfnissen tritt hinter den Anspruch der DAG, gleichsam eine nationale Institution zu sein, zurück. Die Mitglieder verlieren an Bedeutung; ihre Funktion als Legitimationsbasis der Gewerkschaftspolitik übernimmt mehr und mehr der Rekurs auf das Gesamtinteresse aller Angestellten,

120) Vgl. Satzung der DAG von 1963, § 5, Abschnitt 3 u. 4.

121) Vgl. DAG, Tüb. 1951-54, 35.

122) F. Rettig, Tb. DAG 1951, 62; vgl. auch DAG, Tüb. 1954-57, 126.

123) Vgl. H. Katzbach, Tb. DAG 1967, 116.

124) DAG, Tüb. 1954-57, 4.

in dessen Namen die DAG handeln will. Der direkte Zusammenhang von Rekrutierungsbasis und Mandat zerfällt: Die DAG will "mehr" sein als eine "Interessenorganisation" einer Angestelltenminorität. Außer der DAG haben auch DGB-Gewerkschaften Angestellte als Mitglieder, so daß der Anspruch der DAG, "die" Angestellten korporativ zu vertreten, unglaublich erscheinen muß.

Allerdings ist das Selbstverständnis der DAG nicht immer so eindeutig, wie es in den eben zitierten Äußerungen erscheint. Relikte eines anderen Gewerkschaftskonzepts, das dem traditionellen Denken der Arbeiterbewegung entspricht und das Selbstverständnis der beiden anderen Gewerkschaften wesentlich prägt, lassen sich ebenfalls bei ihr ausmachen. Auch die IGM und BSE dehnen ihr gewerkschaftliches Mandat über das ihrer Mitglieder hinaus aus. Ihre Auftraggeber sind "Arbeitnehmer" beziehungsweise "arbeitende Menschen". Der Status des Arbeitnehmers kann noch klar von dem des Arbeitgebers abgegrenzt und damit definiert werden, nicht aber der des "arbeitenden Menschen", dem ja als Pendant der nichtarbeitende, müßige Mensch entsprechen würde. Noch allgemeiner als die Bezugsgruppe "arbeitende Menschen" sind die "Verbraucher". Gerade die IGM intendiert die Mobilisierung der Arbeitnehmer als "Verbraucher". Die Gewerkschaften würden, so erklärte sie, "wenn sie für die berechtigten Interessen der Arbeitnehmer eintreten, gleichzeitig für die übergroße Mehrheit der Verbraucher sprechen" ¹²⁵⁾. Die IGM überschreitet damit jene Grenzen, die den Gewerkschaften aus ihrer ursprünglichen Motivation heraus gezogen sind; der Arbeitnehmer wird nun nicht nur als Lohnempfänger angesprochen, sondern auch als Konsument. Dieselbe Tendenz läßt sich in Äußerungen der DAG beobachten. Auch sie verallgemeinert ihren Interessenhorizont von den Angestellten als Arbeitnehmer bis hin zu den Angestellten als Verbraucher ¹²⁶⁾. - Wie die DAG sich als Sprecher einer ganzen Arbeitnehmergruppe, so

125) O.Brenner, Prot.IGM 1962, 250; vgl. auch Antrag der IGM, Prot.DGB 1963, 263.

126) Vgl. DAG, TAb.1954-57, 65.

versteht sich die IGM als ein "anerkannter Sprecher und Vertreter aller Arbeitnehmer der Metallwirtschaft" 127).

Auch die BSE beansprucht, "mehr" zu sein als eine Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder:

"Ich möchte sagen, daß im Vordergrund unserer Arbeit immer die Interessen der arbeitenden Menschen in der Bauwirtschaft, der arbeitenden Menschen schlechthin, stehen" 128).

Damit wird ein dritter Auftraggeber gewerkschaftlicher Interessenvertretung genannt: die "arbeitenden Menschen", allgemeiner: "die schaffende Menschheit" 129). Zugleich negiert die BSE in ihrem Gesellschaftsbild, daß in der BRD die Arbeitnehmer noch eine soziale "Klasse" bilden, die eine spezifische und einheitliche Interessenlage besitzt. Auch engt sie den Anwendungsbereich ihrer gewerkschaftspolitischen Konzeption, ihrer Reformvorschläge, so etwa zur Betriebsstruktur, auf den Bereich der Bauwirtschaft ein 130). Die BSE gibt vor, im Namen ihrer Mitgliedschaft, aller Arbeitnehmer der Bauwirtschaft und aller "arbeitenden Menschen schlechthin" zu handeln und zu sprechen, begreift ihre Tätigkeit aber dennoch als "Mitarbeit" an der Lösung branchenspezifischer Probleme:

"Bleiben wir bei den Problemen in unserem Bereich und geben wir uns das Gefühl, daß das, was geschaffen werden muß, von uns geschaffen wird und worauf unsere Organisation Einfluß hat" 131).

Selbst die DAG, die ihr Handeln nicht nur auf Angestellteninteressen konzentrieren, sondern sogar beschränken möchte, definiert ihren Verantwortungsbereich stellenweise allgemeiner. Spuren des Bewußtseins, einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung anzugehören, die das Interesse aller "arbeitenden Menschen" wahrnimmt, enthält auch das Selbstverständnis der DAG, bestimmend aber sind sie nicht mehr. So forderte die DAG eine gerechtere Verteilung des durch Produktivitätssteigerung er-

127) A.Wöhrle, Prot.IGM 1965, 18; vgl. auch O.Brenner, ebenda, 72.

128) G.Leber, Prot.BSE 1960, 60.

129) J.Knöß, Prot.BSE 1955, 246; vgl. auch ders., ebenda, 626.

130) Vgl. G.Leber, Prot.BSE 1957, 486; ders., Prot.BSE 1960, 254.

131) Ders., Prot.BSE 1953, 333.

zielten Mehrertrages zwischen Unternehmern und der "großen Zahl der Arbeiter und Angestellten" und eine "wirtschaftliche Besserstellung der arbeitenden Menschen" ¹³²⁾. Dasselbe Moment kommt in ihrer Forderung zum Ausdruck, die "Freiheit der Arbeitnehmer" müsse erhalten bleiben ¹³³⁾. Ähnlich allgemein definiert die DAG ihren Auftraggeber an anderer Stelle ¹³⁴⁾. Dominant ist jedoch auch bei der DAG das Partikularinteresse der eigenen Organisationsbasis. Diese Selbstbeschränkung äußert sich auch darin, daß sich die DAG allenfalls mit den Arbeitnehmern im allgemeinen, nicht aber mit den Arbeitern solidarisch erklärt.

Die IGM hingegen hält konsequent am Handlungszusammenhang der "Arbeiterbewegung" fest, der sich für sie aus der objektiven Notwendigkeit der Emanzipation einer ganzen sozialen Schicht beziehungsweise Klasse ergibt. Weder Gruppen- noch Branchenpolitik ist für die Realisierung der gesellschaftspolitischen Ziele der Gewerkschaften ausreichend. Die IGM begrenzt ihre gewerkschaftspolitischen Initiativen nicht auf den Bereich einer einzigen Wirtschaftsbranche, wie die BSE mit ihrer Vermögensbildungspolitik. Die IGM meldet nicht nur einen Stellvertretungsanspruch den Unorganisierten gegenüber an, sondern stellt ihr Handeln in den Dienst der gesamten westdeutschen Arbeitnehmerschaft. Dem Partikularismus der BSE und DAG, der auch durch den Rekurs auf das Interesse der "arbeitenden Menschen" nicht verdeckt werden kann, setzt sie den Anspruch auf Mitvertretung aller übrigen Arbeitnehmer entgegen. "Grundlage" ihrer Politik, erklärt die IGM, sei die "Vertretung der sozialen Interessen der Arbeitnehmer" ¹³⁵⁾ - sowohl das Einzelinteresse der Arbeitnehmer der Metallwirtschaft als auch das "aller arbeitenden Menschen" ¹³⁶⁾. Die Industriegewerkschaft ist nicht mehr, wie der Berufsverband, an enge Organisationsgrenzen gebunden; sie ist gegenüber Branchenegoismus immun und bildet zusammen mit

132) F.Rettig, Tb.DAG 1951, 43 f.

133) R.Spaethen, Tb.DAG 1963, 81.

134) Vgl.J.Teerhardt, Tb.DAG 1963, 336.

135) O.Brenner, Prot.IGM 1960, 222.

136) Ders., ebenda, 300; vgl. auch ders., ebenda, 585.

den anderen Einzelgewerkschaften eine "solidarische Gemeinschaft". Die Formel von den "arbeitenden Menschen" ist bei der IGM noch nicht zur gewerkschaftshistorischen Reminiszenz geworden. Die IGM entwickelt ihr Selbstverständnis aus den gesellschaftlichen Aufgaben der westdeutschen Gewerkschaften und aus den Aufgaben, die sich für sie selbst aus der tarif- und sozialpolitischen Situation der Metallwirtschaft ergeben. Die Existenz eines einheitlichen gesellschaftlichen Interesses aller westdeutschen Arbeitnehmer stellt die entscheidende Voraussetzung der Integration einzelgewerkschaftlichen Handelns dar. Dieses Allgemeininteresse, das dem Branchen- und Gruppeninteresse der Arbeiter und Angestellten übergeordnet ist, manifestiert sich in einer "unteilbaren Solidarität" aller westdeutschen Arbeitnehmer¹³⁷⁾. Kontrahenten einer Einzelgewerkschaft sind hier nicht nur, wie für die BSE, ihre Tarifpartner, sondern die Unternehmer als soziale "Klasse". Dem "Kapital" tritt die "Arbeit" als einheitlich handelndes Subjekt entgegen¹³⁸⁾.

Kann man bei der IGM von dem Konzept einer gleichwertigen Orientierung an branchenspezifische und Allgemeininteressen der Arbeitnehmer sprechen, so bei der BSE und DAG von einer Dominanz der Branchen- (BSE) beziehungsweise Gruppenorientierung (DAG). Das Bewußtsein, auch im Interesse aller Arbeitnehmer zu handeln, ist nurmehr historisches Erinnerungsstück ohne aktuelle Bedeutung. Mit der Annahme einer Beseitigung sozialer Ungleichheit werden auch die Gegensätze von "Arbeit" und "Kapital" verwischt, wird eine klare Frontbildung überflüssig. Gleichwohl tendieren alle drei Gewerkschaften dazu, sich nicht nur als Interessenvertretung der eigenen Mitglieder, sondern auch, gleichsam einen Idealzustand antizipierend, aller Unorganisierten des eigenen Organisationsbereiches zu begreifen. Dieser Stellvertretungsanspruch meint im Grunde dasselbe wie die Allgemeinverbindlichkeitsklausel eines Tarifvertrages, derzufolge gewerkschaftliche Verhandlungserfolge auch den Unorganisierten

137) H.Dürrbeck, Prot.IGM 1962, 111.

138) Vgl. zum Beispiel O.Brenner, Prot.IGM 1960, 297.

zugute kommen. Offensichtlich steht dieser Stellvertretungsanspruch in Gegensatz zur ständigen Polemik der Gewerkschaften gegen die Allgemeinverbindlichkeitsklausel. Er folgt aus dem einheitsgewerkschaftlichen Charakter der IGM, BSE und DAG, der die Pluralität, ja Konkurrenz nebeneinander bestehender Gewerkschaften beseitigt, wie sie vor 1933 in Deutschland anzutreffen war.

Es wäre falsch, sich mit dem Befund, das Selbstverständnis der IGM sei schicht- beziehungsweise klassenbezogen, das der BSE und DAG aber branchen- beziehungsweise gruppenbezogen, zufriedenzugeben. Mit dem Partikularismus der BSE und DAG ist das Bedürfnis verknüpft, ihn durch einen neuen Auftraggeber, das "Gemeinwohl", zu ergänzen, das die Funktion übernimmt, die bei der IGM das Gesamtinteresse der Arbeitnehmer hat. Die Substitution dieses Interesses durch das "Gemeinwohl" ist ein wesentliches Indiz für die Divergenzen im Selbstverständnis westdeutscher Gewerkschaften. Die folgende vergleichende Interpretation von Äußerungen der IGM, BSE und DAG weist zwei grundlegend verschiedene Begriffe von "Gemeinwohl" beziehungsweise "Gesamtinteresse" nach und greift damit einen bisher nur gestreiften Aspekt gewerkschaftlichen Selbstverständnisses auf. In einem ebenso unterschiedlichen Sinn wird der Terminus "Verantwortung" gebraucht, indes sind die Konturen dieses Begriffs noch unschärfer als von "Gemeinwohl" und "Gesamtinteresse". Trotz ihrer Unschärfe geben diese Begriffe wichtigen Aufschluß über das gewerkschaftliche Selbstverständnis.

Die Bereitschaft, die eigene Aktivität durch Bezug auf das "Gemeinwohl" aufzuwerten, findet sich bei allen drei Gewerkschaften. Mit dieser beliebig deutbaren Kategorie läßt sich gewerkschaftliches Handeln, indem es mit "übergeordneten Interessen" in Zusammenhang gebracht wird, auf verhältnismäßig bequeme Weise rechtfertigen. Wenn das, was "Gemeinwohl" ist oder zu sein hat, unterschiedlich bestimmt wird, muß auch das Verständnis der Relation von Gewerkschaftsarbeit und "Gemeinwohl" variieren, wird die Frage nach der Adäquanz von Inhalt und Form

gewerkschaftlichen Verhaltens und des "Gemeinwohls" verschieden beantwortet.

Für die BSE gilt, daß Gewerkschaften stets "ihre Verantwortung der Gesamtheit gegenüber" und das "gemeinsame Schicksal" zu beachten haben ¹³⁹⁾. Sie behauptet, ihre Tätigkeit nie "in einer Begrenzung" gesehen zu haben und sich immer ihrer "Verantwortung" gegenüber "dem gesamten Volk" bewußt gewesen zu sein ¹⁴⁰⁾. Ihre Tätigkeit habe immer den Mitglieder- und Allgemeininteressen gegolten ¹⁴¹⁾. Ebenso stereotyp kehrt die Kategorie "Gemeinwohl" bei der DAG wieder. Ihr antipluralistisches, die Gesellschaft als ein apriorisches "Ganzes" interpretierendes Gesellschaftsbild bereitet den Boden für das Selbstbild einer dem "Ganzen dienenden" Gewerkschaft. Bedingung für die Funktionsfähigkeit eines Systems konvergierender Einzelinteressen ist die immerwährende Disposition aller "Glieder" zur Unterwerfung unter die Bedürfnisse einer mystizierten "Gemeinschaft". Die DAG appelliert an die Arbeitgeber, ebenfalls "im Interesse des Volksganzen" zu handeln ¹⁴²⁾, und verpflichtet sich, ihre eigenen Ziele "mit tiefem Verantwortungsgefühl für die Gesamtheit des Volkes" zu verfolgen ¹⁴³⁾. Sie will für "das allgemeine Wohl" wirken ¹⁴⁴⁾ - im Interesse sowohl der Angestelltenschaft als auch der "Gesamtheit" ¹⁴⁵⁾. - Wie "Gemeinschaft" für ihr Gesellschaftsbild, so ist für das Selbstverständnis der BSE und DAG das "Gemeinwohl" konstitutiv. Bei der DAG kommt nur noch der Unterton der "Volksgemeinschaft" hinzu, in die sich die korporativ organisierte Angestelltenschaft willig einordnet. In rationalisierter Form erscheint das "Gemeinwohl"-Moment bei der BSE und DAG als Bewußtsein des Auf-einander-Angewiesenseins von Gewerkschaft und Gesellschaft. Die Beschwörung eines solchen "Gemeinwohls" wird

139) G.Leber, Prot.BSE 1960, 60.

140) Ders., Unser Weg, Nr.3 (1966), 1.

141) BSE, Gb.1963-65, 61 f.

142) F.Rettig, in: Die Stellung der Angestellten in der modernen Gesellschaft, 11.

143) Ders., Prot.DAG 1948, 74.

144) Ders., Tb.DAG 1954, 20; vgl. auch DAG, Tüb.1963-67, 9.

145) H.Katzbach, Tb.DAG 1967, 114.

man in den Äußerungen der IGM vergeblich suchen. Wenn sie gelegentlich ihre Tätigkeit "im Dienste des Gemeinwohls" zu verrichten vorgibt ¹⁴⁶⁾, so bleibt doch, wie sich weiter unten zeigt, klar, daß es sich nur um eine verbale Übereinstimmung mit den beiden anderen Gewerkschaften handeln kann. Ihre sozialkritische Einstellung veranlaßt die IGM auch hier zu einer grundlegend anderen Betrachtung.

Was DAG und BSE mit "Gemeinwohl" oder Interesse der "Gesamtheit" konkret meinen, läßt sich aus ihren Zielvorstellungen entnehmen. Sie beschränken sich durchaus nicht auf allgemeine Hinweise darüber, was sie unter "Gemeinwohl" verstehen. Was das ganze Volk, was Arbeiter, Angestellte, Beamte und Selbständige eint, ist das Interesse vor allem an wirtschaftlicher Prosperität. Die DAG intendiert, mit ihrer Politik der "Sicherung der sozialen Stellung der Arbeitnehmer im allgemeinen und der Angestellten im besonderen" zu dienen und so "Wohlstand für alle" zu ermöglichen ¹⁴⁷⁾. Sie behauptet, ihre Lohnpolitik nutze "auch der Gesamtwirtschaft" ¹⁴⁸⁾. Die DAG will ihre Tarifpolitik an der "Entwicklung der Gesamtwirtschaft und an der Leistungsfähigkeit der einzelnen Wirtschaftszweige" orientieren. Die Obergrenze gewerkschaftlicher Forderungen habe dort zu liegen, "wo die Investitionsbereitschaft der Unternehmen durch die Schmälerung der Gewinne und die Vollbeschäftigung gefährdet wird" ¹⁴⁹⁾. In gleicher Weise definiert die BSE den gewerkschaftlichen Entscheidungsspielraum. Der frühere BSE-Vorsitzende Georg Leber hat das in einem Vergleich des Sozialprodukts mit einem Suppentopf veranschaulicht:

"Alle müssen einsehen, daß an diesem Topf Gerechtigkeit und Ordnung herrschen kann, wenn jeder für sich und alle zusammen bei der Verteilung mit dem Willen zur Gerechtigkeit und mit Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem Ganzen vorgehen" ¹⁵⁰⁾.

Dieses "Ganze" ist für die BSE im engeren Sinne die Bauwirt -

146) A.Wöhrle, Prot.IGM 1965, 17.

147) J.Teerhardt, Tb.DAG 1963, 336.

148) R.Spaethen, Tb.DAG 1954, 36.

149) H.Katzbach, Tb.DAG 1967, 103; vgl. auch DAG, Tüb.1963-67, 107.

150) G.Leber, Prot.BSE 1963, 235.

schaft. Die Mitarbeit der BSE bei der Bewältigung von Strukturproblemen dieser Branche und bei der Steigerung ihrer Produktivität setzt das Bewußtsein beider "Sozialpartner" voraus, voneinander abhängig zu sein und sich an den gleichen ökonomischen Zielen zu orientieren.

"Wir sind für einen Wirtschaftszweig in hohem Maße verantwortlich und mitverantwortlich, der rund zwei Millionen Menschen beschäftigt und dessen Unternehmer und Arbeitnehmer mit ihren Familienangehörigen gut 10 Prozent der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland ausmachen" (151).

Aber erst der unternehmerische erlaubt den gewerkschaftlichen Erfolg, so daß die Gewerkschaft eher auf das "freie Unternehmertum" angewiesen ist als umgekehrt. Die Sicherung der Rentabilität der Betriebe rangiert zeitlich vor der Beteiligung der Arbeitnehmer am Wachstumsgewinn der einzelnen Wirtschaftsbranche:

"Gesunde und wirtschaftlich fundierte und gefestigte Unternehmen sind eine unerläßliche Voraussetzung für unser ganzes soziales und wirtschaftliches Wirken als Gewerkschaft" (152).

Der Produktivitätsfortschritt, der sich in einer Steigerung des Sozialprodukts niederschlägt, fungiert als Orientierungsdatum gewerkschaftlicher Lohnforderungen. Je höher die "Leistungsfähigkeit" der Wirtschaft, desto höher können auch die gewerkschaftlichen Lohnforderungen sein (153). Den Gewerkschaften muß also ebenso wie den Unternehmern an der Sicherung der Profite gelegen sein. Zwar operieren sie weiterhin außerhalb der ökonomischen Entscheidungszentren und beschränken ihre Tätigkeit auf die Ebene der Verteilung des Sozialproduktzuwachses, doch erwarten sie von einem aufgeklärten, nicht allein an Profitmaximierung interessierten Unternehmertum materielle Zugeständnisse nach Maßgabe des Produktivitätsfortschritts, der nur bei "sozialem Frieden" möglich ist.

Daß Lohnerhöhungen nicht nur "sozialer Gerechtigkeit" entsprechen, sondern auf Umwegen auch unternehmerischen Interessen, hebt die DAG hervor. Wie die BSE, konstatiert auch sie die

151) G.Leber, Prot.BSE 1966, 309 f.

152) Ders., ebenda, 316.

153) Ders., Prot.BSE 1960, 226.

"kontinuierliche Expansion der Wirtschaft" als gemeinsames Ziel der Gewerkschaften und Unternehmer, weil erst dann gewerkschaftliche Lohnforderungen aussichtsreich werden ¹⁵⁴⁾. Indem sie an die Höhe des Produktivitätszuwachses und damit letztlich am Wachstum des Sozialprodukts orientiert werden ¹⁵⁵⁾, ordnet sich das Gewerkschaftsverhalten einem angenommenen ökonomischen "Gemeinwohl" unter. Weil Lohnerhöhungen zu Kaufkraftsteigerung führen können, vergrößern sie auch die unternehmerischen Absatzchancen ¹⁵⁶⁾. Dieses Ablaufschema verspricht für die BSE und DAG die Realisierung legitimer ökonomischer Einzelinteressen - auf Unternehmenseite das Interesse an einer Minimierung der Kosten, auf Arbeitnehmerseite das Interesse an einer Maximierung des Arbeitsentgelts - und des ökonomischen "Gemeinwohls", das sich im permanenten Wachstum eines gerecht zu verteilenden gesellschaftlichen Reichtums materialisiert und soziale Stabilität begründet.

Diese Vorstellung vom Ablauf ökonomischer Prozesse, deren spezielle Problematik hier nicht diskutiert werden kann, suggeriert einen permanenten wirtschaftlichen Fortschritt und, gesellschaftlich, einen ständigen Ausgleich von divergierenden Einzelinteressen. Die Einsicht in ihre gesellschaftliche "Verantwortung" nähert die "Sozialpartner" einander an. Sie gilt der Erhaltung, nicht dem Strukturwandel der bestehenden, von ihren Grundwidersprüchen befreiten Gesellschaft. Die in einer Art ökonomischer Symbiose verbundenen "Sozialpartner" erkennen, daß "das Ganze...nicht Privatsache einer kleinen Schicht, sondern für uns alle eine Existenzfrage" ist ¹⁵⁷⁾. Die Grundlagen des "Gemeinwohls" sind gelegt; der systembedrohende Partikularismus ist entschärft, obwohl gesellschaftliche Vielfalt, Freiheit und Eigentum fortbestehen.

Im Gegensatz zum rein ökonomisch abgeleiteten "Gemeinwohl"-Begriff der DAG und BSE, der offenläßt, worin und auf welche Weise die gesellschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer und Ar-

154) R.Spaethen, Tb.DAG 1963, 86.

155) Vgl. ders., ebenda, 86.

156) DAG, Staat, Wirtschaft, Gewerkschaft, 25.

157) G.Léber, Prot.BSE 1960, 234.

beitgeber konvergieren, leitet die IGM ihren Begriff des "Gesamtinteresses" gesellschaftskritisch ab. Statt unter dem Aspekt einer ökonomisch fundierten "Leistungsgemeinschaft" definiert sie diesen Begriff unter dem Aspekt bestehender gesellschaftlicher Widersprüche und ihrer Lösungsmöglichkeiten. Stereotype, wie "Wir sitzen alle in einem Boot", sind für die IGM Ausdruck eines falschen "Gemeinwohl"-Bewußtseins. Sie lehnte die Übernahme solcher Slogans stets beharrlich ab.

"Man sagt uns: 'Wir sitzen alle in einem Boot'. Jawohl, wir sitzen in einem Boot..., doch die einen heizen die Kessel und sorgen dafür, daß das Boot flott bleibt, und die anderen stehen auf der Kommandobrücke oder sitzen in der Offiziersmesse" 158).

Angesichts der von ihr als "Klassengesellschaft" gedeuteten westdeutschen Gesellschaft sah sich die IGM außerstande, ein für beide soziale Klassen, für Arbeitnehmer und Unternehmer verbindliches, die gesellschaftlichen Widersprüche aufhebendes "Gemeinwohl" anzunehmen. Das "sogenannte Gemeinwohl" 159) war ihr suspekt, weil es im Gegensatz zur sozialen Realität und zur objektiven Interessenlage der Arbeitnehmer zu stehen schien.

"Wenn die Arbeitgeber heute von 'Gesamtinteresse' reden, dann meinen sie selbstverständlich die Aufrechterhaltung und Stärkung der Unternehmerposition in der Wirtschaft, sie meinen Sicherung ihrer bisherigen Gewinne. Die Arbeitnehmer aber verstehen darunter eine Erweiterung ihrer Kaufkraft durch Lohn- und Gehaltserhöhungen, die Vergrößerung ihres Anteils am Sozialprodukt und eine Demokratisierung der Wirtschaft durch Ausdehnung des Mitbestimmungsrechts" 160).

Schuld an dem Umstand, daß nach 1945 die gesellschaftliche Entwicklung nicht dem "Gesamtinteresse" entsprach, war für die IGM die Restauration und Konsolidierung kapitalistischer Eigentums- und Machtstrukturen der westdeutschen Wirtschaft. Denn sie wiederbelebten den "Egoismus kleiner Gruppen", der die staatliche Wirtschaftspolitik in seine Dienste nahm und ihre Orientierung am "Interesse der Gesamtheit" verhinderte 161).

158) O.Brenner, Prot.IGM 1956, 229; vgl. auch ders., Prot.IGM 1958, 197.

159) Ders., Metall, Nr.12 (1962), 2.

160) Ders., Metall, Nr.26 (1957), 2.

161) Ders., Prot.IGM 1958, 220.

Eine ökonomische "Verantwortung" der Gewerkschaften kann es für die IGM solange nicht geben, wie die Unternehmer den ökonomischen Entscheidungsprozeß monopolisieren ¹⁶²⁾.

Positiv definierte die IGM das "Interesse der Allgemeinheit" dadurch, daß sie die im Münchener DGB-Grundsatzprogramm enthaltenen Forderungen nach einer Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum und nach volkswirtschaftlicher Rahmenplanung mit diesem Interesse identifizierte ¹⁶³⁾. Dieses "Allgemeininteresse" ist auf "sozialen Fortschritt" gerichtet, nicht auf den gesellschaftlichen status quo und seine Erhaltung oder Vervollkommnung. Solange die gesellschaftlichen (Interessen-) Gegensätze bestehenbleiben, sei es für sie als Gewerkschaft unmöglich, sich "einem vorläufig noch fiktiven Gesamtinteresse" zu unterwerfen ¹⁶⁴⁾. Die Bildung eines relativen Massenwohlstands und das Ausbleiben offener, systembedrohender sozialer Konflikte sind somit für die IGM, im Gegensatz zu den beiden anderen Gewerkschaften, keine Symptome für eine Entwicklung geworden, die dem "Gemeinwohl" entsprochen hätte. Stattdessen bestand die IGM weiterhin darauf, die Interessen von Arbeitnehmern an ihrer subjektiven Erwartung besserer Arbeits- und Lebensbedingungen und ihrem objektiven Interesse an einer Aufhebung gesellschaftlicher Ungleichheit zu fixieren. "Allgemeininteresse" blieb für sie das Interesse der Bevölkerungsmehrheit, die aus den Arbeitnehmern und ihren Familienangehörigen besteht. Exemplarisch für diese Grundeinstellung der IGM ist ihr Antrag, den sie bei der Diskussion über das neue DGB-Grundsatzprogramm, wenn auch vergeblich, einbrachte. Sie wollte die Vorlage, in der nur allgemein von den "Erfordernissen des Gemeinwohls", denen die Gewerkschaften zu genügen hätten, die Rede war, durch den Zusatz "mit dem Ziel der Verwirklichung einer demokratischen und sozialen Gesellschaftsordnung" präzisieren ¹⁶⁵⁾.

162) O.Brenner, Gewerkschaftliche Dynamik, a.a.O., 23.

163) Ders., Prot.IGM 1960, 228; vgl. auch Entschließung, ebenda, 417.

164) O.Brenner, Metall, Nr.26 (1957), 2.

165) Abgelehnter Antrag der IGM, Prot.DGB 1963, 263.

Gewerkschaftliches und gesellschaftliches Interesse vereinigen sich bei der IGM in der Vorstellung einer emanzipierten Gesellschaft der Zukunft. Die Vermittlung von einzelgewerkschaftlichem und gesamtgewerkschaftlichen Interesse, von gewerkschaftlichem und gesellschaftlichen Interesse ist für die IGM mit dem Übergang zur Industriegewerkschaft und mit ihrer Integration in eine geschlossen handelnde "Gewerkschaftsbewegung" prinzipiell nicht mehr problematisch. Inhaltlich gesehen ist dieses Verständnis des "Allgemeininteresses" freilich an die Prämisse gebunden, daß noch heute die Interessenlage der Arbeitnehmerschaft, über alle branchenmäßigen und versicherungsrechtlichen Grenzen hinweg, so homogen ist, daß sie eine derartige gewerkschaftliche Integration ermöglicht.

"Allgemeininteresse" bedarf zu seiner Realisierung einer sozialen Bewegung, "Gemeinwohl" aber "ordnender", "mitwirkender" und organisierter Partikularinteressen, die, durch ein gemeinsames Wert- und Zielsystem miteinander verbunden, ihr Handeln in den Dienst eines nur ökonomisch präzise definierten "Gemeinwohls" stellen. Auf die Gesellschaft und ihre Struktur bezogen ist dieser Begriff höchst abstrakt und nur verbindlich in dem Sinne, daß er allen Einzelinteressen das Bewußtsein ihrer Interdependenz gibt. "Gemeinwohl" ersetzt in der Wertorientierung der BSE und DAG darüberhinaus die Bindung an eine von allen Arbeitnehmern und Gewerkschaften getragene soziale Bewegung und ihre spezifischen nichtkapitalistischen Wert- und Zielvorstellungen. Zugleich soll die Bindung an das "Gemeinwohl" die Lösung von der Arbeiterbewegung kompensieren; sie gibt das Bewußtsein altruistischen Handelns zurück und damit die Gewißheit, Glied oder Teil eines übergeordneten "Ganzen" zu sein.

Die Interessenorientierung der DAG, BSE und IGM läßt sich folgendermaßen thesenartig zusammenfassen:

DAG: Die Gewerkschaft, Vertretung der unmittelbar-materiellen Interessen einer Arbeitnehmergruppe (der Angestellten, Beamten oder Arbeiter), orientiert ihr Handeln an zwei Be-

zugssystemen - sowohl an dem Wohl ihrer Mitglieder und aller Angehörigen ihres Organisationsbereiches als auch am "Gemeinwohl", das die Bewahrung der bestehenden Sozialstruktur, unter Steigerung ihrer ökonomischen Effizienz und mit dem Ziel einer Verbesserung der Verteilung des Sozialprodukts, zum Inhalt hat. Ein drittes, mögliches Bezugssystem - das der Gewerkschafts- beziehungsweise Arbeiterbewegung als organisatorischem Ausdruck eines einheitlichen Arbeitnehmerinteresses - entfällt. Die Beziehung beider Bezugssysteme zueinander ist hierarchisch: In Analogie zu der der Gesellschaft besteht eine Hierarchie der Werte, in der das "Gemeinwohl" aller "Glieder" der "Leistungsgemeinschaft" Vorrang vor dem Einzelinteresse der Individuen und sozialen Gruppen genießt. Der Gewerkschaft fällt als berufsständischer Interessenorganisation die Aufgabe zu, die Position der von ihr repräsentierten Personengruppe in der sozialen Hierarchie zu verbessern und zugleich die Grundlagen des sozialen Systems - Leistungsprinzip, Privateigentum (an Produktionsmitteln) und "Ordnung" - zu sichern (1.).

BSE: Die Gewerkschaft fungiert als Vertretung der unmittelbar materiellen Interessen einer nicht in bezug auf ihre berufliche Position und ihre Tätigkeitsmerkmale, sondern in bezug auf ihre Zugehörigkeit zu einem Wirtschaftszweig homogenen Personengruppe. Außer an den Interessen der Arbeitnehmer einer ganzen Wirtschaftsbranche orientiert sie ihr Handeln, wie bei (1.), auch an dem Interesse des bestehenden Systems an seiner Erhaltung und Optimierung. Als drittes Bezugssystem kommt, wenn auch nur fragmentarisch, das Interesse der Arbeitnehmerschaft und ihrer Organisationen hinzu, doch mündet es in das zweite Bezugssystem - das "Gemeinwohl" - bruchlos ein und wird damit seiner klassen- oder schichtspezifischen Prägung entkleidet. "Kapital" und "Arbeit" und ihre Organisationen bilden den gesellschaftlichen Pluralismus, der im ständigen, die Grundlagen der bestehenden Gesellschaft - Privateigentum (an Pro-

duktionsmitteln) und Freiheit - stabilisierenden Interessenkonflikt der "Sozialpartner" Selbsterneuerung der bestehenden Gesellschaftsordnung erlaubt (2.).

IGM: Die Gewerkschaft löst sich, als Emanzipations- und Massenbewegung, aus dem System konkurrierender Einzelinteressen und verwirklicht, zusammen mit den übrigen Gewerkschaften, außer den unmittelbar-materiellen Interessen der Arbeitnehmer einer Wirtschaftsbranche auch die gesellschaftlichen Interessen der Gesamtheit der Arbeitnehmer. Beide Interessenarten vereinigen sich zu einem "Allgemeininteresse" der Arbeiter, Angestellten und Beamten, das in eine, Nah- und Fernziele gleichermaßen berücksichtigende gewerkschaftspolitische Konzeption überführt wird. Solange die Gesellschaft ihren "Klassencharakter" beibehält, gibt es nur klassenspezifische Interessen und muß ein "Gemeinwohl"-Bewußtsein "ideologisch" sein. Die Variante gewerkschaftlicher Interessenorientierung, die diese Intentionen enthält, setzt wie die Varianten (1.) und (2.) bei der Wahrnehmung der unmittelbar-materiellen Arbeitnehmerinteressen an und damit bei demselben Bezugssystem; dieses Bezugssystem verknüpft sie jedoch nicht mit dem Bezugssystem "Gemeinwohl", sondern mit dem Bezugssystem "Allgemeininteresse" der Arbeitnehmerschaft zu einem einheitlichen System gewerkschaftlicher Interessenorientierung (3.).

b) Gesellschaftlicher Status und gesamtgesellschaftliche Funktion der Gewerkschaften

1. Tarifautonomie, Sozialautonomie und Sozialpartnerschaft

Welchen Entscheidungsspielraum die Gewerkschaften besitzen, hängt davon ab, wie das Verhältnis gewerkschaftlicher Aufgaben zu denen anderer gesellschaftlicher Institutionen (Staat, politische Parteien, Interessenverbände, Massenmedien, Kirchen usw.) definiert wird. Die Gesellschaftsbilder der einzelnen Ge-

werkschaften deuten bereits ganz verschiedene Muster an, nach denen diese Relationen gestaltet sind oder gestaltet sein sollten. Das Prinzip, Arbeitnehmerinteressen in Unabhängigkeit gegenüber Staat, Arbeitgebern und Kirchen zu vertreten, ist der Tradition der "freien Gewerkschaften" entnommen, die sich dadurch von den Gewerkschaften "totalitärer" Staaten ebenso abgrenzen wollten wie von "gelben" (von den Arbeitgebern abhängigen) und "christlichen" Arbeitnehmervertretungen. Auch ist in solcher Freiheitlichkeit und Unabhängigkeit der Gewerkschaftsarbeit noch jene Defensivhaltung bewahrt, wie sie für die noch nicht organisatorisch gefestigte, noch nicht allseits anerkannte Arbeiterassoziation der Frühphase charakteristisch war. Das in der BRD grundgesetzlich verankerte Koalitionsrecht erscheint in dem Prinzip der Tarifautonomie in verallgemeinerter Form wieder: als das Recht der Gewerkschaften, Interessen von Arbeitnehmern "frei", d.h. frei von staatlicher Intervention, gegenüber den Arbeitgebern zu vertreten; staatliche Zwangsschlichtung aber, wie es sie bis 1933 in Deutschland gab, und spezielle Gewerkschaftsgesetze, die die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften, nicht aber der Arbeitgeberverbände einengen, wären damit unvereinbar.

Anders als mit dem Prinzip der Tarifautonomie verhält es sich mit dem der Sozialautonomie, denn es ist nicht Gemeingut der westdeutschen Gewerkschaften geworden. In dem Maße, wie sie nicht nur die Freiheit ihres Handelns als notwendige Bedingung ihrer Existenz betrachten, sondern außerdem den freien Interessenausgleich sozialautonomer "Sozialpartner", differenziert sich das gewerkschaftliche Selbstverständnis; das ist um so eher zu erwarten, als das Prinzip der Sozialautonomie direkt ihr Verhältnis zu den Arbeitgebern einerseits und zu Staat und Gesamtgesellschaft andererseits betrifft. Bei dem Prinzip der Sozialautonomie handelt es sich um ein wesentliches Element eines bestimmten gesellschafts- und gewerkschaftspolitischen Konzepts, bei dem Prinzip der Tarifautonomie aber um eine unumstrittene Bedingung der Gewerkschaftsarbeit in der BRD. Die IGM identifiziert die Tarifautonomie mit dem Recht, "die

Lohn- und Arbeitsbedingungen in freien Vereinbarungen mit den Arbeitgebern festzusetzen" 166). Tarifkonflikte sollen ohne die Intervention Dritter, d.h. des Staates, "in eigener Verantwortung" der Tarifvertragsparteien entschieden werden 167). Dieses Recht sei "als eines der wichtigsten Elemente demokratischer Wirtschaftsordnung sogar unabdingbar" 168) und "eine unverzichtbare Voraussetzung für eine freiheitliche soziale Demokratie" 169). - Die DAG bekennt sich "zur Tarifaufonomie und damit zu einem frei vereinbarten wirksamen Schlichtungsverfahren" 170) mit folgender Begründung:

"Die Tarifaufonomie ist ein Stück unserer Freiheit überhaupt. Und die Freiheit ist etwas Unteilbares. Und wenn man sie an einer Stelle anknabbert, dann kommt das gesamte Gebäude ins Rutschen" 171).

Wie die IGM auf die "demokratische Wirtschaftsordnung", so bezieht die DAG die Tarifaufonomie auf die "freie Gesellschaft" und ihr Überlebensinteresse. Sie befürchtet eine "grundlegende Änderung unserer prinzipiellen Sozialordnung" für den Fall, daß den Gewerkschaften verwehrt wird, gemeinsam mit den Arbeitgebern die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer festzulegen 172). Damit erklären IGM und DAG die Erhaltung der Tarifaufonomie zu einer Existenzfrage nicht nur der Gewerkschaften, sondern auch der Demokratie und Freiheit in der BRD. Gewerkschaftliche Freiheit wird zu einem Gradmesser für die Freiheitlichkeit der ganzen Gesellschaft erhoben. - Diese Bedeutung verleiht auch die BSE, die sich ebenfalls gegen staatliche Zwangsschlichtung ausspricht 173), dem Recht auf Tarifaufonomie und damit der Prozedur interventionsfreien Interessenausgleichs von "Arbeit" und "Kapital":

166) O.Brenner, Prot.IGM 1962, 233.

167) Hans Mayr, Prot.IGM 1965, 107.

168) O.Brenner, ebenda, 215.

169) Angenommener Antrag der IGM, Prot.DGB 1956, 800.

170) DAG, TAb.1963-67, 107.

171) R.Spaethen, in: E.W.Mänken und H.Mundorf, Gespräch mit R.Spaethen, 29.

172) Rupprecht Dittmar, in: Eigentumsbildungspolitik ohne Mit-eigentum ?, 33.

173) Vgl. angenommener Antrag, Prot.BSE 1951, 279.

"Die Existenz freier Gewerkschaften ist ein unabdingbarer Bestandteil unserer demokratischen Grundordnung. Eine Einschränkung der Tarifaufonomie kann auf keinen Fall hingenommen werden" 174).

Alle drei Gewerkschaften hielten es für erforderlich, die in der BRD gesetzlich geschützte Tarifaufonomie zu verteidigen. Eine Gefährdung dieser erst nach 1945 erworbenen Rechtsposition wollten sie unter allen Umständen verhindern. Die IGM konstatierte wiederholt ihre Gefährdung durch Bundesregierung und Arbeitgeberverbände:

"Man wirft sich gegenseitig die passenden Bälle zu. Unter der Devise der volkswirtschaftlichen Verantwortung will man uns die gewerkschaftliche Bewegungsfreiheit nehmen. Die Tariffreiheit soll eingeschränkt werden. Man sagt, durch die Forderungen der Gewerkschaften sei die gesamte Wirtschaft in Gefahr, und die Stabilität der Währung sei bedroht. Staat und Gesellschaft gerieten in Unordnung, und es wäre an der Zeit, daß die Regierung Maßnahmen gegen den Mißbrauch der Tariffreiheit treffe. Die staatliche Zwangsschlichtung soll also her" 175).

Die IGM war es, die, auf dem Hintergrund ihrer These von der "sozialen Reaktion" und dem Bündnis von Wirtschafts- und politischer Macht, die gewerkschaftliche Tarifaufonomie von Staats- und Arbeitgeberseite bedroht sah. Eine solche Komplizenschaft behaupteten die BSE und DAG nicht; für sie war die Tarifaufonomie zwar noch nicht vollkommen gesichert, aber doch nicht unmittelbar bedroht.

In der Verteidigung des Rechtsgutes der Tarifaufonomie sind sich die drei Gewerkschaften stets einig gewesen, gab ihre Tariffähigkeit ihnen doch eine privilegierte Stellung gegenüber nichtgewerkschaftlichen Vereinigungen aller Art. Vorgeformt durch ihren unterschiedlichen Gewerkschaftsbegriff entwickelten sie dennoch abweichende Ansichten über die Bedeutung der Tarifaufonomie gegenüber der gesellschaftlichen Funktion der Gewerkschaften. Neben einem praktisch-instrumentellen hatte die Tarifaufonomie für sie auch einen gesellschaftlichen Aspekt.

174) Angenommener Antrag, Prot.BSE 1966, 606.

175) O.Brenner, Prot.DGB 1956, 354; vgl. auch ders., Prot. IGM 1962, 230 f. u. 299; angenommener Antrag der IGM, Prot.DGB 1962, 940 f.; Entschließung, Prot.IGM 1962, 648.

Die IGM interpretierte dieses Recht und den davon abgeleiteten spezifischen Status der Gewerkschaften als Grundlage ihrer gesellschaftlichen Autonomie und Eigenverantwortlichkeit, die BSE und DAG jedoch als Grundlage der "Sozialpartnerschaft" und damit eines Systems relativ risikoloser Konfliktbewältigung und gesellschaftlicher Integration der Arbeitnehmer; im folgenden wird ausgeführt, worin Autonomie- und Partnerschaftsprinzip bestehen und welche Implikationen sie für den gesellschaftlichen Status der Gewerkschaften besitzen.

Zunächst einmal differieren die Terminologien. Während die IGM Gewerkschaften und Arbeitgeber in dem Oberbegriff "Tarifvertragsparteien" zusammenfaßt - ein arbeitsrechtlicher Begriff, der ihre soziale Parität nicht impliziert - , sprechen BSE und DAG von "Sozialpartnern". Diese terminologischen Unterschiede sind nicht nur äußerlicher Art, sondern symbolisieren ein divergierendes Verständnis industrieller Beziehungen, in Anlehnung an das antagonistische und pluralistische Strukturmuster gewerkschaftlicher Gesellschaftsbilder. Ist gewerkschaftliches Handeln allein an den Interessen einer sozialen Klasse (d.h. der Arbeitnehmer) orientiert, so reduziert sich die Beziehung zu den Unternehmern auf ein rechtliches, tarifvertragliches Verhältnis. Die Basis der Gemeinsamkeit von Gewerkschaften und Arbeitgebern verbreitert sich dann zur "Sozialpartnerschaft", wenn der Tarifvertragsabschluß nicht nur als eine Art "Waffenstillstand" der Beteiligten gilt, sondern überdies als eine Problemlösung im Dienste der Stabilisierung und Effektivierung der Wirtschafts-, Staats- und Gesellschaftsordnung der BRD. Im ersten Falle liegt eigenverantwortliches Verhalten vor, im zweiten Fall ein Verhalten, das Eigeninteressen realisieren und Ordnung in einem Teilbereich der Gesellschaft sichern oder stiften will. Das erste Interpretationsmuster industrieller Beziehungen findet sich bei der IGM, das zweite bei der BSE und, wenn auch weniger ausgeprägt, bei der DAG. Das erste Muster ist freilich, wie sich weiter unten erweist, kaum mehr als eine Negation des zweiten; es ist - positiv - eher vage angedeutet als ausgeführt. Und das zweite Muster wird in dem Anspruch,

einen "neuen Stil" industrieller Beziehungen gefunden zu haben, als deutlich erkennbares, ausgereiftes - wenn auch nicht notwendigerweise richtiges - gewerkschaftspolitisches Konzept präsentiert.

Voraussetzung der "Sozialpartnerschaft" ist für die BSE die "soziale Autonomie" von Arbeitgebern und Gewerkschaften, die nur in einer "freien Gesellschaft" und einem "demokratischen Staat" verwirklicht werden könne¹⁷⁶⁾. Zwischen dem Staat und der Gesellschaft, zwischen dem staatlichen und "vorstaatlichen" Raum herrscht eine Art Arbeitsteilung, die nur in Extremfällen durch Staatsintervention in den Raum, der den "Sozialpartnern" überlassen ist, aufgehoben werden darf.

"Wir haben zuerst die Aufgabe, in der freien Auseinandersetzung mit den Unternehmern die Ordnung zu gestalten, um die es geht. Erst dann, wenn eine Lösung im Rahmen der sozialen Autonomie sich als nicht möglich erweist, weil ihre Grenzen überschritten würden, oder weil es an Möglichkeiten fehlt, sollten wir den Staat und seine Organe einschalten...In der Weimarer Republik hatte man dem Staat zu viele sozialpolitische Funktionen übertragen. Das führte dazu, daß der Staat von sich aus dann schließlich sogar nach dem ureigensten Element gewerkschaftlicher Betätigung griff und die Lohnpolitik an sich riß" 177).

Diese Aufgabenerweiterung des Staates entfremdete ihn sowohl den Unternehmern als auch den Gewerkschaften, die seine Schiedssprüche, mit denen er Arbeitskämpfe und Tarifausschlichtungen beenden wollte, nur unwillig akzeptieren konnten und so seine Autorität minderten. Um eine Wiederholung dieser Fehlentwicklung der Weimarer Republik auszuschließen, soll der Staat von solchen Aufgaben entlastet werden, die die "Sozialpartner" in eigener Regie erfüllen können.

"Richtig verstandene soziale Autonomie stärkt den Staat und festigt ihn. Die Übertragung zu vieler Aufgaben an den Staat schadet ihm...Wir haben in der Bauwirtschaft auch daraus unsere Lehren gezogen. Wir werden uns auch künftig mit den Vertretern der Unternehmer an einen Tisch setzen und versuchen, wenn es geht, ohne Regierung und Gesetzgeber unsere Aufgaben zu lösen" 178).

Sozialautonomie ermöglicht die Selbststeuerung gesellschaftli-

176) G.Leber, Prot.BSE 1966, 315.

177) Ders., ebenda, 315.

178) Ders., ebenda, 316.

cher Teilbereiche. Die jeweiligen "Sozialpartner" können ihre Interessen frei von staatlicher Reglementierung miteinander konfrontieren und periodisch im Kompromißweg aufeinander abstimmen. Sie sind sich der Gefahr bewußt, daß ihre Unfähigkeit zum Konsensus oder die Überschreitung ihrer Kompetenzen ihre Sozialautonomie aufs Spiel setzen würden. Folglich werden sich die "Sozialpartner" so verhalten, daß ihre Auseinandersetzungen stets auf einen Kompromiß hinsteuern, geordnet verlaufen und den "sozialen Frieden" des jeweiligen Wirtschaftszweiges nicht gefährden. Denn ihre Sozialautonomie ist nicht gleichsam ein Naturrecht, sondern von der "Allgemeinheit" delegiert.

"Soziale Autonomie heißt, in einem bestimmten Bereich selbständig handeln zu können. Soziale Autonomie heißt, als organisierte Kraft der Gesellschaft, als Organisation oder Institution dieser Gesellschaft in einem bestimmten Bereich autonome Wirkungsmöglichkeiten, Gestaltungsmöglichkeiten und Ordnungsfunktionen haben. Das bedeutet in diesem Fall, daß Arbeitgebervertreter und Gewerkschaften im sogenannten staatsfreien Bereich, jenseits der staatlichen Einflußmöglichkeit, Autonomie genug besitzen, ein Problem auf eigene Faust einer Lösung entgegenzuführen, unter Umständen im Einverständnis und unter Mitarbeit staatlicher Stellen...Aufgabe des Staates bleibt es, ihnen so viel Einfluß, so viel Rechte unvoreingenommen einzuräumen, daß sie tatsächlich zur Gestaltung dieser Dinge rechtlich in der Lage sind" 179).

Die Gewerkschaft vertritt nicht von sich aus Gesamtinteressen, sondern dient ihnen im staatlich-gesellschaftlichen Auftrag. Sie würde diesem Auftrag nicht gerecht, wollte sie außer "Ordnungsfunktionen" auch auf Veränderung der bestehenden Wirtschafts- und Sozialordnung zielende Interessen wahrnehmen. Unter die Sozialautonomie fallen daher für die BSE vor allem Probleme der Verteilung des Volkseinkommens auf die Produktionsfaktoren "Arbeit" und "Kapital", nicht aber Probleme der Eigentums- und Herrschaftsstruktur der Unternehmen und damit der "Ordnung" selbst ¹⁸⁰⁾. Im Konzept der Arbeitsteilung von Gesellschaft und Staat, "Sozialpartnern" und "Allgemeinheit" ist Gewerkschaftspolitik vorab Tarif- und Sozialpolitik, nicht

179) G.Leber, Prot.BSE 1953, 333; vgl. auch ders., Prot.BSE 1955, 324.

180) Vgl. BSE, Gb.1963-65, 22.

Gesellschaftspolitik. Im Kompromißweg regelbar sind nur die quantitativen Verteilungsprobleme, unter Einschluß einer Vermögensbildung der Arbeitnehmer; Lohnhöhe, Arbeits- und Urlaubsdauer lassen sich quantifizieren, ihre Veränderung kann man prozentual festlegen. Die Einhaltung dieser Funktionsbedingungen der Sozialautonomie ist durch das gewerkschaftliche Einverständnis mit dem sozialstrukturellen status quo gewährleistet: Die Gewerkschaften orientieren ihre Forderungen an der "Leistungsfähigkeit" der Wirtschaft und begrenzen sie so auf ein systemverträgliches, "vernünftiges" Maß. Konzentration auf die Wahrnehmung der unmittelbar-materiellen Arbeitnehmerinteressen, Branchenorientierung und Ausschluß des politischen Mandats der Gewerkschaften sind auf die Rollendefinition der Gewerkschaften im Sinne sozialautonomer "Partner" der Unternehmerschaft zugeschnitten.

Diese Bedeutung mißt außer der BSE auch die DAG der Sozialautonomie bei, doch hat Sozialautonomie für die DAG geringeres Gewicht. Auch für die DAG bietet die Sozialautonomie der Arbeitnehmerorganisationen die Gewähr dafür, daß sie ihre Interessen in Unabhängigkeit und gesellschaftlicher Verantwortung vertreten können.

"Nur in der Demokratie können die Gewerkschaften zur verantwortlichen Mitbestimmung und Trägerschaft der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung gelangen, ohne ihre soziale Autonomie zu gefährden oder aufzugeben" (181).

Die DAG expliziert nicht, inwiefern sich das Prinzip sozialautonomer Selbststeuerung gesellschaftlicher Teilbereiche mit ihrem Konzept einer konfliktfreien, hierarchischen Gesellschaftsordnung vereinbaren läßt. Denn die BSE entwickelt das Prinzip der Sozialautonomie auf der Grundlage einer strikten Trennung von Staat und Gesellschaft, von Integrität des Staates und sozialer Pluralität. Diese Trennung aber lehnt die DAG ab: Staat und Gesellschaft bilden für sie einen einzigen "Organismus", dessen einzelne "Glieder" zwar verschiedene Funktionen wahrzunehmen haben, jedoch als Diener des "Ganzen", nicht

181) R.Spaethen, Bildung, Ausbildung und Gewerkschaften, 25 f.

als dessen Stellvertreter in gesellschaftlichen Teilbereichen.

Sozialautonomie soll den Status von Gewerkschaften und Arbeitgebern, "Sozialpartnerschaft" ihre Beziehungen zueinander charakterisieren. Der Gegensatz zwischen Autonomie- und Partnerschaftsprinzip offenbart sich vor allem an den Beziehungen zwischen beiden. Über die Notwendigkeit von Tarifautonomie und parteipolitischer Unabhängigkeit sind sich die Gewerkschaften einig, nicht aber darin, ob der periodische Interessenausgleich von Tarifkontrahenten auch gesellschaftliche Funktionen erfüllen soll. Einig sind sich die Gewerkschaften darin, daß ihre ständige Konfrontation mit der Arbeitgeberseite irgendwelcher institutioneller Regelungen bedarf, nicht aber darin, daß sich aus diesen Regelungen ein qualitativ neues System industrieller Beziehungen entwickeln läßt, welches nicht nur als Instrument "sozialer Befriedung" dient, sondern eine neue, nachkapitalistische Gesellschaft mitbegründet. In der Tat wird mit dem Konzept der "Sozialpartnerschaft" nicht nur kurzfristig die Verbesserung der Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen angestrebt, sondern darüberhinaus langfristig eine bestimmte Entwicklung der westdeutschen Gesellschaft im Ganzen. Für ihre Befürworter kennzeichnet "Sozialpartnerschaft" sowohl den heutigen Entwicklungsstand der überbetrieblichen und innerbetrieblichen Beziehungen zwischen "Arbeit" und "Kapital" als auch ein zentrales Element ihrer gesellschaftspolitischen Konzeption. Die Verwirklichung der Sozialautonomie der Gewerkschaften und Arbeitgeber bildet ein Zwischenstadium auf dem Wege von der bloßen Tarifautonomie zur "Sozialpartnerschaft". Für die Anhänger dieser Konzeption ist daher "Partnerschaft" ranghöher als "Autonomie", "Mitverantwortung" wesentlicher als Eigenverantwortung. Für die Kritiker des "Sozialpartnerschafts"-Konzepts hingegen hat die Autonomie der Gewerkschaften nicht nur instrumentale Bedeutung; sie ist nicht nur Bedingung "freier" Gewerkschaftsarbeit, sondern Charakteristikum der gesellschaftlichen Funktion der Gewerkschaften als einer "Gegenmacht" des "Kapitals".

Dem Selbstverständnis der BSE liegt das Konzept der "Sozialpartnerschaft" zugrunde, das sie bereits zu Beginn der fünfziger Jahre vertrat ¹⁸²⁾ und danach zu einer allgemeingültigen, "zeitgemäßen" Verhaltensanleitung für Gewerkschaften und Arbeitgeber verallgemeinerte. Die Beziehungen zwischen ihnen sollten ein neues Fundament erhalten, das der gewandelten sozialen Umwelt angepaßt war.

"Darunter kann nicht verstanden werden: Ich lehne den (Unternehmer - d.Verf.) an sich ab und habe nur so lange ein Verhältnis zu ihm, solange es ihn noch gibt...Was aber dazu gehört, ist eben, daß ich ihn anerkenne, daß er da ist, daß ich ein Verhältnis zu ihm habe und daß wir im übrigen alles das, was wir an Meinungsverschiedenheiten haben, sachlich austragen mit allen Differenzen, die nun einmal vorhanden sind". "Partnerschaft" sei nicht gleichbedeutend mit einem "Verzicht auf etwas, was uns gerechterweise zusteht...Im Gegenteil: wir verzichten darauf, sie zu bekämpfen, weil sie Unternehmer sind" ¹⁸³⁾.

"Sozialpartnerschaft" erfordert nicht die gegenseitige Duldung, sondern die gegenseitige Anerkennung ¹⁸⁴⁾. Die Unternehmer haben die Gewerkschaften als legitime Vertretungen von Arbeitnehmerinteressen zu bejahen, die Gewerkschaften das private Eigentum an Produktionsmitteln und die davon abgeleiteten Rechte. An die Stelle eines "prinzipiellen Gegeneinanders" auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene soll das "Miteinander" treten, "das die gegenseitige Anerkennung und das Bewußtsein um die natürlichen Interessenunterschiede zur Grundlage hat". Dieses "Miteinander" nutze "Sozialpartnern" und "Allgemeinheit" ¹⁸⁵⁾. Neben unterschiedlichen gibt es, wie die BSE annimmt, auch gemeinsame Interessen der "Sozialpartner", die dominieren und sich an Sachproblemen herausbilden.

"Wir verlangen das Den-anderen-Anerkennen und sein Dasein als einen elementaren und unseren gesellschaftlichen Vorstellungen entsprechenden Tatbestand aufzufassen mit dem Willen, mit ihm zusammen an der Gestaltung wichtiger und notwendiger gemeinsamer Aufgaben zu wirken" ¹⁸⁶⁾.

182) Vgl. Jahrbuch der BSE 1951-52, 54.

183) G.Leber, Prot.BSE 1966, 380.

184) Vgl. ders., Prot.BSE 1963, 258.

185) BSE, Unser Weg, Nr.2 (1964), 3.

186) G.Leber, Prot.BSE 1963, 258; vgl. auch ders., Prot.BSE 1966, 316.

"Sozialpartnerschaft" praktizieren "Kapital" und "Arbeit" im Bewußtsein ihrer Interdependenz und ihrer Abhängigkeit von derjenigen Gesellschaftsordnung, die allein die Freiheit jedes der beiden garantiert.

"Es ist das Anerkennen, daß der andere im eigenen Ordnungsbild von der Gesellschaft auch seine Rolle hat und daß man selber von der Art, wie er sie wahrnimmt, in seiner eigenen Position mitbeeinflußt wird. Es ist die Einsicht, daß in einer demokratischen Gesellschaft eben auch der andere zu respektieren ist, auch wenn man sich ständig mit ihm in der Auseinandersetzung befindet über die Ordnung, in der man zu leben wünscht" 187).

Gewerkschaftsfunktionäre und Arbeitgebervertreter, die sich am Verhandlungstisch gegenüber sitzen, repräsentieren zwar verschiedene soziale Gruppen und Interessenlagen, jedoch mit gleich großen Erfolgsaussichten. Die Unterhändler beider Seiten verfügen über eine tendenziell gleiche Machtfülle, so daß der Ausgang ihrer Auseinandersetzungen nicht nach Machtrelationen entschieden wird, sondern sogenannten Sach Gesichtspunkten folgen kann. Die Machtparität beider "Sozialpartner" läßt eine "Versachlichung" ihres Konflikts zu. Diesem Schritt aber stehen, wie die BSE meint, subjektive Hindernisse im Wege, die auf beiden Seiten vorhanden sind.

"Die Vergangenheit mit ihrem Freund-Feind-Verhältnis ist noch keineswegs überwunden. Ideologie, Ressentiments haben ein zähes Leben und die Gegenwart mit ihren täglichen Interessenkonflikten erschwert ihre Überwindung" 188).

Das Bewußtsein vieler Arbeitnehmer und Unternehmer entspricht nicht einer sozialen Realität, in der soziale Ungleichheit überwunden ist. An sich wäre die Vollendung der "Sozialpartnerschaft" bereits jetzt möglich, doch sei auch heute noch für die Beziehungen der "Sozialpartner" untereinander ein

"unmittelbar aus der Tradition und dem geschichtlichen Empfinden entspringendes Spannungsverhältnis kennzeichnend. Diese Tatsache belastet auch heute noch die Atmosphäre unseres Arbeitslebens und auch das Verhältnis zwischen Unternehmertum und Gewerkschaften" 189).

So, wie die BSE den rückschrittlichen Unternehmer von dem mo-

187) G. Leber, Prot. BSE 1963, 257 f.

188) BSE, Unser Weg, Nr. 2 (1964), 3.

189) G. Leber, Prot. BSE 1963, 257.

dernen, zur "Partnerschaft" bereiten unterscheidet, hebt sie auch zwei gewerkschaftliche Lager voneinander ab. Sie selbst versteht sich als "Gewerkschaft neuen Stils", als eine Wegbereiterin und als Vorbild von "Sozialpartnerschaft"; dazu hält sie sich wegen der von ihr gemeinsam mit den Bauunternehmern errichteten und getragenen Sozialeinrichtungen für berechtigt 190). Demgegenüber bestünden am "Klassenkampf", nicht an "Partnerschaft" orientierte und daher "überholte" Anschauungen 191) in anderen Wirtschaftszweigen bei Gewerkschaften und Arbeitgebern fort 192). "Klassenkampf" und "Sozialpartnerschaft" implizieren je verschiedene Einstellungen und Verhaltensweisen, die im ersten Fall als unrealistisch und intolerant, im zweiten Fall als realistisch und sachrational gelten. Die Wahl zwischen beiden wird zur Willens- und Einsichtssache erklärt, denn die objektiven Voraussetzungen für den Übergang von der "Klassenkampf"-Beziehung zur "Partnerschaft" von "Arbeit" und "Kapital" sollen bereits bestehen. "Sozialpartnerschaft" wird als rationale, "Klassenkampf" als irrationale Form sozialer Auseinandersetzung hingestellt. Weil "Sozialpartnerschaft" nicht identisch sei mit einer Nivellierung aller Interessengegensätze zwischen den Beteiligten, müsse

"auch die von sachlichen Gegebenheiten ausgehende Auseinandersetzung bleiben. Es darf nicht der Versuch gemacht werden, an den von der Sache her verschiedenartigen Positionen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber etwas ändern oder sie auf widernatürliche Weise einebnen zu wollen. Das, was abgebaut werden kann und muß, das ist die Gegnerschaft an sich, das ist das gegenseitige Sich-Ablehnen und den anderen da und dort wegdrängen oder nicht hinlassen oder das ist der Streit als selbständiger Programmpunkt dieser beiden großen Gruppen in unserer Gesellschaft" 193).

Was jeweils "die Sache" sei, wird nicht aufgeschlüsselt. Das Unvermögen, die Aufhebung sozialer Ungleichheit empirisch nachzuweisen, äußert sich bei der BSE in sprachlichen Improvisationen wie dieser oder im Verweis auf die Pseudo-Natürlichkeit der

190) Vgl. die Geschäftsberichte der BSE.

191) G. Leber, Prot. BSE 1963, 260 f.

192) Vgl. ders., ebenda, 259; vgl. auch ders., Prot. BSE 1966, 378.

193) Ders., Prot. BSE 1963, 260.

Status- und Interessenunterschiede von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. So eindeutig die mit der "Sozialpartnerschafts"-Konzeption verbundene Intention auch ist - d.h. "soziale Befriedung" - , so unklar muß die Art und Weise genannt werden, wie sie auf die soziale Realität in der BRD bezogen wird, wie immer jene strukturiert sein mag. Für den Übergang zur "Sozialpartnerschaft" scheint der BSE die Überwindung von cultural-lag-Phänomenen auf Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite ausreichend - also die Angleichung ihrer Bewußtseinslagen an die bereits existente postkapitalistische Realität der BRD. Die Verwirklichung der "Sozialpartnerschaft" wäre dann nichts weiter als ein Stilwandel, eine Klimaverbesserung der industriellen Beziehungen, nicht aber ein Wandel dieser Beziehungen selbst.

Die Konzeption der "Sozialpartnerschaft" , auf die sich die BSE, namentlich unter dem Einfluß ihres früheren Vorsitzenden Georg Leber, eingeschworen hat, stieß bei der DAG und IGM teils auf Zurückhaltung, teils auf offene Ablehnung. Denn zu ihren Kritikern zählte außer der IGM zunächst auch die DAG. 1951, als sich das kapitalistische Wirtschaftssystem gerade erst wieder in der BRD etabliert hatte, stellte "Sozialpartner - schaft" für die DAG ein der sozialen Realität unangemessenes Wunschbild dar. Eine "Annäherung in den Anschauungen der beiden Partner" sei unwahrscheinlich, erklärte sie damals,

"weil eine solche Verständigung eigentlich überhaupt nicht möglich ist. Es hat sich hier genau wie in der Vergangenheit auf anderen Gebieten gezeigt, daß die Auffassungen der beiden Seiten derart voneinander abweichen, daß die natürlichen Interessen so stark differieren, daß irgendein Patentrezept nicht gefunden werden kann" 194).

Voraussetzung einer nicht nur formalrechtlichen, sondern auch realen Gleichheit von Arbeitnehmern und Arbeitgebern war für die DAG ein Wandel der westdeutschen Eigentums- und Einkommensverteilung:

"Bisher hat die Sozialpartnerschaft ihre Bewährungsprobe noch nicht bestanden. Mit der Schaffung einer neuen Begriffsbestimmung ist nichts getan. Durch die ungerechte Verteilung

194) F.Rettig, Tb.DAG 1951, 42.

des Sozialprodukts wird der Begriff 'sozial' zu einer Phrase ...Es muß für die sozial Schwächeren der Beweis erbracht werden, daß das Neue das Alte gestürzt und überwunden hat. Erst dann kann davon gesprochen werden, daß der Umwandlungsprozeß vom Klassenfeind über den sozialen Gegenspieler zur sozialen Partnerschaft nicht nur ein Spiel mit Worten ist" 195).

Von realer "Partnerschaft" in Betrieb und Büro war für die DAG solange nicht die Rede, wie die Unternehmer nicht zur Aufgabe ihres traditionellen "Herr-im-Hause-Standpunktes" und zur Hinwendung zu einem "demokratischen Gedankengut" bereit waren¹⁹⁶⁾. Solange der Widerspruch zwischen Unternehmerverhalten und -propaganda andauerte, sah die DAG in der "Sozialpartnerschaft" ein Verschleiерungsmanöver und den Versuch, der gewerkschaftlichen Forderung nach Mitbestimmung auszuweichen¹⁹⁷⁾. Für die DAG schloß "Sozialpartnerschaft", die sie als solche nicht ablehnte, die angemessene Teilhabe der Arbeitnehmer an sozialer Herrschaft und ökonomischer Wertschöpfung ein. Sie konzipierte "Sozialpartnerschaft" als Endstadium einer Entwicklung, nicht als deren Beginn. "Sozialpartnerschaft" stellte für die DAG mehr als ein neuer Modus der Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen dar. Die DAG verstand darunter ein Verhältnis, das von "grundsätzlicher Gleichberechtigung", von "Integration", nicht von "Juniorpartnerschaft" geprägt sein würde. Ohne ein - als Kontrollrecht interpretiertes - Mitspracherecht der Arbeitnehmer war für sie eine solche Gleichberechtigung nicht real¹⁹⁸⁾. Der soziale Status beider an der betrieblichen "Leistungs-gemeinschaft" Beteiligten und die Motivation des Unternehmerverhaltens sollten verändert werden. Die DAG erhob die Forderung, die Arbeitgeber sollten

"die menschlich-soziale Seite des Betriebslebens ebenso pfleglich behandeln wie die technisch-wirtschaftliche. Die 'soziale Partnerschaft' muß mehr als ein Schlagwort sein; der Mensch muß im Mittelpunkt aller Dinge stehen" 199).

195) F.Rettig, Tb.DAG 1954, 29.

196) Ders., ebenda, 28.

197) Vgl. DAG, Staat, Wirtschaft, Gewerkschaft, 21.

198) R.Spaethen, Tb.DAG 1954, 34.

199) DAG, Grundsatzprogramm, 19; vgl. auch F.Rettig, Tb. DAG 1954, 30.

Vorleistungen hatten also die Arbeitgeber zu erbringen, nicht die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften. Dann erst war für die DAG eine dauerhafte Aussöhnung der Arbeitnehmer mit dem Kapitalismus denkbar.

"Man muß endlich begreifen, daß unsere Zeit gebieterisch neue Formen verlangt, daß der arbeitende Mensch nicht mehr damit zufrieden ist, daß man ihm für ein gewisses Pensum geleisteter Arbeit einen gewissen Geldbetrag als Lohn oder Gehalt aushändigt. Wir wollen Anteil haben an dem Geschehen des Betriebes und der Wirtschaft überhaupt. Deshalb der Ruf nach Mitbestimmung und Mitverantwortung...Ist es nicht geradezu unklug, den in unserem Arbeitsvolk schon vorhandenen starken Willen zur Mitwirkung und Mitverantwortung immer wieder zurückzuweisen statt ihn zu pflegen und zu entwickeln ? ...Das Vorstellungsvermögen unserer Wirtschaftsführer muß sehr gering sein, wenn sie nicht erkennen, daß sich hier eine Möglichkeit zur Zusammenarbeit bietet, die allen Beteiligten den größten Nutzen bringen muß, wenn sie nur im richtigen Geist, das heißt mit beiderseitigem guten Willen, begonnen und durchgeführt wird" 200).

Durch die "Sozialpartnerschaft" soll hier die soziale Distanz von Arbeitnehmer und Arbeitgeber verringert und schließlich ein System ihrer gemeinsamen Verfügung über die Produktionsmittel und deren Verwertung geschaffen werden. Aus Lohnabhängigen werden auf diese Weise "Mitarbeiter" der Unternehmer; ihr Arbeitnehmerstatus wird unkenntlich. Die subjektive Leistung und funktionale Bedeutung des einzelnen Individuums wird zum einzigen Gliederungsprinzip der betrieblichen und gesellschaftlichen Hierarchie erhoben. Dieses Zukunftsbild wurde der sozialen Selbsteinschätzung vieler Angestellten gerecht. Das Integrationsbedürfnis der DAG gab sich freilich nicht mehr mit der im "Sozialpartnerschafts"-Konzept der BSE intendierten Verfassung der industriellen Beziehungen zufrieden. "Sozialpartnerschaft" legte die DAG wörtlich aus: als Beseitigung a l l e r "natürlichen" Status- und Interessenunterschiede zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern.

Die Vorbehalte, die die DAG zunächst gegenüber dem Slogan von der "Sozialpartnerschaft" hatte, gab sie indes seit Mitte der fünfziger Jahre mehr und mehr auf, ohne diesen Einstellungswandel eigens zu rechtfertigen. Es ging ihr nun nicht mehr um die

200) F.Rettig, Tb.DAG 1951, 45.

"Partnerschaft" aller am Zustandekommen der wirtschaftlichen Leistung Beteiligten, sondern um die "Sozialpartnerschaft" der Gewerkschaften und Unternehmerverbände. Während die DAG zuvor die Arbeitnehmer als die "schwächeren Sozial-Partner" bezeichnet hatte ²⁰¹⁾, nahm sie nun an, die westdeutschen Gewerkschaften seien "gleichberechtigte Partner im Wirtschafts- und Sozialleben" ²⁰²⁾:

"Sozialpartner sind in der Praxis unserer Sozialordnung ausschließlich die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände" ²⁰³⁾.

Für die DAG sind nun Begriff und Wirklichkeit, "Sozialpartnerschaft" und soziale Realität der BRD ebenso identisch wie für die BSE ²⁰⁴⁾. "Sozialpartnerschaft" wird begrifflich eingeeengt und umgedeutet. Sie wird von wirtschaftsdemokratischen Zielvorstellungen losgelöst und meint nurmehr eine bestimmte "Methode", d.h. den Ausgleich von Gewerkschafts- und Unternehmerinteressen in "zivilen und fairen Formen" ²⁰⁵⁾. Die früher vorhandene Skepsis gegenüber der "Sozialpartnerschaft" als einer Unternehmer-"Ideologie" ist geschwunden ²⁰⁶⁾.

Die Parität in der Teilhabe an ökonomischer Herrschaft ist das Hauptkriterium, das die IGM bis heute unverändert in ihrer Kritik der "Sozialpartnerschafts"-Konzeption verwendet hat. Diese Kritik bezieht neben der "Sozialpartnerschaft" selbst auch deren Prämissen ein. Die IGM hat, anders als die DAG, ihre Ablehnung dieser Konzeption bis heute beibehalten, wenn auch mit wechselnden Argumenten. In der "Sozialpartnerschaft" sah die IGM stets ein "ideologisches" Phänomen. Sie wertete dieses Schlagwort als ein neuartiges Instrument einer arbeitnehmer- und gewerkschaftsfeindlichen Strategie der Unternehmerverbände, das desorientierend auf Arbeitnehmer und Gewerkschaften wirken

201) F.Rettig, Tb.DAG 1954, 22.

202) DAG, Tsb.1960-63, 57.

203) R.Dittmar, in: Eigentumsbildungspolitik ohne Miteigentum ?, 33.

204) Vgl. DAG, Miteigentum, 32.

205) R.Spaethen, in: E.W.Mänken u.H.Mundorf, Gespräch mit R. Spaethen, 15; vgl. auch ders., Der Angestellte, Nr.5 (1962), 3.

206) Vgl. R.Spaethen, in: E.W.Mänken u.H.Mundorf, Gespräch mit R.Spaethen, 30.

sollte. Die IGM nannte, angesichts der bestehenden sozialen Antagonismen, "Sozialpartnerschaft" einen "frommen Wunsch"²⁰⁷⁾, nahm diese Konzeption als ein subtiles Klassenkampfinstrument der Arbeitgeberschaft aber durchaus ernst.

"Die ständigen Aufforderungen zur Zusammenarbeit, die Appelle an unsere gesamtwirtschaftliche Verantwortung, der Ruf nach Versachlichung der Lohnpolitik, alles das bedeutet bis jetzt nichts anderes als einen Versuch, die Kampfkraft der Gewerkschaften zu schwächen. Niemand wird uns mit leeren Redensarten zur sogenannten Sozialpartnerschaft bekehren, wenn die Unternehmer bei jeder Gelegenheit zu erkennen geben, daß sie nicht unsere Partner, sondern unsere sozialen Gegenspieler sind. Sozialpartnerschaft setzt voraus, daß Unternehmer und Arbeitnehmer die gleichen Möglichkeiten zur Beeinflussung des Betriebes und der Wirtschaft und auch die gleichen Ausgangspunkte haben. Aber grade das ist es, was in unserer Klassengesellschaft fehlt" 208).

In dem Konzept der "Sozialpartnerschaft" lebte für die IGM ein vor 1933 unternommener Versuch wieder auf, die deutschen Gewerkschaften endgültig den "Kapital"-Interessen zu unterwerfen.

"Eine Politik der Arbeitsgemeinschaft und der sogenannten Sozialpartnerschaft mit den Unternehmern lehnen wir nach wie vor ab. Dadurch würde der natürliche Interessengegensatz nicht ausgetragen, sondern nur verschleiert werden" 209).

In Wahrheit desavouierten die Unternehmer selbst die These vom Ende des Klassenkampfes und vom Beginn einer neuen Ära industrieller Beziehungen. Ihr alltägliches Verhalten gegenüber Arbeitnehmern und Gewerkschaften bewies ihre Weigerung, das Versprechen der "Sozialpartnerschaft" einzulösen und ökonomische Macht mit den Arbeitnehmern zu teilen. Die Unternehmerpolitik zeigte,

"wie sehr sie in der Klemme zwischen Sozialpartner und Klassengegner jonglieren. In der Bedrängnis läßt mancher manchmal die Schleier fallen. Das sind dann die sogenannten Sozialpartner, die Unternehmer, die die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung früher als Reaktionäre und Klassengegner bezeichnet hat" 210).

Damit spitzte die IGM das Problem der "Sozialpartnerschaft" auf

207) O.Brenner, Gewerkschaftliche Dynamik, a.a.O., 127.

208) Ders., Prot.IGM 1958, 214 f.; vgl. auch ders., Prot.DGB 1954, 124.

209) Ders., Kein Fortschritt ohne Gewerkschaften, 12.

210) F.Strothmann, Prot.IGM 1962, 120.

die Frage nach den Konsequenzen zu, die die Gegenseite aus dem Akt formaler Anerkennung der Gewerkschaften durch die Arbeitgeber zu ziehen bereit war. Die IGM verwarf Pläne, die auf die Aufgabe wesentlicher gewerkschaftspolitischer Prinzipien hinausliefen, und wies die anderen westdeutschen Gewerkschaften warnend auf die Gefahr hin,

"daß die Arbeitgeber durch eine besondere - im Grunde selbstverständliche - 'Anerkennung' der Gewerkschaften diesen den Mut abkaufen, wie bisher das Richtige und Notwendige im Interesse der Arbeitnehmer zu tun". Auf tatsächliche Zugeständnisse komme es an, nicht auf die "'moralische Verpflichtung' zur Duldung der immer noch bestehenden sozialen Ungleichheit" 211).

Ein Einschwenken der Gewerkschaften auf das Angebot der "Sozialpartnerschaft" glich damit im Bewußtsein der IGM ihrer Selbstaufgabe. Sie würden nachträglich eine soziale Realität sanktionieren, die unverändert den Interessen der Bevölkerungsmehrheit widersprach. Die Gegenleistung, die die Gewerkschaften dafür eintauschen würden, also ihre Anerkennung als "Sozialpartner", würde ihre reale Position nicht verbessern, ja die Gewerkschaften eher den eigenen Mitgliedern wie der Arbeitnehmerschaft im allgemeinen entfremden. Erst eine Demokratisierung der Betriebe würde reale Chancengleichheit der Arbeitnehmer und Arbeitgeber und ihrer Vertreter erlauben. Dieser Wandel war die Bedingung dafür, daß sich das volkswirtschaftliche "Gesamtinteresse" gegenüber dem Profitinteresse einer Minderheit durchsetzen konnte. Darin sah die IGM den Preis, den die Arbeitgeberschaft zu zahlen hätte, bevor "Sozialpartnerschaft" möglich wäre.

Diese Interpretation von "Sozialpartnerschaft" hat offensichtlich nichts mehr mit der der BSE gemein. Sie sieht eine Demokratisierung ökonomischer Entscheidungsprozesse als Bedingung einer qualitativen Veränderung der Arbeitgeber-Gewerkschafts-Beziehungen vor, nicht, umgekehrt, die Veränderung dieser Beziehung mit dem Ziel "sozialer Befriedung". Die IGM zieht aus dem Widerstand der Gegenseite gegenüber der Wirtschaftsdemokratie den Schluß, daß sie in Wahrheit nicht an einer Verständi-

211) O.Brenner, Metall, Nr.1 (1963), 2.

gung mit den Gewerkschaften interessiert sei. Solange der soziale status quo andauert, haben die Gewerkschaften an der klaren Trennung von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen festzuhalten und an diesem Gegensatz ihr Handeln zu orientieren.

"In der Politik der Gewerkschaften und in der Politik der Arbeitgeberverbände geht es um reale Interessen und damit um Interessenkämpfe" 212).

Statt diese Interessengegensätze zu verschleiern sollen sie transparent bleiben und deutlich herausgestellt werden.

Während die BSE zu einem konsistenten System gelangt, das, wenn auch auf der unbewiesenen Annahme sozialer Gleichheit beruhend, doch immerhin Position und Verhalten der Gewerkschaften gegenüber den Arbeitgebern und Arbeitgeberverbänden festlegt, läßt sich bei der IGM nur indirekt ein ähnlich klar umrissenes Konzept der Gewerkschaftspolitik erschließen. Im wesentlichen beschränkt sie sich auf die Negation der Existenz von sozialer Gleichheit und "Sozialpartnerschaft" in der BRD. Ihre Äußerungen deuten auf eine Konzeption hin, in deren Rahmen eine durch "partnerschaftliche" Bindungen nicht beschränkte Gewerkschaftsautonomie gewahrt bleiben soll. Die von der Unternehmerschaft ausgeübte ökonomische und soziale Herrschaft wird in den Aufgabenkreis der Arbeitnehmervertretung einbezogen, statt sie als unveränderbare Konstante anzuerkennen und so gewerkschaftlich zu legitimieren.

Gleichwohl ist hiervon ein Gewerkschaftshandeln zu unterscheiden, das, syndikalistischen Vorstellungen folgend, durch "Klassenkampf" die Existenz des "Kapitals" aufzuheben trachtet. Die Vorstellungen der IGM zur Tarifautonomie und ihre Kritik der "Sozialpartnerschaft" legen die Annahme nahe, daß für sie Gewerkschaften das bestehende Kräfteverhältnis von "Kapital" und "Arbeit" umzukehren haben, ohne indes ihre Polarität als solche in Frage zu stellen; das käme einer Aufhebung gewerkschaftlicher Daseinsnotwendigkeit gleich. Die Tarifautonomie der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände und ihre beiderseitige Handlungsfreiheit sollen erhalten bleiben. Wirtschaftsdemokra-

212) F.Strothmann, Prot.DGB 1962, 179.

tie versteht die IGM als Realisierung der Machtparität von "Kapital" und "Arbeit". Sie sagt nichts darüber aus, ob und in welcher Weise die Tarifaufonomie der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände von einer sozialen Emanzipation der Arbeitnehmer tangiert würde. Sie läßt offen, ob auch sie, wenn auch erst nach einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Neuordnung, eine "sozialpartnerschaftliche" Beziehung von "Kapital" und "Arbeit" für möglich hält oder wünscht, die "Ordnungsfunktionen" über die Lohn- und Sozialpolitik hinaus hätte. Die Vorstellungen und Argumente, die die IGM zur Verteidigung der Gewerkschaftsautonomie gegenüber Staat und Unternehmerschaft artikuliert hat, weisen insofern ebensowenig in die gesellschaftliche Zukunft wie die "Sozialpartnerschafts"-Konzeption von BSE und DAG.

2. Arbeitskampf und Zusammenarbeit als Wege zur Wahrnehmung von Arbeitnehmerinteressen

Auf welche Weise Arbeitnehmerinteressen gewerkschaftlich vertreten werden sollen und können, ist für die westdeutschen Gewerkschaften nicht identisch mit dem Problem der Optimierung der Mittelwahl in Hinblick auf einen vorgegebenen Zweck. Der - theoretisch - in jeder Konfliktsituation verfügbare Katalog an Möglichkeiten, dem Tarifkontrahenten gegenüber Arbeitnehmerinteressen geltend zu machen, ist realiter und vom gewerk - schaftlichen Selbstverständnis her nur teilweise zu verwenden. Sein Gebrauch richtet sich, außer nach den jeweiligen Kräfteverhältnissen, nach den gewerkschaftlichen Vorstellungen vom sozialen Konflikt und seiner Bewältigung. Tatsächlich läßt sich eine Verlängerung des gewerkschaftlichen Bewußtseins von der Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehung bis in das der gesellschaftlichen Wirkung gewerkschaftspolitischer Mittel beobachten. Mit der "Sozialpartnerschaft" korrespondieren ebenso bestimmte normative Vorstellungen der Lösung von Tarifkonflikten wie mit der Konzeption der Gewerkschaftsautonomie. Die Diskussion über erfolgversprechende Formen des Gewerkschaftshandelns gegenüber

den Arbeitgebern und ihren Verbänden ist nach 1945 in der BRD unter dem Stichwort "Versachlichung" geführt worden - ein ebenso geläufiger und umstrittener Begriff wie "Sozialpartnerschaft".

Die Arbeitsniederlegung wird seit den Anfängen der Gewerkschaften als das spezifische Mittel der Arbeitnehmer gewertet, ihren Forderungen nach Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen oder ihrem Widerstand gegen eine Verschlechterung dieser Bedingungen Nachdruck zu geben. Die westdeutschen Gewerkschaften reklamieren heute für sich ein verfassungsmäßig verbrieftes Streikrecht, das für ihre Freiheit ebenso konstitutiv ist wie Koalitionsrecht und Tarifautonomie. Kontrovers hingegen beurteilen sie, wie sich weiter oben gezeigt hat, ihr Recht auf politischen Streik. BSE, DAG und IGM gründen ihr Selbstverständnis auf das Bestehen eines Interessengegensatzes zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, wenn sie auch die Qualität dieses Gegensatzes und seine Ursachen gegensätzlich bestimmen. Aus dem Vorhandensein dieses Gegensatzes ergibt sich für sie die Notwendigkeit einer besonderen organisatorischen Vertretung der Arbeitnehmerinteressen. Darin ist die Annahme enthalten, daß die Arbeitgeber und ihre Verbände nur dank gewerkschaftlichem Druck zu Zugeständnissen bereit sind, daß also erst infolge gewerkschaftlicher Steuerung des Arbeitskraftangebots das materielle und soziale Elend einzelner Lohnarbeiter gemildert beziehungsweise überwunden werden konnte. Insofern können gewerkschaftliche Erfolge nur gegen den Widerstand der Unternehmer, auch unter den Bedingungen einer prosperierenden Wirtschaft und bei stetigem Wachstum des Sozialprodukts, realisiert werden; das Gewerkschaftshandeln ist "Kampf" geblieben:

"Dem Arbeiter und Angestellten einen möglichst gerechten - und das kann nur heißen: einen möglichst hohen - Anteil am Ertrag der Wirtschaft, also auch am Ertrag seiner eigenen Arbeit, zu sichern, ist die Hauptaufgabe gewerkschaftlicher Tarifpolitik. Denn dieser Anteil - das beweist die Erfahrung - wird nie freiwillig gegeben. Schöne Worte, wie das von dem einen Boot, in dem ja angeblich alle sitzen, können darüber

nicht hinwegtäuschen" 213).

Auch die BSE und DAG haben, wenn auch seltener, dieses "Kampf"-Moment betont. Nach Ansicht der BSE ist es eine

"ganz natürliche Tatsache, daß in den Auseinandersetzungen, in die wir als Gewerkschaften verflochten sind, wir in den meisten Fällen nicht die Seite sind, die etwas zu geben oder zu gewähren hat, sondern daß wir als die Vertreter der Arbeitnehmer die Fordernden und die arbeitenden Menschen, die wir zu vertreten haben, die Nehmenden sind...Wir haben...die Aufgabe, diese Bedingungen und Möglichkeiten, die sich uns bieten, selber im positiven Sinne mit zu beeinflussen und zu gestalten...Wir haben die Aufgabe, so viel Lohnerhöhungen zu fordern und anzustreben, wie der Unternehmer und die Wirt - schaft bezahlen können" 214).

Ähnliche Erfahrungen hat auch die DAG gemacht:

"Der soziale Fortschritt fällt uns nicht als reife Frucht in den Schoß. Um Freiheit und Gleichberechtigung muß gekämpft werden. Das gilt heute ebenso und wird, wenn nicht Zeichen und Wunder geschehen, auch in Zukunft gelten. Ich bin überzeugt, daß wir auch künftig unser Schicksal selbst schmieden müssen...Erst wenn wir bereit und in der Lage sind, gegebenenfalls dort in einen Kampf einzutreten, wo dieser Kampf berechtigt ist und uns keine andere Wahl der Auseinandersetzung übrig bleibt, können wir mit vollem Recht in Anspruch nehmen, eine Gewerkschaft zu sein" 215).

Zwar ist im Selbstverständnis von BSE und DAG das gewerkschaftliche Aktionsfeld auf das Vorfeld des unternehmerischen Entscheidungsprozesses durch ihre Bereitschaft zur Orientierung ihrer Forderungen an der ökonomischen "Leistungsfähigkeit" limitiert, doch sehen auch sie ihr Handeln als den Versuch an, stets aufs Neue den Widerstand der an Kostensenkung interessierten Unternehmer zu brechen. Sie sehen das "freie Unternehmertum" und seine Rentabilitäts- und Profitinteressen als Bedingung modernen Wirtschaftens an, negieren jedoch die Möglichkeit einer automatischen Abstimmung der Interessenlagen beider "Sozialpartner" unter Ausschaltung der Gewerkschaften. Eine solche Automatik scheitert am Gegensatz von Lohn- und Gewinnmaximierungs-

213) H.Mayr, Prot.IGM 1965, 105; vgl. auch O.Brenner, Prot. DGB 1954, 105; ders., Prot.DGB 1959, 287; ders., Kein Fortschritt ohne Gewerkschaften, 20 u.24; ders., Gewerkschaftliche Dynamik, a.a.O., 15, 23 u. 157.

214) G.Leber, Prot.BSE 1960, 226.

215) F.Rettig, TL.DAG 1951, 64; vgl. auch R.Spaethen, ebenda, 160.

motiven. Was der "gerechte Lohn" sei, ohne daß die "freie Unternehmerinitiative" gelähmt wird, muß von Fall zu Fall zwischen den Tarifkontrahenten entschieden werden, weil sich die wirtschaftlichen Orientierungsdaten (Produktivitätsfortschritt, Preisentwicklung, Ertragslage usw.) ständig verändern. Über - einstimmend mit der IGM deuten BSE und DAG die tarifpolitische Auseinandersetzung mit den Unternehmern als "Kampf" widerstreitender Interessen mit dem Ziel nachträglicher und maximaler Beteiligung der Arbeitnehmer am von den beiden Produktionsfaktoren "Arbeit" und "Kapital" geschaffenen Ertragszuwachs. In welchem Maße Gewerkschaften zu diesem "Kampf" fähig sind, hängt für sie von ihrer inneren Verfassung ab. "Kampf" ist nicht nur Konfrontation und Auseinandersetzung mit Unternehmern, sondern auch, nach innen, ein Zustand manifester Solidarität und erhöhter Aktivität der Gewerkschaft. Der Hinweis auf den "Kampf"-Charakter sozialer Auseinandersetzungen soll offenbar die Aktivität und Geschlossenheit der eigenen Mitgliedschaft erhöhen. Solche Appelle von Gewerkschaftsvorständen an die Mitglieder spiegeln die einheitliche Erfahrung wider, daß auch beim heutigen Stand industrieller Beziehungen gewerkschaftliche Erfolge nur durch kollektive Anstrengung und Solidarität möglich sind.

Ein weiteres und für den Ausgang von Tarifkonflikten entscheidendes Moment ist für alle drei Gewerkschaften das Macht- oder Kräfteverhältnis beider Beteiligten, gleichviel, ob sie diese Auseinandersetzung als "freies Spiel der Kräfte" von sozial Gleichrangigen oder als Kampf sozial und ökonomisch Abhängiger gegen eine Übermacht des "Kapitals" betrachten.

"Es ist überhaupt nicht zu bestreiten, daß - wie man sich auch immer verhält - Kraft und Macht, über die eine Gewerkschaft verfügt, eine wichtige Rolle am Verhandlungstisch spielen. Wer das in Abrede stellt, der verkennt das Kräftespiel, das sich in einer freien Wirtschaft vollzieht" (216).

"Stiller Teilhaber bei allen Gesprächen zwischen gleichberechtigten Partnern ist das organisatorische und ökonomische Kräfteverhältnis der beteiligten Gruppen" (217).

216) G.Leber, Prot.BSE 1963, 233.

217) DAG, Tüb.1963-67, 10.

"Die Erfahrungen der Vergangenheit beweisen, daß nicht Arbeitsgemeinschaftspolitik, wie Gespräche am runden Tisch, Versachlichung der Lohnpolitik, den berechtigten Forderungen, wie sie sich aus dem gewerkschaftlichen Aktionsprogramm ergeben, gerecht werden, sondern daß in unserer heutigen Gesellschaftsordnung bei den Auseinandersetzungen auf sozialpolitischer Ebene die jeweiligen Kräfteverhältnisse der Parteien (Arbeitgeber/Arbeitnehmer) entscheidend am Ergebnis waren" (218).

BSE und DAG messen den gesellschaftlichen Machtverhältnissen in ihrem Gesellschaftsbild zwar kaum Bedeutung bei, doch verlaufen auch für sie Tarifauseinandersetzungen nicht in einem Machtvakuum. Dieser Widerspruch löst sich nur dann, wenn man zwei Arten von Machtverhältnissen unterscheidet: das Machtverhältnis von "Arbeit" und "Kapital" im allgemeinen - es ist für BSE und DAG in der BRD paritätisch und daher neutral - und das Verhältnis der "bargaining power", also der Verhandlungsstärke beider Seiten in einem bestimmten Zeitpunkt. Das erste Machtverhältnis ist eine Funktion des sozioökonomischen Status von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, das zweite eine Funktion des Organisationsgrades, der inneren Geschlossenheit und der Höhe der finanziellen Rücklagen einer Gewerkschaft. Nur für die IGM sind beide Machtverhältnisse relevant. Sie geht so weit, das Moment der Machtrelation beider Beteiligten als "entscheidend" anzusehen. Damit mißt sie der Chance, durch Argumente die gegnerische Haltung zu beeinflussen, eine allenfalls untergeordnete Bedeutung zu. In dem Slogan "Lohnfragen sind Machtfragen" ist diese Einstellung formelhaft zusammengefaßt. Die soziale Auseinandersetzung hat für die IGM noch heute quasi naturwüchsigen Charakter, weil sie nicht einem Prozeß gemeinsamer und rationaler Lösung von "Sachproblemen" gleicht, sondern einem Kräftemessen, an dessen Ende der Stärkere siegt. In ihr reproduziert sich für die IGM die Irrationalität der kapitalistischen Gesellschaft. Ihr eigenes Bild der sozialen Auseinandersetzung ist, weil es sowohl die gesellschaftliche Macht der Arbeitnehmer als auch die "bargaining power" der Gewerkschaften einbezieht, ungleich

218) Angenommener Antrag, Prot.IGM 1960, 420; vgl. auch O. Brenner, Prot.DGB 1952, 176.

komplizierter als das der BSE und DAG. Die gemeinsame Erfahrung dieser Gewerkschaften, daß ihr Handeln auch "Kampf" und in seinen Erfolgsaussichten von Machtfaktoren abhängig ist, kann die Widersprüchlichkeit ihres Selbstverständnisses nicht verdecken. Das betrifft, wie sich im folgenden detailliert erweist, sowohl ihre geschichtliche Deutung industrieller Konflikte als auch ihre jeweiligen gewerkschaftspolitischen Intentionen.

Ob "Sozialpartnerschaft" ein praktikables gewerkschaftliches Verhaltensmuster liefert, ist, so hat sich weiter oben gezeigt, für das gewerkschaftliche Selbstverständnis durch die Annahme eines Bestehens oder Nichtbestehens eines Machtgleichgewichts vorentschieden. Die Annahme eines langfristigen strukturellen Machtgleichgewichts von "Arbeit" und "Kapital" lenkt die Wahl erfolversprechender Verhaltensweisen in Richtung auf die Verhaltensmaximen der "Sozialpartnerschaft". Umgekehrt motiviert die Annahme eines langfristigen strukturellen Machtungleichgewichts von "Arbeit" und "Kapital" dazu, dieses Ungleichgewicht abzuschwächen oder gar zu beseitigen, um so die Voraussetzung für ihre Chancengleichheit überhaupt erst zu schaffen. Die Verteilung sozialer und ökonomischer Macht steht mithin in Zusammenhang mit der Alternative von Arbeitskampf und Zusammenarbeit als den beiden Grundformen gewerkschaftlichen Verhaltens.

In ihrem Gesellschaftsbild nimmt die IGM ein Ungleichgewicht, nehmen BSE und DAG ein Gleichgewicht in der Verteilung der gesellschaftlichen und politischen Macht zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern an ²¹⁹⁾. Die spezifische Machtrelation der Tarifkontrahenten ist im Bewußtsein der IGM nicht so konstant wie die gesamtgesellschaftliche von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Zwar hätten die Unternehmer "eine stärkere Stellung in der Wirtschaft" als die Arbeitnehmer inne ²²⁰⁾, und die Gewerkschaften säßen "nicht an den Hebeln der Wirtschaftspolitik" und seien ohne Einfluß auf die zentralen Unternehmensentscheidungen ²²¹⁾; doch verharret die IGM nicht bei diesem Eingeständnis

219) Vgl. dazu weiter oben 186 ff.

220) O.Brenner, Gewerkschaftliche Dynamik, a.a.O., 13.

221) Ders., ebenda, 23.

gewerkschaftlicher Schwäche. Es sei erwiesen,

"daß unter den Gesetzen des freien Marktes die Unternehmer nun einmal am längeren Hebel sitzen. Wer aber daraus schließt, daß der Kampf der Gewerkschaften um eine bessere Entlohnung und eine gerechtere Gesellschaftsordnung nutzlos sei, verkennt die großen Möglichkeiten und Kräfte der organisierten Arbeitnehmer" 222).

Herrscht Arbeitsfrieden, so ist die Macht zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, selbst bei Bestehen freier Gewerkschaften, nicht paritätisch verteilt. Selbst angesichts der Tatsache, daß Millionen westdeutscher Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert sind, ist die heutige Lage der Gewerkschaften in diesem Fall nicht von ihrer historischen Ausgangssituation verschieden. Erst im Streikfall wird ein Machtgleichgewicht zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern hergestellt. Die Ausspernung hingegen verstärkt die Unternehmervormacht und entzieht dem Arbeitnehmer die Existenzgrundlage ²²³⁾. Durch den Metallarbeiterstreik, der 1957 in Schleswig-Holstein stattfand, sah die IGM ihre These bestätigt,

"daß die Waffe des Streiks für die Arbeitnehmer das wichtigste Mittel ist, um die Überlegenheit der Unternehmervormacht einzuschränken" 224).

Denn die Arbeitnehmer könnten, weil ihre Arbeitskraft

"einzige Grundlage ihrer Existenz" sei, "in einem Konflikt mit den Arbeitgebern ihren Forderungen letztlich auch nur durch die zeitweise Verweigerung dieser Arbeitskraft Geltung verschaffen...Der Streik ist für die Gewerkschaften das letzte, aber auch unentbehrlichste Mittel, um Forderungen der arbeitenden Menschen durchzusetzen" 225).

Hier kann nicht die Frage diskutiert werden, warum, wie die geringe Streikhäufigkeit in der BRD beweist, die westdeutschen Gewerkschaften, einschließlich der IGM, einen äußerst vorsichtigen Gebrauch von dieser "wichtigsten" Waffe der Arbeitnehmer gemacht haben. Für die IGM stellen bereits das Recht der Arbeitnehmer auf Streik und die Androhung, es zu gebrauchen, Mittel

222) O.Brenner, Metall, Nr.4 (1961), 2.

223) Vgl. IGM, Gb.1962-64, 4; O.Brenner, Prot.IGM 1962, 231; ders., Gewerkschaftliche Dynamik, a.a.O., 13 u.166 f.; A.Wöhrle, Prot.IGM 1965, 16 f.

224) O.Brenner, Prot.IGM 1960, 219.

225) Ders., Gewerkschaftliche Dynamik, a.a.O., 13; vgl. auch ders., Prot.IGM 1958, 198.

zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten dar. Darin sieht sie die konkrete Bedeutung des Streikrechts in der deutschen Nachkriegsgeschichte²²⁶⁾. Eine allgemeine Präferenz gegenüber anderen Mitteln gewerkschaftlicher Interessenvertretung erkennt die IGM dem Streik nicht zu. Entsprechend ihrer Grundvorstellung sozialen Wandels als kontinuierlich-evolutionärem "sozialen Fortschritt" bestimmt sie den Streik als ein

"legitimes Mittel der Gewerkschaften in der Auseinandersetzung mit ihren Gegenspielern, wenn keine andere Möglichkeit mehr bleibt". Vor seiner Anwendung sollen "alle Mittel der friedlichen Verständigung ausgeschöpft werden" (227).

Zum Streik können Gewerkschaften durch den Verlauf von Tarifkonflikten gezwungen werden²²⁸⁾. Streiks oder gar Generalstreiks sind nicht selbst Ziel der Gewerkschaftspolitik, obwohl erst aus der Verweigerung der Arbeitskraft Machtgleichgewicht resultiert. Die Maximen, die die IGM für die Gewerkschaftspraxis unter "normalen" Bedingungen gelten lassen will, bedeuten logisch einen Verzicht auf die Realisierung der Machtparität von "Arbeit" und "Kapital". Solange die fundamentale Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft ausbleibt, sind demnach bei Tarifkonflikten Gegner miteinander konfrontiert, die in der Regel mit ungleicher Machtfülle ausgestattet sind. Nur wenn man annehmen kann, daß die Streikandrohung ausreicht, um ein solches Machtgleichgewicht, das an sich erst durch die Arbeitsniederlegung herbeigeführt wird, vorwegzunehmen, läßt sich dieser Schluß umgehen.

Die Vorstellung, Auseinandersetzungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden würden nach dem Muster eines "freien Spiels der Kräfte" ablaufen, impliziert die Existenz eines prinzipiellen - wenn auch labilen - Machtgleichgewichts beider Seiten. Nur unter dem Aspekt der Einkommens- und Vermögensverteilung, nicht schlechthin der

226) O.Brenner, Prot.IGM 1965, 222 f.

227) IGM, Gb.1962-64, 6; vgl. auch O.Brenner, Kein Fortschritt ohne Gewerkschaften, 12; ders., Prot.IGM 1962, 231.

228) Vgl. O.Brenner, Gewerkschaftliche Dynamik, 160.

Eigentumsstruktur, besteht für die BSE und DAG noch eine Benachteiligung der Arbeitnehmer fort, die aber für die Austragung der Interessengegensätze der "Sozialpartner" ohne Belang ist. Sozial emanzipiert, besitzen die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften prinzipiell die gleichen Erfolgsaussichten wie die Gegenseite. Gewerkschafts- und Arbeitgebervertreter treten im "freien Spiel der Kräfte" einander gegenüber und können, je nach eigener "bargaining power", am Ende Erfolg oder Mißerfolg für sich verbuchen. - Plausibel ist diese Interpretation der tariflichen Auseinandersetzungen aber nur dann, wenn außer sozialstrukturellen auch bestimmte Annahmen über die Wirtschaftsentwicklung gemacht werden. D.h., wenn man annimmt, daß sich solche Auseinandersetzungen in einer stetig expandierenden Wirtschaft, bei stetigem Wachstum des Sozialprodukts und bei Vollbeschäftigung - als Bedingung für die gewerkschaftliche Verhandlungsstärke - vollziehen. Nur dann können die Unternehmer den Arbeitnehmern bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zugestehen, nur dann kann die gewerkschaftliche Kontrolle des Arbeitskraftangebots funktionieren. Daß zur Funktionsfähigkeit dieses Modells auch die gewerkschaftliche Bereitschaft notwendig ist, die Institution des Privateigentums an Produktionsmitteln anzuerkennen und Lohnforderungen am Produktivitätszuwachs zu orientieren, versteht sich von selbst.

Dieses Modell ist Grundlage des Konzepts der "Versachlichung", das die BSE und DAG vertreten und in ihre Strategie der "Zusammenarbeit" einbezogen haben. Der Streik soll nicht nur als ultima ratio angesehen, sondern durch ein neues Verfahren des Interessenausgleichs überflüssig werden. Die BSE erwartet, mit dem Abbau der "Gegnerschaft" zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern und mit der Verwirklichung ihrer "Zusammenarbeit" werde wahrscheinlich

"das Mittel des Arbeitskampfes seltener zur Anwendung kommen ...Arbeitskämpfe werden entstehen und geführt werden, wenn es sich um unüberbrückbare Situationen handelt und eine andere Verständigung nicht mehr möglich ist, aber dann werden sie als letztes Mittel eingesetzt werden, um einem von der Sache her bestimmten gerechtfertigten Anliegen zum Durchbruch zu verhelfen...Versachlichung ist also nicht Verzicht und

Leisetreterei, sondern sogar wenn nötig Radikalität in der Behauptung und Verfolgung von der Sache her gegebenen gerechtfertigten Interessen und Ansprüche" 229).

Streik erscheint hier als ein Relikt kapitalistischer Vergangenheit und als eine Art "Betriebsunfall". Bei "sachgerechtem" Verhalten der Beteiligten läßt sich eine Zuspitzung der Tarifauseinandersetzung zum Arbeitskampf vermeiden. Der Verzicht auf die Anwendung von Streik oder Aussperrung, auf Druck- und Zwangsmittel ist objektiv möglich geworden. An die Stelle des Arbeitskampfes, der zu Produktionsausfall und schließlich zur Minderung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der ganzen Volkswirtschaft führen könnte, tritt die Verhandlung zwischen den "Sozialpartnern".

"Über die Einkommensverteilung wird aber in unserer Wirtschafts- und Sozialordnung in erster Linie an den Verhandlungstischen der Tarifkontrahenten entschieden" 230).

Ein Beweis für die Richtigkeit solcher Praxis ist für die BSE, daß sie in der Bauwirtschaft Arbeitnehmern und Bauunternehmern Vorteile gebracht habe 231). Und es sei eine

"Tatsache, daß alle Fortschritte und gewerkschaftlichen Erfolge in der Bauwirtschaft im letzten Jahrzehnt ohne kämpferische Mitwirkung der Arbeitnehmer von der Gewerkschaft am Verhandlungstisch erzielt worden sind. Alles, was wir gewonnen haben, haben wir kampflos gewonnen" 232).

Um den Widerstand der Arbeitgeber zu brechen und mit ihnen eine Verständigung zu erzielen, bedurfte es nicht mehr der Mobilisierung der organisierten und unorganisierten Arbeitnehmer und ihres solidarischen Handelns. Die soziale Auseinandersetzung wird von Baustelle und Betrieb zum Verhandlungstisch, vom Ausgangspunkt der Unzufriedenheit mit Lohn, Arbeitszeit und Sozialleistungen in einen gleichsam "neutralen" Ort verlagert. Vernünftig und friedlich, frei von Emotionen und als freies Spiel der Argumente kann dort ein Konsensus zustandekommen. Die "Zusammenarbeit" der "Sozialpartner", auf die die BSE immer wieder lobend hingewiesen hat 233), verwirklicht sich als

229) G.Leber, Prot.BSE 1963, 260 f.

230) BSE, Gb.1963-65, 22.

231) G.Leber, Prot.BSE 1963, 258.

232) Ders., Prot.BSE 1960, 252.

233) Vgl. u.a. G.Leber, Prot.BSE 1955, 421.

ein "freies Spiel der Kräfte" ²³⁴⁾ im Grunde jenseits des Betriebs- und Arbeitsalltags der Lohnabhängigen. Sie dürfen gewiß sein, daß ihre gewerkschaftliche Interessenvertretung für sie die günstigsten Tarifabschlüsse durchsetzt - ohne Kampf und ohne ihreigenes, unmittelbares Engagement. Die gewerkschaftlichen Unterhändler ihrerseits sind sich dessen bewußt, daß ihre Tarifabschlüsse die "Leistungsfähigkeit" der Betriebe nicht beeinträchtigen werden, sondern, im Gegenteil, zu innerer Stabilität und wirtschaftlichem Wachstum der Unternehmen beitragen.

Der Übergang vom Arbeitskampf zur "Zusammenarbeit" ist auch das Ziel der DAG ²³⁵⁾. Sie hat allerdings nicht, im Unterschied zur BSE, ihr eigenes Verhalten als musterhaft für eine "zeitgemäße" Gewerkschaftspolitik hingestellt. Dazu erschien ihr die Distanz zu den Industriegewerkschaften zu groß und die Hervorhebung der eigenen Besonderheit und die der Angestellten wichtiger als die der Gemeinsamkeiten. Eine wesentliche Bedingung für den Übergang zur "Zusammenarbeit" mit den Unternehmen bildet im Selbstverständnis der DAG und BSE die "Versachlichung" der Auseinandersetzung. Auch hier spielt die BSE die Rolle des Wortführers der Reform, während sich die DAG auf die Rezeption der neuen Parolen beschränkt. "Versachlichung" meint die Objektivierung der in der Tarifpolitik verwendeten Argumente und, allgemeiner, die Rationalisierung der Tarifkonflikte. Um zu einer "Zusammenarbeit" zu gelangen, sollen die Beziehungen der "Sozialpartner" "versachlicht" werden ²³⁶⁾. Mit "Versachlichung" ist der Anspruch verknüpft, zum Zweck einer "geordneten, sachlichen Arbeit" eine "neue Form zu finden und den alten Stil und das alte Verhältnis durch etwas Zeitgemäßeres zu ersetzen" ²³⁷⁾. Daß ein "mehr versachlichtes Verhältnis" der unmittelbar Beteiligten auch gesellschaftliche Auswirkungen haben soll, ist an der Suche nach "neuen Formen" ablesbar,

234) Vgl. G.Leber, Prot.BSE 1963, 233 f.; vgl. auch ders., Prot.BSE 1960, 224 f.; ders., Prot.BSE 1966, 315.

235) Vgl. DAG, Staat, Wirtschaft, Gewerkschaft, 16.

236) BSE, Unser Weg, Nr.2 (1964), 3.

237) G.Leber, Prot.BSE 1963, 258 f.

"die es möglich machen, die Gräben, die dieses Volk durchziehen, zu überwinden" ²³⁸⁾. Über eine Entschärfung der Tarifaus-einandersetzungen hinaus soll "Versachlichung" auch der Harmonisierung gesellschaftlicher Gegensätze dienen, deren Vorhandensein doch andererseits bestritten wird. "Versachlichung" und "Entideologisierung" sind für die BSE und DAG gleichbedeutend. Von "Ideologien" entlastet, orientiert sich das Verhalten der "Sozialpartner" an Sachgegebenheiten, werden für den Ausgang von Tarifverhandlungen mehr und mehr die "wirtschaftlichen Daten" wesentlich ²³⁹⁾. An Hand von Sachkriterien, wie sie die Wirtschaftsstatistiken bereitstellen, kann die Berechtigung gewerkschaftlicher Forderungen jeweils überprüft und können Kompromißformeln entwickelt werden. Ihr Auffinden ist dem Sachverstand "unideologischer" Experten überlassen, die die legitimen Einzelinteressen der beteiligten Parteien und ihre volkswirtschaftliche Verantwortung miteinander kombinieren. Die einzige nicht objektivierbare Variable im Kalkül der Beteiligten ist ihre eigene Verhandlungsstärke. Aber die geforderte Fairness verbietet es dem jeweils Stärkeren, seine Überlegenheit über Gebühr auszunutzen. Am Ende dieses Prozesses der "Versachlichung" verwandelt sich das "Gegeneinander" von "Kapital" und "Arbeit" in ein "Miteinander" - in eine dauerhafte "Gemeinschaft".

Diese Strategie scheint der IGM sowohl gefährlich, weil sie die Vertretung der Arbeitnehmerinteressen erschwert, als auch mit den bestehenden Machtverhältnissen nicht in Einklang zu sein. Sie hat daher die Parole der "Versachlichung" abgelehnt. Die äußere Form sozialer Auseinandersetzungen ist zwar an sich variabel, doch kann sich der Tarifkonflikt so verschärfen, daß den Gewerkschaften keine Wahl ihrer Mittel möglich ist. Daher lehnt die IGM die Verallgemeinerung des Weges "friedlicher Verständigung" zu einem neuen Prinzip industrieller Beziehungen ab. Sie wendet sich gegen die Ansicht,

238) G. Leber, Prot.BSE 1963, 261.

239) Vgl. R.Spaethen, in: E.W.Mänken u.H.Mundorf, Gespräch mit R.Spaethen, 29.

"daß man trotz aller sachlichen Gegensätze die entscheidenden Probleme gemeinsam lösen muß und nur im Geist der Toleranz und gegenseitigen Achtung lösen kann. Man möchte uns zu-
reden, daß wir an Stelle einer energischen Interessenpolitik für die arbeitenden Menschen eine Politik der Anständigkeit setzen...Wir leben leider immer noch in einer Gesellschaft, in der das politische Handeln nicht von moralischen Werten bestimmt ist, sondern von den sozialen Gegensätzen, vor allem zwischen der großen Masse der Arbeitnehmer und einer kleinen Anzahl machtvoller Interessengruppen, die das Wirtschaftsleben beherrschen". Die Erfahrung habe gezeigt, daß "der sogenannte Anstand immer geopfert wurde, wenn die Interessen der herrschenden Kreise auf dem Spiele standen" 240).

So sehr eine Politik der "Zusammenarbeit" mit den Unternehmern angesichts der objektiven gesellschaftlichen Antagonismen zum Scheitern verurteilt ist und nur vorübergehend das Primat der Unternehmermacht und -interessen verschleiert - ernstzunehmen ist sie dennoch. In dem Bemühen um eine "Versachlichung" der Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebervertretern erkennt die IGM die Absicht,

"den Kampf der Gewerkschaften um die Verbesserung der Lage der Arbeitnehmer auf die neutrale Ebene der volkswirtschaftlichen Quotenzuteilung zu schieben...Mit politischer Sterilität und sog. versachlichter Lohn-, Gehalts- und Arbeitszeitpolitik auf der Basis der jetzigen Verteilung des Sozialprodukts würde die Gewerkschaftsbewegung nicht nur ihre Kampfkraft einbüßen, sondern auch zu einem Ordnungsfaktor staatsrechtlichen Charakters degradiert werden. Sie wäre unfähig, die Initiative für eine Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft zu ergreifen" 241).

Die IGM begreift das Konzept der "Versachlichung" so, wie es von seinen Begründern gemeint ist: als ein Versuch, die gewerkschaftlichen Forderungen, statt an den empirischen Interessen der Arbeitnehmer, an "objektiven" Wirtschaftsdaten zu orientieren und im Rahmen der Gewinnerwartungen der Unternehmer und der bestehenden Einkommens- und Eigentumsverteilung zu halten. Das aber steht, der IGM zufolge, in Gegensatz zu den Umverteilungsinteressen der Arbeitnehmerschaft und zum Charakter der Gewerkschaften als einer "sozialen Bewegung". Ein Beweis für die Richtigkeit dieser Kritik der "Versachlichung" sei die Erfahrung,

240) C.Brenner, Prot.DGB 1959, 287; vgl. auch F.Strothmann, Prot.DGB 1962, 179.

241) C.Brenner, Prot.IGM 1958, 71; vgl. auch F.Strothmann, Prot.IGM 1956, 81.

daß tarifpolitische Erfolge der Gewerkschaften nicht durch Arbeitsgemeinschaftspolitik" zustandegekommen seien ²⁴²⁾. Wissenschaftlichen Daten fällt für die IGM nicht die Rolle eines unparteiischen Mittlers zu, weil die Allgegenwart des Interessengegensatzes beider Seiten Überparteilichkeit von vornherein ausschließt.

"In welchem Umfange Lohn- und Gehaltserhöhungen vertretbar oder erforderlich sind, ist keine Frage wissenschaftlicher Feststellung. In der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit gibt es keine neutrale Entscheidung, jede Stellungnahme ist Parteinahme" ²⁴³⁾.

Tarifauseinandersetzungen haben für die IGM ihren ursprünglichen Charakter behalten. Auch wenn es nicht zum Arbeitskampf kommt, bei dem der Interessenkonflikt manifeste Formen annimmt und alle Betroffenen einander frontal und sichtbar gegenüberstehen, symbolisieren die Unterhändler der Gewerkschaften und Unternehmer zwei verschiedene soziale Lager und konträre Interessenlagen.

Im Selbstverständnis der IGM setzen sich die Strukturzusammenhänge der westdeutschen Gesellschaft in den Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden fort. Die Tatsache zentralisierter und geregelter lohn- und sozialpolitischer Auseinandersetzung hat das Grundverhältnis des einzelnen Arbeiters oder Angestellten zu seinem Arbeitgeber objektiv nicht berührt. Wohl aber können Gewerkschaftsapparate, je weiter entfernt von den Betrieben sie operieren, den als "wahr" erkannten Arbeitnehmerinteressen entfremdet werden. Übernehmen Gewerkschaftsleitungen die "Versachlichungs"-Vorstellungen der Arbeitgeberverbände, so geraten sie in Gefahr, "auf Kosten der Arbeitnehmer reibungslos mit den Unternehmern" zusammenzuarbeiten. "Wir sollen mit der Interessenvertretung der Arbeitnehmer aufhören und uns widerspruchsfrei in eine Gesellschaft einfügen, in der die Unternehmer den Ton angeben" ²⁴⁴⁾. Die IGM verurteilt als Mittel einer antigewerkschaftlichen und arbeit-

242) Angenommener Antrag, Prot.IGM 1960, 420.

243) EntschlieÙung, Prot.IGM 1962, 653.

244) O.Brenner, Kein Fortschritt ohne Gewerkschaften, 12 f.

nehmerfeindlichen Unternehmerpolitik, was BSE und DAG als Er-rungenschaft der "freien Gesellschaft" preisen. Was für die einen auf eine Entfremdung des Gewerkschaftsapparates seiner Legitimationsbasis gegenüber und auf eine Entmachtung der Arbeitnehmervvertretungen auf gleichsam "kaltem" Weg zielt, ist für die anderen nicht ein Rückschritt, sondern eröffnet die Aussicht auf eine sozial befriedete Gesellschaft.

3. Pragmatisches und theoretisch fundiertes Gewerkschaftshandeln

Auf der Suche nach einem den heutigen Bedingungen entsprechenden gewerkschaftspolitischen Konzept haben sich Gewerkschaften auch mit der Bedeutung auseinanderzusetzen, die "Theorien" für die Gewerkschaftspraxis besitzen - oder nicht besitzen ²⁴⁵⁾. Das vornehmlich von der BSE vertretene Konzept des "neuen Stils" läßt sich erst dann hinreichend verstehen, wenn man die darin enthaltene, offene oder versteckte, Kritik am "Dogmatismus" einer bestimmten Gewerkschaftstradition und die damit verbundene Aufforderung zur "Entideologisierung" beachtet. Selbstredend sind solche Bemühungen von dem Wunsch nach der Pflege des eigenen "Image" in der öffentlichen Meinung begleitet. Im Zentrum der dadurch veranlaßten innergewerkschaftlichen Polemik stand das Stichwort der "Ideologie" und nicht etwa der "Theorie". Weil der Meinungsstreit überwiegend mit Schlagworten geführt wurde, kam der schillernde Charakter von "Ideologie" zu voller Wirksamkeit. Die Aufschlüsselung von Äußerungen der BSE, DAG und IGM zur Frage nach der Qualität ihres Bewußtseins und seinem Verhältnis zur Praxis fördert keine eigentlich neuen Elemente - neu in bezug auf die außergewerkschaftliche Diskussion - zutage, ist aber der Vollständigkeit halber in diesem Zusammenhang relevant. Zudem manifestiert sich in dieser Polemik die Antinomie von Autonomie- und Partnerschaftsprinzip.

Zwei verschiedene Positionen stehen einander gegenüber. Die

245) Vgl. weiter oben Kapitel I.

erste verwirft jegliche eigene gewerkschaftliche Theorienbildung als "ideologischen Ballast" erfolgsorientierter Praxis und bestreitet, "Ideologien" überhaupt verhaftet zu sein. Die zweite Position argumentiert, ausgehend von der Ideologiehaf-tigkeit jeden sozialen Bewußtseins, zugunsten der Notwendig-keit innergewerkschaftlicher theoretischer Reflexion und theo-rieeleiteter Praxis. Die erste Position nimmt in der Kritik der zweiten Position Gestalt an. Als Urteilskriterium fungiert dabei die Realität, an der gemessen sich die zweite Position als realitätsfern, ja als vorurteilsvoll erweist:

"Wir haben...nicht die Absicht, uns mit theoretischen For-meln und dogmatischen Schlagworten, wie sie von allen mög-lichen Seiten ins Feld geführt werden, wenn es um sehr sach-lich-müchterne Dinge der Wirtschaftsgestaltung geht, in eine Diskussion einzuschalten" 246).

Die BSE versteht sich als Gewerkschaft "modernen", und das heißt in diesem Zusammenhang: pragmatischen Typs. Ihre Ideo-logiefreiheit dokumentiert sich für sie zum Beispiel darin, daß ihre Einstellung zum Privateigentum "nicht mit Ideologien belastet" sei und "auf ganz realen und praktischen Erwägungen" beruhe 247). Daß sie in ihrer Bejahung des freiheitsstiftenden Privateigentums und seiner Unantastbarkeit recht hat, steht für die BSE von vornherein fest. Um die mit dem Anspruch der Ideologiefreiheit und Praxisnähe etikettierten eigenen Einstel-lungen legt sich der schützende Mantel der Unangreifbarkeit. Einen Sinn haben die eigenen Einstellungen nur in bezug auf ihre praktische Verwertbarkeit. Sie sind letztlich durch die handfest-unmittelbaren Interessen der Arbeitnehmer vermittelt, die gewerkschaftlich vertreten werden sollen.

"Wir haben zuerst an die Interessen der Bauarbeiter zu den-ken und nicht an Prinzipien zu kleben, wenn sie uns nichts nützen" 248).

Aus den Äußerungen der BSE lassen sich drei Thesen entnehmen: Erstens behauptet sie, daß die Formulierung eigener Urteile über gesellschaftliche Prozesse nicht zu den Aufgaben von Ge-werkschaften zählt. Zweitens gefährdet oder zerstört eine per-

246) G. Leber, Prot.BSE 1957, 466.

247) Ders., ebenda, 489.

248) Ders., Prot.BSE 1963, 54.

manente Selbstverständigung über gesellschaftliche Strukturzusammenhänge und gewerkschaftliche Grundfragen die Einheit von Gewerkschaftskonzeption und -handeln, weil sie zu "Konzeptionssucherei" und zur Auflösung der nun einmal beschlossenen, "erprobten und bewährten" gewerkschaftspolitischen Generallinie führt ²⁴⁹⁾. Insofern ist "Theorie" zugleich unnütz und destruktiv. Die Kritik der BSE am "Dogmatismus", ihre Abrechnung mit, wie sie meint, veralteten Einstellungen zu Gesellschaft, Staat und Unternehmertum ist weithin eine Kritik der Diskrepanz zwischen den Reformbestrebungen des Münchener DGB-Programms von 1949 und ihrer Realisierung. Ihre Politik der "Bereitschaft zu positiver Mitarbeit in allen Bereichen menschlichen Lebens" ²⁵⁰⁾ will die BSE auf eine "realistische" Programmatik stützen, die, frei von "Dogmen", der gewandelten Umwelt gemäß ist.

"Auf die Probleme der sich wandelnden Welt müssen wir unsere eigenen gewerkschaftlichen Antworten finden. Das ist nicht einfach, denn wir stehen tief verwurzelt in einer hundertjährigen Tradition. Aber der Stolz dieser Tradition ist es auch, daß man seine Auffassungen ändert, wenn sie nicht mehr den Tatsachen entsprechen. Wir können nur die tatsächliche, die reale Welt, so wie sie wirklich ist, verändern. Wir kämpfen nicht gegen Windmühlenflügel und Angstträume" ²⁵¹⁾.

Aber gerade dann, so ist der BSE entgegenzuhalten, wenn die Einheit von Vorstellung und Wirklichkeit, von Programm und Praxis wiederhergestellt und die Verselbständigung des eigenen Gesellschaftsbildes und Selbstverständnisses zu "Prinzipien" oder "Dogmen" vermieden werden soll, wäre das eigene Bewußtsein auf seine Gültigkeit hin zu überprüfen, und zwar unter Einfluß aller Vorstellungen über die eigene gesellschaftliche Funktion und den Charakter der bestehenden Gesellschaft. Denn sonst könnte sich gewerkschaftlicher "Realismus" allzu leicht in sein Gegenteil verkehren, könnte die Ausklammerung von Grundfragen der Gesellschaft und Gewerkschaften neuerliche Dogmenbildung ermöglichen.

Drittens stehen "Dogmen" und "Ideologien", so die BSE, der Pra-

249) Vgl. G.Leber, Prot.BSE 1955, 489.

250) Jürgen Jöns, Prot.BSE 1966, 125.

251) G.Leber, ebenda, 310; vgl. auch ders., Prot.BSE 1960, 11.

xis der "Sozialpartnerschaft" im Wege und folgt aus der Überwindung der Klassenteilung eine Konvergenz der Bewußtseinsstrukturen der "Sozialpartner". Die BSE kritisiert

"manche Äußerungen aus den Reihen der Gewerkschaften, die, überholten Vorstellungen verhaftet, unserer Zeit und den in ihr gestellten Aufgaben nicht gerecht zu werden vermögen", d.h. der Herstellung "zeitgemäßer Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern" 252).

Durch ein dogmenorientiertes Verhalten der Gewerkschaften

"gehen die natürlichen und gesunden Voraussetzungen für eine Diskussion verloren, weil die Anhänger eines Dogmas ja keine Toleranz aufbringen, die für eine Unterhaltung, für eine Auseinandersetzung ganz einfach nötig ist" 253).

Die Interessenlage von Gewerkschaften und Unternehmervertretern überschneidet sich. Das hat für ihre Bewußtseinsbildung die Konsequenz,

"daß viele Gedanken, die wir für gut halten, nicht ausschließlich Gewerkschaftsvorstellungen sind, sondern in ein undogmatisches Unternehmerdenken genauso hineinpassen" 254).

Je eher nicht nur die Interessenlagen, sondern auch die Denkvorgänge und -richtungen konvergieren, desto rascher ist auch die angestrebte Verständigung erreicht. Der Alltag der Wirtschafts-, Sozial- und Tarifpolitik wirft Fragen auf, die praktischer, nicht "grundsätzlicher" Art sind - d.h. nicht in Grundproblemen der bestehenden Gesellschaftsordnung basieren, die nur zugunsten oder zuungunsten der Arbeitnehmerbeziehungsweise Arbeitgeberinteressen entschieden werden könnten. Die Aussparung derjenigen Interessen der Arbeitnehmer, die jenseits ihrer unmittelbar-materiellen liegen und fundamentale Interessen der Produktionsmittelbesitzer tangieren (wie etwa die Mitbestimmung über Produktion, Investition, Preise), präformiert die Behauptung einer Konvergenz im Verhalten und in den Einstellungen beider "Sozialpartner". Diese begriffliche Reduktion von Gewerkschaftsarbeit auf das Praktikable, das Vorfeld zentraler Unternehmensentscheidungen nicht überschreitende "Nützliche" ist eine politische Entscheidung der BSE und nicht, wie sie vorgibt, Resultat eines Sachzwanges. Den Nachweis, daß die

252) G.Leber, Unser Weg, Nr.1 (1964), 1.

253) Ders., Prot.BSE 1960, 225.

254) Ders., Prot.BSE 1957, 467.

heutige soziale Realität von Betrieb und Büro eine Struktur aufweist, die keinerlei alternative gewerkschaftliche Interessenlage zuläßt, hat die BSE ebensowenig geführt wie den, daß mit der Konvergenz des Bewußtseins von Spitzenvertretern der "Sozialpartner" auch die Konvergenz des Bewußtseins an der gewerkschaftlichen Organisationsbasis korrespondiert.

Unter dem Anspruch der BSE auf Pragmatik kommt ein eigenartiger Praktizismus und eine generelle Ablehnung theoretischer (Selbst-) Reflexion der Gewerkschaften zum Vorschein. Man muß fragen, ob nicht, angesichts der weitverzweigten Interdependenz von Gewerkschaftsarbeit und ökonomischen und sozialen Prozessen, gerade erfolgsorientiertes Gewerkschaftshandeln eine selbstständige Bewußtseinsbildung diesen Prozessen gegenüber bedingt, weil nur dann die Effektivität des eigenen Handelns vorkalkuliert werden kann. Der Verdacht drängt sich auf, daß die Anforderung zur "Entideologisierung" weniger gegen "Ideologien" schlechthin als gegen bestimmte Einstellungs- und Denkmuster gerichtet ist. Das Gesellschaftsbild beziehungsweise Selbstverständnis der BSE ist ebenso definitiv entwickelt wie das anderer Gewerkschaften. Seiner Struktur nach trägt es weitgehend Bekenntnischarakter, wie das anderer Gewerkschaften auch. Inhaltlich besteht ihr Bewußtsein überwiegend in einem Einverständnis mit der bestehenden Realität von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Die BSE selbst wird der von ihr postulierten Abstinenz in der Äußerung allgemeiner und allgemeinverbindlicher Aussagen über Sachverhalte nicht gerecht, die nicht mehr unmittelbar erfahrbar sind und sich nur adäquat in theoretischer Form bestimmen lassen.

Ideologiefreiheit und Pragmatik hat auch die DAG für sich reklamiert. Mit ihrer Forderung nach Ideologiefreiheit gerät sie, außer durch ihre eigene Realitätsdeutung, dadurch in Widerspruch, daß sie weit mehr als die BSE Wertvorstellungen artikuliert. Die Adaption gesellschaftlich vorherrschender Ansichten, wie der These vom "Ende der Ideologien", ist auch hier unübersehbar. Der hohe Stellenwert, den Bildung und Bildungsgüter für die DAG ihrer Ansicht nach besitzen, veranlaßt sie zur Beschwö-

rung von Werten, über deren Verbindlichkeit ein allgemeiner Konsensus heute durchaus nicht mehr angenommen werden kann:

"Wir lassen uns bei der Vertretung der Interessen unserer Mitglieder von einem gesunden staats- und gesellschaftspolitischen Denken leiten" 255).

Die DAG sieht als das "Leitbild" ihrer Bildungspolitik die "abendländische Kultur" und das "abendländische Denken" 256) und als das Ziel ihrer Bildungspolitik die Vermittlung der "echten Werte" der "Gemeinschaft" an 257) - d.h. von "Geist", "Pflichtbewußtsein" und "tiefem Verantwortungsgefühl für die Gesamtheit des Volkes" 258). Die Wertbezogenheit des DAG-Bewußtseins läßt sich im einzelnen daran ermesen, wie es den sozialen Status und die soziale Rolle der Angestelltenschaft und Elite reflektiert. Im Gegensatz dazu rationalisiert die DAG ihre Politik und deren Zustandekommen zu einer ideologiefreien "Sache": Die Einheitsgewerkschaft müsse

"ihre politischen Forderungen stellen nach der objektiven Analyse der politischen Situation und nach der Interessenlage ihrer Mitglieder ohne Rücksicht auf deren eigene ideologische, parteipolitische oder konfessionelle Haltung. Sie hat daher alle ihre Forderungen auf sachliche Argumente zu stützen, nicht aber auf irgendeine vorgefaßte ideologische Grundhaltung. Daher lehnt die DAG auch jeden Versuch, die Diskussion zwischen den Sozialpartnern von einer sachlichen auf eine ideologische Basis zu schieben, ab" 259).

Als zu Beginn der fünfziger Jahre eine Diskussion über das wirtschaftliche Konzept der "Freien Marktwirtschaft" geführt wurde, kritisierte die DAG deren "Unsachlichkeit und Dogmatismus" und meinte:

"Hinzukommt, daß bei uns in Deutschland eine derartige Diskussion über reine Zweckmäßigkeitsfragen mit einem Streit um Weltanschauungen verquickt wird, der der Sache kaum dient" 260).

Klarer als die BSE sagt die DAG, daß dem gewerkschaftlichen Handeln eine Analyse der jeweiligen Situation vorgeschaltet sein soll, die eine Handhabe bietet, die Realitätsgerechtig-

255) F.Rettig, Tb.DAG 1957, 38.

256) R.Spaethen, Tb.DAG 1963, 99 f.

257) DAG, Staat, Wirtschaft, Gewerkschaft, 62.

258) F.Rettig, Prot.DAG 1948, 74.

259) DAG, Staat, Wirtschaft, Gewerkschaft, 72.

260) R.Spaethen, Tb.DAG 1951, 170.

keit der Gewerkschaftspolitik zu sichern und zu überprüfen. Aber auch die DAG scheint dabei zu implizieren, daß sich mit der Zugehörigkeit zur Arbeitnehmer- beziehungsweise Arbeitgeberschaft, zu den Gewerkschaften und Unternehmerverbänden nicht auch die Urteile über die soziale Realität verändern, daß durch eine divergierende Interessenlage die Realitätsdeutung nicht a priori beeinflußt wird. Bei beiden Gewerkschaften herrscht die Vorstellung vor, daß mit der Überwindung von "Ideologien" die Abhängigkeit des eigenen Bewußtseins vom sozialen Sein eliminiert sei. Der neue Fetisch der "Sachlichkeit", den BSE und DAG an die Stelle der "Ideologie" setzen, simplifiziert den Prozeß der Umsetzung von Bewußtsein in Praxis und der Rückwirkung praktischer Erfahrung auf die Bewußtseinsbildung zu einem unproblematischen Vorgang, der besonderer Aufmerksamkeit nicht mehr bedarf.

An diesem Pathos der "Sachlichkeit" entzündet sich die Kritik der IGM. Ihre Ausgangsbegriffe sind bereits von denen der beiden anderen Gewerkschaften verschieden. "Ideologie" bewertet sie, positiv, als soziales Bewußtsein, das in "Grundsätzen" fixiert wird; umgekehrt verhält es sich mit "Pragmatik", die sie negativ wertet:

"Ohne Ideologie, das heißt, ohne feste Prinzipien, gekoppelt mit konkreten Aufgaben, kommen wir nicht aus, unterliegen wir der Gefahr bloßer Pragmatik" 261) und eines "haltlosen Hin- und Herschwankens" 262).

Denn:

"Grundsätze können auf keinen Fall durch einen noch so ausgeklügelten Pragmatismus ersetzt werden. Wir sind wahrscheinlich alle der Auffassung, daß sich das Grundprinzip des Kapitalismus keinesfalls in der Weise geändert hat, daß sich sein historischer Gegenspieler geistig vielleicht bis zur Verbrüderung anpassen müßte" 263).

Wiederum, wie schon bei der "Sozialpartnerschaft" und "Versachlichung", vermutet die IGM Machinationen der Arbeitgeberseite. Die Forderung nach einer "Entideologisierung" der Gewerkschaftspolitik hat für sie den Zweck, die Klassenbezogenheit gewerk-

261) F.Strothmann, Prot.IGM 1958, 103.

262) O.Brenner, Prot.IGM 1962, 438.

263) F.Strothmann, Prot.DGB 1962, 180.

schaftlicher Bewußtseinsbildung beseitigen zu helfen.

"Angeblich sollen wir nur alte, überholte Standpunkte, besonders das Klassendenken, aufgeben. Aber bei näherer Betrachtung stellt sich doch heraus, daß man von uns erwartet, wir sollen mit der Interessenvertretung der Arbeitnehmer aufhören und uns widerspruchsfrei in eine Gesellschaft einfügen, in der die Unternehmer den Ton angeben" 264).

Es entgeht der IGM, daß die Einheitlichkeit gewerkschaftlichen Bewußtseins längst zerstört und daß deshalb die Allgemeinverbindlichkeit bestimmter "Grundsätze" "der Gewerkschaftsbewegung" illusorisch ist. Das moralisierende Moment, das dem Vorwurf der Prinzipienlosigkeit anhaftet, ist deshalb zu kritisieren, weil eine naive Bejahung der bestehenden sozialen Realität ja auch die Funktion von Prinzipien übernehmen und dem Gewerkschaftshandeln innere Konsequenz verleihen kann. Während BSE und DAG "Prinzipien" der Ideologiekritik verdächtigen und sich nur selten explizit über ihre eigenen Prinzipien äußern, ist für das Selbstverständnis der IGM die Hervorhebung der eigenen "Grundsätze" und Grundsatztreue typisch. Für sie wird eine "grundsätzliche Orientierung", ein "fester Standpunkt" in anbetracht des raschen sozialen und technischen Wandels zunehmend unentbehrlich 265). Die Notwendigkeit von "Grundsätzen" leitet sie aus der Besonderheit der Gewerkschaftsaufgaben und -ziele ab.

"Wenn wir aber die berechtigten Forderungen aller arbeitenden Menschen weiterhin erfüllen wollen, können wir ohne wirtschafts- und sozialpolitische Grundsätze nicht auskommen" 266).

Die beiden Postulate der Realitätsgerechtigkeit des Gewerkschaftsbewußtseins 267) und der Einheit von Gewerkschaftsbewußtsein und -handeln 268) stellt die IGM ebenso auf wie die beiden anderen Gewerkschaften. Gewerkschaftliche Zielvorstellungen dürfen sich gegenüber der bestehenden, zu verändernden sozialen Realität nicht zu Utopien verselbständigen, d.h. sie

264) O.Brenner, Kein Fortschritt ohne Gewerkschaften, 13.

265) Ders., Prot.IGM 1965, 231.

266) Ders., Prot.IGM 1962, 254; vgl. auch ders., Metall, Nr. 15 (1962), 2.

267) Vgl. ders., Prot.IGM 1962, 256; G.Benz, Friede durch eine bessere Gesellschaft, 2.

268) Vgl. O.Brenner, Prot.IGM 1965, 231.

müssen auf einer realistischen Analyse der bestehenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse, ein - schließlich der verfügbaren gewerkschaftspolitischen Mittel, beruhen. Zum andern müssen sich aus den "Grundsätzen" praktikable Verhaltensanweisungen gewinnen lassen, die das Gewerkschaftshandeln normieren und auf bestimmte, im Zielsystem antizipierte Zukunftsvorstellungen hin relativieren. "Falsch" ist für die IGM sowohl die Utopie als auch der Verzicht auf jegliche "Ideologie". Sie behält die traditionelle Scheidung in "Grundsätze" und Praxis bei - und damit das Bewußtsein, daß deren Vermittlung eine Daueraufgabe ist.

Eben diese Polarität suchen andere Gewerkschaften zugunsten ideologiefreier Praxis aufzugeben. Gewerkschaftshandeln soll nurmehr an Sachnotwendigkeiten orientiert sein. Diesem Zweck dient eine Anpassung ihres Zielsystems an das gegenwärtig Mögliche und der Verzicht auf autonome Deutung sozialstruktureller Zusammenhänge. Beide Korrekturen gelingen der BSE und DAG nur scheinbar. In Wirklichkeit tauschen sie für die Perspektive sozialstrukturellen Wandels ein apodiktisches Einverständnis mit dem sozialen status quo und seinen Grundlagen und für den Verzicht auf eigene Selbstverständigung über die gesellschaftlichen Bedingungen ihres Handelns die Abhängigkeit gegenüber gesellschaftlich herrschenden Ideologien ein. Die IGM ihrerseits resigniert, indem sie ihre Zielvorstellungen in systemindifferente Nah- und qualitativen sozialen Wandel involvierende Fernziele zerlegt ²⁶⁹⁾, vor der Notwendigkeit, die Theorie-Praxis-Einheit unter veränderten Umweltsbedingungen plausibel zu erneuern. Sie weiß dem konformistischen Ausweg, mit dem etwa die BSE das Dilemma unerfüllter Emanzipationserwartungen der Gewerkschaften beantwortet, nur den Fetisch "Grundsätze" entgegenzusetzen. Das bringt ihr den Vorwurf der Orthodoxie ein. So falsch die Harmonievorstellungen der DAG und die Pluralismus-Vorstellungen der BSE und so richtig das Bewußtsein der IGM von den bestehenden gesellschaftlichen Widersprüchen auch sein mögen - das kritiklose Zurückgreifen auf

269) Vgl. weiter oben 209 f.

traditionelle Stereotype gewerkschaftlichen Selbstverständnisses kann dennoch ein an sich realitätsgerechtes Sozialbewußtsein entwerfen. Der Stolz darauf, daß "sich die deutsche Arbeiterbewegung - und mit ihr die Gewerkschaftsbewegung - vor rund neunzig Jahren eine eigene Theorie von der Gesellschaft aneignete", die ihren "eigenen Bedürfnissen" entsprach ²⁷⁰⁾, kann durchaus Flexibilität und Wandel des eigenen Selbstverständnisses verhindern. Der Glaube an eine ungebrochene Kontinuität eigener Theorie kann ihrer fälligen Revision und Fortentwicklung im Wege stehen und die Verfestigung überkommener gewerkschaftspolitischer Konzeptionen fördern.

4. Gesamtgesellschaftliche Funktionen der Gewerkschaften

Den westdeutschen Gewerkschaften ist das Bewußtsein gemeinsam, wesentlich zur Überwindung der materiellen Not der ersten Nachkriegsjahre und zum Aufbau einer prosperierenden wirtschaftlichen und stabilen politischen Ordnung in der BRD beigetragen zu haben. Wie nie zuvor konnten sie ihrer Freiheit und ihrer Rechte sicher sein. Dieser Umstand und der Übergang zum Einheits- und Industriegewerkschaftsprinzip vermittelten ihnen von Anfang an den Eindruck, an einer historischen Wende zu stehen. Die Erwartung, nun endlich den jahrzehntealten Forderungen nach einer sozial gerechten Ordnung zum Durchbruch verhelfen zu können, ist charakteristisch für die ersten Gewerkschaftskongresse nach 1945. Die Gewerkschaften schienen sich aus einem gesellschaftlichen Getto befreit zu haben, in das Verbote, Diskriminierungen und Nichtbeachtung sie gebracht hatten. Als dann aber nach 1949 eine neue Phase westdeutscher Geschichte begann, ergab sich für die Gewerkschaften die Notwendigkeit, ihr Verhältnis zur Gesellschaft und ihren Teilstrukturen neu zu bestimmen. Dabei wurde offenbar, daß einerseits prekäre Stadien deutscher Gewerkschaftsgeschichte (die Politik des "Burgfriedens" während des ersten Weltkrieges, die Politik der "Arbeitsgemeinschaft" nach 1920 und das Versagen

²⁷⁰⁾ O.Brenner, Gewerkschaftliche Dynamik, a.a.O., 82.

beim Untergang der Weimarer Republik) noch nicht bewältigt waren und andererseits die gewerkschaftliche Sicht und Bewertung der sich konsolidierenden sozialen, ökonomischen und politischen Verhältnisse der BRD divergierte. Das Bewußtsein, Mit-schöpfer eines gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Neubeginns zu sein, vermochte immer weniger tradierte und neuhin-zugekommene Meinungsunterschiede über die gesamtgesellschaftlichen Funktionen von Gewerkschaften zu überlagern.

Die formalen Prinzipien ihrer Arbeit (Zweck, Ziele und Aufgaben; parteipolitische Unabhängigkeit, weltanschauliche Neutralität) legen die IGM, BSE und DAG in ihren Satzungen in nahezu wörtlicher Übereinstimmung fest. Ebenso einmütig nehmen sie für sich das im Grundgesetz verankerte Koalitions-, Tarif- und Streikrecht in Anspruch. Inhaltlich jedoch, d.h. in der Interpretation und in der Anwendung dieser formalen Prinzipien und Rechte auf die gesellschaftlichen Bedingungen des Gewerkschafts handelns, differiert ihr Selbstverständnis. Je nachdem, ob die Gewerkschaft als Emanzipations- und Massenbewegung, als Arbeitnehmergemeinschaft oder als berufsständische Interessenorganisation gegenüber politischen Institutionen, Unternehmerschaft und dem gesellschaftlichen System selbst operiert, variieren auch die Funktionen, die sie ihnen gegenüber innehat. Die Interpretation und Bewertung dieser drei Bezugsgrößen, die im gewerkschaftlichen Gesellschaftsbild vorgenommen wird, resultiert in dem Wunsch nach ihrer Erhaltung, Modifikation oder strukturellen Veränderung; einen besonderen, teils als relevant, teils als irrelevant geltenden Aspekt stellen die Beziehungen zwischen der Bezugsgröße "Kapital" und der Bezugsgröße "Staat" dar. Dem gewerkschaftlichen Gesellschaftsbild sind die beiden Zielsysteme soziale Stabilität beziehungsweise sozialer Wandel inhärent. Insofern ist dem gewerkschaftlichen Selbstverständnis durch das gewerkschaftliche Gesellschaftsbild eine bestimmte globale Zielorientierung vorgegeben. Die Strukturen dieser beiden Bewußtseinskomponenten weisen eine hohe Korrelation auf; jedoch würde man ihre Beziehungen zueinander simplifizieren, wenn man eine der beiden als Determinante der ande-

ren begreifen würde. Die Häufung von Termini wie "Ordnung" oder "soziale Ungleichheit" in gewerkschaftlichen Gesellschaftsbildern ist ein Indiz für das Bestehen unterschiedlicher gesamtgesellschaftlicher Ziele, in denen das Interesse an der Erhaltung oder Veränderung sozialer Strukturen dominiert. Die Identifikation mit "der freien Gesellschaft", "dem Staat" oder "dem Eigentum" motiviert dazu, deren bloße Aufrechterhaltung bereits als wünschenswert zu betrachten. Dazu können die Gewerkschaften durch die Fernhaltung von systemgefährdenden, die "Ordnung" bedrohenden Konfliktpotentialen beitragen, nicht nur durch die Anerkennung der bestehenden sozialen Strukturen als Ausgangsdaten ihres Handelns. Ein unverändert kritisches soziales Bewußtsein jedoch wird auch ein anderes gesamtgesellschaftliches Zielsystem bedingen, das die bestehende soziale und ökonomische "Ordnung" historisch relativiert, indem sie ihr eine alternative, die bestehenden Widersprüche überwindende Sozialstruktur entgegenhält. Dann werden die gesamtgesellschaftlichen Funktionen einer Gewerkschaft unter dem Aspekt sozialen Wandels an Stelle sozialer Stabilität definiert. Diese beiden gewerkschaftspolitischen Strategien, die bisher nur grob-schematisch behandelt worden sind, gilt es nun eingehender an Hand des "Ordnungsfaktor"- und "Gegenmacht"-Konzepts darzustellen. Einzelne in ihnen enthaltene Momente sind bereits weiter oben, etwa in Zusammenhang mit dem Partnerschafts- und Autonomieprinzip, thematisch geworden.

Die Gewerkschaft als "Ordnungsfaktor": Mit ihrer Anerkennung als "Ordnungsfaktor" - sie wurde 1962 tarifvertraglich sanktioniert ²⁷¹⁾ - ist für die BSE ihr Ziel der vollen Anerkennung durch die Unternehmerschaft erreicht. Sie ist nun Teil der bestehenden "Ordnung" geworden und gesellschaftlich, nicht nur durch den Willen ihrer eigenen Mitgliedschaft, dazu legitimiert, "im Rahmen der allgemeinen Möglichkeiten immer wieder als Motor zu wirken und nach vorne zu streben" ²⁷²⁾ und "das

271) Vgl. BSE, Gb.1960-62, 57.

272) G.Leber, Prot.BSE 1960, 226.

gesellschaftspolitische Fundament der Bundesrepublik und anderer freier Länder zu festigen" 273). Für das Selbstverständnis der BSE beginnt mit der Anerkennung als "Ordnungsfaktor" eine neue Phase der Gewerkschaftsgeschichte, die durch eine "veränderte Rolle der Gewerkschaften in unserer Gesellschaft" charakterisiert sei 274). Aus einer mit dem "Kapital" verfeindeten "sozialen Bewegung" wird ein Garant von "Freiheit" und "Privateigentum" als den Grundlagen der "freien Gesellschaft". Mit gewerkschaftlicher Hilfe kann nun das bestehende Sozialsystem auf zunehmend höheren Niveau reproduziert und so in sich gefestigt werden. Die Gewerkschaft fungiert als Vermittlerin zwischen der ordnungsbedürftigen Gesamtgesellschaft und der objektiv emanzipierten, jedoch noch subjektiv unangepaßten Arbeitnehmerschaft, indem sie zur Persönlichkeitsbildung des einzelnen Arbeitnehmers beiträgt.

"Die soziale Frage ist für uns auch nicht mehr vor allem ein Lohnproblem, sondern auch das Problem der menschlichen Beziehungen in der Industriegesellschaft. Wir wollen diese Frage dadurch lösen, daß der Arbeitnehmer zur freien, selbstbewußten Persönlichkeit in dieser Gesellschaft und in diesem demokratischen Staat wird" 275).

Nach dem Wegfall der Klassengrenzen sollen nun auch die subjektiven Barrieren zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberschaft fallen - ein Vorgang, der das genaue Gegenteil von Wirtschaftsdemokratie bedeutet, weil er Macht und Herrschaft des "freien Unternehmertums" tabuiert, an die Stelle der direkten Partizipation des Arbeitnehmers an den ökonomischen Entscheidungsprozessen die Kooperation von Gewerkschaftsapparat und Unternehmern setzt. Auf die objektive folgt nun die subjektive Integration der Arbeitnehmer in die kapitalistische Gesellschaft, die die Restbestände eines systemfeindlichen Potentials sozialer Unzufriedenheit eliminiert.

Diese strategischen Absichten bringt die DAG unbefangener als die BSE zum Ausdruck, weil sie sich nicht zur Rücksicht gegenüber anderen Gewerkschaften oder einem gewerkschaftlichen Dach-

273) BSE, Unser Weg, Nr.4 (1966), 3.

274) BSE, Unser Weg, Nr.3 (1964), 2.

275) G.Leber, Prot.BSE 1966, 310.

verband verpflichtet fühlen muß. Die DAG betrachtet als ein "wichtiges Ziel der Gewerkschaften" die "Integration des Arbeitnehmers in die Gesellschaft und ihre politisch-organisatorische Ausdrucksform, dem Staat" ²⁷⁶⁾. Sie will die Arbeits- und Lebensbedingungen der Angestellten "in friedlicher Gesinnung, im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten und der bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung" verbessern ²⁷⁷⁾. Die DAG zählt sich "zu den Ordnungskräften dieses Staates" ²⁷⁸⁾ und versteht die Gewerkschaften der westlichen Welt als "demokratische Institutionen und Ordnungskräfte" ²⁷⁹⁾. Gewerkschaften haben die Strukturen des bestehenden sozialen Systems nicht nur als invariable Rahmenbedingungen ihres Handelns zu respektieren, sondern selbst Bedürfnisse dieses Systems zu erfüllen. Durch eine Politik der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer vermögen sie diese Aufgabe nicht befriedigend zu lösen. Sie haben sich zu vergegenwärtigen, was ihre Existenz objektiv-gesellschaftlich bedeutet. Ohne die Gewerkschaften, erklärt die DAG, würde die "Masse des Volkes" "führerlos" ²⁸⁰⁾, und nur "durch die Stillhaltepolitik der deutschen Gewerkschaften, die immer wieder die murrenden Massen zur Zurückhaltung und zur Disziplin aufriefen", sei der wirtschaftliche Wiederaufstieg nach 1945 möglich geworden ²⁸¹⁾. Indem sie die materielle Unzufriedenheit in der Arbeitnehmerschaft durch die formalen Spielregeln gewerkschaftlicher Tarifpolitik wirksam kanalisieren und soziale Unzufriedenheit in materielle umdeuten, neutralisieren sie rechtzeitig und zuverlässig systembedrohende Konfliktherde. Ihre Disziplinierungsfunktion realisieren die Gewerkschaften dadurch, daß sie das "Leistungsstreben des Menschen an seinem Arbeitsplatz und in seinem Beruf" erhalten und stärken ²⁸²⁾. So wirken sie stabi-

276) R.Spaethen, in: Eigentumsbildungspolitik ohne Miteigentum ?, 7.

277) DAG, Tüb.1954-57, 159.

278) G.Schneider, Tb.DAG 1960, 54.

279) DAG, Tüb.1957-60, 18.

280) R.Spaethen, in: E.W.Mänken u.H.Mundorf, Gespräch mit R. Spaethen, 32.

281) Ders., Der Angestellte, Nr.5 (1962), 3.

282) Hermann Brandt, Tb.DAG 1967, 10.

lisierend auf die Gesamtgesellschaft und steigern gleichzeitig deren ökonomische Effizienz. Die DAG setzt ihrer Bildungsarbeit das Ziel, "einen erheblichen Beitrag auch zur Steigerung der Leistungsfähigkeit unseres politischen und wirtschaftlichen Lebens" zu leisten ²⁸³⁾, und sucht so die internationale Konkurrenzfähigkeit des westdeutschen Wirtschafts- und Sozialsystems zu erhöhen. Nach außen hin fördert die Steigerung der Funktionstüchtigkeit, nach innen hin die Neutralisierung sozialer Unzufriedenheit die Stabilität der Gesamtgesellschaft. Den Hintergrund für diese Motivation bildet die Furcht vor dem Kommunismus, die auch in vielen Äußerungen der BSE spürbar ist. Man beschwor die Möglichkeit einer Radikalisierung der Arbeitnehmer als Folge der Unnachgiebigkeit der Unternehmer, die sich gegen die "freiheitliche Gesellschaft" richten könnte ²⁸⁴⁾. Eine "soziale Befriedung" ließ sich mit Hilfe eines Systems sozialer Entschädigungen, also einer Art Erfolgsbeteiligung der Arbeitnehmer, so rechtzeitig realisieren, daß die Widersprüche des Sozialsystems gar nicht erst manifest werden konnten.

"Wenn die DAG im Bewußtsein ihrer demokratischen Verpflichtung sich mit ihrem gesamten Gewicht positiv für den Staat einsetzen wollte, dann mußte sie für die Überwindung sozialer Schäden, für den Ausgleich innerer Spannungen und die Beseitigung von Not und Ungerechtigkeit eintreten". Durch die DAG konnten Verhältnisse verhindert werden, "deren Folgen in einer kritischen Zeit wie der jetzigen, leicht, vielleicht sogar schlagartig, zu einer sozialen und politischen Krise hätten führen können" ²⁸⁵⁾.

Die Integrität und Konfliktfreiheit des Sozialsystems stehen für die DAG am Ende eines Optimierungsprozesses, an dem die Gewerkschaften aktiv teilhaben sollen:

"Freie Gewerkschaften sind...in der Demokratie nicht nur ein staatserhaltender Faktor und nicht nur ein Element der gesellschaftlichen Ordnung. Sie begreifen sich auch als Bewegungsfaktor mit der Tendenz, die Demokratie und die soziale Ordnung immer mehr dem optimalen Zustand anzunähern" ²⁸⁶⁾.

283) R.Spaethen, Tb.DAG 1963, 104.

284) Vgl. G.Leber, Prot.BSE 1963, 261.

285) DAG, Tüb.1950-51, 16.

286) R.Spaethen, in: Zehn Jahre Bildungswerk der DAG 1952-1962, 1962, 7.

Auf diese Weise werden die Gewerkschaften von dem Vorwurf des Konservatismus freigesprochen. Sie können sich als Interessenvertretung der Arbeitnehmer wie der Gesamtgesellschaft verstehen, weil die Wahrnehmung der unmittelbar-materiellen Interessen der Arbeitnehmer zugleich als gesamtgesellschaftliche Notwendigkeit erscheint. Der historische Ansatz des Gewerkschaftshandelns wird beibehalten, jedoch im Rahmen des "Ordnungsfaktor"-Konzepts nun endgültig mit der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft und ihrem Selbsterhaltungsinteresse versöhnt.

Die Gewerkschaft als "Gegenmacht": Für die IGM heißt "Integration" nicht die Stabilisierung bestehender sozialer Strukturen mit Hilfe einer Pseudo-Integration der Arbeitnehmer in die unverändert bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft, sondern die Überwindung der systemimmanenten Widersprüche durch eine schrittweise Überwindung sozialer Ungleichheit, d.h. durch Wandel der Sozialstruktur selbst. So, und nicht anders, ist es zu verstehen, wenn die IGM meint, die westdeutschen Gewerkschaften seien,

"als demokratische Repräsentanten der Arbeitnehmer, zum entscheidenden Integrationsfaktor der Demokratie geworden und zur unentbehrlichen Kraft für eine demokratische Fortentwicklung auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet" 287).

Obwohl weiterhin in gesellschaftlicher Abhängigkeit gehalten, sind die Arbeitnehmer heute doch nicht mehr absolut machtlos. Ihre gewerkschaftlichen Interessenvertretungen haben ökonomisch und gesellschaftlich Einfluß erlangt und das Machtmonopol der Unternehmer gebrochen. Die innergewerkschaftliche demokratische Willensbildung nimmt die angestrebte "soziale Demokratie" vorweg. Die innergewerkschaftliche Demokratie tritt bereits unter den Bedingungen der "Klassengesellschaft" zur politischen Demokratie hinzu und erzieht die Arbeitnehmer zur Demokratie. Durch die Gewerkschaften artikuliert sich ihr gesellschaftliches Interesse und wird ihr Handeln integriert. Diese Integration der Arbeitnehmer, die die Gewerkschaften leisten, ist die

287) Antrag der IGM, Prot.DGB 1963, 260.

Grundlage des "Gegenmacht"-Konzepts. Dieses Konzept ist ein Derivat der klassischen Schutzfunktion der Gewerkschaften, verbindet deren defensive Züge mit offensiven. Als "Gegenmacht zum Arbeitgeber" ²⁸⁸⁾ wirkt die Gewerkschaft betriebsnah und in eindeutiger Frontstellung zum "Kapital". Gesamtgesellschaftlich fungiert sie als "ein wichtiges Korrektiv dieser Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung" ²⁸⁹⁾. Im "Gegenmacht"-Konzept spiegelt sich das Herrschaftsverhältnis von Arbeitgeber und Arbeitnehmer wider, das sich einer mit Hilfe sozial neutraler Rationalität vollzogenen "Versachlichung" von seiner Substanz her widersetzt. Das "Gegenmacht"-Konzept ist die logische Anwendung des Autonomieprinzips auf die seit 1949 verschlechterten gesellschaftlichen Bedingungen der Gewerkschaftsarbeit in der BRD.

"Die restaurativen Tendenzen, die unsere Gesellschaft durchziehen und prägen, verlangen von uns nicht Anpassung und Unterwerfung, sondern klare Stellungnahme und eine klare, kräftige Erwidern. Genausowenig wie der Arbeitnehmer im Betrieb an seiner gesellschaftlichen Lage etwas ändern oder gar zum Arbeitgeber werden kann, indem er sich diesem anpaßt, genausowenig können die Gewerkschaften an Wirksamkeit gewinnen, wenn sie ihre Grundsätze aufgeben. Wir müssen fest bleiben und unsere Aktivität steigern, wenn wir vorankommen wollen" ²⁹⁰⁾.

In der "Gegenmacht"-Konzeption äußert sich das antikapitalistische Moment im Bewußtsein der IGM, als gewerkschaftspolitisches Konzept für den Übergang zu einer nachkapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung gilt es gleichwohl nicht. Die "Gegenmacht"-Position dient den Gewerkschaften nicht zu einer Klassenkampf-, sondern zu einer evolutionär-reformistischen Politik der Realisierung von Nahzielen; die zweite Phase, d.h. die des qualitativen Umschlags, der vollendeten gesellschaftlichen Emanzipation der Arbeitnehmer, und die dann fallige Gewerkschaftspolitik bleiben bemerkenswert unbestimmt.

"Unsere ständige Arbeit für die Verbesserung der Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen wirkt als gesellschaftsverändernde Kraft. Stück um Stück entreißen wir der Unterneh-

288) IGM, Gb.1962-64, 153.

289) G.Benz, Friede durch eine bessere Gesellschaft, 7.

290) O.Brenner, Kein Fortschritt ohne Gewerkschaften, 24;vgl. auch ders., Metall, Nr. 4 (1961), 2.

merherrschaft, Stück um Stück tragen wir die Schranken der Klassengesellschaft ab...Erst am Ende dieses Weges wird eine Gesellschaft stehen, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen unmöglich gemacht ist - eine Gesellschaft, deren tragende Pfeiler die soziale Sicherheit und der stetige gesellschaftliche Fortschritt sein werden...Tausende von Funktionären...und die gesamte aktive Mitgliedschaft machen unsere Gewerkschaft zu einem starken Bollwerk gegen die Angriffe reaktionärer Kräfte, zu einem wirkungsvollen Kampfmittel für die Überwindung unserer Klassengesellschaft...Wir wissen, daß es unmöglich ist, diese hohen Ideale der demokratischen Arbeiterbewegung unter den gegebenen Verhältnissen zu verwirklichen, daß wir erst die Voraussetzungen für ihre Verwirklichung schaffen müssen" 291).

Das "Gegenmacht"-Konzept unterscheidet sich ebenso von dem der revolutionären Massenbewegung wie von dem "Ordnungsfaktor"-Konzept. Es impliziert die Unwahrscheinlichkeit eines automatischen Zusammenbruchs des Kapitalismus, verweist die Gewerkschaftsarbeit von der gesellschaftlichen auf die Betriebsebene und ist von dem Bild eines unvermindert aggressiven, kompromißlosen Kapitalismus durchdrungen. Die Behauptung einer klaren Frontstellung von "Arbeit" und "Kapital" und die Beteuerung der eigenen, gewerkschaftlichen Ohnmacht gegenüber der "sozialen Reaktion" widersprechen jedoch dem Bewußtsein der eigenen gesamtgesellschaftlichen Funktionen:

"Als gesellschaftliche Außenseiter waren die Gewerkschaften ursprünglich ins Leben getreten. Aber allmählich wurden sie zu einem der wichtigsten Faktoren der sozialen und demokratischen Entwicklung" 292).

Dadurch, daß die IGM die Gewerkschaftsgeschichte als erfolgreich rechtfertigt und die westdeutschen Gewerkschaften zu einem Teil der bestehenden "Klassengesellschaft" erklärt, begibt sie sich selbst in einen Gegensatz zu ihrem Gesellschaftsbild, für das die gesellschaftlichen Entscheidungs- und Machtzentren weiterhin in den Händen der Unternehmer liegen. Das "Gegenmacht"-Konzept fügt sich nicht in das Bewußtsein der eigenen gesamtgesellschaftlichen Bedeutung ein. Dadurch wird der Versuch der IGM, dem "Ordnungsfaktor"-Konzept ein konsistentes Alternativkonzept entgegenzusetzen, fragwürdig.

291) O.Brenner, Prot.IGM 1958, 227; vgl. auch ders., ebenda, 208; ders., Prot.IGM 1960, 78 f. u.244.

292) Ders., Prot.IGM 1960, 215; vgl. auch ders., Metall, Nr. 26 (1957), 2.

VI. Gewerkschaftliche Bewußtseinsbildung. Ergebnisse und Probleme

a) Gewerkschaftliches Gesellschaftsbild und Selbstverständnis im geschichtlichen Zusammenhang

Die Vorstellung einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung ist so alt wie die Gewerkschaftsgeschichte. Dahinter blieb, was Deutschland betrifft, die organisatorische Entwicklung zurück. Erst nach 1945 gelang es, den nach der Jahrhundertwende einsetzenden Konzentrationsprozeß der deutschen Gewerkschaften mit der Überwindung der Spaltung in christliche, liberale und sozialdemokratische Richtungsgewerkschaften zu einem vorläufigen Abschluß zu bringen. Dennoch blieb die organisatorische Einheit ebenso wie die Einheitlichkeit der Bewußtseinsbildung unvollkommen. Die Versuche, auch die DAG in den DGB aufzunehmen, wurden nach 1949 fast ganz eingestellt. Macht und Einfluß der Einzelgewerkschaften des DGB wuchsen zusehens. Sie bildeten unterschiedliche, ja gegensätzliche gewerkschaftspolitische Konzeptionen heraus; die IGM wandte sich dem Gegenmacht-, die BSE dem Ordnungsfaktor-Konzept zu. Gleichzeitig blieb durch die beiden Grundsatzprogramme des DGB und die dazugehörigen Aktionsprogramme nach außen hin der Anschein eines "grundsätzlichen" gewerkschaftlichen Konsensus bestehen.

Zum andern ließ die Entwicklung gegensätzlicher Einstellungen zu Wirtschaft, Staat und Gesellschaft der BRD innerhalb des DGB, die hier am Beispiel der IGM und BSE nachgewiesen wird, auch das gewerkschaftliche Selbstverständnis nicht unberührt. Die DGB-Gewerkschaften verstehen sich, wie auch die DAG, als "freie Gewerkschaften", um sich so von den faschistischen und kommunistischen Gewerkschaften der Gegenwart und von den christlichen und liberalen Richtungsgewerkschaften der Weimarer Republik abzugrenzen. Der Begriff der "freien Gewerkschaft" ist jedoch nicht so eindeutig wie es diejenigen vorgeben, die ihn für sich reklamieren. Was "freie Gewerkschaft" meint, muß je nach der Definition ihres gesellschaftlichen Status und ihrer

gesellschaftlichen Funktion differieren. Das wiederum bedeutet, nach dem Verständnis gesellschaftlicher Strukturen selbst zu fragen. Je nach dem Gesellschaftsbild muß, sieht man einmal von der Unabhängigkeit und dem Koalitions-, Tarif- und Streikrecht der Gewerkschaften ab, die Auslegung dieses Begriffs verschieden ausfallen. Dieser Zusammenhang hat sich bei den Einzelanalysen der IGM, BSE und DAG herausgestellt. Nur wenn man den Begriff der "freien Gewerkschaft" allein auf die Freiheit gewerkschaftlicher Organisation und Interessenvertretung bezieht, herrscht Einmütigkeit. Diese "Freiheit" aber betrifft nur die Voraussetzungen der Gewerkschaftsarbeit, nicht auch ihre Ziele, Aufgaben und gesellschaftlichen Bezüge.

Historisch gesehen befindet sich der Begriff der "freien Gewerkschaft" außerdem im Gegensatz zum Prinzip der Einheitsgewerkschaft. In der Weimarer Republik bezeichnete er eine bestimmte Gewerkschaftsrichtung; damit besitzt er einen ganz spezifischen gewerkschaftshistorischen Stellenwert. Auf dieses historische Vorbild aber berufen sich die westdeutschen Gewerkschaften, die doch andererseits aus der Verschmelzung der früheren Richtungsgewerkschaften hervorgegangen sind. Der Begriff der "freien Gewerkschaft" wird damit inhaltlich u n d gewerkschaftshistorisch problematisch.

Damit ist eine wichtige gewerkschaftshistorische und -theoretische Konsequenz vorweggenommen, die sich aus den Befunden dieser Untersuchung ergibt. Das Stereotyp von der einheitlichen und freien Gewerkschaftsbewegung, das die Gewerkschaften so häufig verwenden, hat nur noch beschränkte Gültigkeit allenfalls als ein Postulat. Wie für dieses Stereotyp, gilt auch für die "Leitbilder" der Gewerkschaftspolitik und des Gewerkschaftsbewußtseins, daß sie, ob richtig oder falsch, orientierend wirken und daher praktische Bedeutung besitzen. Die Prädikate "frei", "christlich" und "liberal" werden freilich heute weniger von den Gewerkschaften selbst als von den Verfassern von Gewerkschaftsanalysen benutzt. In der Diskussion von gewerkschaftlichen Grundsatzfragen scheint man auch heute noch nicht auf sie verzichten zu können.

b) Die traditionellen "Leitbilder" der deutschen Gewerkschaften

Es ist üblich, die idealtypisch verwendeten "Leitbilder" der deutschen Gewerkschaften bei der Klassifikation sowohl unterschiedlicher Organisationsformen als auch unterschiedlicher Praxis und Bewußtseinsstrukturen heranzuziehen ¹⁾. Dabei wird das Maß an Übereinstimmung oder Nichtübereinstimmung zwischen dem jeweiligen "Leitbild" und dem aktuellen Stand gewerkschaftlicher Entwicklung angegeben. Der Übergang zum Einheitsgewerkschaftsprinzip hat die Diskussion der traditionellen (richtungsgewerkschaftlichen) "Leitbilder" nicht beendet, wie überhaupt alles dafür spricht, daß im DGB und seinen Einzelgewerkschaften, im Gegensatz zu der Annahme mancher Autoren ²⁾, zumindest ein Teil "klassischer" Meinungsverschiedenheiten fortbesteht - trotz veränderter gesellschaftlicher Verhältnisse und trotz übereinstimmender Bejahung parteipolitischer Unabhängigkeit und weltanschaulicher Neutralität. Es ist nicht zu der erwarteten Nivellierung traditioneller Meinungsgegensätze zu zentralen Problemen der Gewerkschaften selbst wie auch ihres Verhältnisses zur heutigen kapitalistischen Industriegesellschaft gekommen. Satzung und Satzungsinterpretation müssen unterschieden werden. Gewiß ist gleichwohl, daß bei der Beurteilung der heutigen Situation die überkommenen "Leitbilder" der deutschen Gewerkschaften unzureichend sind. Zu dieser Erkenntnis gelangt man bereits dann, wenn man sich etwa die heutige Bedeutungslosigkeit christlicher Gewerkschaften vergegenwärtigt.

In seinem Überblick über die Geschichte der Gewerkschaftstheorie unterscheidet Christmann zwischen einem liberalen, christlichen, marxistischen und syndikalistischen "Ursprungsleitbild" der Gewerkschaften; die beiden letzten faßt er im revolutionä-

1) Über die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationsformen vgl. K.H.Sohn, Berufsverband und Industriegewerkschaft, a.a.O.

2) Vgl. zum Beispiel F.J.Furtwängler, Die Gewerkschaften. Ihre Geschichte und internationale Auswirkung, Hamburg 1956, 91.

ren "Leitbild" zusammen ³⁾. Das liberale "Leitbild", das die englischen Gewerkschaften vor 1870, die amerikanischen, im AFL vereinigten Gewerkschaften bis zur Weltwirtschaftskrise und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften in Deutschland verkörpert hätten, bestehe darin,

"weitgehend nur als Korrektivorgane innerhalb des Kapitalismus" zu fungieren. "Ihr Hauptziel richtete sich auf eine umfassende Kontrolle des Arbeitsmarktes; die ökonomische und soziale Lage der Arbeiterschaft sollte nicht durch die Überwindung der liberal-kapitalistischen Ordnung, sondern innerhalb der Ordnung verändert werden. Die Gewerkschaft soll in diesem Sinne also nicht gegen den Kapitalismus kämpfen; ihre Aufgabe besteht vielmehr darin, den Arbeiter in diese Ordnung zu integrieren" ⁴⁾.

Das revolutionäre "Leitbild" der "freien Gewerkschaften" in Deutschland und der syndikalistischen Gewerkschaften Frankreichs charakterisiert Christmann so:

"Der industrielle Lohnkonflikt wurde nicht, wie von den liberalen Gewerkschaften, als partielle Fehlentwicklung der kapitalistischen Ordnung, sondern als totaler Konflikt zwischen sich feindlich gegenüberstehenden Klassen angesehen. Die in der Gewerkschaft organisierte Arbeiterschaft könne deshalb, so wurde argumentiert, niemals in der bestehenden Ordnung Freiheit und Gleichberechtigung erreichen, sondern erst jenseits des Kapitalismus. Diesem Ziel entsprechend wurde die Gewerkschaftsbewegung entweder als unmittelbare Klassenkampforganisation (syndikalistischer Typ) oder zumindest doch als Teil einer revolutionären Klassenkampfbewegung verstanden (parteisozialistischer Typ)" ⁵⁾.

Die christlich-soziale Gewerkschaftstradition resümiert Christmann als eine Kritik der Entfremdung des Arbeiters, die durch die Gleichsetzung seiner Arbeitskraft mit einer Ware entstanden ist. Das kapitalistische Warengesetz solle jedoch,

3) A.Christmann, Gewerkschaftsbewegung und Gewerkschaftstheorie, a.a.O., 1.

4) Ebenda, 2 f.

5) Ebenda, 3. - Andere Autoren bezweifeln, ob die "freien Gewerkschaften" Deutschlands tatsächlich eine "revolutionäre" Politik betrieben hätten, vgl. O.v.Nell-Breuning, Selbstverständnis und Selbsterkenntnis der Gewerkschaften, Sonderdruck aus: Stimmen der Zeit, Oktober 1962, 4, sowie A.Enderle, H.Schreiner, J.Walcher u. E.Weckerle, Das rote Gewerkschaftsbuch, a.a.O. - Auf die geringe Bedeutung des Syndikalismus in Deutschland verweist J.Kurth, Geschichte der Gewerkschaften in Deutschland, Hannover u. Frankfurt/M 1958², 67.

im Gegensatz zum revolutionären "Leitbild",

"nicht durch 'revolutionäre' Aktionen" überwunden werden, "sondern durch die allmähliche Einordnung des Arbeiters in die bestehende Produktions- und Gesellschaftsordnung...Der Sinn der Gewerkschaft als 'korporativem Willenszentrum' besteht demnach darin, die kapitalistische Produktionsordnung so umzugestalten, daß die sittliche Qualität der Arbeit anerkannt wird" 6).

Das christlich-soziale "Leitbild" kritisiert demnach ebenso entschieden den Status der abhängigen Arbeit wie das revolutionäre, ohne freilich daraus dieselben gewerkschaftspolitischen und -organisatorischen Konsequenzen zu ziehen. Stattdessen wird angestrebt, den Kapitalismus christlicher Ethik zu unterwerfen und die Entfremdung systemkonform zu beseitigen. - Eine ebenfalls dreiteilige Typologie, entsprechend der vor 1933 in Deutschland gültigen Gliederung der Gewerkschaften, stellt Reichel auf:

"Die Freien sozialistischen Gewerkschaften vertraten die marxistische Gewerkschaftsauffassung, die christlichen Gewerkschaften die christliche, während man die 'Klassische Theorie' von Lujo Brentano vielleicht den Hirsch-Dunckerschen-Gewerkschaften zuordnen kann" 7).

Nach Reichel unterscheidet sich die marxistische "Gewerk - schaftsauffassung" auf folgende Weise von den beiden übrigen:

"Während die bisher abgehandelten Gewerkschaftstheorien innerhalb des Rahmens des Lohnsystems blieben und zum Ziele hatten, entweder das Warengesetz auch auf den Faktor Arbeit auszudehnen (Brentano) oder aber für den Faktor Arbeit das Warengesetz auszuschalten bzw. wenigstens zu beschränken (christlich-soziale Auffassung), geht es der marxistischen Auffassung um Aufhebung des Lohnsystems selbst. Diese Richtung sucht den revolutionären Weg. Ihre eigentliche Theorie ist die Klassenkampftheorie. Daher kann von einer eigentlichen marxistischen Gewerkschaftstheorie kaum die Rede sein" 8).

Hier wird schärfer als bei Christmann herausgearbeitet, daß der Hauptunterschied der drei Gewerkschaftstraditionen in

- 6) A.Christmann, Gewerkschaftsbewegung und Gewerkschaftstheorie, a.a.O., 3. - Zur organisatorischen und "ideologischen" Entwicklung der deutschen Gewerkschaften seit ihren Anfängen vgl. J.Kurth, Geschichte der Gewerkschaften in Deutschland, a.a.O., 59 ff., sowie K.H.Sohn, Berufsverband und Industriegewerkschaft, a.a.O., 11 ff.
- 7) H.Reichel, Die deutsche Einheitsgewerkschaft und ihr geistiger Standort, Köln 1952, 83.
- 8) Ebenda, 87; vgl. auch ebenda, 158 f.

ihrer gesamtgesellschaftlichen Zielsetzung liegt. Auf der einen Seite wird die Anpassung an die herrschende kapitalistische Ökonomie beziehungsweise ihre "Vermenschlichung" (christliche und liberale Gewerkschaftspolitik), auf der anderen Seite ihre Transformation intendiert (sozialistische Gewerkschaftspolitik). Von dieser Differenzierung ist strikt die Alternative Reform-Revolution abzuheben, die die Intention qualitativen sozialen Wandels voraussetzt und so über den Versuch weit hinausweist, lediglich die deformierenden Wirkungen kapitalistischer Produktionsverhältnisse auf die Persönlichkeit des Arbeitnehmers zu eliminieren. Christmann wie auch Reichel rücken jedoch diese Alternative so sehr in den Vordergrund, daß sie als das wichtigste Einteilungskriterium erscheint, während andererseits die Frage der Aufhebung oder Erhaltung des Lohnsystems für sie primär ist. Dadurch, daß das gewerkschaftliche Zielsystem und das Instrumentarium seiner Realisierung nicht strikt auseinandergehalten werden, gelingt beiden Definitionsversuchen auch keine präzise Unterscheidung gewerkschaftlicher "Leitbilder".

Zerlegt man dagegen die gewerkschaftlichen "Leitbilder" in die beiden Komponenten Gesellschaftsbild und Selbstverständnis - in Analogie zu dem Begriffspaar "Ziel" und "Weg" - , so wird diese Ungenauigkeit vermieden. Dann erst wird es möglich, auf Widersprüche zwischen der (kritischen) Deutung der Gesellschaftsordnung und der Definition der Ziele, Instrumente und Organisationsprinzipien der Gewerkschaften einschließlich ihrer gesellschaftlichen Funktionen hinzuweisen. Auf diese Weise erhalten die sogenannten "Leitbilder" der deutschen Gewerkschaften ihre Komplexität zurück, die ihnen, werden sie allzu idealtypisch formuliert, verlorengeht.

c) Die "Leitbilder" der westdeutschen Gewerkschaften im wissenschaftlichen Urteil

Die Frage, wie die Politik der westdeutschen Gewerkschaften und ihre Grundlagen gewerkschaftsgeschichtlich und -theore-

tisch zu bewerten seien, ist wiederholt in neueren Untersuchungen behandelt worden. Sie stehen, so sehr ihre Resultate auch voneinander abweichen, noch ganz im Bann jener Begriffe, die vor 1933 die Diskussion und Polemik innerhalb der deutschen Arbeiterparteien und Gewerkschaften beherrschten. Der Mühe, jene Begriffe angesichts veränderter gesellschaftlicher Verhältnisse und des Endes der "alten" Arbeiterbewegung neu zu bestimmen, unterziehen sich nur wenige Autoren. Weil verbindliche, allgemein anerkannte Definitionen fehlen, droht die Diskussion der "grundsätzlichen" Orientierung der westdeutschen Gewerkschaften und ihrer Politik oberflächlich und willkürlich zu werden. Entweder - und dieses Urteil überwiegt - wird den westdeutschen Gewerkschaften, in Zusammenhang mit ihrer "Entideologisierung", Reformismus attestiert, wird ihre endgültige Aussöhnung mit der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft behauptet. Oder aber es wird ihr Verharren bei traditionell-marxistischen Einstellungen, ja die Radikalisierung ihrer Politik konstatiert. Beiden Urteilen ist gemeinsam, daß sie fast immer aus der Analyse der westdeutschen Gewerkschaften schlechthin und nicht aus der Synthese von Einzelanalysen hervorgehen.

Hirsch kommt zu dem Schluß, die westdeutschen Gewerkschaften hätten

"sich grundsätzlich für den reformistischen Weg entschieden. Sie müssen daher versuchen, in einer im wesentlichen kapitalistisch geformten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ihre Ziele zu verfolgen, obwohl sie die Ausgangsgrundlagen dieser Ordnung als ungerecht empfinden" 9).

Unter "Reformismus" versteht Hirsch

"eine geduldige und schrittweise reformierende Auseinandersetzung mit dem politischen und sozialen Gegner zur Verbesserung der materiellen Situation der Arbeiter" 10).

Dieser "Reformismus"-Begriff impliziert nicht nur ein bestimmtes Gewerkschaftsverhalten - die evolutionäre Veränderung des sozialen status quo - , sondern auch eine ausschließlich auf

9) J.Hirsch, Die öffentlichen Funktionen der Gewerkschaften, a.a.O., 39.

10) Ebenda, 40. - Vgl. auch W.Hirsch-Weber, Gewerkschaften in der Politik, a.a.O., 57.

"materielle" Veränderungen des Arbeitnehmerstatus gerichtete Gewerkschaftspolitik. Außerdem impliziert er die Revision "marxistischen" Gewerkschaftsbewußtseins. Hirsch spricht von "einer wesentlichen Abkehr von der marxistischen Theorie", die sich für ihn darin äußert,

"daß das Problem des Privateigentums an Produktionsmitteln bei der gewerkschaftlichen Kritik an den wirtschaftlichen Herrschaftsverhältnissen zunehmend in den Hintergrund tritt". "Weitgehend verstummt sind die Gewerkschaftler, die den 'liberal-kapitalistischen Staat' in der Bundesrepublik als Klassenstaat im Marx'schen Sinne bezeichneten, die 'formale' Demokratie als eine verschleierte Klassendiktatur ansahen, von einem Bündnis zwischen den herrschenden Managern und der politischen Bürokratie sprachen oder die Regierung gar als 'Befehlsempfänger der Besitzenden und Unternehmer' apostrophierten" 11).

Zugleich entdeckt Hirsch "marxistische Kategorien" in der Zwei-Klassen-Vorstellung, die dem Programm der Wirtschaftsdemokratie zugrundeliege 12). Zu einem ähnlichen Urteil gelangt Abendroth. Nach seiner Ansicht strebten die westdeutschen Gewerkschaften seit 1952 nicht mehr eine "Veränderung der kapitalistischen Gesellschaftsstruktur" an; stattdessen paßten sie sich der "Stabilisierung der alten Gesellschaftsordnung" an und "akzeptierten die Rolle, die ihnen die christliche Soziallehre und, später, die Wirtschaftstheoretiker der SPD zuschrieben: nicht Klassengegner, sondern 'Sozialpartner' des Kapitals zu sein" 13). Andererseits bestehe in den Gewerkschaften "zum Teil das traditionelle Bewußtsein der deutschen Arbeiterbewegung" fort, "schon weil sie ständig in den Lohn- und Arbeitszeit-Auseinandersetzungen Klassenprobleme lösen müssen". Selbst für die "Führung von Tageskämpfen" sei "ein bloß gewerkschaftliches Bewußtsein, das keinen politischen Ausdruck finden kann", unzureichend 14). Für Hirsch hat sich parallel zur reformistischen, für Abendroth parallel zur An-

11) J.Hirsch, Die öffentlichen Funktionen der Gewerkschaften, a.a.O., 81 ff.

12) Ebenda, 90; vgl. auch ebenda, 99.

13) W.Abenroth, Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, Frankfurt/M 1965, 181; vgl. auch ebenda, 8.

14) Ebenda, 183.

passungspolitik der westdeutschen Gewerkschaften ihr Bewußtsein von traditioneller, marxistisch beeinflusster Gesellschaftsdeutung entfernt. Was Hirsch quasi "wertfrei" feststellt, verurteilt Abendroth als einen Rückfall in das schon von Lenin kritisierte "trade-unionistische Bewußtsein", das Lenin dem "sozialdemokratischen", aus "philosophischen, historischen und ökonomischen Theorien" gespeisten Bewußtsein gegenüberstellte ¹⁵⁾. "Wertfrei" will auch Hondrich seine Entscheidung verstanden wissen, die "DGB-Ideologie" im Sinne Karl Mannheims ¹⁶⁾ als "konservativen Reformismus" einzustufen.

"Dem konservativen Element, das sich im Bekenntnis zur Bundesrepublik, zur Demokratie und zur Wettbewerbswirtschaft äußert, kommt dabei die...Funktion zu, als Voraussetzung der Popularisierung eine Anpassung der Gewerkschaftsideologie an die konservative gesamtgesellschaftliche Ideologie, die der sich stabilisierenden Gesellschaft entspricht, zu vollziehen. Das reformistische Element, das im Thema der gerechten Verteilung des Sozialprodukts, der staatlichen Kontrolle der Wirtschaftsmacht und im Mitbestimmungskonzept hervortritt, hat die Funktion, die Interessen einer sozialen Gruppe an materieller Besserstellung und Teilhabe an Machtausübung wahrzunehmen" ¹⁷⁾.

Hondrich nähert sich damit der These von der "ideologischen Verschiebung", die van de Vall vertritt:

"In ihren Zielsetzungen wie in ihrer Politik wendet die westeuropäische Gewerkschaftsbewegung sich allmählich weniger gegen das bestehende Wirtschaftssystem, sofern es sich nicht um Korrektur spezifischer Mißstände handelt (vergessene Gruppen, Wohnungsnot, Inflation, Mitbestimmung). Infolgedessen bewegen sich die gesellschaftlichen Zielsetzungen der Industrie und der Gewerkschaften in der 2.Hälfte des 20.Jahrhunderts aufeinander zu" ¹⁸⁾.

15) W.I.Lenin, Was tun ?, in: Ausgewählte Werke, Bd.I, Berlin-Ost 1961, 166; vgl. auch ebenda, 174 ff. und 211.

16) Vgl. K.Mannheim, Das konservative Denken. Soziologische Beiträge zum Werden des politisch-historischen Denkens in Deutschland, in: Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik, Bd.57, 1927, 86.

17) K.O.Hondrich, Die Ideologien von Interessenverbänden, a.a.O., 166.

18) M.van de Vall, Die Gewerkschaften im Wohlfahrtsstaat, Köln/Opladen 1966, 12 f. - van de Vall begründet diesen Bewußtseinswandel damit, daß im Wohlfahrtsstaat "zahlreiche Ziele des Sozialismus verwirklicht worden" seien, vgl. ebenda, 46 ff.

Diese Konvergenzthese dient ebenso wie die Behauptung, die Gewerkschaften hätten die marxistische Kapitalismus-Kritik aufgegeben und "herrschende Ideologien" adaptiert, zur Klärung eines Sachverhalts, über den sich die meisten Autoren einig sind: daß eine grundlegende Veränderung des Gewerkschaftsbewußtseins eingetreten ist. Dieser Bewußtseinswandel sei von einer Veränderung des Gewerkschaftsverhaltens begleitet. Teils wird dieser Prozeß als Entfremdung von den "wahren" Gewerkschaftsaufgaben verstanden, teils als Emanzipation von "überholten Ideologien". Im ersten Fall schafft er neue Widersprüche, im zweiten Fall erlöst er die Gewerkschaften aus dem "klassischen" Widerspruch von Gewerkschaftstheorie und -praxis und aus ihrer "ideologischen" Isolation innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung¹⁹⁾. Im ersten Fall liefern sich die Gewerkschaften dadurch "fremden" Soziallehren und -theorien aus und geraten in einen Gegensatz zu ihrer Aufgabe, die "Klasseninteressen" der Arbeitnehmer wahrzunehmen, - und

- 19) Von Arbeitgeberseite wird diese Integrationsthese ebenfalls vertreten: "Zumindest für lange Zeit haben die Arbeitnehmerorganisationen sich als Kampfverbände zur Überwindung der bestehenden Ordnung begriffen. Ich meine aber feststellen zu dürfen, daß hier eine neue Entwicklung eingesetzt hat, und daß sich die Arbeitnehmerorganisationen ebenso wie die Arbeitgeberorganisationen...heute als Mitträger der gesellschaftlichen Ordnung sehen", vgl. J. H. Dufhues, in: Aufgaben und Stellung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland, Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung, 6, Köln/Opladen 1966, 61. - Diese Ansicht bestätigt K.H. Sohn, indem er feststellt: "Gewiß identifizieren sich die Gewerkschaften heute sehr viel mehr mit der Allgemeinheit und dem Staat, in dem sie leben, als dies früher der Fall war", vgl. K.H. Sohn, Berufsverband und Industriergewerkschaft, a.a.O., 32. - Motive des Widerstandes gegen eine gewerkschaftspolitische Neuorientierung nennt F. Deus: "Nicht wenige Gewerkschaftsführer glauben - gestützt auf Erfahrungen der Vergangenheit - , daß jede Form einer Zusammenarbeit mit dem Arbeitgeber, jede Art von Arbeitsgemeinschaft als Preisgabe ihrer grundsätzlichen Vorstellungen einer Neuordnung angesehen werden könnte, somit die gegenwärtige Ordnung stabilisieren könnte", vgl. F. Deus, Geschichte der Gewerkschaften und deren Verhältnis zu den Arbeitgeberverbänden, in: Aufgaben und Stellung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., loof.

damit zur Arbeitnehmerschaft selbst; im zweiten Fall werden sie erst jetzt fähig, ihre Ziele erfolgreich zu realisieren.

Sieht man einmal von der fragwürdigen These vom "Ende der Ideologien" ab, so läßt sich doch die These schwer widerlegen, daß, angesichts veränderter gesellschaftlicher Bedingungen und veränderten Verhaltens der Gewerkschaften, die gewerkschaftlichen "Leitbilder" früherer Jahrzehnte der Überprüfung bedürfen. Weil der "Anteil sozialistisch orientierter Gewerkschafter" nach 1945 vorübergehend "besonders hoch" gewesen sei, folgert Christmann,

"knüpfte man zwar zunächst noch an die Leitbilder der zwanziger Jahre an, befreite sich jedoch mehr und mehr von den 'marxistischen' Vorstellungen, die in den Freien (sozialistischen) Gewerkschaften bis 1933 noch einen erheblichen Einfluß ausübten. Wenn auch am Rand weiterhin noch 'linksradikale' ebenso wie christlich-ständische Vorstellungen in der Auseinandersetzung erkennbar sind, so handelt es sich dabei kaum noch um politisch wirksame Leitbilder, die die Gewerkschaftspolitik bestimmen. Die Praxis der in der Einheitsgewerkschaft zusammengeschlossenen Industrieverbände wird vielmehr immer stärker von Vorstellungen geleitet, die sich von den traditionellen sozialistischen und christlichen Leitbildern her nicht mehr erklären lassen" 20).

Christmann unterstellt damit, daß die Politik der westdeutschen Gewerkschaften in gleichem Maße wirklichkeitsnäher geworden sei, wie sie ihr soziales Bewußtsein und Selbstverständnis "entideologisiert" hätten. Der Rückgriff auf "marxistische" Vorstellungen erscheint ihm als ein taktisches Zugeständnis der Gewerkschaftsleitungen an den hinter dem Wandel der sozialen Realität zurückgebliebenen Bewußtseinsstand der Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder - nicht mehr als ein genuines "Klassenbewußtsein". Der gewerkschaftliche "Marxismus" wird als historische Reminiszenz interpretiert, als eine praktisch schon seit 1945 bedeutungslose Sentimentalität.

Was aber ist an die Stelle der "sozialistischen und christlichen Leitbilder" getreten? Während diese "Leitbilder" für Christmann Bedeutung gegenüber der Kommunikation zwischen Ge-

20) A.Christmann, Gewerkschaftsbewegung und Gewerkschaftstheorie, a.a.O., 99 f.

werkschaftsapparat und -mitgliedern hatten, spielen sie für Pirker nur noch eine Rolle in der Polemik gegen die Unternehmenschaft. Für Pirker ist der "gewerkschaftliche Sozialismus" ein Mittel in der "ideologischen" Auseinandersetzung mit den Unternehmern und erfüllt nicht mehr seine ursprüngliche Funktion der Verhaltensorientierung ²¹⁾. Weder seien die Gewerkschaften zum "Kampf" für ihre gesellschaftspolitischen Ziele bereit gewesen noch auch dazu, ihre gesamte organisatorische Macht dafür aufzubieten ²²⁾. Stattdessen und entgegen ihrer "ideologischen Proklamationen nach 1945" hätten sie sich auf die Wahrnehmung ihrer "traditionellen Aufgaben" im Bereich der Lohnpolitik und des Sozialversicherungswesens beschränkt ²³⁾. Den Vorwurf - und darin ist die Annahme ihrer Entscheidungsfreiheit enthalten -, die westdeutschen Gewerkschaften hätten sich objektiv falsch entschieden, hält Grebing unter Hinweis auf die objektiven Möglichkeiten für unbegründet, die sich den Gewerkschaften zwischen 1945 und 1949 boten:

"Der - wenn man will - revolutionär-sozialistische Impuls der Gewerkschaften zerbrach bald an einer veränderten Wirklichkeit, deren Struktur die Gewerkschaften kaum noch mitbestimmten. Die riesigen Aufbauleistungen nach 1945 erforderten offensichtlich ein so großes Maß an tagespolitischem Engagement, daß Weichenstellungen für grundsätzliche, strukturelle gesellschaftliche Veränderungen kaum erfolgten" ²⁴⁾.

Grebing teilt Christmanns Skepsis gegenüber den "überkommenen Leitbildern zur Bestimmung der Funktionen der Gewerkschaften in Gesellschaft und Staat - Klassenbewegung oder Standesbewegung, Arbeitsmarktorgan oder revolutionärer Kampfverband" ²⁵⁾. Nun ist freilich die nachträgliche Rechtfertigung der Gewerkschaftspolitik aus "tagespolitischer" Notwendigkeit schon deshalb problematisch, weil sie den Nachweis erfordert, daß in einer bestimmten historischen Konstellation keinerlei Entscheidungsalternativen bestanden haben.

21) T.Pirker, Die blinde Macht, 1.Teil, a.a.O., 18.

22) Ders., Die Gewerkschaften als Versicherungsbetrieb, a.a.O., 18 f.

23) Ebenda, 8; vgl. auch ebenda, 21.

24) H.Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., 273; vgl. auch ebenda, 274 f.

25) Ebenda, 281.

Das Problem, ob und inwieweit in den westdeutschen Gewerk - schaften noch traditionelle "Leitbilder" erhalten sind und ob sie überhaupt, sofern sie existieren, noch "praktische" Bedeutung besitzen, läßt zwei weitere Antworten zu. Während die bisher behandelten Urteile darin übereinstimmen, daß sich die heutige Gewerkschaftspolitik nicht mehr an traditionellen "Leitbildern" orientiert - wovon insbesondere das revolutionäre und christliche betroffen sind - , sind andere Autoren gegen - teiliger Ansicht. Für sie steht fest, daß das heutige Gewerk - schaftsbewußtsein noch beherrscht, zumindest aber beeinflusst wird von jenen Traditionen. Diese Tatsache wird je nach Her - kunft und begrifflichem Ansatz der Autoren teils positiv, teils negativ bewertet.

Hirsch nimmt dabei insofern eine Zwischenstellung ein, als er zwar die Hinwendung der westdeutschen Gewerkschaften zu einer reformistischen Politik und ihre Abwendung von marxistischer Kritik der bestehenden Eigentums-, Herrschafts- und politi - schen Strukturen konstatiert, zugleich aber auch ihr Festhal - ten an "antikapitalistischen" Gesellschaftsvorstellungen, an der traditionellen Emanzipationserwartung der deutschen Arbei - terbewegung. Das Bindeglied zwischen Praxis und gesellschafts - politischen Zielen der DGB-Gewerkschaften scheint ihm mit dem Rückgang der marxistisch operierenden Gesellschaftskritik ver - lorengegangen zu sein. Nach Hirsch zeichnen sich die westdeut - schen Gewerkschaften durch Orientierung an einer "soziali - stisch geprägten Vorstellung einer gerechten und auf die we - sensmäßige Gleichheit aller Menschen gegründeten Wirtschafts - und Sozialordnung" vor anderen, vom "ideologielosen, pragmati - schen Zweckdenken" erfüllten öffentlichen Verbänden aus ²⁶⁾. Aus der "Diskrepanz zwischen revolutionären Zukunftshoffnun - gen und reformistischer Praxis" ergebe sich "eine tiefgreifen - de Ambivalenz im Denken ihrer führenden Mitglieder" ²⁷⁾. Hirsch verdeutlicht seine Ansicht, daß solche "Zukunftshoffnungen" vergangenen Zeiten entstammen, nicht aber mit der gegenwärti - gen sozialen Realität vermittelt sind, indem er sie "latent

26) J. Hirsch, Die öffentlichen Funktionen der Gewerkschaf - ten, a.a.O., 33.

27) Ebenda, 40 f.; vgl. auch ebenda, 38 f.

wirksame Überreste einer revolutionären, antikapitalistischen Klassenideologie" nennt 28).

In ihrer Kritik der Verfestigung und Verselbständigung gewerkschaftlichen Bewußtseins gegenüber dem Gewerkschaftshandeln gehen andere Autoren insofern weiter als Hirsch, als sie sich dabei auf alle Komponenten des Gewerkschaftsbewußtseins, einschließlich ihres Sozial- und Selbstverständnisses, beziehen. Obwohl, meint Braun,

"die positiven und negativen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung, einschließlich ihrer reformistischen und revolutionären Tendenzen, in den Kriegen und Bürgerkriegen der letzten 50 Jahre in Frage gestellt, gebrochen und - durch politische Verfälschung - auch korrumpiert worden" seien, bleibe "die Praxis der deutschen Arbeiterbewegung - und das ist heute vor allem die gewerkschaftliche Praxis - von diesen Ideen und den dahinterstehenden Traditionen beherrscht. Selbst die lebhaft innergewerkschaftliche Diskussion bleibt befangen innerhalb der traditionellen Einstellungen der Arbeiterbewegung zur gesellschaftlichen Wirklichkeit" 29).

Braun arbeitet nicht mit jenem ebenso bequemen wie zweifelhaften Verfahren, das andere Autoren anwenden, die, ausgehend von einem vulgarisierten "Ideologie"-Begriff, die Theorie-Praxis-Beziehung undialektisch reflektieren. Deshalb erliegt er nicht der Versuchung, der Gewohnheit der Theorie-Praxis-Gegenüberstellung zu verfallen. Gegenstand von Brauns Gewerkschaftskritik ist das - seiner Meinung nach - falsche Verhältnis der westdeutschen Gewerkschaften zur Gewerkschaftsgeschichte. Ihr Traditionalismus stehe einer Fortentwicklung, nicht einer "Entideologisierung", ihres Bewußtseins im Wege. Ist diese Kritik berechtigt, so muß sie sich auch gegen jene Autoren wenden, die aus dem bloßen Umstand, daß der DGB offiziell seine Neuordnungsprogramme noch nicht revidiert hat, unkritisch auf den Bewußtseinsstand der Einzelgewerkschaften schließen:

28) J.Hirsch, Die öffentlichen Funktionen der Gewerkschaften, a.a.O., 41; vgl. auch ebenda, 40.

29) S.Braun, Die Gewerkschaften als "Verband von Arbeitsplatzbesitzern", in: Zwischen Stillstand und Bewegung, a.a.O., 35 f.; vgl. auch ebenda, 31.

"Sie (d.h. die westdeutschen Gewerkschaften - d.Verf.) halten sich selbst...für eine 'soziale Bewegung', die aus der gesellschaftlich-kulturellen Bedrängnis der Arbeitnehmer ihre Kraft schöpft und eine neue Ordnung des menschlichen Zusammenlebens erstrebt" 30);

"Im Selbstverständnis der deutschen Gewerkschaften überwiegt die Meinung, daß der demokratische und soziale Rechtsstaat nicht erreichter Zustand, sondern Ziel ständiger Annäherung ist, und daß die Gewerkschaften ein wichtiges Instrument solcher Annäherung sein sollen" 31).

Entscheidend ist ja nicht, ob antikapitalistische "Gegenbilder" als solche in die Beschlüsse von Gewerkschaftstagen aufgenommen werden, sondern ob sie nachweislich verhaltensorientierend fungieren. Sie mögen über den Bewußtseinsstand einer Mehrheit der Delegierten Aufschluß geben, bedürfen aber doch, um praxisbezogen zu sein, der Umsetzung in gewerkschaftspolitische Maximen.

Von Vertretern der katholischen Soziallehre und ihres spezifischen Gewerkschaftsbegriffs wurde in den fünfziger Jahren das Einheitsgewerkschaftsprinzip mit dem Argument kritisiert, in Wirklichkeit herrsche in den Gewerkschaften nicht die geforderte "weltanschauliche" Pluralität, sondern dominiere ein unchristlicher "Sozialismus" marxistischer Prägung. Statt aber zu erklären, inwiefern gewerkschaftliche Zielvorstellungen "marxistisch" seien, blieb es hier bei dem generalisierenden Vorwurf,

"daß in die Zielsetzung der neuen deutschen Gewerkschaftsbewegung politische Zielsetzungen sozialistischer Herkunft entscheidend eingebaut sind. Die Forderungen nach Planwirtschaft, Vollbeschäftigung, kollektiver Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie zeigen in ihrem gewerkschaftlichen Verständnis weitestgehende Verwandtschaft mit sozialistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsauffassung" 32).

In der antikommunistischen Euphorie der fünfziger Jahre schien schon der Verdacht "sozialistischer" Gesinnung für eine Verurteilung der Gewerkschaften zu genügen. Neben Reichel war es

30) O.Stammer, in seinem Vorwort zu W.Hirsch-Weber, Gewerkschaften in der Politik, a.a.O., X.

31) A.Klönne (Hg.), Demokratischer und sozialer Rechtsstaat. Dokumente zur Gewerkschaftspolitik, Bochum 1964, 32 f.

32) H.Reichel, Die deutsche Einheitsgewerkschaft und ihr geistiger Standort, a.a.O., 95 f.

vor allem Briefs, der den Standort der DGB-Gewerkschaften so charakterisierte:

"Die vorwaltende weltanschauliche Haltung des großen Blocks der Gewerkschaften ist schließlich doch bestimmt durch Restbestände der marxistischen Vergangenheit wie von einem Vulgärliberalismus, der vom 19. Jahrhundert überkommen ist. Die konservative christliche Komponente ist überall schwach" 33).

Für Briefs stand es fest, "daß bestimmte Kategorien von weltanschaulich-liberalen und Marxschen Denken im Bewußtsein und Fühlen der Arbeiterbewegung und mancher ihrer Führer noch dominant sind". Freilich räumte er ein, ein Teil der leitenden Gewerkschaftsfunktionäre sei diesem "sehr gefährlichen Vorstellungsgemisch" gegenüber "skeptisch" geworden 34). Bemerkenswert ist, daß sich Briefs auch gegen "liberale", nicht nur gegen "marxistische" Bestandteile des Gewerkschaftsbewußtseins wandte, während Reichel nur von letzteren sprach. Auch stellten beide Autoren schon damals - und hierin pflichteten ihnen "linke" Kritiker der westdeutschen Gewerkschaften, wie Abendroth und Pirker, bei - die Tendenz zu einer Neuorientierung der Gewerkschaftspolitik fest. Nach Reichel vollzog sich "ein sehr positiver Wandel im gewerkschaftlichen Denken" im Vergleich zur Vorkriegszeit. "Der Sinn und Wille zur Verantwortung um das Gemeinsame in Gesellschaft, Staat und Wirtschaft" seien "beherrschend" geworden. "Man will mitgestalten, mitverantworten" 35). Diese Wende schien ihre Forderung

-
- 33) G.Briefs, Zwischen Kapitalismus und Syndikalismus. Die Gewerkschaften am Scheideweg, München 1952, 112. - Für H.G. Trummel ist die "Mehrzahl der Gewerkschafter im sozialistischen Gedankengut verwurzelt", eine Minderheit im christlichen, vgl. H.G.Trummel, Die Geschichte der Gewerkschaftstheorie, a.a.O., 150.
- 34) G.Briefs, Zwischen Kapitalismus und Syndikalismus, a.a.O., 19. - Unter "Vulgärliberalismus" bzw. "weltanschaulich-liberalen Denken" versteht G.Briefs nicht die klassische liberale Ökonomie, sondern eine "vulgarisierte" Form Keynesianischer Konsum-, Vollbeschäftigungs- und Stabilitätspolitik, vgl. ebenda, 94-98. - Über die Rezeption des Keynesianismus und die Verdrängung der Marxschen politischen Ökonomie durch die DGB-Gewerkschaften vgl. T.Pirker, Die blinde Macht, 1.Teil, a.a.O., 206 f. Daß das Gewerkschaftsbewußtsein von Anbeginn durch einen "universalen Ökonomismus" bestimmt war, behauptet S.Braun, Die Gewerkschaften als "Verband von Arbeitsplatzbesitzern", a.a.O., 33.
- 35) H.Reichel, Die deutsche Einheitsgewerkschaft und ihr geistiger Standort, a.a.O., 92.

nach einer Gewerkschaftsreform zu legitimieren, stellt aber zugleich die Diagnose dieser Autoren in Frage, marxistische Traditionen seien nach wie vor innerhalb der Einheitsgewerkschaft vorherrschend. Das gilt auch für von Nell-Breuning, der den westdeutschen Gewerkschaften zwar keine "christlich-konservative" Politik empfahl, sondern eine liberal-pragmatische nach amerikanischen Vorbildern, jedoch, ebenso wie Reichel und Briefs, gleichzeitig den gewerkschaftlichen Rückfall "in Denkformen und in eine Vorstellungswelt..., die mit der heutigen Lage und den heutigen Funktionen der Gewerkschaften nichts mehr gemein hat", bedauerte ³⁶⁾ und lobend erwähnte, die Gewerkschaften meinten ihr "Bekenntnis zur Mitverantwortung...durchaus ernst" ³⁷⁾.

Die Divergenz im Urteil über die "Leitbilder" der westdeutschen Gewerkschaften - darauf sei abschließend hingewiesen - vergrößert sich dadurch, daß eine dritte Gruppe von Autoren mit Recht (und auf dieser Linie liegen auch die Resultate dieser Untersuchung) jegliche einheitliche und eindeutige Festlegung der westdeutschen Gewerkschaften auf ein bestimmtes "Leitbild" bestreitet. Für sie sind weder die "Entideologisierung" noch der gewerkschaftliche Traditionalismus und "Rückfall" in den Marxismus Aussagen, die für a l l e westdeutschen Gewerkschaften typisch sind. Diese Autoren weigern sich, solche Erscheinungen für schlechthin allgemeingültig zu halten. Zentner ist der Ansicht,

"daß es heute kein allgemeingültiges und auch kein offiziell postuliertes Selbstverständnis der DGB-Gewerkschaften gibt". Daher bleibe man "bei der Ergründung desselben notgedrungen auf einzelne, den Gewerkschaften nahestehende Stimmen verwiesen, aus denen sich doch einigermaßen der allgemeine Grundgehalt des gewerkschaftlichen Selbstverständnisses erschauen läßt" ³⁸⁾.

Unter gewerkschaftstheoretischem Aspekt und entgegen dem Anschein, der von der DGB-Programmatik ausgeht, widersetzt sich auch Trummel dieser verbreiteten Annahme:

36) O.von Nell-Breuning, Selbstverständnis und Selbsterkenntnis der Gewerkschaften, a.a.O., 7.

37) Ebenda, 4.

38) C.Zentner, Das Verhalten von Georg Leber, a.a.O., 95.

"Die Unterschiedlichkeit, ja Gegensätzlichkeit der Meinungen zeigte ja, wie wenig die Frage des Gewerkschaftsauftrages in der Gewerkschaftsbewegung selbst schon geklärt ist. Jede 'von außen' kommende Kritik wird diese gegensätzlichen Stellungnahmen zu berücksichtigen haben, solange jedenfalls, bis der - unwahrscheinliche - Fall eintritt, daß eine 'offizielle Gewerkschaftstheorie' verkündet wird" 39).

Wie sich gezeigt hat, ist selbst bei den Gewerkschaften nahestehenden Autoren kein Konsensus über Notwendigkeit und Gestalt von Gewerkschaftstheorien vorhanden 40). Die Analyse des Gesellschaftsbildes und Selbstverständnisses dreier repräsentativer Gewerkschaften der BRD hat obendrein nachgewiesen, wie sehr in jener Hinsicht ihre Einstellungen voneinander abweichen 41). Bis heute ist das bei der Analyse der westdeutschen Gewerkschaften übliche Verfahren auf der Prämisse aufgebaut, es existiere eben diese Homogenität in den "Grundsatzfragen", mit der verglichen die Flügel- und Richtungs- bildung innerhalb des DGB als weniger wichtig gilt 42). Dabei mangelt es bei den einzelnen Autoren sowohl an präzisen wie allgemeinverbindlichen Begriffsbestimmungen von Kategorien wie Marxismus, Reformismus, Revisionismus und Pragmatismus, die bis heute die Diskussion von Gewerkschaftsproblemen beherrschen.

39) H.G.Trummel, Die Geschichte der Gewerkschaftstheorie, a.a.O., 136; vgl. auch ebenda, 115.

40) Vgl. Kapitel I b) u. c).

41) Vgl. Kapitel V b) 3.

42) Von Nell-Breuning meint dazu: "Vielleicht möchte man glauben, die hier angedeuteten Widersprüche und Unvereinbarkeiten im Selbstverständnis der Gewerkschaften ließen sich dadurch ausräumen, daß man die gegensätzlichen Auffassungen auf verschiedene Gewerkschaften verteilt, bzw. einer Gewerkschaft eine mehr revolutionär-klassenkämpferische, einer anderen eine mehr evolutionär-sozialpartnerische Haltung und Denkweise zuschreibt. Unterschiede solcher Art zwischen verschiedenen Gewerkschaften gibt es zweifellos; soweit aber nicht Richtungsgewerkschaften in die Betrachtung einbezogen werden, dürfte es sich doch um nicht viel mehr als um Akzentverlagerungen handeln, die vielleicht im Temperament bestimmter führender Persönlichkeiten begründet liegen". Vgl. O.von Nell-Breuning, Selbstverständnis und Selbsterkenntnis der Gewerkschaften, a.a.O., 6.

d) Schlußfolgerungen

Ein abschließendes Urteil über die Befunde, die bei der Interpretation des gewerkschaftlichen Gesellschaftsbildes und Selbstverständnisses gewonnen worden sind, läßt sich nicht allein mit Hilfe der Kriterien und Resultate neuerer Gewerkschaftsanalysen bilden. Es liegt auf der Hand, daß die Bewußtseinsstrukturen der IGM, BSE und DAG schwerlich vollkommen den "Leitbildern" entsprechen, die darin verwendet werden. Zwar hat sich das Gesellschaftsbild und Selbstverständnis dieser drei Gewerkschaften als in sich abgeschlossen - wenn auch nicht konsistent - erwiesen und ist daher identifizierbar; dennoch haben sie nicht den Rang idealtypischer "Leitbilder". Stattdessen scheinen sie aus einer Vielfalt einzelner Aussagen zu bestehen, aus denen sich bestimmte durchgehende und charakteristische Momente abstrahieren lassen. Wohl aber kann man prüfen, ob IGM, BSE und DAG ein Bewußtsein artikuliert haben, in dem traditionelle "Leitbilder" wiederzuerkennen sind. Mit dieser Gegenüberstellung wird im folgenden ein Vergleich mit jenen Resultaten verbunden, die andere Autoren bei der historisch-theoretischen Erforschung der westdeutschen Gewerkschaften ermittelt haben.

Gesellschaftsbild und Selbstverständnis westdeutscher Gewerkschaften korrelieren weitgehend ⁴³⁾. Das ständische Moment im Gesellschaftsbild der DAG ist auch in ihrem Selbstverständnis als einer berufsständischen Gewerkschaft enthalten. In ihr pluralistisches Gesellschaftsbild fügt sich die BSE als "Ordnungsfaktor" und "Sozialpartner" ein. Die IGM ihrerseits folgert aus ihrem Bild einer "antagonistischen Klassengesellschaft" die Notwendigkeit, die Arbeitnehmer in einer Emanzipations- und Massenbewegung nach dem "Gegenmacht"-Prinzip zu vereinen und handeln zu lassen. Eine restriktive Auslegung der Gewerkschaftsaufgaben in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, in der die Gewerkschaft nicht als Klassenorganisation, sondern als berufsständischer Interessenverband beziehungswei-

43) Vgl. weiter oben S.288 f.

se Arbeitnehmergeinschaft fungiert, geht mit dem Bild einer bereits prinzipiell realisierten, egalitären und "freien Gesellschaft" einher. Wird die Gewerkschaft jedoch als "Gegenschmacht" und Klassenorganisation begriffen, so liegt dem die Vorstellung zugrunde, die bestehende Gesellschaft habe ihre zentralen Widersprüche keinesfalls überwunden, so daß erst durch eine umfassende und autonome Vertretung der Arbeitnehmerinteressen die Klassengegensätze, schließlich auch Herrschaft und Ausbeutung beseitigt werden können.

Diese Zuordnung schließt nicht vollständige Identität aller Einzelvorstellungen mit einem dieser Strukturmuster ein; Abweichungen ergeben sich zumal dann, wenn man den Bewußtseinswandel der Gewerkschaften im Verlauf der beiden letzten Jahrzehnte berücksichtigt. Auch muß darauf hingewiesen werden, daß sich das gewerkschaftliche Selbstverständnis nicht nahtlos in das gewerkschaftliche Gesellschaftsbild einpassen läßt. Beides wären falsche Abstraktionen, die die Bewußtseinsbildung von IGM, BSE und DAG nachträglich rationaler erscheinen lassen, als sie gewesen ist.

Bei der Befragung von Hüttenarbeitern hat man herausgefunden,

"daß eine Wechselbeziehung zwischen der spezifischen Verortung des Arbeiters in der Gesamtgesellschaft und dem Bild besteht, das er sich von dieser Gesamtgesellschaft macht" 44).

"Wechselbeziehung" soll heißen:

"Die Begriffe 'Verortung' und 'Gesellschaftsbild' setzen sich...wechselseitig voraus. Als Moment eines Gesellschaftsbildes werden nur Vorstellungen bezeichnet, aus denen eine bestimmte gesellschaftliche Verortung ersichtlich ist. Umgekehrt wird die eigene Verortung mit Hilfe eines Gesellschaftsbildes vollzogen - aber auch in Form eines Gesellschaftsbildes übernommen" 45).

Als kollektives, unpersönliches ist das Gewerkschaftsbewußtsein von dem Gesellschaftsbild einzelner Arbeiter wesensverschieden 46). Zulässig ist daher allenfalls, beide Bewußtseinsqualitäten und deren Strukturen in Analogie zu setzen.

44) H.Popitz et al., Das Gesellschaftsbild des Arbeiters, a.a.O., 242.

45) Ebenda, 9.

46) Vgl. weiter oben S.46 ff.

Nur unter dieser Bedingung lassen sich die Untersuchungsergebnisse dieser Arbeit mit den bei der Befragung von Hüttenarbeitern gewonnenen vergleichen. In dem folgenden Resümee werden außer dieser auch soziologische Analysen empirischer oder theoretischer Art herangezogen, die das Sozialbewußtsein anderer Personengruppen zum Gegenstand haben. Berücksichtigt werden auch speziell die weiter oben referierten, widersprüchlichen Aussagen über den Bewußtseinsstand und -wandel der westdeutschen Gewerkschaften ⁴⁷⁾. In Hinblick auf deren Gesamtverfassung ergibt sich:

1. Das Fortbestehen ständisch-elitären Bewußtseins: Trotz des Übergangs zum Einheitsgewerkschaftsprinzip, für den sich die meisten westdeutschen Gewerkschaften bereits kurz nach Kriegsende entschieden hatten, besteht ein von ständischen und elitären Kategorien und Denkschemata geprägtes Gewerkschaftsbewußtsein fort. Dieses Bewußtsein manifestiert sich in den Werten der vorindustriellen Arbeitswelt (Arbeit als "Dienst", die persönliche Bindung an den Dienstherrn), die, auf die Gesellschaft übertragen, zu bedingungsloser Einordnung in eine apriorische "Gemeinschaft" aller und zum Gehorsam gegenüber einer, Volk und Staat lenkenden, "Führungselite" verpflichten. Diese "Führung" bedarf der Legitimierung durch das Volk, das, als "Masse", im übrigen zu politischer Passivität verurteilt ist. Die "Führung" rekrutiert sich als "Leistungs"- und "funktionale Elite", nicht nach sozialer Herkunft oder Geburt; das Leistungsprinzip modifiziert dieses ständisch-elitäre Denken so, daß es mit formal-demokratischen Normen vereinbart werden kann, hebt seine Struktur als solche jedoch nicht auf. Die Gesellschaft soll, im Sinne einer unverändert ständischen Ordnung, hierarchisch gegliedert sein und ein als "Organismus" interpretiertes, konfliktfreies "Ganzes" bilden, dessen Ordnung und Wertsystem der Staat verkörpert und garantiert. - In dieses Gesellschaftsbild ist die Vorstellung von der beispielhaften Wert- und Leistungsorientierung der Angestellten als

47) Vgl. Kapitel VI c).

einer für "Führungsaufgaben" prädestinierten, besonderen Arbeitnehmergruppe einbezogen. Dieser Vorstellung steht die ökonomische Abhängigkeit der Angestellten, die sie mit den Arbeitern teilen, entgegen; daher war ihnen eine Emanzipation vom Arbeitnehmerstatus bis heute nicht möglich, empfinden sie sich weiterhin als Arbeitnehmer⁴⁸⁾. Die Gewerkschaft tritt neben den Interessen bestimmter Berufsgruppen ausschließlich die des übergeordneten "Gemeinwohls", nicht auch die der Arbeitnehmerschaft insgesamt. Der einzelnen Berufsgruppe gegenüber tritt sie als Interessenverband auf, dem "Gemeinwohl" gegenüber als "Ordnungsfaktor", gegenüber dem gesellschaftlichen "Ganzen" als dessen "Glied".

Dieses Gesellschaftsbild und Selbstverständnis, das sich auf die DAG beschränkt, entspricht in seinen Grundzügen dem Bild der "statischen Ordnung" der von Popitz et al. entwickelten Gesellschaftsbildtypologie⁴⁹⁾. Charakteristisch für das Gesellschaftsbild des "statischen Ordnungsgefüges" seien "Zufriedenheit mit den gesellschaftlichen Verhältnissen", Glaube an ihre Beständigkeit und die Vorstellung von der Gesellschaft als einem "Gefüge" "sinnvoller und notwendiger gesellschaftlicher Funktionen"⁵⁰⁾. Im Unterschied zu diesem Gesellschaftsbildtyp enthält das gewerkschaftliche "Ordnungs"-Bild das Moment absoluter Konfliktlosigkeit als gesellschaftlichem Idealzustand und die Negation einer Interessenpluralität. Darüberhinaus besitzt es ausgeprägt ständisch-elitäre Momente, die Popitz et al. im Gesellschaftsbild von Arbeitern nicht vorfanden. Vor allem aber dominiert hier das hierarchische Moment, während die Industriearbeiter, im Gegensatz zu den Angestellten, die Gesellschaft überwiegend als Dichotomie verstehen⁵¹⁾. Mit Habermas könnte man dieses gewerkschaft -

48) H.Popitz et al. stellten fest, daß sich das Gesellschaftsbild des Arbeiters aus einem "Leistungs"- und einem "Kollektiv"-Bewußtsein zusammensetzt. Wäre das "berufsspezifische Leistungsbewußtsein...allein oder überwiegend bestimmend, so würde es zur Auflösung des Zusammengehörigkeitsgefühls der Arbeiterschaft führen", vgl. H.Popitz et al., Das Gesellschaftsbild des Arbeiters, a.a.O., 238.

49) Ebenda, 192.

50) Ebenda, 192 f.

51) Ebenda, 237 u. 242.

liche Gesellschaftsbild als konservatives bezeichnen, weil darin die Gesellschaft als ein "hierarchisch geordneter Ständeorganismus" erscheint ⁵²⁾. Das Merkmal des Konservativen spiegelt sich vor allem in der von vorindustriellen Wertvorstellungen geleiteten Kritik der Auflösung traditionaler "Gemeinschaften" infolge der Industrialisierung. Diese Kritik wendet sich gegen "Vermassung", "Kollektivismus", "Entpersönlichung" und Überbewertung der "seelenlosen" Technik, die den sozialen, beruflichen und materiellen Status der Angestellten und damit deren Privilegierung gegenüber den Arbeitern bedrohen. In der Fixierung an strikte Trennung der Angestellten von den Arbeitern aktualisiert sich die Orientierung an vorkapitalistisch-vorindustriellen Sozialbeziehungen mit der Konsequenz, daß das Interesse an der Bewahrung des Erreichten, nicht der Wunsch nach "sozialem Fortschritt", die Gewerkschaftspolitik motiviert.

Dieses ständisch-elitäre Gewerkschaftsbewußtsein ist historisch vor dem der modernen deutschen Gewerkschaften, die sich bereits vor 1914 von ständisch-zünftlerischen Vorbildern abgewandt hatten, zu lokalisieren. Die Problematik von Reform und Revolution tangiert es noch nicht. Auch das "liberale Leitbild" der Gewerkschaftspolitik versagt hier, identifiziert es sich doch a priori mit der bestehenden kapitalistischen Ökonomie und den darauf basierenden Eigentums- und Herrschaftsstrukturen. Christmann erwähnt das Vorhandensein "christlich-ständischer Vorstellungen" ⁵³⁾, übersieht dabei jedoch, daß solche Vorstellungen für das Gesellschaftsbild und Selbstverständnis einer westdeutschen Gewerkschaft mittlerer Größe, wenn auch ohne die "christliche" Komponente, bis heute typisch sind.

2. Das Vordringen von Pluralismus-Vorstellungen: Verbreiteter als das ständisch-elitäre Gewerkschaftsbewußtsein ist heute das Bild einer Gesellschaft, die auf dem Ausgleich unterschiedlicher Interessen beruht. "Arbeit" und "Kapital" stel-

52) J.Habermas, Das Gesellschaftsbild, a.a.O., 152.

53) A.Christmann, Gewerkschaftsbewegung und Gewerkschaftstheorie, a.a.O., 99.

len die beiden wichtigsten Kontrahenten im permanenten Neben- und Gegeneinander partikularer Interessen dar. Das System, welches das freie Austragen ihrer Konflikte erlaubt und auf ein systemverträgliches Maß begrenzt, ist die "Sozialpartnerschaft" von "Arbeit" und "Kapital". Sie löst den "Klassenkampf" ab, indem sie, bei wechselseitiger Anerkennung der "Partner" ⁵⁴⁾, deren Kooperation in der Lösung zentraler gesellschaftlicher Probleme ermöglicht. Die gegenseitige Anerkennung von "freien Gewerkschaften" und "freiem Unternehmertum" ist gleichbedeutend mit ihrem Konsensus in dem Wunsch nach Erhaltung des bestehenden, auf "Eigentum und Freiheit" beruhenden sozialen Systems und nach einer Vollendung der sozialen Integration der prinzipiell schon emanzipierten Arbeitnehmer. "Soziale Befriedung" soll die Integrität dieses Sozialsystems für alle Zeiten gewährleisten.

Dieses Gesellschaftsbild und Selbstverständnis, das die BSE vertritt und das darüberhinaus mehr und mehr bei der DAG ständisch-elitäres Bewußtsein, bei der IGM den klassentheoretischen Ansatz und Systemkritik zu verdrängen scheint, greift, wie das ständisch-elitäre Bewußtsein, auf die dubiose Kategorie des "Gemeinwohls" zurück. In dieser Kategorie schlagen sich ökonomische Wertvorstellungen nieder, die aus der Erfahrung der Dauer-Prosperität der Nachkriegszeit abgeleitet sind und denen die Einzelinteressen aller Individuen und sozialen Gruppen, namentlich aber der "Sozialpartner", untergeordnet werden. "Gemeinwohl" symbolisiert einen gesamtgesellschaftlichen Zielkonsensus und das Bewußtsein des Aufeinander-Angewiesenseins aller. Es realisiert sich im pluralistischen Interessenausgleich, bei dem das Sozialprodukt auf die an seiner Bildung Beteiligten verteilt wird. Entsprechend gilt eine Veränderung der bestehenden Eigentumsverteilung nur dann als legitim, wenn dabei keine elementaren Interessen des "Kapitals" verletzt werden.

54) Tatsächlich trug den deutschen Gewerkschaften ihre Zustimmung zur "Arbeitsgemeinschafts"-Politik bereits 1918 die Anerkennung durch die Arbeitgeberschaft ein, vgl. J.Kurth, Geschichte der Gewerkschaften in Deutschland, a.a.O., 76.

Die Übernahme von Integrations- und die Preisgabe von Emanzipationsaufgaben hat für die Gewerkschaften die Neubestimmung ihres traditionellen Selbstverständnisses zur Folge. Ihre Unterwerfung unter die Verhaltensmaximen des "Gemeinwohls" zwingt die Gewerkschaften, ihre Tätigkeit auf die Distributionssphäre zu konzentrieren. Eine weitere Beschränkung erfahren sie durch die Trennung eines "staatsfreien" von einem "politischen" Raum. Sie haben ihre Auseinandersetzung mit den Unternehmern und Unternehmerverbänden auf den Konfliktbereich "Gesellschaft" zu begrenzen, weil nur so der Staat und seine Willensbildung außerhalb des gesellschaftlichen Spannungsfeldes bleiben können. Der gewerkschaftliche Verzicht auf ein politisches Mandat korrespondiert einem Verständnis politischer Demokratie, das die Ausübung des Wahlrechts durch die Bürger als einzige legitime politische Aktivität begreift, im übrigen aber den politischen Entscheidungsprozeß, ähnlich wie das ständisch-elitäre Gewerkschaftsbewußtsein, einer Minderheit von Berufspolitikern anvertraut. Im Bild der integrierten Gewerkschaft ist der Staat Träger der "Ordnung" der Gesamtgesellschaft, die Gewerkschaft als "Ordnungsfaktor" Stütze dieser "Ordnung". Staat und Gesellschaft treten ihr als invariable Rahmenbedingungen ihres Handelns gegenüber. Ihr Bemühen um eine ständige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer hält sich innerhalb der dadurch gezogenen Grenzen. Auf diese Weise ist die Anpassung des traditionellen Selbstverständnisses der "freien Gewerkschaften", das sie als "soziale Bewegung" definierte, an das Selbsterhaltungsinteresse des entwickelten kapitalistischen Wirtschaftssystems und Gesellschaftssystems erreicht.

Dieses Gesellschaftsbild und Selbstverständnis, das, wie das ständisch-elitäre, die gesamtgesellschaftliche Funktion der Gewerkschaften als Stabilisierungsaufgabe versteht, entspricht Lepsius' Begriff der "Subkultur", die, im Gegensatz zur "Gegenkultur", das "Gesamtsystem" der Gesellschaft nicht in Frage stellt. Subkulturelle Gesellschaftsbilder haben nach Lepsius heute die des "Bürgertums" und des "Proletariats"

abgelöst ⁵⁵⁾. Vergleicht man das Bild der integrierten Gesellschaft und Gewerkschaft mit der von Popitz et al. aufgestellten Typologie - und das liegt umso näher, als der dort angewandte Begriff des "Gesellschaftsbildes" auch hier zugrunde liegt - , so kann man es als eine Annäherung an den Gesellschaftsbildtyp der "progressiven Ordnung" betrachten. Dieser Typ wird von Popitz et al. durch das Bewußtsein, den eigenen materiellen und sozialen Status verbessert zu haben, die Anerkennung der "Funktion der Arbeitgeber", die Aufgabe eines Herrschaftsanspruchs der Arbeiterschaft, durch Vertrauen in das bestehende System des Interessenausgleichs und den Glauben an die "Vernunft" als Verständigungsmittel von "Arbeit" und "Kapital" definiert:

"Nicht eine neue Ordnung, sondern eine bessere Verteilung wird gefordert...Auch das gegenwärtige Verteilungsprinzip wird anerkannt, - es kommt lediglich noch nicht ausreichend zur Geltung" ⁵⁶⁾.

Auf der anderen Seite aber glaube man, daß bis zur Vollendung der sozialen Gerechtigkeit "noch mehr erreicht werden kann, daß es weitergeht" und die "gegenwärtige Ordnung...nicht statisch, sondern progressiv" sei ⁵⁷⁾. Popitz et al. messen diesem Gesellschaftsbildtyp neben dem der "Dichotomie als kollektives Schicksal" eine "ausschlaggebende Bedeutung" bei:

"Der Typus zwei hat das Erbe jenes proletarischen Bewußtseins angetreten, das einst die marxistische Theorie aufnahm und assimilierte. Der kompromißlose Glaube an die eigene Sendung ist allerdings weitgehend verloren gegangen. Erhalten aber hat sich ein spezifisches Selbstverständnis, das sich auf neue Gegebenheiten einstellen kann, ohne die Sicherheit einer eigenen Position zu verlieren" ⁵⁸⁾.

Ob dies auch für das Gesellschaftsbild und Selbstverständnis der westdeutschen Gewerkschaften zutrifft, ist freilich zweifelhaft, vermißt man doch dort das Merkmal der "eigenen" Position weitgehend.

55) M.R.Lepsius, Zum Wandel der Gesellschaftsbilder in der Gegenwart, a.a.O., 457; vgl. auch M.van de Vall, Die Gewerkschaften im Wohlfahrtsstaat, a.a.O., 130.

56) H.Popitz et al., Das Gesellschaftsbild des Arbeiters, a.a.O., 193 ff.

57) Ebenda, 197 ff.

58) Ebenda, 247.

Weder der Vergleich des dichotomischen mit dem hierarchischen Gesellschaftsbild noch die Alternative von reformistischer und revolutionärer Gewerkschaftspolitik sind geeignet, das Verständnis gewerkschaftlicher Vorstellungen von gesellschaftlicher Pluralität und Harmonie zu vertiefen. Offensichtlich handelt es sich hier nicht um eine bloße Revision marxistischer Einstellungen und ihre Anpassung an die Bedingungen der westdeutschen Gesellschaft. Eher ist die Behauptung plausibel, die westdeutschen Gewerkschaften hätten sich von überkommenen "Leitbildern" der Gewerkschaftspolitik abgekehrt. Das von der BSE vertretene Gesellschaftsbild und Selbstverständnis scheint kein spezifisch gewerkschaftliches "Leitbild" mehr zu bilden, sondern ein Konglomerat allgemein verbreiteter "Ideologien" über die gesellschaftliche Rolle der Verbände in der "pluralistischen Gesellschaft" der Gegenwart. Richtig ist auch, wie manche Autoren meinen ⁵⁹⁾, daß dieses Bewußtsein ausgeprägt "korporative" Momente enthält, insofern es den gesellschaftlichen Prozeß als geordnete Auseinandersetzung von Großgruppen deutet, die sich als "Stände" neuer Art gegenüberstehen.

3. Die Verfestigung und Auflösung systemkritisch-sozialreformistischen Bewußtseins: Bei allen drei Gewerkschaften haben sich traditionelle vulgärmarxistische Stereotype - häufig nur verbal, nicht begrifflich - erhalten. Kategorien wie "Arbeit" und "Kapital" ⁶⁰⁾, ursprünglich aus der Marxschen Klassen-

59) Nach H.Grebing weist der frühere BSE-Vorsitzende Leber in seiner Konzeption den Gewerkschaften "ständisch-orientierte Funktionen" zu, vgl. H.Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., 277. - A.Klönne zieht einen ähnlichen Vergleich: "Tatsächlich lehnt sich die von Leber vertretene Konzeption vom 'Ordnungsfaktor Gewerkschaftsbewegung' weit eher an den Korporationsgedanken als etwa an die Gewerkschaften in den USA an", vgl. A.Klönne, Demokratischer und sozialer Rechtsstaat, a.a.O., 16.

60) H.Popitz et al. geben dem "Kapital"-Begriff im Gesellschaftsbild die Funktion, "das unübersehbare Gefüge von Wechselwirkungen" der Gesellschaft "handlich" zu machen, vgl. H.Popitz et al., Das Gesellschaftsbild des Arbeiters, a.a.O., 245.

theorie hervorgegangen, sind ebenso gängig wie der Satz, die Arbeitnehmerexistenz gründe allein im Besitz der Arbeitskraft. Diese Elemente strukturieren jedoch nur das Gesellschaftsbild und Selbstverständnis der IGM; sie behält die historisch-soziologische Betrachtungsweise bei, wie sie die "alte Arbeiterbewegung" kennzeichnete, so sehr jene auch die Marxschen Einsichten revidierte. Die IGM beruft sich auf alle jene gesellschaftskritischen "Sätze", sei es der Klassentheorie im allgemeinen, sei es der Marxschen politischen Ökonomie und Entfremungskritik. Die Hinwendung zu einer organizistischen oder unhistorischen Gesellschaftsdeutung hat sie unterlassen, aber ebenfalls eine Kritik oder zumindest Überprüfung des "sozialistischen" Erbes von SPD und "freien Gewerkschaften". Unbeschadet des sozialen Wandels, zumal der Veränderungen im materiellen und sozialen Status der Arbeitnehmer nach 1945, verharret dieses Gewerkschaftsbewußtsein bei seinem Ausgangspunkt: Wirtschaftliche Interessen einer Bevölkerungsminderheit präformieren außer den ökonomischen auch die politischen Entscheidungen, obwohl der Rechtsstaat, trotz obrigkeitsstaatlicher Überreste, als verwirklicht gilt. Der Antagonismus zweier sozialer Klassen ist durch die wirtschaftliche Prosperität, die Garantie der Grundrechte und die Institutionalisierung sozialer Konflikte nicht aufgehoben. Auch durch die Tätigkeit der Gewerkschaften hat sich das "Wesen" der westdeutschen "Klassengesellschaft" nicht verändert. Die wichtigsten Herrschafts- und Machtpositionen haben, trotz der bestehenden Mitbestimmungseinrichtungen und trotz der Übernahme öffentlicher Funktionen durch die Gewerkschaften, weiterhin die Unternehmer oder deren Beauftragte inne. Dieser Umstand wird jedoch nicht als Versagen der Gewerkschaften interpretiert, sondern mit objektiven Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Ökonomie und Gesellschaft begründet: Die "Verhältnisse" sind schuld daran, daß die Ausgangsziele der westdeutschen Gewerkschaften, die in der Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, in der Emanzipation der Arbeitnehmer von Unterdrückung und Ausbeutung bestanden, nicht verwirklicht sind.

Aus der These, die "soziale Reaktion" habe zu dieser, für die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften negativen Entwicklung geführt, ging das "Gegenmacht"-Konzept hervor. Sein Kern bestand in einer wiederbelebten antikapitalistischen Grundeinstellung. Die IGM sah sich durch die Konsolidierung der kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse etwa seit 1952 veranlaßt, ihre antikapitalistische Grundeinstellung in ein sozialreformerisches Konzept zu überführen, das größere Wirklichkeitsnähe versprach als die bloße prinzipielle Negation der bestehenden "Klassengesellschaft". Das Verharren bei zunehmend abstrakteren, sich zu "Grundsätzen" verfestigenden und stereotyp wiederholten Einstellungen der Wirklichkeit des organisierten Kapitalismus gegenüber verband sich mit dem Versuch, die Gewerkschaftspolitik, soweit sie Gesellschaftspolitik war, als die kontinuierliche Eroberung von "Machtpositionen", ausgehend vom einzelnen Betrieb, zu definieren. Darin lag eine Absage an "revolutionäre" oder "syndikalistische" Konzeptionen, d.h. an den Versuch, mit Hilfe von Massenstreiks oder Spontanaktionen einzelner Belegschaften schlagartig eine "direkte" Veränderung der Machtverhältnisse und damit der politischen und gesellschaftlichen Strukturen zu erreichen. Das Gesellschaftsbild des systemkritisch-sozialreformerischen Gewerkschaftsbewußtseins deutet den erstrebten "sozialen Fortschritt" evolutionär, nicht revolutionär. Darin ist die für "freie Gewerkschaften" typische Vorstellung wiederzuerkennen, sie hätten vorab sich um die ständige "Verbesserung" der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer zu bemühen. Die Entscheidung zugunsten einer sozialreformerischen Gewerkschaftspolitik stützt sich auf die Ansicht, daß sich - und hierin liegt zweifelsohne ein revisionistisches Moment - der heutige Kapitalismus, entgegen der Marxschen Verelendungs- und Krisentheorie, nicht quasi gesetzmäßig selber zugrunde richtet - und zwar deshalb, weil es möglich geworden ist, mit Hilfe des Instrumentariums moderner Wirtschaftspolitik Rezessionen erfolgreich zu bekämpfen. Wird aber eine automatische Zuspitzung ökonomischer und sozialer Widersprüche zum "Klas-

senkampf" verneint, so ist dem Bild der "antagonistischen Klassengesellschaft" der BRD und der Unversöhnlichkeit ihrer Gegensätze die Grundlage entzogen.

Das systemkritisch-sozialreformerische Bewußtsein fordert die Parität von "Arbeit" und "Kapital", die als Zwischenstufe auf dem Wege zur völligen sozialen Emanzipation der Arbeitnehmer und damit zur Realisierung des gesellschaftlichen "Gesamtinteresses" gilt. Es stellt nicht die bestehende rechtsstaatliche Ordnung, auch nicht vom politischen Mandat der Gewerkschaften her, in Frage, sondern sucht sie durch die Überwindung der "formalen" Demokratie zu vervollkommen. "Marxistisch" an diesem Bewußtsein ist allenfalls seine Systemkritik und der Kategorienrahmen, die Gewerkschaftskonzeption jedoch nur, soweit sie mit dem Begriff der Gewerkschaft als "Klassenorganisation" operiert; alle übrigen Bestandteile sind fremden Ursprungs. Dieses Gewerkschaftsbewußtsein ist dem Gesellschaftsbildtyp verwandt, der nach Popitz et al. die bestehende Gesellschaft als "Klassengesellschaft" interpretiert und ihre Veränderung im Sinne einer "Reform" wünscht ⁶¹⁾.

"Beide Voraussetzungen (d.h. für die Anwendbarkeit des Begriffs "Klassengesellschaft" - d.Verf.) - die Entlarvung der Gesellschaft als System der Ausbeutung und die Forderung der Aufhebung dieses Systems - können so allgemein gefaßt werden, daß sie sich mit reformistischen und evolutionistischen Tendenzen verbinden lassen" ⁶²⁾.

Popitz et al. gelangen zu der Ansicht - und das zeigte sich auch an der geringeren Konsistenz, die das Gesellschaftsbild und Selbstverständnis der IGM im Vergleich zu dem der BSE und DAG besitzt - , daß sich die Widersprüchlichkeit jeder "Reformideologie" an den darin enthaltenen "zahlreichen Abbiegungen, Inkonsistenzen und Lücken im Gedankengang" offenbart ⁶³⁾:

"Im Gegensatz zum progressiven Ordnungsdenken des Typus zwei werden die gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse als System kritisiert, aus dem sich alle einzelnen sozialen

61) H.Popitz et al., Das Gesellschaftsbild des Arbeiters, a.a.O., 192.

62) Ebenda, 216.

63) Ebenda, 217.

Mißstände ableiten lassen. Diese Kritik bedient sich des Vokabulars und oft auch einiger grundlegender Einsichten, die vom orthodoxen Marxismus übernommen worden sind. Das Pathos des revolutionären Proletariats und die Bedingungslosigkeit der entlarvenden Kritik sind allerdings weitgehend ersetzt durch wirtschaftspolitische Argumentationen, die im Tenor einer politischen Oppositionspartei vorgebracht werden. Der Gegensatz der Klassen ist hier eher ein 'Klassenkonflikt' als ein Klassenkampf. Daher ist auch aus einigen Stellungnahmen, die wir diesem Typus zurechnen, nicht mit Sicherheit zu entnehmen, ob die Forderung nach einer radikalen Veränderung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung nicht nur ein Erbstück darstellt, das in das verfügbare Repertoire der Zeitkritik mit eingebracht worden ist, aber sachlich mit den wirklichen Wünschen und Hoffnungen nur noch wenig zu tun hat" 64).

Das systemkritisch-sozialreformerische Gewerkschaftsbewußtsein, das mit diesem Gesellschaftsbild von Arbeitern vieles gemein hat, bedient sich fragwürdiger Prämissen über das Maß an Solidarität und Geschlossenheit der westdeutschen Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften und ist an einem deterministischen Verständnis des Zusammenhangs von Sozialstruktur und Bewußtseinsbildung der Arbeitnehmer einerseits und des ökonomischen und politischen Entscheidungsprozesses andererseits fixiert. Darüberhinaus gelingt ihm die Vermittlung von systemkritischem Gesellschaftsbild und sozialreformerischem Selbstverständnis und von "traditionellen" und emanzipatorischen Gewerkschaftsaufgaben nicht. In dem Maße, wie sich die Systemkritik auf die Tradierung von verfestigten Stereotypen beschränkt und keine neuen (wissenschaftlichen) Einsichten rezipiert, droht ihr die Auflösung. Dafür ist die Verunsicherung symptomatisch, die sich im Bewußtsein der IGM bei der Charakterisierung der westdeutschen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung seit einigen Jahren zeigt. Die Anfälligkeit für in der Öffentlichkeit verbreitete "Pluralismus"-Vorstellungen verstärkt sich. Damitscheint die von Christmann und Hirsch behauptete Abkehr von "marxistischer Ideologie" tatsächlich eingetreten zu sein. Die zweite These, daß nämlich "die" Gewerkschaften sich a priori zugunsten einer reformistischen

64) H. Popitz et al., Das Gesellschaftsbild des Arbeiters, a.a.O., 217.

Politik entschieden hätten, wird ebenfalls durch die Einzelanalyse der IGM bestätigt, ist jedoch geeignet, das Fortbestehen gravierender Unterschiede im Zielsystem der einzelnen Gewerkschaften zu verschleiern. Trotz der Bewußtseinsveränderungen, die bei der IGM zu beobachten sind, ist der Unterschied zwischen ihrem und dem Gesellschaftsbild und Selbstverständnis der BSE und DAG doch so prägnant, daß sich derartige Verallgemeinerungen im Urteil über die prinzipielle Orientierung der westdeutschen Gewerkschaften verbieten.

Literaturverzeichnis

A. Sekundärliteratur

- Abendroth, Wolfgang, Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, Frankfurt/M 1965.
- Adorno, Theodor W., Minima Moralia, Frankfurt/M 1964.
- Agartz, Viktor, Zur Soziologie der Gewerkschaften, Wissenschaften, 6 (1961), 483 ff. und 585 ff.
- Bernstein, Eduard, Vorfragen einer sozialistischen Theorie der Gewerkschaftsbewegung, Sozialistische Monatshefte, 10 (1906), 893 ff.
- Braun, Siegfried, Die Gewerkschaften als "Verband von Arbeitsplatzbesitzern", in: Alfred Horné (Hg.), Zwischen Stillstand und Bewegung. Eine kritische Untersuchung über die Gewerkschaften in der modernen Industriegesellschaft, Frankfurt/M 1965, 73 ff.
- Briefs, Goetz, Gewerkschaftstheorie, in: Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, Berlin 1931, Bd.I, 694 ff.
- Zwischen Kapitalismus und Syndikalismus. Die Gewerkschaften am Scheideweg, München 1952.
- Cassau, Theodor, Die Gewerkschaftsbewegung. Ihre Soziologie und ihr Kampf, Halberstadt 1925.
- Christ und Welt.
- Christmann, Alfred, Gewerkschaftsbewegung und Gewerkschaftstheorie. Ausgangsleitbilder, Theorien und Wandlung der Gewerkschaftsbewegung, Köln 1963.
- Die Gewerkschaften in der industriellen Gesellschaft. Versuch einer Standortbestimmung, Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 5 (1960), 125 ff.
- Dahrendorf, Ralf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965.
- Deus, Franz, Geschichte der Gewerkschaften und deren Verhältnis zu den Arbeitgeberverbänden, in: Aufgaben und Stellung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland, Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung, 6, Köln/Opladen 1966, 82 ff.
- Dufhues, Josef-Hermann, in: Aufgaben und Stellung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland, Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung, 6, Köln/Opladen 1966, 53 ff.
- Enderle, A., Schreiner, H., Walcher, J. und Weckerle, E., Das rote Gewerkschaftsbuch, Berlin 1932.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung.
- Frankfurter Rundschau.

- Fricke, Fritz, Gewerkschaftspolitik und Gewerkschaftseinheit, Gewerkschaftliche Monatshefte, 7 (1956), 265 ff.
- Konstruktive Gewerkschaftspolitik, Gewerkschaftliche Monatshefte, 6 (1955), 329 ff.
- Furtwängler, Franz Josef, Die Gewerkschaften. Ihre Geschichte und internationale Auswirkung, Hamburg 1956.
- Geiger, Theodor, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, Stuttgart 1932 (neuerschienen Stuttgart 1967).
- Goldstein, Joseph, The government of British trade unions. A study of apathy and the democratic process in the Transport and General Workers Union, London 1952.
- Grebing, Helga, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Ein Überblick, München 1966.
- Grosser, Alfred, in: Sachverstand und Politik in der Demokratie, 10. Europäisches Gespräch, Köln 1962.
- Habermas, Jürgen, Das Gesellschaftsbild, in: J. Habermas, L.v. Friedeburg, C. Oehler, F. Weltz, Student und Politik. Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewußtsein Frankfurter Studenten, Neuwied 1961, 152 ff.
- Hartfiel, Günter, Angestellte und Angestelltengewerkschaften in Deutschland. Entwicklung und gegenwärtige Situation von beruflicher Tätigkeit, sozialer Stellung und Verbandswesen der Angestellten in der gewerblichen Wirtschaft, Berlin 1960.
- Hirsch, Joachim, Die öffentlichen Funktionen der Gewerkschaften, Frankfurt/M 1966.
- Hirsch-Weber, Wolfgang, Gewerkschaften in der Politik. Von der Massestreikdebatte zum Kampf um das Mitbestimmungsrecht, Köln/Opladen 1959.
- Hondrich, Karl Otto, Die Ideologien von Interessenverbänden. Eine strukturell-funktionale Analyse öffentlicher Äußerungen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin 1963.
- Horné, Alfred (Hg.), Zwischen Stillstand und Bewegung. Eine kritische Untersuchung über die Gewerkschaften in der modernen Industriegesellschaft, Frankfurt/M 1965.
- Der Industriekurier.
- Jaeggi, Urs, und Wiedemann, Herbert, Der Angestellte in der Industriegesellschaft, Stuttgart 1966.
- Kleining, Gerhard, Über soziale Images, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 5 (1961), 145 ff.
- Klönne, Arno (Hg.), Demokratischer und sozialer Rechtsstaat. Dokumente zur Gewerkschaftspolitik, Bochum 1964.
- Kurth, Josef, Geschichte der Gewerkschaften in Deutschland, Hannover/Frankfurt/M 1958².

- Laski, Harold J., Die Gewerkschaften in der neuen Gesellschaft, Köln 1952.
- Lenin, Wladimir I., Was tun ?, in: Ausgewählte Werke, Bd.I, Berlin-Ost 1961, 139 ff.
- Lenk, Kurt, Gesellschaft und Ideologie, Jahrbuch für Sozialwissenschaft, 15 (1964), 62 ff.
- Ideologie. Ideologiekritik und Wissenssoziologie, Neuwied 1961.
- Lepsius, M. Rainer, Zum Wandel der Gesellschaftsbilder in der Gegenwart, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 14 (1962), 449 ff.
- Lipset, Seymour M., M.Trow, J.Coleman, Union democracy. The internal politics of the International Typographical Union, Glencoe/Ill., 1956.
- Lohmar, Ullrich, Gewerkschaftseinheit als Ideologie oder Wirklichkeit ?, Gewerkschaftliche Monatshefte, 7 (1956), 79 ff.
- Lukács, Georg, Geschichte und Klassenbewußtsein, Berlin 1923.
- Märtesheimer, Peter, Publizistik und gewerkschaftliche Aktion, in: Schriftenreihe des Dortmunder Instituts für Zeitungsforschung, o.J.
- Man, Hendrik de, Zur Psychologie des Sozialismus, Jena 1927.
- Mannheim, Karl, Das konservative Denken. Soziologische Beiträge zum Werden des politisch-historischen Denkens in Deutschland, in: Karl Mannheim, Wissenssoziologie, Auswahl aus dem Werk, hrsg. v.Kurt H.Wolff, Berlin/Neuwied 1964, 408 ff. (ursprünglich erschienen in: Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik, Bd.57, 1927).
- Ideologische und soziologische Interpretation der geistigen Gebilde, in: Karl Mannheim, Wissenssoziologie, Auswahl aus dem Werk, hrsg.v.Kurth H.Wolff, Berlin/Neuwied 1964, 388 ff.
- Moore, Harriet, und Kleining, Gerhard, Das soziale Selbstbild der Gesellschaftsschichten in Deutschland, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 12 (1960), 87 ff.
- Mühlbach, Paul, Bewegung - kein Apparat, Gewerkschaftliche Monatshefte, 3 (1952), 273 ff.
- Nell-Breuning, Oswald von, Selbstverständnis und Selbsterkenntnis der Gewerkschaften, Sonderdruck aus: Stimmen der Zeit, Oktober 1962.
- Wirtschaft und Gesellschaft, Bd.3, Freiburg 1960.
- Nemitz, Kurt, und Becker, Richard (Hg.), Gewerkschaft, Wirtschaft, Gesellschaft, Köln 1963.
- Parsons, Talcott, A functional theory of change, in: A. and E.Etzioni (ed.), Social change, New York/London 1964, 83 ff.
- Perlman, Selig, Eine Theorie der Gewerkschaftsbewegung, Berlin 1952 (New York 1928).

- Pirker, Theo, Die blinde Macht. Die Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland, Bd.1 und 2, München 1960.
- Die Gewerkschaften als Versicherungsbetrieb, in: Alfred Horné (Hg.), Zwischen Stillstand und Bewegung. Eine kritische Untersuchung über die Gewerkschaften in der modernen Industriegesellschaft, Frankfurt/M 1965, 7 ff.
- Popitz, H., Bahrdt, H.P., Jüres, E.A. und Kesting, H., Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie, Tübingen 1957.
- Popitz, Heinrich, in: Individuum und Organisation, Darmstädter Gespräch, Darmstadt 1954.
- Reichel, Herbert, Die deutsche Einheitsgewerkschaft und ihr geistiger Standort, Köln 1952.
- Reitzenstein, Irene von, Solidarität und Gleichheit. Ordnungsvorstellungen im deutschen Gewerkschaftsdenken nach 1945, Berlin 1961.
- Rheinischer Merkur.
- Risse, Heinz Theo, Notwendige Richtungsdiskussion im DGB, Frankfurter Hefte, 14 (1959), 618 ff.
- Rosenberg, Ludwig, Christ und Welt v.3.2.1967 und Der Spiegel v.20.3.1967, 51 ff.
- Rüchemeyer, Dietrich, Mentalität und Ideologie, in: Fischer-Lexikon, Bd."Soziologie", hrsg. v.René König, Frankfurt/M 1958, 180 ff.
- Schellhoss, Hartmut, Apathie und Legitimität. Das Problem der modernen Gewerkschaft, München 1966.
- Schelsky, Helmut, Ortsbestimmung der deutschen Soziologie, Düsseldorf/Köln 1959.
- Schmölders, Günter (wissenschaftliche Leitung), Das Selbstbild der Verbände, Berlin 1965.
- Schubert, Peter von, Antigewerkschaftliches Denken in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M 1967.
- Schumpeter, Joseph A., Das soziale Antlitz des deutschen Reiches, Bonner Mitteilungen, Nr.1 (1929), 3 ff., neuerschienen in: Joseph A.Schumpeter, Aufsätze zur Soziologie, Tübingen 1953, 214 ff.
- Seifert, Jürgen, Anmerkungen zu Theo Pirkers Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland, Gewerkschaftliche Monatshefte, 12 (1961), 96 ff.
- Die Situation der Gewerkschaften im Spiegel der Theorie, Gewerkschaftliche Monatshefte, 13 (1962), 9 ff.
- Sohn, Karl-Heinz, Berufsverband und Industriegewerkschaft. Organisationsprinzipien der deutschen Gewerkschaften, Köln 1964.
- Sombart, Werner, Dennoch. Aus Theorie und Praxis der gewerkschaftlichen Bewegung, Jena 1900.
- Soziologische Exkurse, hrsg. v.Theodor W.Adorno u. Walter Dirks, Frankfurt/M 1956.
- Der Spiegel.
- Stammer, Otto, Vorwort zu: Wolfgang Hirsch-Weber, Gewerkschaften in der Politik. Von der Massenstreikdebatte zum Kampf um das Mitbestimmungsrecht, Köln/Opladen 1959.

- Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Ausgabe 1967.
- Streithofen, Heinrich, Wertmaßstäbe der Gewerkschaftspolitik. Ein Beitrag zur Theorie der Gewerkschaft, Heidelberg/Löwen 1967.
- Tannenbaum, Frank, Eine Philosophie der Arbeit, Nürnberg 1954.
- Thönessen, Werner, Zur Öffentlichkeitsarbeit der Gewerkschaften. Gewerkschaftliche Öffentlichkeitsarbeit in der pluralistischen Gesellschaft, Gewerkschaftliche Monatshefte, 16 (1965), 321 ff.
- Tönnies, Ferdinand, Die Gewerkschaften in soziologischer Ansicht, Die Arbeit, 2 (1925), 193 ff.
- Triesch, Günter, Die Macht der Funktionäre. Macht und Verantwortung der Gewerkschaften, Düsseldorf 1956.
- Trummel, Hans-Gerhard, Die Geschichte der Gewerkschaftstheorie. Von den Webbs bis in die Gegenwart, Diss., Köln 1956.
- Vall, Mark van de, Die Gewerkschaften im Wohlfahrtsstaat, Köln/Opladen 1966.
- Varain, Heinz Josef, Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat. Die Politik der Generalkommission unter der Führung Carl Legiens (1890-1920), Düsseldorf 1956.
- Vilmar, Fritz, Die IG Metall und das System der Sprachregelung, Gewerkschaftliche Monatshefte, 12 (1961), 536 ff.
- Der Volkswirt.
- Waldraff, Felix, Brauchen wir eine Gewerkschaftstheorie?, Gewerkschaftliche Monatshefte, 4 (1953), 363 ff.
- Weber, Alfred, Staat und gewerkschaftliche Aktion, Köln-Deutz o.J., gekürzt Gewerkschaftliche Monatshefte, 3 (1952), 478 ff.
- Weisser, Gerhard, Grundsatzprogramm und Pragmatismus-Renaissance, in: Kurt Nemitz und Richard Becker (Hg.), Gewerkschaft, Wirtschaft, Gesellschaft, Köln 1963, 326 ff.
- Wickel, Helmut, Auf der Suche nach einer Gewerkschaftstheorie, Gewerkschaftliche Monatshefte, 4 (1953), 152 ff.
- Aufgaben einer Theorie der Gewerkschaftspraxis, Gewerkschaftliche Monatshefte, 5 (1954), 9 ff.
 - Gewerkschaften als Gesellschaft, Gewerkschaftliche Monatshefte, 6 (1955), 713 ff.
 - Gewerkschaftlicher Realismus, Gewerkschaftliche Monatshefte, 3 (1952), 525 ff.
 - Sicherung der Gewerkschaftseinheit, Gewerkschaftliche Monatshefte, 4 (1953), 577 ff.
- Willener, Alfred, Images de la Société et Classes Sociales. Une Etude de la Perception et des Représentations des Différences Sociales, Bern 1957.
- Zentner, Christian, Das Verhalten von Georg Leber, analysiert unter dem Aspekt seiner machtpolitischen Bedeutung für die deutsche Gewerkschaftsbewegung und die SPD, Mainz 1966.
- Zwing, Karl, Soziologie der Gewerkschaftsbewegung, 1. Teil: Gewerkschaften und Wirtschaft, Jena 1927.

B. Primärliteratur

DGB

Protokoll Gründungskongreß München 1949
Protokoll außerordentlicher Bundeskongreß Essen 1951
Protokoll 2.ordentlicher Bundeskongreß Berlin 1952
Protokoll 3.ordentlicher Bundeskongreß Frankfurt/M 1954
Protokoll 4.ordentlicher Bundeskongreß Hamburg 1956
Protokoll 5.ordentlicher Bundeskongreß Stuttgart 1959
Protokoll 6.ordentlicher Bundeskongreß Hannover 1962
Protokoll außerordentlicher Bundeskongreß Düsseldorf 1963
Protokoll 7.ordentlicher Bundeskongreß Berlin 1966

DGB-Grundsatzprogramm von 1949 und 1963

DGB-Aktionsprogramm von 1955 und 1965

IG Metall

Protokoll 1.ordentlicher Gewerkschaftstag Hamburg 1950
Protokoll 2.ordentlicher Gewerkschaftstag Stuttgart 1952
Protokoll 3.ordentlicher Gewerkschaftstag Hannover 1954
Protokoll 4.ordentlicher Gewerkschaftstag Dortmund 1956
Protokoll 5.ordentlicher Gewerkschaftstag Nürnberg 1958
Protokoll 6.ordentlicher Gewerkschaftstag Berlin 1960
Protokoll 7.ordentlicher Gewerkschaftstag Essen 1962
Protokoll 8.ordentlicher Gewerkschaftstag Bremen 1965

Geschäftsbericht 1950/51

Geschäftsbericht 1952/53

Geschäftsbericht 1954/55

Geschäftsbericht 1956/57

Geschäftsbericht 1958/59

Geschäftsbericht 1960/61

Geschäftsbericht 1962/64

Satzungen der IG Metall

Erläuterungen zur Satzung der IG Metall, hrsg.v.Vorstand der IG Metall, Frankfurt/M 1955.

Metall, Zeitung der IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland, 1949 ff.

Der Gewerkschafter, Monatsschrift für die Funktionäre der IG Metall, 1953 ff.

Benz, Georg, Friede durch eine bessere Gesellschaft, Referat auf der 7.Jugendkonferenz der IG Metall am 6./7. Mai 1965 in Hamburg (Broschüre).

Brenner, Otto, Gewerkschaftliche Dynamik in unserer Zeit, Frankfurt/M 1966.

- Kein Fortschritt ohne Gewerkschaften, keine Freiheit ohne Kampf, Referat anlässlich der 3.Bundes-Betriebsräte- und Vertrauensleute-Konferenz der IG Metall am 4.Dezember 1959 in Augsburg (Broschüre).

IG Bau-Steine-Erden

Protokoll 1.ordentlicher Gewerkschaftstag Fulda 1951
Protokoll 2.ordentlicher Gewerkschaftstag Hamburg 1953
Protokoll 3.ordentlicher Gewerkschaftstag München 1955
Protokoll 4.ordentlicher Gewerkschaftstag Köln 1957
Protokoll außerordentlicher Gewerkschaftstag Kassel 1959
Protokoll 5.ordentlicher Gewerkschaftstag Hannover 1960
Protokoll 6.ordentlicher Gewerkschaftstag Berlin 1963
Protokoll 7.ordentlicher Gewerkschaftstag Bremen 1966

Jahrbuch 1951/52
Geschäftsbericht 1953/54
Geschäftsbericht 1955/56
Geschäftsbericht 1957/59
Geschäftsbericht 1960/62
Geschäftsbericht 1963/65

Satzungen der IG Bau-Steine-Erden

Unser Weg, Funktionärszeitschrift der IG Bau-Steine-Erden, 1964 ff.

DAG

Protokoll 2. außerordentlicher Gewerkschaftstag Bielefeld 1948
Protokoll des Gewerkschaftstages der Angestellten-Gewerkschaften der amerikanischen und britischen Zone Stuttgart-Bad Cannstatt 1949
Tagungsbericht 4. Gewerkschaftstag Berlin 1951
Der Angestellte in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, Grußbotschaft, Ansprachen und Reden, 5. Gewerkschaftstag Hannover 1954
Tagungsbericht 6. Gewerkschaftstag München 1957
Tagungsbericht 7. Gewerkschaftstag Karlsruhe 1960
Tagungsbericht 8. Gewerkschaftstag Karlsruhe 1963
Tagungsbericht 9. Gewerkschaftstag Berlin 1967

Jahresbericht 1949
Tätigkeitsbericht 1950/51
Tätigkeitsbericht 1951/54
Tätigkeitsbericht 1954/57
Tätigkeitsbericht 1957/60
Tätigkeitsbericht 1960/63
Tätigkeitsbericht 1963/67

Satzungen der DAG

DAG-Grundsatzprogramm von 1953

Der Angestellte, Mitgliederzeitschrift der DAG, 1960 ff.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen eines Verteidigungsbeitrages und Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität, 1952.

Staat, Wirtschaft, Gewerkschaft, Forderungen der DAG zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, 1955.

Die Stellung der Angestellten in der modernen Gesellschaft, Kundgebung der DAG in Bad Godesberg 1958.

Eigentumsbildungspolitik ohne Miteigentum ?, Tagung der DAG 1959 in München, Tagungsbericht.

Zehn Jahre Bildungswerk der DAG 1952-1962, 1962.

Spaethen, Rolf, Was hat der Westen dem Kommunismus entgegenzusetzen ?, 1962.

- Bildung, Ausbildung und Gewerkschaften, 1962.

Miteigentum, DAG-Plan zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer, 1965.

Automation, Ein Diskussionsbeitrag der DAG, 1965.

Bildung und Beruf, Rahmenplan der DAG zur Bildungspolitik, 1965.

Gesellschaft und Beruf. Angestellte in der Leistungsgesellschaft, 1967.

Mänken, E.W., und Mundorf, Hans, Gespräch mit Rolf Spaethen, Düsseldorf 1966.

Lebenslauf

Am 17. Mai 1939 wurde ich in Beuster/Altmark geboren. Mein Vater war Lehrer, meine Mutter Ärztin. Als ich zehn Jahre alt war, gab mich meine inzwischen verwitwete Mutter zu meiner Tante nach Hamburg. Dort besuchte ich die Volks-, Mittel- und Oberschule. Mein Abitur folgte 1959.

Zunächst studierte ich in Hamburg Deutsch und Geschichte, entsprechend der Interessenrichtung, die sich in meinen letzten Schuljahren herausgebildet hatte. Im Laufe dieses Studiums aber entschloß ich mich, das von der Schule vernachlässigte Gebiet der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften kennenzulernen. Daher wechselte ich nach einem Semester das Studienfach und begann in Frankfurt/Main, Volkswirtschaftslehre und dann Soziologie und Politologie zu studieren. 1964 bestand ich das Vordiplom in Soziologie.

Ein Jahr später begann ich, bei Frau Prof. Helge Pross in Gießen über das Thema "Gesellschaftsbild und Selbstverständnis westdeutscher Gewerkschaften" zu promovieren.

BAMBERGER FOTODRUCK · RUDOLF RODENBUSCH

8600 BAMBERG · Pöldeldorferstr. 88 Telefon 0951/31299